

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Tolstols Vermächtnis. — Die anarchistische Synthese — Bücherübersicht — Gerechtigkeit — Hohe Politik — Bruno Wille — Vor dem 7. Oktober — Wenn der Bettelmann aufs Pferd kommt — Schmach und Schande —

NR. 1

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

OKTOBER 1928

Bücher und Schriften

von
ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin
Preis: brosch. 1,60 Mk. geb., 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München
Preis: brosch. 2,— Mk., geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin
Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin
Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898 — 1928
I. M. Spaeth Verlag, Berlin
Preis: brosch. 5,50 Mk., geb. 8,— Mk.

**Bestellt Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „Sana!“**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 1

Oktober 1928

Er erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,95 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhäuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Tolstois Vermächtnis

Die Revolutionäre von heute hätten sich um Leo Tolstois hundertsten Geburtstag nicht bekümmert, wenn er in dem Augenblick gestorben wäre, als er sein dichterisches Werk abgeschlossen sah und die Zeit und die Mühe, die es ihn gekostet hatte, verfluchte, da er sie der Arbeit für die Wahrheit und für die Freiheit der Menschen gestohlen meinte. Die Literaten, Kunstschwätzer und Schöngeister von heute hätten die Gelegenheit des hundertsten Geburtstages Leo Tolstois zum Ausschwitzen von Gedenkartikeln erst recht verpaßt, wenn er sein niedergeschriebenes Lebenswerk nicht mit der Kreuzersonate und Anna Karenina, sondern gleich mit dem Aufruf an die Menschheit begonnen hätte; denn sie hätten von solchem Lebenswerk eines prophetenhaften Riesengeistes nie erfahren, wäre ihnen dieser Geist nicht zuvor in ihren Fachbezirken begegnet. Die Philosophen von heute halten sich ohnehin nicht für bemüßigt, vom hundertsten Geburtstag Leo Tolstois anders als mit dem Hinweis Akt zu nehmen, daß sein Vermächtnis in ein anderes Ressort gehöre, nämlich in das der schönen Literatur, der religiösen Sektiererei und der Politik. Die historischen Materialisten haben es, wie bei allen Gelegenheiten so auch beim hundertsten Geburtstag Leo Tolstois am leichtesten, die richtige Einordnung seiner Persönlichkeit, seiner geistigen Kraft und der Wirkung seines Schaffens auf das Geschehen seiner Zeit und das Verhalten seiner Zeitgenossen und Nachfahren zu treffen, da sie über den Vorteil der marxistischen Patentlösung verfügen: man betrachte den Stand der kapitalistischen Produktionsweise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vergleiche damit das Lebenswerk Leo Tolstois und erkenne, daß seine Romane und Dramen, seine Lehren und Mahnungen, seine Entwicklung vom

genießeriſchen Offizier zum asketiſchen Weltverneiner, ſeine Familienkonflikte und ſeine Verbrüderung mit ſeinen bäuerlichen Schloßnachbarn, ſeine künſtleriſche Meisterschaft und ſeine Verdammung der Künſte, der Weltsitten, des Staates, der Ausbeutung, der Autorität und der Sinnenluſt und endlich ſeine Flucht in die Einſamkeit die natürlichſten Begleiterscheinungen der ökonomiſchen Zuſtände ſeiner Zeit waren. Zwar waren Dostojewski und Turgenjeff, Zola und Ibsen, Hebbel und Keller, ſelbſt noch Strindberg und Wedekind ſeine Zeitgenossen, um nur ſolche zu nennen, die über das dichterische Vermächtnis hinaus Geſellſchaftskritik und ſoziale Ermahnungen ihrem Werke nachklingen ließen, und ſie alle haben von Tolſtoi gänzlich verſchieden gelebt, gewirkt, geſehen, gedichtet, geſprochen, geurteilt und prophezeit, — macht nichts: wenn ihr die Dinge nur richtig hiſtoriſch-materialiſtiſch anſchaut und dabei nicht verſäumt, handfeſt dialektiſch zu denken, werdet ihr begreifen, daß ſie alle nur Kinder ihrer zeitgebundenen Wirtschaftsform waren und ſomit in ihrer aller Erſcheinen und Aeußern nichts war, was den Marxisten vor Rätsel ſtellen könnte.

Es ſei geſtattet, den Eindruck beim Namen zu nennen, den die Feſtartikel der bürgerlichen und proletariſchen, der literariſchen und ethiſchen, der religiöſen und atheiſtiſchen Gedenkschreiber zum hundertſten Geburtstage Leo Tolſtois auf mich gemacht haben: ich erinnere mich nicht, jemals, wenn ein Kalenderzuſall die Hirntätigkeit aller Meinungsmacher zur Behandlung eines beſtimmten Gegenſtandes beanspruchte, in sämtlichen Dialekten der Geiſtesverrenkung ein ſo hilfloſes Geſchwafel, ein ſo jammerwürdiges Vorbeireden an der wirklichen Erſcheinung des Gefeierten vernommen zu haben. Man zerbröckelt das Lebenswerk der weitaus mächtigſten Perſönlichkeit einer ganzen Geſchichteſepoche in ſeine einzelnen Beſtandteile, hält ſorgfältig die Erzeugniſſe einer dichterischen Kraft, die Denken, Leben, Verhalten, Urteilen, Ausſehen, wechſelſeitige Beziehungen der Menſchen mit unerhörter ſachlicher Schärfe und mit der Unerbittlichkeit lei denſchaftlicher Wahrheit zu lebendiger Wirklichkeit zu geſtalten weiß, getrennt von den erſchütternden Aufſchreien einer ſeheriſchen Natur, die den klarſten Verſtand eines Jahrtausends mit dem Reichtum ſeiner glutvollſten Seele nährte. Man beeft ſich, aus der gigantiſchen Wildheit ſchöpferiſcher Urgewalt eines unfaßbar großen menſchlichen Geiſtes allgemeine Lebensregeln herauszudeſtillieren und bemißt an der Lebensführung der Privatperſon Tolſtoi die Richtigkeit oder Verkehrtheit ſeiner Weltanſchauung und ſeiner Lehren. Ja, es gibt ſogar „Tolſtoianer“. Das ſind Leute, die glauben, wenn ſie ſtatt Schweinekoteletten Radieschen eſſen, ſtatt Doppelkorn Orangeade trinken, Gott und

Heiland aus den Klerikerkirchen zu den ernstesten Bibelforschern verfrachten, die Revolutionäre händeringend beschwören, sie möchten doch, wenn sie die Welt umkremplein wollen, dabei vor allen Dingen keine gefährlichen Werkzeuge verwenden, damit niemand zu Schaden komme, und, da Tolstoi ja leider auch die fleischliche Lust des Geschlechtsbetriebs verpönt, sich manchmal durch kalte Wasserumschläge gegen den Ueberschwang unkeuscher Begierden schützen, — dann werden sie ihres Meisters würdig leben und alle Zeitgenossen beschulmeistern dürfen, die ohne Angst, Darm und Gemüt zu vergiften, ihre Zigarre qualmen und selbst um des Kusses eines frischen Mädels willen mal eine Stunde weissen Geschwätzes über die wahre Tugend verabsäumen.

Tolstoi selber war alles andere als ein Tolstoianer. Diese Gestalt überhaupt auf eine Formel bringen wollen, heißt von ihrer Größe und Weltbedeutung unberührt geblieben sein. So vorsichtig man im allgemeinen mit der Bezeichnung eines Menschen als Genie sein sollte, hier ist gar kein anderer Begriff anwendbar. Hier wirkt ein Riese, dessen Maße in kein noch so schlaues ausgedachtes System passen: ein Riese im Schauen, Horchen, Denken und Fühlen, ein Riese im sprachlichen Ausdruck und im seelischen Erfassen der Welt, ein Riese in der Klarheit seines Wollens und in der Wahrheit vor sich selbst, ein Riese in den Anforderungen an die eigene sittliche Kraft und an den Erkenntniswillen der anderen, ein Riese in der Folgerichtigkeit der Logik und ein Riese sogar in den Widersprüchen seiner Daseinsäußerungen. Wer aber von diesen Widersprüchen aus das Wesen Tolstois erklären will, wie das Lenin in seinem erstaunlich oberflächlichen Aufsatz zum 80. Geburtstag versucht hat, der jetzt von der kommunistischen Presse als aller Weisheit letzter Schluß ausgegraben worden ist, der beweist nur, daß ihn die Gewöhnung an schematisches Urteilen der Gabe beraubt hat, das Wirkliche als Synthese der Mannigfaltigkeit zu erleben. Für einen Mann wie Lenin, der nie müde wurde, für alle Kritik die Methode des dialektischen Urteilens zu empfehlen und der übrigens selbst aus hunderterlei Widersprüchen zusammengesetzt war, war die versimpelnde Charakteristik der überragenden Figur unseres ganzen Zeitalters mit der Aussortierung von lauter Einerseits-Andererseits schon eine bedenklich armselige Leistung. Nur langweilige Naturen sind frei von Widersprüchen; nur Spießbürger pochen mit Stolz darauf, daß sie sich in 30 Jahren oder länger niemals von einer Ansicht zu einer anderen haben überzeugen lassen, niemals vor entscheidenden Entschlüssen gezögert haben, das Schubfach aufzuziehen, in dem für alle Fälle und für alle Dinge des Lebens das unfehlbare Rezept jederzeit zur Hand liegt; nur kümmerliche Wacht-

meisterseelen durchschnüffeln unentwegt die Vergangenheit des Nachbarn, um ihm im Handeln oder Denken triumphierend einen Fehltritt oder eine Inkonsequenz nachzuweisen. Mit solchen Albernheiten einem Genie wie Tolstoi beikommen wollen, bedeutet trostloses Unvermögen, über den Horizont einer beschränkten Lehrmeinung hinwegzusehen.

Leo Tolstoi muß, will man seiner ungeheuren Erscheinung nahe kommen, als einheitliche elementare Persönlichkeit, dabei zugleich als lebendiger und von Leidenschaften bewegter Mensch wie als revolutionäre, an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelnde Naturgewalt erkannt werden. Seine Herkunft aus dem russischen Hochadel, seine Frühzeit als leichtlebiger Offizier, seine Zeitgebundenheit — nennt sie meinetwegen Verwurzelung in den ökonomischen Entwicklungszuständen —, seine Behinderungen durch enge Familienverhältnisse, die besonderen geistigen Bewegungskräfte seiner Umwelt, dies alles hat selbstverständlich auf sein Schaffen und Verhalten eingewirkt, insofern als alles Denken und Handeln mit zahlreichen Fäden an das unmittelbar Nahe in Zeit und Raum geknüpft ist und nicht in der leeren Atmosphäre hängen kann. Aber dies bezieht sich doch nur auf das Thema des Erlebens und Wirkens, nicht auf den seelisch-geistigen Inhalt und die Art eines weltbewegenden Genies. Wer sich von Tolstois reißender Urkraft umbranden läßt, der wird nie die Frage stellen, ob er denn eigentlich mit seiner Auffassung über Sinn und Gestaltung des Lebens recht hatte oder nicht, ob sein Urteil über die Kunst, über sein eigenes Kunstschaffen dauernde Geltung habe oder nicht, ob der religiöse Mystizismus, aus dem seine Verwerfung des Lebensgenusses in jeder Form kam, unsere Haltung zu beeinflussen habe oder nicht, sondern der wird die Gesamtheit des Menschen Tolstoi zu erfassen suchen und die Wirkung seines Werkes und seines Wesens auf Gegenwart und Zukunft zum Wertmesser machen.

Wirkung! Alles andere in der Welt ist eitel. Tolstoi war ein Wirkender, wollte nichts anderes sein und sein Leben und Schaffen war ein unausgesetztes Ringen um Wirkung, das heißt um Verstandenwerden. Seht seine Romane, Novellen, Theaterdichtungen durch. (Bei dieser Gelegenheit sei eindringlich aufmerksam gemacht auf die 14 bändige schöne und preiswerte Ausgabe des dichterischen Werks Leo Tolstois, das der Malik-Verlag zum 100. Geburtstage veranstaltet.) Die unvergleichliche Darstellungskraft auch schon in den Schöpfungen, in denen der Dichter mit dem Willen zu wirken noch nicht unmittelbar den Willen zu werben verband, wie in der Kreuzersonate und in Auferstehung, sagen wir in Anna Karenina und Krieg und Frieden, beruht auf der Fähigkeit, immer und überall

nur Wahrheit deutlich zu machen. Will man Tolstois Charakter im ganzen auf eine Formel bringen, so kann sie nur die sein, daß alles, was er tat, sagte, dachte, schrieb, wollte und predigte, von dem unwiderstehlichen Drang nach Wahrheit und Bekenntum bestimmt war. So wahr wie seine überwältigenden Kriegsschilderungen in Krieg und Frieden, ist seine spätere Verdammung der eigenen Werke wie der Kunst insgesamt. Denn die Wahrheit, die Tolstoi zur Umkehr vom früheren Wege bewog, war die Einsicht, daß die Wirkung durch die Kunst nicht einfach, nicht unmittelbar genug sei, daß sie gehemmt sei durch den Ehrgeiz des Künstlers, verzierte Wahrheit zu geben statt wirkender Klarheit. Das Wahrheitsbedürfnis des Mannes ließ ihn seine philosophischen Betrachtungen über die Pflicht des Menschen bis zu völlig lebensverneinenden Folgerungen treiben, bis zur Forderung der widerstandslosen Hinnahme körperlicher Gewalt und bis zur Verdammung des geschlechtlichen Verkehrs. Zugleich aber konnte diese leidenschaftliche Natur wutpolternd mit den Fäusten zuschlagen, wenn der Augenblick es so von der Wahhaftigkeit verlangte, und der Keuschheitsprediger konnte noch mit über 70 Jahren von der Arbeit aufspringen, weil er der Lockung der drallen Wade einer Stallmagd nicht widerstehen konnte, ohne vor sich selbst eine Unwahrhaftigkeit zu begehen. Dann wieder verlangte sein Bekennerdrang die Anklage gegen die Schwachheit des Fleisches im Tagebuch. Wahrheitseifer läßt Tolstoi die christlichen Sittenlehren in sich aufnehmen, die den Bauern geläufig sind, mit denen er sich verständigen will, die er zur Anwendung ihrer sozialen Verpflichtungen bewegen will. Aber Wahrheitseifer läßt ihn auch gegen den Aberglauben der religiösen Dogmen donnern, die eine Gottheit außerhalb der menschlichen Seele behaupten, und derselbe Mann, der sich mit seinem Innern auseinandersetzt, indem er darin den Gott und Vater zum Zeugen seiner seelischen Kämpfe anruft, schreibt das Geständnis nieder: „Wenn ich mit eigenen Augen die Auferstehung und Himmelfahrt Christi gesehen hätte, würde ich nicht nur nicht daran glauben, ich würde einen Gott, der imstande wäre, solche Gemeinheiten zu begehen, verfluchen.“ Alle Bekenntnisse solcher Art, mögen sie einander vollständig entgegengesetzt sein, entspringen dem unbedingten Wahrheitswillen Tolstois, und es ist kein Widerspruch seiner Natur, sondern die notwendige Ergänzung der verschiedenartigen Kundgebungen einer genialen Mannigfaltigkeit, wenn, wie Maxim Gorki erzählt, Tolstoi im Gespräch über sexuelle Dinge die krassesten Soldatenausdrücke benutzte und bei dem Bericht über eine Begegnung mit einer Frau grob die Frage zwischenwarf, warum der andere sie denn nicht gleich genommen habe.

Dieser gewitternde Geist, dem sich die ewigen Fragen der Moral und Religion in immer verschiedener Form zur Beantwortung vor den Wahrheitswillen stellten, erkannte die von Menschen getroffenen Veranstaltungen und Einrichtungen mit der nie getrübbten kritischen Helligkeit eines Sehers in ihrer Faulheit, Abgeschmacktheit und verbrecherischen Unnatur. Hier gab es keine Gegensätze zwischen Erkenntnis und Temperament, hier folgte auf die erkannte Wahrheit unmittelbar die eindeutige Anklage und ihre Nutzenwendung. Mit einer sachlichen Logik, mit einer Deutlichkeit und Gründlichkeit im Ausdruck, die nur dem größten Sprachkünstler und dem uneigennützigsten Wahrheitsucher möglich ist, enthüllte Tolstoi das Wesen der staatlichen Gesellschaft, die Ungerechtigkeit aller menschlichen Beziehungen in der kapitalistischen Wirtschaftsgestaltung, die Tollheit des Kriegsdrills, der gegenseitigen Ausbeutung, des Nationalismus, der Machtausübung von Menschen über Menschen in jeder Form. Hier aber genügte Tolstoi zum Wirken unter den Menschen nicht die Darstellung ihres Elends; hier verlangte er Abwehr, Maßnahmen der menschlichen Würde gegen ihre Entwürdigung. Hier ist Tolstois Vermächtnis an unsere Gegenwart, sein Wirken durch uns Gegenwärtige in die Zukunft; hier erhebt sich der Tolstoi, dessen hundersten Geburtstag gelöblichhaft zu begehen unsere Verpflichtung ist, der Revolutionär Tolstoi.

Es ist völlig gleichgültig, ob Tolstoi seine revolutionären Ratschläge auf Worte der Bergpredigt und sonstige Evangelienätze stützt oder sich ohne Umweg an das Gewissen der Menschen wendet. Von ungeheurer Bedeutung sind die Ratschläge selbst, die sich zusammenfassen lassen in den einen, der die Formel des revolutionären Widerstandes selbst ist: Wollt ihr ein Uebel los werden, so beteiligt euch nicht daran. Wollt ihr keinen Krieg, so führt ihn nicht, wollt ihr keine Panzerkreuzer, so baut keine; wollt ihr keine Ausbeutung, so verweigert den Ausbeutern eure Arbeitskraft; wollt ihr keine Autorität, so verlernt den Respekt vor den Autoritäten; wollt ihr keinen Staat, so habt keine Angst vor ihm, vor seinen Gesetzen und Strafen; wollt ihr keine Sklaven sein, so duldet keine Herren, und wollt ihr nicht unwürdig leben, so lebt würdig oder sterbt würdig.

Die autoritären Kritiker versichern uns, Tolstoi sei kein Revolutionär gewesen, denn er habe jede Gewalt verneint. Auch gibt es vermeintliche Tolstoianer, die versichern uns, Tolstoi sei der allein richtige Revolutionär gewesen, daher sei niemand Revolutionär, der die Gewalt unter gewissen Bedingungen bejahe. Herrschaften, Tolstoi hat in allem, was er verkündet hat, um der Deutlichkeit willen absolut gesprochen. Da er den Krieg gehaßt hat, hat

er die Kriegsgewalt verworfen, geächtet. Tolstoi wußte so gut wie einer, daß niemals das Absolute über die Lebendigkeit des Augenblicks herrschen kann. Tolstoi verwarf die Gewalt, um das Einfache, was er gegen den Krieg zu sagen hatte, nicht zu verwirren mit der Einschränkung durch Ausnahmen, wie sie das Leben schon selber schaffen wird. Tolstoi sagt in seinem Tagebuch: „Alles ist bedeutungslos außer dem, was wir in diesem Augenblick tun.“ Aus dieser Einsicht erklären sich alle scheinbaren Widersprüche in seinen eigenen Daseinsäußerungen; in ihr aber liegt die richtige Lehre enthalten, daß wir in strenger Wahrung unserer grundsätzlichen Erkenntnis dem Augenblick die Entscheidung über die Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes überlassen sollen. Es hat Menschen gegeben, Schüler Tolstois, die dem Staate ihr Leben als Soldat verweigert haben, die es aber der Revolution mit der Waffe in der Hand zur Verfügung stellten. Leo Tolstoi hätte sie leuchtenden Auges als die wahren Versteher seiner Lehre begrüßt. Unsere Pflicht ist es, diejenigen zu grüßen, die dem Staate die Gewalt für den Staat versagt haben, und die ihr Leben der Rache des Staates für diese revolutionäre Weigerung preisgaben. Der Zarismus hat diejenigen hingeschlachtet, die Tolstois anarchistische Lehren befolgt haben; da die russische Revolution anstatt der Freiheit einem neuen Staat den Weg freigab, sind die Befolger der Tolstoischen Ratschläge noch heute dort die Opfer autoritärer Machtansprüche einer Obrigkeit. Mögen die Bolschewisten den hundertsten Geburtstag Tolstois mit all dem lärmenden Jubel feiern, der bei ihnen seit langem das Fortbestehen abgedrosselter revolutionärer Freiheiten vertauschen und den Jammer enttäuschter revolutionärer Begeisterung übertönen muß: die Tatsache, daß Tolstois nächster Mitarbeiter Tschetkoff zu dieser Feier nicht ins Land gelassen wird, daß die Jünger Tolstois, die auch dem bolschewistischen Staat das Recht zum Militärzwang absprachen, die Feier in Gefängniszellen oder in Sibirien begehen müssen und daß grundsätzliche Staatsgegner, wie Leo Tolstoi einer war, dort verfolgt und finster brutalisiert werden, zeigt, mit wie wenig Recht die herrschenden Kreise des heutigen Rußlands den großen Denker, Dichter und Mahner als einen der ihrigen in Anspruch nehmen. Tolstoi litt namenlos unter dem Luxus und den falschen Freuden in seinem eigenen Hause. Mit 82 Jahren brach er auf, um in der Armut zu sterben, in der er die Arbeitenden des Landes leben wußte. Fern von verlogenen Konventionen, aber befreit vom Zwange jeglicher peinigenden Bevormundung schloß er die Augen. Er war einer der gewaltigsten Geister der Menschengeschichte, ein Fackelträger der Revolution und der Freiheit, eine treibende Kraft der russischen Revolution, deren strahlenden Glanz

er nicht mehr sah, deren Verlöschen in Staatlichkeit und Klüngeldiktatur er nicht mehr zu erleben brauchte. Doch sie ist noch nicht tot, die russische Revolution. Die Arbeiter und Bauern des Landes wissen noch um die Freiheit, für die sie ihren herrlichen Kampf geführt haben; die großen Verkünder der russischen Befreiung, deren Leo Tolstoi einer der größten war, werden wieder auferstehen in den Herzen des Volks — und das Licht leuchtet in der Finsternis.

Die anarchistische Synthese

In Frankreich, wie in den meisten anderen Ländern, unterscheidet man deutlich drei große anarchistische Strömungen, die sich folgendermaßen klassifizieren lassen: Der Anarcho-Syndikalismus; der freiheitliche Kommunismus; der anarchistische Individualismus.

(Ich spreche hier nur von den drei Hauptrichtungen, die 85 bis 90 Prozent der Kameraden umfassen, die sich zum Anarchismus bekennen, und deren Einfluß und Tätigkeit sich in jenen Ländern bemerkbar macht, in denen die anarchistische Gedankensaat mehr oder weniger Früchte gezeitigt hat. Ich will damit kleineren Richtungen, die ebenfalls anarchistische Ziele verfolgen und die aus dem einen oder dem anderen Grunde eine besondere Stellung im großen Kampfe einnehmen, in keiner Weise die Berechtigung ihrer Existenz aberkennen. Doch kann ich in dieser Abhandlung, in der ich mich bemühe, dem Anarchismus als geistiger und sozialer Bewegung einen möglichst konkreten und präzisen Ausdruck zu geben, nicht jeder Sonderauffassung Rechnung tragen.)

Es ist natürlich, aber zugleich verhängnisvoll, daß eine so umfassende Idee wie der Anarchismus in einer gewissen Periode seiner Entwicklung zu solcher Dreiteilung gefangen mußte. Eine Bewegung mit bestimmten philosophischen und sozialen Voraussetzungen, die sowohl im Ideenleben als auch in der praktischen Aktion ihren Ausdruck findet und deren Ziele darauf gerichtet sind, alle auf dem Gedanken der Autorität fußenden Institutionen aus der Gesellschaft auszuschalten, mußte notwendig zu einer Teilung ihrer Kräfte gelangen, die durch die Verschiedenartigkeit der Bedingungen, der Umwelt und der Temperamente bedingt ist. Die Mannigfaltigkeit der Quellen, aus denen sie ihre Nahrung schöpft, die zahllosen individuellen Veranlagungen und die stete Einwirkung einer endlosen Fülle von Ereignissen mußten verschiedene Strömungen in der Bewegung zur Folge haben.

Viele Kameraden haben den Eindruck, daß diese verschiedenen Strömungen die Gesamtbewegung des Anarchismus in bedauerlichem Maße schwäche. Allein es ist zwecklos, über Tatsachen zu jammern. Sie sind da — — klar, eindeutig, unbestreitbar, und sie haben ihre Ursachen. Mit nutzlosen Klagen werden wir die allgemeine Lage nur unnötig verschärfen, ohne jedoch jene drei Strömungen aus der Welt zu schaffen.

Sicherlich sagen sich die Anhänger aller drei Richtungen: es ist recht bedauerlich, daß die anderen beiden Richtungen bestehen; sie vermindern unsere Kräfte, und wären sie nicht vorhanden, so bestände nur eine anarchistische Bewegung — unsere, die in diesem Falle viel zahlreicher wäre und sich besser durchsetzen könnte. Die Anarcho-Syndikalisten den-

ken: Ja, wenn alle Genossen Anarcho-Syndikalisten wären! Die freiheitlichen Kommunisten seufzen: Ja, wenn alle Genossen sich zum anarchistischen Kommunismus bekennen würden! Und die anarchistischen Individualisten sagen: Ja, wenn alle Genossen unserer Meinung wären!

Nun, ich glaube, daß, wenn wir sogar uns über alle gegebenen Tatsachen hinwegsetzen und uns alle für eine der drei Richtungen entscheiden könnten, damit noch nichts gewonnen wäre. Man kann annehmen, daß die auf solche Weise bevorzugte Richtung an innerer Lebenskraft und Betätigungswillen gewänne; aber ob dadurch die Gesamtbewegung des Anarchismus — ich sage des „Anarchismus“ — aktiver und einflußreicher wäre, ist sehr fraglich.

Es ist sehr wahrscheinlich, wenn nicht sicher, daß die so geschaffene Einheitsrichtung, ganz gleichgültig, ob es sich um den Anarcho-Syndikalismus, den freiheitlichen Kommunismus oder den anarchistischen Individualismus handelte, im allgemeinen viel weniger stark wäre als heute.

Selbst wenn man sich die optimistische Auffassung zu eigen macht und von einer Einheitsbewegung die günstigsten Ergebnisse erwartet, bleibt es sicher, daß das Aufgehen der drei Richtungen in einer, wenn dies überhaupt möglich wäre, nicht wünschenswert ist. Zunächst würde ein zahlenmäßiger Verlust eintreten, da sich viele einer solchen Verschmelzung mit Recht widersetzen und sich nicht daran beteiligen würden. Ferner würde sogar bei denjenigen, die sich mit der Verschmelzung einverstanden erklärten, nur ein künstliches Verhältnis zustande kommen, dessen äußerer Schein ihm weder Tiefe noch Dauer geben könnte. Und endlich würde das Verschwinden von zwei Strömungen unter den heute bestehenden drei Richtungen eine Verstümmelung der Gesamtbewegung zur Folge haben, die sich als Quelle einer allgemeinen Schwächung auswirken müßte. Ich bin also der Meinung, daß das Bestehen der drei erwähnten Richtungen für die allgemeine anarchistische Bewegung keineswegs eine Ursache ihrer Schwäche bedeutet. Nebenbei gesagt, erscheint mir die angebliche Schwäche der Bewegung, von der man heute so viel spricht, mehr scheinbar als wirklich zu sein. Der Anarcho-Syndikalismus, der freiheitliche Kommunismus und der Anarchistische Individualismus sind drei Strömungen in der Bewegung des Anarchismus, deren Existenz niemand verhindern könnte, wer immer es sei. Jede dieser drei Richtungen verkörpert in sich eine Kraft, die auszuschalten weder möglich noch wünschenswert wäre. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, daß man sich als Anarchist und nichts weiter die ganze gigantische Größe der Aufgabe vor Augen führt, das Prinzip der Autorität in Trümmer zu schlagen. Erst dann begreift man, wie unumgänglich es ist, daß sich die drei Richtungen im allgemeinen Kampfe gegenseitig ergänzen und unterstützen müssen. Denn sie unterscheiden sich zwar voneinander, aber es bestehen keinerlei innere Gegensätze zwischen ihnen.

Ich habe nunmehr drei Fragen zu stellen. Die erste Frage gilt den freiheitlichen Kommunisten und den anarchistischen Individualisten in bezug auf die Anarcho-Syndikalisten; die zweite Frage gilt den Anarcho-Syndikalisten und den anarchistischen Individualisten in bezug auf die freiheitlichen Kommunisten; die dritte Frage gilt den freiheitlichen Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten in bezug auf die anarchistischen Individualisten.

Wird der Anarchismus als soziale Bewegung und als Aktion der Arbeiter die Mitbeteiligung der stattlichen Massen, die schon heute in den gewerkschaftlichen Organisationen vereint sind, entbehren können, wenn einmal die Stunde kommt, wo er der kapitalistischen und autoritären Welt die letzte Schlacht liefern muß, wo das eintritt, was wir gewöhnlich als soziale Revolution bezeichnen?

Es wäre offenkundiger Wahnsinn, davon zu träumen, daß ein Sieg in diesem Falle möglich wäre, ohne die aktive, nachdrückliche, rücksichtslose und beharrliche Mitwirkung der arbeitenden Massen im großen Ringen um die Befreiung, die als Ganzes an der Umwälzung der gesellschaftlichen Bedingungen ja am meisten interessiert sind.

Ich behaupte nicht und der Gedanke liegt mir fern, daß eine vollständige und einheitliche Verschmelzung aller syndikalistischen und anarchistischen Kräfte heute notwendig ist, um ihr Zusammenarbeiten in der Zeit revolutionärer Aktionen zu ermöglichen. Aber ich sage mit meinem alten Freunde Malatesta:

„Die Anarchisten müssen die Nützlichkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen anerkennen und deren Entwicklung nach Kräften zu fördern suchen, um sie zu einem Hebel ihrer Aktionen zu machen. Zur Durchführung einer sozialen Revolution, die auf die Abschaffung der Klassen, auf vollständige Freiheit, Gleichheit und Solidarität aller menschlichen Wesen abzielt, ist ein gemeinsames Vorgehen der Anarchisten mit dem Syndikalismus und anderen fortschrittlichen Richtungen unbedingt nötig. Aber es wäre eine gefährliche Täuschung, zu glauben, daß die Arbeiterbewegung als solche, kraft ihres inneren Wesens, die Ziele einer solchen Revolution in sich trage, wie viele anzunehmen scheinen. Bei allen Bewegungen, die sich auf materielle und unmittelbare Interessen stützen — und eine ausgebreitete Arbeiterbewegung läßt sich überhaupt auf keiner anderen Grundlage aufbauen — ist es unumgänglich, daß sie von begeisterungsfähigen Menschen, die von Kampfesgeist und Opferwilligkeit erfüllt sind, in Gärung gehalten und vorwärts getrieben werden. Ohne diesen Druck gerät jede Bewegung in die Gefahr, sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen und konservative Tendenzen anzunehmen, die ihre Anhänger veranlassen, an dem Gegebenen festzuhalten und sich mit einfachen Verbesserungen innerhalb des heutiger Systems zu begnügen. Aus diesem Grunde ist eine anarchistische Bewegung nötig, die innerhalb und außerhalb der Syndikate für die allseitige Verwirklichung des Anarchismus wirkt und bestrebt ist, alle Keime der Fäulnis und der Reaktion unschädlich zu machen.“

Wie wir sehen, handelt es sich also nicht um eine organische Verbindung der anarchistischen mit der syndikalistischen Bewegung oder des Syndikalismus mit dem Anarchismus; die Aufgabe ist vielmehr innerhalb und außerhalb der Syndikate Wege für die umfassendste Verwirklichung des anarchistischen Ideals zu finden.

Ich frage nun die freiheitlichen Kommunisten und die anarchistischen individualisten, welche prinzipiellen oder taktischen Gründe sie veranlassen können, einem Anarcho-Syndikalismus, der sich dergestalt betätigt und praktisch auswirkt, feindlich gegenüberzustehen?

Meine zweite Frage ist:

Ist der Anarchismus als unbestechlicher Gegner jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie sie im kapitalistischen System ihren stärksten Niederschlag gefunden hat, und jeder Beherrschung des Menschen durch den Menschen, wie sie im Staate ihren Ausdruck findet, ist der Anarchismus in stande, dieses Ziel zu erreichen und das kapitalistische Regime schachmatt zu setzen, ohne, wie die freiheitlichen Kommunisten es erstreben, alle Produktionsmittel, Transportwege und Organe des Austausches zum Eigentum aller umzugestalten? Und ist eine solche Umgestaltung möglich, ohne die gleichzeitige Abschaffung des Staates und aller Institutionen, in denen er seine Verkörperung findet?

Ich frage nun die Anarcho-Syndikalisten und die anarchistischen Individualisten, welche prinzipiellen oder taktischen Gründe sie veranlassen könnten, einen freiheitlichen Kommunismus, der sich dergestalt betätigt und praktisch auswirkt, feindlich gegenüberzustehen?

Und nun meine dritte Frage:

Kann der Anarchismus, der einerseits der stärkste und klarste Ausdruck der Empörung des Individuums gegen jede politische, wirtschaftliche und moralische Unterdrückung ist, die sich in den autoritären Institutionen des heutigen Systems verkörpert und andererseits das weitgehendste Recht des Einzelwesens auf allseitige Entwicklung und Befriedigung seiner Bedürfnisse auf allen Gebieten vertritt; eine bessere Erfüllung dieser Bestrebungen finden, als sie in einer individuellen Kultur gegeben sind, die auf die vollständige Umwälzung des heutigen gesellschaftlichen Systems und die vollständige Zerstörung ihres schädlichen und unterdrückenden Räderwerkes abzielt?

Ich frage nun die Anarcho-Syndikalisten und die freiheitlichen Kommunisten, welche prinzipiellen oder taktischen Gründe sie veranlassen könnten, einem individualistischen Anarchismus, der sich dergestalt betätigt und praktisch auswirkt, feindlich gegenüberzustehen?

Nach meiner Meinung sind die drei hier erwähnten Richtungen dazu berufen, eine anarchistische Synthese herzustellen. Man könnte das Ergebnis, das sich aus der vorurteilslosen Beantwortung meiner drei Fragen ergibt, folgendermaßen zum Ausdruck bringen:

1. Die drei Strömungen des Anarcho-Syndikalismus, des freiheitlichen Kommunismus und des anarchistischen Individualismus unterscheiden sich zwar voneinander, aber es besteht zwischen ihnen kein Gegensatz prinzipieller oder taktischer Natur, der sie verhindern könnte, im guten Einvernehmen nebeneinander zu existieren und sich zu gemeinschaftlicher Aktion zusammenzufinden.

2. Die Existenz dieser drei Richtungen bedeutet in keiner Weise eine Schwächung der Gesamtbewegung des Anarchismus. Als geistige und soziale Bewegung in seiner ganzen umfassenden Ausdehnung kann und muß er nur gewinnen durch das Bestehen dieser drei Strömungen.

3. Jede der drei Strömungen hat in der großen sozialen Bewegung, die wir Anarchismus nennen, ihren bestimmten Platz und ihr besonderes Tätigkeitsfeld; jede hat ihre bestimmte Aufgabe und erstrebt einen gesellschaftlichen Zustand, in dem jedem Einzelwesen das Maximum von Freiheit und Wohlstand gesichert ist.

4. Man kann den Anarchismus somit, um eine Formel der Chemie zu gebrauchen, mit einem zusammengesetzten Körper vergleichen, der aus mehreren Elementen besteht.

Dieser Körper ist durch eine Zusammensetzung der drei Elemente: des Anarcho-Syndikalismus, des freiheitlichen Kommunismus und des anarchistischen Individualismus entstanden. Seine chemische Formel könnte sein: $S^2 K^2 I^2$.

Je nach den Ereignissen, der Verschiedenartigkeit des Milieus und den zahllosen Quellen, durch welche die Bewegung gespeist wird, können im Quantum der drei Elemente Veränderungen eintreten. Bei der Analyse tritt diese Veränderung zutage und zeigt uns die Stärke der einzelnen Elemente.

Vielleicht findet sie ihren Ausdruck in der Formel: $S^3 K^{\frac{1}{2}} I^{\frac{1}{2}}$; vielleicht in der Formel: $S^1 K^2 I^2$; oder auch in der Formel: $S^1 K^2 I^3$. Die Formel selbst kann verschiedene Proportionen aufweisen, deren Größe durch

lokale, regionale oder internationale Einflüsse bedingt ist. Aber stets sind es dieselben drei Elemente: Anarcho-Syndikalismus, freiheitlicher Kommunismus und anarchistischer Individualismus, die untereinander die Verbindung eingehen und die Zusammensetzung des Ganzen bestimmen. In dieser Bedeutung spreche ich von der „anarchistischen Synthese“.

Sebastian Faue.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Bücherübersicht

Der Bucheinlauf bei der Redaktion einer Zeitschrift, die grundsätzlich bereit ist, ihre Leser vom Erscheinen lezenswerter Literatur zu unterrichten, ist so beträchtlich, daß eine in knappem Umfang gehaltene Monatsschrift wie FANAL keine Möglichkeit hat, den Anforderungen der Autoren und Verleger, ihre eingesandten Werke besprochen zu sehen, in nennenswertem Maße zu entsprechen. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Entgegennahme von Rezensionbüchern stets gern geschehen soll, daß ich auch, soweit meine Zeit es irgend erlaubt, und soweit der Inhalt der Werke die im FANAL interessierenden Gebiete berührt, nach bester Möglichkeit lese, was einläuft, daß ich aber eine Verpflichtung zur Besprechung unverlangt zugesandter Bücher keinesfalls übernehmen kann. Ferner bitte ich Emsender von Rezensionswerken allgemein um viel Geduld. Man kann nicht mehr als ein Buch gleichzeitig lesen; der Tag ist mit anderer Arbeit als Lektüre überreichlich ausgefüllt, so dauert es mitunter monatelang, bis ich dazu komme, mich mit einem Buch vertraut zu machen, über das ich zu schreiben beabsichtige. Zur einfachen registermäßigen Aufzählung der eingegangenen Werke kann ich mich nicht entschließen, da der beschränkte Raum des Blattes nicht ohne zwingende Gründe noch mehr eingeengt werden soll und weil ich nicht glaube, daß dem Verfasser oder dem Verleger eines Buches mit der bloßen Titelnennung ohne Hinweis, ob sich die Lektüre lohne oder nicht, erheblich gedient ist. Dem Leser jedenfalls ist nicht damit gedient, daß die Redaktion, deren Meinung er kennen lernen will, ihm nur ein paar Erscheinungen mitteilt und ihm überläßt, sich dabei zu denken, was er mag. Dazu braucht er keine Zeitschrift zu halten, die eine ganz bestimmte Auffassung zu fördern sucht; dazu kann er sich viel besser von jeder Buchhandlung regelmäßig die Liste aller in sein Interessengebiet fallender neu erscheinender Bücher vorlegen lassen. Immerhin soll in FANAL fortan dem Hinweis auf empfehlenswerte neue Bücher mehr Raum als bisher freigehalten werden, sei es auch auf Kosten der regelmäßigen ausführlichen Behandlung der Justizzustände.

Die Beschäftigung mit dem neuesten Werk des Genossen Max Nettlau: „Elisée Reclus. Anarchist und Gelehrter (1830—1905)“, das der höchst verdiente Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin O 34 in sauberer schöner

Aufmachung als Ergänzungswerk zur Biographie Errico Malatestas desselben Verfassers herausgebracht hat, soll baldmöglichst bei der Entwicklung bestimmter Ideen gesondert folgen. Es genüge hier, die Leser auf die Neuerscheinung mit dringender Empfehlung zur Anschaffung besonders für Arbeiterbüchereien hinzuweisen, zugleich aber dem Verlag nahezu legen, ein alphabetisches Sach- und Namensverzeichnis für das Buch herstellen zu lassen, da es sonst in seinem Wert als Quellenwerk für die Benutzung erheblich beeinträchtigt wäre.

Einer besonderen Besprechung sollen auch vorbehalten werden die vom Neuen Deutschen Verlag in Lieferungen herausgebrachten Illustrierten Geschichten der Russischen Revolution, des Bürgerkriegs in Rußland und der noch im Erscheinen begriffenen Deutschen Revolution. Hier werden starke kritische Einwendungen zu machen sein, die sich auf die Ueberbetonung bestimmter von Rußland aus gewünschter Auffassungen und somit auf die Einseitigkeit eines Parteistandpunktes beziehen müssen; doch darf die ausgezeichnete technische Ausstattung, das vortreffliche Bildmaterial und die Tatsache hervorgehoben werden, daß der kritikfähige Leser vorläufig keine besseren geschichtlichen Zusammenstellungen der Ereignisse hat, als sie hier, tendenziös gefärbt, geliefert werden. Im Zusammenhang mit diesen revolutionären Geschichtswerken sollen dann noch eine Reihe anderer Bücher, die bestimmte geschichtliche Persönlichkeiten oder Ereignisse zum Gegenstand revolutionärer Dichtung oder Darstellung machen, behandelt werden.

Die freiheitliche Dichtung allgemein hat eine Reihe von Erzeugnissen auf den Büchermarkt gebracht, von denen zuerst der interessante dichterische Erstlingsversuch unseres Genossen Rudolf Rocker erwähnt sei: „Die Sechs“ im Verlag „Der Syndikalist“ 1920 als Band VII der Schriftenreihe „Dichter und Rebellen“. Rocker, einer der klarsten und stärksten Geister unserer Tage, ein Mann mit ungeheurer Wissensbildung und in den verschiedensten Gebieten der Wissenschaften bewandert, sucht alle seine Kenntnisse auf und verwertet all sein Wissen und Können immer und überall nur im Dienste der Freiheit der Menschen, ihrer inneren Entfesselung von göttlicher und weltlicher Autorität, ihrer äußeren Erlösung von der Knechtschaft des Staates und der Ausbeutung, ihrer Erhebung zu revolutionärer Erringung des Sozialismus und der Anarchie. Wie Rocker die Geschichte der Menschheit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Freiheit beurteilt, wie er seine volkswirtschaftlichen Erfahrungen und erlernten Kenntnisse ganz und gar der Arbeit an der Befreiung des menschlichen Geistes und seiner wirkenden Kräfte dienstbar macht, so sind ihm auch seine literarischen Studien und sein umfassendes Wissen auf dem Gebiete der Weltliteratur, sein kritisches Eindringen in die Dichtung der Vergangenheit und Gegenwart Mittel zum gleichen Zweck. Freiheit des Menschen und der Gesellschaft, ökonomische Freiheit und persönliche Frei-

heit, Freiheit im Denken, Fühlen und Handeln — sie gilt Rudolf Rocker als Inbegriff alles Glückes; ihr hat er sich, sein Forschen und sein Leben verschrieben. Die Beschäftigung mit dem echten Freiheitsbegriff mag Rocker auf den Gedanken gebracht haben, die großen Gestalten der Weltliteratur, die nach Erlösung und Glück suchen, an einander und ihr Ideal am wahren Freiheitsideal zu messen. So entstand dieses Werk, das in dichterischer Einkleidung ein philosophisches Problem zur Entscheidung stellt. Sechs suchende, ringende Geister kommen auf sechs verschiedenen Wegen zur großen Sphinx, das Geheimnis des Lebens, die Erlösung aus irdgebundener Qual zu finden. Faust sucht die Erlösung allein im Geiste, Don Juan im sinnlichen Triebe, Hamlet in der Verträumung des Daseins, Don Quichote in der heroischen Tatgeste, Bruder Medardus in der rücksichtslosen Durchsetzung des eigenen Ich und Heinrich von Ofterdingen in der romantischen Offenbarung der Dichtung. Keiner ihrer Wege führt zur Freiheit und zum Glück, ihrer aller Wege vereint zeigen das Ziel der Menschheit: Gerechtigkeit und Freiheit. „Zu einem Ganzen formen sich die Teile.“ — Das Werk Rudolf Rockers ist als gedankliche Konstruktion natürlich zu bejahen. Aber — es ist eine gedankliche Konstruktion, kaum geeignet zu dichterischer Gestaltung. Sechs Dichter-Erzeugnisse an einander verglichen und abgemessen, das will schwer eine neue Dichtung geben. Es kommt ein anderes hinzu: Rudolf Rocker ist Wissenschaftler, ist ausgesprochen Prosaschriftsteller. Seine Geistesgewöhnung an scharf logisches Denken wird sich schwer dem beschwingten Fühlen dichterischer Sprachformung unterwerfen. Der jambische Rhythmus allein ersetzt nicht die Bildhaftigkeit der Poesie, die Kraft des Gleichnisses, die nicht im entwickelten Gedanken, sondern im Ausdruck selbst Gestalt gewinnt. So stark Rockers Ueberzeugungswille in der logischen Gegenüberstellung von sechs Möglichkeiten desselben Irrtums wirkt, so außerordentlich klug dieses Buch angelegt und durchgeführt ist, — im Dichterischen versagt es, bleibt es trotz der gebundenen Form Prosa. Aber prachtvoll zeigt sich auch hier Rudolf Rockers hohes Wissen um die Freiheit, und als Kampfbuch wie als Dokument der reinen klaren Erkenntnis eines der wunderbarsten Menschen unserer Zeit seien „Die Sechs“ jedem Anarchisten und jedem Freunde freien Menschentums warm empfohlen.

Mit gemischten Empfindungen muß von der neuen Auflage des großen Sammelwerks proletarischer Gedichte „Von unten auf“ berichtet werden. (Verlag Kaden & Comp., Dresden. Dritte Auflage 1928.) Es handelt sich um eine Fortführung des in den neunziger Jahren von Karl Henckell herausgegebenen „Buches der Freiheit“, dem Franz Diederich 1910 den neuen Namen gab. Diederich ist 1921 gestorben und die Zusammenstellung der vorliegenden Neuauflage ist Anna Stienssen überlassen worden. Die Herausgeberin teilt in ihrem sehr sympathischen Vorwort mit, daß Franz Diederich selbst die Vermehrung der proletarischen und revolutionären Lyrik seit

Weltkrieg und Nachkriegswirrnis nicht anders glaubte in der Anthologie zur Geltung bringen zu können als durch die Schaffung einer Fortsetzung der Sammlung in einem besonderen Bande. Diese von dem Toten begonnene Arbeit selbständig durchzuführen, hat Anna Siemsen sich aus Pietät für den Verstorbenen nicht für berechtigt gehalten. Man kann, was aus einem anständigen Empfinden getan oder unterlassen wird, nicht tadeln, aber man kann es bedauern. Die Einordnung des dichterischen Ertrages der letzten 14 Jahre in den eigentlich doch zeitlogisch abgeschlossenen alten Teil bewirkt einen gar zu dürftigen Eindruck gerade von den Gegenwartsdichtungen, deren Inhalt und Art für die proletarische Jugend von heute bedeutungsvoll ist. Die revolutionär aggressive Tonart, der Hohn gegen die Halbheiten und gegen die Verfälschungen des Freiheitgedankens, die Lyrik als schmetternde Begleitmusik zu unmittelbaren gewaltsamen Aufwühlungen kommt zu kurz gegen die hymnischen, hoffnungssanften pazifistischen und sozial meditierenden Weisen gerade auch der jüngsten Generation. Von uns Aelteren sind ebenfalls nicht eben die kämpferischsten Verse ausgesucht worden, und ich hätte beispielsweise aus meinen eigenen Gedichten, wenn denn schon nur für ein einziges Raum war, lieber ein schroff revolutionäres in der Sammlung gefunden als ein gegen den Krieg gerichtetes Mahnlied „An die Soldaten“, das schon 1912 zum ersten Male in der ebenfalls von Franz Diederich veranstalteten Anthologie „Krieg“ gedruckt worden ist. Schlimm aber finde ich, daß Anna Siemsen unter den Dichtern, „die bedeutungsvoll waren in der Bewegung der letzten Jahre und irgendwie auf weitere Kreise wesentlich wirkten“, den begabtesten, radikalsten und den Zeitcharakter mit seiner Unverschämtheit und seinen Dissonanzen am sichersten in Verse fangenden proletarischen Dichter unserer Zeit völlig übergeht. Ich spreche von Oskar Kanehl. Wer einen guten Ueberblick über Arbeiterdichter und freiheitliche Dichtungen allgemein, aber mit übertriebener Berücksichtigung verblaßter Vergangenheit haben will, der möge den starken und natürlich von vielem guten Reichtum gefüllten Band „Von unten auf“ in sein Regal stellen. Er wird manche Freude daran haben. Aber wer unmittelbare revolutionäre Gegenwart in Versen auf sich wirken lassen will, der wird an einem eben erschienenen neuen Versband von Kanehl besser auf seine Kosten kommen.

Das Buch „Straße frei!“ Neue Gedichte von Oskar Kanehl mit 15 Originalzeichnungen von George Grosz (Verlag Der Spartakusbund Berlin 1928) ist ein pfeifendes und gellendes Dokument einer nur auf Pfiffe und Kreischen reagierenden Gegenwart. Kanehl beansprucht viel weniger, Dichter zu sein als Agitator und revolutionärer Ankläger und Spötter. Agitation, Anklage, galliger Hohn ist aber in so gedrungener und dabei in so ungekünstelter, ungeleckter, unfrasierter Form geleistet, daß hier aus Haß und Schwung wahrhafte Dichtung wird. Das herrliche Bonzenlied — „wir sind die Bonzen, Bonzen, Bonzen, uns gehts gut“ — würde allein genügen, um Kanehls

Gedichten für unsere Tage eine mindestens so bedeutungsvolle Geltung zu sichern, wie sie die besten Hohngedichte Glaßbrenners für seine Zeit hatten. Und dazu die großartigen Zeichnungen von George Grosz, hingesetzt mit der überwältigenden Frechheit dessen, der seinem fabelhaften Können für jede Aufgabe vertraut, der vor keiner Autorität und Obrigkeit Respekt hat und der erfüllt ist von der Idee, in deren Dienst er seine Kunst wirken läßt. Es macht froh, ein Buch als Ganzes laut loben zu können, es macht um so mehr Spaß, es zu tun, als die Blätter, aus denen die revolutionären Profetarier im allgemeinen entnehmen, was sie genußreich und was unerfreulich zu finden haben, mancherlei Gründe haben werden, von Kanehls und Grosz' „Straße frei“ mit einiger Zurückhaltung, mit süßsaurem Aufstoßen oder gar nicht zu reden. Es mag für diesmal genug sein mit dem Hinweis auf revolutionäre Dichtung, obgleich das Abbrechen des Berichts an dieser Stelle eine Fortsetzung in kurzer Zeit nötig machen wird. Doch sollen die Leser noch auf eine Erziehungsschrift aufmerksam gemacht werden, deren Verfasser dem FANAL zur Unterstützung der hier vertretenen anarchistischen Ideen den Vertrieb der Arbeit unter besonders günstigen Bedingungen überlassen hat. Wir konnten von dem uns gemachten Angebot unbedenklich Gebrauch machen, da die Prüfung des Buches „Kind und Elternhaus“ von Dr. B. Lüber (Hensel & Co. Verlag, Berlin 1927) bestätigte, daß die Verbreitung des Buches des amerikanischen Pädagogen zugleich die Verbreitung einer ausgezeichneten Anweisung an die Eltern bedeutet, wie sie ihre Kinder zu freien und aufrechten Menschen, zu Anarchisten erziehen können. Eine ausführliche Beschäftigung mit dem Buche bleibt im Rahmen einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Familien- und Erziehungsfragen vorbehalten.

Die nachfolgende Buchbesprechung, die dem FANAL zuzuging, findet Aufnahme, weil das Lebenswerk des Soziologen Ludwig Gumplowicz in mancher Hinsicht auch auf die Entwicklung des anarchistischen Gedankens in Deutschland Einfluß ausgeübt hat.

Bernhard Zebrowski, Ludwig Gumplowicz. (Bio-bibliographische Beiträge zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaft, R. L. Prager, Berlin.)

Unsere Zeit ist soziologischem Denken in besonderem Maße zugewandt, und die noch vor einem Vierteljahrhundert als Wirrtraum phantastischer Köpfe verlachte Soziologie hat erst im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre ihren beispiellosen Siegeszug angetreten. So haben die Werke der Männer, die sich als erste für die „neue Wissenschaft“ einsetzten, heute eine besondere Aktualität gewonnen. Zu diesen Vorkämpfern ist in allererster Linie der deutsch-polnische Soziologe Ludwig Gumplowicz zu zählen, dessen „Rassenkampftheorie“ die soziologische Wissenschaft in maßgebender Weise beeinflusst hat. Er teilt das Schicksal jener zahlreichen Männer, denen es nicht vergönnt war, den vollen Erfolg ihres Wirkens zu erleben. Es genügt, zu erwähnen, daß Franz Oppenheimers grandioses soziologisches System sich in der Hauptsache auf Gedankengänge Ludwig Gumplowicz

wicz' gründet, um zu erklären, daß fast zwanzig Jahre nach dem Tode des großen Grazer Führers die Nachfrage nach seinen Schriften so groß geworden ist, daß sein Innsbrucker Verleger sich zu einer neuen Ausgabe seiner wichtigsten Werke entschließen konnte.

Es ist eine Eigenart von Gumpłowicz, daß er, der im Grunde seiner Kämpfernatur zur polemischen Publizistik und zum Journalismus neigte, einen großen Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit in Form von kurzen Aufsätzen in Zeitschriften und Tageszeitungen veröffentlichte, und es befinden sich gerade in diesen verstreuten Artikeln manche Kerne und Verbindungsstücke, die für das Verständnis seines Lehrgebäudes von Wichtigkeit sind. Daher kann man als erfreuliche Ergänzung zu der Neuausgabe seiner „Ausgewählten Werke“ die im Verlage R. L. Prager, Berlin, erschienene bio-bibliographische Schrift „Ludwig Gumpłowicz“ von Bernhard Zebrowski begrüßen. Der Verfasser legt hier eine ausgezeichnet geschriebene biographische Skizze vor, in der er den dankenswerten und erfolgreichen Versuch unternimmt, aus dem bei Gumpłowicz besonders engen Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Lehre heraus die mannigfachen, scheinbaren Widersprüche aufzulösen und mittels dieses analytischen Verfahrens ein umfassendes Bild des großen Gelehrten zu geben. Im Anschluß daran sind in einem ausführlichen bibliographischen Verzeichnis von mehr als vierhundert Nummern nicht nur die Bücher, Zeitschriftenaufsätze, Zeitungsbeiträge, Referate, Vorträge und Vorlesungen Ludwig Gumpłowicz' gesammelt, sondern darüber hinaus auch noch ein großer Teil der Rezensionen, Nachrufe und sonstigen Schriften, die Gumpłowicz und seinem Werk galten. Die 2½ Druckbogen umfassende Schrift Zebrowskis stellt einen wertvollen literarischen Behelf dar, den alle, die sich mit dem Lebenswerk des Gründers der deutschen Soziologie befassen, gern benutzen werden.

Dr. Herbert Sachse.

Zum Schluß sei noch einmal auf die schon im Eingangsartikel erwähnte große Tolstoi-Ausgabe des Malik-Verlages aufmerksam gemacht, über die insgesamt im FANAL noch gesprochen werden soll.

Gerechtigkeit

Bemüht euch nicht länger um die Modernisierung des Rechts in Deutschland oder in anderen Ländern, gute Erneuerer der Lebensbeziehungen. Wir werden eine Revolution bekommen, die den ganzen Schweimestall der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich die Staaten, nicht etwa ausmistet — das wäre ewig vergebliche Bemühung —, sondern niederbrennt und alle ihre Reste wegkehrt, oder wir werden in dem Pestgestank einer Justiz ersticken, von deren Beschaffenheit in der demokratischen Republik Deutschland folgende, jederzeit beliebig zu vermehrende Beispiele Zeugnis geben.

Im Zuchthaus Sonnenburg sitzen zwei ehemalige Reichwehrsoldaten, Mehlhorn und Burkhardt. Sie haben an Kommunisten Waffen verschoben, und zwar weil sie sich von der Richtigkeit kommunistischer politischer Auffassungen überzeugen ließen. Das Reichsgericht fand sie daher schuldig des Hochverrats. Die Amnestie vom 13. Juli gewährt Straffreiheit allen politischen Straftaten, sofern sie nicht mit Mord oder Totschlag verbunden waren. Mehlhorn und Burkhardt sind vom Reichsgericht verurteilt worden, daß die Amnestie für sie keine Anwendung finde, da sie bei ihrer

Straftat eigennützige Zwecke verfolgt hätten. Sie haben nämlich — zwei Mann in monatelanger Tätigkeit — bei der Waffenschlebung Geld verdient. Wieviel?: 22 (Zweiundzwanzig) Mark! Infolgedessen sei ihr Verbrechen nicht als ein politisches anzuerkennen. Es findet also auch keine Umwandlung von Zuchthaus in Gefängnis und keine Herabsetzung der Strafzeit statt, wie etwa bei Klapproth. Somit: Hochverrat ist in der deutschen Republik kein politisches Vergehen wie etwa Falschmünzerei, wenn sie zum Schaden einer in Leipzig unbeliebten Regierung, der russischen, begangen wird. Die Tscherwonetzfälscher sind amnestiert worden.

Herr Hugo Stinnes jr. hat mit zahlreichen anderen Millionären Schiebungen mit Kriegsanleihe gemacht, indem er sich auf Kosten der Steuerzahler minderwertige Papiere als hoch aufzuwertende sogenannte Altanleihe bezahlen ließ. Der Gewinn dürfte soviele Millionen betragen haben, wie die Reichswehrsoldaten bei ihrer Straftat Mark verdient haben. Während der Ermittlungen in der Sache durfte Herr Stinnes Reisen ins Ausland machen. Während er in Untersuchungshaft saß, stellte sich heraus, daß durch Bestechung einer Stenotypistin der Inhalt der richterlichen Akten den Helfern bei dem Betrug übermittelt wurde. Darauf wurde Herr Stinnes nebst sämtlichen übrigen verhafteten Millionengauern in Freiheit gesetzt. Er kann jetzt wieder abreisen, wohin es ihm paßt. Dann würde allerdings eine Kautions von 1 Million verfallen, und der zwanzigste Teil des erschobenen Gutes wäre wieder beim Teufel. Könnte man nicht auch Mehlhorn und Burkhardt gegen Hinterlegung des zwanzigsten Teiles ihres Gewinnes — also je 50 Pfennigen — freigeben?

In der einzigen deutschen Fliegerschule in Staaken haben die völkischen Lehrlinge — in einer republikanischen staatlichen Ausbildungsanstalt für den gesamten Fliegernachwuchs des Landes selbstverständlich die Mehrheit — den einzigen jüdischen Schüler nachts aus dem Bett geholt, ihn an Händen und Füßen gefesselt, ihm die Schamhaare rasiert und ihn regelrecht Spießbruten laufen lassen. Die Justizorgane der demokratischen Republik haben sich um die Angelegenheit nicht bemüht, da schon die Offiziere, die die Schule leiten, das Vergehen ausreichend gesühnt haben. Die Peiniger des jüdischen Fliegerlehrlings dürften volle acht Tage nicht starten, sie erhielten also, wie der „Montag Morgen“, dem ich den Vorfall entnehme, richtig bemerkt, zur Strafe eine Woche Urlaub.

Bemüht euch nicht, Reformier aller Sorten, an solchen Zuständen etwas zu ändern. Die deutsche Justiz ist in allem, was sie tut und unterläßt, ein zuverlässiger Spiegel der Gesellschaft, in der wir leben. Es wäre eine Beleidigung der Richter anzunehmen, daß sie das, was sie leisten, für Gerechtigkeit halten sollten. Solche Trottel sind es nicht. Man wird ihr Verhalten schon aus ihrer Einsicht erklären müssen, wessen Vorteil sie wahrzunehmen haben und gegen wen sie daher allein die Mittel der Staatsmacht anwenden müssen. Wer in diesem Lande Gerechtigkeit will, wird schon auch Revolution zu wollen haben

Hohe Politik

Es war erhehend. Hermann Müller vom Parteivorstand hat in Genf die erste deutschnationale Parteireden gehalten. Er hat dem Feindbunde die Maske vom Gesicht gerissen, ja, vom doppelten Gesicht, das er ihm mit spitziger Anspielung im Spiegel zeigte. Abrüstung! rief er mannhaft, stressmannhaft den erstaunt grinsenden Kelloggkollegen zu und rühmte Deutsch-

lands Heroismus, das vollkommen, restlos, freiwillig, vorbildlich, von pazifistischem Eifer schwitzend sich selbst entwaffnet habe und nun treuäugig in die Welt blicke, gewöhnt Verträge zu achten und geachtet zu sehen, den Krieg und die Zwietracht im frommen Busen von sich weisend und arglos spielend an des Bächleins Ranft. Er hat würdig gesprochen, bestätigte knödelnd und das Jägerhemd blähend der teutsche Oberlehrer; er hat gesprochen wie es einem Sozialdemokraten ansteht, jauchzte das von Begeisterung überschnappende Zentralorgan der Reichsregierung, der „Vorwärts“. Gustav Stresemann freute sich am allermeisten, besonders deswegen, weil er nicht selber die schöne Rede hatte zu halten brauchen und die Briandschen Backpfeifen, für die sonst er alle Wangen hätte hinhalten müssen, in das edle Antlitz des internationalen Sozialisten Müller abgelenkt waren. Ach, ach, ach, wie der ehemalige Parteigenosse seiner Friedfertigkeit des deutschen Reichskanzlers, Aristide der Nobelpreisboxer, seine Kinnhaken in die patriotischen Zähne landete, die Müller der Kühne dem Völkerbund in all ihrer Stockigkeit gezeigt hatte! Von wegen Freiwilligkeit der Abrüstung: der olle ehrliche Verständigungsmakler brauchte gar nicht eigens von den eingeschmissenen Autofenstern der Kontrollkommissionen zu reden und von den „Sanktionen“, womit der freiwilligen und vorbildlichen Abrüstung nachgeholfen wurde, er meinte bloß, daß die Versailler Vertragsbedingungen, die seit 8 Jahren in Kraft sind, so ungefähr seit 2 Jahren erfüllt würden und verwahrte sich mit wohlgemimter Gekränktheit dagegen, daß wenn die Müllers und übrigen Deutschnationalen immer noch klagten, daß man in Frankreich ein Rahmenheer von 100 000 Mann für auffüllbar, eine seit dem Kriege in blitzartiger Geschwindigkeit auf Friedensproduktion umgestellte Rüstungsindustrie auch andersherum für umstellbar halte, — er, Briand, deshalb das Locarnickel sein sollte. Der Staatsmann vom sozialdemokratischen Parteivorstand war ganz erstaunt, daß ihm der mit Stresemann immer gemütliche Außenbonze vom Quai d'Orsay so kannibalisch über die vaterländische Schnauze gefahren war. Dabei hatte er sich doch fabelhaft diplomatisch zurückgehalten, hatte mit Rudf Breitscheids, des ewigen Außenministeranwärters sachkundiger Hilfe verstanden, was Parteigenosse Paul Boncourt mit der vorsichtigen Andeutung meinte, daß eine Verquickung der Abrüstungsfrage mit der Angelegenheit der Rheinlandräumung einige Fußritte zur Folge haben würde und hatte sogar in weiser Mäßigung darauf verzichtet, Deutschland ein für alle Mal von dem Vorwurf zu befreien, als hätte Wilhelm II., Bethmann Hollweg oder die hohenzollerische Generalsclique nebst dem alldeutschen Verbands den geringsten Anteil am Ausbruch des Krieges gehabt. Denn daß die Schmach der Kriegsschuldfrage noch immer an der deutschen Ehre pappt, das ist der tiefste Gram aller republikanischen Nachfolger ihres kaiserlichen Wegbereiters, und es zeugt wirklich von viel Selbstbeherrschung des sozialdemokratischen Reichskanzlers, daß er dem Völkerbund in Genf nicht bewiesen hat, was bei uns jedes Kind weiß: daß das perfide Albion die Russen bestochen hat, in Deutschland einzufallen, daß Belgien ruchlos die deutsche Neutralität gebrochen hat und daß Frankreich uns so lange mit Bomben und Gift überschüttet hat, bis unsere Selbstachtung uns gebot, Oesterreichs von den serbischen Meuchelmördern bedrohte Grenze im Elsaß zu verteidigen. (Bei dieser Gelegenheit: der 75 jährige tapfere Dr. Richard Grelling, der Verfasser des im Kriege erschienenen „J'accuse“, stößt immer wieder Warnungsrufe aus, man solle die Verfälschung des Kriegsschuldproblems durch das ganze offizielle Deutschland nicht zulassen, da sie neue Kriegsgefahr in sich schließe. Ich weiß natürlich, daß Grelling mit der geschichtlichen

Feststellung recht hat, daß das wilhelminische Deutschland den Krieg gewollt, herbeigeführt und regelrecht veranstaltet hat, auch, daß die Republik sich mit allem, was die Monarchie zum Untergang gebracht hat, vollkommen solidarisch macht. Ich nehme die Angelegenheit aber nicht so wichtig wie Grelling, weil ich überzeugt bin, daß die Gegner Deutschlands nicht durch moralische Bedenken gehindert waren, ebenso zu handeln wie der deutsche Militarismus, sondern damals einfach den Zeitpunkt ungeeignet fanden, selber loszuschlagen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sie binnen kurzem veranlaßt, dasselbe zu tun, was die Deutschen taten. Sie hätten es nur gescheiter angestellt. Die Kriegsgefahr besteht mit und ohne Schuldfragen, und ihr ist nicht zu begegnen durch die Verbreitung der historischen Wahrheit, so verdienstlich die sonst auch sei, sondern durch Abwehraktionen der international verbundenen revolutionären Arbeiterschaft.)

Müllers Rede hatte zuerst diejenigen sehr befriedigt, vor deren Zorn zitternd er sie von sich gegeben hatte. Unsere Sozialdemokraten wissen ja, daß die Deutschnationalen von heute die Konservativen von ehemals sind, die allein zum Regieren Deutschlands zugelassen waren, also allein wissen können, wie man Deutschland zu regieren hat, und die sozialdemokratische Regierungskunst besteht einzig darin, den Deutschnationalen zu beweisen, daß sie ihnen alles forsch und brav nachzumachen verstehen. Daher war das Auftreten Müllers in Genf auch viel deutschnationaler als Stresemann das je für notwendig gefunden hat. Als er aber die Ohrfeigen Briands weg hatte, da wandten sich die Lehrmeister, nach deren Rezept er geredet hatte, grimmig von ihm ab und luden ihn gar zur Rechenschaft nach Berlin. Das war eine böse Geschichte. Denn unser Müller durfte gerade nicht weg von Genf, weil er noch mit Briand zu frühstücken hatte und Briand ihm noch mehr zu sagen hat als Westarp. Das Frühstück war aber sehr wichtig, denn dabei mußte festgestellt werden, wie man es zu formulieren habe, daß erstens Deutschlands Reparationszahlungen die Verschuldung Frankreichs an Amerika abtrügen, daß zweitens hierzu die Besatzung des Rheinlands vor den Versailler Terminen abzöge und die Kosten für den Unterhalt der Truppen fortan in die Daweskasse flössen, und daß drittens hierbei die eherne deutsche Bedingung eingehalten würde, daß die Räumung des besetzten Gebietes nicht im mindesten mit der Veränderung der Reparationsleistungen in Verbindung gebracht werden dürfe. Müller hat gehörig gefrühstückt mit Briand; er mußte dann noch in Baden-Baden auch mit Stresemann frühstücken, und nun befindet er sich gottlob wieder bei uns und verdaut die Frühstücke, die nach vollzogenem Stoffwechsel das deutsche Proletariat noch einmal zu verdauen haben wird. Aber das eben ist hohe Politik; freuen wir uns des Staatsmannes Müller.

Die Abrüstung ist bei uns also durchgeführt; was uns geblieben ist, ist die Entrüstung. Die einen entrüsten sich, weil wir wehrlos und infolge dessen ehrlos geworden sind; die anderen, weil wir Panzerkreuzer bauen. Die ersten helfen sich und uns durch vermehrte Vorbereitung, den republikanischen Laden aufzulösen und die faschistische Diktatur einzuführen. Müllers Würdelosigkeit, daß er zwar von der Abrüstung sprach, sich aber damit abfand, daß ihm Briand zurrückkuschelte, daß er von Genf zurückkam und am Rhein stehen immer noch Besatzungstruppen und daß er nicht einmal seine Unterschrift vom Versailler Vertrag zurückgezogen hat, worin die Kriegsschuldfrage verewigt ist, beweist, daß die Republik allmählich für Hugenberg untragbar geworden ist: die Kaiserpartei ist da, die Schwerindustrie steht dahinter; es gilt die Wahrung der heiligsten Güter, und nicht jeder hat Lust, von elenden Konjunkturpolitikern in die Lage des Herrn

Hugo Stinnes jr. gebracht zu werden, dem man nicht einmal die Fortsetzung des Geschäftes mit Kriegsanleihen gönnt, an dem sein in Gott ruhender Vater so viel gute Milliarden verdient hat. Abrüstung? Deutschlands Kriegsunfähigkeit ist längst nicht mehr die beklommenste Sorge der Siegerstaaten. Es kommt darauf an, es für die rechte Sache kriegstüchtig zu haben. Ein faschistisches Deutschland hätte die Sympathien Englands und Italiens jedenfalls in höherem Maße als eins, in dem Sozialdemokraten eine hohe Politik machen, deren grundsatzlose Angstmüllerei keine halbwegs sichere Geschäftskalkulation ermöglicht. Rußland ist vor den Völkerbunditen völlig zu Kreuz gekrochen. Nicht eingeladen zur Beratung des Kriegsächtungspakts hat es sich selbst angeboten, dem Kelloggquium gute Dienste zu leisten. Das wurde abgelehnt; nachher durfte Tschitscherin unterschreiben, was die Finanzdemokratie der Welt für nützlich hielt. Und Tschitscherin unterschrieb mit gesträubten Frackschößen. Hohe Politik. Aber die Bewunderer Tschitscherins wissen, wie man in Wahrheit dem Weltfrieden dient, die Abrüstung fördert und den Bau von Panzerkreuzern verhindert; man stimmt ab.

Man stimmt ab. Das ist die große Aktion des revolutionären Proletariats, während die Faschisten und ihre Wehrverbände handeln. Noch lebt, noch amtet der alte Hindenburg. Laßt den 81 jährigen sterben oder aus dem Amt zurücktreten, dann ist Hugenbergs und Ehrhardts Stunde gekommen. Auf Widerstand haben sie nicht zu rechnen. Denn die Arbeiter, die allein Widerstand leisten könnten, indem sie ohne ihre Führerschaft zu befragen sich zu entschlossenen Abwehrtaten verbänden, sind zum einen Teil vollauf beschäftigt, die hohe Politik zu bewundern, mit der der Müller den Stresemann überwestarpt, zum anderen Teil zu dem Volksentscheid zu rüsten, der zwar die Kriegsgefahr nicht im geringsten herabmindern kann, wohl aber das Lager der Kommunisten noch mehr als bisher mit reformistischen Zuläufern füllen wird. Und das ist ja auch der Zweck der Uebung. Hohe Politik der proletarischen Bonzen — freie Bahn den Faschisten!

Bruno Wille

Das Leben des bedeutenden Freigeistes Bruno Wille schloß für die freiheitliche Bewegung Deutschlands mit dem Ausbruch des Krieges ab. Der Mann, dessen Arbeit zuvor der Bekämpfung der kirchlichen und staatlichen Autoritäten galt, ließ sich, wie viele andere im August 1914 vom Strome des allgemeinen patriotischen Irrsinns mitreißen; er ging zu Hindenburg. Leider war das keine vorübergehende Psychose; Bruno Wille überließ sich während der ganzen Kriegszeit den Einflüssen einer von Angst und Größenwahn benommenen, von kaltrechnenden Ausbeutern mißbrauchten und mißleiteten Mitwelt. Nach der Ernüchterung trat der alte Kämpfer kaum mehr ans Licht. Erst sein leiblicher Tod belebt wieder die Erinnerung an seine kühne, wertvolle und lebenswerte Jugend. Bruno Wille gehörte zu jenen geistig bewegten Sprößlingen des Bürgertums, die Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre die Rettung einer verkommenen Gesellschaft im Anschluß der gebildeten Jugend an das Proletariat erkannten. Er wurde neben den Brüdern Hart, Wilhelm Bölsche, Maximilian Harden, Otto Brahm und anderen einer der Vorbereiter der naturalistischen Wahrheit in Kunst und Literatur. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes rief ihn an die Spitze der „Jungen“, die vor der Verwässerung des Sozialismus in Demokratie und Parteiphilistrosität warnten und proletarischen Kampf gegen die Auto-

ritäten, ohne parlamentarische Klassenverwischung, mit den Mitteln der direkten Aktion anrieten. Seine anarchistische Grundanschauung ließ ihn dann zum Streiter gegen Glauben und Kirche werden. Er schuf die freireligiöse Bewegung und leistete zugleich verdienstliche Arbeit für die Arbeiterbildungsbestrebungen. Mit Gustav Landauer gehörte er zu den Schöpfern der Berliner Neuen Freien Volksbühne. Seine eigenen Dichtungen spiegeln den Geist, der sein Wirken bestimmte. Das Gedächtnis des jungen Bruno Wille wird in der Geschichte der freiheitlichen Kultur Deutschlands fortleben.

Vor dem 7. Oktober

Nein, Freunde — ich werde nichts prophezeien. Revolutionen mit wochenlang vorher bestimmten Terminen gelingen selten. Ob die Heimwehren Oesterreichs ihr Ziel erreichen, ob sie überhaupt dazu gelangen werden loszuschlagen, hängt davon ab ob die Wiener Proletarier noch dieselben sind wie am 15. Juli 1927, und wie weit sie den sozialdemokratischen Schleimhustern gestatten werden, in ihre Entschlüsse dreinzureden.

Wenn der Bettelmann aufs Pferd kommt

Wir sollen in den nächsten Wochen das Gedenken an das Sozialistengesetz pflegen, dessen Verkündung 50 Jahre zurückliegt. Die Sozialdemokraten werden in ihrer Presse die Veteranen zu Worte laden, um sich der Entrüstung über die durchlebten Peinigungen des Schandgesetzes erinnerungsdurchschüttelt zu überlassen. Dieselben Sozialdemokraten werden die reaktionäre Niedertracht des Bismarckschen Systems schmähen, die von 1914—1918 einen Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft gebilligt und mit ausgeübt haben, das in der Unterdrückung jeder Bewegungs- und Meinungsfreiheit die Methoden des Sozialistengesetzes weit in den Schatten gestellt hat; die damals revolutionäre Arbeiter den kaiserlichen Staatsgewalten angezeigt und ausgeliefert haben und die ihre eigene Presse, soweit sie nicht mit den Scheidemännern zum Feinde überlaufen wollte — auch der „Vorwärts“ gehörte dazu, mit Hilfe der Generalkommandos in die Hände der Sozialpatrioten zurückbrachte. Es sind dieselben Sozialdemokraten, die nach 1918 immer wieder den Belagerungszustand gegen die Proletarier verhängten, die die Kämpfer für sozialistische Gesellschaftsgestaltung zu vielen Tausenden niederknallen oder auch einfach abkillen ließen, die endlich mit dem Gesetz zum Schutz der Republik dem Staat ein modernisiertes Unterjochungsinstrument gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in die Hand gaben, das sich den Namen Schandgesetz durch die Anwendung, die es in Leipzig erfuhr, reichlich so gut verdient hat wie Bismarcks Ruchlosigkeit.

Aber die Sozialdemokraten sind ja inzwischen Staatslenker geworden. Da gilt ihnen kein Sozialismus mehr und kein Klassenkampf, da gilt ihnen nichts als der unentwegte Beweis für die Kapitalisten, daß sie die Arbeiter ebenfalls staatsfromm machen wollen. Zu diesem Zwecke zerschlagen sie systematisch — und unter ungeniertester Verleugnung selbst der einfachsten demokratischen Formen — die Sport- und Kulturverbände, die sich die Arbeiter geschaffen haben, um auch ihre gesellige Unterhaltung im Bewußtsein der Klassenzusammengehörigkeit zu pflegen. Beim Freidenkerverband fing es an, dann folgten die Turn- und Sportvereine, jetzt auch der Schach-

bund. In diesen Organisationen waren Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten bis jetzt vereinigt; Parteikrach fand nicht statt. Man war als Klasse beisammen wie im Betriebe auch, und als moralischer Zusammenhalt wirkte die Bestimmung, daß kein Turnier, kein Wettstreit mit bürgerlichen Organisationen gestattet sei. Die Sozialdemokraten sind aus der proletarischen Klassengemeinschaft ausgeschieden — wenigstens ihre Führerschaft, und die sprengt jetzt die proletarischen Vereinigungen, um sie in den bürgerlichen „Volksblock“ einzureihen. Sie sollten bei der Erinnerung an das Sozialistengesetz das Maul nicht zu voll nehmen. Bismarck ist ihnen längst näher als der Prolet am Schraubstock.

Schmach und Schande

Wenn ihr, anarchistische Genossen, in den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiblättern nächstens die Ueberschriften lesen werdet „Anarchisten rufen den Staat um Hilfe vor einander an“, „Bürgerliche Richter kleistern die ramponierte Ehre von Anarchisten beleidigter Anarchisten“, „Anarchisten bringen einander ins Gefängnis“ — schleudert nicht wütend die Zeitung in die Ecke und klagt nicht darüber, bis zu welchem Maße niedriger Verleumdung die Gehässigkeit der proletarischen Organisationskonkurrenz schon herabgesunken ist: sie werden die Wahrheit schreiben, und wir haben keine Möglichkeit, sie zu bestreiten und zu widerlegen. Wir können nichts tun, als was hier geschieht: den lachenden Dritten zuvorkommen und selber beim Namen nennen, was leider Tatsache ist. Rudolf Oestreich, ein in früheren Jahren um die anarchistische Sache verdienter Mann, dessen Verhalten in der Nachkriegszeit zu immer häufigeren Konflikten und Mißhelligkeiten in der Bewegung geführt hat, Hauptschriftleiter des Organs der Föderation kommunistischer Anarchisten, hat es fertig bekommen, die Genossen Rudolf Rocker und Helmut Rüdiger dem Gericht wegen verleumderischer Beleidigung zu denunzieren und gegen sie Bestrafung zu verlangen. Die Leser des FANAL sind durch zwei auf Beschluß der Anarchistischen Vereinigung hier veröffentlichte Entschließungen (Jahrgang II, Nr. 9, S. 215 und Nr. 12, S. 287) über den Streitfall unterrichtet. Gegen die im „Freien Arbeiter“ gegen ihn erhobenen verleumderischen Beschuldigungen, die auf Angelegenheiten zurückgingen, die im Jahre 1896 in der Londoner Emigration erörtert worden waren und bei denen übrigens Gen. Rocker vollkommen einwandfrei gehandelt hat, hatte Rocker im „Syndikalist“ einen ausführlichen, sehr klaren, allerdings auch angemessen groben Antwortartikel veröffentlicht, in dem er Rudolf Oestreich mit starken Gründen seine ehrabschneiderische Gemeinheit hinrieb. Der ehemalige Anarchist Oestreich sieht nun ringsum keine andere Instanz mehr, die ihm Schutz gegen anarchistische Gegner bieten könnte als ein vom Staat eingesetztes, der Autorität des Staates dienstbares bürgerliches Schöffengericht, und er verlangt vom Staate die Bestrafung nicht nur des Genossen, dem der Charakter des anarchischen Staatsverehrsers schon vor der Anzeige beim Amtsgericht Anlaß zu näherer Beleuchtung bot, sondern zugleich gegen den der Staatsbehörde verantwortlichen Redakteur des „Syndikalist“, den Genossen Rüdiger. Der Staat schafft die Möglichkeit, für die Handlung eines Menschen zwei „bestrafen“ zu lassen. Unser Patentanarchist benutzt diese Möglichkeit. Die Staatskasse verdient dabei doppelt so viel oder aber die Staatskasse hat für die Beleidigung eines Anarchisten gleich zwei Anarchisten im Kittchen zu beköstigen. Der Verhandlungstermin wird ja wohl bald bekannt gegeben werden. Kommt alle

hin, Genossen, besonders ihr Jugendlichen, und seht euch die größte Sehenswürdigkeit an, die jemals in der anarchistischen Bewegung aller Zeiten und Länder gezeigt wurde, den Anarchisten, der den Amtsrichter des Staates anruft, damit er zwei andere Anarchisten bestrafe. Steht Spalter, wenn der Freie Arbeiter durch die Korridore des Neuköllner Amtsgerichts schreitet, froh, aus zwei anderen Arbeitern Unfreie, Zellenbewohner gemacht zu haben. — Ich habe einmal zwei Monate Gefängnis abbrummen müssen, weil ich jemanden einen Lumpen genannt hatte. Das war allerdings bloß ein bayerischer Minister, und ich möchte erst die Verhandlung gegen die Genossen Rocker und Rüdiger abwarten, ehe ich mich mit einer Aeußerung meiner Empfindungen an den Anarchisten Rudolf Oestreich herantraue. Ich werde mich hüten, ihn einen Lumpen zu heißen. Bewahre doch: Ehrenmann! Ehrenmann!

Schädling der Arbeiterbewegung

Allen anarchistischen Gruppen sowie allen anderen proletarischen Organisationen zur Kenntnis, daß Paul Priebus, allgemein bekannt in der Jugend unter dem Namen „Scholli“, wohnhaft Neukölln, Friedelstraße 12, aus der Anarchistischen Jugend Neukölln, Gruppe II, wegen Organisationsschädigung, Unterschlagung resp. Diebstahl von Gruppeneigentum ausgeschlossen ist. Wir warnen vor diesem Menschen, welcher nach eingezogenen Erkundigungen bereits aus anderen Organisationen wegen ähnlicher Verfehlungen ausgeschlossen wurde.

Jung-Anarchisten Neukölln.

An die Leser des „FANAL“!

Mit diesem Heft ist die Abonnementgebühr für den 3. Jahrgang fällig. Es wird gebeten, den Betrag umgehend auf das Postscheckkonto

Erich Mühsam Berlin 82419

eininzahlen. Von den Lesern, die am 10. Oktober mit ihrem Beitrag noch im Rückstand sind, werden wir ihn, nebst 0,35 Mk. Postgebühr durch Nachnahme einfordern.

Bitte das Geld zur Einlösung der Nachnahme bereit halten.

Expedition des „FANAL“

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898-1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Preis: kartoniert 5.50 Mk., Ganzleinen 8.— Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des „FANAL“. Abonnenten des „FANAL“ erhalten auf Wunsch Zahlungserleichterung.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

**Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“!**

Genossen, übt Solidarität!
Laßt Eure Kleidung nur bei Genossen anfertigen!

Anfertigung von Herren- und Damenkleidung nach Maß



Tadelloser Sitz garantiert!

Kulante Preise

TEILZAHLUNG
ohne Aufschlag
gern gestattet

**Schneidermeister
KARL INTORF**



BERLIN SW 29, BÄRWALDSTR. 48

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft jeden Dienstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64
Gäste willkommen!

**Dienstag, d. 18. Oktober, Vortrag des Gen. Wilhelm Werner:
Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes.**

Die sonstigen Vorträge werden wöchentlich bekannt gegeben im
Mitteilungsblatt der Arbeiterbörse Groß-Berlin der F. A. U. D.
(Anarcho-Syndikalisten)

Folgende Sammelisten wurden abgerechnet: Nr. 8, 2,50 M.;
Nr. 18, 10 M.; Nr. 40, 8,80 M.; Nr. 43, 5 M.; Nr. 61, 23 M.;
Nr. 64, 5 M.; Nr. 79, 2,70 M.; R. Bern 15 M. Zusammen 71,50 M.

**Genossen! Zeichnet in die Sammelisten!
Fordert Sammelisten an!**

Anschrift: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10^{IV}.

Kind und Elternhaus

Eine Stimme aus Amerika

von Dr. B. Liber

Preis 3,50 Mark

Verlag Hensel & Co., Berlin
1927

Das ausgezeichnete Buch über
freiheitliche Erziehung
der Kinder wird an die
Leser des FANAL auf Grund
besonderer Vereinbarung mit
dem Verlag auf Wunsch des
Verfassers zu besonderem Vor-
zugspreis abgegeben. Nähere
Mitteilungen im nächst. Heft.
Geschäftsstelle des FANAL.

Straße frei!

Neue Gedichte
von

Oskar Kanehl

mit 15 Original-
zeichnungen v.
George Grosz

Preis 1 Mark

Verlag Der Spartakusbund

Zu beziehen durch **FANAL**

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Proletarier, wacht auf! — Die deutsche Revolution — Personenkultus (v. I. Rubin) — Klassenjustiz im neuen Talar — Partei-Dämmerung — Zur Lage in Oesterreich (v. L. Krafft) — Direkte Aktion — Volksbelustigung — Die Weihnachtszusammenkunft
--

NR. 2

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

NOVEMBER 1928

Neue Auflage erschienen!
Jeder Freiheitsfreund !!!

liest das
große Rebellenbuch
Ewig in Aufruhr
Gestalten deutsch. Rebellen
von **Klaus Störtebecker**
bis **Max Hölz**



Auf Grund historischer Dokumente
dargestellt von Dr. Erich Müller
360 Seiten / holzfreies Papier
Ganzleinen
Verlangen Sie noch heute unser
ausführliches Prospektmaterial kostenlos.
Karte genügt.
Universum-Bücherei für Alle, Berlin NW7
Dorotheenstraße 19

Kind und Elternhaus

Eine Stimme aus Amerika
von Dr. B. Liber
Preis 3,50 Mark
Verlag Hensel & Co., Berlin
1927

Das ausgezeichnete Buch über
freiheitliche Erziehung
der Kinder für die Leser
des FANAL auf Grund
besonderer Vereinbarung mit
dem Verlag auf Wunsch des
Verfassers zum Vorzugspreis
von 2,25 Mark durch die
Geschäftsstelle des FANAL.

Straße frei!

Neue Gedichte
von
Oskar Kanehl
mit 15 Original-
zeichnungen v.
George Grosz

Preis 1 Mark

Verlag Der Spartakusbund
Zu beziehen durch FANAL

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 2

November 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82418. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 3, Neukölln 6112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Proletarier, wacht auf!

**Gemeinsamer Aufruf linksrevolutionärer Organisationen
an den klassenbewußten Teil der deutschen Arbeiterschaft.**

10 Jahre ist es her, daß Ihr aufstandet gegen Krieg und Volksbetrug und Euch zusammenfandet in der Forderung: **Alle Macht den Räten!**

Genossen! Eure Revolution von 1918 ist mißlungen. Noch nicht einmal den Krieg, gegen den sie sich erhob, vermochte sie zu besiegen. Eure Führer haben Euch gehindert, Eure Machtmittel gegen Ausbeutung und Krieg einzusetzen: Generalstreik, Sabotage, direkte Aktion, obwohl Ihr wußtet, daß der Kampf gegen den Krieg nur geführt werden kann als Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Schon rüstet die Bourgeoisie in sichtbaren Maßnahmen zum neuen Krieg und natürlich kann sich das Proletariat nicht einfach damit abfinden, daß die gegenwärtige sozialdemokratisch geleitete Reichsregierung neue Panzerkreuzer in Bau gibt, die von Proletariern bezahlt, gebaut und bemannt werden sollen.

Die Kommunistische Partei kann dank ihrer drei Dutzend Tageszeitungen immer noch große Teile der deutschen Arbeiterschaft hinter sich herziehen. Sie benutzte den neuen Verrat der Sozialdemokraten zu einem albernem, praktisch völlig unwirksamen, demokratisch-pazifistischen Stimmzettelschwindel. Wieder wurde das Proletariat verwirrt und von seinen revolutionären Aufgaben abgelenkt.

Abstimmung und Klassenkampf hat nichts miteinander zu schaffen!

Genossen, wir warnen nicht aus Gehässigkeit oder Organisationsneid, sondern aus ehrlicher Sorge um den revolutionären Weg des deutschen Proletariats. Daher sprechen wir aus, was um der Wahrheit willen notwendig ist. Die KPD treibt mit ihren Abstimmungskomödien ein jammervolles Doppelspiel! Sie verbrämt den unrevolutionären, parlamentarischen, typisch sozialdemokratischen Charakter ihrer Aktionen mit revolutionären Redensarten, um gerade diejenigen Proletarier zu gewinnen, die nur durch windige Illusionen ihren revolutionären Willen zu reformistischen Parolen beugen lassen. So fing es bei der Sozialdemokratie auch an. Mit revolutionären Redensarten und reformistischem Tun kam es zum 4. August 1914, zum Ebert und Noske. Gleiche Ursachen führen zu gleichen Wirkungen. Es besteht Kriegsgefahr und die KPD ist auf dem Wege zum 4. August.

Die Arbeiterschaft hat das Mittel an der Hand, die Aufrüstung von

Armee und Flotte zu verhindern. Ihr Mittel heißt: Direkte Aktion, das bedeutet Streik, Sabotage, Aufstand!

An Stelle der Aufforderung zur Kriegs- und Rüstungssabotage und zu wirklichen Klassenkampfmethoden verweist die KPD. auf die gesetzlichen Mittel der bürgerlichen Republik. Der Grund für die Entartung der aus dem revolutionären Spartakusbund hervorgegangenen KPD. liegt in der sklavischen Abhängigkeit von ihrer Moskauer Obrigkeit.

Das Rußland von 1928 ist nicht mehr das Rußland von 1917. Die russische Regierung ist keine revolutionäre Einrichtung. Die von ihr abhängige kommunistische Internationale aber maßt sich an, die revolutionäre Bewegung des Weltproletariats zu leiten. Sie leitet sie im Interesse der russischen Staatspolitik, die dieselbe Politik ist, wie die der imperialistischen Staaten. Ein paar gerissene Parteidiplomaten, gestützt auf einen ungeheuren bürokratischen Apparat, treiben die russischen Arbeiter und armen Bauern immer tiefer in die Abhängigkeit des Grundbesitzes (Kulakentum) und des westeuropäischen Industriekapitals. Die Despotie eines Partelvorstandes nennt sich Diktatur des Proletariats und verlangt dabei, die Arbeiter sollen die Rückentwicklung zum Privatkapitalismus als Etappe auf dem Wege zum Sozialismus anerkennen. Die eigenen Mitglieder der in Rußland allein herrschenden Partei, die das völlige Verlassen aller revolutionären Traditionen als Verrat brandmarkten, verkommen in den Gefängnissen Rußlands oder in der sibirischen Verbannung. Sie teilen dieses Los mit den Revolutionären aller proletarischen Richtungen: Anarchisten, Syndikalist, Maximalisten, linke Sozialrevolutionäre und Arbeiteropposition, deren Ausrottung schon mindestens bis zu der Niederschlagung der Kronstädter Matrosen und Arbeiter zurückgeht, die die Rechte der freien Sowjets verteidigen wollten. Zu einer Amnestie der revolutionstreuen Proletarier hat sich das sogenannte Sowjetrußland bis jetzt noch nie aufschwingen können, man verleumdete sie als Konterrevolutionäre.

Die unterzeichneten antiparlamentarischen revolutionären proletarischen Organisationen haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft gegen jeglichen Arbeiterbetrug zusammengefunden. Sie richten zum 10. Jahrestage der deutschen Revolution an das Proletariat den Appell:

Werft alle Illusionen, als könnte Euch die Beteiligung an Wahlen oder Volksentscheiden das geringste nützen, über Bord, befreit Euch vom Einfluß aller parlamentarischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften, führt den Kampf unmittelbar und direkt gegen jede Art Ausbeutung, gegen das Lohnsystem, gegen die Herstellung jeder Art Kriegsmaterial, gegen Staats- und Verwaltungsbürokratie, gegen die Ungleichheit arbeitender Menschen, führt den Kampf für aktiven Widerstand gegen Kriegsgefahr, für Gleichheit aller Arbeitenden, für die Freilassung aller proletarischen Revolutionäre und Verfolgten, wie in andern Ländern, so auch in Rußland, für den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft, für die Selbstbestimmung des Proletariats in seinen Räten.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Sie kann ihr weder von einheimischen, noch von russischen Bonzen abgenommen werden.

Arbeiter, besinnt Euch auf Eure eigene Kraft!

Anarchistische Vereinigung. — Anarchistische Jugend. — Freie Arbeiter-Union (Syndikalist). — Syndikalistisch-anarchistische Jugend. —

Antiautoritärer Bund. — Proletarischer Gesundheitsdienst.

Am 7. November, nachm. 6.30 Uhr, veranstalten die Organisationen, die sich zu vorstehendem Aufruf zusammengefunden haben, eine **Revolutionsskundgebung**. Treffpunkt: Pappelplatz. Dann Marsch zum Brunnenplatz.

Die deutsche Revolution

Vor wenigen Tagen erhielt ich von der bayerischen Justizbehörde den größten Teil der Tagebücher, Manuskripte, Drucksachen, Briefe und Aufzeichnungen zurück, die mir im Laufe der 68 Monate, in denen mich die Mauern bayerischer Kerker umschlossen hielten, weggenommen waren. Bei der Durchsicht fiel mir ein Aufsatz in die Finger, den ich vor genau 9 Jahren in der Festungsanstalt Ansbach geschrieben habe und der die Öffentlichkeit damals nicht erreichte. Er trug die Ueberschrift: „Ein Jahr Revolution.“ Ich glaube, daß ich den zehnten Jahrestag der deutschen Revolution nicht besser würdigen kann, als durch die nachträgliche Veröffentlichung dessen, was mir im November 1919 zu sagen notwendig schien. Die Nutzenwendungen auf die gegenwärtigen Zustände ergeben sich von selbst. Wieder ist die Gefahr eines europäischen Krieges drängend nahe. Die Kommunistische Partei, der unter dem Eindruck der Heidelberger Beschlüsse die Warnung im Schlußabsatz meines Aufsatzes galt, wandelt genau die gleichen Wege, die die Sozialdemokratie in den Sumpf geführt hat. Aus der russischen Räterepublik ist ein Staat geworden, der zu den andern Staaten unendlich engere Beziehungen unterhält als zum revolutionären Weltproletariat, der statt zum Sozialismus zu neuen Formen des Kapitalismus schreitet, der die revolutionstreuen Räterepublikaner im eigenen Lande härter anpackt und grimmiger verfolgt, als seine sowjetfeindlichen Bürger und demokratischen Völkerbunds-Sozialisten. Die deutschen Revolutionäre, die nichts preisgegeben haben von den Forderungen, welche von 10 Jahren den kampfwilligen Teil des Proletariats zu engem Bündnis vereinigten, sind zersplittert, schwach an Zahl und den rüden Beschimpfungen derer ausgesetzt, die mit radikalen Worten gute Klassenkämpfer einzufangen wissen und ihnen mit reformistischen und opportunistischen Taten den Willen zum Handeln und den Glauben an den Sieg brechen. Die Macht der ausbeutenden Klasse ist, äußerlich gesehen, stärker denn je, der Druck auf die arbeitende Klasse finsterner und erbarmungsloser als selbst zur Zeit Bismarcks. Große Wirtschafskämpfe sind im Gange und stehen bevor, und die revolutionären Arbeiter werden ermahnt, sie in den Reihen der alten gelben kapitalstreuen zentralistischen Gewerkschaften auszukämpfen. Ein trostloses, jammervolles Bild. Der Faschismus rüstet, gefördert von höchsten amtlichen Stellen und immun gegen die Drohungen einer nur gegen Proletarier gerichteten Strafjustiz, zu entscheidenden Schlägen, während sich die Arbeiterschaft gegenseitig die marxistische Bibel auslegt und im Dreckwerfen auf die andersmeinenden Klassengenossen fast ihre gesamte Kampfkraft erschöpft. Die Sozialdemokratie, geleitet von denselben Leuten, die vor 10 Jahren entblößt und erkannt vor den aufgewachten Augen ihrer betrogenen Gefolgschaft standen, lenkt den Staat im Geiste des vertrusteten und völlig rationalisierten Kapitalismus und lenkt zugleich den größten Teil der sich sozialistisch nennenden Arbeiterschaft, deren Klassenbewußtsein in Staatsvernechtung und Gesetzlichkeit aufgeweicht wird.

Aber zugleich treiben die Blasen der Verwesung im Zuber der bürgerlichen Gesellschaft hoch. Die Phrase, die dem Proletariat das Denken verklebt, ist zugleich der Nebel, den die Bourgeoisie um sich ausbreitet, um ihre sittliche Fäulnis zu bemänteln. Der Kampf, der kommen wird, wenn das Proletariat zu der Erkenntnis gelangt sein wird, daß nur Phrasen seine Kräfte noch lähmen, wird den Nebel zer-

reißen und nackt wird die Morschheit und innere Haltlosigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung vor den Blicken der Erneuerer liegen, die zugleich erkennen werden, von wem sie sich haben führen und um ihr Selbstbewußtsein prellen lassen. Sie werden sehen, daß der Sumpf ihrer Organisationen nichts anderes ist, als eine Erscheinung des bürgerlichen Verfaulungszustandes. Die kommende Revolution wird gründlich zu Werke gehen müssen, will sie nicht wieder um alles betrogen werden. Sie wird aufräumen müssen mit allen Ueberresten dessen, was vom Feudalismus überkommen ist, sie wird durchführen müssen alles, was vor 10 Jahren in der Hoffnung der revolutionären Arbeiter auflebte; sie wird dazu zerstören müssen alles, was Vorurteil und angelernter Aberglaube vor dem Feuer früherer Revolutionen bewahrt hat: den Staat und jeglichen Obrigkeitsapparat, auch die Führerapparate der proletarischen Parteien und Gewerkschaften. Den besten Teil der Revolution hat die deutsche Arbeiterschaft noch vor sich. Sie muß ihn gewinnen, sonst ist ihr Untergang in Sklaverei und Barbarei gewiß.

E. M.

Zur Abwertung eines Ereignisses ist es so lange zu früh, wie nicht seine Auswirkungen den Abschluß seines Verlaufs deutlich machen. Bis dahin ist die Kritik dem Temperament vorbehalten, das keine Leichenreden hält, sondern zum Leben aufruft. Die Aufweisung der natürlichen Notwendigkeit, mit der alles so und nicht anders kommen mußte, dient zu gar nichts. So gescheit ist der Dummste, daß er ins Gewesene zurück die Folgen aus den Ursachen, das Mißlingen aus den Fehlern, die Irrtümer aus den Trugschlüssen ableiten kann, wenn er mit der Nase draufgestoßen wird. Aber das Ueberflüssige wird bedenklich, wenn der von der Vergangenheit zur Gegenwart geflochtene Faden mit geschichtlicher Denktechnik in den Nebel der Zukunft hinein weiter geknotet werden soll. Wer Geschichte erlebt und sein Erleben die Geschichte befruchten lassen will, darf kein automatisches Werkeln der Zeit gelten lassen, muß bewußten Willen, treibende Energie, Impuls der Persönlichkeit als wichtigste bewegende Kraft ins Zeitgeschehen einsetzen. Die Kenntnis der Geschichte und seine Erfahrungen sind sein Rüstzeug, sie bestimmen die Art, aber nicht den Zweck seiner Arbeit.

Wer heute behauptet, das Versagen der deutschen Revolution sei die unabwendbare Folge ihres Entstehens gewesen, die Frucht sei unreif vom Baum gefallen, die Voraussetzungen hätten nicht gestimmt, kurz die Revolution sei durch ihren Verlauf widerlegt worden, der wird den Beweis mit offenkundigen Tatsachen so schlüssig führen können, daß ihm jede historische Akademie zustimmen wird, — aber das revolutionäre Proletariat wird seine Weisheit in die Grube stoßen, in der er die Revolution bestatten will und wird ihn durch ganz andere als historisch-dialektische Logik überzeugen, daß zur Leichenfeier kein Anlaß ist.

Natürlich hat das ganze Volk und haben wir Hunderte, die wir durch Gitterfenster ins Dorado des neuen Deutschlands hinaus-

schauen, Grund genug, uns den Schaden eindringlich zu besehen, zornig zu fragen: Wer hat uns das Gefäß unserer Sehnsucht verbeult, daß aus einem Flammenkelch ein Nachtopf geworden ist? Aber wir haben die üble Verwandlung unseres Revolutionswerkes nicht gefühlvoll zu begreifen oder wissenschaftlich zu erklären und dabei das nun entstandene Geschirr für seine Nutznießer gehorsam auszuleeren, sondern wir haben zu überlegen: Wie setzen wir uns wieder in den Besitz unseres Werkes? Wie desinfizieren wir es, daß jede Spur seiner Entweihung daraus getilgt wird? Wie hauen wir es wieder zurecht und sichern es vor Mißbrauch und Schändung?

Wo sitzt also der Schaden und wie hat er geschehen können? Krieg und Niederlage waren die Ursachen: jawohl, das wissen wir. Nur wäre es der Revolution zuträglicher gewesen, sie hätte die Niederlage verursacht, statt umgekehrt sich von der Kriegskatastrophe ans Licht befördern zu lassen. Die letzten Anlässe sind ja gar nicht wichtig. Die Revolution wurde gezeugt am 1. August 1914. Die Frage, warum der Säugling gerade am 7. November 1918 den Mutterleib verließ (die bayerische Revolution brach zwei Tage vor der norddeutschen aus), braucht uns nicht zu beschäftigen. Bedeutungsvoll ist jedoch die Frage, warum er trotz des Geschreies, mit dem er in die Welt trat, so kümmerlich gedieh, so bald zusammenschrumpfte und jetzt scheintot auf dem Kehricht liegt, während die Leute, die ihn nähren und pöppeln möchten, das nur unter Gefahr für Leben und Freiheit tun können.

Der Grundfehler, der sich heute so verhängnisvoll rächt, liegt in der verkehrten vorgeburtlichen Erziehung. Mutter Germania sollte einen Sieg gebären, keine Revolution. Ihr Leib und alle ihre Glieder waren nur darauf vorbereitet, dereinst einem Siege das Leben zu geben. Dazu war der Drill dem deutschen Volke angewöhnt, die in aller Welt nie geschaute Disziplin, die Präzision in jeder Bewegung, die automatische Richtigkeit alles Tuns, mit einem Wort der Militarismus: damit der Sieg vorschrittmäßig gezeugt werde, sich vorschrittmäßig zum Embryo entwickle und das Kind endlich im Stehschritt den Mutterleib verlasse, eine Kokarde als Nabel, und zum starken Manne gedeihe, der, Europa unter dem Stiefel, den Dreizack in der Faust, der Welt seinen Willen diktiert und die Völker der Erde für sich arbeiten lasse.

Alles was seit 50 Jahren in Deutschland geschah, geschah im Hinblick auf die Geburt des deutschen Weltsieges. Das ganze Reich wurde zur Kaserne eingerichtet. Exerziert wurde in den Familien und auf der Straße, in der Kirche und in der Küche, im Theater und in den Zeitungen, im Kontor, in der Werkstatt und am Pfluge. Die allgemeine Schulpflicht lehrte die Kinder fürs Herrscherhaus beten, die Jahreszahlen der vaterländischen Siege auswendig her-

sagen, auf der Landkarte die Grenzen gegen den Erbfeind nachzeichnen, Deutschland und Belgien addieren, Marokko von Frankreich subtrahieren, Preußen mit Polen multiplizieren, die Zinsen aus dem Kolonialkapital berechnen, die Lügen der Presse glauben. Hohenzollern groß schreiben und singen: das Vaterland muß größer sein! Von den Kanzeln wurde Gehorsam gegen die Obrigkeit gepredigt, in Kriegervereinen das Gedenken vergangener Heldentaten gepflegt und die Hoffnung auf künftige genährt, im Turnsaal, auf Spielplätzen, bei Bergpartien, im Ruderklub und auf der Kegelbahn das Volk körperlich ertüchtigt. Kadavergehorsam hieß Disziplin und Strammstehen Liebe des freien Mannes.

Die Folge war eine Autoritätentfaltung und Autoritätsanhim-melung, die ohne Beispiel ist. Selbst der deutsche Kapitalismus, dem zuliebe dieser erstaunliche Tüchtigkeitsdrill geübt wurde und der sich mit den Formen seines Konkurrenzkampfes in der Volksausbeutung bei den anderen Ländern höchst unbeliebt gemacht hatte, geriet allmählich ganz in die Abhängigkeit von den Mitteln, die seinem Vorteil dienen sollten, im Kriege aber Selbstzweck wurden und gerade dadurch das völlige Mißlingen der Kriegsabsicht herbeiführten. Die Strategie kollidierte mit den Börsenwünschen, fand kein Ende ihres Siegens und verteidigte schließlich die Grenzen Deutschlands in Flandern, der Champagne, in Polen, Wolhynien, in Italien, Rumänien, Mazedonien, Syrien, in der Krim und in Palästina. Die Kapitalisten sahen aus der wohlkalkulierten Spekulation von 1914 ein Risikounternehmen werden, in das man die letzten Reserven der Volkskraft einsetzen mußte, ohne vom eigenen Gut die letzten Reserven des moralischen Kredits sparen zu können. So kämpften die Militärs für ihr Prestige, die Ausbeuter für ihren Spieleinsatz mit U-Booten und Giftgranaten, mit Zeppelinbomben und Gelbkreuz und waren so lange guten Mutes, wie sie sahen, daß bei Heer und Volk die Lebensnotdurft an Nahrung, Kleidung, Gewohnheit und Bequemlichkeit durch unentwegt stramme Haltung ersetzt werde. Mit den Friedensschlüssen in Rußland und Rumänien gewannen sie noch einmal das große Los, aber Brest-Litowsk und Bukarest waren in Wirklichkeit die fürchterlichsten moralischen Katastrophen für die „Sieger“, die sich der Welt jetzt nackt präsentierten in ihrer abenteuerlichen Raubgier und damit die Kräfte der Gegner zu Verzweiflungsanstrengungen steigerten. Es folgte mit den im Osten frei gewordenen Streitkräften im März 18 die Generaloffensive gegen Paris. Sieg über Sieg bis zum Vorstoß über die Marne. Die zweite Marneschlacht am 15. Juli entschied das Fiasko. Am 8. August der Zusammenbruch in der Champagne, überstürzter Rückzug zur Hindenburglinie, über sie hinaus; Abbau der Stellungen von Flandern bis zu den Argonnen. Ungeheurer Materialverlust, entsetzliche

Menschenopfer, riesenhafter Gefangenenabgang. Im September Rückzug der Oesterreicher aus dem Piavegebiet, Vernichtung der Türken in Palästina, Durchbrechung der bulgarischen Front, Kapitulation Manilows. Am 5. Oktober bekennen sich die Erpresser von Brest-Litowsk zu Wilsons Weltanschauung des friedlichsonnigen Ringelreihentanzes der versöhnten Völker ums goldene Kalb des demokratisch gesalbten Kapitalismus.

Wer war schuld? Die Generäle und nationalen Herrgötter haben es uns verraten: die im Heere eingerissene Disziplinlosigkeit und die Hetzer im Hinterland, die den Heroismus der Kriegstreiber als Imperialismus, Despotismus und Militarismus denunzierten. Und Rußland war schuld: das Beispiel der bolschewistischen Revolution verschimpfte die stramme Haltung in Armee und Marine und erst recht beim Proletariat in der Heimat.

Wahr ist's: die russische Revolution, ihr moralischer Triumph in Brest-Litowsk hat der deutschen Siegerei den Rest gegeben. Als Trotzki mit abgewendetem Blick unter dem Pallasch des Generals Hoffmann Herrn v. Kühlmanns Diktat unterzeichnete, da war die Weltrevolution besiegelt, da verpflichtete das revolutionäre Rußland das deutsche Proletariat zur Gewissenseinkehr und erschütterte die stramme Haltung unter den deutschen Uniformen. Die russischen Arbeiter und Bauern haben den deutschen Militarismus besiegt, den Größenwahn des deutschen Imperialismus gebrochen. Daher die Wut unserer Bourgeoisie gegen den im Anfang so gehätschelten Bolschewismus, daher der tobsüchtige Noskiden-Vandalismus gegen alles was russischer Sympathien verdächtig ist.

Die deutsche Novemberrevolution war zunächst eine Militärrevolte. Der militärische Zusammenbruch an der Front hatte das Gerüst der ganzen Organisation, die unvergleichliche Disziplin der Soldaten, zum Einsturz gebracht. Die Einsicht war in die Kasernen gedrunken, daß alles, was zum Ansporn der Tapferkeit und der Opferwilligkeit in 4 $\frac{1}{2}$ Jahren von Fürsten und Offizieren, von Kapitalisten und Beamten, von Parteibonzen und Gewerkschaftsstreibern erzählt worden war, Verrat und Schwindel war. Der Glaube, der von Kanzeln, Kathedern und Zeitungspulpen täglich und stündlich gefüttert worden war und der vorwärts geholfen hatte, war als Lüge erkannt. Die Wut der Betrogenen entlud sich, die Throne barsten, die Begeisterung war groß.

Das Proletariat — es hat keinen Zweck es zu vertuschen — ließ sich von der Revolution überraschen. Nur ein geringer Bruchteil der Arbeiterschaft hatte aktiven Anteil an der Erhebung des 7. und 9. November. Wohl gaben sich die Massen willig der Freude hin, die das neue Geschehen in ihnen erweckte, aber sie waren nicht revoltiert in sich selbst. Sie hatten noch zum geringsten Teil ab-

geworfen, wessen das Militär sich entledigte: die Disziplin, den Glauben an die Unfehlbarkeit der Oberen, das stumpfe Mitsich-geschehenlassen, das Vertrauen auf irgendwann irgendwie einmal gewählte Führer, — die stramme Haltung. Denn wie Drill und Gehorsam, Vormundschaft und Entpersönlichung seit 50 Jahren das ganze deutsche Volk erzogen hatten, so war auch aus den Organisationen des Proletariats mehr und mehr ein Kasernenhof geworden, in dem etliche Unteroffiziere alles, die Massen nichts zu sagen hatten. Sie waren trotz aller demokratischen Umgangsformen, trotz aller sozialistischen Parolen Rekruten, die anzutreten hatten, wenn die Führer kommandierten, die alle 5 Jahre einen Stimmzettel in die Hand bekamen, um den im Büro nominierten, von ihnen nur pflicht-schuldig bestätigten Bonzen ins Bürgerparlament zu wählen. Sie lernten ein paar Schlagworte und klebten Marken. Sie durften die Forderungen an die Unternehmer stellen, die ein Konventikel be-soldeter Beamter formuliert hatte. Sie durften — sehr selten — streiken, wenn jener Klüngel die Mittel dazu bewilligte und mußten den Streik verloren geben, wenn die Führer ihn abbremsen. Sie zahlten in die Gewerkschaftskassen unermeßliche Summen. Durchschnittlich noch nicht 3 Prozent davon dienten der Speisung wirt-schaftlicher Kämpfe, ein riesiger Teil ging für Beamtengehälter, ein Teil auch für Wohlfahrtseinrichtungen drauf, der noch gewaltigere Rest wurde als ausbeutendes Kapital auf Zinsen gelegt und wanderte, als das Vaterland der Kapitalisten rief, zur Kriegsanzleihe, um „durch-halten“ zu helfen. Die für Lebenszeit gewählten Führer schlossen Tarifverträge mit den Ausbeutern ab, möglichst langfristig, so daß die Arbeiter keine Kämpfe führen konnten, wenn die Zeit dafür günstig war, und der Unternehmer jahrelang vorher wußte, wann neue Forderungen der Arbeiter zu erwarten waren und durch Preis-aufschläge und andere Mittel, mit denen er den produzierenden Arbeiter auf Kosten des konsumierenden einseifte, vorbeugen konnte. Die Organisationen wuchsen ungeheuer in die Breite, ihre Kassen in die Höhe, aber in die Tiefe wuchs nur die Disziplin, das blinde Vertrauen, der Verzicht auf Initiative und Kampf.

Diese traurige Entwicklung darf nicht übersehen werden, will man den Jammer, den uns Partei und Gewerkschaften von 1914 ab erleben ließen, recht verstehen. Die Führer waren durch die parla-mentarische Taktik, die sie in Jahrzehnten gewöhnt hatte, sich an der Verwaltung des kapitalistischen Staates, der doch gestürzt werden sollte, zu beteiligen und durch die Behandlung der Wirt-schaftsfragen als Gegenstand der Beratung zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten jeder kämpferischen Haltung innerlich fremd ge-worden. Die Beurteilung politischer und ökonomischer Probleme nach grundsätzlich-sozialistischen Gesichtspunkten gab es kaum

mehr. Alles entschied sich nach opportunistischen Erwägungen und die Begriffe des Sozialismus, des Klassenkampfes und der Revolution wurden aus dem Utensilienkasten der deutschen Arbeiterbewegung entfernt und nur an Feiertagen zum Anschauen in die Auslage gestellt. Als die Führerschaft des Proletariats am 4. August vor der Entscheidung stand, war es für den links außenstehenden Beobachter längst nicht mehr zweifelhaft, wie sich die Herren entschließen würden, — hatten sie doch schon im Sommer 1913 die Milliardenabgabe für den Wehrfonds bewilligt und hatten sie ja auf allen internationalen Kongressen die Forderung der Franzosen, Engländer, Schweden und Russen, jede Mobilmachung durch Proklamierung des Generalstreiks zu verhindern, niedergestimmt.

Die Massen aber waren zu stumpfem Autoritätsglauben erzogen worden. Der Partei- oder Gewerkschaftssekretär, der die Verbürgerung der proletarischen Interessen als Profession betrieb, gab einen von klassenbewußten Schlagworten tropfenden Bericht über seine erfolgreiche Tätigkeit, erhielt einmütige Zustimmung, Vertrauensvotum und das Mandat zur weiteren Vertretung der Arbeiter im gleichen Sinne. Revolutionäre Kritik von außen her stieß immer auf dieselben Abwehrbeschwörungen: Laßt euch nicht provozieren! Vertraut euren bewährten Führern! Unsere altbewährte sieg-gekrönte Taktik zeugt für sich selbst! Also Steuern zahlen, stramm stehen und Maul halten — hier wie im Staat. Der Geist des Militarismus und des vernagelten Bonzentums war ganz der gleiche, zwei Stämme aus derselben Wurzel.

Die Haltung der Scheidemann und David, Legien und Bauer während des Krieges, ihre Lakaienbeflissenheit gegen Hohenzollern und Junker, gegen Industriekapital und Imperialismus war nur die Konsequenz der Grundsatzverlassenheit ihres früheren Gebarens. Die Massen fanden sich nicht zurecht, weil sie den Sozialismus nur dem Wort nach kannten, und weil sie nichts anderes gelernt hatten, als in ihren gewählten Vertretern den Inbegriff aller Proletarierweisheit zu verehren. Sie zweifelten um so weniger an der Richtigkeit der von den offiziellen Größen befolgten Methoden, als sich die Opposition innerhalb der Parlamente — mit der Ausnahme Karl Liebknechts, den man überschrie — auf eine gefühlsmäßige und durch das Hinneigen zum westlich-demokratischen Sozialpatriotismus erst recht verdächtige, prinzipienlose Anbelferei der Kaisersozialisten beschränkte. Wahrhaft revolutionäres Aufbegehren war kaum bemerkbar, bei den Unabhängigen so wenig wie bei den auf Magenbedürfnisse abgelenkten Arbeitern. Wo einzelne leitende Persönlichkeiten bewußt auf Revolution hinarbeiteten, geschah es unter pazifistischen wilson-demokratischen Gesichtspunkten. Lenin hatte keinen erbitterteren Gegner als Kurt Eisner.

Die Revolution kam. Sie fand die Verhältnisse überreif vor. Nicht reif zur Revolution aber war das Gros der deutschen Arbeiterschaft. Die hatte trotz allem Hungern und Schimpfen die stramme Haltung noch nicht verloren. Ihr genügte es, daß die bewährten Führer sich mit beweglichem Zungenschlag zur Revolution bekannten, die rote Fahne in ihrem Winde flattern ließen und sich's in den schnell gezimmerten Direktionssesseln bequem machten. Sie vergnügte sich an der Erlaubnis Räte zu bilden und ließ sich dabei das Versprechen, demnächst werde zur Nationalversammlung gewählt, köstlich munden.

Wenn irgendetwas bei der rückschauenden Betrachtung des ersten Revolutionsjahres aus der trübseligen gegenwärtigen Situation heraus Trost und Mut gibt, so ist es die Erinnerung an die verblüffend rasche Radikalisierung des deutschen Proletariats durch die Revolution selbst. Der Rätegedanke, den die gewandten Usurpatoren der Revolution als Spielzeug kindlicher Phantasie angesehen und den Massen nachsichtig lächelnd für's erste überlassen hatten, füllte sich plötzlich mit lebendigem Inhalt. Der Ruf: Alle Macht den Räten! zündete und gab der bislang immer mißbrauchten Forderung nach der Diktatur des Proletariats revolutionär greifbare Gestalt. Damit setzte aber auch die Kritik ein. Plötzlich erkannte das Volk, wie hundsföttisch es betrogen und genasführt war. Das Wort Bonzen stieg auf, der Name jener chinesischen Pagodenpfaffen, die der urteilslosen Masse mit abergläubischem Hokuspokus die Ohren voll litaneien und sich dabei dick und satt mästen. Karl Liebknecht, der verachtete Landesverräter und verbohrt Querkopf, wurde der Träger des reinen Volkswillens; Agitatoren, die früher als Anti-parlamentarier nicht einmal zum Wort zugelassen wurden, wuchsen in höchste Popularität; die russische Revolution wandelte sich im Bewußtsein des Proletariats aus zügellosem Desperadotum zur vorbildlichen Menschheitssache, — die Musik aber, die die Drahtzieher der Partei und der Gewerkschaften ihrem alten Leierkasten entlockten, fand bei der revolutionierten Arbeiterschaft keine mit-schwingende Saite mehr. Gelächter und Zorn übertönte sie.

So wurde aus der Novemberharmonie Kampfgeschrei und Haßgesang. Die Schlacht entbrannte auf der ganzen Linie, die Schlacht zwischen den ehemaligen Geführten und ihren ehemaligen Führern. Im Kriege jedes Restes von Scham und Ehre entwöhnt, warben die angeblichen Sozialisten bei denselben Kapitalisten und Militaristen um Hilfe gegen das Proletariat, denen sie zum Verrat des Volkes in den Kriegsjahren willfährig die Servierkellner gestellt hatten. Die Fehler, die bei Beginn der Revolution gemacht waren, rächten sich jetzt an den Revolutionären. In jenen Tagen, da jede Waffe nur der Revolution dienstbar war, da das Volk neugierig und lerneifrig

dem Werden des Neuen zusah, da das von der Niederlage und der politischen Umwälzung total vertatterte Bürgertum dermaßen eingeschüchtert war, daß es würdelos feige auch den bittersten Tropfen ohne Widerstand geschluckt hätte, da war das Wichtigste verabsäumt worden. Man hatte der Konterrevolution nicht den Kopf zertraten, sondern sie sich unterirdisch entwickeln und kräftigen lassen. Nicht die Konterrevolution ist gemeint, die damals in aufgeregten Köpfen spukte und in unmittelbar bevorstehenden Generalsinsurrektionen befürchtet wurde, sondern die, die in Aemtern und Behörden latent wirkte, indem die Träger des alten Systems an ihren Posten blieben und den Apparat der öffentlichen Macht in den Händen behielten. Offiziere und Assessoren, Regierungsräte und Bürgermeister, alle blieben an ihren Wirkungsstätten, beschützt von den neuen Machthabern mit der roten Schärpe und der kapitalistischen Bedientenseele, und waren klug genug, sich zunächst einer bewaffneten Macht zu versichern. Statt daß Emissäre zu den Truppen hinausgeschickt wären, die aufklärend über Kommunismus und Rätewesen gesprochen hätten, wurden die Truppen, die, fern vom Herde der Revolution, das Ziel der Umwälzung im Abschluß des Waffenstillstandes und in der Firmenänderung des Staatskörpers erblickten, ganz dem Einfluß reaktionärer Intriganten überlassen. Waren die ersten heimkehrenden Formationen mit roten Kokarden und erfüllt von erregten Zukunftsideen zurückgekommen, so zogen schon im Dezember die Regimenter mit patriotischen Fähnchen und unter den Klängen vaterländischer Märsche in die Städte ein. Der Keim weißer Garden war gepflanzt. Das übrige tat die nichtswürdige Balten- und Polenpolitik der „sozialistischen“ Regierung. Unter dem Lockruf „Grenzschutz Ost“ sammelte man mit unerhörter Geldverschwendung aus den Taschen des arbeitenden Volkes die verwilderten und entwurzelten Reste der Armee, füllte ihre Reihen auf mit abenteuersüchtigen erwerbslosen Offizieren und nationalistisch besessenen Studenten und Bourgeoissöhnchen: das Landsknechtsheer gegen Sozialismus und Welterneuerung war fertig; Noske konnte seine blutige Arbeit beginnen.

Die Besten blieben am Platz: Liebknecht, Luxemburg, Jogisches, Dorrenbach, Landauer, Leviné, — die Liste ist unendlich lang und die Namenlosen, die Hunderte von Arbeitern, Soldaten und Matrosen, die Tausende, die ihr Leben für die Befreiung des Proletariats gaben, nimmt keine Liste auf. Die Festungen, Gefängnisse, Zuchthäuser bersten von revolutionären Insassen. Dabei täglich neue Verhaftungen, Knebelungen, Schreckensurteile. Die Bestie wütet weiter.

Sie wird aufhören zu wüten. Eines Tages wird ihr die Zunge lefzend aus dem Maule hängen und sie wird sich erschrocken umringt sehen von denen, die sie entseelt und für immer von Kräften

glaubte. Nicht weil die wirtschaftliche Entwicklung den Umschwung naturnotwendig herbeiführen müßte, werden wir siegen, sondern weil die Idee nicht stirbt und weil das Proletariat, einmal von der Wahrheit einer Idee erfaßt, nicht nachlassen wird, bis ihr Ziel erreicht ist. Wehe dem Volk, das sich auf den natürlichen Lauf der Dinge verläßt und die Hände in den Schoß legt, bis ihm die reife Frucht hineinfällt. Die Frucht reift nicht, wenn nicht der Baum gepflegt wird, von dem sie gepflückt werden soll. Wehe auch der revolutionären Partei, die nachläßt im Eifer um die Revolution! Kommunismus und Freiheit! Das ist die Forderung, keine andere gilt. Der Weg zum Kommunismus und zur Freiheit geht über die Räterevolution, es gibt keinen anderen Weg. Die Schwätzerei von Parlamentarismus, Gewerkschaftskrempel, Lohnsystem, Preisabbau und allem reformerischen Tageskram mag anderen überlassen bleiben. Sache der revolutionären Arbeiter ist Arbeit an der Zukunft, nichts anderes: Sammlung der Kräfte, unduldsam nach rechts, — links darf es nicht geben; Aufklärung der Massen, Lernen von den eigenen Fehlern und denen der anderen, Zusammenschluß zum Kampf.

Ein Jahr revolutionären Kampfes liegt hinter uns. Wir haben geopfert, wir haben gelitten, wir haben Erfahrungen gesammelt. Die Revolution steht bevor. Ans Werk!

Personenkultus der Gegenwart

Der Personenkultus der Gegenwart stellt einen bezeichnenden Beweis des Verfalls der modernen Menschheit dar. Dieser moderne Personenkultus hat nichts mit dem uralten Streit über die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte zu tun. Die Anhänger der materialistischen Weltanschauung haben der „Persönlichkeit“ in der Geschichte im besten Falle immer nur eine minimale Bedeutung beigemessen, aber auch die Anhänger der idealistischen Weltanschauung, die der einzelnen Persönlichkeit mitunter einen dominierenden Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte einräumen, müssen bekennen, daß der Personenkultus von heute nicht ihre Sache ist und daß zwischen den großen Persönlichkeiten der Weltgeschichte und den modernen Diktatoren eine unüberbrückbare Kluft liegt.

Die Herrschernaturen der Weltgeschichte waren in der Regel gezwungen, beim Ergreifen der Herrschaft den natürlichen Widerstand der Volksmassen zu bekämpfen und zu bezwingen; unseren modernen Diktatoren fällt dagegen die Macht ohne irgend einen ernstesten Widerstand allzu leicht in die Hände. Die Bezeichnung „von

Gottes Gnaden“, d. h. vorbestimmt durch das Schicksal selbst, zur Alleinherrschaft berufen, scheint zu keiner Zeit so berechtigt gewesen zu sein als in der Gegenwart. Auch scheinen die Worte der alten russischen Legende über die Berufung der Warjagen: „unser Land ist groß und reich, es herrscht aber keine Ordnung bei uns, kommt uns zu regieren und zu beherrschen“, in der Gegenwart wieder aktuelle Bedeutung erhalten zu haben. In ihrer Apathie, ihrer betonten Gleichgültigkeit, in dem vollständigen Mangel an Widerstandskraft, scheinen die Massen den zur Alleinherrschaft Strebenden zuzurufen: „Kommt, regiert, beherrscht uns“.

Daß die staatliche Gewalt von einer einzelnen Persönlichkeit ergriffen wird, die mit Massen wie mit Marionetten herumspringt, ihnen ihren Willen und ihre Laune aufzwingt, ist schon längst nichts besonderes mehr; es scheint Infektionskeime zu geben, die diese Erscheinungen zur Epidemie aufwachsen ließen.

Der Name Mussolini ist bereits Sammelbegriff: Pilsudski in Polen, Bratianu in Rumänien, Woldemaras in Litauen, Primo in Spanien und letzters Venizelos in Griechenland, — sie alle sind nichts anderes als Mussolini in verschiedenen Auflagen. Das Verzeichnis könnte mühelos an Hand eines politischen Weltatlas vergrößert werden. Stimmen sie auch nicht in allen Einzelheiten überein — in der Hauptsache sind sie alle gleich: die Diktatur haben sie sich fast widerstandslos angeeignet.

Nun treten aber die Mussolinis als Massenerscheinung nicht etwa nur in solchen großen Gemeinschaften, wie es die staatlichen Gebiete sind, auf, wir finden sie in jeder Art von Gemeinschaften. Fast überall ist es eine einzige Persönlichkeit, die die Macht an sich reißt, ohne von der Gesamtheit daran gehindert zu werden. In der Gegenwart, die sich mit Vorliebe als demokratisch und bereits „für den Kollektivismus reif“ gebärdet, ist diese Erscheinung von hohem psychologischen Interesse.

Wir wollen aus dem großen Komplex dieser Erscheinung uns nur drei Momente näher ansehen.

1. Die napoleonische Art aller modernen Diktatoren des Herauf-tauchens in der Oeffentlichkeit, dies plötzliche Aufleuchten ihrer „Genialität“ mit dem Anspruch auf die Macht.

Wer hat denn Mussolinis Eigenschaften und Fähigkeiten vor seinem Hervortreten erkannt? Wer hat in dem bescheidenen Provinzlehrer und dem unsicher schwankenden Sozialisten den künftigen „Duce“ erraten können? Welcher von den allernächsten Freunden und Genossen Pilsudskis konnte während der revolutionären Arbeit im zaristischen Rußland in dem Organisator geheimer Druckereien und dem Fluchthelfer politischer Gefangener den künfti-

gen Gründer des polnischen Staates und militärischen Spezialisten erkennen?

Wir wollen noch weiter gehen. Wenden wir uns zu Lenin, ohne ihn allerdings auf eine gleiche Stufe mit Mussolini und Pilsudski zu stellen. Wer hätte vor der Oktober-Revolution in dem spezifisch-russischen, wortreichem Theoretiker des Sozialismus den künftigen sorgfältigen und praktischen Aufbauer eines neuen, in seiner Eigenart noch nie dagewesenen, Staates erblicken können?

Die Art aller modernen Diktatoren wird durch die Plötzlichkeit ihres Aufstiegs charakterisiert, der sogar für sie selber überraschend ist.

2. Die schon erwähnte außerordentliche Leichtigkeit, mit der die modernen Diktatoren jeden Widerstand beseitigen und die Schnelligkeit, mit der sie die Macht ergreifen.

3. Psychologisch am merkwürdigsten ist die seuchenartige Schnelligkeit, mit der die Volksmassen aus der vordiktatorischen Apathie und Gleichgültigkeit, d. h. aus dem Zustand der Passivität, zur Aktivität übergehen, die sich in einer Verherrlichung des Diktators bis an die Grenze der Vergötterung äußert.

Das größte Unrecht begehen diejenigen, die die Schuld an der Vergewaltigung der Massen allein den Diktatoren in die Schuhe schieben. Es sind die Volksmassen selber, die sich mit krankhafter Wollust unterwerfen und bereit sind, sich immer tiefer zu demütigen und den Diktator auf unermeßliche Höhen steigen zu lassen.

Welche größte geschichtliche Persönlichkeit hätte sich jemals bei gänzlicher Entrechtung des Volkes und der Freiheit einer solchen Popularität und blinden Gefolgschaft rühmen können, wie Mussolini in Italien, oder Pilsudski in Polen?

Die Bibel erzählt von dem Sklaven, der nicht frei sein wollte, der sein Ohr an den Türpfosten nagelte und schrie: „ich will nicht frei sein!“ Ebenso benimmt sich die Volksmasse, die sich freiwillig dem Diktator unterwirft. Die Freude an der Demütigung führt erst zu den tollsten Mißbräuchen der Diktatur und dadurch zur Andichtung einer nicht vorhandenen Größe des Diktators; der vorhandene Funke einer gewissen Begabung wird zur Riesenflamme aufgeblasen. Diese Erscheinung mutet schon pathologisch an. In der Regel tritt die „mania grandiosa“ (Größenwahn) bei den Kranken nur in Bezug auf ihre eigene Person auf, aber „mania grandiosa“ in Bezug auf eine andere Person, und dazu noch als Massenpsychose, scheint eine neue und schlimmere Art der Erkrankung zu sein.

Ist denn die Verherrlichung einer solchen, zweifellos bedeutenden, Persönlichkeit wie Lenin durch die Kommunisten nicht übertrieben? Ist denn die ewige Zitierung Lenins bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit demselben religiösen Fanatismus

wie von den Missionären das alte und neue Testament zitiert wird, keine Demütigung? Ueber Mussolini oder Pilsudski braucht man in dieser Beziehung keine Worte zu verlieren. Nur zu oft sehen wir, wie gewöhnlicher Eigendünkel von einer jeder Ueberlegung baren Sklavengefollgschaft zur höchsten Weisheit, zur Genialität gestempelt wird.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Es muß offen ausgesprochen werden, daß dieser wüste Personenkultus, der bei den „Linken“, so gut wie bei den „Rechten“ in Erscheinung tritt, einen überzeugenden Beweis des Verfalles, ein Armutzeugnis sondergleichen für die psychische Urteilsfähigkeit der Gegenwart darstellt. Ist doch, psychologisch betrachtet, jeder Autoritätsglaube ein Minderwertigkeitsbeweis des sich vor der Autorität Beugenden . . . Jedes Plus auf der einen Seite bedeutet ein Minus auf der anderen. Das trifft besonders für die Götzenanbetung der Diktatoren durch die Massen zu. Die Massen sind bestrebt, die Verantwortung für ihr Schicksal im Bewußtsein der eigenen Unzulänglichkeit auf einen „Heros“ zu übertragen, auch wenn dessen „Herrentum“ rein illusorisch ist. Es ist, als ob ein Bettler auf den Reichtum eines Krösus stolz wäre, dessen Reichtum er auch noch überschätzt, oder als ob ein schwaches Kind im Bewußtsein seiner Schwäche sich an der Allgewalt seines Vaters erfreut.

Sollte ein zweiter Spengler einen neuen Beweis für den Verfall des Abendlandes suchen, so würde er keinen zutreffenderen ins Feld führen können als den modernen Personenkultus.

Dr. Israel Rubin.

Klassenjustiz im neuen Talar

Ein Reichstagsausschuß plagt sich zurzeit mit den Einzelbestimmungen des künftigen Strafgesetzbuches ab, über dessen grundsätzliche Wesensart kein Zweifel möglich ist. Alle Gesetzgebung ist nur Festlegung schon geltender Uebung in geschriebene Regeln. Diese Festlegung hat den Sinn, eine Zeitspanne beobachteter Entwicklung als abgeschlossen zu betrachten und die Ergebnisse der Beobachtung für lange Zeit zur Grundlage der Vorschriften im gesellschaftlichen Verhalten zu machen. Die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands glaubt nach zehn Jahren republikanischer Erfahrung den Fortbestand der von der Monarchie übernommenen Einrichtungen und Gebräuche vor revolutionären Erschütterungen hinlänglich gesichert, um nun unter Berücksichtigung der immerhin durch den Krieg und den Revolutionsversuch leicht veränderten Verhältnisse und Beziehungen jede Regung freiheitwilligen Widerstands gegen die herrschenden Mächte in den frisch geseiften Paragraphenstricken des Strafrechts erwürgen zu können. Mit den lyrischen Klängen der Weimarer Verfassung schuf man die Einbildung, es gebe innerhalb kapitalistischer Staatsgebilde ein zusammengehöriges Volk mit gleichen Rechten und Pflichten, schuf man vor

allem den Prellbock, auf den der in Fahrt geratene Wagen der Revolution auflaufen sollte. Mit den prosaischen Satzungen des neuen Strafrechts schafft man die asphaltierte Straße, auf der das von Einbildungen nachgerade geheilte Proletariat in Reih und Glied zur Arbeit für die besitzende Klasse zu marschieren hat, schafft man die Bürgerschaft des Staates für die wirkliche Macht des ausbeutenden Besitzes, wie sie sich aus der Anwendung der Weimarer Verfassung bis jetzt hat erkennen lassen.

Nach den zurzeit übersehbaren Plänen wird das neue Strafgesetzbuch allgemein die Benachteiligung der arbeitenden Klasse erheblich stärker zum Ausdruck bringen als das alte. Dem Ermessen der Richter, die, dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu jedem Zeitpunkt ihrer Mitwirkung am Staatswohl, dieselbe Sorte ist, die es schon unter dem Sozialistengesetz war, ist außerordentlich weiter Spielraum gelassen. Dadurch wird der segensreiche Zustand geschaffen, daß in Zukunft der Freispruch eines adlig geborenen oder millionenschweren Angeklagten nicht erst mit mühevollen Auslegungen der Gesetze zurechtgeschoben zu werden braucht, sondern aus der Würdigung des subjektiven Tatbefundes ohne weiteres Herumbiegen an den Paragraphenkrümmungen zu Recht erkannt werden wird. Für den angeklagten Proletarier hingegen erhält der Richter, wenn schon seinem freien Ermessen die Höchstdauer der für die Uebelthat vorgeschriebenen Einsperrung zu kurz scheint, die Vollmacht, nicht nur wie bisher schon „Zulässigkeit der Polizeiaufsicht“, sondern von sich aus „Sicherheitsverwahrung“ mit unbegrenzter Dauer zu verhängen. Ueber diese süße Neuerung in der freisten Republik der Welt wird noch allerlei zu sagen sein, wenn wir ihre Schönheiten am Wortlaut der endgültigen Bestimmungen genauer besichtigen können.

Was wir jetzt schon mit aller Klarheit sehen, ist, daß der neue Talar der Klassenjustiz eigens für die politisch veränderte Figur der unterdrückten Klasse zugeschnitten ist. Es ist ja wahr, man modernisiert sich zusehends. Man will fortan Hunger, Not, Familienplage, Obdachlosigkeit und alles, was der Talarträger nie erlebt hat, bei der Strafabmessung berücksichtigen. Nur dürfen solche Peinlichkeiten nicht gerade zum Nachdenken und damit zur Erkenntnis geführt haben, wie es kommt, daß ein Mensch, um nicht zu frieren, für seinen klapprigen Leib einen warmen Mantel stehlen muß, während der andre sich auf die ehrlichste Weise von der Welt den schönsten Pelz für seinen fettgewärmten Leib dadurch kaufen kann, daß er Tag für Tag die frierenden Nebenmenschen, die einbrechen müssen, ins Gefängnis schickt und dafür von seinesgleichen, aber aus dem Steuergeld der Klassengenossen seiner Opfer, feist besoldet wird. Es hat sich herausgestellt, daß trotz der zahllosen Bestrafungen nachdenklich gewordener Proleten die Unzufriedenheit mit den Not und den Hunger und die Obdachlosigkeit hervorriefenden gesellschaftlichen Einrichtungen immer noch nicht nachlassen will, und da müssen eben die Strafen wegen der Äußerungen dieser Unzufriedenheit verschärft werden. Hochverrat — das bedeutet das Unternehmen, die Staats- oder Reichsverfassung gewaltsam zu ändern — kostete früher Zuchthaus oder Festung von 5 Jahren bis lebenslänglich; in Zukunft soll es kosten mindestens 10 Jahre, bis lebenslänglich Zuchthaus. Da Hochverrat, wie schon Lassalle festgestellt hat, nur strafbar ist, wenn er mißlingt, so haben die Herren Claß, Hugenberg und Ehrhardt fernerhin so wenig zu befürchten wie früher. Ihre Unternehmungen werden so lange niemals aus dem Stande des Ermittlungsverfahrens — wenn es einmal soweit kommt — zum Prozeß gedeihen, bis ihnen nicht endlich der faschistische Umsturz ge-
glückt sein wird. Aufforderung zum Hochverrat — bisher Zuchthaus oder Festung bis zu 10 Jahren — fortan, sofern die Tat nicht von Nationalisten begangen wird, und infolgedessen niemals Aufforderung zum Hochverrat

sein kann, bis zu 10 Jahren Zuchthaus. Dabei konnte bisher auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter und der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden. (Ich wurde 1919, zu einer Zeit, als es weder eine neue, noch eine alte Reichs- oder Landesverfassung gab, wegen gewaltsamer Aenderung dieser unsichtbaren Verfassung verurteilt, und man erkannte mir grausamerweise tatsächlich die aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte ab. Ich habe den Gram über diesen Verlust immer noch nicht verwunden, obwohl mir noch nie im Staate Rechte aus öffentlichen Wahlen zugestanden haben.) Jetzt aber soll etwas ganz Fürchterliches geschehen, wenn jemand — es sei denn, er heiße Claß, Hugenberg oder Ehrhardt — dem stolzen Bau von Weimar ein Steinchen lockert: er soll in der Republik für Lebenszeit amtsunfähig und wahl- und stimmrechtlos sein. Wahrhaftig: wenn das beschlossen würde, könnte man wieder Hoffnung auf die Belebung der revolutionären proletarischen Bewegung fassen. Diejenigen, die auf Bürgermeisterämter und ledergepolsterte Parlamentsessel aus sind, würden ihre Pfoten endlich von entschlossenen revolutionären Versuchen fernhalten, und die Arbeiter, die von einem solchen Urteil betroffen würden, könnten nicht wieder auf den Gedanken gebracht werden, der Stimmzettel sei auch eine Waffe.

Die neuen Bestimmungen gegen proletarische Hochverräter sind nichts als die nachträgliche Bestätigung des seit Noskes oder Niedners Tagen tatsächlich bestehenden Urteilsverfahrens. Das gilt erst recht für die Verschärfungen der Bestimmungen über den Landesverrat. Die Urteile in den Fällen Fechenbach und Wandt entsprachen vollkommen dem Rachebedürfnis der herrschenden Klasse, sie konnten aber nur ausgesprochen werden durch Verbiegungen des früheren sogenannten Rechts; jetzt werden solche Urteile ausgesprochen werden können und dem Buchstaben des Gesetzes entsprechen. Denn die früher als Landesverrat verfolgte Verbindung mit ausländischen Regierungen und feindlichen Mächten wird ergänzt durch die Strafbarkeit der bloßen „Ausspähung“ von Staatsgeheimnissen, auch wenn das Ausgespähte nicht über die Grenze getragen wird und durch den Verrat von Staatsgeheimnissen auch schon an Inländer. Das entspricht vollkommen den Forderungen der Nationalisten, die schon immer Landesverrat zeterten, wenn jemand ihre geheimen Rüstungen zum faschistischen Umsturz der Staatsbehörden mitteilte. Das wäre natürlich einer jener „besonders schweren Fälle“ für die das Strafgesetz Zuchthaus nicht unter 10 Jahren unter dem neuen Talar verborgen hält.

Dennoch: es wird ein Werk der Befreiung werden. In diesen Tagen wo wir uns, glücklich, derlei Ruchlosigkeiten nur noch aus grauer Vorzeit zu kennen, der Verkündung des Sozialistengesetzes vor 50 Jahren graudurchschüttelt erinnern, bereitet man die Befreiung der deutschen Republik von einem anderen Ausnahmegesetz vor, das sich von dem Bismarckschen vorteilhaft dadurch unterscheidet, daß niemand es ein Schandgesetz nennen darf und das sich als Gesetz zum Schutz der Republik bezeichnen darf, weil es die Republik vor denen schützt, die sich für sie einsetzen möchten. Dieses Gesetz soll fallen: es ist auch entbehrlich, da alle seine arbeiterfeindlichen Bestimmungen nunmehr in das „ordentliche“ Strafrecht übergehen. Zum Beispiel: öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform („Saurepublik“ ist nach allerjüngster Rechtsprechung keine Beschimpfung, wenn ein Monarchist so sagt), der verfassungsmäßigen Körperschaften und der Reichs- und Landesregierungen kostet bis 5 Jahre Gefängnis. „Zersetzung“ des Militärs gemäß neuzeitlicher Reichsgerichtsübung in besonders schweren Fällen (will heißen, wenn es revolutionäre Proletarier versuchen) bis 5 Jahre Zuchthaus. Widerstand gegen die Staatsgewalt, bis jetzt höchstens 2 Jahre Gefängnis, fortan bis

5 Jahre Zuchthaus. Beschimpfung von Reichs- und Landesfarben bis 2 Jahre Gefängnis. Teilnahme an staatsfeindlichen Verbindungen, bislang nur strafbar, wenn sie Verschwörernatur hatten und mit höchstens 2 Jahren Gefängnis bedroht, jetzt bis 5 Jahr. Niedner hat, gestützt auf die Unumstößlichkeit seiner Urteile, die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei auf Grund des Republikschutzgesetzes als Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung bestraft. Das wird im Zeichen der Ueberwindung des Bismarckgeistes vom Sozialistengesetz zum geltenden Recht in der sozialdemokratisch regierten Republik.

Das politische Werkzeug, zu dem das Strafgesetzbuch zurechtgeschliffen wird, hat noch viele scharfen Kanten. Der arbeiterfeindliche Wille der Gesetzgeber zeigt sich überall mit unverschleierte Deutlichkeit. Daneben zeichnet sich der neue Talar der vielgeliebten Justitia durch einen hervorragend keuschen Schnitt aus. Die Binde, die eigentlich für die Augen bestimmt war, ist ihr um die Beine gerutscht. Denn es war von jeher die Eigenschaft sittlicher Bekleidungsstücke, daß freie Naturen darin nicht laufen können. Das Schmutz- und Schundgesetz und das gegen die Jugendlustbarkeit haben wir glücklich schon gekriegt, zum Zeichen, daß die Kirche im neuen Staat mehr zu sagen hat als in dem Bismarcks und Wilhelms. Die gleichgeschlechtliche Liebe bleibt nicht nur strafbar; die Verfolgung dieser natürlichen Veranlagung zahlreicher Menschen wird verstärkt und auf Frauen ausgedehnt. Die ekelhafte Schnüffelei nach den allerpersönlichsten Angelegenheiten wird also noch gesteigert werden und gleichzeitig den Erpressern Lust zum Handwerk auf noch unbebautem Grunde geschaffen. Und natürlich geht auch die Jagd auf Frauen und ihre Helfer weiter, die lieber gar nicht als Kinder gebären wollen, denen sie kein daseinswürdiges Leben verbürgen können. Hier trifft sich das denkfeindliche Zelotentum der Mucker mit dem arbeiterfeindlichen Ausbeuterwillen derer, die hungernde Erwerbslose brauchen, um die Arbeitenden mit dem Ueberangebot unbeschäftigter Kräfte im Lohn zu drücken.

Freilich, dafür wird jawohl die Todesstrafe abgeschafft werden, wenn auch nur mit einer Einschränkung: wenn Hindenburg einmal den Ausnahmezustand verhängt, um Hugenberg die Wirtschaftsdiktatur aufzurichten, will sagen, das Streik- und Koalitionsrecht völlig aufheben und Ehrhardt und Roßbach als Vollstrecker der öffentlichen Gewalt einsetzen zu lassen, — dann ist es klar, daß das Erschießen und Erhängen widerstrebender Arbeiter unentbehrlich ist. Darum will die besorgte Republik bei der Aufhebung der Todesstrafe gleich die Anordnung treffen, daß kein moralischer Skrupel das Gemüt der Diktatoren zu verdüstern braucht und ihnen das Recht zum Töten in dem Ausmaß vorher zusichern, in dem der selige Ebert es ja schon ausgiebig gegen das Proletariat angewendet hat. Todesstrafe nur noch für Ueberzeugungstäter. Wie gut, daß das Sozialistengesetz weit hinter uns liegt. Aber so etwas hat es noch nicht gekannt.

Aber es wird so schlimm gar nicht werden. Dem Richter im neuen Talar ist ein anderes Mittel in die Hand gegeben, womit er die Gesellschaft von allen schädlichen Elementen ein für allemal befreien darf. Die Verwahrung auf Lebenszeit steht ihm für Sünder aller Grade und Arten zur Verfügung. O, es wird ein fröhliches Wiedersehen geben in diesem Sarge der freiesten Republik der Welt: Alle Verstoßenen der kapitalistischen Gesellschaft werden sich dort treffen, diejenigen, die der Jammer zu Einbruch und Totschlag und die, die er zu Suff und Vagabundentum getrieben hat, werden sich einfinden, Homosexuelle und Kindsabtreiberinnen, Kirchenbeschimpfer und Gegner der schwarzrotgoldenen Farbenzusammstellung, Leute, die etwas von Ehrhardts Rüstungen erfahren haben und Mitglieder aller Arbeiterorganisationen, denen die Herren Müller und Scholz ihren

Segen versagen. Die Klassenjustiz zieht sich einen neuen Talar an. Die Arbeiter, aus deren Haut sein Stoff gewebt ist, feiern gleichzeitig den Sieg über Bismarcks Sozialistengesetz und schwenken Stimmzettel. Wer ihnen aber sagen würde: Reißt der verdammten Vettel das Gekump herunter! Tretet ein in den Generalstreik! Kämpft mit euren Leibern gegen das Schandgesetz dieses neuen Strafrechts!, — der bekäme nicht nur die Segnungen des neuen Gesetzes zu spüren, den erstickten die proletarischen Partei- und Gewerkschaftsführer aller Richtungen selber in Schimpf und Schande. O, Deutschland hoch in Ehren!

Partei-Dämmerung

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in den fast zehn Jahren ihres Bestandes ungefähr soviel Krisen durchgemacht, wie sie Ueberzeugungswechsel vollzogen hat. Das bedeutet nicht wenig. Man braucht ja nur die zahlreichen Organisationen zu betrachten, die alle aus der KPD hervorgegangen sind und deren Mitglieder heute als Konterrevolutionäre, Renegaten, Arbeiterfeinde, Agenten Chamberkains, Verbündete der Bourgeoisie, Helfershelfer der Sozialdemokraten, Weißgardisten, Verräter, Lumpen, Spitzel und Idioten bezeichnet werden, weil sie alle einer der Meinungen treu geblieben sind, die irgendwann einmal Vorschriftsmeinung der KPD waren, weil sie alle an irgendeinem Punkt eine plötzlich kommandierte Links- oder (gewöhnlich) Rechtsschwenkung doch nicht mehr mitmachen wollten. Von der Kommunistischen Arbeiterpartei mit ihren verschiedenen Nebenrichtungen angefangen über die Unionen, die Industrieverbände, die Katz-, Korsch-, Urbahns-, Maslowgruppen hinweg zu den trotzkistischen, rechten und „versöhnlerischen“ „Abweichungen“, die augenblicklich dran sind, — jede dieser Gruppen vertritt Auffassungen, die zu irgendeiner Zeit offizielle Parteauffassungen waren und deren unumstößliche Richtigkeit die „Rote Fahne“ zu irgendeiner Zeit alle unter finsternen Bannflüchen gegen jeden Andersmeinenden bewiesen hat. Dann kam immer einmal ein Frühstück Tschitscherins mit Stresemann oder Seekt oder eine Sehnsuchtsanwandlung Litwinows nach der Gletscherlandschaft am Genfer See oder auch eine von Kreditbedürfnissen inspirierte neue kommunistische Theorie Bucharins und schon erfuhr die deutsche Partezentrale, was seit gestern nachmittag ewige Wahrheit und die richtige vom toten Lenin bestätigte Revolutionspolitik des deutschen Proletariats sei. Erlaubte sich dann ein Schurke, den Daumen im Munde, die schüchterne Aeüßerung: Aber entschuldigt, gestern vormittag war doch noch das Gegenteil richtig, — dann war die Krise fertig. Denn, heißt es bei Paul Scheerbart, Charakter ist nur Eigensinn!

Die Krise, in die sich die KPD, jetzt hineinbolschewisiert hat, ist die schwerste, die sie noch erlebt hat und man könnte sie schon als die Agonie ansehen, aus der es kein Aufstehen mehr geben kann, hätte man nicht allmählich die Erfahrung mit den proletarischen Führerorganisationen gemacht, daß sie ihren disziplinierten Nachläufern ohne jede Einschränkung alles, das Schimpflichste und Schmähhchste bieten können, wenn sie dabei nur selber unentwegt behaupten, die einzige Arbeiterpartei, die konkurrenzlose Führerin des revolutionären Proletariats, die sauberste und zuverlässigste Hüterin aller Tugenden zu sein. Die Verfolgung der revolutionär geliebten Organisationen in Rußland mit Einschluß der scheußlichen Martern, die man ihre Vertreter in den Gefängnissen und sibirischen Eiszonengebieten erdulden läßt, werden, wenn die „Rote Fahne“ sie heute bestreitet, nicht

geglaubt — Material beweist nicht, nur Schimpfereien —, wenn sie morgen zugegeben werden, als einzig gebotene revolutionäre Politik von Proletariern gebilligt, die für dieselben Ziele gekämpft und gelitten haben. Die Versorgung der deutschen Reichswehr mit Bürgerkriegs-Munition aus russischen Fabriken wurde vor überführendsten Beweisen abgestritten, nachher, als nichts mehr abzustreiten war, gebilligt. Trotzki's Bild, von 1918—23 mit roten Schleifen verziert, wurde 1924 ins Schubfach gesteckt, 1925 wieder aufgehängt, 1926 mit dem Kopf nach unten gedreht, 1927 zerrissen und 1928 verbrannt. Im nächsten Jahr hängt es vielleicht wieder mit roten Schleifen am Ehrenplatz; man braucht nur die „Rote Fahne“ nachzulesen, wie es gerade zu halten ist.

So ist also zu erwarten, daß die Partei auch weiterhin Führerin der Revolution erhoffenden Proletariats bleiben wird, wie ihr Fackelträger Thälmann ja auch Führer der Partei und des Roten Frontkämpferbundes geblieben ist. Der Fall ist in der Arbeiterbewegung trotz allem, was sie schon erlebt hat, ein Gipfel. Der höchste Parteifunktionär Hamburgs, Wittorf, unterschlägt Arbeitergeld. Der Vorsitzende der Partei, intimer Freund Wittorfs, erfährt davon im Mai. Er sagt keinen Ton, läßt den Schädling in allen Aemtern, — bis der „Volkswille“, das Organ der linken Rausgeschmissenen — im September Krach schlägt. Wittorf fliegt, drei weitere Hamburger Funktionäre fliegen, Thälmanns Ausschluß wird ernstlich in der Zentralsitzung erwogen, aber mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen zugunsten des Vorschlags eines mit besonders gutem Riecher ausgestatteten Führers abgelehnt, Stalin soll entscheiden; inzwischen kriegt der Vorsitzende der Partei eine öffentliche, scharfe Rüge und wird vorläufig aller Funktionen enthoben. Thälmann kommt als Triumphator von Moskau zurück. Was kein Vereinsvorstand eines Kaninchenzüchterklubs ungestürzt überleben würde, der erste Mann der „einzigen proletarischen Partei“ kommt unbeschädigt darüber weg. Das EKKI in Moskau, das in ihrer derzeitigen Liquidationspolitik keinen willfährigeren deutschen Filialleiter hat, als Thälmann, verfügt über brave revolutionäre deutsche Arbeiter: dieser Mann ist Euer Führer und bleibt es. Daß er die Betrügereien seines Freundes vertuscht hat, war Sorge um das Wohl des Ganzen, die zwar nicht ganz richtig, aber höchst begreiflich war. Die zur moralischen Beurteilung des Falles interessanteste Frage wurde weder in den Berliner, noch in den Moskauer Erklärungen überhaupt gestreift: nämlich, wie sich die persönlich Freundschaft zwischen Wittorf und Thälmann in der Zeit vom Mai bis zum September ausgewirkt hat. Hat Teddy noch mit dem Betrüger gekneipt, als er schon wußte, was für ein sauberer Bruder das war? Ja oder nein? Solange um die Beantwortung der Frage herumgeschlichen wird, soll sich niemand wundern, wenn einige Leute, auch bürgerlicher Kreise, den Kopf schütteln. Wo anders als in der KPD, hätte allerdings schon der zugegebene „Fehler“ des Oberbonzen genügt, um ihn wenigstens von der sichtbarsten Stelle verschwinden zu lassen. In dieser Partei aber genügt ein Wink von Moskau, um vor revolutionären Arbeitern den Kotgestank der Korruption als edelsten Wohlgeruch gesinnungsfester Erkenntnis auszugeben und nicht die Verursacher der Fäulnis zu entfernen, sondern diejenigen, die zu behaupten wagen: hier stinkt etwas.

Von der Thälmann-Schweineerei ist es ganz still geworden. Dagegen um so lauter von den Gegnern der Thälmannrichtung innerhalb der bekanntlich vollkommen einzigen Partei, die allein in ihrer Zentrale selbst in vier Fraktionen gespalten ist. Die Richtung der „Rechten“ Thalheimer-Brandler, im leitenden Apparat durch Hausen und Walcher vertreten, fliegt, und die Gruppe der „Versöhnler“, von Ewert und Gerhard geleitet, wird ebenfalls schon madig gemacht. Die Stalinisten haben die Knechte, die immer vor der

jeweils sommandierenden und zahlenden Obrigkeit kuschen, gezwungen, da- und wehmütig ihren eigenen Beschluß gegen Thälmann zu verurteilen und öffentlich eine Selbstentwürdigung vorzuführen, die, wenn noch nicht den Arbeitern selbst, so doch ihren faschistischen Feinden zum Bewußtsein gebracht hat, was das für eine klägliche Gesellschaft ist, die täglich von sich selber behauptet, nur unter ihrer Führung sei das Proletariat fähig, revolutionär zu denken und zu handeln. Die Sozialdemokratie, völlig gesinnungslos und im Ehrgeiz versumpft, als Scherge des Kapitals proletarische Ansprüche niederzuhalten, macht die besten Geschäfte durch die Ausnutzung der Widerlichkeiten unter den Partei-Kommunisten und es ist wahrlich keine Freude, feststellen zu müssen, daß der Vorwärts, selber von Dreck starrend, beim Aufzeigen des Dreckes bei den Nachbarn zur Linken alle Gründe auf seiner Seite hat. Thalheimer, Mitbegründer des Spartakusbundes, der Kommunistischen Partei und der dritten Internationale, jetzt also Renegat, Parteifeind und Ueberläufer, hat erklärt, daß in der Partei die ideelle Korruption noch schlimmer sei als die materielle. Er muß es wissen und wir dürfen ihm glauben, Denn — der Verlauf der Thälmann-Begebenheit beweist mit aller Deutlichkeit dieses: daß die materielle Korruption gar nicht Gegenstand etwelcher Entrüstung in der Zentrale gewesen wäre, hätte sie nicht den Vorwand geboten, eine Fraktionsrichtung durch eine andere zu schädigen. Die materielle Korruption der Thälmannfreunde trat in den Dienst der ideellen Korruption der Thälmannfeinde. Die Partei im ganzen aber ist, wie der „Roten Fahne“ in jeder Spalte zu entnehmen ist, mit sich selbst überaus zufrieden.

Der Ausfall des Volksbegehrens war kein Sieg der Sozialdemokraten, war kein Bekenntnis der Massen zu Panzerkreuzerbauten, sondern war offener Protest der Arbeiter gegen die lächerlichen Stimmzettelmethode der Kommunisten, ein Protest, der dadurch wirksam werden konnte, daß die neuesten Vorgänge in der KPD, dem besten Teil ihrer eigenen Anhängerschaft sogar die Disziplin verschlagen haben. Die Autorität der Führer hat einen schweren Stoß erhalten. Die Partei-Dämmerung hat eingesetzt. Bei den revolutionären Massen ist zum ersten Male die Frage ins Bewußtsein gedrungen, ob denn die proletarischen bürokratischen Führerorganisationen überhaupt noch daseinsberechtigt seien. Der Werbung für unsere dezentralistischen, antibürokratischen, antiautoritären, tatbejahenden und freitheftlichen Auffassungen sind wertvolle Zugänge zum Verständnis im Proletariat geöffnet. Wissen wir sie zu finden, so wird die Partei-Dämmerung überwunden werden von der Morgensonne anarchistischer Erkenntnis.

Zur Lage in Oesterreich

„In Oesterreich ist der Mensch katholisch.“ dieses geflügelte Wort könnte man in die Behauptung, daß in Oesterreich der proletarische Mensch Sozialdemokrat sei, zeitgemäß ändern. Es sieht wirklich ganz danach aus. Jedes andere proletarische Glaubensbekenntnis im österreichischen Proletariat ist schon im vorhinein zur Bedeutungslosigkeit verdammt, was wohl in der großen Scheu des österreichischen Arbeiters vor politischer Spaltung und Zersplitterung liegen mag. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Oesterreich sind vom Bruderkampf der Radikalen und Gemäßigten durchtobt gewesen, der bloße Hinweis auf jene Zeit übt heute noch seine abkühlende Wirkung aus.

Ob also jetzt eine kommunistische Partei — die hier nicht einen ernst zu nehmenden Mann und was weniger maßgebend, keinen Nationalratsitz

hat — um Hirne und Herzen wirbt oder Großmann-Ramus weit abseits vom Wege auf der Gewaltlosigkeitsflöte spielt, vergebliche Liebesmüh': der österreichische Prolet ist und bleibt Sozialdemokrat, das heißt ein braver Geselle, der getreu jeder Führerparole allzeit pariert.

Daß er das wirklich ist, beweist uns der so viel Druckerschwärze benötigende 7. Oktober, dieses jüngste Schulbeispiel proletarischer Massenentmannung und Indolenz. Aufatmend behaupten von ihm alle Spießer hüben und drüben, jeder in seiner Sprache: „Gut is gangan, nix is g'scheh'n!“. Aber die Vorbereitungen waren auch danach. Wer Gelegenheit hatte, den Republikanischen Schutzbund (die sozialdemokratische Abwehrorganisation und Parteigarde) sowie Führer und Partei in diesen Tagen von der Nähe zu besehen, konnte sich nur ein Urteil bilden: das Fehlen jeglichen revolutionären Kampfwillens, das Weiterwurstelnwollen um jeden Preis. Für die Mentalität eines sozialdemokratischen Führers mag folgendes Eingeständnis bezeichnend sein. Dieser „Genosse“ meinte: „Sollten wir im entbennenden Bürgerkrieg siegen, ist unsere Situation gleich schlecht. Was fingen wir dann an? Unsere Macht würde nur bis Hütteldorf (Wiener Vorort) reichen.“ Das war die entmutigende Denkweise der Sozialdemokratie vor und nach dem 7. Oktober, die es mit dem Krähwinkler Landsturm halten möchte und „Immer langsam voran“ den Staat zu erobern gedenkt. Kann man sich da wundern, daß es diesmal so gekommen ist?

Prälät Seipel, der mit allen Salben geölte Jesuit und bürgerliche Einheitsfrontkleisterer, hat unter solchen Umständen mit Erfolg den starken Mann spielen können. Mit allen Machtmitteln des Staates; also einem ansehnlichen Teil unserer Zinnsoldatenschachtel, mit Gendarmerie, Bundespolizei und wer weiß noch was hat er den Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt erzwungen. Zwar haben sich die faschistischen Banden ihres Sieges nicht sonderlich gefreut, die Zahl ihrer Leute war geringer als erhofft, die Stimmung flau. Bei Nacht und Nebel kamen sie an und nach kurzem Marsch durch die Stadt zogen sie sich auf ihre auswärts gelegene Festwiese zurück, um schon mittags den Bannkreis der „eroberten“ Stadt zu verlassen, ohne vom dortigen Bürgertum — welches wohl aus geschäftlichen Gründen sehr zurückhaltend war — allzu sehr gefeiert zu werden. Aber sie haben ihren Willen erreicht und frecher denn je haben die Heimwehführer das überberatene Proletariat in ihren Festreden gehöhnt. Ist es wirklich ein Zufall, daß die Heimwehrebewegung in den Betrieben Obersteiermarks, dem Königreich der Alpine, rasende Fortschritte erzielt, Arbeiterbataillone aufstellt und marschieren läßt, in proletarischen Bezirken feste Trutzburgen besitzt und sich fast überall in der Offensive befindet? Ist das nicht alles die Folge schwerer Unterlassungssünden der größten Arbeiterpartei Oesterreichs, der Sozialdemokratie, die Schritt auf Schritt zurückweicht, wo sie ein fanatischer Gegner vor Entscheidungen stellt? Was hilft da ein Arbeitertag in der heimwehfreien Zeit Wiener Neustadts mit Paraden der Wehrformationen? Das ist Spiel, Volksfest statt energischer Abwehr-Tat!

Darf man sich da wundern, wenn die wenigen aufrechten Arbeiter, die nicht mit Festgellsten nach Wiener Neustadt kamen, die keine behördlich bewilligten Abzeichen im Knopfloch trugen, wie herrenlose Hunde von allem, was Uniform anhatte (Schutzbund inbegriffen) zusammengefangen wurden? Willkürlich, hohnlachend jedem „Gesetz“ und „Recht“, denn was nicht sozialdemokratisch ist, ist — vogelfrei!

Schwere Zeiten stehen dem österreichischen Proletariat bevor, seine Verführer hat es am 7. Oktober gründlich kennen gelernt, es wird diese abschütteln, es wird sich befreien müssen. Zu allererst aber los von dem

Autoritätsgedanken, der jede wirkliche Aktion im Keime ersticken muß, nur dann werden wir die Genossen finden, die wir brauchen, wenn wir frei sind, innerlich und äußerlich frei!

L. Krafft-Wien.

Direkte Aktion

Der wüste Betrug, den die Sozialdemokraten sich mit ihrer Panzerkreuzerpolitik geleistet haben — erst: wer gegen Panzerkreuzer ist, wählt Sozialdemokraten, dann als erste Regierungstat Bauauftrag für das Kriegsschiff — hätte die Möglichkeit geboten, höchst wirksame Mittel der direkten Aktion gegen die ekelhaften parlamentarischen Schwindeteilen bei den revolutionären Arbeitern zu empfehlen. Hätte man dem Proletariat gesagt: boykottiert erst einmal den Bau dieses einen Schiffes; überlaßt dieses Werk den Gelben oder der Technischen Nothilfe, so wäre damit dem Gedanken Raum geschaffen worden, daß alle Arbeit an Kriegsschiffen und darüber hinaus an Waffen- und Munitionsherstellung des klassenbewußten Proletariats unwürdig ist. Statt dessen kam die Groteske des Volksbegehrens, die mit der immerhin wertvollen Lehre schloß, daß in Deutschland revolutionäre Aktionen nur gegen die Sozialdemokraten demokratische Aktionen niemals gegen sie durchgeführt werden können. Die Parteikommunisten werden das zwar nicht begreifen, sonst müßten sie sofort abdanken. Aber vielleicht lernen sie wenigstens aus dem allerliebsten Vorkommnis im Rundfunk, daß alles unmittelbare Handeln mit Einsatz der ganzen Person zu besseren Ergebnissen führt als die brave Benutzung der von der Staatsverfassung angewiesenen demokratischen Mittelchen. Wie gern erkennt man doch etwas Gutes an! Und ich habe keinen Arbeiter gesehen, den der prächtige Streich der Kommunisten gegen den Vorwärts-Redakteur nicht begeistert hätte. Es gehörte schon die ganze stumpfsinnige Humorlosigkeit der betroffenen sozialdemokratischen Beamtenseelen dazu, hier über die Verletzung von Gesetzen und frommen Sitten zu kreischen. Nein, es war famos. Auch dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz, dem Kuczinsky der Panzerkreuzer-Kampagne, muß zugegeben werden, daß seine persönliche Haltung bei der direkten Aktion der Rundfunküberraschung erheblich erfreulicher war als die leidendtunende Rede, um deren willen Herr Schwarz entführt werden mußte. Und die Wirkung? Die der Rede zugunsten der Stimmzettellaktion gleich Null; die der direkten Aktion gegen die Vorenthaltung des Rundfunks für unbellebte Ansichten ein Erlaß des preußischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, man solle in Zukunft weitherziger sein und verschiedene Meinungen vor den Rundfunkhörern zu Worte kommen lassen. Was keine Umfragen und keine Zeitungsartikel, keine Versammlungsentscheidungen und keine Anfragen in Stadt- und Landesparlamenten zuwege bringen konnte, die Durchbrechung der reaktionären Zensurschranken in der öffentlichen Einrichtung des Rundfunks. — die entschlossene Tat der Selbsthilfe, die direkte Aktion hat es geschafft. Das wird freilich die Partei, zu deren Nutzen die Aktion geschah, nicht hindern, auch in Zukunft den Papierwisch mit der Auszählnummer als die Waffe zu empfehlen, mit der das Proletariat die Kriegsgefahr bekämpfen und die Bourgeoisie besiegen wird. Wären die deutschen Sozialdemokraten nicht von der Sorte der Stampfer und Müller, und fänden sich in der KPD, nicht immer noch gute Kerle, die ganz wider die „Linie“ eigene Entschlüsse fassen und selbständig durchführen, man wüßte nicht, was die Kommunisten noch hindern sollte, sich als das zu bezeichnen, was sie in ihrer politischen Gesamttätigkeit längst sind: Sozialdemokraten

älterem Schmale. Aber das kann auch noch kommen, wenn nicht vorher eine direkte Aktion einiger ihrer Anhänger den ganzen demokratischen Parteiwagen umkippt und die Insassen ohne Kutscher und Spitzenreiter auf die eigenen Füße stellt.

Volksbelustigung

Achtung! Achtung! Große Volksbelustigung für Alt und Jung am Montag, den 19. November 1928, mittags 12 Uhr pünktlich, im Amtsgericht Neukölln, Zimmer 28/1. Es gelangt zur einmaligen Aufführung die tragische Posse „O du mein Oestreich!“ Hochkomisch. Mit dem lustigen Beiprogramm: „Die Ehre des Anarchisten; Flickversuche eines bürgerlichen Staatstribunals.“ Auf der Anklagebank die Genossen Rudolf Rocker und Helmut Rüdiger. Eintritt frei. Herbei alle, die ihr Zeit habt! Noch nie gezeigt, seit es Anarchisten gibt! Einzig in seiner Art! Die Gelegenheit kehrt nicht wieder! Jugendliche haben Zutritt.

Die Weihnachtszusammenkunft

Die Anarchistische Vereinigung Berlin lädt nunmehr zu der angekündigten Zusammenkunft der auf ihrem Standpunkt stehenden Genossen ein. Die Tagung, zu der bereits Anmeldungen aus Berlin, Magdeburg, Braunschweig, Dresden und Hamm vorliegen, findet am **Dienstag, den 25., und Mittwoch, den 26. Dezember ds. Js. in Berlin** statt. Das Tagungsort wird den Teilnehmern noch schriftlich bekanntgegeben. Weitere Anmeldungen nimmt Gen. **Gustav Lübeck**, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10. entgegen. — Folgende Punkte sind zur Besprechung vorgesehen:

1. Organisation der Anarchistischen Vereinigung über das Reich.
2. Werbung für FANAL; Literatur-Fragen.
3. Wege und Ziele zur Förderung der sozialen Revolution und des anarchistischen Gedankens.
4. Verschiedenes.

Für gute Unterkunft der auswärtigen Genossen wird gesorgt. Die Anarchistische Vereinigung Berlin hofft auf gutes Gelingen der Veranstaltung. Die Zeit scheint ihr günstig für die Belebung der proletarischen revolutionären Klassenbewegung durch Verbreitung anarchistischer Ideen in den Kreisen der von autoritären Führerorganisationen und von doktrinären Schulmeistern enttäuschten Arbeiter. Kampf und Freiheit!

Die Ansammlung des Materials für die vorliegende Nummer hat leider die Behandlung wichtiger Ereignisse unmöglich gemacht. Der Zusammenbruch der großen Wirtschaftskämpfe in Hamburg und im Ruhrgebiet. — der Textilarbeiterkampf wird denselben Verlauf nehmen. — der Kyritzer und Essener Prozeß. — der Untergang der tapferen Brüder Heidger. — einiges davon soll im Dezemberheft nachgeholt werden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64
Gäste willkommen!

**Donnerstag, den 8. November, Genosse Gustav Lübeck:
Der Justizmord von Chicago**

**Donnerstag, den 15. November, Genosse Michaelis:
Sind die Menschen das Produkt der Verhältnisse?**

**Donnerstag, den 22. November, Genosse Augustin Souchy:
Die anarchistische Bewegung in den nordischen Ländern**

Die Vorträge werden wöchentlich bekannt gegeben im
Mittelungsblatt der Arbeiterbörse Groß-Berlin der F. A. U. D.
(Anarcho-Syndikalisten)

**Genossen! Zeichnet in die Sammelisten!
Fordert Sammelisten an!**

Anschrift: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10^{IV}.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal

für SACCO und VANZETTI
von Erich Mühsam

Erstehen im Verlag der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

Der „Syndikalist“ schreibt:

Dieses Drama ist in Wahrheit ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. Es ist keine leichte Aufgabe, ein Drama spannend und interessant zu gestalten, obwohl schon im voraus jeder den tragischen Abschluß kennt. Mühsam hat diese Aufgabe sehr gut gelöst. Alle handelnden Personen sind außerordentlich scharf charakterisiert und die Handlung selbst vollzieht sich mit logischer Konsequenz. Es ist ja tatsächlich so: Sacco und Vanzetti sind, wie Mühsams Drama beweist, Opfer einer rigorosen Staatsräson geworden, der die Justiz und die Polizei bereitwilligst Handwerkerdienste leisteten. Wer eventuell noch an der Fiktion einer irdischen Gerechtigkeit — eine überirdische gibts natürlich ebenfalls nicht — festhielt, wird hier gründlich aufgeklärt. Die klare ausdrucksvolle Sprache Mühsams wird wesentlich dazu beitragen, dieses Drama volkstümlich zu machen. Ich denke, daß es auch auf der Bühne eine kräftige und nachhaltige Wirkung hervorrufen wird. Die Zeit verwischt in der Regel nur allzu rasch den Eindruck, den derartige Justizschandaten, wie die Ermordung Saccos und Vanzettis eine war, in der Seele der Entrechteten hervorrufen. Mühsams Werk jedoch ist berufen, die Erinnerung und Erregung über das Justizverbrechen im Gewissen der Menschheit wachzuhalten.

F. O.

Preis:
broch.
2.— M,
geb. 3.—.
Zu bezieh.
durch die
Geschäfts-
stelle des
,FANAL'

„Volkshel“

Kranken-Unterstützungskasse der Naturheilkundigen
BERLIN NW 7 - Dorotheenstr. 19

**versichert Dich
und
Deine Familie**

zu den
vorteilhaftesten Bedingungen

In dieser Kasse sind Ärzte wie
Naturheilkundige zugelassen
Prospekte und Aufnahmebedin-
gungen sind anzufordern bei

W. Gerhards

Berlin N 113, Seelower Straße 12

Telephon: D 4, Humbold 5901

Genossen, übt Solidarität!
Laßt Eure Kleidung nur bei Genossen anfertigen!

Anfertigung von Herren- und Damenkleidung nach Maß



Tadelloser Sitz garantiert!

Kulante Preise

TEILZAHLUNG

ohne Aufschlag
gern gestattet



KARL INTORF

BERLIN SW 29, BARWALDSTR. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Kapital u. Staat. — Anarchistische Synthese II
(von Sebastian Faure). — Mörder Staat. — Der
blinde Gaul. — Eine Doktorfrage. — Staats-
anarchismus. — Brüder (Gedicht). — An die
Genossen im Reich!

NR. 3

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

DEZEMBER 1928

Straße frei.



NEUE Gedichte
von
Oskar Kanehl

Mit 15 Originalzeichnungen von
GEORGE GROSZ!

Verlag der Spartakusbund Berlin

Preis 1.00 M.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 3

Dezember 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Kapital und Staat

Der Kampf im Ruhrgebiet wird, wenn dieses Heft erscheint, aller Voraussicht nach beendet sein. Der Kampf im Ruhrgebiet? Was für ein Kampf? Wer hat etwas von einem Kampf bemerkt? Ist das ein Kampf, wenn jemand einen andern unter den Absatz tritt und auf ihn einhaut, ohne eine andere Gegenwehr zu finden als das Geschrei des Leidenden: hör auf zu schlagen! laß uns verhandeln! ich sag's dem Lehrer!? Bisher verstand man unter Kampf im allgemeinen das Messen gegnerischer Kräfte, unter Klassenkampf im besonderen das Ringen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten um die höchstmögliche Profitrate auf der einen, um die bestmöglichen Existenzbedingungen auf der anderen Seite, zugleich aber bei den Arbeitern die Vorbereitung und Schulung zur revolutionären Tat mit dem Ziel des Sturzes des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Jetzt also ist das der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, daß die Arbeiter gegen die Ausbeutung die Hilfe des Staates anrufen, der sich seine Gesetze vom Interesse des Kapitals vorschreiben läßt, und daß die Kapitalisten dem Staate den Krieg erklären, wenn seine Gesetze nicht überall vollkommen und ausschließlich ihrem Ausbeuterwillen gegen die Arbeitskräfte gefügig sind.

Es geht bei dem Gegensatz in der westdeutschen Eisenindustrie natürlich nicht um die von den Gewerkschaften verlangten 15 Pfennige und vom Schlichter zuerkannten 6 Pfennige Lohnerhöhung. Die Unternehmer hätten nicht zu der auch für sie zunächst recht kostspieligen Maßnahme der Betriebsschließungen gegriffen, wenn sie nur einen durch Tariffestsetzungen entstehenden Profitausfall hätten verhindern wollen. Sie haben dazu das nie versagende Mittel der

Preissteigerung zur Verfügung, wobei sie der Staat vor der Gefahr der Verdrängung vom Inlandsmarkt durch die ausländische Konkurrenz mittels Schutzzöllen sichert. Jede Lohnerhöhung wird dank der Technik des kapitalistischen Umlaufverfahrens vom verbrauchenden Arbeiter selbst getragen, und wäre nicht die Notwendigkeit, den Waren auch ausländische Absatzmärkte zu schaffen, ebenfalls im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet, dann hätte die Lohnfrage für die Ausbeutung des Proletariats eine viel geringere Bedeutung als die Frage der Arbeitszeit und der Herauspressung von Rekordleistungen durch die Rationalisierungsmethoden. Die Behauptung der Industriellen, der vom Schlichter aufgestellte Lohn tarif müsse zum Ruin der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Metallmarkt führen, ist vollkommen absurd, selbst wenn man diesem Unkenruf die wahre Deutung gibt, daß er zur Verminderung des Profitanteils (Dividende) der Aktionäre führen müsse. Die Preise aller Waren haben längst Höhen erreicht, die auch bei der Verwirklichung des verbindlich erklärten Schiedsspruches den Lebensstand der Arbeiter weit unter dem früher als Existenzminimum anerkannten Bedarf hält, so daß die vorgesehene Lohnerhöhung den schon durch Preisaufläge erzielten Mehrgewinn noch lange nicht erreichen würde. Andernfalls hätte der Arbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung gar nicht wagen dürfen. Denn der Staat als Mittler zwischen Kapital und Proletariat kann niemals über sein eigenes Wesen als politisches Vollstreckungsorgan des Kapitals hinaus und fällt daher seine Entscheidungen immer nur unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für „die Wirtschaft“. Als „die Wirtschaft“ aber anerkennt er ausschließlich die kapitalistische Produktionsmaschinerie, während ihm der Arbeiter als Person nichts gilt und nur als Bestandteil der Maschinerie erhaltenswert scheint. Das sind für jeden Sozialisten, der nicht gerade Sozialdemokrat ist, Binsenweisheiten, zu deren Erhärtung der Hinweis darauf genügt, daß für die Erhöhung des ausbeutenden Kapitals keine Liebesgabe an die industriellen Großunternehmer aus öffentlichen Mitteln zu teuer ist (die 700-Millionen-Spende aus Reichsmitteln durch den Sozialdemokraten Sollmann), während die Erhaltung der durch die Rationalisierung dauernd erwerbslos gemachten Millionen Proletarier mit ihren Familien aus Steuerabzügen vom Lohn ihrer beschäftigten Klassengenossen bewirkt wird. Ebenso steht auch die Justiz des Staates einseitig im Dienste „der Wirtschaft“, was besonders deutlich nicht allein aus der Tätigkeit der politischen Strafjustiz, sondern auch aus der Praxis der sogenannten Arbeitsgerichte ersichtlich wird. Fordert eine Gewerkschaft nach der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches die Arbeiter zum Streik gegen

die Entscheidung des staatlichen Vermittlers auf, so wird sie von den Unternehmern für den erlittenen Ausfall haftbar gemacht und zu Schadenersatz verurteilt. Wie der Augenschein gegenwärtig erweist, bestätigt im umgekehrten Fall das Arbeitsgericht die Aussperrung von nahezu einer viertel Million Arbeiter durch die Industriellen als berechtigt, indem der verbindliche Schiedsspruch rechtsungültig erklärt wird, und für den den betroffenen Proletariern und ihren Angehörigen entstehenden Schaden wird nicht der Kapitalist herangezogen, sondern der Staat trägt aus den dem Proletariat abgenommenen Steuereinkünften die Kosten bis zu der Höhe, daß das Hungern der Ausgesperrten in allen Fällen verbürgt bleibt, das Verhungern in den meisten Fällen gerade noch verhindert wird.

Trotz dieser durchaus klaren Verhältnisse sehen wir erstaunlicherweise die Schwerindustriellen in entschlossener Kampfstellung gegen die staatliche Einrichtung des Schlichterwesens und die organisierte Arbeiterschaft mit den geringen Ausnahmen der Proletarier, die noch revolutionäre Aufgaben mit dem Klassenkampf verbunden sehen, zur Verteidigung um das Banner der gesetzlichen Vermittlungsinstanzen gesammelt. Die Unternehmer jammern, daß die Entscheidungen regelmäßig gegen sie ausfielen, und die Sorge der Führer „der drei Organisationen“ — von den syndikalistischen Gewerkschaften und den Betriebsorganisationen schweigen alle nationalistischen, demokratischen, katholischen, evangelischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Flöten —, die Schlichtungseinrichtung des Staates um jeden Preis zu retten, scheint ja der Ausbeuterschaft in ihrem Schmerz recht zu geben. Nun verhält es sich aber so, daß nach der amtlichen Tarifstatistik aus dem Jahre 1926 von 315 Fällen, in denen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen ausgesprochen wurde, der Antrag dazu 180 mal von den „Arbeitgebern“ gestellt war. (Ich benutze hier dieses blödsinnige Wort nur, weil es der offizielle Ausdruck für das Gegenteil dessen ist, was damit bezeichnet werden soll. Natürlich gibt der Ausgebeutete die Arbeit, und der Ausbeuter nimmt sie, indem er ihren Ertrag stiehlt.) Danach kann also die Erfahrung der Unternehmer mit dem Schlichtungsverfahren so ganz trübe nicht gewesen sein. Denn der unverbrüchlich gläubige Respekt vor Gesetz und Staat hat den Besitz noch nie bewogen, Nachteil zu ertragen; er erfreut sich des Gesetzesgehorsams der Nichtbesitzenden und er weiß, daß dieser Gehorsam wach zu halten Aufgabe der Regierungen ist, die ihn nicht verpflichtet. Wenn somit jetzt zum ersten Mal der Fall eintritt, daß eine der wichtigsten Industriellengruppen Deutschlands der Entscheidung des Staates in einem Wirtschaftsstreit zwischen Besitz und Arbeit die tatsächliche Verbindlichkeit abstreitet und der

Macht des Gesetzes die Macht der wirtschaftlichen Gewalt entgegenstellt, so liegt hier gar kein Lohnkampf mehr vor, sondern ein politischer Machtkampf. Aber obwohl dieser Kampf sich in Formen auswirkt, bei denen einer der dichtestbevölkerten Bezirke Deutschlands wirtschaftlich vollkommen erstickt wird und mindestens eine halbe Million Menschen aus der proletarischen Klasse in ihrer sonst schon durchaus unzulänglichen Lebensführung bis zum Verkommen verelendet wird, stehen sich als Kämpfende um die Beherrschung der öffentlichen Einrichtungen nicht die beiden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber, sondern das Industriekapital ist gegen seinen staatlichen Beauftragten grob geworden und droht ihm mit Kündigung.

Die sozialdemokratische Presse erhob, als der für die Arbeiter gänzlich ungenügende Schiedsspruch verbindlich erklärt, aber von den Unternehmern mit der Schließung der Betriebe und der Aussperrung von 213 000 in der nordwestdeutschen Eisenindustrie Beschäftigten beantwortet wurde, ein großes Geheul über die Rebellion der Schlotbarone gegen den Staat. Daß sich der Angriff in allen unmittelbaren Wirkungen gegen lebendige Menschen richtete, war ihr nicht halb so wichtig wie die Schädigung der Staatsautorität, und so sah sie denn auch zur Abwehr kein geeigneteres Mittel als Reichstagsverhandlungen. Die haben inzwischen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Ausgesperrten Armenunterstützung erhalten und daß festgestellt wurde, mit dem bisher geübten Verfahren des Schlichtungswesens könne es nicht weiter gehen. Es müssen Sicherheiten geschaffen werden, die die Empörung eines Teiles gegen den staatlichen Schiedsspruch ausschließen, die auch die Arbeitsgerichte an festere Normen bänden. Die Unternehmer haben sich durch die Reden der sozialdemokratischen und übrigen staatstreuen Parlamentarier nicht bewegen lassen, die Aussperrung aufzuheben. Der „Kampf“ geht weiter, dessen Verlauf für das Proletariat insofern von ungeheurer Bedeutung ist, als sich noch nie vorher die vollständige Hilflosigkeit der Arbeiterschaft, sich gegen die Willkür der Ausbeuter durch ihre Klassenorganisationen zu schützen, in so erschütternder Weise gezeigt hat. Die besoldeten Führer der drei allein einflußreichen Gewerkschaften, Leute, die selbst garnicht betroffen sind, verhandeln mit den Aussperrern — und das sind Leute, die in der Tat selber interessiert sind. Ja, die Arbeitervertreter sind diejenigen, die wiederum dem Staat Vollmachten geben, um die Betriebsbesitzer zum Einlenken zu bewegen. Ein sozialdemokratischer Regierungspräsident wird abgesandt und bringt Vorschläge, wie der Schiedsspruch auf Kosten der Arbeiter weiter verschlechtert werden kann, und man erfährt, daß die Unternehmer

doch wohl noch zur Einsicht kommen werden, wenn die Verlängerung der Arbeitszeit von den Gewerkschaftsführern zugestanden und dadurch ihrem Profitbedürfnis über den Schlichterspruch hinaus Rechnung getragen wird. Außerdem wird nun auch von der Arbeiterseite das Arbeitsgericht angerufen, und so wird also wohl in den nächsten Tagen der sonderbare Kampf ohne Kämpfer beigelegt sein.

Hier soll nicht dargelegt werden, mit welchen Mitteln die Ruhrproletarier sich des Angriffs hätten erwehren müssen. Es versteht sich für die Leser dieser Zeitschrift von selbst, daß der Aussperrung in der Industrie eines Bezirks mit dem Streik in der gesamten Metallindustrie des ganzen Landes, mit dem Streik im Transportwesen und nötigenfalls mit dem Generalstreik zu begegnen gewesen wäre. Ebenso versteht sich von selbst, daß hierbei weitreichende Forderungen zu stellen nötig war, und daß die Beschränkung der kommunistischen Gewerkschafts-Opposition auf die Wiederaufstellung der Tarifforderung von 15 Pfennigen eine wirkliche Kampfbewegung, die durch die Maßnahmen der Industriellen ohne weiteres politischen Charakter erhielt, nur wieder auf eine revolutionsfremde Lohnbewegung herabdrücken mußte. Vor allem braucht hier nicht noch einmal auseinandergesetzt zu werden, daß die zentralistischen Gewerkschaften ihrer ganzen Struktur nach außerstande sind, Massenbewegungen überhaupt durchzuführen und daß auch die Bildung eigener Kampfleitungen der Opposition, wie die Kommunisten sie versucht haben, die Schäden, die in der Einrichtung der Führerschaft in Arbeiterkämpfen selbst liegen, nicht fernhalten können. Der Kampf, wenn überhaupt Kampfentschluß dagewesen wäre, mußte sich gleichzeitig und gleichmäßig gegen Unternehmerschaft, Staat und Zentralverbände richten, die auch, wenn sie untereinander Streit bekommen, natürliche Verbündete und alle immer und unter allen Umständen Feinde des revolutionären Proletariats sind.

Das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Kapital und umgekehrt erfährt durch die neuesten Geschehnisse im Ruhrgebiet keine Veränderung, wohl aber erscheint das Verhältnis des Kapitals zum Staat in neuer Beleuchtung. Es ist ohne Zweifel richtig, daß die Ruhrindustriellen mit ihren Betriebsstillegungen das staatliche Schlichtungswesen treffen wollten, daß sich somit ihr Entschluß gegen den Staat richtet. Ist oben gesagt worden, daß der Staat Vollstreckungsapparat des Kapitals ist, daß sohin die Einrichtung der staatlichen Schlichtung in Wirtschaftskonflikten zwischen Kapital und Arbeit niemals gegen die Interessen des Kapitals wirken kann, so schließt das nicht aus, daß das Kapital mit der Handhabung dieses Apparates unzufrieden sein, daß es Verbesserungen in seiner Kon-

struktion wünschen kann. Wenn sich also das Kapital einmal gegen den Staat wendet, so gehört schon die geistige Beschaffenheit regierender Sozialdemokraten dazu, den Staat als eine arbeiternützliche und kapitalfeindliche Rechtsbürgschaft zu preisen. Der Staat wird von den Kapitalisten keineswegs als unparteiische oder gar ihre Vorrechte beengende Behörde betrachtet, auch dann nicht, wenn er von Personen verwaltet wird, die sich als Sozialisten bezeichnen, sondern er wird so sehr als ihr ausschließliches Instrument angesehen, daß sie jede kleinste Störung der Staatsfunktion, der Auspressung des Proletariats durch das Kapital alle gesetzlichen Erleichterungen zu schaffen, mit den stärksten Druckmitteln beseitigen. Die Lahmlegung der Eisenproduktion im Ruhrgebiet bedeutet nicht die Anzweiflung der Staatseinrichtungen als Organen des Kapitalismus, sie bedeutet eine Belehrung der gegenwärtigen Staatsbetreuer, daß ihre Einbildung, das Gesetz könne oder müsse den Arbeitenden Rechte gegen die Ausbeuter geben, ein Amt wie das des Schlichters könne oder dürfe die Lebensbedürfnisse der Arbeiter neben den Profitinteressen „der Wirtschaft“ berücksichtigen, durch fühlbare Gegenbeweise berichtigt werden muß.

Aber wenn selbstredend das Kapital dem Staat als solchen nie und nimmer ans Leben gehen wird, so heißt das nicht, daß ihm jede Staatsform gleich lieb ist. Bis jetzt hat die Schwerindustrie nebst dem Großgrundbesitz mit dem parlamentarischen System der deutschen Republik nur die allervorteilhaftesten Geschäfte gemacht. Es hat sich überdies gezeigt, daß sozialdemokratisch geleitete und durchwirkte Regierungen den Wünschen des Großbesitzes am willfährigsten waren. Wie die Sozialdemokraten schon vor 10 Jahren nur bedacht waren, ihre Eignung zur Staatsbetreuung statt dem Proletariat stets nur dem Kapital zu beweisen, wie sie jeden Versuch der Arbeiter, die Ausbeuterrechte zu bekämpfen, mit Ausnahmezustand, Noskehorden, Freikorps, Stand- und Sondergerichten und Zuchthausfoltern unterdrückten, so haben sich die Ausbeuter gewöhnt, die Gelegenheit, Sozialdemokraten den Staat regieren zu sehen, wahrzunehmen und dann die unverfrorensten Forderungen an den Mann zu bringen. Die Vertreter der offen kapitalistischen Parteien brauchten dann nicht sozialer zu handeln und zu stimmen als die „Sozialisten“, und der Rationalisierung des Kapitalismus wurde in den Gesetzen des Staates durch immer gründlicheren Abbau der Kampfmöglichkeiten bei der Austragung der Klassengegensätze vorgearbeitet. Die Schlichterei hat das Streikrecht der Arbeiter längst fast ganz ausgerottet, die Grundsätze der Gelben, die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital auf dem Wege wirtschaftsfriedlicher Verständigung zu regeln, sind von den „freien“ wie von den christlichen und Hirsch-

Dunckerschen Gewerkschaften übernommen worden, — und die Kapitalisten zeigen jetzt nur noch, daß sie sich deswegen noch lange nicht das Recht zur Aussperrung nehmen lassen, so lange ihr einfaches Machtdiktat in Lohn-, Zeit- und Verfahrensfragen im Arbeitsprozeß nicht bei allen schlichterschiedlichen und wirtschaftsfriedlichen Verhandlungen maßgebend ist. Die Aussperrung der Eisenarbeiter nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs bedeutet: Wir sind die Herren im Lande; bis jetzt konnten wir es sein trotz des uns im Grunde nicht sympathischen parlamentarischen Systems; wird dieses parlamentarische System dazu benutzt, unsere Machtausübung über den ganzen Wirtschaftsbetrieb des Reiches im geringsten zu schmälern, selbst nur die Erfüllung unserer Wünsche zur weiteren Knebelung der Arbeiterklasse zu verzögern, dann werden wir diesen Staat mit seinen ebenso schwerfälligen wie unsauberen demokratischen Methoden stürzen und den staatlichen Verfassungsboden schaffen, auf dem wir ohne die Wahrung der gesetzlich geschminkten Biedermannsmiene auf unsere Art regieren können.

Die Verfassung, die dem eben an die Spitze der Deutschnationalen Partei berufenen Geheimrat Hugenberg und den aussperrenden Herren in Rheinland-Westfalen die volle Befehlsgewalt über den Staat und somit über die Arbeiter sichert, liegt seit 2½ Jahren im Wortlaut vor. Der Mann, der sie der preußischen Regierung im Mai 1926 verriet, wurde wegen Landesverrates verfolgt; die Urheber des Verfassungsentwurfes, nach dem „der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt“ auf den Reichsverweser übergehen sollte, und in dem in 30 Paragraphen für mehrere Dutzend Vergehen gegen die Macht des Kapitals die Todesstrafe angedroht wurde, wurden auf Antrag der preußischen Regierung dem höchsten deutschen Gericht, dem Reichsgericht, als Hochverräter zur Aburteilung angezeigt; das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig stellte das Verfahren gegen die Herren Hugenberg und Genossen ein, weil in ihrem Verfassungsentwurf nur ein Vorschlag an den Reichspräsidenten zu erblicken sei, wie im Falle der Verhängung des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung regiert werden könne. Die Schwerindustrie des Ruhrgebietes winkt also dem Staate mit dem Faschismus, zu dessen Einführung die Justiz dieses Staates bereits den Segen gegeben hat, und zu dessen feierlicher Verkündigung die Herren Ehrhardt und Claß im Hintergrunde bereit stehen.

Die Arbeiter, denen für den Fall der Verhängung des „Ausnahmezustandes“, der natürlich als Regelzustand gedacht ist, für Streik, für

Aufforderung zum Streik, für Verbergung eines Streikenden und vieles ähnliche der Tod durch Erhängen oder Erschießen angekündigt ist, bevollmächtigen diejenigen Partei- und Gewerkschaftsführer in ihrem Namen mit den künftigen Diktatoren zu verhandeln, die genau wissen, daß ihr Widerstand gegen das Diktat der Unternehmer das Ende ihrer politischen Herrlichkeit bedeuten würde, sie sogar selber in die Gefahr bringen könnte, die die faschistische Verfassung an die Standrechtswand malt. Die Arbeiter lassen sich einreden, die Unternehmer wollten die Einrichtung des Schlichters abschaffen, weil die Schiedssprüche der Schlichter zu arbeiterfreundlich seien. Nein, sie wollen die Einrichtung des Schlichters durchaus nicht abschaffen, von der bisher nur sie Vorteil gehabt haben. Aber sie wollen die Schlichtung unmittelbarer ihrem Befehl unterstellen als es bis jetzt möglich war. Der Schlichter soll den Arbeitern die Bedingungen vorschreiben, unter denen das Kapital sie beschäftigt und jeden Streik und jeden Kampf dagegen völlig ausschließen. Solange der alte Hindenburg lebt oder dem Reiche republikanisch präsidiert, begnügt man sich mit Demonstrationen, indem man den Armen einer Provinz das letzte Stück Brot wegnimmt. Dahinter steht der Plan des faschistischen Umsturzes und der Errichtung der nackten Wirtschaftsdiktatur. Es geht nicht um die Kürzung des Arbeitslohnes und Verlängerung der Arbeitszeit in bestimmten Wirtschaftszweigen, sondern um die Alleinbestimmung des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt. Der Vorgang hat im äußersten Maße politische Bedeutung, die Lohnstreitigkeit ist nur Anlaß und das Ziel ist die hemmungsloseste Ausbeutung und Versklavung von Arbeitskräften, die die Weltgeschichte je gesehen hat. Das Kapital lehnt zur Durchsetzung seiner Pläne die Hilfe des Staates nicht ab, sondern schreibt dem Staate vor, in welcher Weise er Hilfe zu leisten hat. Genügen die Staatssatzungen nicht zur Durchführung der Absichten der Kapitalisten auf gesetzlichem Wege, so werden die Satzungen eben geändert und geht das nicht auf parlamentarischem Wege, so geht es auf dem der Gewalt. Das Ergebnis wird immer ein Staat sein, wie er den Ansprüchen des Besitzes entspricht. Einen andern Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.

Solange die Arbeiter staatsgläubig sind, solange sie ihren Hunger auf dem Wege der Gesetzgebung stillen wollen, solange sie ihre Beziehung zum Kapital „Schlichtern“ anvertrauen, so lange sie statt der eigenen Arme, Augen, Fäuste und Hirne die dreschenden Zungen ihrer gewerbsmäßigen Führer bemühen und solange sie sich mit Füßen treten lassen und ihr Stillhalten dabei für Kampf ausgeben, — solange werden Staat und Kapital gute Tage haben. Das Kapital lebt von der Staatsgläubigkeit der Arbeiter, der Staat von ihrem

Wahn, das Kapital mit Staatshilfe bekämpfen zu können. Die proletarische Revolution hat die Aufgabe, Kapital und Staat mit einunddemselben Hieb totzuschlagen.

Die anarchistische Synthese

II. *)

Bei diesem Punkte meiner Betrachtungen angelangt, stelle ich nunmehr die Frage, wie es kommt, daß gerade in Frankreich das Bestehen dieser drei Richtungen des Anarchismus während der letzten Jahre die allgemeine freiheitliche Bewegung nicht entfernt gestärkt hat, sondern viel eher der Grund dafür war, daß sie fortgesetzt schwächer geworden ist. Die Frage, so klar gestellt, fordert eine ebenso klare und bestimmte Antwort. Die Antwort ist leicht; aber sie fordert als Voraussetzung von allen, ohne Ausnahme, ehrlichen und aufrichtigen Willen.

Ich behaupte, daß nicht die gesonderte Existenz des Anarcho-Syndikalismus, des freiheitlichen Kommunismus und des anarchistischen Individualismus die Bewegung geschwächt hat oder vielmehr, daß durch ihr Bestehen eine Abschwächung des anarchistischen Gedankens und der anarchistischen Aktion verursacht worden wäre. Nein, die Bewegung wurde einzig und allein geschwächt durch die Art und Weise, wie die Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Richtungen ausgetragen wurden, durch den offenkundigen, hartnäckigen und unversöhnlichen Krieg, den jede Richtung gegen die anderen geführt hat.

Jede Fraktion hat im Laufe dieses unseligen Bruderkampfes eine gleich bösertige Rolle gespielt. Jede Fraktion hat sich die größte Mühe gegeben, die Anschauungen der anderen Richtungen bis zur Lächerlichkeit zu entstellen, sie ihres eigentlichen Inhalts zu berauben und sie zum wahren Zerrbilde zu erniedrigen. Jede Richtung hat in diesem Kampfe die giftigsten Waffen gebraucht und sich der schlimmsten Methoden bedient, um den Gegner zu treffen.

Ich bin überzeugt, hätte man sich mit weniger Wut und Verbissenheit gegenseitig bekämpft, hätte man die Tatkraft, die man im Kampfe gegen einander nutzlos vergeudete, lieber gegen den gemeinsamen Feind verwendet, so wäre die anarchistische Bewegung in Frankreich imstande gewesen, die Verhältnisse auszu-

*) Vgl. FANAL III, 1, S. 8.

nutzen und hätte sich als durchschlagende und sammelnde Kraft betätigen können.

Aber der unaufhörliche Kampf der einen Tendenz gegen die anderen, der noch durch persönliche Streitigkeiten verschärft wurde, hat alles vergiftet, zermürbt, moralisch zersetzt, wodurch der Kampf für die schönen Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit, die im Volke oft tiefer wurzeln als bei denen, die vorgeben, ihre Sachwalter zu sein, gelähmt und unfruchtbar gemacht wurde. Jede Richtung versuchte, die verwandte Richtung zu besudeln, zu beschmutzen, in den Kot zu ziehen und war anscheinend der Ansicht, durch die Anwendung solcher Methoden selber rein zu werden. Dieses bedauerliche Schauspiel, dieses häßliche Treiben, das von wenigen Ausnahmen abgesehen fast in allen Gruppen vor sich ging, hat nur dazu beigetragen, daß die besten Elemente aus der Bewegung verschwanden und nur noch solche zurückblieben, die an verleumderischen Anwürfen und Verunglimpfungen anderer ihre Freude fanden. Es ist schwer, das auszusprechen, aber es ist die Wahrheit, die gesagt werden muß.

Das Uebel ist groß, doch die Heilung liegt nirgends anders als in unserer eigenen Hand. Diejenigen, welche diesen Ausführungen aufmerksam und unparteiisch gefolgt sind, gelangen sehr wahrscheinlich zu denselben Folgerungen: Das einzige Heilmittel ist, sich mit dem Gedanken einer anarchistischen Synthese vertraut zu machen und mit der praktischen Nutzenanwendung dieser Erkenntnis sofort und so wirksam wie möglich zu beginnen.

An was leidet die anarchistische Bewegung? An jenem mörderischen Streite, der zwischen den drei Richtungen entbrannt ist, deren jede doch als ihr innerer Bestandteil zu betrachten ist. Sollte der gegenseitige Kampf dieser drei Richtungen in ihrem Ursprung, ihrem Charakter oder in ihren besonderen Methoden der Propaganda, der Organisation und der Betätigung begründet sein, wäre das Heilmittel, das ich vorschlage, hinfällig, wertlos und unanwendbar. Wir müßten in diesem Falle wohl oder übel nach anderen Mitteln Umschau halten. Käme aber ein solcher Einwand nicht in Frage, läge es vielmehr im Interesse des Anarcho-Syndikalismus, des freiheitlichen Kommunismus und des anarchistischen Individualismus, zu einer Art Synthese zu gelangen, so wäre das umsomehr Grund für uns, diese Synthese schon heute zu versuchen.

Ich bilde mir nicht ein, etwas Neues entdeckt zu haben. Luigi Fabri und einige russische Kameraden (Wolin, Fleschin und Mollie Steimer), mit denen ich mich schon lange über diese Frage auseinandergesetzt habe, haben mir versichert, daß solche Versuche bereits unternommen worden sind; in Italien durch die Initiative der

„Anarchistischen Union“, in der Ukraine aus dem Schoße der Organisation „Nabat“. Die Ergebnisse waren die besten und wurden nur gestört durch das Aufkommen des Faschismus in Italien und die Eroberung der Ukraine durch die Bolschewisten.

Wie fast überall, so bestehen auch in Frankreich bereits zahlreiche Gruppen, welche die anarchistische Synthese in ihren Reihen zur praktischen Anwendung brachten, Gruppen, in denen Anarcho-Syndikalisten, freiheitliche Kommunisten und anarchistische Individualisten im guten Einverständnis mit einander arbeiten; diese Gruppen sind nicht die kleinsten und auch nicht die untätigsten.

Die Auseinandersetzung über die anarchistische Synthese als Basis für eine anarchistische Organisation, für Frankreich ein ganz neuer Gedanke, wird ihren Weg nehmen; man kann sie nicht mehr ausschalten. Aber damit diese Auseinandersetzung fruchtbar sei von Anfang an und auch weiterhin, ist es Vorbedingung, daß sie in die reine Sphäre aufrichtiger Kameradschaft getragen werde. Die Wunden, die wir uns geschlagen haben, sind schlimm genug, wir haben keine Ursache, sie noch schlimmer zu machen.

Ich weiß, daß es eine große Anzahl von Kameraden gibt, die des ewigen Streites müde sind, der nur noch in künstlich geschaffenen Vorurteilen seine Nahrung findet. Sie wünschen, diesen Dingen ein Ende zu machen. An jene Kameraden wende ich mich zuerst mit meinem ganz persönlichen Vorstoß, der so begeistert begrüßt und so stark verhöhnt worden ist in freiheitlichen Kreisen. Und ich rufe all diesen Kameraden zu: Laßt nicht das Uebel die Herrschaft über Euch gewinnen! Beschäftigt Euch nicht mehr mit den Schäden, welche der Bewegung durch jahrelange Kämpfe bereits zugefügt worden sind, sondern versucht, einen neuen Weg einzuschlagen. Man mag noch soviel über das Vergangene reden, die verlorene Zeit wird dadurch nicht zurückgewonnen. Darum verlegt nicht auf morgen, was heute bereits getan werden kann und muß. Beginnt sofort!

Hüten wir uns vor allem davor, eine Art Gleichgewicht der individuellen und kollektiven Verantwortlichkeit für die vergangenen Dinge herstellen zu wollen. Haben wir den Mut und die Aufrichtigkeit, anzuerkennen, daß die Verantwortlichkeit auf uns allen lastet. Tilgen wir vergangenes Unrecht, indem wir uns geloben, daß jene traurigen Vorgänge in der Zukunft keinen Platz mehr in unseren Reihen finden sollen. Bringen wir der großen Idee, die uns alle eint — Anarcho-Syndikalisten, freiheitliche Kommunisten und anarchistische Individualisten — dieses Opfer, das wahrlich nicht so schwer ist, und nur darin besteht, die Nachwirkungen des Großen und der verletzten Eigenliebe in uns auszutilgen. Versuchen

wir ernst und aufrichtig, aus unserem Geiste jede Beunruhigung, aus unserem Herzen jede Bitterkeit zu bannen!

Nie zuvor war ein Zusammenschluß unserer Kräfte so notwendig wie heute. Heute, wo wir fast allein stehen gegen eine Welt von Feinden mit unserem Ideal der Freiheit, das durch die Entwicklung des Faschismus und des Bolschewismus eine neue Bedrohung erfahren hat. Beeilen wir uns! Laßt uns nicht einen Tag verlieren!

*

Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß Frankreich heute das Herz der internationalen anarchistischen Bewegung, der Herd ihrer Aktivität geworden ist. Tausende und Abertausende unserer Kameraden aus fremden Ländern waren gezwungen, hier eine Zuflucht zu suchen. Zerstören wir nicht ihre Hoffnung und ihr Vertrauen, indem wir ihnen den abstoßenden Anblick eines ewigen Bruderkampfes vor Augen führen. Bieten wir ihnen das Bild einer großen Familie, in der sie ebenso willkommen sind wie alle anderen; bauen wir ihnen einen Herd, an dem sie die Fackel ihrer Hoffnungen immer wieder neu entzünden können, trotz der harten Prüfungen des Exils. Ziehen wir unser Gewissen zu Rate, um zu begreifen, daß der fortgesetzte Bruderkrieg fast einem Verrat an unserer Sache gleichkommt, heute, wo die internationalen Ereignisse und die abscheulichen Verfolgungen uns alle zur Verteidigung unserer heiligsten Rechte zwingen sollten.

Je zerstreuter unsere Kräfte sind, umso schwächer sind wir. Je stärker solidarische Bande uns vereinen, umso mächtiger wachsen uns die Kräfte. Laßt uns diese elementare Wahrheit nie aus dem Auge verlieren. Sorgt dafür, daß sie die Richtlinie unseres Handelns werde!

Sebastian Faure.

Mörder Staat

Beruhigen Sie sich, Herr Staatsanwalt — diesmal ist nicht von Ihrem Jacobowski-Staat die Rede; ich meine natürlich nur Amerika. Immerhin dürfen sich Behörden, denen das Umbringen von Menschen als Monopolrecht des Staates erhaltenswert dünkt, bescheiden fragen, ob nicht die Beispiele politischer Justizmorde, von denen hier nur ein paar aus Klassen-Niedertracht beabsichtigte Fehlurteile herausgegriffen werden, auch europäischen Kritikern Vergleiche und erhöhte Wachsamkeit im engeren Umkreise nahelegen könnten. Immerhin sind in Deutschland in den Jahren 1919, 1920 und 1921 nicht wenige proletarische Revolutionäre von Ebert-

schen Sondergerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, deren Taten sich vor objektiven Nachprüfungen wesentlich anders ausnehmen würden, als monarchistische, konterrevolutionäre, antisemitische, arbeiterfeindliche Offiziere und Juristen sie in revisionsgeschützten Verfahren als erwiesen anzunehmen für gut befanden. Immerhin sitzen heute noch in deutschen Zuchthäusern massenhaft Verurteilte aus derlei Gerichtssurrogaten, und die Republik hat sich auch zu ihrem 10jährigen Geburtstag, den von Amts wegen zu begehen ihr sozialdemokratischer Reichskanzler überhaupt vergaß, nicht veranlaßt gesehen, die Opfer dieser politischen Sondergerichtsbarkeit zu amnestieren, auch nur nachzuprüfen, ob ihre Taten oder nicht eher deren staatliche Züchtigungen strafwürdig waren. Mögen die Insassen der deutschen Zuchthäuser überzeugt sein, daß das, was der Staat unterläßt, manchmal privater Tätigkeit möglich ist; das Andenken des Herrn Friedrich Ebert wird nicht nur in den Denkmälern fortleben, die ihm die Nutznießer seines Revolutionsverrates verschwenderisch aufbauen, es soll auch in Dokumenten festgehalten werden, die der Nachwelt deutlich machen werden, was er unter Einigkeit und Recht und Freiheit verstanden wissen wollte. — Aber dieses Mal ist Amerika dran.

Am 11. November waren 41 Jahre verflossen, seit Chicago der Schauplatz jenes wüsten Staatsaktes war, der bis zum 23. August 1927, dem Todestage Saccos und Vanzettis, der Arbeiterwelt als das Urbild des politischen Mordes mit dem Werkzeug der Staatsjustiz galt. Geschieht während einer politischen Kampfhandlung oder Kundgebung etwas Gewalttätiges, dann benutzt der Staat seine Gesetze, die ihm aufgeben, die überführten Täter verbotener Dinge zu bestrafen, um statt der wirklichen Täter nach Möglichkeit die im Vordergrund sichtbaren Vertreter einer unerwünschten Idee zu überführen und zu verurteilen. So wurde 1887 die Bombenexplosion auf dem Chicagoer Haymarket während einer Demonstration wider besseres Wissen der Behörden einfach den bekanntesten Agitatoren der anarchistischen Bewegung zur Last gelegt und der Mord an ihnen vollzogen. Dasselbe Verfahren wandte die spanische Pfaffenjustiz gegen den Vorkämpfer des modernen Schulwesens, den Anarchisten Francesco Ferrer, an, der der Urheberschaft der während der revolutionären Unruhen in Barcelona im Sommer 1909 vorgekommenen Gewalttaten beschuldigt und im November desselben Jahres in Monjuich erschossen wurde. Wir haben in Deutschland diese Methode im Falle Max Hoelz in Anwendung gesehen. Die einzige Gewalttat während des mitteldeutschen Aufstandes, der ein Bürgerlicher zum Opfer fiel, wurde dem militärischen Leiter der proletarischen Waffengänge in eigener Person unterschoben, der Todesfall während einer Tumulthandlung in Mord umgebogen und gegen Hoelz das Todesurteil tatsächlich beantragt. Die Generalstreikdrohung des Berliner Proletariats rettete ihm das Leben. Die Erschießung des Heß wurde als Totschlag betrachtet und mit diesem Totschlag die lebenslängliche Zuchthausstrafe für

Hoelz begründet. — In die Kriegszeit fiel die ähnlich gelagerte Sache von San Francisco 1916, die in Europa erst viel später bekannt wurde und die Namen unserer anarchistischen Genossen Thomas Mooney und Warren Billings in den Mittelpunkt einer revolutionären Protestbewegung stellte. Ich habe den Fall in meinem Sacco-Vanzetti-Drama „Staatsräson“ mehrmals gestreift. Er ist dadurch, daß in den letzten Monaten neue Aufrufe ihrer amerikanischen Freunde an die internationale Arbeiterschaft ergangen sind, um den zu lebenslänglichem Kerker „begnadigten“ Opfern der amerikanischen klassenpolitischen Zweckjustiz endlich nach 12 entsetzlichen Jahren wieder ans Licht zu helfen, weiteren Kreisen bekannt geworden. Bei einer der zahlreichen Kundgebungen, die den Eintritt Amerikas in den Krieg vorbereiten mußten, und die in Kalifornien besonders üble und arbeitferndliche Formen annahmen, war eine Bombe geworfen worden. Mooney und Billings waren die bekanntesten und tätigsten Förderer des anarchistischen Gedankens in der kalifornischen Kriegsgegner-Bewegung. Sie wurden daher mit gefälschten Filmen und zum Meineid bestochenen Zeugen der Tat beschuldigt und natürlich zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung wäre zweifellos erfolgt, hätte nicht der damalige Präsident Wilson, sehr im Gegensatz zum Verhalten seines Nachfolgers Coolidge im Falle Sacco und Vanzetti, voll Entsetzen über die ihm von vertrauenswürdigen Persönlichkeiten mitgeteilten Einzelheiten beim Zustandekommen des Urteils den Gouverneur von Kalifornien beschworen, um der Ehre ganz Amerikas willen dieses Verbrechen zu verhindern. Wilson hat von dem ehrenwerten Gouverneur auf mehrere Schreiben in der Angelegenheit nie eine Antwort erhalten; seine dringenden Bitten, das Urteil aufzuheben, blieben unberücksichtigt, — aber Mooney und Billings leben wenigstens noch, und wir haben Hoffnung, sie dank der regen Bemühungen ihrer Verteidiger und Freunde, denen sich jetzt die tapfere Kämpferin gegen staatliche Ungerechtigkeiten, Karin Michaelis, mit der ganzen Wärme ihres leidenschaftlichen Menschenherzens angeschlossen hat, auch noch lebend wieder unter die Kameraden zurückkehren zu sehen.

Die grauenvolle Schandtat an den revolutionären Arbeitern Sacco und Vanzetti stellte nicht nur einen Gipfel in der Kette staatlicher Ruchlosigkeiten der in allen genannten Fällen beliebten Art dar, politisch bekannte Personen wahrheitswidrig mit politischen Gewalttaten zu belasten, — sie erfand für dieses Verfahren die infame Neuerung, daß man mißliebigen Politikern unpolitische Verbrechen auf den Hals lädt, um sie wegen eigenützigen Raubmordes massakrieren und zugleich ihre revolutionäre Sache vor dem Proletariat beschmutzen zu können. Die beiden Anarchisten fielen nach siebenjährigen unvorstellbaren Martern diesem System der staatlichen Intrige, des staatlichen Kaufs meineidiger Zeugen, der staatlichen Begünstigung der wirklichen Raubmörder, der staatlichen Aktenfälschung und Beweisverschiebung und der staatlichen Verleumdung zum Opfer und wurden

zu Ehren der amerikanischen Dollaroligarchie auf dem elektrischen Stuhl verbrannt, ohne daß es dem Staat hier oder in allen übrigen geschilderten Fällen in Amerika oder Europa gelungen wäre, nicht bestochene Zeitgenossen von der Schuld ihrer Racheobjekte zu überzeugen.

In allen Fällen, in denen der Staat unter verbrecherischer Anwendung seines Justizapparates Revolutionäre vernichtet hat, ist den revolutionären Freunden seiner Opfer der Nachweis gelungen, daß eine ernsthafte Untersuchung der zur Aburteilung gebrachten Fälle die Ueberführung der wirklichen Täter ermöglicht hätte. Die hingerichteten Anarchisten von Chicago sind bekanntlich später vollständig gerechtfertigt worden. Der Beweis, daß Ferrer mit den Gewalthandlungen von Barcelona gar nichts zu tun hatte, konnte bis ins kleinste geführt werden. Im Falle Max Hoelz hat sich im Verlauf der Nachuntersuchung des Falles durch seine Verteidiger und Freunde ein Genosse selbst der Täterschaft der Erschießung des Heß bezichtigt und seine Angaben haben der sachlichen Nachprüfung standgehalten. (Nach meiner Meinung war allerdings das Geständnis Friehe's für Hoelz Entlastung ohne Bedeutung. Heß ist von so vielen Kugeln getroffen worden, daß hier die Tat eines einzelnen gar nicht in Frage kam. Im erregten Durcheinander des Geschehens haben eine ganze Menge Rotgardisten geschossen, darunter sicher auch Friehe. Aber einwandfrei festgestellt ist, daß gerade Hoelz, der als Totschläger verurteilt wurde, aus psychologischen und aus technischen Gründen keiner dieser Schützen gewesen sein kann.) Doch wissen wir ja, wie es damals gemacht worden ist: man erließ, nachdem man den militärischen Führer der Kämpfe schon in Haft hatte, ein Preisausschreiben für Zeugen, die belastende Aussagen gegen ihn machen könnten, was die gleiche Bedeutung hatte wie die von den Verteidigern Mooneys und Billings' mittels eines Horchapparates abgefangene Aeußerung eines Richters vor dem Prozeß: „Ob schuldig oder nicht, Mooney muß unschädlich gemacht werden.“ Aehnliche Gemütskundgebungen von Justizpersonen im Falle Sacco-Vanzetti sind eine ganze Anzahl bekannt geworden.

In der Angelegenheit Mooney-Billings hat sich nun aber in diesem Jahre — ich zitiere nun wörtlich Karin Michaelis — „etwas ereignet, was in der Rechtsgeschichte aller Länder gewiß einzig dasteht: Alle Richter, alle Polizeibeamten, alle Rechtsanwälte, die mit dem Falle zu tun hatten, haben sich zusammengeschlossen, um offen und ehrlich zu gestehen, daß man sie hinters Licht geführt hat; sie bitten im Namen ihres Gewissens und der Ehre des Landes, sowie im Interesse des so schwer zu Schaden gekommenen Vertrauens in die Gerechtigkeit um Begnadigung für die beiden lebenslänglich Verurteilten.“ Dabei ist anzumerken, daß nach den kalifornischen Gesetzen die Wiederaufnahme eines endgültig abgeschlossenen Verfahrens nicht möglich ist, so daß nur die „Begnadigung“ helfen kann, ein „Rechts“-zustand, der seines gleichen wohl nur noch in der Wirksamkeit der bayeri-

schen „Volksgerichte“ besaß. Karin Michaelis hat in ihren Mitteilungen, die zuerst in der „Frankfurter Zeitung“ (vom 16. September d. J.) erschienen sind, genaue Angaben über das Zustandekommen der Verurteilung gemacht, festgestellt, wie der Hauptbelastungszeuge meineidige Beschuldigungen vorbrachte, um aus der Aussage Geld zu schlagen und selber Leute bestach, um Stützen für seine Meineide zu gewinnen. Als sich der Vorsitzende der Verhandlung, der das Urteil gegen Mooney verkündet hatte, von den Schurkereien des Hauptzeugen überzeugt hatte, trat er, ebenfalls ganz anders als später der Halunke Thayer, der Sacco und Vanzetti verurteilt hat, an die Spitze derer, die die Wiederaufnahme des Verfahrens verlangten. Aber der Gouverneur von Kalifornien, Richardson, in dessen Händen das Schicksal der beiden Anarchisten liegt, scheint ein würdiger Amtsbruder des Gouverneurs Fuller von Massachusetts zu sein. Vielleicht wird es nötig werden, eine Weltbewegung von der Art zu entfesseln, wie die, welche wir zugunsten unserer Kameraden Sacco und Vanzetti erlebt haben, nur noch stärker, so stark, daß sogar die Fundamente der amerikanischen Dollarjustiz davon erschüttert werden.

Aber kaum haben wir den ungeheuren Eindruck der Tatsache in uns aufgenommen, daß, 12 Jahre nach ihrem Verbrechen, die Schuldigen am Schicksal Mooney's und Billings' Reue zeigen und den Mörder Staat bitten, sie von der Last ihrer Schuld zu befreien, — da fällt ein neuer heller Lichtschein in die ohnehin längst nicht mehr dunkle Schreckenskammer, in der der nicht wieder ausgleichbare Staatsmord an Sacco und Vanzetti verübt wurde. Bekanntlich wurden Sacco und Vanzetti wegen eines gemeinsam begangenen Raubmordes in South Braintree angeklagt, verurteilt und nach 7 Jahren hingerichtet. Dieser Raubmord, von dem die beiden Anarchisten erst durch die Zeitungen erfahren hatten, war am 15. April 1920 begangen worden. Am 24. Dezember 1919 hatte in Bridgewater ein ähnlich angelegter Raubüberfall stattgefunden, für den, vor dem gemeinsamen Prozeß mit Sacco, Bartholomeo Vanzetti allein vor den Richter Thayer geschleppt und von dem am 16. August 1920 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Am 18. November 1925, über 4 Jahre nach der Fällung des Todesurteils, fast 2 Jahre vor seiner Vollstreckung, bekannte sich der Portugiese Celestino Madeiros schuldig, am Raubmord in South Braintree beteiligt gewesen zu sein und erklärte zugleich, daß Sacco und Vanzetti dabei völlig unbeteiligt gewesen seien. Für die Bevollmächtigten des Staates war damit ein völlig verändertes Rechtsbild in der Angelegenheit geschaffen. Sie taten, was die Staatsräson von ihnen verlangte, sie beachteten die Aussage des geständigen Täters gar nicht und hielten das Todesurteil gegen die Anarchisten aufrecht. Jetzt stellt sich heraus, daß das Verfahren gegen Vanzetti wegen des Bridgewater-Ueberfalls durchgeführt worden ist, als Thayer und seine Leute schon wußten, wen sie hätten vor Gericht stellen müssen, wollten sie das Verbrechen sühnen und nicht Anarchisten morden. Ein gewisser

Jimmy Mede hatte schon zur Zeit des Verfahrens gegen Vanzetti Kenntnis vom wahren Verlauf des Raubversuchs und wollte, selbst Gefangener im Zuchthaus, Vanzetti entlasten. Der Chauffeur des Richters Thayer hinderte ihn daran mit der Drohung, er bringe sich um seine eigene Begnadigung, wenn er nicht das Maul halte. Später hat Mede versucht, die Hinrichtung Sacco's und Vanzetti's zu verhindern, indem er kurz vorher den Gouverneur Fuller besuchte und ihm mitteilte, was er zu sagen hatte. Ihm wurde aber von dem Gouverneur bedeutet, er möge seine Kenntnisse nicht noch zur Staatspolizei tragen, die Wirkung solcher Erklärungen sei nur peinlich. Mede hat nach dem Tode der Anarchisten weiter für die Wahrheit gekämpft und es nun soweit gebracht, daß einer der Beteiligten an dem Verbrechen von Bridgewater, Frank Silva, seine Tat eingestanden und drei weitere Beteiligte angegeben hat. Es steht nun also fest, daß Thayer und der Staatsanwalt Katzmann in vorbedachtem Willen, einen Justizmord zu begehen, beide Prozesse aus politischen Gründen eingefädelt und im Widerspruch zu ihrer eigenen Kenntnis der Dinge bis zum Doppelmord der revolutionären Arbeiter durchgeführt haben. Meine Vermutung, daß der Bridgewater-Prozeß zuerst durchgeführt wurde, um einen der beiden Genossen nachher schon als vorbestraften Schwerverbrecher antreten lassen zu können, und so zur Glaubhaftmachung, daß Sacco und Vanzetti jedes gemeinen Verbrechens fähig seien, Unterlagen zu schaffen, erweist sich also nachträglich als richtig (vergl. „Staatsräson“, 3. Bild, Schlußgespräch zwischen Katzmann und Thayer). Niemals ist der Staat so sinnfällig als Meuchelmörder entlarvt worden wie in diesem Falle. Für Anarchisten ist die Entlarvung des Mörders Staat keine Ueberraschung. Den Ermordeten aber wollen wir geloben, was John Henry Mackay 1887 den Anarchisten von Chicago zurief:

Wißt: Umsonst nicht als Schrankenbrecher
 Stießet die Tore der Zukunft ihr ein!
 Wißt: Wir Lebenden werden die Rächer
 Eures geheiligten Todes sein.

Der blinde Gaul

Wenn die Auserwählten des Volkes feierlich werden, dann bedeutet das, daß ihnen durch einen Zufall ihre eigene Dummheit zum Bewußtsein gekommen ist. Im allgemeinen können sie sich getrost auf die im Amte ergrauten Geheimräte verlassen; die haben gelernt, wie der blinde Gaul behandelt werden muß, der das Karussell der staatlichen Gesetzgebung immer um den gleichen Pflock dreht, und die parteiliche Weltanschauung entscheidet darüber, ob der zum Vertreten des Volkes berufene Parlamentarier dabei Hüh! oder Hott! zu rufen hat. Wenn es dann einer Partei

widerfährt, daß sie Hott gesagt hat, wo sie das Vertrauen ihrer Wähler zu Hüh verpflichtet hätte, dann gibt es eine Krise, die sich in Empfängen von Parteiführern bei Ministern und von Ministern beim Reichspräsidenten, ferner in Kopfkrazten, schonungsloser Selbstkritik, Beschimpfungen derer, die etwas gemerkt haben, salbungsvollen Ermahnungen an die Volksmassen, Leitartikeln, parlamentarischen Anträgen und großen Tagen im Reichstag äußert, und die Geheimräte sorgen dann für das Weitere und bringen das durch die Aufregung konfus gewordene Karussellpferd wieder in den richtigen Trab.

Sie waren sehr feierlich geworden, unsere Auserwählten. Das Volk hatte etwas gerochen, was es niemals hätte riechen dürfen, nämlich, daß die Staatspolitik im August ganz dieselbe ist wie die im April, auch wenn im Mai gewählt worden ist. Dem Volk war das so gründlich in die Nase gestiegen, daß es sich ausdrücklich weigerte, nach dem Willen der Parteikommunisten noch weitere Beweise dafür zu begehren. Die Regierung Marx hatte den Bau eines Panzerkreuzers beschlossen, da mußte die Regierung Müller ihn eben bauen lassen. Denn der zuständige Ressortminister ist derselbe geblieben, und bei den Geheimräten ändert sich in diesem Lande überhaupt nie etwas. Der blinde Gaul kann doch nicht plötzlich anders herum traben, als er gelernt hat. Das haben die sozialdemokratischen Minister mit jenem gewissen Jucken verspürt, das sie gern als Fingerspitzengefühl bezeichnen, das aber in Wahrheit von dem Rauhwerden des Klebstoffs an ihrem zweiten Gesicht, ihrer Sitzwölbung, herrührt.

Trotzdem, sie hätten Hott sagen müssen, statt Hüh, und unsere Auserwählten haben sie zur Einsicht gebracht, daß das zu laute Hüh eine Dummheit war und daß das Hott das Karussell auch nicht aus der Fahrt gebracht hätte. Daher sind sie plötzlich so feierlich geworden. Sie haben dem blinden Gaul nachträglich gut zugeredet, ihm Zuckerchen und frisches Heu versprochen und ihn so veranlaßt, die Runde um den Pflock noch einmal nachzudrehen, damit sie dabei diesmal Hott! rufen könnten. Staatskunst! Realpolitik! — Und Demokraten und Zentrum wollten auch schon Hott! rufen, damit das Volk begreife, daß wir nun eine demokratische und pazifistische Regierung haben, die keine Rüstungen mehr will, sondern lieber Kinderspeisungen.

Da hat ihnen aber der Karussellbesitzer schön in die Suppe gespuckt. Laßt die Sozi Hott! sagen, meinte er, aber wenn ihr nicht Hüh! ruft, dann lasse ich den ganzen Jahrmarkt stehen, meine Geheimräte geben euch einen Fußtritt und der Prinzipal des ganzen Rummels zieht sich die Tierbändiger-Galauniform an und erklärt sich mit mir solidarisch. Der Panzerkreuzer ist die schönste Schaukelattrappe an unserm ganzen Karussell, und außerdem habe ich schon außer den 9 Millionen, die mir dafür bewilligt sind, 32 weitere Millionen für den Bau ausgegeben! Da einigten sich Zentrum und Demokraten mit dem Budeninhaber Gröner und mit den Sozialdemokraten, und die sagten Hott! und die andern sagten Hüh! und der blinde Gaul kriegt sein Zuckerchen und sein Heubündel, und die Geheimräte lassen ihn traben, wie sie wollen. Die lieben Wähler aber haben schon wieder vergessen, daß ihre Auserwählten eine Dummheit gemacht hatten, sie haben das Vertrauen wiedergefunden und der blinde Gaul, den die Geheimräte um den Karussellpflock treiben und dabei Pfennige einkassieren, scheint ihnen das Streitroß der Freiheit zu sein, das mit gewaltigen Sprüngen ins gelobte Land des Sozialismus galoppiert

Eine Doktorfrage

Zwischen den Herren Dr. Otto Landsberg von der Sozialdemokratie und Dr. Wilhelm Marx vom Zentrum ist eine Meinungsverschiedenheit an den Tag getreten, die die Frage betrifft, ob die deutsche Republik ein im Wesen vom deutschen Kaiserreich verschiedener Staat sei oder nur die Fortsetzung des vorigen. Herr Dr. Landsberg nannte Bismarcks Reich einen Obrigkeitsstaat, die gegenwärtige Einrichtung einen Volksstaat. Offenbar sprach er hiermit die Ansicht seiner ganzen Partei aus, und so sehen wir denn, daß der zurzeit amtierende Reichskanzler und sein Vorgänger Marx, der die Auffassung vertritt, die Abänderung der Verfassung bedeuete keine Aenderung des Staates selbst, keine sichere Kenntnis von der Beschaffenheit des öffentlichen Zustandes haben, den zu schirmen ihrer Verantwortung anvertraut war bzw. ist.

Gewisse Vorgänge scheinen der Meinung des verflorenen Reichskanzlers Marx recht zu geben. Kürzlich beschlagnahmte man etliche Kunstwerke, welche die russische Regierung in Berlin zugunsten ihrer Staatskasse versteigern lassen wollte. In unserer Republik Gastfreundschaft genießende Weißgardisten, teilweise fürstlichen Geblütes, erklärten, die Schätze gehörten von Rechts wegen ihnen. Die russische Revolution habe sie ihnen auf dem Wege der Gewalt geraubt, und ein deutsches republikanisches Gericht fand alsdann, daß man den auf revolutionärem Wege zur Macht gelangten Gewalten mit deutscher Gesetzeskunde das also erworbene Gut streitig machen dürfe. Dies kann wohl keinen anderen Sinn haben, als die juristische Verneinung des Standpunktes des Herrn Dr. Landsberg, als ob eine Revolution in der Lage wäre, Staatsrecht abzuändern. Was aber für Deutschland gilt, das muß auch für Rußland gelten. Die Sache schwebt noch, ist aber keine Rechtsfrage mehr, sondern ein Gegenstand diplomatischer Erwägungen. Es scheint, wir müssen dem Kammergericht erst durch eine Wiederholung der deutschen Revolution in vermehrter und verbesserter Auflage klar machen, daß auch in Rußland eine Revolution stattgefunden hat. Was später aus ihr geworden ist, geht nämlich das preußische Kammergericht gar nichts an, das machen die Revolutionäre untereinander aus.

Eine weitere Stütze erhält die Auffassung des großen Koalitionsverbündeten Marx durch den Prozeß, der das Fräulein Martha Barth vor das Erfurter Gericht geführt hat und der gleichzeitigen Beschäftigung der Behörden mit Herrn Harry Domela. Der wurde plötzlich verhaftet, mußte aber wieder freigelassen werden, weil die Rache der seinerzeit von ihm genepten Blaublüter zu dumm eingefädelt war. Diese Rache galt jedoch gar nicht der Nepperei, sondern dem Umstand, daß der junge Mann nicht der Prinz war, als den man ihn angesehen hatte und von dem man sich herzlich gern hätte neppen lassen. Wäre Fräulein Barth in der Tat eine, wenn auch noch so zur linken Hand erzeugte Prinzessin Margarete, so spränge kein Mensch den Geldsummen nach, die man ihr nahezu aufgedrängt hat, und der Staat brauchte keine Strafkammer ihretwegen zu bemühen.

Es ergibt sich: Der Staat schützt die Heiligkeit des Hochadels in der Republik ebenso wie vordem in der Monarchie. Als im März 1919 in Bayern eine „rein sozialistische“ Regierung ihr wahrhaft demokratisches Gemüt enthüllen wollte, erließ sie eine Verordnung, nach der das Führen des Adels verboten wurde. Landauer und ich brachten darauf im Rätekongreß einen Antrag ein, der ausdrückte, daß dieses Verbot undurchführbar sei, da die „Adligen“ erklärten, ihr „von“ sei gar kein Adelstitel, sondern

ein Bestandteil ihres Namens. Wir forderten daher im Gegenteil die Aufhebung des Verbotes, sich selber Adels- und Titelbezeichnungen beizulegen. Mochte jeder, der daran Gefallen fand, sich Graf oder Fürst oder Professor oder Prinzessin oder Doktor nennen: fände er Esel, die ihm daraufhin Geld gäben, so wäre das keine Angelegenheit öffentlicher Erörterung. Der „Volksstaat“ des Herrn Dr. Landsberg denkt darüber anders. Er beschirmt die erhöhte Kreditfähigkeit derer, denen Wilhelm II. oder einer seiner gekrönten Kollegen den Namen verziert hat. Die Verurteilung des Fräuleins Barth sichert den Aristokraten des Obrigkeitsstaates das Monopol der Hochstapelei. Wehe dem, der in ihre Rechte eingreift!

Obrigkeitsstaat oder Volksstaat: Staat ist Staat. Drückt euch Visitenkarten mit einer gezackten Krone — diejenigen, die dann vor euch dienern und euch ihren Geldbeutel öffnen, werden damit ihre Eignung bekunden, das deutsche Volk zu beherrschen. Die Räterepublik, in der das anders sein wird, wird kein Staat mehr sein, aber die Herren Landsberg und Müller können mit ihrer Volksrepublik vor aller Welt Staat machen.

Staatsanarchismus

Staatsanarchismus — das ist das neueste auf dem Gebiete der Kreuzungen. Die Versuche, Karpfen und Kaninchen zu paaren, haben bekanntlich keine besonders glücklichen Ergebnisse gezeigt. Dagegen ist die Verbindung des Anarchisten Rudolf Östreich mit der Staatsjustiz ausgezeichnet gelungen. Man hatte die Empfindung, das anscheinend so ungleiche Paar passe vortrefflich zusammen. Wir wohnten alle dem Akte der Vereinigung bei: die Anarchie lag unten, der Staat oben — aber sie waren sehr glücklich miteinander. Die merkwürdige Züchtung ergab zwei Urteile, eins zu hundert Mark oder 20 Tagen Gefängnis für den Genossen Rudolf Rocker, das andere zu 50 Mark oder 5 Tagen Gefängnis für den Genossen Helmut Rüdiger. Die Jungfernschaft der Anarchie mußte natürlich bei der Umarmung im Bette des Neuköllner Amtsgerichts kaput gehen, dafür ist aber die Ehre Rudolf Östreichs Gott sei Dank wieder hergestellt. Er lief denn auch so rasch mit der staatlich besiegelten Anarchistenehre aus dem Gerichtsgebäude, daß die Jugendgenossen, die den Zuhörerraum und die Treppen und Gänge davor brechend (was beim Anblick solcher Paarung kein Wunder war) gefüllt hatten, leider zu spät kamen, um ihn zu seinem Siege zu beglückwünschen. Die Verhelichung des Östreich-Anarchismus mit der staatlichen Gerechtigkeit nahm diesen Verlauf: der Amtsrichter stellte Rockers und Rüdigers Personalien nebst denen ihrer Ehefrauen und Eltern fest. Dann las er Rockers Artikel vor, durch den Östreichs Ehre entzwei gegangen war. Rudolf Rocker und Helmut Rüdiger waren geständig und erleichterten ihr Gewissen. Genosse Rocker erklärte, daß er sich zu jeder Silbe des Artikels bekenne, es aber ablehne, vor einem bürgerlichen Gericht Beweise zu führen. Er hätte nur zu ersuchen, daß nicht auf eine Geld-, sondern auf eine Freiheitsstrafe erkannt würde, denn es würde ihm eine Genugtuung sein, für die Ehre des Herrn Östreich ins Gefängnis zu gehen. Genosse Rüdiger ließ leider ebenfalls das Bekenntnis aufrichtiger Reue vermissen, räumte aber ein, Rockers Artikel im „Syndikalist“ veröffentlicht zu haben und schloß sich im übrigen dessen Ausführungen an. Hierauf vollzog sich der feierliche Akt der Vermischung, und

wir durften als Zeugen miterleben, wie sich die Anarchie der Bödikerstraße der Umarmung des Staates in Wollust hingab. Rudolf Östreich vertraute sich der schützenden Sorgfalt des Amtsgerichts ganz an: er habe für den Anarchismus schwere Opfer gebracht, gestand er, was sogar von dem sonst reichlich groben Justizoberwachtmeister mit Rührung aufgenommen wurde. Auch habe er nie jemanden beschimpft (hier hörte man, wie sich verschiedene verstorbene Genossen im Grabe herumdrehten) und niemandem je das Wort abgeschnitten (was durch anhaltendes Räuspern von seit Jahren im Halse stecken gebliebenen Worten bestätigt wurde). Mit der Sache, um die hier verhandelt werde, habe er gar nichts zu tun, er hätte bloß den Angeklagten Gelegenheit geben wollen, mit Beweisen hervorzutreten. Vor ein proletarisches Ehrengericht habe er sie nämlich nicht ziehen können, weil er dahin nur mit Genossen und Kameraden ginge. — Hierbei erzielte der Staatsanarchist die einmütige stille Zustimmung aller Anwesenden; als sein Genosse und Kamerad wollte niemand gelten, der ein proletarisches Ehrengericht für eine geeignetere Stätte hält, anarchistische Streitfragen zu entscheiden als ein Neuköllner Amtsgericht. Endlich kam der Richter mit seinem Urteil zu Worte. Er könne den Wunsch des Angeklagten Rocker, lieber ins Gefängnis zu kommen, als zahlen zu müssen, nicht erfüllen. Er sei ein bürgerlicher Richter, der nach dem Gesetz und nach seinem Gewissen zu urteilen habe. Sein Gewissen verpflichte ihn aber, nur dann wegen Beleidigung auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen, wenn er die Beleidigung selber verwerflich finde. So stellte es sich also heraus, daß nur Rudolf Östreich die Beleidigung seiner Ehre verwerflich fand. — Aber auch von der nicht verwerflichen Beleidigung dieses Anarchisten hat der Staat seinen hohen Nutzen: 150 Mark nebst den fälligen Prozeßgebühren ist eine hübsche Nebeneinnahme außer den Steuergeldern, die seiner Kasse sonst noch aus anarchistischen Taschen zufließen. Rudolf Östreich hat dem Richter mit Wehmut gestanden, daß er keine bezahlte Anstellung in einem proletarischen Betriebe habe, hierbei andeutend, daß Rocker wohl von seiner Organisation bezahlt werde, was dann als vollkommen unzutreffend festgestellt wurde. Vielleicht kann der Staat die Dienste des klagenden Anarchisten auf die Dauer brauchen und entsprechend belohnen, nachdem sich erwiesen hat, wie erfolgreich er für die Erhöhung der öffentlichen Einnahmen aus dem Beutel von Anarchisten zu wirken weiß. Die Naturgeschichte aber ist um die Spezies des Staatsanarchismus bereichert worden. Die Kreuzung ist geglückt.

Berichtigung! In der „Bücherübersicht“ (FANAL Nr. 1, S. 13) wurde der Illustrierten Geschichten der Russischen Revolution, des Bürgerkrieges in Rußland und der Deutschen Revolution Erwähnung getan und als Herausgeber aller drei Werke der Neue Deutsche Verlag angegeben. Dazu ist berichtend festzustellen, daß die Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution zwar ebenfalls in Lieferungen und im gleichen Format und der gleichen technischen Ausstattung erscheint wie die beiden andern Sammlungen, aber vom Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25, herausgebracht wird. Die ausführliche Würdigung soll, wenn alle drei Werke im Ganzen vorliegen, im FANAL zusammenfassend erfolgen.

Brüder

Dem Andenken der Brüder Hei d g e r

Wer die Welt erschreckt, dem wächst nicht ihr Ruhm.
Denn die Angst hat keinen Gesang, der ehrt,
Wenn niedergetretenes Menschentum
In Wildheit sich bäumend aufbegehrt
Und zur Tat sich bewehrt.

Wen die hassende Not ins Getümmel warf,
Daß die Frommheit verstört auseinanderstob;
Wer sich selber vermaß, was die Macht nur darf,
Den bewaffneten Arm wider alle hob, —
Dem verschließt sich das Lob.

Die Gewalt ist der Satzung Werkzeug und Schutz.
Doch die Satzung ragt, vor das Volk gerammt,
Den Armen zu Trutz und den Reichen zu Nutz
Und lobt, wo der Mut gehorcht — und verdammt,
Wo der Zorn ihn entflammt.

Ihr Brüder, ihr habt, zur Empörung gequält,
An das Notrecht geschundener Kraft geglaubt,
Habt ungewogen und ungezählt,
Nicht fragend, wem es die Macht erlaubt,
Euern Teil euch geraubt.

Und sie spürten euch auf und setzten euch nach
Mit Wut und mit Angst und mit Rachegeschrei.
Ihr hieltet die Schießenden schießend in Schach
Samt Hunden und Bürgern und Polizei. —
Gegen alle ihr Zwei.

Ihr bracht durch, erstürmtet die Straßenbahn
Und durchsaustet die kreischende Biederkeit.
Im Hausversteck ließt ihr die Feinde nahn,
Und tötend kämpftet ihr, totgeweiht
Und zum Tode bereit.

Brave Brüder, ihr hieltet den Häschern stand, —
Der Staat hat euch lebend nicht untergekriegt.

Ihr wehrtet ihn ab mit sterbender Hand,
Und ob ihr jetzt auf dem Schindanger liegt, —
Euch hat keiner besiegt!

Zwar wußtet ihr kaum, welcher Zukunft ihr fielt,
Kanntet kaum das Herz, das euch brüderlich schlug,
Das getreulich dem Bruder die Treue hielt
Und nicht nach Vorschrift gefügig und klug
Jede Unbill ertrug.

Ihr Verbrecher, ihr Räuber, ihr Mörderbrut, —
Liebste Brüder, ihr streutet Rebellenfaat!
Euerm Leib entfloß aller Geplagten Blut, —
Und wider die Satzung zeugt, wider den Staat
Euer Tod — eure Tat!

FANAL Jahrgang II (1927/28)

Der zweite Jahrgang FANAL liegt nunmehr gebunden vor und kann zum Preise von Mk. 6,60 durch die Geschäftsstelle bezogen werden. 288 Seiten nebst ausführlichem **Sach- und Namensverzeichnis**. — **Leinenband**.

Der **erste Jahrgang FANAL (1926/27)** wird ebenfalls noch im ganzen geliefert. 192 Seiten mit Inhalts- und Namensverzeichnis, in Leinen gebunden Mk. 5,—.

Ferner können die Inhaltsverzeichnisse beider Jahrgänge sowie Leinenumschläge zum zweiten durch die Geschäftsstelle gesondert bezogen werden. Inhaltsverzeichnis zu Jahrgang I 15 Pfennige, zu Jahrgang II 25 Pfennige, Leinendeckel Mk. 2,—.

Genossen! Unterstützt unsere Zeitschrift. Werbt Leser!

Fordert alte Hefte zu Werbezwecken an!

Teilt dem Herausgeber Wünsche und Bemängelungen mit.
Dringend notwendig sind freiwillige Geldspenden. Verlangt Sammelisten! Zeichnet in die umlaufenden Listen!

Bestellt Bücher aller Art nur durch die Geschäftsstelle des FANAL! Veranlaßt gewerbetreibende Genossen, im FANAL zu inserieren.

Gelingt es, das Blatt noch einige Monate über Wasser zu halten, ohne neue Schulden aufzunehmen, dann ist FANAL für die Dauer gerettet, dann kann sogar an die Angliederung eines eigenen Verlages gedacht werden.

Wir müssen es schaffen um der gemeinsamen Sache willen!

An die Genossen im Reich!

Die Anarchistische Vereinigung Berlin wiederholt die Einladung zur Beschickung der ersten Reichszusammenkunft unserer Organisation, welche am Dienstag, den 25. und am Mittwoch, den 26. Dezember in den Tagesstunden (10—18 Uhr) in Berlin stattfinden soll. Das Tagungslokal wird den angemeldeten Teilnehmern schriftlich mitgeteilt werden. Alle weiteren Auskünfte erteilt Gen. Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstraße 10 IV, an den auch weitere Anmeldungen gerichtet werden können. Die Beschickung der Zusammenkunft ist bis jetzt in Aussicht gestellt von den Genossen in Berlin nebst Groß-Berliner Bezirken, Braunschweig, Dresden, Gütersloh, Hamm, Lübeck und Magdeburg.

Die zur Besprechung vorgesehenen Punkte lauten nach dem Vorschlag der einladenden Gruppe:

1. Organisation der Anarchistischen Vereinigung über das Reich.
2. Werbung für FANAL; Literatur-Fragen.
3. Wege und Ziele zur Förderung der sozialen Revolution und des anarchistischen Gedankens. Propaganda und Tätigkeit der Anarchistischen Vereinigung im Anschluß an die Tagesereignisse.
4. Verschiedenes.

Die Genossen, die an der Besprechung teilzunehmen wünschen, werden ersucht, sich bis spätestens 15. Dezember anzumelden, damit für gute Unterkunft vorgesorgt werden kann. Die Teilnehmer bedürfen keines Mandates. Jeder Anarchist, der die Auffassungen unserer Vereinigung grundsätzlich teilt, ist als Delegierter ohne Beschränkung willkommen. — Es lebe die Anarchie!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!



Die Vorträge werden wöchentlich bekannt gegeben im
Mitteilungsblatt der Arbeiterbörse Groß-Berlin der F. A. U. D.
(Anarcho-Syndikalisten)



Anschrift: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10 IV.

Gruppe revolutionärer Arbeiter

(Antiautoritärer Bund)

Auskunft erteilt:
Erich Michaelis, Neukölln, Weserstr. 159-160 II.

Anarchistische Jugend Berlin

Die neue Anschrift lautet:
W. Boretti, Adlershof, Gemeinschaftsstraße 30.

KIND UND ELTERNHAUS

Eine Stimme aus Amerika

von Dr. B. Liber

Verlag Hensel & Co., Berlin 1927

Preis 3,50 M.

Vorzugspreis für die Leser des FANAL

2,25 M.

Bestellungen durch die Geschäftsstelle des FANAL!

Die „Proletarische Revolution“ schreibt:

Dieses Buch, Eltern, gehört in Eure Hand! **Gemeinsam**, Vater und Mutter, müßt ihr es durchsprechen. Eure Angst vor öder Fachsimpelei ist in diesem Falle unbegründet: Liber spreizt sich nicht in höheren Geistesregionen, er langweilt nicht, er ist ein natürlicher, ganzer Mensch und nur Mensch. Und deshalb wirkt er in jedem Wort durch lebendige, selbstverständliche Einfachheit! — Auf Freiheit, Wahrheit und Achtung vor der kindlichen Persönlichkeit baut der Verfasser seine Existenz auf. Der Zweck der Erziehung ist „das Kind so glücklich als möglich zu machen.“ Der Verfasser mag vielleicht den hemmenden Einfluß unserer wirtschaftlich-sozialen Lage zu gering bewerten, viele seiner Ratschläge aber können heute schon von uns verwirklicht werden und dazu dienen, — das ist für uns das Wesentlichste! — willensstarke, gegen das Unrecht ankämpfende Menschen zu erziehen. Aber das „Unrecht“ erkennen? Kinder, die zur Selbständigkeit den Weg nicht durch das mütterliche oder väterliche Gängelband versperrt bekommen, auf ihr „Warum“ immer eine vernünftige Antwort erhalten, vor keinem Buzzemann sich ängstigen, werden in dieser Welt bürgerlicher Verlogenheit jedenfalls leichter hinter der Kulturtünche die Kulturbarbarei erkennen, ihre Ursachen ergründen und vor allem auch den Mut aufbringen, aus ihren Erkenntnissen die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Wer von den Eltern die sechs Teile dieses Buches (Grundfehler — Einige praktische Ratschläge — Beispiele aus dem täglichen Leben — Kind und Geschlechtlichkeit — Kind und Gesundheit — Aussprache) gelesen hat — und anfangen heißt in diesem Falle bestimmt zu Ende lesen! —, der sieht nicht nur sein Kind, sondern auch sich in neuem Lichte, sieht seine — Unnatur. Und bei dieser Selbstbetrachtung können einem manchmal die Haare zu Berge stehen! Es ist eben leider so, wie der Verfasser im 6. Teil in einer Erwiderung an Upton Sinclair schreibt: „Ja, es ist für Revolutionäre recht leicht, über Freiheit zu reden; die Stichprobe dafür, wie weit ihre Liebe zur Freiheit reicht, liegt in der Feststellung, in welchem Verhältnis sie zum Kinde stehen. Stimmt da etwas nicht, dann bedarf ihre revolutionär-freiheitliche Auffassung einer Korrektur.“

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Der Geist der Freiheit. — Intellektuelle Hochverräter am Proletariat (Klipphausen). — Jungen in Not. — Der Faschismus im Anmarsch. — Schlußwort z. Falle Oestreich. — Ruhmloses Ende. — Das Friedensfest v. Lugano. — Erklärungen.

NR. 4

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

JANUAR 1929

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898-1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Preis: kartoniert 5,50 Mk., Ganzleinen 8,— Mk.

(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des „FANAL“. Abonnenten des „FANAL“ erhalten auf Wunsch Zahlungserleichterung.

L. M. Spaeth Verlag, Berlin

Bezieht Bücher jeder Art durch uns!

Ihr unterstützt dadurch „FANAL“!

STAATSRÄSON

Ein Denkmal

für SACCO und VANZETTI

von Erich Mühsam

Erschienen im Verlag der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

Der „Syndikalist“ schreibt:



Preis:
brosch.
2.— M,
geb. 3.—.

Zu bezieh.
durch die
Geschäfts-
stelle des
„FANAL“



Dieses Drama ist in Wahrheit ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. Es ist keine leichte Aufgabe, ein Drama spannend und interessant zu gestalten, obwohl schon im voraus jeder den tragischen Abschluß kennt. Mühsam hat diese Aufgabe sehr gut gelöst. Alle handelnden Personen sind außerordentlich scharf charakterisiert und die Handlung selbst vollzieht sich mit logischer Konsequenz. Es ist ja tatsächlich so: Sacco und Vanzetti sind, wie Mühsams Drama beweist, Opfer einer rigorosen Staatsräson geworden, der die Justiz und die Polizei bereitwilligst Handwerkerdienste leisteten. Wer eventuell noch an der Fiktion einer irdischen Gerechtigkeit — eine überirdische gibts natürlich ebenfalls nicht — festhielt, wird hier gründlich aufgeklärt. Die klare ausdrucksvolle Sprache Mühsams wird wesentlich dazu beitragen, dieses Drama volkstümlich zu machen. Ich denke, daß es auch auf der Bühne eine kräftige und nachhaltige Wirkung hervorrufen wird. Die Zeit verwischt in der Regel nur allzu rasch den Eindruck, den derartige Justizschandtaten, wie die Ermordung Saccos und Vanzettis eine war, in der Seele der Entrechteten hervorrufen. Mühsams Werk jedoch ist berufen, die Erinnerung und Erregung über das Justizverbrechen im Gewissen der Menschheit wachzuhalten.

F. O.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 4

Januar 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Der Geist der Freiheit

Das Proletariat, soweit es sich bemüht, die ihm von Schule, Kirche und Staat eingepflichten Zwecklehren als Mittel zu erkennen, sein Streben nach Unabhängigkeit des Denkens, Klarheit des Urteilens und Selbständigkeit des Handelns niederzuhalten, macht sich in der Regel diese Mühe bequemer als ratsam ist. Es nützt ihm nämlich verzweifelt wenig, daß es die Tatsache der kapitalistischen Ausbeutung seiner Arbeitskraft aus der Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte zu erklären weiß; es nützt ihm ebenso wenig, daß es sich daraufhin im Gegensatz zur „indifferenten“ Arbeiterschaft „klassenbewußt“ nennt, und es nützt ihm noch nicht einmal viel, daß es mit allen Kräften gegen den Kapitalismus zu kämpfen gelobt, den Sieg des Sozialismus und Kommunismus auf seine Fahne schreibt und sich zu Arbeiterorganisationen zusammenschließt, die willens sind, den Sturz der Bourgeoisie mit revolutionären Maßnahmen herbeizuführen.

Es muß um der Wahrheit willen ausgesprochen werden, daß innerhalb der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft zwar jede Bereitschaft zu Begeisterung und Kampf besteht, und damit die erste und wichtigste Voraussetzung aller lebendigen Kräfteentfaltung erfüllt ist, — daß jedoch leider statt gefügter Begriffe, die den Inhalt der Begeisterung und den Sinn des Kampfes bilden müßten, undurchdachte Schlagworte, verworrene Losungen und in Stimmungen zerflatternde Zielsetzungen die Geister beherrschen. Revolution ist für uns alle die berauschte Vorstellung des Freiwerdens aller gefesselten gesellschaftlichen Energien, des elementaren Aufflommens aller freiheitlichen Leidenschaften, der Erhebung der Bedrück-

ten zur Empörung gegen die Bedrücker und zur Zerstörung ihrer Macht. Aber so wahr das herrliche Wort Michael Bakunins ist, daß die Lust der Zerstörung zugleich eine schaffende Lust sei, so gewiß ist doch, daß die schaffende Lust der Zerstörung befeuert sein muß von dem leuchtenden Bilde dessen, was endlich aus dem Schaffenseifer werden soll. Revolution — Gustav Landauer hat das wieder und wieder warnend und beschwörend gesagt und geschrieben — ist Mittel, nicht Ziel des Sozialismus und der Kampf der Arbeiter kann sich nicht bescheiden, ein Mittel zu wollen statt seines Zweckes. Aber überall, wo schon unter revolutionärem Kampf überhaupt etwas anderes verstanden wird als Wahlklamauk, oppositionelle Parlamentsabstimmungen, Annahme von vorher in verschwiegenen Bonzenbüros ausgearbeiteten Versammlungsentscheidungen, Aufmärsche in gleichem Schritt und Tritt mit Windjacke und Bauchriemen, Raufereien um die Führerplätze der wirtschaftsfriedlichen zentralistischen Gewerkschaften, Einheitsfront mit allen, die keine Ueberzeugung haben, — überall, wo als revolutionärer Kampf der unmittelbare Widerstand der Arbeiter selbst gegen Verknechtung und Entwürdigung angesehen wird, schwelgt man in Träumen, die sich ganz und gar mit dem heroischen Teil der erhofften Kämpfe beschäftigen, mit der Niederzwingung der militanten und bürokratischen Gegenrevolution, mit den Zwangsmaßregeln zur Sicherung des Sieges, mit den zu schaffenden proletarischen Verwaltungsorganismen, kurz mit den allerersten rein politischen Aufgaben im Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes. Schon die Frage nach der vorläufigen Regelung etwa des Geldwesens, der zureichenden Versorgung mit Milch, Brot und Fleisch, die keinen Tag stocken darf, der Stilllegung der überflüssigen Warenproduktion zur schleunigen Vermehrung der notwendigen Produktion für Ernährung, Bekleidung und Behausung der Arbeitenden, wird in den besten revolutionären Köpfen und Kreisen kaum anders als mit allgemeinen Redensarten beantwortet. Völlig gleichgültig gar verhält sich der größte Teil des revolutionären Proletariats zu der schlechthin entscheidenden Frage, was denn eigentlich das innerste Wesen des angestrebten sozialistischen Zustandes sein solle.

Hier soll keineswegs einer bestimmten ökonomischen Form des Sozialismus auf Kosten anderer organisatorischer Möglichkeiten das Wort geredet werden. In diesen Heften ist stets der Kommunismus als wahrscheinliche und als erwünschteste Form des sozialistischen Lebens der befreiten Gesellschaft vertreten worden (z. B. in den Ausführungen des Genossen Rudolf Rocker über „Doktrin und Praxis“, FANAL II, 2, S. 33). Doch wird selbstverständlich keine Theorie, sondern die Wirklichkeit mit ihren Erfahrungen darüber zu

bestimmen haben, ob die Menschen der künftigen Zeit ihre Freiheit sicherer und gerechter im kommunistischen, mutualistischen oder kollektivistischen Sozialismus verbürgt wissen wollen. „Mutualismus, Kollektivismus oder Kommunismus“, sagt Rocker in der erwähnten Abhandlung, „sind ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu einem bestimmten Zweck. Sie sollen helfen, das Freiheits- und Solidaritätsgefühl im Menschen in den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens zu verankern.“ Der Sozialismus überhaupt ist aber nicht bloß ein dem Kapitalismus entgegengesetztes Wirtschaftsverfahren, sondern weit darüber hinaus das stützende Gerüst aller anständigen, gerechten, freiheitlichen und brüderlichen Beziehungen einer versittlichten Menschheit.

Wir sind also Sozialisten, weil wir eine grundsätzliche und das ganze Leben umspannende Neuschaffung der Gesellschaft auf dem Boden der Gleichberechtigung herbeizuführen trachten; wir sind Revolutionäre, weil wir überzeugt sind, daß grundlegende gesellschaftliche Neuerungen nur auf dem Wege des Umsturzes und der vollkommenen Zerstörung der alten Einrichtungen erreicht werden können, und wir sind Anarchisten, weil uns jede Form der Obrigkeit ohne Unterschied der Bezahlung gleichmäßig verderblich scheint und wir die Freiheit der Persönlichkeit für die Vorbedingung der Freiheit der Gesellschaft halten, ja, zwischen gesellschaftlicher und persönlicher Freiheit keinen Unterschied anerkennen. Es ist nämlich nicht richtig, daß die Freiheit des Einzelnen ihre Begrenzung finde an der Freiheit aller, wie das die Individualisten der Stirner-Mackay-Richtung behaupten. Bakunin wie Reclus stellen wiederholt fest, daß recht verstandene gesellschaftliche Freiheit garnicht zur Begrenzung der Freiheit der Einzelnen zwingen kann, so wenig wie das Freiheit der Persönlichkeit wäre, was je in Widerspruch zur allgemeinen Freiheit geraten könnte. Die persönlichen Machtvollkommenheiten der Despoten aller Sorten, die sich zum Schaden anderer Menschen in den Formen der Ausbeutung und Unterdrückung auswirken, haben mit Freiheit der Persönlichkeit garnichts zu schaffen, denn die Willkür des Sklavenhalters kann selbst nur in Abhängigkeit vom Gehorsam der Sklaven bestehen, ist also noch nicht einmal individuelle Selbstbestimmung.

Trifft dies alles zu, so hätten wir zu erkennen, daß Revolution Mittel zum Sozialismus, Sozialismus zunächst ebenfalls nur Mittel ist, in der Folge aber Inhalt und Zusammenfassung wirtschaftlicher Gleichheit und persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit. (Vgl. Krapotkin „Ethik“, Verlag „Der Syndikalist“. Dort werden die Begriffe Gleichheit und Freiheit allen verschwommenen Gefühlsdeutungen und mißbräuchlichen Anwendungen entzogen und ihr Sinn

als Gleichberechtigung und Freiwilligkeit festgestellt.) So sicher es danach ist, daß die Anarchie als allgemeiner Zustand der menschlichen Gemeinschaft erst Leben gewinnen kann, wenn die Revolution des Proletariats die Klassengesellschaft und ihr Gefäß, den Staat, zertrümmert und die klassenlose Gesellschaft sich sozialistische Formen der Arbeit, der Verteilung und des Verbrauchs geschaffen hat, so verhängnisvoll ist doch die bequeme Bescheidung des größten Teiles auch der revolutionären Arbeiterschaft, bei der wohl der Ausbruch der Revolution zu fördern gesucht wird, die sittliche Erneuerung der Menschen aber der Nachwelt überlassen bleibt, die der Kampf gegen falsche Wirtschaftsformen und staatliche Unterdrückungsorgane ja nicht mehr zu beschäftigen braucht.

Wer die Bedeutung des Sozialismus im Sinne der anarchistischen Anschauung begriffen hat, weiß, ohne im geringsten mystischen oder übersinnlichen Spekulationen zu verfallen, daß unter gerechten und vernünftigen Lebensverhältnissen Mensch und Gesellschaft nicht nur in keinen Gegensatz zu einander geraten, sondern völlig gleichgestellte, einander ergänzende Ausdrucksformen desselben freiheitlichen Zustandes sind. Wenn aber die Freiheit kein lebloses Wort ist, gerade noch geeignet, ein erträumtes Weltbild mit einer hübschen Zierleiste zu versehen, sondern ein Lebenswert der gesamten Menschheit, für den kann es nicht genügen, sich die Freiheit zum Ziele zu setzen, für den muß sie zugleich Ausgangspunkt seiner Gedanken, Gefühle und Handlungen sein. Freiheitliche Formen in staatliches Leben einpflanzen zu wollen, ist natürlich lachhafter Unsinn, der nur in unfruchtbaren Reformehirnen gedeihen kann; aber im persönlichen Verhalten die Freiheit vorbereiten, die man als Inbegriff des anarchistischen Sozialismus erkannt hat, ist revolutionäre Pflicht des freiheitlich gesinnten Proletariats. Das Erkennen der Freiheit in ihrer wahren Wesenheit ist ja der Beweis für die Möglichkeit ihrer Verwirklichung im Geiste und Gebaren des Einzelnen, und die freiheitliche Gewöhnung des Geistes ist nicht weniger Mittel zur Erringung freiheitlicher Gesellschaftsbeziehungen wie die revolutionäre Schulung der proletarischen Klasse Mittel zum Sturz der Klassengesellschaft und zur Organisation sozialistischer Wirtschaftsformen ist.

Die Wege, die das Proletariat benutzt, um zur geistigen Befreiung zu gelangen, entsprechen im allgemeinen nur in sehr geringem Maße den Anforderungen eines echten Freiheitsbewußtseins. Unklare, großenteils sogar innerlich verlogene Redensarten fließen in den Erörterungen der Arbeiter über die revolutionären Aufgaben umher und verursachen nur die Einbildung, als ob durch die dauernde Betonung garnicht tief empfundener Gegensätze etwas Erspriefliches

gewonnen würde. Zum Beispiel: mit dem Wort „bürgerlich“ wird ein ganz bodenloser Unfug getrieben, zugleich wird dem Worte „proletarisch“ eine Weihe gegeben, die ihm nicht im mindesten zukommt. Proletarisch empfinden heißt nichts anderes, als sich als Proletarier der ungemein traurigen und beschämenden Lage bewußt sein, in die die kapitalistische Gesellschaft den Arbeiter versetzt hat, heißt vor allem verstehen, daß die aus dem Verkauf der Arbeitskraft erwachsene Not der überwiegenden Mehrheit der Menschen die ganze ausgebeutete und entrechtete Klasse zu gemeinsamer Abwehr, zu gemeinsamem Kampf nötigt, heißt aus diesem Verstehen das richtige und würdige Verhältnis zur eigenen und zur feindlichen Klasse gewinnen. Aber Proletarier sein ist an und für sich weder verdienstvoll noch ist es eine besondere Ehre; es ist Schicksal und Unglück und verpflichtet zu schicksalsverbundenem Ringen aller Betroffenen um das Glück, das heißt um Recht, Gleichheit und Befreiung aus der Sklaverei. Statt dessen hören wir von proletarischer Wissenschaft, von proletarischer Kunst und proletarischem Denken faseln und alles dies der bürgerlichen Denk- und Schaffensart preisend entgegenstellen. Nein, man kann wissenschaftlich denken oder unwissenschaftlich, man kann Kunst schaffen oder Kitsch, man kann denken oder gedankenlos schwätzen. Nur, man kann und soll, will anders man Revolution und Freiheit, die Wissenschaft und die Kunst in den Dienst proletarischer Forderungen und Kämpfe stellen und man kann seine Gedanken in der Richtung bewegen, die dem Proletariat nützt. Im übrigen fußen wir in der Art, wie wir Wissenschaft betreiben, Kunst ausüben und das Gehirn im Denken wirken lassen, auf Ueberlieferungen, und erst wenn wir selbst Ueberlieferungen geschaffen haben werden, wird eine neue Art Wissenschaft, Kunst und Denkform entstehen, die ganz gewiß nicht proletarisch sein wird, sondern frei und von materiellen Zwecken losgelöst. Und was ist „bürgerlich“? Die französische Sprache unterscheidet sehr reinlich den Bourgeois vom Citoyen, das heißt den Nutznießer der Ausbeutungsmöglichkeiten, die den Kapitalismus kennzeichnen, von dem Mitlebenden, dem Burginsässen, den das Wort Bürger ursprünglich bezeichnet, dem Städter also. Jede Revolution benutzt das Wort Bürger geradezu in Gleichbedeutung mit dem Wort Genosse. Die Verwechslung der Worte bürgerlich und bourgeoismäßig, also ausbeuterisch, schieberhaft, protzig und eigennützig hat gerade im deutschen Proletariat schon zu einer ganz verheerenden und garnicht begründeten Verfeindung unter den Proletariern selber geführt. Das Streben nach Verschönerung des Lebensinhaltes, nach vermehrter Bequemlichkeit, die Freude an Tieren, an Blumen, an Witz, an alter Kultur, die Be-

schäftigung mit der Philosophie, der Astronomie, der Sprachvergleichung, was nicht noch alles wird einem Klassengenossen von oben herunter als „bürgerlich“ übelgenommen, weil in der Tat derlei Dinge keine Sonderinteressen des Proletariats darstellen. So entsteht ein Dünkel, der im Grunde auf Armseligkeit beruht; die Bourgeoisie aber hat den Gewinn davon, ihre Privilegien finden erwünschten Schutz bei den Proletariern, die die Beschränkung des Geistes auf nur materialistische Interessen für Klassenbewußtsein halten. Das wirkliche proletarische Verhalten jedoch leidet bei alledem den größten Schaden. Wirkliches proletarisches Verhalten — das ist nichts anderes als Solidarität, Kameradschaft, Hilfsbereitschaft, Förderung des Genossen im Geiste der Freiheit.

Den Geist der Freiheit da, wo sich seine Ansätze äußern, zu entbinden, ihn dem Leben nutzbar zu machen, damit er der Geist der Zukunft werde, das ist Aufgabe der Anarchisten. Nicht darauf nämlich sollten die Proletarier aufpassen, ob das, was ein Klassengenosse tut und läßt, „bürgerlich“ ist, sondern ob es philiströs ist, das ist unfrei, von Vorurteilen beengt, von der Zweckerziehung des Staates bestimmt, von autoritärer Moral gebunden. Will einer das Philiströse bürgerlich nennen und dagegen kämpfen, dann hat er recht; aber mit diesem mehr als notwendigen Kampfe gegen das „juste milieu“, wörtlich verdeutscht: die richtige Mitte, möge jeder zunächst bei sich selber anfangen. Das muß leider noch vielen ans Herz gelegt werden, die zwar der Autorität heiligen Krieg erklärt haben, Staat, Kirche und Bürokratie jeder Gestalt, besonders in der Arbeiterbewegung, in ehrlicher Leidenschaft hassen, aber in ihrem eigenen Benehmen gedankenlos und im frommen Glauben, nur der Natur zu folgen, ganz und gar befangen sind von den Schulbegriffen autoritärer Moral, wie sie jede Herrschaft braucht, um sich Menschen hörig zu halten. Garnicht anzufangen von den scheußlichen Erziehungsmethoden proletarischer Eltern, die, ganz wie sie es von ihren Eltern und Lehrern gelernt haben, mit Kommandieren und Verbieten, mit Schroffheit und Lügen oder gar mit Prügeln ihre Kinder glauben zu freiheitlichen Menschen erziehen zu können (hier sei wiederum auf das vorzügliche Erziehungsbuch „Kind und Elternhaus“ von Dr. Liber hingewiesen), — da ist ja doch wohl wenigstens bei Anarchisten schon viel gebessert. Aber nicht scharf genug kann die entsetzliche Auffassung fast aller Arbeiter gebrandmarkt werden, die ihnen von Kirche, Schule und Staat über die Beziehung der Geschlechter, vor allem über die Moral der Ehe eingeflößt worden ist. Noch kaum irgendwo wird aus der Selbstverständlichkeit freiheitlichen Empfindens heraus die Verbindung zweier Menschen als Uebereinkunft betrachtet, die niemanden in der Welt etwas

angeht als die beiden Beteiligten. Die Bereitwilligkeit einer Frau oder eines Mannes zum Liebesakt wird fast immer, fast überall, auch unter Revolutionären, selbst auch unter Anarchisten, als ein Verzicht auf die weitere freie Entschliebung über den eigenen Körper betrachtet. Die Kirche, die die Seelenkontrolle über ihre Gläubigen braucht, die den Begriff der Sünde für geschlechtliche Freuden erdnen hat, um die Menschen unter den Druck des schlechten Gewissens zu stellen, hat es fertig gebracht, daß die höchste menschliche Tugend, die Treue, sogar im Bewußtsein freiheitlicher Revolutionäre herabgewürdigt ist zu einem Ausdruck für geschlechtliche Unfreiheit, Triebunterdrückung, Hörigkeitsangst. Treue ist Standhaftigkeit der Empfindung, Zuverlässigkeit im kameradschaftlichen Verhalten, Geradestehen für eine Sache oder für einen Menschen, aber Treue hat nichts zu tun mit der Monopolisierung des Geschlechtslebens und der Uebereignung des Körpers in den Alleinbesitz eines anderen. Hierüber und über die Verruchtheit der Inanspruchnahme des Verfügungsrechtes über einen Mitmenschen, der niederträchtigen Despotie der Eifersucht, des gesamten Polizei- und Spitzelwesens zwischen Liebenden, am meisten zwischen Ehepaaren, wird noch sehr ausführlich, gründlich und völlig schonungslos zu sprechen sein. Hier sollten die revolutionären Proletarier, die sich so gern als Freidenker bezeichnen, anfangen, frei zu denken, sich frei zu machen von der schäbigen Moral einer verrotteten Philistergesellschaft, die aus dem Reichtum und der Erlebnisfreude der triebhaften Natur ein schmutziges Sündigen macht, an dem sie sich zugleich, wenn sie es in elenden Ehebruchsromanen oder -Komödien miterleben darf, speichelnd aufgeilt. Dabei ist die Bourgeoisie im eigenen Kreise in dieser Beziehung viel duldsamer und unbefangener als das Proletariat und wenn sie Entrüstung spielt, so heuchelt sie: denn dem Proletariat muß die Religion der Monogamie und der Eifersucht erhalten bleiben. Wer irgendwo selber herrscht, ist leichter zu beherrschen als einer, der nur darum imstande ist, sich aller Herren zu erwehren, weil es seinem Gefühl unmöglich ist, sich zum Herren über andere zu machen. In der Bourgeoisie wird verborgen und darum in unsauberer Art getrieben, was sie sich selber nicht verbieten will. Aber Freiheit ist es nicht, was dort die alten Moralbindungen sprengt. Freiheit in den Geschlechtsbeziehungen kann nur schaffen, wer den Geist der Freiheit in sich trägt und zum Geist der gesellschaftlichen Zukunft wachsen lassen will. Aber der Geist der gesellschaftlichen Freiheit in allen menschlichen Beziehungen der Zukunft kann nur wachsen, wenn die Menschen zuvor ihren Geist frei gemacht haben von allen an-erzogenen Autoritätsgelüsten.

Im privaten Leben kann jeder Revolutionär schon jetzt freiheitliche Erkenntnisse zur Geltung bringen. Er muß dazu nur den Mut finden, den Staub der Vorurteile von seiner Seele zu schütteln, der Vorurteile, die die autoritären Mächte, die seine Ausbeutung betreiben und die auch seine Kinder zu Sklaven machen wollen, mit Bedacht gehäuft haben. Die Autorität der Eltern über die Kinder, die Autorität der Gatten, der Sippschaft und des Klüngels, ist stets nur ein Teil der Autorität des Staates über die Menschen, der Kirche über die Seelen, des Besitzes über die Arbeitskräfte. Alle Autorität hat den Zweck, Freiheit zu beugen, um Knechtschaft zu verwerten. Der Geist der Freiheit läßt nicht mit sich handeln. Wer zu Hause Herr sein will, wird draußen Knecht bleiben.

Intellektuelle Hochverräter am Proletariat

Politik ist ein Brechmittel. Ein Brechmittel, das uns heute von Hunderten von Journalen vorgesetzt wird. Hundertmal in der gleichen Tonart. Hundertmal in der gleichen Form. Hundertmal in der gleichen Komposition. Hundertmal sucht man krampfhaft, uns dieses Brechmittel mittels schmackhafter Zubereitung genießbar zu machen. Trotzdem: es bleibt ein Brechmittel. Man belügt und betrügt uns systematisch, man führt uns auf falsche Fährten, man benebelt uns, man verspricht und hält nicht, man gibt vor ohne zu wissen, in summa: man schwindelt unbedenklich. Im Auftrage von Konzernen und Korporationen, im Auftrage hoher und höchster Persönlichkeiten, im Auftrage von Direktoren, Tyrannen, Reichspräsidenten, Ministern und Staatslakaien. Im Namen des Volkes beehrt man sich, blauen Dunst vorzumachen, übers Ohr zu hauen, zu verleumden, in den Schmutz zu zerren, zu erniedrigen und zu fälschen. Im Namen des Volkes pauken Hunderte von Gazetten hundertmal Lüge, Betrug, Blödsinn. Im Namen des Volkes trompeten Hunderte von Zeitungspapieren hundertfachen Humbug. Und alles, alles dies fließt aus einer Quelle: es ist das Brechmittel Politik. Im Namen der Politik ist die Wahrheit abgeschafft. Im Namen eines Brechmittels erklären Söldner eines Regimes, Lakaien eines Systems, als stupides Handwerkszeug der Allmacht Kapital, die Lüge zum Diktator unserer Zeit. Unserer großen, herrlichen Zeit. Unserer brechmittelbeschwerten Zeit. Aus hundert Redaktionen bellen journalistische Kettenhunde: Der Zeitgeist marschiert! Wehe aber dem,

der diesen Zeit„geist“ untersucht, auseinanderpflückt und konstatiert: Euer Zeitgeist ist das stinkende Produkt eines faulenden Systems! Dieser Unselige, dieser Frechling und Eindringling in traditionell-zeitungsgehörige Beackerungsgebiete, wird in Acht und Bann getan. Worauf die vereinigten redaktionellen Bulldoggen geifern: der Zeitgeist marschiert!

Das Brechmittel Politik wirft, immerhin, Profit ab. Es ernährt, immerhin, seinen Mann. Nicht nur in der Bourgeoispresse. Nein: auch links von ihr, wo angeblich sozialistische Gesinnung eine Heimstätte hat, auch hier ist das Brechmittel Politik mit der Zeit ein angesehenener Profitfaktor geworden.

Man sollte meinen, sozialistischer Geist werde gegen den Zeitgeist gestellt, als bewußte Schranke. Grau ist auch hier die Theorie. Während in der Praxis hundertprozentiger Mischmasch blüht. Er blüht, wächst und gedeiht auf dem Misthaufen unserer sozialistischen Journale. Man hat mit der Zeit probate Mittelchen herausgefunden, Sozialismus mit dem Ungeist, mit der absoluten Stumpfheit unserer mit dem Pestgeschwür Lüge behafteten Zeit so innig zu verschmelzen, daß als Produkt etwas entstanden ist, das Einige für gut und schön, für sauber und rein, für anständig, würdig und anerkennenswert halten mögen. Andere — sicherlich sind es, gemessen an dem Urgeist dieser Epoche, Sonderlinge — meinen eben, das Produkt sei einerseits schal, abgestanden und ranzig, andererseits unlauter, unaufrichtig, bewußt unklar, schmockig und grundlagelos. Es ist hierbei gleichgültig, ob diese Gazetten ultralinks, gemäßigt links oder gar nur halblinks stehen. Man treibt, überall, Spielball mit einem Objekt, das zu vertreten, zu verteidigen, zu schützen und aufzumuntern man vorgibt. Hier setzt das unverantwortliche, hemmungslose, in seinen Ausmaßen verbrecherische Werk der intellektuellen Hochverräter am Proletariat ein.

Spielball ist der Proletarier. Er wird allmählich nur ein Objekt in den Händen seiner geistigen Verarbeiter. Ein Objekt, weil zu wenig Verbundensein als Klasse vorhanden. Man hat sich in diesen Kreisen Ziele gestellt, die ungefähr so aussehen: Vertretung, Verteidigung, Schutz, Aufmunterung (des Objektes Proletarier). Es mag im einzelnen gut gemeint sein. Mehr ist es nicht. Wenn, um diese angeblichen Ziele zu propagieren, aber noch reklameartiger Spektakel erfolgshungriger Literaten dazukommt, so wird das Ganze bald arrogant. Vertretung, Verteidigung — ? Euer „Objekt“, das kein Objekt ist, sondern ein Mensch mit dem Hirn der Menschheitszukunft (und der Faust der Gegenwart gegen die Gegenwart!) kann sich (und wird sich hoffentlich) selbst vertreten, selbst verteidigen — ihr jedenfalls, Klassenkämpfer am Schreibtisch (eitle Egoisten oft im

Privatleben) werdet die letzten sein, die er zu seiner Verteidigung braucht. Einen Dreck werdet ihr ihn vertreten, zu viele schon geben vor, es zu tun. Schutz — ? Nur solange werdet ihr ihn gegen Bürgermeute schützen, als ihr selbst nicht in Gefahr geratet. Darüber hinaus ist euch (leider) nicht viel zuzutrauen. (Märtyrer seid nicht ihr, sondern die, die zu schützen ihr vorgebt. Profitfaktor Politik wird zudem euren guten Willen — der nicht bestritten werden soll — hemmen.) Aufmunterung — ? Allenfalls. Weil die Proletarier das brauchen zur Stärkung ihrer Position. Zur inneren Festigung. Das allein sei euch zugestanden: Aufmunterung. Weil, auch wenn ihr sie unecht oder verschwommen gebt, doch letztlich ein Funke bleibt, der zündet.

Zugestanden: hier ist die Rede von einer gewissen Kategorie von Gazetten, um die sich eine gewisse Schicht von intellektuellen Skribenten schart. Man soll, eigentlich, nicht negativ beweisen; das heißt: Krankheiten anführen, um bereits erfolgtes Ableben zu beweisen. Trotzdem: diese Kategorie mitsamt dieser Schicht bleibt die typischste — und gefährlichste, weil verbreitetste und herrschende. Gefährlich, weil der Proletarier das Objekt dieser Kategorie ist, die unbedenklich Hochverrat am Proletariat begeht. Der Proletarier muß, rechtzeitig, gewarnt werden . . .

Es ist vieles daran unerfreulich (für die Maschinenproleten), daß Arbeiter am Schreibtisch für (d. h. hier sozusagen als Sprachrohr) Arbeiter in den Betrieben schreiben. Daß Federhalterartisten sich für am laufenden Band ausgebeutete Proleten ereifern zu müssen glauben. Obschon diese Skribentenheere niemals unter dem Joch aufreibender Handschinderei schmierige Proletenarbeit unter Arbeitsbrüdern verrichtet haben. Wieviel literatenhirnentsprungene Leitartikel und Feuilletons, süßliche, kitschige, bombastische, umfangreiche und schwer verdauliche, würden dem proletarischen Leser erspart bleiben, wenn ihr Kopf an Kopf, Kittel am Kittel stehen würdet mit euren Brüdern der Handarbeit! Und echtes Klassenbewußtsein würde in euch aufgehen, abseits aller bürgerlichen Hemmungen.

Schlimm desgleichen ist, daß kein Prolet das verlangt, wenige nur das kritisieren, zu wenige die Gefahr erkennen. Jeder Schmock, der gelegentlich in Sozialismus macht, gilt schon als den Handproleten verwandt. Warum? Weil der Kopfarbeiter zu sehr Autorität ist. Hier müßte die (glücklicherweise sich aufwärtsentwickelnde) anti-autoritäre Strömung in der Arbeiterschaft zunächst einhaken. Leicht wird sie's nicht haben.

Wer möchte selbstverständlich bestreiten, daß es keine kleine Gruppe intellektuell-sozialistischer Schriftsteller ist, die Mut hat,

Gesinnung besitzt, sogar gewillt ist, Konsequenzen zu ziehen. Doch wie die Mehrheit? Wenn der Sturm da ist, den sie (in Zeitungs-aufsätzen) entfacht, das Gebäude einstürzt, das sie morsch gemacht, der Bau zusammenkracht, den sie unterwühlt haben? Werden sie an Ort und Stelle sein, mit der Faust?

Bange Frage. Denn wo hat die Lüge noch keinen Einzug gehalten, wo 'ist alles noch fair und gerade, nichts verschwommen und unecht? Schlagworte werden gehäuft. Man triumphiert in Leitartikelei, entlädt sich in snobistischem Feuilletonismus. Das Bombardement der Gesinnungstrompeter dauert fort. Aber an wen, an wen sollen die Proletarier glauben — ? Frische und reine Luft weht vereinzelt. Hier und dort spürt man noch nichts von den Scheinmanövern und Winkelzügen des fauligen Zeitgeistes. Aber die große Masse der für die Proletarier geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften, die große Masse der an diesen Geistesbibliotheken mitarbeitenden Schreiber? Wo, zum Donnerwetter, verspürt man neben dem Hirn die entschiedene Faust?

Sie wird vonnöten sein, wenn es heißen wird: Fertig machen zum Straßenkampf!

Dem stumpfsinnigen Ungeist dieser Zeit entfleucht man am besten durch absolutes Negieren. (Auch auf die Gefahr hin, als Reaktionär begeistert zu werden. Reaktion gegen diese Zeit bedeutet in Wirklichkeit fruchtbarste Aktion.) Gazetten, in denen sich höchste Intellektlosigkeit verbunden mit kleinbürgerlichem Krämergeist unter dem Deckmantel eines spitzfindigen Intellektualismus austobt, meidet man. Wie ihr entrinnen? Es gibt vielfache Wege. Beschauliches Zurückziehen in feuilletonistische Behaglichkeit. Flucht in „überparteiliche“ Einsamkeit. Kühnes Hinwegsetzen mittels blasierten Hohnlächelns. (Wobei zur Verstärkung Trillerpfeife, Kindertrompete oder Hausschlüssel dienen mögen.) Daher: hinaus aus dem Labyrinth skrupelloser, auswegloser Wirrnis. Es nützt nichts, hineinzugehen. Weil die Urheber und Werkstelliger dieser Wirrnis vor den Kopf geschlagen, blind, lächerlich, einfältig, der Blödeheit verpflichtet sind. Weil es zwecklos ist, mit Vernunftgründen gegen Affentheater ankämpfen zu wollen. Man lasse die Affen unter sich.

Es geht nicht um eine Politik, wie sie sie meinen. Die Parlamentarier, Minister, Staatsquassler, Wahlredner, Bonzen, Gewerkschaftssekretäre, Partiejongleure, Gewohnheitsblödler, Berufsfaxenmacher. Es geht um eine Klassenzukunft, um eine Menschheitszukunft. Um eine Politik, die letztlich das Proletariat aus sich selbst heraus (ohne Parteiführer!) zu Ende führen wird. Es ist, gewiß, eine Politik des Hirns. (Darum dürfen, sollen, müssen ehrliche

Geistesarbeiter sich in die Klassenfront des Proletariats ohne persönliche Nebenabsichten einreihen.) Aber nicht minder ist es eine Politik der Faust. Kampfgestählte Proletarier werden im Kampfe die Führer sein.

Das Ringen um eine neue Gesellschaftsordnung bedeutet mehr als Wahlschacher, mehr, als Intellektuellenweisheit sich träumen läßt. Laßt doch, ängstlich Zurückbleibende, Tatsachen sprechen. Noch geht es mit Lamentieren und Pazifismus. Bald wird es hart auf hart gehen.

Es wird sich erweisen, wer zur Fahne steht.

Klipphausen.

Jungen in Not

Im Jahre 1909 erschien eines Tages bei mir in München ein junger, blasser Mensch von knapp 17 Jahren, hemdärmelig, ein kleines Paket unter dem Arm, mit verschreckten Augen und nervösen Bewegungen. Kameraden, die er im „Soller“, einer bekannten Münchener Kaschemme, getroffen habe, hätten ihm geraten, sich an mich zu wenden, da ich mich öfter schon Verfolgter unter ihnen angenommen hätte. Ich ermunterte den Besucher, sich offen auszusprechen und erfuhr nun, daß er vor wenigen Tagen aus einer Zwangserziehungsanstalt getürmt sei, weil er es dort nicht mehr habe aushalten können. Er sei zu Fuß unter großen Beschwerlichkeiten und in ewiger Angst, wegen seiner Anstaltskleidung aufzufallen, nach München gelangt, habe unterwegs gebettelt und gestohlen und fühle sich jetzt erst recht gefährdet und verlassen. Ich gab dem armen Kerl zu essen, nahm ihn so lange bei mir auf, bis eine völlige Zivileinkleidung und eine Geldsumme beschafft war und sorgte dann dafür, daß er mit Empfehlungsbriefen von mir an revolutionäre Freunde ins Ausland weiterreisen konnte. Seinen Anstaltsanzug nebst Wäsche und Schuhen packte ich zusammen und schickte das alles anonym, aber mit einem Begleitschreiben an die Direktion des Fürsorgehauses. Ich schrieb darin, daß der Geflüchtete sich nicht durch Aneignung der Anstaltsachen strafbar machen wolle und daher den Auftrag gegeben habe, sie dahin zurückzusenden, wo sie hergekommen seien. Im übrigen lasse er schön grüßen und mitteilen, daß er sich in Sicherheit befinde und zwar an einem Orte, wo er zwar nicht zu beten habe, auch keine Prügel, dafür aber satt zu essen bekomme. Die Angelegenheit ist später doch ruchbar geworden, und als ich 1910 im sogenannten „Soller-Prozeß“ wegen Geheimbündelei vor Gericht stand, um meine revolutionäre Agitation unter den sogenannten Verbrechern und Vagabunden zu rechtfertigen, wurde mir auch die Beihilfe zur Flucht des Fürsorgezöglings vorgehalten. Damals habe ich dem Gericht einiges von dem gesagt, was ich, nicht erst aus den Erzählungen dieses einen Ausreißers von diesen Elementarschulen des Verbrechertums, der sexuellen Aushilfsmethoden, der Heuchelei und Spitzelei wußte, und dabei erklärte, daß ich jederzeit, wo ich die Möglichkeit fände, einem Unglücklichen aus solchem grauenvollen Pfuhl herauszuhelfen, wieder so handeln würde, wie ich gehandelt habe. Da der Junge wegen keiner Straftat verfolgt war, die Zurücksendung des

Anzugs auch die Flucht selbst zu keinem Eigentumsvergehen werden ließ, konnte ich nicht der Begünstigung einer strafbaren Handlung schuldig gesprochen werden, und für die übrigen Schandtaten, deren ich bezichtigt wurde, erwiesen sich die Paragraphen 128 und 129 des Strafgesetzbuches als unverwendbar, so daß ich nach dem Spruch des Gerichts wegen Mangels an Beweisen, in Wirklichkeit wegen Mangels an geeigneten Gesetzesparagraphen freigesprochen wurde. Denn ein Gesetz zum Schutz der Monarchie gab es noch nicht, und die Ausdehnbarkeit der Hochverratsbestimmungen bis zu republikanischen Maßen war dazumal noch nicht erkannt worden.

Im FANAL habe ich vor mehr als einem Jahr (Jahrg. II, 1, S. 18f) in dem Artikel „Der Staat als Erzieher“ die Ungeheuerlichkeit ins Licht gestellt, daß das neue Strafgesetz die Befugnisse der Strafrichter dahin erweitern will, daß sie für Jugendliche die Zwangserziehung „bindend anordnen“ dürfen. Jetzt tritt zum ersten Male ein Mann vor die Öffentlichkeit, der selber als Hospitant in einer preußischen Fürsorgeanstalt tätig war und der mit klaren Augen gesehen hat, mit verständnisvollem Herzen zu urteilen weiß und aus anständiger freiheitlicher Gesinnung heraus berichtet. Dabei beschränkt er sich in dem, was er selbst erzählt, auf kurze Angaben und allgemeine Beobachtungen und überläßt den Hauptteil der Berichterstattung den Jungen, die das Ausnahmeglück hatten, zeitweilig einen wirklichen Freund zum Lehrer in ihr trübes Haus bestellt zu erhalten. Das Buch „Jungen in Not“, von Peter Martin Lampel (I. M. Spaeth Verlag, Berlin 1928), ist eine Sammlung der erschütterndsten Dokumente gequälter Menschen, die je in Druck gegeben worden sind. Bedauern könnte man höchstens, daß Lampel sein Material nur in einer einzigen Anstalt herbeischaffen konnte, überdies in der Fürsorgeanstalt Struveshof, der allenthalben, besonders von den Zöglingen selbst, die selbstverständlich die sachkundigsten und gerechtesten Beurteiler sind, das günstigste Zeugnis von allen derartigen Instituten ausgestellt wird. Noch bedauerlicher ist, daß Lampel keine Gelegenheit gefunden zu haben scheint, auch weibliche Fürsorgeopfer zu befragen und von ihrer leiblichen und seelischen Not Kunde zu geben. Es ist aufs höchste zu wünschen, daß Lampels Buch in die Hände möglichst vieler denkender Menschen, vor allem in die Hände solcher Leser komme, die guten sozialen Willens sind, aber noch in dem Wahn leben, als könne staatliche „Wohlfahrtspflege“ jemals Schäden beheben, die aus dem Irrsinn des Staatsverfahrens entstehen mußten. Auch ist zu wünschen, daß das Buch kein abgeschlossenes Werk bleibe, sondern als Anfang eines Archivs aufgefaßt würde, dessen Weiterführung Aufgabe aller derer sein sollte, die der Jugend nicht zur Besserung im Staat, sondern aus dem Staat heraus und dadurch zu besserer Entwicklung verhelfen möchten. Ergänzungen der Berichte müßten in möglichst großer Zahl herbeigeschafft werden von solchen, die auf dem Leidenswege ihrer Jugend die schrecklichen Stationen der staatlichen Zwangserziehung passieren mußten, die erst dort um ihren inneren Halt kamen, die moralisch oder geschlechtlich abirrten, die zu Zuchthäuslern wurden, weil sie Fürsorgezöglinge waren, von Frauen zumal, die häufig gerade wegen früher geschlechtlicher Reife in das Unglück gerieten, der Obhut des Staates in solchen Häusern anheimzufallen und dort um das Glück ihres Liebeslebens betrogen wurden.

„Ungestützte Reportage“ nennt Lampel die Berichte, die ihm die Jungen schriftlich gegeben haben. „Ich erkläre nachdrücklich und wahrheitsgemäß“, sagt er, „daß ich nicht versucht habe, Stil oder Auffassung der Jungen, die geschrieben haben, zu korrigieren oder überhaupt, etwa moralisierend, zu beeinflussen.“ Er habe nur die Uebersichtlichkeit redaktionell

gehoben und die Orthographie berichtigt, „auf jeden Fall peinlich bedacht, nicht bloß die Form, sondern auch vielmehr die Auffassung der jungen Menschen zu erhalten“. Lampel, der von Beruf Maler ist, hat die Eindringlichkeit der Lebensschilderungen noch gesteigert durch die Beigabe ausgezeichneter Reproduktionen der Porträts, in denen er die verlittenen und sehnsüchtigen Gesichter der bedrängten jungen Proletarier festgehalten hat. Unsere Spießbürger sind ja schnell fertig mit ihrer moralischen Verurteilung von Menschen, die bestraft werden. Treue Staatsgläubige finden zwar, daß die Zwangserziehung der Jugend doch gar keine Strafe sei, sondern im Gegenteil das segensreiche Eingreifen der Obrigkeit in das Leben der Kinder, die böse Anlagen zeigen, um sie vor sträflichen Handlungen zu behüten. Lest, gute Leute, lest, was die Kinder selbst darüber aussagen, wie sie in die Lage geraten sind, die sie fürs Leben der tugendhaften Erüstung des Philisters ausliefert. Da steigt das ganze Grauen irrsinniger Erziehung hoch, oft verbunden mit dem Grauen des Lasters aus Not und Verzweiflung. Ohrfeigen, die die Arbeitslust zerschlagen, entsetzliche Kinderausbeutung sogar im Elternhaus, Anlernung zu Taschendiebstählen, zu Schmierestehen bei Einbrüchen, die Eindrücke der nächtlichen Geheimnisse im engen Wohnloch, das Eltern und erwachsenen Geschwistern, Schlafburschen und Huren als Schlafraum dient. Freudlosigkeit und Lieblosigkeit wird ausgeglichen mit Schulschwänzen, und dann kommt die Polizei und schleppt das Kind ins Erziehungshaus: Last alle Hoffnung fahren!

O, es ist noch nicht einmal nötig, daß einer Verbotenes tat und sann. Die staatliche Fürsorge nimmt sich auch derer hilfreich an, die einsam sind in dieser schönen Welt. Es gibt ja auch Waisenhäuser; wer da hinein kommt, hat zwar auch nicht viel zu lachen, aber die liebe Mitwelt ist menschlich genug, ein Kind, dessen Eltern tot sind, deswegen nicht gleich bemakelt zu finden. Das kommt erst später, wenn die Waisenerziehung ihre Früchte trägt und ihre Fortsetzung im Fürsorgehaus nötig macht. Ein Achtzehnjähriger berichtet: „Ich bin unehelich . . . Ich war nun bei Pflegeeltern. Doch als der Krieg ausbrach, mußte ich auch diese verlassen. Ich kam jetzt in ein Waisenhaus in Moabit, Turmstraße. Ich war sechs Jahre alt und sollte acht Jahre im Waisenhaus bleiben. In diesen acht Jahren hab ich erfahren, was Mutterliebe ist, denn im Waisenhaus hatte ich keine guten Tage.“ Ein Schreiben beginnt: „Ich bin als siebenjähriges Kind in die Anstalt gekommen, weil mich meine Mutter nicht behalten konnte, weil sie auf Arbeit ging. Wie ich geboren bin, da war meine Mutter sechzehn Jahre alt. Wie ich noch nicht fünf Tage alt war, da bin ich ins Waisenhaus gekommen . . . Die erste Anstalt (Fürsorge) war Klein Kamin. . . . In dieser Anstalt haben wir furchtbare Dresche bekommen mit Hundepeitschen. (Die Prügelqualen des Siebenjährigen werden dann genau beschrieben in ihrer viehischen Grausamkeit.) Dann bin ich nach Straußberg gekommen . . . und da haben sie es mit uns Jungs genau so gemacht, wie in Klein Kamin.“ Staatliche Kindererziehung; na ja, aber doch bloß ein Fürsorgezögling. Warum Fürsorgezögling? Was denn? seine Mutter konnte ihn doch nicht behalten! Darum also Dresche, Dresche über Dresche, — und dann im späteren Leben die Folgen: Verwahrlosung, Not, Unglück, Zuchthaus.

Man kann über dieses furchtbare Buch nicht ausführlich berichten. Man kann nur zur Lektüre raten. Daraus mag jeder seine eigenen Folgerungen ziehen. Danach mag jeder nach Belieben sich entrüsten, wenn jemand stehen geht, wenn einer Mörder oder auch Zuhälter wird. Vor allem möge jeder sittlich erzogene Bürger sein Kreuz schlagen über die Sexualgreuel, von denen da halbwüchsige Burschen berichten und sich empören, daß junge Menschen, die man von den Frauen fernhält, sich aneinander schadlos

halten. Wie es tatsächlich in den Erziehungshäusern zugeht, Herrschaften, das erfährt man nämlich nicht aus den Mitteilungen der Jugendämter, sondern aus den Anklagen ihrer Opfer. Und wenn das Jugendamt Berlin sich darüber aufregt, daß Peter Lampel aus den Aufzeichnungen seiner Schutzbefohlenen sogar ein Theaterstück gemacht hat und nun von einseitiger und tendenziöser Darstellung jammert, so muß man ihm die klare Frage entgegenhalten: daß die Jungen in Rastenburg und danach die in Berlinchen revoltiert haben — ist das wahr oder nicht? Es ist wahr, wertres Jugendamt, und kein Geschrei und keine Lästerung schafft die Ueberlegung aus der Welt, daß entsetzlich niedergedrückte Menschen zu Akten der äußersten Verzweiflung immer erst die Kraft finden, wenn das Leid und das Unrecht, das ihnen zugefügt wird, völlig unerträglich geworden ist. Das Drama „Revolte im Erziehungshaus“ von P. M. Lampel, das die Gruppe Junger Schauspieler in Berlin unter Leitung Fritz Genschows zur öffentlichen Darstellung gebracht hat, zu einer Darstellung, die dem höchsten Anspruch an Kunst genügt, weil sie erfüllt war von reinster innerer Wahrhaftigkeit, — dieses Drama läßt sich nicht dementieren. Es ist die szenische Umgestaltung der Beichten junger Proletarier, die selbst an der Revolte beteiligt waren. Möge die löbliche Behörde, die sich verantwortlich fühlt für das System der staatlichen Zwangserziehung wissen, daß sie sich hier im Stande des Angeklagten befindet und ihr Entrüstungsgestammel nicht halb soviel Glaubwürdigkeit besitzt wie die Berichte der Jungen und das aus ihnen gefügte Stück Lampels.

Lest Lampels Buch, seht Lampels Drama und erkennt, warum die Statistik der allerschwersten Verbrechen immer wieder ehemalige Fürsorgezöglinge als Täter verzeichnet. Aber bildet euch nicht ein, daß es an staatlichen Fürsorgeinstituten etwas zu reformieren gäbe. Runter damit, fort damit! Allerdings, wer das weiß, muß mehr wissen, nämlich daß die Fürsorge des Staates in all ihrer Düsterheit Ausdruck des Staates und des Kapitalismus selber ist, und daß man diese Marterhöhlen nicht zerstören kann, ohne den Boden umzuschaukeln, auf dem sie errichtet sind.

Als der Vorhang aufging über dem ersten Akt des Dramas, da machte ich eine Entdeckung. Man sah einen elenden Raum, öde, freudlos, eine Mischung von Amtsstube und Gefängnis, ein steinernes Gelaß ohne Seele und fern aller Liebe. Aber ein Wandschmuck hing doch darin, eine Papptafel mit der Aufschrift: „Soll die Jugend wohl gedeih'n, braucht sie Licht und Sonnenschein.“ Da entdeckte ich die deutsche Republik, ihren Charakter, ihre Seele und ihre Verfassung. Sie hat es sich schriftlich festgelegt, daß jeder seine wohnliche Behausung, sein auskömmliches Leben, die Freiheit des Wortes und der Ueberzeugung haben solle, auch daß das Geschäft der Geschäftemacher immer den Nutzen der Gesamtheit berücksichtigen müsse. Und wenn jemand unsere Republikaner fragt: wo ist eigentlich die Freiheit und das Glück und die Gesundheit und der Wohlstand in dem von euch betreuten Lande? — dann schlägt man uns das Weimarer Büchlein auf und verweist uns auf lauter schöne Sätze und Losungen. Und damit mag sich auch die proletarische Jugend trösten, die, die in Erziehungsanstalten um ihre Freude geprellt wird und die, die es besser getroffen hat und bei 30 Pfennig Stundenlohn tagsüber 13 Stunden hinter vergitterten Luken feuergefährliche Arbeit leisten darf, gehetzt von Antreibern, aber bei einem Brande ohne Zuflucht und dem Tode für den Profit ausgeliefert. Tröste dich, Jungproletariat: an den Wänden, zwischen denen du deine Zukunft versäumst, steht's doch auf Pappe aufgedruckt: „Soll die Jugend wohl gedeih'n, braucht sie Licht und Sonnenschein!“

Der Faschismus im Anmarsch

Weder der Krieg zwischen Bolivia und Paraguay, noch der zwischen England und Rußland in Afghanistan hat im Augenblick die Wichtigkeit, wie der Bürgerkrieg in Deutschland der das Jahr 1929 kennzeichnen wird. Denn, daß die südamerikanischen Völkerbunditen und Kellogg-Verschworenen Geschobene von englischen und amerikanischen Petroleumschiebern sind, die allein darüber bestimmen, ob die Vasallenstaaten ihre Arbeiter für den Krieg zu dressieren oder sie im Kriege verbluten zu lassen haben, wußten wir auch vorher schon. Der Tumult in Afghanistan aber war nur ein vorläufiges Geplänkel eines Krieges, der voraussichtlich im beginnenden Jahre noch nicht zur lodernden Entflammung kommen wird. Von höchster Widerwärtigkeit war in diesem Geplänkel allerdings die Haltung der Russen. Gewiß, die englischen Imperialisten haben den Aufstand der armen und von dem despotischen Sultan Amanullah schmäzlich geknechteten Bauern des Landes mit abergläubischen Parolen zur Revolution aufgestacheln, um jeder Gefährdung ihres Ausbeutungsmonopols in Indien durch den von Moskau aus umschmeichelten, von europäischen Kapitalisten über die besten Blutsaugungsmethoden gegen seine Untertanen belehrten Schah vorzubeugen. Rußland, angeblich der Dirigent aller Aufstände der Armen gegen die Reichen, fand sein Staatsinteresse bei dem Henker Amanullah besser gewahrt als bei einer zu sozialistischen Zielen vorwärts-gelenkten Revolution und stellte dem Alleinherrscher, gegen dessen wüste Ausplünderung des Volkes sich in Wahrheit die Bewegung richtete, Flugzeuge und militärische Berater zur Verfügung, die mit Hilfe ihrer Kollegen aus der faschistischen Türkei die Aufsässigen wieder gehorsam machten. Revolutionäre hätten anders gehandelt. Sie hätten unter allen Umständen versucht, der Revolution proletarische Losungen zu geben, um sie gleichermaßen gegen den Ausbeuter Indiens wie gegen den Gewalthaber des eigenen Landes zu kehren. Aber Revolutionäre haben ja bei den Russen schon lange nichts mehr zu sagen; versuchen sie es, so können sie den Anarchisten und übrigen proletarischen Kämpfern und den Trotzki-Freunden, deren Zahl in Sibirien und den anderen Besserungssorten schon auf über 8000 angegeben wird, Gesellschaft leisten.

Was aber geht in Deutschland vor? Hier sind einige Tatsachen. Sie seien aufgezählt ohne Hoffnung, daß das deutsche Proletariat etwas gegen die fürchterliche Gefahr unternehmen wird, in der fast sicheren Voraussicht, daß es sich 1929 vom Faschismus ebenso überraschen lassen wird, wie es sich, hundertfach gewarnt, 1914 vom Kriege überraschen ließ.

Der Veruch des westdeutschen Metallkapitals, seine Macht in einer unmißverständlichen Demonstration als stärker zu erweisen, als die der organisierten Arbeiterschaft und des Staates zusammen, ist restlos gelungen. Es konnte die demokratischen Regierer so tief demütigen, daß der Sozialdemokrat Severing selber erscheinen mußte, um jenseits seiner angebeteten Gesetzlichkeit die geschundenen Proletarier völlig gefesselt der Ausbeutung unter weit schlimmeren Bedingungen auszuliefern, als sie selbst der von seinem Ministerkollegen und Parteigenossen Wissell verbindlich erklärte Hungerschiedsspruch vorsah. Jetzt wirkt der beliebte „kleine Metallarbeiter“ — er fabriziert Handschellen fürs Proletariat und Eisenstifte zum Vernageln von Arbeiterköpfen — wieder als Reichspolizeiminister in Berlin und freut sich des guten Zeugnisses, das ihm die Schwerindustriellen als einem gerechten Manne ausstellen. Inzwischen ist der zwölfwöchige Werftarbeiterstreik von den Gewerkschaftsführern kaput gemacht worden

und die Textilarbeiter des rheinischen Bezirks stehen mit einem Jammer-schiedspruch in der Hand vor der Möglichkeit einer Aussperrung von noch größerem Umfang als der erlebten. Am 14. Dezember aber tagte der Reichsverband der Industrie und setzte die Forderungen auf, die den deutschen Unternehmerverbänden zurzeit wichtig und gewinnversprechend scheinen. Sie gipfeln in der Willenskundgebung: keine weiteren Lohnsteigerungen mehr, gründlicher Abbau der sogenannten Sozialpolitik, „freie Wirtschaftsführung“ ohne staatliche Einmischung zugunsten der Arbeiter. Herr v. Borsig, der Syndikus Dr. Brauweiler und die Professoren Dr. Becke-rath und Dr. Schumpeter haben sehr deutlich ausgesprochen, daß sie die demokratischen Formen der gegenwärtigen Staatsverwaltung für hinderlich halten, den Bedürfnissen der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung gerecht zu werden. Herr Professor Schumpeter sprach geradezu aus, daß das herrschende Regime die Massen zu überreichlichem Verbrauch anrege und daher der Kapitalsbildung der großen Unternehmungen im Wege stehe. Man sollte meinen, daß das Interesse der in diesem Lande allein maßgebenden Kreise an einer auf parlamentarischen und verfassungsmäßigen Wegen selbstverständlich nicht erlangbaren Aenderung der Staatsform damit deutlich genug erkennbar gemacht wäre, und die Erfahrungen beweisen ja wohl, daß die Industrieherrn, die schon früher die Hitlerbanden finanziert haben, nicht übertrieben bedenklich die Mittel auswählen, die ihre Wünsche erfüllen können. Dazu jetzt der Triumph, mit der Aussperrung im Ruhr-gebiet Staat und Arbeiterschaft kampflos ins Knie gezwungen zu haben. — so sind sie wohl berechtigt, auch den entscheidenden Schritt zur Er-richtung der faschistischen Wirtschaftsdiktatur nicht mehr durch wirk-samen Widerstand gefährdet zu sehen. Denn daß die Rote Fahne angesichts der schwersten Niederlage, die das deutsche Proletariat in einem Konflikt mit den Industriellen je erlitten hat, erklärt, die betroffenen Arbeiter seien nicht geschlagen, ist kein Beweis für ihren geordneten Rückzug und am wenigsten eine Widerlegung des Sieges der Unternehmer.

Die sind denn auch mitten im Werk, die technischen Vorbereitungen für ihr Vorhaben zu treffen. In Kirchhain in Hessen kommt man dahinter, daß Offiziere der Reichswehr Nationalsozialisten bei regelrechten Bürger-kriegsmanövern unterweisen. Es werden Brückensprengungen geübt und die in der Technischen Nothilfe angelernten Nationalisten auf ihre Kennt-nisse im Stillegen elektrischer Kraftzentralen und militärischer Besetzung und Betriebsführung von Fernsprechanlagen erprobt. Der preußische Innenminister Grzesinski tut eine große sozialdemokratische Tat. Er ent-hebt den Landrat des Kreises, Herrn v. Gilsa, seines Amtes, der diese Manöver geduldet und gefördert hat. Nun aber bringt Nicolaus List in der „Weltbühne“ (vom 18. Dezember) Material darüber, wie weit die Vor-bereitungen des Bürgerkriegs schon gediehen sind und berichtet, daß bei der Berliner Staatsanwaltschaft schon längst mal wieder ein Hochverrats-verfahren gegen den unverwundbaren Kapitän Ehrhardt und Genossen „schwebt“. Der eigentlich Gemeinte sei aber der ehemals preußische Kriegsminister, Reichswehrgeneral a. D. Reinhardt, der eben im Begriff ist, das zehnjährige Erinnerungsfest seiner Berufung durch Noske zu feiern, die sich durch die Erlösung der Republik von den Spartakisten Karl Lieb-knecht und Rosa Luxemburg so bald schon als segensreich für die Ent-wicklung der Ebertschen Staatskunst erwies. Nach Lists Bericht hat Reinhardt in Verbindung mit Hitler, Ehrhard, den Wikingleuten der repu-blikanischen Flotte, wichtigen Stellen der republikanischen Reichswehr und den Münchener Maffeiwerken als Lieferanten von Kriegsgerät, sowie der Seetransportabteilung des Reichsmarineamtes als Vermittlungsstelle

in den geschäftlichen Angelegenheiten alles, was zum Losschlagen organisatorisch erforderlich ist, aufs beste vorbereitet. Es sollen bloß noch einige Unebenheiten in den Führungsansprüchen der verschiedenen nationalen Verbände, besonders mit dem Stahlhelm (Ehrenpräsident Herr v. Hindenburg) zu glätten sein. Dann kanns losgehen. Denn daß das staatsanwaltschaftliche Verfahren das aufhalten wird, wird wohl außerhalb der sozialdemokratischen Bonzenschaft kein Mensch in der Welt glauben. Warum setzt man denn den General Reinhardt und seinen Generalkonsul nicht fest und gibt von dem Strafverfahren der Oeffentlichkeit nicht selber Kenntnis? Ach —, das würde vielleicht die Mobilisierung der Escherichschen Einwohnerwehren und die zarten Fäden stören, die sich bereits zwischen der bayerischen Orgesch und den Tiroler Heimwehren angespannen haben. Es ist alles wieder da, was seit den Tagen der Fememorde im Schatten versunken war, Schwarze Reichswehr und Hitlerbanden, die O. C. und der offene Geldbeutel der Borsiganer. Nur daß die militärische Organisation des ganzen sicherer klappt als vor 5 Jahren ist neu.

Faschistische Gefahr? Keine Spur. Hat doch der Berliner Polizeipräsident nicht nur die Aufmärsche des Roten Fortkämpfer-Bundes verboten, sondern auch die des Stahlhelms. Nur, daß es gegen den R. F. B. ernst gemeint ist! Es soll ja jüngst der Tod eines Jungdomannes von Kommunisten verschuldet gewesen sein. Nachgewiesen ist das zwar nicht, aber „einschreiten“ mußte der Sozialdemokrat Zörgiebel in diesem Falle endlich. Als unmittelbar vorher kurz nacheinander drei Kommunisten zuverlässig von Hakenkreuzlern umgebracht wurden, war es nicht so eilig mit dem Einschreiten.

Doch wir haben ja unsere Richter. Die schützen gewiß unsere Republik vor gewaltsamen Uebeltaten der Faschisten. Du meine Güte! Die Richter schützen Gott und sonst nichts in der Welt. Mehr als dreißig Gotteslästerungsprozesse geben ihnen neben der Ahndung der Not begehrlücher armer Teufel und der Jagd auf Phantasten, die eine bessere Welt für denkbar halten als die, die der liebe Gott uns mitsamt aller Demokratie geschenkt hat, so viel zu tun, daß sie darüber nicht auch noch aufpassen können, ob nicht etwa plötzlich Herr Hugenberg die Verwesung des Reichs in eigene Regie übernimmt. Außerdem ist doch denen nichts arges zuzutrauen, die einen Teil des Gottesschutzes auf sich nehmen und während George Grosz verknackt wird, weil er Christus eine Gasmaske aufgesetzt hat, dem Hasencleverschen lieben Gott mit Stinkbomben zeigen, wie er sich im Himmel aufzuführen hat. Uebrigens wird das Verhältnis Deutschlands zu Gott ja durch ein Konkordat geregelt werden, und Hugenberg und Ehrhardt, Reinhardt und Claß sind darüber einig, daß ihr faschistisches Direktorium die Belange Jehovas in ihrer Galgenverfassung voll und ganz respektieren werde.

Das deutsche Proletariat ist damit beschäftigt, andächtig zuzuhören, wenn sich seine Führer gegenseitig die dialektische Denkweise beibringen, indem sie einander die marxistische und die leninistische Bibel, das alte und das neue Testament auslegen und der eine dem andern die Thesen des 37. Plenums, der andere dem einen aber die Leitsätze des 126. Weltkongresses um den Schädel schlägt. Das Jahr 1929 aber, Genossen, wird euch nicht mehr fragen, ob ihr in theoretischen Auffassungen abweicht, sondern ob ihr vor praktischen Notwendigkeiten ausweicht. Der Faschismus ist im Anmarsch. Prosit Neujahr!

Schlußwort zum Falle Oestreich

Möge doch niemand denken, daß die Notwendigkeit, das Verhalten Rudolf Oestreichs zum Gegenstand öffentlicher Kritik zu machen, hier je die geringsten Empfindungen der Freude oder der Genugtuung erweckt hätte. Wenn die Kritik an der Ungeheuerlichkeit im FANAL teilweise in die Form spöttischer Bosheit gekleidet war, so geschah das, um nach Möglichkeit der Erbitterung und Beschämung einen noch halbwegs kameradschaftlichen Ausdruck zu geben. Erstaunlicherweise sind aber Stimmen laut geworden, die sich darüber verärgert zeigen, daß die inneren Streitigkeiten der anarchistischen Bewegung hier und anderswo überhaupt erwähnt worden sind. Der Sinn dieser Stimmen — entschuldigt, liebe Genossen, daß sehr deutlich gesagt werden soll, was ihr Sinn ist —, ihr tieferer Sinn bedeutet: Was sollen bloß die Leute von uns denken? — Es scheint doch wohl, daß die Leute, die nicht Anarchisten sind, von uns denken sollen, was sie gern denken mögen, daß sie aber nicht vom Anarchismus denken sollen, was die Idee des Anarchismus entwertet. Es handelt sich hier um den in der Geschichte der anarchistischen Bewegung aller Länder vollkommen unerhörten und für jeden, der das Wesen des Anarchismus einigermaßen kennt, gänzlich unfaßbaren Fall, daß ein Anarchist, noch dazu der innerhalb und außerhalb der Bewegung bekannteste Mann der bislang zahlenmäßig stärksten Gruppe der kommunistischen Anarchisten Deutschlands, einen anarchistischen Genossen wegen Ehrenkränkung, einen zweiten wegen Uebernahme der preßgesetzlichen Verantwortung für diese Ehrenkränkung zur „Bestrafung“ vor ein staatliches Gericht gezwungen hat, daß in einem organisatorischen Streitfall zwischen Anarchisten ein Amtsrichter von Anarchisten selbst zur Entscheidung angerufen wurde. Gingen wir in unserer Presse über diese krasse Verleugnung aller revolutionären Tradition gerade von anarchistischer Seite schweigend hinweg, nennten wir diese schlimmste Verfehlung, die am Geiste der Idee verübt werden kann, nicht in aller Öffentlichkeit beim Namen, dann käme das auf eine Bestätigung der von Oestreich in den anarchistischen Meinungskampf eingeführten Methode heraus, Anarchistenehre mit Bourgeoisehre gleichzusetzen, den Grad ihrer Verletzung vom Staat feststellen zu lassen, die Heilung der verletzten Ehre durch das Sympthiemittel der Geldstrafe in den Staatsbeutel zu bewirken und den Staat demnach allgemein als Rechtsinstitution anzuerkennen. Noch mehr: breiteten wir den Mantel des Schweigens über Oestreichs Streich, dann könnten uns proletarische Gegner des Anarchismus für einverstanden halten mit dem von Rudolf Oestreich durch die Tat aufgestellten Prinzip, daß die vom bürgerlichen Staat gewährte Pressefreiheit, die bis jetzt von uns wie von allen Revolutionären als höchst düfftig empfunden worden ist, zu weit gehe, und daß man, zumal gegen revolutionäre Schriftsteller alle Einengungsmöglichkeiten der Pressefreiheit, die das Strafgesetz vorsieht, bneutzen müsse, um die Kritik an anderen Revolutionären zu unterbinden. — Wäre es nicht gescheiter, die Genossen — es sind sogar jugendliche darunter —, die sich über den häßlichen Ton aufregen, der von mehreren Seiten zur Bödikerstraße hinübergeklingen ist, bemüht ihre Entrüstung lieber da, wo der Handel begann, als da, wo von ihm die Rede ist? — Aber, wird gesagt, es war wohl bloß eine Verirrung Oestreichs, die er aus Eigensinn zu weit getrieben hat! Die Sache ist nun einmal geschehen, und es wird ihm selbst schon übel genug dabei zumute geworden sein. Meint ihr? Nun, nachdem das Neuköllner Amtsgericht dem Verlangen Rudolf Oestreichs entsprochen hatte, die Genossen Rocker und

Rüdiger zu „bestrafen“, hatte der staatsloyale Rachedurst des Beleidigten immer noch keine Stillung. Der Patentanarchist, der in sich das EKKI der anarchistischen Fakultät personifiziert glaubt, ging hin und legte gegen das Urteil Berufung ein. Angeblich wollte er dadurch unsere Genossen zwingen, ihre Behauptungen, die ihn so schwer gekränkt haben, daß ein proletarisches Schiedsgericht ihm keine Rechtfertigung hätte schaffen können, vor der zweiten Instanz zu beweisen. Schade, daß er einen Tag zu spät kam mit seinem Einspruch gegen das allzu milde Urteil des Amtsrichters! Sonst hätten wir eine Wiederholung der Posse erlebt mit der Einlage: Wie Anarchisten, die nur vor Proletariern reden wollen, in gemeinsamer Arbeit eines Gerichtshofes und eines Anarchisten gegen ihren Willen das Maul aufgerissen werden kann. Da sich die Befristung des Einspruchs termins gegen Amtsgerichtsurteile wohltätig ins Mittel gelegt und den anarchistischen Ehrenhandel aus der bürgerlichen Rechtssphäre entfernt hat, wird es hiermit hoffentlich das letztmalig gewesen sein, daß diese ekelhaften Geschichte den kostbaren Platz des FANAL in Anspruch nehmen mußte. Aber darauf können sich alle Genossen verlassen, die selbst noch in einer so grundsätzlichen, in der anarchistischen Welt staunenerregenden Angelegenheit der Leisetreterei das Wort reden möchten: Wenn in einer Wohnung schlechte Gase ausströmen, muß man das Fenster öffnen. Wer sich davor scheut, damit die Passanten nicht merken, daß es im Hause stinkt, der darf sich nicht beklagen, wenn er und die Seinen im Gasgestank ersticken.

Ruhmloses Ende

Der Satz, man solle über die Toten nur Gutes reden, ist so verlogen wie die ganze Sprichwörterweisheit, mit der die Nutznießer ungerechter Einrichtungen ihre Schurkereien gegen das Lebensrecht ihrer Mitmenschen zu beschönigen suchen. Mögen sich die Lebenden so benehmen, daß man ihnen im Tode nichts Schlechtes nachsagen kann! — Sepp Oerter hat sich nicht allgemein so verhalten, daß er sich bei Revolutionären ein Andenken in Ehren gesichert hätte. Aber er hat seine seltsame Laufbahn in unseren Reihen begonnen, er hat sich in ehrlichem Wirken für die anarchistische Sache die furchtbare Last einer achtjährigen Zuchthausstrafe zugezogen, und er kehrte nach Ablauf dieser schweren Zeit in die Kampfgemeinschaft des revolutionären Proletariats zurück, stellte weiterhin seine ungewöhnliche Intelligenz, seine außerordentliche Arbeitskraft der anarchistischen Bewegung zur Verfügung. Vielleicht hatten ihn dennoch seine Kerkerjahre seelisch zermürbt. Er wurde abtrünnig und ging zur Sozialdemokratie. Im Kriege stand er auf der Seite der Opposition und trat bei der Spaltung zu den Unabhängigen über. Dann kam mit dem äußeren Aufstieg durch die Revolution der tiefe menschliche Niedergang. Welche Rolle Sepp Oerter in den Braunschweiger Kampfjahren gespielt hat, wird hoffentlich der alte Genosse August Merges, der dort der Räteidee der zielklarste Vorkämpfer war und ihr bis heute treu geblieben ist, einmal für die Nachwelt festhalten. Oerter wurde Ministerpräsident des Landes, trat wieder zur Sozialdemokratie über, verwickelte sich dann in peinliche Dinge, die sein Verschwinden aus der Öffentlichkeit zur Folge hatten. Plötzlich tauchte er wieder auf, und zwar bei den Faschisten. Doch schein man ihn auch in dieser Gesellschaft nicht lange seinem Ehrgeiz und seinen hohen Fähigkeiten ent-

sprechend geschätzt zu haben. In den allerletzten Jahren war es sehr still um ihn geworden, so still, daß sein Tod jetzt fast unbeachtet geblieben ist. Nirgends ist durch sein Abtreten eine Lücke entstanden; nirgends vermißt man den Mann, der uns einmal viel gegolten hat, den andere dann zu ihrem Führer machten. Sein Charakter war längst tot. An dem, was jetzt starb, ging der Menschheit nichts mehr verloren

Das Friedensfest von Lugano

Die Friedensengel von Locarno, die prämierten Herren Chamberlain, Briand, Stresemann, denen das Genfer Klima zu rauh war für ihre milden Seelen und knödelnden Kehlen, haben sich in Lugano hingesezt, um den Völkern das hübsche Spielzeug des ewigen Friedens zusammen zu basteln und unter den Weihnachtsbaum zu legen. Stresemann mußte den Kollegen von Paris und London begreiflich machen, daß Hermann Müllers Charakterklimmzug in Genf nur eine deutschnationale Galavorstellung für das Gemüt der heimischen Oberlehrer war, die die Tatsache anerkennen lernen sollen, daß ein sozialdemokratischer Reichskanzler in Deutschland ebenso gut Patriotismus zeigen kann wie ein wilhelminischer General. Darüber waren die Nobelbrüder denn auch nicht mehr böse. Sie sahen ein, daß der national-liberale Stresemann nach wie vor die Politik der europäischen Trustindustrie macht und in seiner reaktionären Zuverlässigkeit hinlänglich bekannt ist, um auf schwarz-weiß-rote Beteuerungen verzichten zu können. Immerhin erhielt er für den Heimatbedarf Gelegenheit, die große patriotische Walze in einem staatsmännischen Duett mit Herrn Zaleski aus Warschau ablaufen zu lassen. Das Gemüt der Oberlehrer kam dabei vollauf auf seine Kosten. Im übrigen befestigte man den Weltfrieden mit dem Beschluß, seine Verbürgung durch den Versailler Vertrag kräftig drohend bestehen zu lassen und auf pünktliche und reichliche Zahlung aus den Taschen der deutschen Arbeiter zu dringen. Das Problem, wie die nächsten Kriegsabsichten verwirklicht werden können bei gleichzeitiger Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der vergasten Luft, blieb vorläufig ungelöst. Darum rüstet man zunächst weiterhin nicht ab, sondern auf. Die Besetzung des Rheinlandes, so wurde ferner festgestellt, hat nichts mit den inbrünstig freundschaftlichen gegenseitigen Empfindungen zu schaffen, und über die Uebereinkunft, wie in einem gemeinsamen Kriege gegen Rußland die Funktionen zu verteilen sind und in welchen Koalitionen man den nächsten Weltkrieg untereinander auszutragen gedenkt, bewahrt man diplomatisches Stillschweigen. Herr Dawes aber erhält Gelegenheit, mit einem neuen Rat von Bankiers die deutschen Schulden und Abzahlungen neu zu regeln. Alle Dawesgewinner von 1924 berechnen bereits ihre Chancen. Das deutsche Kapital zumaß erhofft sich erhebliche Vorteile aus seinen Zahlungsverpflichtungen. Jetzt sind die Friedensengel alle wieder zu Hause. Der Engländer vendreht die Augen am Krankenbette seines Herrn und kalkuliert, wie man unter seinem Nachfolger Minister bleiben kann; der Franzose vergleicht Gewinn- und Verlustresultate aus der Bekanntschaft mit der tüchtigen Frau Hanau, und der Deutsche singt reinen Herzens: Stille Nacht, heilige Nacht — Im allgemeinen kann man mit dem Friedensfest von Lugano höchst zufrieden sein. Die europäischen Staatsmänner haben schon wieder über den Frieden verhandelt, ohne daß bis jetzt ein Krieg daraus entstanden wäre. Die Welt wird schöner mit jedem Tag.

Erklärungen

An die sozialistische Öffentlichkeit!

Es ist zwar peinlich, die Öffentlichkeit des Auslandes mit den inneren Konflikten der sozialistischen Emigration Rußlands zu beschäftigen. Wenn wir es aber diesmal tun so aus dem Bewußtsein heraus, daß der jetzige Konflikt der Auslandsdelegation der Linken Soz. Revolutionäre mit der Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokraten (Menschewiki) eine im höchsten Sinne wichtige Frage betrifft. Es handelt sich um die Frage der Unterstützung der **sozialistischen Gefangenen in Sowjetrußland**.

Zehn Jahre lang schmachten in den bolschewistischen Gefängnissen Tausende von Sozialisten und Anarchisten aller Richtungen. Die Gefangenen sind nicht nur ihrer Freiheit beraubt, sondern leiden unter unsäglichen materiellen Entbehrungen. Nur die winzigen Summen, die im Auslande gesammelt werden, suchen dieser materiellen Not etwas abzuwenden. Leider ist es bis jetzt so, daß eine großzügige gemeinsame Hilfsorganisation, die überall im Ausland allen sozialistischen Gefangenen helfen sollte, nicht zustande gekommen ist.

So hat das seit einigen Jahren in New York bestehende „Sozialistische Rote Kreuz“ das im Proletariat Amerikas für die Gefangenen in Sowjetrußland gesammelte Geld ausschließlich nur für die Sozialdemokraten und Rechten SR. verwendet. Linke SR. waren von dieser Hilfe, die quantitativ am bedeutendsten ist systematisch ausgeschlossen. Anfang dieses Jahres war ich, der Unterzeichner dieses, in New York, um dort die Hilfeleistung für die gefangenen Linken SR. zu organisieren. Eine persönliche Intervention beim „Soz. Roten Kreuz“ in New York blieb erfolglos. Unter verschiedenen formellen Ausreden wurde jede Hilfe verweigert. Bei der letzten Unterredung erklärte mir ein führendes Mitglied dieses Komitees sogar offen: „Wir lehnen diese Hilfe deshalb ab, weil Ihr damals zusammen mit den Bolschewiki Rußland zerstört hat.“

Da ich bei dieser Sachlage zur Organisation eines speziellen „Spiridonowa-Komitees“ schreiten mußte, begann in den sozialdemokratischen Kreisen New Yorks gegen mich eine maßlose Hetze, den Höhepunkt in einem Artikel erreichte, den der Redakteur der großen sozialistischen Tageszeitung „Forward“, A. Kahan, am 22. März in seiner Zeitung veröffentlichte. In diesem Artikel wurde auf Grund der „Informationen“ die A. Kahan aus Europa über meine Tätigkeit eingeholt hatte, der Versuch gemacht, meine Tätigkeit als Vertreter der Linken SR. zu verdächtigen und diese selbst von den Interessen dieser Gefangenen (darunter Maria Spiridonowa) zu trennen. „Die Sozialdemokraten bitten uns — so hieß es —, die Tatsache der Zugehörigkeit der Spiridonowa zu den Linken SR. nicht zu vermischen mit der Tätigkeit, die von Gen. Steinberg in Berlin oder zur Zeit in New York ausgeübt wird.“ Dieser Artikel, der auch in Amerika als eine Verdächtigung aufgefaßt worden ist, fügte dort selbstverständlich meiner Arbeit Schaden zu. Um mich zu vergewissern, ob dieser Artikel auf Informationen von einer verantwortlichen Stelle, nämlich von der Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokraten in Berlin, beruhe, telegraphierte ich und erhielt am 25. März von R. Abramowitsch eine Antwort des Inhalts, daß die soz.-dem. Delegation „keine Mitteilungen an das Rote Kreuz NewYork, auch keine über Spiridonowa, gegeben habe“. Diese authentische Erklärung wurde aber im „Vorward“ nicht abgedruckt. Als ich am 18. Mai bei A. Kahan persönlich anfragte, weshalb er denn nicht dieses Telegramm, das allen anonymen Verleumdungen die Spitze abbricht, veröffentliche, antwortete er

mir und bescheinigte es mir schriftlich, daß dieses Telegramm von R. Abramowitsch den Informationen, die er aus derselben Quelle erhalten habe, völlig widerspreche. Er wäre aber bereit, seinen Artikel zu berichtigen, wenn sich diese Angelegenheit geklärt haben würde.

Nach meiner Rückkehr nach Berlin unternahm ich es, durch Verhandlungen mit der Auslandsdelegation der SD., die Sache zu klären. Ich schlug der Delegation vor, eine Untersuchungskommission, bestehend aus zwei deutschen Genossen, zu bilden, die den offensichtlichen Widerspruch zwischen dem Telegramm von R. Abramowitsch und der Erklärung von A. Kahan aufklären und Schritte unternehmen sollte, um das Geschehene im „Vorward“ wieder gutzumachen. Drei Monate lang zog sich der Briefwechsel zwischen uns und der Auslandsdelegation der Sozialdemokraten (zu der R. Abramowitsch, F. Dan und andere gehören) hin und endete damit, daß die SD.-Delegation am 16. November es ablehnte, die Angelegenheit einer Kommission zu unterbreiten.

Damit haben die russischen Menschewiki mich gezwungen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß die Erklärungen von A. Kahan weniger glaubwürdig sind, als die der Berliner Menschewiki. Ich konstatiere, daß durch eine unaufgeklärte Zusammenarbeit russischer Sozialdemokraten in Berlin und in New York ein verleumderischer Artikel zustande gekommen ist, der die Geldsammlungen für die gefangenen Linken SR. moralisch und materiell treffen wollte und mußte. Nicht genug damit, daß ein „Soz. Rot. Kreuz“ in New York eine bedeutende Zahl von Gefangenen der Hilfe beraubt; verantwortliche Wortführer der russischen Sozialdemokraten in Berlin und New York suchen noch durch die ihnen zur Verfügung stehende Presse eine solche Hilfe auch anderwärts unmöglich zu machen. Ob aus falschen Prestige Gründen oder aus irgendeinem Schuldbewußtsein heraus lehnten die Sozialdemokraten eine neutrale Kommission ab. Sie haben damit in die schmerzliche Frage der Unterstützung der gefangenen russischen Revolutionäre, die insbesondere jetzt, in den zehnten harten Winter, ganz mittellos eintreten, den kleinlichen und verderblichen Parteigeist hineingetragen. Sie verirken damit das Recht, als Verteidiger aller sozialistischer Gefangenen in Sowjetrußland vor der Öffentlichkeit aufzutreten.

Gegen diese Handlungsweise der russischen Menschewiki erheben wir hiermit unseren Protest, im Bewußtsein, daß wir im Namen aller Gefangenen sprechen.

J. Steinberg.

Wir stellen fest, daß der Gen. Steinberg, bevor er sich jetzt an die Öffentlichkeit wendet, nichts unterlassen hat, um mit unsrer Hilfe die Angelegenheit durch eine Kommission untersuchen und klären zu lassen. Die Auslandsvertretung der Menschewiki hat die Kommission abgelehnt, obwohl die Angelegenheit im Interesse der in Rußland schmachtenden proletarisch-revolutionären Gefangenen und der internationalen sozialistischen Solidarität unbedingt der Klärung bedarf.

Th. Liebknecht. Franz Pfemfert.

Zur Kenntnis!

Im Verlage Rütten & Loebning, Frankfurt a. M., sind soeben in zwei starken Bänden die Briefe Gustav Landauers erschienen. Der Preis des Werkes beträgt geheftet 11,50 Mk., gebunden 16,— Mk. Das wichtigste Selbstbekenntnis unseres ermordeten Genossen, das seinen ganzen inneren Lebensgang spiegelt, ist bei der Geschäftsstelle des „FANAL“ zu beziehen.

Genossen! Deckt Euern Bedarf an Büchern durch „FANAL“ !

Jugendweihe der proletarischen Freidenker Berlins.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GPF.) Berlins veranstaltet die nächste Jugendweihe, aus sehr berechtigten Gründen, nicht mit der Kommunistischen Partei gemeinsam. Es ist daher eine bewußte Irreführung der Berliner Arbeiterschaft, wenn die KPD. ihre Parteiveranstaltung in der „Roten Fahne“ und „Welt am Abend“ als „Jugendweihe der proletarischen Freidenker“ ausgibt.

Die Frühjahrs-Jugendweihe der GPF. findet am 1. Ostertag, am 31. März 1929, in der „Volksbühne“, Theater am Bülowplatz, statt.

Anmeldungen zum Vorbereitungsunterricht, der von Genossen und Genossinnen gegeben wird, die seit Jahren der Jugend den Unterricht zur Jugendweihe erteilen, nehmen schon jetzt alle Funktionäre der GPF., im besonderen der Unterzeichneten, entgegen.

Genossen! Sorgt für Bekanntgabe dieser Erklärung. Uns sind die Tageszeitungen gesperrt. Werbt für rege Beteiligung an unserer Veranstaltung, die eine wirkliche Jugendweihe proletarischer Freidenker sein wird.

Die Jugendweihkommission der GPF.

Bezirk Berlin-Brandenburg.

I. A.: Rudolf Zimmer, Berlin N 58 Lettestr. 6.

An die aktiven Genossen zur Kenntnisnahme!

Wir suchen Material, Programme, Richtlinien, Entwürfe, Zeitungsartikel, Rundschreiben und dergleichen, die sich mit wichtigen Tagesfragen oder prinzipiellen Fragen oder mit der Bewegung befassen.

Oben angeführtes Material wünschen wir von allen links (der KPD.) stehenden Gruppen zum Zwecke der Ausarbeitung für „Die linksstehenden Arbeiterbewegungen in Deutschland“.

Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorg.) Hamburg.

Willy Schumann, Hamburg 33, Detmerstr. 12, III.

Der Reichskongreß

Die erste Reichszusammenkunft der Anarchistischen Vereinigung fand an den beiden Weihnachtstagen in Neukölln statt und nahm einen würdigen und befriedigenden Verlauf. Auf Beschlußfassungen, programmatische Festlegungen, Resolutionen und ähnliche Kundgebungen wurde vollständig verzichtet. Nur der nachfolgende Protest gegen die seit 19 Jahren fortgesetzte qualvolle Mißhandlung unseres Genossen Radowitzki durch die argentinische Regierung fand selbstverständlich die Zustimmung aller Versammelten:

„An die Argentinische Gesandtschaft, Berlin. Die am 25./26. Dezember 1928 in Berlin-Neukölln zur Reichskonferenz versammelte Anarchistische Vereinigung protestiert aufs schärfste gegen die längere Festhaltung ihres Genossen Radowitzki in den infernalischen Gefängnissen auf Feuerland durch die argentinischen Behörden und fordert seine unverzügliche Freilassung. Die Anarchistische Vereinigung verpflichtet sich, auf die deutsche Arbeiterschaft einzuwirken, um sie zur Anwendung der eindringlichsten verfügbaren Kampfmittel auch in Deutschland zu bewegen, die einen Druck auf die argentinische Regierung auszuüben vermögen. Dem Genossen Radowitzki spricht die Reichskonferenz ihre solidarische Sympathie aus.“

Ueber die Tagung insgesamt wird das Februarheft des „FANAL“ einen ausführlicheren Bericht enthalten.

≡ Anarchistische ≡ Vereinigung Berlin

Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr, im Lokal Köhler,
Neukölln, Ziethenstr. 64. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 10. Januar, spricht Meta Kraus-Fessel über:
Was geht das Proletariat die Sozialpolitik an?

Donnerstag, den 24. Januar, spricht Augustin Souchy über:
Die anarchistische Bewegung in Skandinavien.

Folgende Sammellisten wurden abgerechnet: Nr. 19: 12,— Mk.;
Nr. 33: 1,60 Mk.; Nr. 46: 10,— Mk., zusammen 23,60 Mk.
Fordert neue Sammellisten an!

Wintersporttreibende u. erholungsbedürftige Gesinnungsfreunde
finden in berg- und waldreicher Landschaft gute Unterkunft im
„Haus am grünen Weg“, Urach (Schwäb. Alb), Oberes Ermstal.

Vorläufige Anzeige

Zum 80. Geburtstag unseres im Jahre 1884 gesetzlich ermordeten Gen. August Reinsdorf und zum 50. Gründungstag der Mostschen Freiheit wollen die freiheitlichen Organisationen Berlins, nämlich die Freie Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten), die Anarchistische Vereinigung, die Anarchistische Jugend und die Syndikalistisch-anarchistische Jugend gegen Ende Januar 1929 eine gemeinsame große

Reinsdorf-Most-Feier

veranstalten. — Das Programm, der Saal und die genaueren Einzelheiten werden im „Syndikalist“ sowie im Mitteilungsblatt der Arbeitsbörse Groß-Berlin der FAUD. bekannt gegeben.

KIND UND ELTERNHAUS

Eine Stimme aus Amerika

von Dr. B. Liber

Verlag Hensel & Co., Berlin 1927

Preis 3,50 M.

**Vorzugspreis für die Leser des FANAL
2,25 M.**

Bestellungen durch die Geschäftsstelle des FANAL!

Die „Proletarische Revolution“ schreibt:

Dieses Buch, Eltern, gehört in Eure Hand! Gemeinsam, Vater und Mutter, müßt ihr es durchsprechen. Eure Angst vor öder Fachsimpelei ist in diesem Falle unbegründet: Liber spreizt sich nicht in höheren Geistesregionen, er langweilt nicht, er ist ein natürlicher, ganzer Mensch und nur Mensch. Und deshalb wirkt er in jedem Wort durch lebendige, selbstverständliche Einfachheit! — Auf Freiheit, Wahrheit und Achtung vor der kindlichen Persönlichkeit baut der Verfasser seine Existenz auf. Der Zweck der Erziehung ist „das Kind so glücklich als möglich zu machen.“ Der Verfasser mag vielleicht den hemmenden Einfluß unserer wirtschaftlich-sozialen Lage zu gering bewerten, viele seiner Ratschläge aber können heute schon von uns verwirklicht werden und dazu dienen, — das ist für uns das Wesentlichste! — willensstarke, gegen das Unrecht ankämpfende Menschen zu erziehen. Aber das „Unrecht“ erkennen? Kinder, die zur Selbständigkeit den Weg nicht durch das mütterliche oder väterliche Gängelband versperrt bekommen, auf ihr „Warum“ immer eine vernünftige Antwort erhalten, vor keinem Buzemann sich ängstigen, werden in dieser Welt bürgerlicher Verlogenheit jedenfalls leichter hinter der Kulturtünche die Kulturbarbarei erkennen, ihre Ursachen ergründen und vor allem auch den Mut aufbringen, aus ihren Erkenntnissen die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Wer von den Eltern die sechs Teile dieses Buches (Grundfehler — Einige praktische Ratschläge — Beispiele aus dem täglichen Leben — Kind und Geschlechtlichkeit — Kind und Gesundheit — Aussprache) gelesen hat — und anfangen heißt in diesem Falle bestimmt zu Ende lesen! —, der sieht nicht nur sein Kind, sondern auch sich in neuem Lichte, sieht seine — Unnatur. Und bei dieser Selbstbetrachtung können einem manchmal die Haare zu Berge stehen! Es ist eben leider so, wie der Verfasser im 6. Teil in einer Erwiderung an Upton Sinclair schreibt: „Ja, es ist für Revolutionäre recht leicht, über Freiheit zu reden; die Stichprobe dafür, wie weit ihre Liebe zur Freiheit reicht, liegt in der Feststellung, in welchem Verhältnis sie zum Kinde stehen. Stimmt da etwas nicht, dann bedarf ihre revolutionär-freiheitliche Auffassung einer Korrektur.“

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Das Wehrproblem	—	Kongreß-		
Bericht	—	kladderadatsch	—	Immer-
treu und Redlichkeit	—	Richard		
Greiling	—	August Reinsdorf	(Gedicht)	
—		Absage an die Rote Hilfe		

NR. 5

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

FEBRUAR 1929

DAS LITERATURBLATT DER GEGENWART

DIE NEUE BÜCHERSCHAU

DICHTUNG - KRITIK - GRAFIK

Herausgeber: **Gerhart Pohl**

VII. Jahrgang / 1. Heft / Januar 1929

Aus dem Inhalt:|

ZOLA UND SEIN KREIS

Unveröffentlichte Aufzeichnungen Zolas

DER NEGER JEFF

Erzählung von Theodore Dreiser

UNBEKANNTE BRIEFE

VON EDGAR ALLAN POE

Gerhart Pohl: **Lessing und Mehring**

Gedicht von **Gottfried Benn**

Erzählung eines Arbeiters

Film / Radio / Schallplatte

Kulturnotizen / Bemerkenswerte Bücher

Unbekannte Bilder von Baudelaire und Zola

Zahlreiche Illustrationen u. v. a.

Einzelheft 1.— Mk.

Vierteljahresabonnement 2.50 Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kioske oder direkt vom
ADALBERT SCHULTZ - VERLAG, BERLIN-WILMERSDORF I

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 5

Februar 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Döbrichkuchingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das Wehrproblem

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich von einem eigens dazu eingesetzten Ausschuß „Richtlinien der Wehrpolitik“ ausarbeiten lassen, die den nächsten Parteitag in Magdeburg beschäftigen sollen. Dieser Ausschuß, bestehend aus rechten, zentristischen und — hup — linken Parteivertretern, hat etwas zustande gebracht, was den demokratischen Realpolitikern aller Sorten überaus weise scheint, ein Kompromiß mit dem Charaktermerkmal aller Kompromisse, also aller Gesetze: jeder Standpunkt soll zu seinem Recht kommen und niemand wird zufrieden gestellt. Doch damit mögen sich die Realpolitiker abfinden, wie sie mögen. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage geht den Revolutionär nicht allzuviel an. Was wesentlich an den vorgelegten Richtlinien ist, ist zugleich von sozialdemokratischen Gesichtspunkten aus selbstverständlich. Einer Partei, die noch nie antimilitaristisch war, auch nicht, als sie sich selbst noch revolutionär vorkam, kann man gerechterweise keinen Antimilitarismus zumuten, wenn sie inzwischen konservativ geworden ist, den Staat, der sie erhaltens- und verteidigungswert dünkt, verantwortlich mit regiert und seine Grenzen nebst seinen Einrichtungen für schutzbedürftig hält. Der Grundsatz der Wehrhaftigkeit des Staates wird also von den Sozialdemokraten aller Richtungen, die an dem Kompromiß mitgewirkt haben, bejaht, was für Leute, die den Staat überhaupt bejahen, nur folgerichtig ist.

Natürlich heißt das Heer bejahen den Krieg bejahen; aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich auch niemals gescheut, das ausdrücklich anzuerkennen. Wer die Schriften von Marx und Engels kennt, wer zumal ihren Briefwechsel gelesen hat, weiß, wie wenig sie zauderten, Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten nicht nur

in ihre politischen Berechnungen zu ziehen, sondern selbst ihre Politik auf die Herbeiführung kriegerischer Verwicklungen zwischen den kapitalistischen Staaten abzielen und im Verlaufe ausgebrochener Kriege mit aller Kaltblütigkeit für einen gegen einen andern der beteiligten kapitalistischen Staaten Partei zu nehmen. Die Wehrpolitik der Sozialdemokraten auch schon zu Lebzeiten der Parteigründer war nicht im Entferntesten auf die Abschaffung der Kriege, geschweige denn auf die Entwaffnung des Staates gerichtet. Die parlamentarischen Anträge zum Militäretat, Anträge, die den Arbeitern als Ausflüsse grundsätzlicher Opposition einer antimilitaristischen Partei mundgerecht gemacht wurden, forderten nicht die Abschaffung der Armee, sondern ihre Umwandlung in eine Miliz nach Schweizer Muster. In August Bebels berühmten Reichstagsreden zum Titel „Gehalt des Kriegsministers“ kehrten alljährlich die gleichen Vorwürfe gegen die zweckwidrige bunte Soldatenkleidung wieder. Bebel war der Vater der feldgrauen Uniform, er wettete gegen die weithin sichtbaren blanken Waffenrocksknöpfe und gegen die Schimmel der Hauptleute, die dem Feinde als willkommene Zielscheiben dienen müßten. Ich wiederhole hier die Worte, die ich in andern Zusammenhänge schon einmal zitiert habe (FANAL, Jhg. I, Nr. 11, S. 164 f in dem Aufsatz über „Die Eroberung des Staates“) die er am 7. März 1904 im Deutschen Reichstag sprach: „Wenn es sich je bei einem Krieg um Deutschlands Existenz handelt, werden auch wir bis zum letzten Mann kämpfen, um unser Vaterland, unsern Boden zu verteidigen. Allzeit und jederzeit werden wir den Versuch, auch nur ein Stück Boden von Deutschland abzureißen, bis zum letzten Atemzug bekämpfen.“ So August Bebel 10 Jahre vor Ausbruch des großen Krieges. Bekannt ist sein späteres Bekenntnis, wenn es gegen das kosakische Rußland gehe, werde er selbst noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen und Deutschland verteidigen; aber zumeist schon vergessen ist sein Verhalten im Jahre 1913, als die Reichsregierung mit der Erhebung des sogenannten Wehrbeitrages von 1 Milliarde Mark als einmalige Besitzabgabe die finanziellen Vorbereitungen zu dem beabsichtigten Feldzug von 1914 einleitete. Der Alte dirigierte von seinem Sterbelager aus das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die den ersten (Vor-)Kriegskredit mit der intelligenten Begründung bewilligte, die Besitzenden müßten ihn ja selber zahlen. Kurz nach dieser Unterwerfung unter das Joch der Generäle Wilhelms II. fand der letzte Parteitag der alten Sozialdemokratie in Jena statt. In der Zwischenzeit starb Bebel, nicht ohne seinem Freunde Molkenbuhr noch die Anweisung gegeben zu haben, der Parteitags-Diskussion über den Verrat der Arbeiterschaft an das Militär „den Hals umzudrehen“

(vgl. meine fingierte „Parteitagsrede“ im „Kain“, Jahrg. III, Nr. 7, 1913, abgedruckt in „Alarm. Manifeste aus 20 Jahren“, Verlag „Der Syndikalist“). Die letzte politische Lebensäußerung Bebels war somit eine scharfe Absage an die von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ledebour und Geyer geführte antimilitaristische Opposition in der Partei und das Bekenntnis zu der Politik der Vaterlandsrettung, die unter seinem Nachfolger im Parteivorsitz Ebert ihre glorreiche Zeit erlebte.

Soll man verlangen, die verwelste und zerstampfte Scheidemannschaft, die in 4^{1/2} Kriegsjahren mit den Hindenburglichen aller Richtungen jede schäbigste Ludendorfferei Hurra schreiend mitmachte, die den Bethmännern auf jeden Hollweg folgte, müßte jetzt „ihrer“ Reichswehr versagen, was sie Wilhelms Garden zugebilligt hatte? Die Sozialdemokraten haben zum Einfall Emmichs in das neutrale Belgien Bravo gerufen wie zu jeder andern Schandtat der Kriegführung, soweit sie auf deutsches Konto kam; sie haben das „Völkerrecht“ der Imperialisten heilig gesprochen für die „Feinde“, den deutschen Lügensiegern aber alle Kredite bewilligt und jedes Vertrauen bekundet auch noch, als die die moderne Kriegführung mit Verwendung von Flammenwerfern, Giftgasen, Flugzeugbombardement auf die Arbeiterviertel unbefestigter Städte, Torpedierung von Passagier- und neutralen Handelsschiffen und Raubinvasionen in Länder bereicherten, mit denen schon Friede geschlossen war (Rußland und Ukraine). Danach waren sie es, die selber die Nachfolge der Hohenzollern-Armee organisierten, die Freikorps und „Grenzschutz“-Formationen, die Garde-Schützen-Divisionen und Offiziers- und Studentenbünde, deren Weg aus dem Edenhotel über die Leichen Liebknechts und Rosa Luxemburgs nach München zu den Mordstätten Stadelheims und des Schlachthofs, über Mechterstädt nach Mitteldeutschland und zum Teil in Ehrhardts Organisation Consul, zum andern Teil in die Casinos und Offiziersmessen der republikanischen Reichswehr und der wikingverbündeten Flotte führte. Wenn die Herren jetzt, nach zehn Jahren, in ihre Wehrprogrammssuppe pazifistische Semmelbrocken schütten, so hat die Arbeiterschaft davon ebensoviel Nutzen wie davon, daß Herr Gustav Noske sozialdemokratische Parteimarken klebt. Wie der Herr, so 's Gescherr. Die Reichswehrsoldaten werden von Monarchisten für ihre Aufgaben ausgesucht und ausgebildet; läßt man schon mal einen Außenseiter als Renommier-Republikaner dazwischen, so verblaßt die schwarzrot-goldene Gösch in seiner Seele nicht weniger schnell als es bei den Ministern der Reichswehr der Fall war: Noske war ja von Anfang an hoffnungslos; der demokratische Charakterathlet Geßler löste ihn ab, um der republikanischen Staatsform im Heere der

Republik Respekt zu verschaffen; er endete als Vertrauensmann der wilhelminischen Generäle, — Seeckts Sitzredakteur, nannte ihn sein bayerischer Ministerkollege Emminger. Jetzt erst haben die Sozialdemokraten einen Reichswehrminister, dem sie die Republikanisierung der Reichswehr freudig zutrauen: Gröner, von Wilhelm selbst noch zum General erhoben, wird bestimmt aus den deutschvölkischen Gefreiten und den deutschnationalen Wachtmeistern des Heeres so gute Republikaner machen, wie die Offiziere dieses Heeres aus dem Sozialdemokraten Noske und dem Demokraten Geßler gute Monarchisten gemacht haben. Am 18. Januar z. B. ließ Gröner sein Ministerium zur Feier der Kaiserproklamation in Versailles in schwarzweißbroter Jubelpracht erstrahlen, und wir wollen mal sehn, was uns alles die republikanische Beschwerdestelle nach dem 27. Januar von den Freudenfesten der republikanischen Wehrmacht zum 70. Geburtstag des allergnädigsten Herrn des republikanischen Reichspräsidenten und der übrigen republikanischen Generäle zu erzählen haben wird.

Das Wehrprogramm der Sozialdemokratie mag in Magdeburg ausfallen wie es wolle. Da die sozialdemokratische Partei nicht revolutionär ist, hat die revolutionäre Arbeiterschaft ihre Kritik an der staatlichen Waffenmacht garnicht an sozialdemokratische Willenskundgebungen anzuschließen. Die Parteikommunisten, die die Veröffentlichung des Richtlinien-Kompromisses zum Anlaß einer neuen wütenden Entlarvungspropaganda gegen die Sozialdemokraten nahmen, an denen doch wahrhaftig nichts mehr zu entlarven ist, schwanken in ihrer Stellung zur Wehrfrage so vieldeutig umher, daß das Proletariat durch sie kaum zur Klarheit in der Beurteilung dieses wichtigen Zeitproblems gelangen kann. Sicher sagen sie viel Zutreffendes, wenn sie das Wesen der Armee im kapitalistischen Staate allgemein kritisch aufzuzeigen suchen. Sie wissen, daß die Reichswehr, wenn es selbst gelänge, Führer und Mannschaft zur Anerkennung der seit 1918/19 geschaffenen innerdeutschen Verhältnisse zu gewinnen, nichts anderes ist und sein kann als ein Werkzeug imperialistischer Kräfte auf dem Konkurrenzmarkt der internationalen Ausbeutung und als ein Mittel zur Einschüchterung und Niederhaltung der arbeitenden Klasse. Aber diese Erkenntnis bedeutet wenig, solange man den Kampf gegen diese gegenrevolutionäre und den Krieg fördernde Einrichtung mit parlamentarischen Anträgen führt, deren Annahme vom guten Willen der Parteien abhängt, die den Bestand der Wehrmacht als Bedingung des Bestandes ihrer Wirtschaftsmacht brauchen. Völlig im Widerspruch zu der Einsicht der Kommunisten in die wirkliche Bedeutung der Armee steht es natürlich, wenn sich ihre parlamentarischen Anträge auch

noch wie anno Bebel auf Reformen innerhalb der Heeresorganisation, auf die Ausdehnung des Wahlrechts für die Reichswehrangehörigen und gar auf ihre bessere Besoldung beziehen. Man kann den Arbeitern nicht gleichzeitig sagen: diese Leute tragen ihre Waffen, bedienen ihre Geschütze, erlernen alle ihre Obliegenheiten ausschließlich zu eurem Schaden; aber, da es zumeist Söhne von Proletariern oder Bauern sind, würdigt sie als Klassengenossen und bedauert sie, wenn sie von ihren Vorgesetzten geschurigelt werden. Die Zersetzungsarbeit opferfreudiger Kommunisten durch Verbreitung revolutionärer Flugblätter unter Reichswehrsoldaten in Ehren. Aber glaubt denn wirklich ein denkender Genosse, ein siebenmal nationalistisch gesiebtes Söldnerheer könne durch solche Mittel in revolutionären Kämpfen neutralisiert oder gar für die andere Seite der Barrikade gewonnen werden? Selbst eine auf allgemeiner Wehrpflicht aufgebaute, also in ihrer Zusammensetzung fluktuierende Armee ist, solange keine Revolution die Zersetzung von selbst besorgt, durch Schürung der Unzufriedenheit von außen her in ihrer Disziplin kaum zu erschüttern.

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat in der verschrobenen Gelehrtensprache, die deren programmatische Kundgebungen von jeher auszeichnet, umständliche Erklärungen über die Wehr- und Kriegsmaßnahmen des Imperialismus ausgearbeitet und davon „Kriegsthesen“ abgeleitet, die die kommunistischen Auffassungen enthüllen sollen. Leider ist jedoch mit diesen schön geordneten Begriffsknetereien im Hinblick auf die unmittelbaren Aufgaben des Proletariats in seiner Ablehnung der militaristischen „Friedens“-politik der Staaten wenig anzufangen. Eher verwendbar, um mit aller Heftigkeit dazu Nein! zu sagen, ist das Wehrprogramm der ausgeschlossenen Brandler-Gruppe. Ich zitiere aus Brandlers Aktionsprogramm, und zwar nach der „Roten Fahne“, die die Sätze mit deutlichsten Anzeichen der Mißbilligung nachdruckt, ohne in dessen ihre eigene Meinung in positiver Form erkennen zu lassen: „Unser Interesse“, schreibt also Brandler, „erfordert, daß möglichst viel klassenbewußte Proletarier Waffen in die Hand bekommen, daß möglichst viel klassenbewußte Proletarier den Waffengebrauch erlernen und daß sie das Heer zahlenmäßig beherrschen.“ Daher sei vom proletarischen Klassenstandpunkt aus die allgemeine Wehrpflicht dem Söldnerheer vorzuziehen, die Ablehnung der Wehrpflicht nütze demnach nur der Bourgeoisie. Bestände das Heer in Deutschland dank der allgemeinen Wehrpflicht in seiner Mehrheit aus Arbeitern, so könnte revolutionäre Propaganda es umso leichter für die Zwecke der Bourgeoisie unbrauchbar machen und „in ein revolutionäres Kampfinstrument verwandeln.“ Seltsam, daß dann wäh-

rend der Zeit des Sozialistengesetzes, später in den neunziger Jahren und vor allem im Kriege das auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Heer des Bismarck-Reiches sich gegen jede, Jahrzehnte hindurch gerade auch von anarchistischer Seite versuchte revolutionäre Propaganda völlig immun erwies. Ja, im Kriege bedurfte es erst — abgesehen von der Reichpietsch-Köbis-Bewegung in der Flotte 1917 — der vernichtenden militärischen Niederlage im Felde und der in Aktivität geratenen Empörung des Hinterlandes, um die Armee in denkbar zahmsten Formen zum Anschluß an die Revolution zu bewegen. Brandler empfiehlt schließlich die Miliz als die organisatorische Form der Armee, die die beste Eignung besitze, die Waffen in die Hand der Arbeiterklasse zu bringen. Und die Schweiz? Man sollte denken, daß wenn Brandler recht hätte, die Schweizer Arbeiter, die den Druck der kapitalistischen Ausbeutung nicht minder spüren als die deutschen, längst den gewünschten Gebrauch von dem hinter dem Küchenspind verwahrten Schnellfeuergewehr gemacht hätten.

Von anarchistischen Gesichtspunkten aus wird das Problem offenbar ganz anders angefaßt werden müssen. Zunächst: der Kampf gegen das Heer kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen den Staat. Wo Söldner die Staatsmacht bewehrt machen, fällt die einfachste und selbstverständlichste Form der Bekämpfung der Wehrmacht in Gestalt der persönlichen Dienstverweigerung fort. Das ist die direkte Aktion, die unmittelbare Einwirkung, die in Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht von selbst geboten ist. Da aber dem Arbeiter kein anderes Kampfmittel innerhalb der gegebenen Verhältnisse zur Verfügung steht als die Einsetzung oder Verweigerung der eigenen Person, so liegt sein Kampffeld gegen den Reichwehrmilitarismus außerhalb der Kasernen, da, wo er mit seiner Kraft für die Zwecke des Militarismus gebraucht wird: in den Waffen- und Munitionsfabriken. So unwürdig es eines revolutionären Arbeiters ist, sich am Bau von Gefängnissen zu beteiligen, so wenig sollte er seine Arbeitskraft dazu hergeben, dem Staat die Blutmittel zu seiner und der Seinen gewaltsamen Niederzwingung zu bereiten. Nun ist es freilich wahr, daß das Rezept: schafft keine Kriegsmunition! in dieser allgemeinen Anweisung undurchführbar ist. Denn die Arbeitsweise des Kapitalismus in seiner modernen Form läßt ja den Arbeiter in zahllosen Fällen garnicht erkennen, was und wofür er schafft. Niemand kann aus der kapitalistischen Gesellschaft ausbrechen; sie kann nur von der Revolution zerschlagen werden. Wer in einem der großen Farbwerke arbeitet, hat keine Ahnung, ob das unkenntliche Teilprodukt, das seinen Händen am laufenden Band entquillt, in ein medizinisches Präparat zur Heilung

leidender Mitmenschen oder in ein Vergasungsgift zur Ausrottung von Ungeziefer oder proletarischen Kindern ausmünden wird. Wenn wir während des Panzerkreuzerspektakels Zettel geklebt haben mit der Losung: Wollt ihr keine Kriegsschiffe, so baut sie nicht!, so war uns wohl bewußt, daß ein Panzerschiff gleichzeitig in hunderten der verschiedenartigsten Industriebetriebe in Arbeit genommen wird. Aber schließlich werden doch wohl alle Teile zusammengefügt, und es hätte genügt, wenn sich alle revolutionären Organisationen Deutschlands verbunden hätten zu der Forderung an die Arbeiter: Hände weg von dem Dock der Kieler Werft, auf dem das Gerüst für den Panzerkreuzer A entstehen soll! Revolutionäre Arbeiter: bestreikt Gewerkschaften, arbeitet nicht in Betrieben, in denen Granaten gedreht werden, verweigert die Mitwirkung an einer Produktion, von der ihr bestimmt wißt, daß sie Militärzwecken des Staates dienen soll! Gewiß sind das Parolen, die vorerst nur von wenigen besonders opferbereiten Arbeitern befolgt würden, aber sie haben revolutionären agitatorischen Gehalt, der von jedem Klassenkämpfer verstanden wird. Darauf kommt es an.

Daß die Gefahr eines neuen europäischen Krieges außerordentlich groß ist, wissen ja allmählich die meisten Zeitungsleser. Wer noch gezweifelt hat, wird wohl durch die Veröffentlichung der Gröner'schen Denkschrift über die Notwendigkeit des Panzerkreuzers belehrt sein. Die einzige wirksame Begegnung dieser ungeheuren Gefahr wäre die zweifelsfreie Ueberzeugung der herrschenden Klasse, daß das Proletariat schon die Mobilmachung durch Einsetzung seiner Kampfmittel, Generalstreik, Sabotage des Transportes und grundsätzliche Verweigerung der Mitwirkung am Kriege selbst verhindern würde. Aber gerade gegen diesen Gedanken sträuben sich die Kommunisten aller Parteigruppen am allerentschiedensten. Als ich kürzlich in einem engeren Kreise, in dem August Thalheimer referiert hatte, diesen Standpunkt verteidigte, traten nach einander zwei Zentrale-Kommunisten und von den Rechten Frölich, Brandler und Thalheimer gegen mich auf und bezeichneten den Vorschlag als vollkommen verfehlt. Diese Uebereinstimmung der Ansicht aller Marxisten ist nur natürlich. Die Verweigerung der Heeresfolge und der Munitionsherstellung bedingt die Selbstverantwortung des Einzelnen, die wiederum von keinem autoritären Empfinden und Wollen aus erträglich ist. Eine solche Aktion, in großem Maßstabe durchgeführt, träfe ideemäßig das zentralistische Prinzip, das Prinzip der Unterordnung und der Obrigkeitdisziplin in jeder Form und müßte daher zur ideologischen Untergrabung aller marxistischen Parteigebilde führen.

Das Wehrproblem ist aber endlich auch in seiner Beziehung zum

offenen revolutionären Kampf zu untersuchen. Hier scheidet für die Leser des FANAL selbstverständlich die Frage, ob überhaupt ein bewaffneter revolutionärer Kampf vom Proletariat geführt werden soll und darf, ganz aus. So lange Waffen vorhanden sind, die gegen das Proletariat losgehen, müssen diejenigen, die sie anzuwenden gedenken, wissen, daß auch gegen sie Waffen losgehen können. Es ist aber denen, die meinen, die Arbeiter müßten in die bewaffneten Formationen des Gegners eintreten, um Gewehre und Panzerwagen in ihren Besitz zu bekommen, zu erwidern, daß alle geschichtlichen Erfahrungen beweisen, daß die Richtung, nach der die Flinten knallen, nicht vom Rekruten, sondern vom Feldmarschall bestimmt wird. Eine revolutionäre Erhebung schafft immer die Möglichkeit der Bewaffnung der Revolutionäre aus sich selbst. Entweder steckt die Revolution das staatliche Militär an — das hängt von objektiven Bedingungen ab, nicht von gescheiter Taktik — oder die Arbeiterschaft entwaffnet das Militär. Wesentlich ist dann nur, daß die Waffen nicht der eigenen Verfügung der revolutionären Arbeiterschaft wieder abgenommen werden und etwa in die Hände eines Führerklüngels geraten, der immer und unvermeidlich gesonderte Interessen jenseits der Klasseninteressen verfolgt. Wesentlich ist ferner die Lösung der Führerfrage während der bewaffneten Kämpfe, die in einem besonderen Artikel über das Führerproblem insgesamt versucht werden soll. Endlich aber ist nach siegreichem Ausgang des revolutionären Waffenkampfes die Frage nach dem bewaffneten Schutz der revolutionären Erfolge zu prüfen. Hier erst gewinnt der Gedanke an eine proletarische Miliz praktische Bedeutung. Hier nämlich muß streng unterschieden werden zwischen Roten Garden und einer sogenannten Roten Armee, wenigstens, wenn man mit diesem Begriff Vorstellungen verbinden will, die ihre Nahrung aus den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland ziehen.

Allgemeine, für alle Fälle zutreffende Regeln für die militärische Sicherung der Revolution lassen sich nicht aufstellen. Soviel aber kann ohne Einschränkung festgelegt werden: Ein Revolutionsheer kann nur ein Freiwilligenheer sein. Das Hineinpressen politischer Gegner oder Neutraler in eine militante Formation muß die Begeisterung lähmen und die Revolutionstruppen, die ihre Schlagkraft nie aus alter Schulung, sondern immer nur aus dem Feuer der sittlichen Idee ziehen, entwerten. Wenn der russischen Armee irgend etwas in der Sympathie des revolutionär gestimmten Weltproletariats geschadet hat, so ist es der Dienstzwang, der nicht nur Klassengegner in den Kampf für ihnen entgegengesetzte Ziele nötigt, sondern der auch Anhänger der reinen Gewaltlosigkeit, die oft herzlich gern ihre geistigen Kräfte in den Dienst der Revolution stellten,

zu Handlungen zwingt, die sie künstlich zu Feinden auch des Kampfs zweckes machen. Doch ist auch diese traurige Entwicklung der russischen Angelegenheiten nur eine notwendige Folge des Grundfehlers gewesen, an die Stelle des von den revolutionären Bauern und Arbeitern vorbildlich zerstörten alten Staates einen neuen Staat zu setzen, der nach und nach alle schlechten Eigenschaften jedes Staates wieder annimmt.

Die Rote Armee in Rußland ist ein stehendes Heer: das unterscheidet sie von einer Roten Garde, die eine wirkliche Kampftruppe aus bewaffneten Revolutionären wäre. Jedes stehende Heer, auch wenn es sich Rote Armee nennt, hat aber die Tendenz, sich zur herrschenden Kaste über alle anderen Gesellschaftskreise aufzuwerfen. Wir sehen in der Deutschen Reichswehr das deutlichste Beispiel. Jedes stehende Heer zudem, auch wenn es sich Rote Armee nennt, entwickelt sich unausweichlich zu einer Polizeitruppe und wendet ihre Kräfte gegen den wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung im Dienst des wirtschaftlich starken Teils, der immer und unter allen Umständen auch der politisch beherrschende Teil ist oder in kurzer Zeit wird. Wo ein revolutionäres Proletariat die Entstehung einer Nep-Bourgeoisie zuläßt und zugleich eine stehende Armee unter Waffen hält, wird es früher oder später erleben, daß die Armee im Dienste der Bourgeoisie zum Büttel des Proletariats wird.

Das Wehrproblem ist eines der ernstesten Probleme, die dem Proletariat gestellt sind. Wir meistern es nicht mit Phrasen, sondern mit Denken.

Kongreß-Bericht

Es ist vielleicht etwas zu feierlich ausgedrückt, wenn wir die Zusammenkunft der Genossen an den Weihnachtstagen in Neukölln als Kongreß bezeichnen. Es handelte sich eher um eine Aussprache von Anarchisten, die übereinstimmend der Meinung sind, daß unsere kranke Zeit als Medizin zur Vorbereitung des notwendigen operativen Eingriffs der Revolution autoritäre, freiheitliche Gedanken aufnehmen muß. Es ging nicht um die Schaffung eines neuen eng umhögten Organisationsgebildes, sondern um Verständigung von Menschen, die durch eine Weltanschauung geeint sind, in der Frage, wie diese Weltanschauung für den Klassenkampf des Proletariats und für die Gestaltung der künftigen Gesellschaft revolutionär fruchtbar gemacht werden könne. Auf Verständigung, nicht auf Festlegung und programmatische Uebereinstimmung war daher der Ton des ganzen Zusammenseins gestimmt. Man wollte Arbeit leisten, jeder auf seinem Gebiete, jede Gruppe in ihrer Weise, und das Ergebnis der Veranstaltung war denn auch, ohne schriftliche Bindungen, das Uebereinkommen, einander zu fördern und die Tätigkeit durch engere Föhlung der Kameraden untereinander und von Fall zu Fall gemeinsame Aktionen zu erleichtern.

Der Geist guter Kameradschaft trotz verschiedener Auffassungen im einzelnen beherrschte die Aussprache, und das beste Zeichen für den produktiven Willen der Teilnehmer ist, daß die übeln Vorgänge, die die Atmosphäre innerhalb der anarchistischen Bewegung in der letzten Zeit vergifteten, kaum erwähnt wurden. Es soll niemand an seiner Arbeit gehindert werden; wer wider den Geist der anarchistischen Idee handelt, soll nicht bekehrt werden durch Anwendung seiner eigenen Methoden gegen ihn, sondern er soll widerlegt werden durch die richtige Anwendung der Idee. Mögen die Genossen vergleichen, wessen Tätigkeit sie endlich würdiger und zweckvoller finden.

Anwesend waren etwa 30 Genossen und Genossinnen. Mehrere Gruppen, die ihre Beteiligung zugesagt hatten, konnten leider die Geldmittel nicht aufbringen, um ihre Delegierten zu entsenden und mußten sich mit Begrüßungsschreiben begnügen. Als Gäste nahmen ein spanischer Genosse und eine schweizerische Genossin an den Verhandlungen teil. Die anarchistische Jugend und die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) hatten Vertreter geschickt. Als sympathisierender Gast war die Genossin Meta Kraus-Fessel erschienen.

Gen. Gustav Lübeck-Neukölln eröffnete den Kongreß mit einer Begrüßungsansprache, an die er eine kurze Erklärung der Absicht der einladenden Gruppe angeschlossen. Es sei nicht geplant, eine Konkurrenzorganisation zur Föderation kommunistischer Anarchisten zu gründen. Die Anarchistische Vereinigung betrachte es als ihre Aufgabe, ein Bindeglied zwischen den Anarchisten zu werden, denen der Rahmen der alten anarchistischen Organisation zu eng geworden ist. Wir wollen nicht entzweien, sondern stärken wirken. Die Anarchistische Vereinigung lasse ihre Ausdehnung auf das Reich und darüber hinaus auf das ganze Ausland zu. Keinesfalls solle ein Zentralsitz der Organisation, etwa in Berlin, geschaffen werden, wodurch nur wieder eine Art Parteizentrale mit einem anderen Namen entstehen würde. Daher müsse zum Beispiel der Sitz der Reichsinformationsstelle von Jahr zu Jahr gewechselt werden. Die Teilnehmer dürfen sich nicht damit begnügen, nach außen hin zu sagen: Wir sind vorhanden! — sie müssen zum Geschehen in der Umwelt Stellung gewinnen und Klarheit schaffen, wie der Reaktion von den Anarchisten zu begegnen und der Arbeiterschaft zu helfen sei.

Nach der Verlesung von Begrüßungsschreiben der Genossen aus Wesermünde, Gütersloh und Halle, die zum Teil sehr wertvolle Anregungen enthielten, nahm der Gen. Rudolf Rocker das Wort zu seinem einstündigen Referat zum ersten Punkt der Besprechung: „Organisation der Anarchistischen Vereinigung über das Reich.“ Gen. Rocker gab in kurzem Ausschnitt ein Entwicklungsbild der anarchistischen Bewegung von der Begründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation an bis zur Gegenwart. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben wir die Lehre zu ziehen, daß es bei Ausbruch von Streitigkeiten in einer Bewegung ganz müßig ist, den schuldigen Teil zu suchen. Es ist einfach die Frage, ob wir etwas Neues anzufangen willens und imstande sind. Einzelne Gruppen organisieren sich, und um ihre Kräfte zu vermehren, fördern sie sich. Letzten Endes ist nie die äußere Form der Organisation entscheidend, sondern der Geist. Wir haben zu trachten, daß unsere Ideen nach außen vorgestoßen werden, statt sie nur immer bloß unter den eigenen Genossen zu propagieren. In Deutschland verargt man es aber Anarchisten, wenn sie in anderen Gruppen reden. Er selbst habe mehrfach in der Liga für Menschenrechte, bei den Entschiedenen Republikanern und anderswo gesprochen, da er den Vorstoß ins Lager der anderen für das Wichtigste von allem halte. Ebenso wichtig

ist allerdings das kameradschaftliche Zusammenstehen der Genossen selbst, auch bei verschiedenen Organisationsformen. Die im FANAL veröffentlichten Artikel des Gen. Sebastian Faure über „Die anarchistische Synthese“ zeigten klar, daß keine Richtung das Monopol auf den Anarchismus besitze. Man ist Anarchist, solange man das Prinzip der Autorität und des Staates verneint und für freie Vereinbarung ist. Wenn im Grundprinzip Einigkeit besteht, schadet das Trennende nichts. Die Anarchistische Vereinigung soll keine nebelhafte Einheits-Organisation sein. Was die einzelnen Gruppen sich besonders schaffen, soll nicht aufgelöst werden; aber es muß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen allen Gruppen bestehen, das bei besonderen Ereignissen, wie im Falle Sacco und Vanzetti, gemeinsames Arbeiten ermöglicht. Die Föderation habe sich in jenem Falle in der Oeffentlichkeit merkwürdig zurückgehalten, auch bis jetzt in der Angelegenheit des Gen. Radowitzky noch keinerlei Initiative entfaltet. Was bei solchen Anlässen gemeinschaftlich unternommen werden kann, muß versucht werden. Ebenso könne in Wahlzeiten usw. mit gemeinsamen Kundgebungen gearbeitet werden. Ohne freundschaftliches Zusammenarbeiten verknöchert die Bewegung. Freie Meinung und freie Kritik untereinander, aber nicht der Art, daß einer dem anderen einen Scheffel Dreck über den Kopf schüttert. In keinem Lande der Welt habe die öffentliche Kritik so niedrige Formen wie in Deutschland. Das Recht auf die eigene Ueberzeugung muß gewahrt, die Ueberzeugung des anderen geachtet werden. Der Erfolg wird davon abhängen.

An dieses Referat anschließend folgte in Verbindung mit der Diskussion die Berichterstattung der Delegierten über die Arbeit ihrer Gruppen. Für die Anarchistische Vereinigung Berlin gab Gen. Erich Mühsam einen Ueberblick über Entwicklungsgang und Tätigkeit. Die Loslösung der Neuköllner Gruppe von der Föderation erfolgte schon 1923, da sich autoritäre und zentralistische Tendenzen in der Geschäftskommission geltend machten. Als Gen. Mühsam um die Jahreswende 1924/25 in die Bewegung zurückkehrte, fand er bei der Föderation gar kein Verständnis für seine Auffassung, daß die anarchistische Bewegung sich in engster Verbindung mit dem kampfgewillten Teil des Proletariats halten müsse. Die durch die russische Revolution und die zentraleuropäischen Umwälzungen gestellten Probleme fanden kaum ein höheres Interesse als das der anarchistischen Selbstgenügsamkeit, das sich in der Kritik an denjenigen Anarchisten erschöpfte, die sich aktiv an den Revolutionen beteiligt hatten. Es herrschte der Geist der Passivität, die sich darauf beschränkte, aufzupassen, ob nicht die Aktivität eines Genossen irgendwo ein Prinzip verletzt hätte. Sein eigenes Streben, mit Revolutionären anderer Richtungen nachbarlich gute Beziehungen zu unterhalten, stieß auf Mißverstehen und Verdächtigung. Wie Gen. Rocker meine auch er: Es kommt nicht darauf an, wo man spricht, sondern was man spricht. Sein Kampf für die gefangenen Revolutionäre im Rahmen der Roten Hilfe habe ihn innerhalb der eigenen Bewegung den tollsten Anfeindungen ausgesetzt. In der Neuköllner Gruppe dagegen wurde gerade dieser Form der Tätigkeit für den antiautoritären Gedanken jedes Verständnis entgegengebracht. Wäre die anarchistische Organisation eine starke Massenbewegung, dann könnten wir auf Gastrollen verzichten, da dann die Arbeiter, die wir gewinnen möchten, zu uns kämen. Jetzt wollen wir versuchen, zunächst ein Netz der anarchistischen Vereinigung über Groß-Berlin zu spannen. Zusammenkünfte sollen in verschiedenen Stadtteilen stattfinden. Die ausgezeichnete kameradschaftliche Beziehung sowohl zur anarchistischen Jugend wie zu den Syndikalisten soll weiter gepflegt werden. Bis jetzt sei FANAL fast die einzige Bindung unter den Genossen. Es

müsse ein regelmäßiger Briefverkehr der Gruppen untereinander ausgestaltet werden, Besuche einzelner Genossen verschiedener Orte, nicht nur rednerisch begabter, müßten stattfinden. Das sei wichtiger als Statuten, Prinzipienerklärungen und Paragraphen. Die Genossen müssen sich gegenseitig besser kennen lernen. Die engen menschlichen Beziehungen sind fast aus der Welt gekommen. Sie wieder herzustellen ist eine Aufgabe der Anarchisten, die erfaßt haben, daß der Mensch frei wird durch die Verbindung mit andern Menschen. Die Anarchisten müssen aus Freundschaftsbünden Kampfbünde entwickeln, die sich weiterhin zusammenfinden müssen mit dem ganzen kämpfenden Proletariat. Wenn die Anregung zu diesen Bestrebungen von der Berliner Gruppe ausgeht, so darf das nicht dazu führen, daß etwa Berlin als Kopf der Bewegung angesehen würde. Sobald nur ein solches Gefühl aufkommt, haben wir schon Keime des Zentralismus, der der Föderation so sehr geschadet hat. Nur die gleiche Verbindung Gleicher zu Gleichen verhindert die Heranbildung eines Kopfes der Bewegung. Die Initiative muß von allen Gliedern kommen. Darum dürfen keine Funktionen auf Dauer vergeben werden. Ständiger Wechsel aller Funktionäre, Teilung ihrer Arbeit, Anregung von allen Seiten auf allen Gebieten, schriftliche und persönliche Verbindung von Ort zu Ort. Jeder muß wirken, die Gemeinschaft mit allen, die Gemeinschaft aller untereinander zu fördern.

Gen. Kohl-Dresden: Schon in den neunziger Jahren haben sich in Dresden Gruppen gebildet. Während des Krieges wurde der anarchistische Klub der Sammelpunkt aller linksgerichteten und freiheitlichen Gruppen. Nach dem Kriege wurde mit den Kommunisten zusammen gearbeitet, bis diese Beziehung auseinanderbrach. So kamen bald immer weniger Teilnehmer. Jetzt sind alle anarchistischen Genossen in Dresden zugleich in der FAUD., so daß sich dort die besondere Organisation einer anarchistischen Vereinigung vielleicht erübrigen wird. Es genüge ja auch die Verbindung durch einzelne Genossen. Heute besteht die Verbindung der Dresdener Anarchisten, die alle örtlichen Fragen innerhalb der FAUD. erledigen, mit den übrigen Organisationen nirgends mehr; nur eine Sacco-Vanzetti-Kundgebung konnte noch mit den Kommunisten zusammen stattfinden.

Von der Bewegung in Magdeburg berichteten die Genossen Richard Klose und Erich Dietloff. Die Organisationsfrage ist dort noch wenig erörtert worden, da die Magdeburger Genossen mit dem praktischen Versuch beschäftigt sind, mit einem „Bund für konstruktiven Sozialismus“ auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Bewegung zu dienen. Sobald 200 Genossen als Konsumenten organisiert sind, soll die Gründung einer Produktivgenossenschaft vollzogen werden. Ueber das Ergebnis ihres örtlichen Versuchs werden die Magdeburger Genossen die anarchistische Vereinigung auf dem Laufenden erhalten.

Gen. Sievers-Braunschweig teilte mit, daß sich in Braunschweig bereits eine kleine Gruppe der Anarchistischen Vereinigung gebildet hat, die, bis jetzt ohne Verbindung mit andern Organisationen eine rege agitatorische Kleinarbeit entfaltet.

Gen. Lübeck ergänzte die Ausführungen des Gen. Mühsam durch Mitteilungen über die März-Demonstration, die die Neuköllner Gruppe im vorigen Jahr in Gemeinschaft mit der Jugend veranstaltet hat und die einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Die Toleranz gegen andere Bewegungen, die uns von der Föderation verübelt werde, sei in andern Ländern eine Selbstverständlichkeit. So hat Gen. Bertoni in Genf sogar vor den Stadtvertretern gesprochen, ohne die anarchistischen Grundsätze im geringsten preiszugeben.

Gen. Binnender betonte die vorzügliche Zusammenarbeit der Jugendlichen, an denen sich die Alten ein Beispiel nehmen mögen. Er verwies auf die vom Gen. Ernst Friedrich organisierten Sprechabend der Freien Jugend, die Referate Andersdenkender, wie selbst evangelischer und katholischer Geistlicher bringen und zur Diskussion stellen. Die Beteiligung sei sehr rege.

Nach kurzen Erklärungen des Gen. Berthold Cahm über seine persönliche Beziehung zur Föderation, der er noch als Mitglied angehört, war der erste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Nach der Mittagspause wurde der zweite Punkt „Werbung für FANAL; Literaturfragen“ behandelt.

Gen. Mühsam erstattete den Bericht. Die Zeitschrift sei als sein privates Unternehmen ins Leben gerufen worden, als sich angesichts des völligen Mißverstehens seines Auftretens vor der Öffentlichkeit und der Mißdeutung seiner Absichten für ihn die unausweichliche Notwendigkeit ergab, vor aller Welt klarzustellen, wer er sei und was er wolle. Die Zustimmung, die FANAL bei den Genossen der Anarchistischen Vereinigung fand und das Bedürfnis dieser Genossen, über ein Publikationsorgan zu verfügen, führte zu der Vereinbarung, daß Gen. Mühsam das Blatt der Organisation, solange es ihr unmöglich ist, eine eigene Wochenschrift herauszugeben, als Organ zur Verfügung stellte. Gleichzeitig wurde der Umfang erweitert und mit der Uebung gebrochen, daß der Herausgeber alle Beiträge selber schrieb. Dagegen fand keine Aenderung in der Haltung statt noch auch in der geschäftlichen Grundlage. Gen. Mühsam hat das FANAL auf eigenes Risiko durch Aufnahme hoher Schulden geschaffen und auch weiterhin das gesamte Risiko allein getragen. Die Zeitschrift dient nicht der Diskussion, sondern der Propaganda bestimmter in sich gefügter anarchistischer Ideen. Nur innerhalb dieser Ideen, die z. B. allgemeine Erörterungen über die Gewaltfrage ausschließen, da die Anarchisten fast in ihrer Gesamtzahl die zeitweilige tolstoianische Abirrung überwunden haben, werden selbstverständlich verschiedene Auffassungen zu Wort gelassen. Die zahlreichen Vorschläge, die auf eine Verbilligung des Bezugs abzielen, sind abwegig, da der hohe Preis weder mit dem Format noch mit der Ausstattung der Hefte zusammenhängt. Nur die Erhöhung des Absatzes kann die Verbilligung herbeizuführen. Auch kann der briefliche Vorschlag eines Genossen, FANAL zum Organ der antiautoritativen Freidenker umzugestalten, nicht angenommen werden, da dadurch der Charakter der Zeitschrift vollständig geändert würde. Nach genaueren Mitteilungen über die Finanzlage des Blattes stellte Gen. Mühsam die Frage an die Genossen, ob sie die Erhaltung der Zeitschrift in ihrer bisherigen Haltung wollen oder nicht und ob sie bereit sind, sich ihrer Verbreitung anzunehmen. Wird das Blatt würdig befunden, als Organ der Vereinigung seine anarchistische Werbearbeit fortzusetzen, so erwachse den Genossen die Aufgabe, sich um die Hebung des Absatzes zu kümmern, die die Fortführung der Arbeit allein sicherstellen könne. Der Straßenverkauf müsse gesteigert werden. Die Kolportage in Versammlungen, bei Demonstrationen usw. müsse besser organisiert werden, wozu besonders die Jugend helfen könne. Nötigenfalls könnten literarische Abende oder dergleichen veranstaltet werden, deren Ertrag für die Entschuldung des FANAL, für die Propaganda und für die Organisation eines ihm anzugliedernden Broschürenverlages zu verwenden sei. Zu erwägen sei die Organisation des Verlages auf genossenschaftlicher Grundlage. Es sei nun der Entscheidung der Genossen überlassen, ob FANAL fortbestehen kann und ob die Steigerung der anarchistischen Werbung durch Broschürenherausgabe im Anschluß an das FANAL möglich gemacht werde.

In der Diskussion empfahl zunächst Gen. Lübeck die Hebung des Absatzes der Zeitschrift im Sinne der Mühsamschen Vorschläge. Gen. Kohl erklärte, es müsse auf die Herausgabe rein anarchistischer Broschüren mehr Wert gelegt werden als bisher. Die Verbreitung des FANAL müssen sich die Organisationen zur Aufgabe machen. Vielleicht könne man Geld durch Anteilscheine herbeischaffen. Die Rückzahlung von Vorschüssen sei durch den Ertrag der Broschüren zu ermöglichen. Ferner sollten die Organisationen FANAL an ihre Mitglieder für den Mehrbezieherpreis abgeben, also auf eigenen Gewinn verzichten.

Gen. Brügel-Magdeburg fand, daß dem Gen. Mühsam ein Teil des persönlichen Risikos von den Organisationen abgenommen werden solle. Jede Gruppe verpflichte sich, eine bestimmte Anzahl Exemplare über den bisherigen Bedarf hinaus abzunehmen. Seine Frage, wieviel Exemplare des FANAL umgesetzt werden müßten, um die finanzielle Sicherstellung des Blattes zu erreichen, vermochte Gen. Mühsam nicht sofort zu beantworten, versprach jedoch, eine genaue Aufstellung darüber den Organisationen zugehen zu lassen.

Hierauf äußerte sich Gen. Rocker über die Wichtigkeit der Literaturfrage für die revolutionäre Bewegung. Mit Redaktionsführung und Haltung des FANAL sei er durchaus einverstanden. Gen. Mühsam habe seine Fähigkeit, eine Zeitschrift im Geiste unserer Idee zu redigieren, erwiesen. Natürlich braucht die Anarchistische Vereinigung ein eigenes Organ. Aber erst müsse man eine Bewegung schaffen, und dann erst ihre Zeitung. Neue Probleme müssen ihre Klärung finden im täglichen Kampf. Eine Idee zwar bleibt sich gleich, doch die Beziehungen zu ihr wechseln in Anpassung an die Verhältnisse. Von dem Broschürenverlag verspricht sich Gen. Rocker großen Nutzen. Während eine Zeitschrift unaktuell wird, verkaufen sich Broschüren dauernd. Es fehlt an einem Verlag für anarchistische Ideenliteratur. Die französischen Genossen haben mit den Broschürenserien „Männer von heute“ und „Männer von gestern“ außerordentlichen Erfolg gehabt. Haben wir 5 bis 6 Broschüren herausgegeben, dann können wir mit einem positiven Profit rechnen, zugleich wirbt dabei FANAL für die Broschüren und umgekehrt. Wir sollten so rasch wie möglich anfangen, und Sache der Jugend muß es sein, die anarchistischen Druckschriften zu vertreiben. Aktivität tut not. Haben wir die Schwierigkeiten von heute überwunden, dann können wir morgen daran gehen, eine eigene Wochenzeitung zu schaffen.

Gen. Hindrichs von der Anarchistischen Jugend machte an der Hand eigener Erfahrungen beim Vertrieb von FANAL Vorschläge. Vor allem sollten die Kameraden auch selbst das Blatt abonnieren.

Da das Verhandlungsort nach diesen Ausführungen geräumt werden mußte, hielt Gen. Mühsam das Schlußwort zur Organfrage erst am Vormittage des zweiten Verhandlungstages, in dem er das Ergebnis der Diskussion zusammenfaßte und feststellen konnte, daß die Fortführung der Arbeit im bisherigen Sinne von allen Genossen gewünscht wurde. Er empfahl, die Anregungen besonders der Gen. Kohl und Brügel zu befolgen und versprach, seine Kräfte weiter in den Dienst der gemeinsamen Aufgabe zu stellen.

Das Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Wege und Ziele zur Förderung der sozialen Revolution und des anarchistischen Gedankens. Propaganda und Tätigkeit der Anarchistischen Vereinigung im Anschluß an die Tagesereignisse“ wurde ebenfalls dem Gen. Mühsam übertragen. Er erklärte, es sei ungleich wichtiger als allgemeine Betrachtungen anzustellen, sich über die unmittelbare Gefahr zu unterhalten, in der sich die ganze re-

volutionäre Arbeiterschaft Deutschlands angesichts der drohenden Maßnahmen der Faschisten befinde. An der Hand einer großen Zahl von Ereignissen und Symptomen zeigte er die sich täglich mehrenden Beweise für die politische, wirtschaftliche und militärische Vorbereitung der Faschisten für den Staatsstreich auf, die um so bedeutsamer seien, als heute das Ausland einer Hugenberg-Ehrhardt-Diktatur in Deutschland keinen Widerstand mehr entgegensetzen würde. Die Arbeiterschaft wird über Nacht vor eine Situation gestellt sein, auf die sie nicht vorbereitet ist und der sie nicht gewachsen sein wird, da die politischen Parteien, denen die Masse des Proletariats nachläuft, zurzeit nichts Besseres zu tun wissen, als einen Richtungskraken nach dem andern zu provozieren und so die Arbeiter dauernd gegeneinander zu hetzen. So besteht die Gefahr, besonders wenn man sich die jüngsten Vorgänge im Ruhrgebiet vergegenwärtigt, daß sich mit Ausnahme kleiner entschlossener Gruppen, die zu schwach sein werden, um wirksamen Widerstand zu leisten, sich das Proletariat einfach ducken und die Mussolini-Methoden der Hakenkreuzler hinnehmen werde. Was haben wir also zu tun? Jede Arbeiterorganisation ist im Augenblick der Verhängung des Ehrhardtschen Standrechtes illegal. Nach bestimmt schon fertigen schwarzen Listen wird verhaftet und erschossen werden. Aber die revolutionären Genossen aller Formationen haben noch nicht einmal Zeit gefunden, die bloßen Maßnahmen unter sich zu erörtern, mit denen ihren exponierteren Funktionären das nackte Leben gerettet werden könnte. Das aber ist nicht Sache dieser oder jener Partei allein, hier darf es keinen Organisationsegoismus geben. Da müßten die Revolutionäre aller Richtungen sich miteinander in Verbindung setzen. Wenn es sich darum handelt, unmittelbar Gefährdete zu retten, da müßte man sogar bürgerlichen Pazifisten und Sozialdemokraten Solidarität erweisen. Das Proletariat ist der angegriffene Teil; es muß sich in Verteidigungszustand setzen.

Gen. Rocker leitete die Diskussion ein, indem er das Wesen des Faschismus aus den internationalen Wirtschaftsverhältnissen heraus erklärte. Der Privatkapitalismus, dessen politischer Ausdruck der demokratische und parlamentarische Staat war, hat sich zum Kollektivkapitalismus entwickelt, zu dem Trustsystem, das sich ebenfalls nur unter bestimmten politischen Verhältnissen behaupten kann. Wir sehen in Europa den Uebergang eines Landes nach dem andern zur Diktatur. In Deutschland stehen sich heute noch zwei große Strömungen des Neukapitalismus gegenüber, deren eine noch völlig von der nationalen Ideologie befangen ist, die andere schon alle Hemmungen dieser Art überwunden hat. Die Umstellung der Gesamtwirtschaft ist in vollem Gange. Selbst in England ist man dazu übergegangen, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die traditionellen Grundrechte der Demokratie über Bord zu werfen. Die herrschende Klasse kämpft um die Erhaltung ihrer Macht. Die Gefahr eines Rechtsputsches in Deutschland mag vielleicht nicht so unmittelbar nahe sein, wie Gen. Mühsam meint. Doch finde auch er, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, die gar nicht abzustreitende Möglichkeit solcher Wendung in Betracht zu ziehen. Dabei würden die Militärs eigene Zwecke gegenüber den Wirtschaftlern verfolgen. Aber blutiger oder trockener Putsch — die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein. Leider haben ihr die Ereignisse der letzten Jahre das Rückgrat gebrochen. Der innere Glaube ist verloren gegangen, der Idealismus verschwunden. Mit Doktrinen bekämpft man weder die Kriegs- noch die Putschgefahr, weder mit marxistischen noch mit anarchistischen. Nötig ist das Erkennen der Wirklichkeit und praktische Solidarität.

Genossin Kraus-Fessel hielt die Notwendigkeit für dringend, daß

sich alle Klassenkämpfer mit vollem Ernst mit dieser Frage beschäftigen. Die Faschisten werden, kommen sie zur Macht, für die letzten 10 Jahre Abrechnung halten. Wir müssen auf die Kraft hoffen, die im entscheidenden Moment aus der Masse selber emporwächst. An der Diskussion beteiligten sich dann noch die Gen. Weißig, ein syndikalistischer Genosse, Berthold Cahn und Gen. Kielmeyer, der mahnte, die Arbeiter wieder an die allgemeinen revolutionären Grundsätze zu erinnern. Hierauf folgte die Mittagspause.

Am Nachmittage wurde die Erörterung fortgesetzt, die nun die eigentlichen Probleme des revolutionären Kampfes aufgriff. Gen. Lübeck schnitt hierbei die Bauernfrage an, auf die Gen. Mühsam in längeren Ausführungen einging. Tatsache sei, daß die geschickte Arbeit des Landbundes und die völlig verständnislose Taktik der Marxisten die Bauern zum Werkzeug der Gegenrevolution gemacht habe. Dabei liege das revolutionäre Interesse der Landbevölkerung auf der Hand, nur mit Bauern und Landarbeitern, niemals gegen sie könne das Proletariat auf revolutionäre Erfolge rechnen. Der Sieg der Faschisten würde entsetzliche Folgen haben. Die Organisation der Selbstverteidigung ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Unter den Bedrohten sind viele aus dem radikalen Bürgertum, und selbst sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer sollten ja nicht zu fest damit rechnen, daß die Konterrevolution sie für ihren ewigen Verrat belohnen werde. Die wird ganze Arbeit machen. Möglich sei es natürlich auch, daß die Gewerkschaften ähnlich wie in Italien auch bei uns mit den Faschisten einen Burgfrieden eingehen werden. Uns als Anarchisten bleibe nur übrig, uns allein oder in Verbindung mit andern auf Selbstverteidigung und Kampf gegen den Faschismus vorzubereiten. Gelingen es dann, den Kampf in der Arbeiterschaft zu verbreitern, dann wird es Aufgabe der Revolutionäre werden, die Diktatur der Kommunistischen Partei über alle linken Arbeiter zu verhindern. Das russische Beispiel zeigt, welches Schicksal sonst der radikalen Arbeiterschaft, vor allen der Anarchisten harre. Ein Problem für sich aber sei dieses: Falls bei einem Rechtsputsch Reichswehr und Polizei nicht geschlossen mit der Reaktion gehen sollte, wie müsse dann unser Verhalten sein gegenüber den Teilen der bewaffneten Macht, die ihre Waffen zur Verteidigung der bestehenden Republik gebrauchen? Können wir gemeinsam mit ihnen gegen den Faschismus kämpfen? Es wäre mehr als gefährlich, ihre Partei zu ergreifen. Die chinesische Revolution könne da als Warnung dienen. Wir hätten in diesem Falle offenbar gegen zwei Fronten zu kämpfen. Denn unser Ziel könne nur sein, den Weg für unsere Revolution frei zu bekommen.

Gen. Cahn lehnte jedes Zusammengehen mit der bewaffneten Staatsmacht ebenfalls mit aller Schärfe ab. Der beste Schutz der Arbeiter sei, die Waffen in den eigenen Händen zu haben. Antimilitaristische Propaganda setze aktive Kleinarbeit voraus. Die haben wir jetzt zu leisten. Solange die Möglichkeit noch bestehe, unsere Arbeit der wirtschaftlichen Aktion zu widmen, müssen wir das tun.

Gen. Rucker ging danach auf eine Frage des Gen. Weisheit ein, ob denn die Arbeiterschaft, so wie sie bis jetzt erzogen sei, überhaupt fähig sei, die Wirtschaft selbst in die Hand zu nehmen. Die Schwierigkeit des Problems, meinte Gen. Rucker, liege in der komplizierten Organisation der modernen industriellen Großbetriebe. Wir müssen deshalb mit unserer Agitation unbedingt in die Sphäre der Fachkräfte eindringen. Physiker, Chemiker, Ingenieure usw. gelte es für unsere Ziele zu gewinnen. Heraus aus unserem engen Wirkungskreis!

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ bat Gen. Mühsam um Unter-

stützung für seine Arbeit zugunsten der Justizopfer in den deutschen Straf- anstalten. Es gäbe genug Fälle, die unsere Aktivität gerade auch nach dieser Seite aneifern sollten. Dabei solle man die herkömmliche Unterscheidung zwischen politischen und kriminellen Gefangenen ruhig fallen lassen. Es handle sich fast immer um Opfer der sozialen Ungerechtigkeit. Man brauche diese Tätigkeit nicht im Sinne der Heilsarmee auszuüben, sondern es gäbe Formen, die des Revolutionärs durchaus würdig sind. An diesen hauptsächlich an die Jugend gerichteten Appell schloß sich eine Debatte, in der die Stellung der sogenannten Verbrecher zur bestehenden Gesellschaft einerseits, zur revolutionären Idee andererseits zur Sprache kam. Zur Mitarbeit für die Gefangenen stellten sich mehrere Genossen und Genossinnen zur Verfügung.

Zum Schluß wurde eine Geldsammlung für die Kinder unserer verfolgten italienischen Genossen vorgenommen, die 17 Mark ergab. Die im letzten Heft des FANAL abgedruckte Entschließung zugunsten des Gen. Radowitzky wurde nach einer kurzen Diskussion, die sich auf den Wortlaut bezog, als einziger Beschluß der ganzen Tagung angenommen, und die Reichsinformationsstelle der Anarchistischen Vereinigung wurde von den Genossen in Braunschweig übernommen.

Mit Gedenkworten für den am 7. Februar 1885 gesetzlich ermordeten Gen. August Reinsdorf, der am 31. Januar 80 Jahre alt geworden wäre, wurde die Konferenz vom Gen. L ü b e c k geschlossen.

Kladderadatsch

König Alexander von Jugoslawien hat Revolution von oben gemacht. Er blickte rundum, nach Ungarn, Italien, Griechenland, Spanien, Litauen und fand, daß die faschistische Diktatur die angenehmste Regierungsform der Welt ist. Da nun die Weisen von Versailles und Trianon sein Land aus verschiedenen Nationalitäten zusammengeflickt hatten und seine Serben die ihnen zugewachsenen Kroaten nicht vollkommen brüderlich in die Arme schlossen, ihnen vielmehr im Parlament die Abgeordneten wegschossen, sich auch die Kroaten nicht recht an das Regiertwerden von Belgrad aus gewöhnen konnten und Selbständigkeit beanspruchten, fand er die Zeit gekommen, die Unbequemlichkeiten zum Glücke beider Völker aus der Welt zu räumen und ihnen die Pflichten zu befehlen, die sie sich selber nicht auf dem Wege der Gesetzgebung auferlegen mochten. Wozu hat man Generäle? Sie bekamen den Auftrag, sich bei gewissen Kollegen in Deutschland zu erkundigen, in welcher Weise sie es demnächst anzustellen gedenken, und jetzt gibt es auch eine serbisch-kroatische Faschistendiktatur. Alexander ist ein selbständiger Mann. Er mag nicht bloß wie Victor Emanuel in Rom und Alfons in Madrid auf dem Throne sitzen und je nachdem, wie ihn sein Betriebsdirektor in den Nabel drückt, Ja oder Nein quietschen. Er weiß, daß zum Alleinherrschen weder Mut noch Talent gehört, sondern nur die Verfügung über die Kanonen und ein Volk, das stillhält, — und so startet er die neue Form des Faschismus in der ältesten Form der Tyrannei. Es geht vorläufig ausgezeichnet. In Kroatien werden alle Parteien aufgelöst und in beiden Ländern können sich die Mißmacher die Gegend von oben besehen; die Galgen sind hoch genug und die von westeuropäischen Imperialisten ausgebeuteten Arbeiter und armen Bauern sind schon von der bislang genossenen Demokratie des Landes nicht zu der Weisheit erzogen worden, daß es immer darauf ankommt, wer jemanden am Galgen hoch-

zieht, um zu bestimmen, ob nachher ein Rebell oder ein König dran hängt. Sie werden es schon lernen.

In Afghanistan wechseln sich die Henker in rascher Folge gegenseitig ab. König Amanullah bereitete der Konfektionsindustrie Europas, bei der er die Modernisierung des Morgenlandes in Auftrag gegeben hatte, die Enttäuschung, daß sein Bruder sich von englischem Gelde für die Rückgängigmachung der Bestellungen engagieren ließ. Die von kommunistischen Zeitungen belehrten Arbeiter erfuhren, daß das ein harter Schlag für die Revolutionierung des Weltproletariats sei, wie denn Genosse König Amanullah ein großes revolutionäres Werk begonnen hatte, indem er gegen ihren Willen seinen beamteten Untertanen die Bärte rasieren und den islamitischen Damen des Landes die Schleier wegriß ließ. Nun hat sich zwar Bruderherz Inajatullah auch bloß einen Tag halten können, da anscheinend die aufrührerischen Afghanen im allgemeinen für die Despotenfamilie, die sie hängen läßt, keine so große Vorliebe haben wie die Moskauer Diplomatie und mit ihr die Zentralkomitees der einzigen konsequent revolutionären Arbeiterparteien in den Hauptstädten Europas. Ob die nächste Woche nun den inzwischen totesagten Emir Habibullah mit dem Strick um den Hals oder mit dem Strick in der Hand vorführen wird, ob es einem der hinter ihm bereits Schlange stehenden Kronprätendenten gelungen sein wird, den Henkerposten zu vergeben, oder ob die Siegesbulletins der „Roten Fahne“ recht behalten werden, daß Genosse König Amanullah die Konfektion doch noch zufrieden stellen wird, bleibt abzuwarten. Sein teures Leben hat er ja erfreulicherweise nach Kandahar retten können, und der beglückende Gedanke stellt sich ein, daß das vielleicht dem Flugzeug zu danken ist, das wir ihm in Berlin geschenkt haben. Jedenfalls wissen wir jetzt, daß wahrhaft proletarisches dialektisches Denken beim Kladderadatsch einer mittelalterlichen asiatischen Despotie nicht für den Aufstand der armen Bergbevölkerung, sondern für den Thron Partei zu nehmen hat. Wir denken halt immer noch zu primitiv wenn wir meinen, es könne den afghanischen Landleuten egal sein, ob ihre Blutpresser mit englischen Bankiers oder mit russischen Nepschiebern Geschäfte machen. Aus ihren abergläubischen Forderungen knurrt der Hunger und die Wut gegen den gekrönten Räuber. Die indische Revolution gegen England wird dadurch nicht gefördert, daß man den übeln Sultan eines Nachbarlandes schmirt. Die Russenpolitik in Afghanistan ist eines der trübsten Kapitel der ganzen bolschewistischen Herrschaftsperiode. Sie ist nicht weniger schimpflich als das Granatengeschäft mit der deutschen Reichswehr.

Allerlei nette Möglichkeiten steigen auf. Was wird die russische Regierung tun, wenn der Kladderadatsch bei uns da sein wird? Prophezeien ist müßig, aber erwiesen ist, daß die Gegenrevolution gegen eine Erhebung unterdrückter Volksmassen in Moskau nicht unter allen Umständen auf Feindschaft zu stoßen braucht. Mindestens sollten sich die deutschen Arbeiter niemals auf Hilfe von dort verlassen. Sie werden immer besser fahren, wenn sie unabhängig von allen nicht selber beteiligten Faktoren die Abwehr aus eigenen Kräften vorbereiten. Die deutschen Faschisten sind fleißig am Werk. Von den Ermittlungen, die angeblich wegen der neuen Schwarzen Reichswehr, Ehrhardts „Volkswehr“, eingeleitet sind, hat man nichts weiter gehört. Sie „schweben“ wohl noch — in der Luft nämlich, aus der sie niemals auf den Erdboden gelangen werden. Inzwischen ist auch der Landbund zu reger Lebendigkeit erwacht. Hellmuth v. Gerlach hat kürzlich in der „Welt am Montag“ höchst alarmierende Tatsachen aus Schleswig-Holstein mitgeteilt. Nach einer Versammlung in Itzehoe, in der ähnlich wie in Kyritz Reden gehalten wurden, die unsereinen für Jahre in Sicherheit brächten, wurden Sprengstoffattentate gegen einen Gemeinde-

und einen Amtsvorsteher unternommen. Ein Hofbesitzer sagte in einer Rede in Garding: „Wir wissen ganz genau, daß wir nicht mit Gewehren und Handgranaten zur Selbsthilfe schreiten können, weil wir sie nicht haben. Hätten wir sie, wie wir sie gebrauchten, dann hätten wir längst die Juden und Verräter zum Tempel hinausgejagt.“ Dabei heißt es nachher in demselben Artikel: „Gerüchte schwirren von Geheimrüstungen und Wehrkommandos der Jungbauern. Bauern hört man geheimnisvoll sprechen: Bald wird etwas passieren!“ Und Gerlach schließt: „Schleswig-Holstein ist ein politisches Gefahrenzentrum ersten Ranges geworden. Will man warten, bis Großfeuer gemeldet wird?“ Diese Frage haben wir nicht, wie es Herr v. Gerlach tut, an die Staatsbehörden zu richten, sondern an das Proletariat. Eben hat Hugenberg mit Hitler ein gemeinsames Aufklärungsbüro gegen den Marxismus geschaffen. Der Sinn dieser Gründung ist ganz klar. Es handelt sich um die Bestätigung eines Bündnisses der beiden nationalistischen Richtungen zum Kampf für die Diktatur. Die Feinde des Proletariats finden sich zusammen. Das Proletariat läßt sich von seinen Parteiführern immer auswegloser gegen einander verhetzen. Die Justiz, in der Republik bekanntlich stets am weitesten zurück, ist im Faschismus am weitesten voran. Das letzte Beispiel ist, daß Herr v. Kähne, der bekanntlich jeden Passanten in seinem Forstbezirk mit der Flinte bedroht und wiederholt auf Arbeiter geschossen hat, jetzt auf Grund des Amnestiegesetzes außer Verfolgung gesetzt ist. Gewöhnlichste Wegelagererei ist also ein politisches Vergehen, wenn ein Adliger sie betreibt. Vor mir aber liegt ein Bescheid des ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I an den Genossen Alois Lindner vom 7. Januar 1929, worin mitgeteilt wird, daß das eingereichte Gesuch um Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte „zur Berücksichtigung nicht geeignet gefunden“ wurde. Das bedeutet, daß das Amnestiegesetz vom 14. Juli alle politischen Straftaten umfaßt und bei politischen Totschlagsdelikten die Umwandlung in Gefängnis bei Streichung der Ehrenstrafen anordnet, daß die bayerische Justiz Lindners Schüsse im Landtag nicht als politische Tat anerkennt. Aber es gibt in Deutschland brave Leute, die glauben, man könne dem Kladderadatsch entgehen, wenn man die Richter in Bewegung setzt. Die Justiz in Deutschland hat freilich keinen faschistischen Kladderadatsch mehr nötig. An ihr wird Hugenberg und Hitler nichts mehr zu reformieren haben.

Immertreu und Redlichkeit

Sah man je ein Bild lieblicherer Eirmütigkeit? Die Ludendorffs und die Ladendorfs, die Stegerwäldler und die Hinterwäldler, die um Wilhelm Marx und die um Karl Marx, die Rechten, die Versöhnler und die Renegaten, die Landbündler und die Leninbündler, die Mossejünger und die Moskaujünger, die Ultralinken und die Ullsteinlinken, die Welten am Morgen, am Mittag und am Abend, die Krampfer, die Klampfer und die Stampfer — alle ein einzig Volk von Brüdern. Was hat sich ereignet? Organisierte Arbeiter sind verdroschen worden, und zwar nicht wie gewöhnlich mit den Gummiknüppeln vom Zörgiebelklub Immergrün, sondern mit den Schlagringen vom Vorbestraftenverein Immertreu. Gannoven! rülpste dreckig die Kreuzzeitung, und Gannoven! lästerte hochmütig der Vorwärts. Gannoven! klagte fromm die Germania, und Gannoven! schimpfte entrüstet die Rote Fahne. Gannoven! meckerte wissend das 8-Uhr-Abendblatt, und Gannoven!

kreischte abwehrend der Volkswille. Und voll Mitleid streichelten die Gannoveraner in Schwarz und in Blau, in Gelb und in Rot die guten unschuldigen Hamburger Zimmerleute, die so hübsch aussehen in ihren weiten Hosen und unter den breiten Hutkrempe, die man so gebildet unterscheiden kann nach ihren violetten oder rosa oder resedagrünen oder orangefarbenen Schlipsen. Alle waren einer Meinung, daß die Polizei ungemein schlapp gewesen sei, und die ganz Radikalen wußten auch warum: weil Leute, die schon im Gefängnis waren und dann bei Beerdigungen Zylinderhüte tragen, bekanntlich Spitzel sind, und nur deshalb auch hat der Schnellrichter am Alex alle die, denen der Totschlag bei der Rauferei nicht nachgewiesen werden konnte, wieder laufen lassen, wo es doch Vorbestrafte waren!

Ach Gott, ja, es ist schrecklich, daß die Menschen, denen es schlecht geht, und die daher manchmal mit dem Strafgesetz Bekanntschaft machen, sich sogar organisieren. Arbeit gibt ihnen ja kein anständiger Mensch mehr, so daß man wenigstens im Betrieb vor ihrer Nähe geschützt ist. Aber das ist denn doch unerträglich, daß sie durch ihre Vereinigungen ihren Zugehörigen die Möglichkeit schaffen, sich vor den staatlichen Richtern ihrer verbotswidrigen Taten wegen auch noch verteidigen zu lassen. Wird einer der ihrigen eingesperrt, so erhält die Familie auskömmliche Unterstützung, ja — wenn einer etwas gegen die gemeinsamen Interessen unternimmt, so übergibt man ihn nicht der Polizei und dem Staatsanwalt, die doch dazu da sind, sondern stellt ihn vor ein eigenes Tribunal, und hu! Gannovergerichte üben Selbstjustiz!

Die Entrüstung der Presse aller Parteien, die Abgeordnete in die deutschen Parlamente entsenden oder doch entsenden möchten, ist zum Kotzen. Erstens tun die ewig Verfolgten und Bedrängten, wenn sie wirklich „Gannovergerichte“ das Recht sprechen lassen, das ihrem Rechtsgefühl gemäß ist, nichts anderes, als was Offiziere oder Juristen tun, wenn sie ihresgleichen vor Ehrengerichte statt vor Schöffen stellen, nichts anderes als was Proletarier, wenn sie Streitigkeiten in den eigenen Reihen zu schlichten haben, wenigstens allgemein tun sollten. Zweitens ist die Verbindung von Vorbestraften und solchen, die Bestrafungen zu befürchten haben, aus eigenem Antrieb weitaus besser und sauberer als Vorbestraften-Organisationen, die von bodenschwingerischen alten Damen patronisiert werden. Drittens sind die Ausgestoßenen der bürgerlichen Gesellschaft, nicht weniger als andere Proletarier auch, Opfer der sozialen Verhältnisse, ob sie sich zur Unkenntlichmachung mit Frackanzügen maskieren oder nicht. Die wüste Szene am schlesischen Bahnhof hatte ihren Grund darin, daß die Immertreu-Leute Grund zu der Annahme zu haben glaubten, daß einer von ihnen von den Zimmerleuten verpiffen worden sei. Aber die ganze Arbeiterpresse nimmt die Partei gegen Immertreu und für die Redlichkeit, die sich im zünftlerischen Hosenschnitt zur Schau stellt. Die Behauptung, Immertreu und ähnliche, dem Ring angeschlossene Vereinigungen seien Spitzelorganisationen, ist, wenn keine Gemeinheit, so mindestens eine spießige Borniertheit. Spitzel sind überall, wo es etwas zu spitzeln gibt, also selbstverständlich auch in Kreisen, die sich zum großen Teil aus Gesetzverletzern zusammensetzen. Aber das sind keine politischen Spitzel, da in diesen Kreisen leider bis jetzt viel zu wenig revolutionärpolitische Interessen gepflegt werden; es sind eben Gannoven-Spitzel. Der verallgemeinernde Anwurf steht auf der Höhe der Anarchistenbekämpfung durch die alte Sozialdemokratie, die jeden von uns als Spitzel verdächtige, da die Polizei allerdings ihre Agenten lieber unter uns steckte als unter die Sozialdemokraten, wo es seit 20 Jahren kaum mehr etwas zu spitzeln gab.

Die hohe Polizei hat den Vorwurf der rechts- und linksproletarischen Presse, sie begünstige Verbrecherzirkel, natürlich nicht auf sich sitzen lassen wollen. Sie löste die Vereine Immertreu und Norden auf, so daß nun also wohl einige arme Teufel das nächste Mal weniger sorgfältig verteidigt vor Gericht stehen werden. Die Polizei hat überdies das Unheil des Schnellrichters, das so sehr die Empörung unserer Patentrevolutionäre erweckt hat, schleunigst wieder gut gemacht. Sie hat, um nur die verlangte Festsetzung möglichst vieler Personen, die die Redlichkeit der Wohlgesinnten mit Immertreu-Auffassungen kränken könnten, zu bewirken, den ganzen Stadtteil um den Schlesischen Bahnhof absperren lassen und unter persönlicher Leitung der Sozialdemokraten Zörgiebel und Weiß in diesem Bezirk, in dem sie sicher sein konnte, nur Proletarier anzutreffen, eine Massenrazzia vorgenommen. Von 280 festgenommenen Personen hat sie 12 in Gewahrsam behalten. Die Skandalpresse berichtete grinsend, wie man in Quartiere eindrang, wo ein Dutzend Menschen in einen gemeinsamen Schlafraum gepfercht waren, Greise, Frauen und Kinder mit jungen Leuten zusammen. Es ist schade, daß sich Herr Zörgiebel noch nicht entschlossen hat, einmal die Tauentzien- oder Lutherstraße zu seinem Jagdrevier zu machen. Aber die Passanten in den Pelzen, die er dort wahllos zusammenfangen ließe, möchten vielleicht weniger verschüchtert auf den Aufwand sozialdemokratischen Tatendranges reagieren, als die Proleten in den östlichen Elendsvierteln, wiewohl nicht sicher ist, woher alle Zobel und Seals stammen, die dort spazieren getragen werden.

Daß sich die Armen untereinander prügeln, statt ihre Kräfte für spätere gemeinsame Verwendung zu schonen, ist traurig. Solange aber im Proletariat selber noch Klassenunterschiede gemacht werden, solange ein Teil, pochend auf seine bürgerliche Redlichkeit, den andern Teil ausliefert und wohlstandig vor Vorbestraften ausspuckt, kann die Bourgeoisie sehr zufrieden sein. Der Respekt vor Gesetz und Obrigkeit steckt den deutschen Arbeitern in allen Knochen. Die Gannoven haben ihn sich allmählich abgewöhnt; daher hat die proletarische Revolution vielleicht einmal von Immertreu mit seinen Solidaritätsgrundsätzen mehr zu hoffen, als von einer Redlichkeit, die ihr Recht von Polizei und Staatsanwalt verlangt.

Richard Grelling

Ein tapferer Mann ist gestorben. Der Verfasser von „J'accuse“ war während des Krieges die bestgehaßte Persönlichkeit in Deutschland. Hätten die Organisatoren der nationalistischen Morde ihn in der Zeit ihrer Konjunktur erwischt, er wäre höchstens 70, sicher nicht 75 Jahre alt geworden. Richard Grelling war nach der Auffassung der wilhelminischen Gefälligkeitshistoriker, die in Deutschland bekanntlich auch heute noch das Privileg haben, geschichtliche Wahrheit festzustellen, der Vater der „Kriegsschuld-lüge“. Tatsächlich ist er der Vernichter der Kriegsschuldüge, die die Generäle Wilhelms II., den Alldutschen Verband und die rheinisch-westfälische Waffenindustrie von der Verantwortung am Weltkrieg reinwaschen möchte. Der einzige Fehler, den Grelling in seinen großartigen Anklageschriften gegen die deutsche Diplomatie und Generalität begeht, ist der, daß er die objektiven Momente, die dem verbrecherischen Beginnen unserer Rgierer Vorschub leisteten, keinen ausreichenden Geltungswert zuerkennt, auch daß er die Staatslenker in den Ententeländern für pazifistische Menschenfreunde hält. Bewiesen aber hat Grelling, daß sie 1914 den Krieg

nicht wollten, daß er in Berlin und Wien betrieben, geschoben und veranstaltet worden ist. Wäre aus dem Deutschen Reich auch nur die Republik geworden, als die es sich heute ausgibt, und nicht eine bloße Attrappe, hinter der sich mit allem Dreck und Speck die alte schwarz-weiß-rote Firma verbirgt, dann wäre Richard Grelling vor ihr mit der Geschichtsschreibung der Ursachen des Krieges beauftragt worden und sein Tod würde mit öffentlichen Trauerfeiern begangen werden. — Grelling war Demokrat und somit uns in der Idee wenig verwandt. Aber er war einer der wenigen, um die ihrer Reinheit und ihres Mutes wegen jede Bewegung beneidet werden darf, die aus solcher Kraft Nutzen zieht.

August Reinsdorf

zum 80. Geburtstag am 31. Januar, zum 44. Todestag am 7. Februar.

Es lag ein Mann auf den Block geschnallt,
So will es das Recht! sprach der Staatsanwalt,
Und der Priester sprach: So will es Gott!
Da ist das Fallbeil herabgeknallt,
Und da rollte der Kopf vom Schafott.

Der Kopf, den das Fallbeil vom Rumpfe schlug,
Das war Reinsdorfs Kopf, in dem träumend und klug
Das Hirn eines Aufrührers stak,
Ein Hirn, das verwegne Gedanken trug
Und das nicht vor dem Tode erschrak.

Die Priester und Richter in ihrem Talar,
Die wußten nicht, was für ein Geist das war,
August Reinsdorf, der Anarchist.
Doch die Angst erwitterte zitternd Gefahr:
Ein Staatsfeind! Ein Widerchrist!

Die Angst nahm Bürger und Bauern in Bann:
Ein Unhold, der Mord und Verderben sann
Dem Kaiser und seinem Haus!
Um Volkes Frieden — man töte den Mann!
Man lösche sein Lebenslicht aus!

August Reinsdorf rief lachenden Angesichts,
Als er vor den Roben des Reichsgerichts
— Gefesselt ein Ankläger — stand:
Ihr ahnt von der Arbeiter Leiden nichts
Und ich nichts vom Vaterland.

Recht hat, wer die Macht in den Händen hat.
 Ihr seid die Beschützer von Reichtum und Staat, —
 Ich bin ein Anwalt der Not.
 Jawohl, ich wollte die rächende Tat
 Der Empörung! So schlagt mich tot!

Doch hört, ihr Richter, mit meinem Gebein
 Wird nicht die Freiheit begraben sein
 Zum höhern Triumph eures Rechts.
 Ihr köpft mich — und senkt meinen Geist hinein
 In die Hirne des künft'gen Geschlechts! . . .

August Reinsdorf büßte den Freiheitsmut.
 Heiß zischte das wilde Rebellenblut
 — Risch! — unter der Schneide von Erz.
 Sein Leib ward zu Staub. Aber niemals ruht
 In der Welt seines Geistes Herz.

Absage an die Rote Hilfe

Am 15. Januar ist folgender Brief eingeschrieben abgesandt worden:

An den
 Zentral-Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands

BERLIN NW 7
 Dorotheenstraße 77/78.

Werte Genossen!

Hierdurch erkläre ich meinen Austritt aus der Roten Hilfe Deutschlands.
 Entscheidend für diesen Entschluß, der mir nicht leicht fällt, ist die
 in der „Roten Fahne“ mitgeteilte Tatsache, daß die Rote Hilfe eine
 eigene Werbeaktion für das Zentralorgan der Kommunistischen Partei
 vornehmen wolle.

Damit entfällt die letzte Möglichkeit, die RH. als eine überparteiliche
 Organisation anzuerkennen und den Genossen linksrevolutionärer Rich-
 tungen mein Verbleiben in der RH. als ein Verhalten begreiflich zu machen,
 das keinerlei Verpflichtungen für eine bestimmte politische Partei in sich
 schließt.

Als ich vor 4 Jahren aus der bayerischen Gefangenschaft kam, stellte
 ich meine rednerische und organisatorische Kraft in weitem Maße der
 Roten Hilfe zur Verfügung, und es wird kaum bestritten werden können,
 daß ich dieser Organisation eine sehr große Zahl Mitglieder und aktive
 Helfer zuführte. Voraussetzung war für mich, daß ich bei meiner Tätigkeit
 meinen Charakter als Anarchist niemals zu verleugnen brauchte; diese von
 mir von Anfang an gestellte Bedingung wurde mir ausdrücklich zugebilligt.
 Ich habe mir durch mein Wirken im Rahmen und zum Nutzen der RH. in
 den mir nahestehenden revolutionären Kreisen viel Anfeindung zugezogen,
 mich jahrelang schwerstem Mißverstehen meiner Haltung ausgesetzt, aber

all dies in Kauf genommen um der Genossen willen, die als Opfer der Klassenjustiz in den Zuchthäusern und Gefängnissen die solidarische Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen erwarten. Um ihretwillen habe ich auch die meines Erachtens durchaus unsachgemäße, weil bürokratische Organisationsform der RH. hingegenommen und zu zahlreichen befremdenden, außerhalb der Aufgaben einer Inhaftierten- und Revolutionsopferhilfe liegenden Aktionen der RH. geschwiegen, wie vor kurzem erst der Agitation für die parteikommunistische Kandidatenliste bei den Konsumgenossenschaftswahlen u. ä.

Auch die Parteinahme der Roten Hilfe Deutschlands gegen die linksrevolutionären Gefangenen und Verfolgten in Rußland hat mich nur dazu veranlaßt, meine Tätigkeit in der Organisation auf die Arbeit zu beschränken, die innerhalb der deutschen Angelegenheiten zur Abwehr der Klassenjustiz zu leisten ist. Immer hielt mich die Rücksicht auf die gefangenen Genossen zurück, mit einer Organisation zu brechen, die bei ihnen bis jetzt als überparteiliche Klassenorganisation galt. Ich blieb Mitglied, obwohl mein Auftreten als Delegierter bei der Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg 1927, bei der ich an manchen Uebelständen Kritik übte und vor allem die Forderung vertrat, die RH. habe sich für eine Amnestie der linksrevolutionären Gefangenen und Verbannten Rußlands einzusetzen, nur dazu führte, daß von meiner agitatorischen Mitwirkung keinerlei Gebrauch mehr gemacht wurde. Ich habe seitdem meine Arbeit für die Gefangenen unvermindert fortgesetzt, mußte mir nur zur öffentlichen Aufklärung andere Möglichkeiten schaffen, als sie mir vorher von der RH. geboten wurden.

Die Fiktion, als ob die Rote Hilfe Deutschlands tatsächlich selbständig sei, zu der ich und meine Freunde, die der RH. angehören, uns immer wieder überredeten, läßt sich selbstverständlich nicht mehr halten, wenn die Organisation jetzt dazu übergeht, aus der Arbeiterpresse ein einzelnes Blatt herauszugreifen, das lediglich Organ einer zur Zeit dominierenden Richtung innerhalb einer besonderen Partei ist und das von allen linksrevolutionären Parteien und Gruppen, die korporativ oder in Einzelmitgliedschaften ebenfalls in der RH. vertreten sind, gleichmäßig scharf abgelehnt wird. Die Einleitung einer eigenen Werbeaktion für die Rote Fahne durch die RH. bedeutet vollkommene Preisgabe der Ueberparteilichkeit und schwerste Brückierung aller Mitglieder der Organisation, die etwa einer antiparlamentarischen oder gewerkschaftsfeindlichen, selbst auch nur einer kommunistisch-oppositionellen oder unabhängig-sozialdemokratischen Bewegung angehören. Eine Werbeaktion für alle linksgerichteten proletarischen Zeitungen und Zeitschriften ohne Unterscheidung der Fraktionen, in die, ausgesprochen oder nicht, auch die Rote Hilfe zerfällt, wäre bei den proletarischen Mitgliedern und erst recht bei den Gefangenen verstanden und gebilligt worden.

Mein weiteres Verbleiben in der RH. müßte mich neuen Mißdeutungen meiner Gesinnung aussetzen, denen ich kein wirksames Argument mehr entgegenzusetzen hätte. Ich trete daher aus und werde meine Kraft weiterhin für die Opfer der Staatsjustiz rege gebrauchen. Dabei beabsichtige ich durchaus nicht, eine Kampfstellung gegen die RH. zu beziehen; soweit eine ersprießliche kameradschaftliche Zusammenarbeit geleistet werden kann, werde ich zur Verfügung stehen. Doch ist für mich als Mitglied kein Raum mehr in einer Organisation, in der ich genötigt werde, eine Parteipolitik zu fördern, die ich für falsch und der revolutionären Arbeiterbewegung abträglich halte.

Mit revolutionärem Gruß!

Erich Mäh sam.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!



Folgende Sammelisten wurden abgerechnet: Nr. 44, 3.—,
Nr. 45, 12,50 M. — Fordert neue Sammelisten an!



Anarchistische Vereinigung
Anschritt: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10 IV.

Gilde freiheldlicher Bücherfreunde

Literarische Abende Rudolf Rocker spricht:

- 1. Febr. „Michael Bakunin
der Denker und Kämpfer“
- 8. Febr. „Peter Kropotkin
u. d. Philosophie d. geg-
seit. Hilfe“
- 15. Febr. „Elisée Reclus, der
Künder eines neuen Men-
schentums“.

Beginn 8 Uhr in der Aula
der Friedrich - Werderschen -
Oberrealschule, Weinmeister-
str. 15 (Nähe Bnhhf. Börse)

Reinsdorf-Most Kundgebung

Donnerstag, 7. Februar,
abends 7¹/₂ Uhr
im „Märchenbrunnen“
Am Friedrichshain 29-32

—
Ehrt das Andenken unserer
gesetzlich ermordeten und
verjagten Vorkämpfer durch
zahlreichen Besuch!

F.A.U.D. Berlin
Anarchistische Vereinig.
S. & J.D. Berlin

Unterstützt FANAL!

Sammlung

Gedichte und Novellen von Erich Mühsam
J. M. Spaeth-Verlag Berlin
Preis 8.— M. geb., 5,50 M. brosch.

Kind u. Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von
B. Liber, New-York (Vorzugs-)Preis 2,25 M.

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen
Rütten & Loening Frankfurt/M.
Preis 16,— M. geb., 11,50 M. brosch.

Bezieht Bücher durch uns!

Radio

Sprechapparate, Fahrräder, Nähmaschinen,
gegen günstige Ratenzahlung.

Wilhelm Engelfried

Eflingen

Chrisstraße 24¹

Vertreter Überall gesucht

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Das Ende der Demokratie — D.e anarch. Bewegung in Italien (v L. Fabori) — Reparaturwerkstätten für Menschen — Aus der Freidenkerbewegung — Der Fall Trotzki — Das Pulverfaß — Von Eisner bis Leviné — Hilferuf aus Bulgarien

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

MÄRZ 1929

„Volkshelil“

Kranken-Untersützungskasse der Naturheilbewegung
BERLIN NW 7 Dorotheenstr. 19

**versichert Dich
und
Deine Familie**

zu den
vorteilhaftesten Bedingungen

In dieser Kasse sind Ärzte wie
Naturheilkundige zugelassen

Prozente und Aufnahmebedin-
gungen sind anzufordern bei

W. Gerhards

Berlin N 113. Seelower Straße 12

Telephon D 4, Humbold 5901

Die neue Generation

Herausgeberin Dr. phil **Helene Stöcker**
Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektür der von Hel. Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“
sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese
Zeitschrift überhaupt als einer der besten in deutscher Sprache zu werten ist.
Welt am Montag

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten
Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sozialreform. Bertram Lloyd

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 6

März 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,36 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das Ende der Demokratie

Wir erleben etwas Bemerkenswertes. Die eifrigsten Fürsprecher des gegenwärtig in Deutschland geltenden politischen Systems fühlen den ideologischen Boden, auf dem sie stehen, unter sich schwanken und schreien nach Abhilfe. Nicht, daß sie meinen sollten, das parlamentarisch-demokratische Verfahren der öffentlichen Verwaltung erweise sich als verbraucht und für alle fernere Dauer unbenutzbar, aber einige merken doch schon, daß die Massen, die davon beglückt werden sollen, die Art wie sie in Deutschland regiert werden nicht eben als höchsten Ausdruck von Weisheit und Gerechtigkeit empfinden. Ja, Herr Dr. Joseph Wirth, der Schulmeister der Republik mit dem knödelnden Bariton der Durchdrungenheit von kirchenfestem Staatsbewußtsein, hat bereits das für gewichtige Fälle in Oelpapier verwehrte gar strenge Wort in die Welt geräuspert: So kann es nicht weitergehen! Noch mehr, er hat mit der ihm eigenen würdevollen Festigkeit, die er bei jedem Umfall umschnallt, in „fast hoffnungsloser Traurigkeit“ diesem Lande den Faschismus prophezeit und seinen republikanischen Weggenossen von der Löbeschen und der Haasschen Couleur mit sonorem Pathos den Rat gegeben, in Zukunft ihre Rechnung ohne den Wirth zu machen, dahingegen seinem Beispiel folgend „die Grenzpfähle der Parteien neu anzustreichen, die Lattenzäune um die Parteilager zu erhöhen und — um auch dem Theoretischen nach zu genügen — die Grenzen weltanschaulich zu rechtfertigen.“ Gleichzeitig kündigt er seine Mitwirkung an etwelchen „republikanischen Gemeinschaftsorganisationen“.

Im selben Augenblick, in welchem Herr Dr. Joseph Wirth den Charakterbocksprung auf den Boden der Tatsachen vollführt, den er sich bereiten sieht und den mit katholischem Bohnerwachs staats-

männisch zu glätten er entschlossen ist, begeben sich Ereignisse, die, weitaus bedeutungsvoller als seine Entschlüsse, diese Entschlüsse als vorsorgliche Teilerscheinungen erheblicher Veränderungen in den Beziehungen der politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen zu einander kennzeichnen und erklären. In Deutschland offenbart sich in einer Schärfe und Ausweglosigkeit wie noch nie, seit sich der parlamentarische Weimarasmus vor zehn Jahren bei uns einnistete, die Armseligkeit und Unfähigkeit der Parteischacherpolitik, der wir die gesetzlich geschützten Schönheiten unseres Staatsbürgerdaseins verdanken. Die gegenwärtige „Koalitions-Krise“ trägt nämlich im Wesen andere Merkmale als der sonst mit diesem Namen bezeichnete Krach zwischen den gleichen Brüdern mit den ungleichen Kappen, der bei jeder neuen Jagd auf die Pfründen üblich ist; dieses Mal ist die Verlegenheit gerade daraus entstanden, daß die einzige Partei der deutschen Parlamente, die dank jahrhundertelanger ausgezeichnetster Schulung überhaupt weiß, wie politische Taktik im Dienste von Machtbestrebungen anzuwenden ist, das klerikale Zentrum, sich zum ersten Mal seit Bestehen der Republik aus deren Zentralregierung zurückzieht. Schon als vor dreiviertel Jahren die Sozialdemokraten kraft ihres „Wahlsieges“ vom 20. Mai den stolzen Beschluß verkündeten, die schwere Verantwortung nicht scheuen zu wollen — wer Augen hatte, sah, daß sie nur die eine Angst hatten, von anderen gezwungen zu werden, die Verantwortung zu scheuen —, ließ das Zentrum den tüchtigen Hermann Müller wochenlang zappeln und den „Vorwärts“ um die „große Koalition“ wimmern, bis es sich bereit fand, zwar nicht dieses Universalrezept aller deutschen Regierungswissenschaft zusammenbrauen zu lassen, aber doch wenigstens den Parteidiplomaten Herrn v. Guérard „ohne feste Bindung“ als Horchposten ins Müllersche Kämmerlein hinein zu entsenden. Der hat jetzt seine Aufgabe erfüllt. Er hat durch die fortgesetzte Drohung mit dem Austritt aus der Regierung die stärkste Regierungspartei, eben die Sozialdemokratie, zu unausgesetzt neuen Verschleuderungen ihrer früheren Grundsätze und ihrer Wahlversprechungen verführt und ihr damit die letzten noch nicht aufgeweichten Knochen ihres Ideenskeletts aus den Scharnieren gerenkt. Die Partei, die einmal Gegenstand des Sozialistengesetzes war, mußte die madigen Reste, die der „Bürgerblock“ des Marx-Keudell-Regiments im Teller gelassen hatte, auslöfeln, mußte den Panzerkreuzer A in Bau geben, mußte den reaktionärsten Etat aller Jahresaufstellungen anfertigen, mußte der Schlichtungseinrichtung, die ohnehin schon das Streikrecht der Arbeiter vernichtet, auf Verlangen der Schwerindustriellen im Ruhrgebiet, die diesem Verlangen mit Mitteln des trockenen Bürgerkrieges Nachdruck verliehen, durch Machtspruch ihres eigenen Ministers Severing die letzten dem Prole-

tariat günstigen Möglichkeiten nehmen und mußte allen noch in Vorbereitung harrenden Anschlägen des Kapitals und der Kirche auf die Denk- und Bewegungsfreiheit der werktätigen Massen die Wege nicht nur freihalten, sondern selber pflastern helfen. Jetzt, nachdem an der Sozialdemokratie gesinnungsmäßig nichts, aber schon gar nichts mehr zu ruinieren ist, nachdem ihr alle in der Zeit des Bürgerblocks dürrtig aufgeschmierte rosa Schminke bis zum Rest heruntergekratzt ist und sie so pockennarbig und giftgelb dasteht wie die Ebert und Noske sie zugerichtet und die Severing und Hilferding sie von neuem entstellt haben, jetzt verkracht sich das Zentrum nicht etwa mit ihr — wie wird es denn? —, sondern mit der ehemals nationalliberalen Deutschen Volkspartei, die heute in ihrem Gepäck noch genau soviel Liberalismus mit sich herumträgt wie die sozialdemokratische Partei Sozialismus. Herr v. Guérard besieht sich jetzt die reizvolle Regiererei von außen, bei der Stresemann, Gröner und Curtius die äußere und innere Politik bestimmen, die die vier vom Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft erhobenen kleinen Metallarbeiter und großen Windmacher auszuführen haben.

Der Austritt des Zentrums aus der Reichsregierung bedeutet selbstverständlich keinen Verzicht, sondern im Gegenteil die aufs äußerste verschärfte Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate. Die Kirchlichen kennen ihre Macht. Sie wissen sehr genau, daß ihr Einfluß, solange keine proletarische Revolution alles auslegbare Formalrecht beseitigt und an seine Stelle die tätige Durchführung erkannter Nötigkeiten setzt, wie sie selbst, wie es mit ihnen die Wirtschaftsmagnaten auch unter der „Demokratie“ tun, wie es jeder tut, der dazu die Macht hat, daß ihr Einfluß mit oder ohne Ministersitze im gegenwärtigen Deutschland schlechthin entscheidend ist. Sie sind die einzigen Politiker in dieser Republik, deren Gesamthaltung frei ist von persönlicher Eitelkeit, von opportunistischer Streberei und von kurzsichtiger Gier auf Tageserfolge. Sie sind die einzigen ernst zu nehmenden Politiker Deutschlands, weil sie alle politische Taktik auf weite Sicht dem Dienste an einer höheren Idee unterordnen. Darum sind sie auch stärker als selbst die politischen Handlanger des Industrialismus, des Grundbesitzes und des Finanzkapitals, deren unmittelbares Interesse allerdings vermöge der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft in allen staatlichen Entschlüssen zunächst maßgebend ist, weil die Kirche über den Tag hinaus rechnet und ihr Geschäft nicht auf den durchschnittlichen abendlichen Kassenabschluß ausbilanziert, sondern auf die niemals versagenden Werte, die aus der Beherrschung der Geister fließen. Die Staatsform und aller äußerliche Aufputz des öffentlichen Verfahrens ist den katholischen Parteifunktionären Nebensache; ihnen ist der Absolutismus so lieb wie die radikalste Demokratie, und mit einem

Sozialismus, der ihrer Kirche materielle und ideelle Freizügigkeit einräumte, würden sie sich ebenso leicht abfinden wie mit einem militärisch gesicherten plutokratischen Regiment, das sich von ihnen segnen ließe. Man darf, wenigstens für Deutschland, ruhig die paradoxe Behauptung aufstellen: hier sind unter allen Politikern die Pfaffen die einzigen, die keine Bonzen sind. (Selbstverständlich gilt das nur für die katholischen; die evangelischen sind nichts als vernagelte Mucker, die sich einbilden, zur kulturellen Vergewaltigung des Geistes bedürfe es im Politischen der Atmosphäre des Fürsten- und des Kasernenhofs.) Es gibt nichts Törichtereres, als die Klugheit, die Weitsichtigkeit und das psychologische Verständnis der katholischen Kirchenpolitik zu unterschätzen oder mit irgend einer blöden Formel historisch einordnen und damit erledigen zu wollen. Hier waltet ein klarer bewußter Wille, hier wächst zielsicheres Handeln aus der Kraft einer kompromißlosen und unkompromittierten Gesinnung, — hier ist der gefährlichste Feind!

Niemand kann im neuen Deutschland ohne, geschweige gegen das Zentrum regieren. Jeder, der regieren will, muß erst beim Zentrum um Erlaubnis bitten und dessen Bedingungen entgegennehmen. Da die Bourgeoisie vor zehn Jahren der Sozialdemokratie für die Preisgabe des Sozialismus und für die Erwürgung der Revolution den kümmerlichen Brocken der parlamentarischen Demokratie hinwarf nebst der Aussicht auf Geheimratsposten für ihre Prominenten, betrieb die Kirche ihre Bestrebungen auf parlamentarisch-demokratische Art. Sie fuhr nicht schlecht dabei. Die äußere Ausstattung aller politischen Betätigung wurde den jeweils vorherrschenden Stimmungen angepaßt. Die Weimarer Verfassung wurde mit allem freigeistig schillernden Wortschmuck geschluckt, nachdem ein paar redaktionelle Kleinigkeiten eingemengt waren, die das Warten auf bessere Tage — die bewährteste Kunst der Klerikalen — prächtig anschlagen ließen. Wer von den gescheiterten Artikelbastlern hätte daran gedacht, daß ihr schöner Artikel 118 zum Beispiel etwas anderes bedeuten könnte, als die Garantie des Rechtes für jeden Deutschen, „seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern“? Daß man dazwischen schrieb „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze“, konnte doch keine Falle sein? Nun, die allgemeinen Gesetze waren ja nicht gleichzeitig für unabänderlich erklärt, und ihre Schranken sind im Laufe der Jahre so viel enger geworden, daß die Frömmigkeit des Landes keine Angst mehr vor den Meinungen der Gottlosigkeit zu haben braucht. Die Kirche hat, bald mit den Sozialdemokraten, bald mit den Deutschnationalen im Bunde, erstaunliche Erfolge erzielt. Sie hat ein Jugendschutzgesetz bekommen und ein Schund- und Schmutzgesetz, das keine freie künstlerische Kultur mehr möglich

macht. Sie hat der schon in der Verfassung vorgesehenen Filmzensur eine Funkzensur angegliedert, durch die gänzlich verhindert ist, daß mit diesen Mitteln der Flügel eines von Gottes Engeln auch nur von einem Hauch der Ungläubigkeit bestaubt wird. Sie hat die Steuer-gesetzgebung in der Weise beeinflußt, daß alle Kirchnaustritte ihr finanziell kaum wehe tun, da der Ausfall aus Staatsmitteln, also doch wieder vom Gelde der Ausgetretenen gedeckt wird, man sehe sich doch die allmähliche Steigerung der Staatszuschüsse an die Kirche an. Sie hat von der Justiz eine Auslegung der Unsittlichkeits- und Gotteslästerungsbestimmungen des Strafgesetzbuchs erwirkt, die, verbunden mit der Handhabung der politischen Strafparagrafen, keinen schätzbaren Rest übrig läßt von dem liberalen Geist, mit dem immerhin der arglose Preuß seinen Verfassungsentwurf zu imprägnieren hoffte. Schulgesetz und Konkordat stehen bevor — und nun läßt das Zentrum die Vertreter des Industriekapitals und des Kleinbürgerproletariats mit ihren demokratischen Kenntnissen allein und begnügt sich nicht etwa mit der Rolle des Beobachters, sondern treibt offene Sabotagepolitik gegen die demokratischen Methoden. Die Entlarvung der Sozialdemokraten durch das Zentrum bei der Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge hatte anderes Kaliber als die alltäglichen Entlarvungsscherze der Kommunisten, die rein demonstrativ weitgehende Anträge stellen und nach deren Ablehnung ein wüstes Lamento anstimmen. Den Sozialdemokraten war gestattet worden, hin und wieder einen Antrag einzureichen, der mit dem Hilferdingschen Etat zwar nicht vereinbar wäre, aber den Wählern der Herren Freude machen könnte. Die übrigen Regierungsparteien überstimmten den Antrag und der gute Eindruck war gerettet. So durften die Müllersleute ein paar Krisenanträge starten, um ihren sozialen Willen zu zeigen. Inzwischen war aber der pfiffige Prälat Kaas Führer der Zentrumsfraktion und Herr v. Guérard Exminister geworden. Dadurch war das Zentrum in seinen Entschlüssen frei. Es erklärte im Ausschuß, für die sozialdemokratischen Anträge stimmen zu wollen; die wären dadurch angenommen worden, was die ganze schöne Koalition gesprengt hätte. Daher zogen die Antragsteller ihre Erwerbslosenfreundlichkeit rasch zurück, und als im Plenum die Kommunisten dieselben Anträge wieder einbrachten, stimmten die Klerikalen dafür, die Verfasser der Anträge, die Sozialdemokraten selber, aber dagegen. Die Ministerstühle sind ihnen, wie sie damit zugegeben haben, wichtiger als die Hilfe für die Notleidenden. Dieser Witz des Zentrums war ein Meisterschuß ins Herz des ganzen parlamentarisch-demokratischen Systems, um das der Gesinnungsvorturner der Partei — und das gehört mit zur ganzen Aktion —, Herr Dr. Joseph Wirth jetzt so beweglich weint, daß er schon den Faschismus im Anmarsch sieht

und als einzige Rettung die Trennung von den demokratischen Weggenossen empfiehlt.

Das kluge Zentrum sieht, daß die Demokratie am Ende ist und weiß, daß es am richtigsten ist, das was fällt zu stoßen. Darum geht es zunächst einmal zur Seite und wartet ab, was sich gestalten will. Vielleicht wird noch einmal nach der alten Routine weitergewurstelt. Je nachdem, wie ein paar gewerbsmäßige politische Giftmischer, die ihren Lebensunterhalt daraus ziehen, daß sie bei jeder Zusammenschusterung eines Gesetzes statt sachlicher Gedanken Vereinsvorteile zur Geltung bringen, hinter der Tapete ihren Handel schließen, werden die Aemter verteilt. Die Rechtspflege des Landes wird nicht dem Tüchtigsten oder gar dem Gerechtesten übergeben, sondern dem Vertreter der Partei, die nun einmal den Anspruch auf mindestens drei Sitze macht und der man wegen der Empfindlichkeit der Konkurrenz leider nicht die Leitung der Wirtschaft anbieten konnte. Sie wollen die Finanzen, lieber Herr? Ach, möchten Sie sich nicht mit dem Verkehr begnügen? — So sieht die parlamentarische Demokratie aus, ein groteskes Zahlenrechnungs- und Schiebispiel, aber was bei all der gemeinen Postenverkümmelung herauskommt, das wird als Ausdruck des wahren Volkswillens angepriesen, und die Sozialdemokraten trompeten am lautesten, daß wir jetzt gottseidank einen freien Volksstaat haben, in dem das mündige Volk sich selbst regiert. — Möglich, daß es so noch eine kurze Zeit weiter geht und daß auch das Zentrum noch einmal als Sozium in die Firma mit eintritt. Nötig hat es es nicht, da die anderen, die Stresse- wie die Scheidemänner, vor den ihnen nicht verpflichteten Frommen noch mehr krumme Buckel machen als wenn sie koalitiert wären. Das Schulgesetz fällt so aus, wie Rom es haben will, im Konkordat wird der Papst der Sieger sein, und das Strafgesetzbuch, der ungeheuerlichste Angriff gegen das deutsche Proletariat, der je gewagt worden ist, wird eine vernichtende Zwingburg der Freiheit im Denken und Handeln sein, ob das Zentrum von innen zieht oder von außen schiebt.

Herr Kaas klopft der verendenden Demokratie den Sarg zurecht und Herr Wirth tutet ihr auf der Maultrommel den Abgesang. Dabei flötet er mit geschmerztem Augenaufschlag etwas von Faschismus. Und siehe, während in der deutschen Republik der Katholizismus von der parlamentarischen Demokratie leise weinend Abschied nimmt und durch die milde Trauerträne hindurch schon dem nahenden Faschismus entgegenwinkert, vollzieht sich in Rom bereits die Verbrüderung der beiden Mächte, die die Sieger waren über die Revolutionen Europas: Kirche und Faschismus. Der Vatikan ist wieder weltliche Macht geworden; Papst Pius XI. hat einen ungeheuren Erfolg errungen, Arm in Arm mit Mussolini triumphiert er

über dem zertrümmerten Werk Garibaldi's. Und der Papst weiß gut, welcher besonderen Eigenschaft des Faschismus er den gewaltigsten Sieg zu danken hat, den seit den Tagen der Aufklärung die Kirche über eine Staatsmacht gewonnen hat. Es ist sein völliger Mangel an Ehrfurcht vor der Persönlichkeit, sein finsterner Machtdünkel und sein Anspruch auf blinden und kritiklosen Gehorsam gegen die Obrigkeit. Mussolini, der abenteuernde Renegat, der durch Blut und Tücke über den Gräbern derer zur Macht geklommen ist, die ihm Lehrer waren und Kameradschaft erwiesen, hat das christliche Kreuz und das Rutenbündel der elendesten Diktatur, die die Menschengeschichte kennt, an einander geknüpft, darum lobte ihn Pius XI. als „den Mann, der nicht die Voreingenommenheiten der liberalen Schule besaß“. Die Kirche hat mit dem italienischen Staat ihren endgültigen Frieden gemacht und zwar mit dem faschistischen Staat. Die Politik des Prälaten Kaas, begleitet von der Schamade des Magisters Wirth, bereitet rechtzeitig den Frieden vor, den die Kirche in Deutschland, die das Ende der Demokratie nahe fühlt, mit dem faschistischen Staat zu schließen gedenkt. Unsere Demokraten aber merken noch immer nichts.

Die Demokratie liegt im Sterben, in Deutschland wie überall in der Welt. Sie hat auch keine Lebensberechtigung mehr; denn die Wirtschaftsperiode des individualistischen Kapitalismus, des Manchesterturns, dessen politische Ausdrucksform die parlamentarische Demokratie war, ist schon so gut wie tot. An die Stelle des individuell konkurrierenden Privatkapitals — Rudolf Rocker hat das auf dem Neuköllner Kongreß glänzend entwickelt — tritt das vertrustete, das Kollektivkapital. Der politische Ausdruck des Kollektivkapitalismus aber ist der Faschismus, die organisatorische Gestalt der Entrechtung und Verknechtung des arbeitenden Menschen unter das Gebot des nackten Ausbeuterinteresses der diktatorisch herrschenden Wirtschaftsmächte. Die Vorbereitungen der deutschen Großindustrie, die verbunden mit dem Großgrundbesitz und mit den nationalistischen Wehrverbänden, drauf und dran ist, die Demokratie zu stürzen, liegen vor aller Augen. Unsere ewig unbesorgten Bürger und Kleinbürger machen sich nichts daraus; wir haben ja unseren Severing, unseren Grzesinski, unseren Zörgiebel, lauter Genossen wie unser Hermann Müller und unser Otto Braun. Aber schon hat der Müller seinen Guérard nicht mehr, und schon erhöht der Wirth die Lattenzäune um sein Parteilager, um dessen Grenzen weltanschaulich zu rechtfertigen. Es dürfte an der Zeit sein, daß auch der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft sich mit der Frage beschäftigte, was es zu tun hat, wenn das Ende der Demokratie sich krachend in Erscheinung setzt. Es wird an ihr liegen, ob die Nachfolge wirklich vom Faschismus angetreten werden muß. Demokratie heißt Volksherr-

schaft, Herrschaft der Gesamtheit also, und die Herrschaft der Gesamtheit über sich selbst wäre keine Herrschaft mehr. Was sich heute Demokratie nennt, diese in Unfähigkeit und Streberei, in Bonzenintrigen und Rivalitätsstunk kläglich verendende reaktionäre Diktatur der Mittelmäßigkeit und der Passivität, hat nichts mit Selbstbestimmung der Gesamtheit zu schaffen und kann nur noch tiefer in den Sumpf, aber niemals zum Fortschritt, am allerwenigsten zum Sozialismus führen. Denn der Weg zum Sozialismus geht nicht über die Demokratie, sondern der Weg zur wahren und reinen Demokratie, die wir Anarchie nennen, geht über den Sozialismus, und das Mittel, um zum Sozialismus zu gelangen, ist die proletarische Revolution.

Die anarchistische Bewegung in Italien

(Bemerkungen zu Sebastian Faures „Anarchistischer Synthese“.)

Sebastian Faure beruft sich auf mich, ich hätte ihm erzählt, daß die Verwirklichung dessen, was er „Anarchistische Synthese“ nennt, bei uns in Italien mit der „Anarchistischen Union“ versucht worden sei. Tatsächlich habe ich ihm etwas ähnliches gesagt, aber, um Irrtümer zu vermeiden, muß ich mich deutlicher erklären.

In Italien bestehen zwischen den anarchistischen Gruppen, die Faure als syndikalistische, kommunistische und individualistische bezeichnet, gar keine tiefgehenden Spaltungen. Eine wirkliche Trennung gab und gibt es allerdings noch zwischen den Anarchisten, die Anhänger einer Organisation sind und denen, die sie ablehnen. Die einen befürworten eine anarchistische Vereinigung, organisch aufgebaut, auf Dauer eingerichtet und mit dem Bestreben, sich auszudehnen; die andern bekämpfen oder verneinen jede Organisation und lassen höchstens lokale Gruppen zu, ohne Verbindung untereinander und nur vorübergehend für bestimmte Gelegenheiten geschaffen. Doch war allen Anarchisten die kommunistische Auffassung gemeinsam. Syndikalisten nannten sich diejenigen, welche sich praktisch in der syndikalistischen Arbeiterbewegung betätigten, sonst bestanden zwischen ihnen und den andern nur in nebensächlichen Fragen kleine Verschiedenheiten. Alle gehörten zur Italienischen Anarchistischen Union, und auf deren Kongressen war in den Diskussionen zwischen diesen und jenen kaum ein Unterschied der Denkweise und der geistigen Richtung zu bemerken.

Die Gegner jeder anarchistischen Organisation, die selber zum größten Teil kommunistische Anarchisten und nur in einer kleinen Minderheit Individualisten waren, standen natürlich außerhalb der Anarchistischen Union; aber wenn es sich um gemeinsame Tat handelte, gingen viele von

ihnen mit den organisierten Anarchisten zusammen. So ging die von Malatesta herausgegebene Tageszeitung „Umanita nova“ aus den gemeinsamen Anstrengungen beider Richtungen hervor, und ebenso war es mit der Zeitschrift „Fédéré“. Dabei entwickelte jedoch die Italienische Anarchistische Union noch genügend Aktivität aus eigener Kraft, und es gab Zeitschriften, die ausschließlich für ihren Kreis bestimmt waren. Die anarchistischen Organisationsgegner hielten sich von diesem Kreis vollständig fern, nahmen nicht an den Kongressen teil und gaben eigene Organe heraus.

Die Anarchistische Union Italiens umfaßt alle diejenigen Anarchisten, welche sich zum organisierten Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Staat zusammenschließen wollen mit dem Ziel der Revolution, deren Sinn die persönliche und gesellschaftliche Befreiung der Klasse wie der Menschheit ist, und die die Gleichheit und die Freiheit für alle auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfe und der freiwilligen Vereinigung der Kräfte verwirklichen wird. Ihr von Errico Malatesta verfaßtes Programm enthält alle grundsätzlichen Gedanken des Anarchismus, die S. Faure kommunistisch, syndikalistisch und individualistisch nennt, ohne aber einen dieser Begriffe anzuwenden. Es enthält die Darlegung der Ideen einer vollkommenen Anarchie, wie sie S. Faure in seiner Synthese vereinigt, und spricht aus, was die verbundenen Anarchisten wollen und planen, ohne jedoch theoretische Sonderbezeichnungen anzuwenden, außer dem Wort „anarchistisch“. So kann sich jemand der Italienischen Anarchistischen Union anschließen, ganz gleich, ob er dieses Programm anerkennt und kann sich nachträglich mit den andern Genossen über die Formen und inneren Angelegenheiten der Organisation verständigen, sowohl in den Gruppen als auf den Kongressen.

Diese Organisationsart scheint mir die geeignetste, um eine möglichst große Zahl Anarchisten in sich zu vereinigen. Sie alle zu vereinigen, das freilich wird wohl niemals möglich sein.

Jedenfalls zeigt sich die Notwendigkeit, das Problem des Zusammenschlusses zu lösen, nicht nur zwischen den Anarchisten, die schon irgend-einer Organisation angehören, sondern auch zwischen ihnen und den Mitgliedern anderer anarchistischer Organisationen oder Gruppen und den gar nicht organisierten Anarchisten aller anarchistischer Richtungen. Man soll nicht so tun, als ob dieses Problem dadurch gelöst werden könnte, daß man einfach eine neue Organisation gründet. Es kann nur gelöst werden auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung und Duldsamkeit, auf der Grundlage einer Überzeugung, die jedem einzelnen das Recht läßt, sich auf seine Weise mit Gleichgesinnten zu verbinden oder auch sich überhaupt nicht zu organisieren; dadurch wird es durchaus nicht unmöglich, daß zwischen den einen und den andern die herzlichsten und freundschaftlichsten Beziehungen bestehen, und niemand wird dabei für sich oder seine Richtung die Unfehlbarkeit oder das Monopol für den Anarchismus in Anspruch nehmen können.

Ich will diese Anmerkungen zu der „Synthese“ von S. Faure nicht beenden, ohne zu betonen, daß mit ihnen weder eine Kritik noch eine Ablehnung der Ideen unseres unermüdbaren französischen Kameraden beabsichtigt ist, mit dem ich im Gegenteil fast ganz einer Meinung bin; sie sollen vielmehr eine Ergänzung seiner Arbeit sein, sollen verschiedene Punkte in ein noch klareres Licht rücken und somit als ein Beitrag zu seiner Propaganda aufgefaßt werden, ein Beitrag, dazu bestimmt, ihre Wirksamkeit zu verstärken, nicht etwa sie abzuschwächen.

Luigi Fabbri.

Reparaturwerkstätten für Menschen

Hört man die Betreuer der staatlichen Anstalten von den Erfolgen ihrer Tätigkeit berichten, dann kann man mit 100 Prozent Gewißheit darauf rechnen, daß sie mit sich selber außerordentlich zufrieden sind. Kommt dann jemand daher, der den Apparat als Objekt seiner Wirksamkeit in allernächster Nähe genossen hat und klagt über Mißstände, bürokratische Grausamkeit oder Verständnislosigkeit bei der Behandlung von Mitmenschen, so sehen wir diejenigen, die die Beschwerden am meisten angehen, weil sie für die fraglichen Zustände verantwortlich sind, mit leidender Miene die Hände auf die Stuhllehne schlagen und ob soviel Undanks die Augen nach oben drehen. Wer aber, ohne sogar selbst von der staatlichen Güte zwischen die Zange genommen zu sein, die Qualen schildert, die andre davon auszustehen haben, andre, die sich ihm anvertraut, ihn um Hilfe angerufen haben, — das muß schon ein recht gemeiner Kerl sein.

Lampel hat in seinem Buch und in seinem Theaterstück an der Hand reichen dokumentarischen Materials Einblick gegeben in die trostlosen Verhältnisse, unter denen die Opfer der sogenannten Fürsorgeerziehung leiden. Die Jungen selbst — leider keine Mädchen — berichten in seinem Buch „Jungen in Not“ von dem, was sie in den Anstalten haben durchmachen müssen (vgl. FANAL Nr. 4). In dem Drama „Revölte im Erziehungshaus“ wird ein von mehreren Jungen mitgeteilter Vorgang bühnenmäßig dargestellt. Jeder, der ein wenig Gefühl hat mit diesen Dingen, weiß, daß hier tatsächlich Geschehenes aus der längst aufgelösten Anstalt in Berlinchen vorgeführt wird, weiß auch, daß die Seelennot der Fürsorgezöglinge, die dort einmal zum gewaltsamen Durchbruch kam, im System begründet liegt und in jeder Anstalt aus anderen Bedingungen, bei jedem Zögling aus andern Veranlagungen heraufquillt. Die innere Wahrheit der Lampelschen Anklagen ist gar nicht wegzustreiten und die Wirkung beider Werke auf ein im Innersten betroffenes und erschüttertes Publikum, das nun schon monatelang Abend für Abend das Theater füllt, kommt nicht von ungefähr. Was aber tun die Sozialdemokraten, die in und um Berlin die Fürsorgebezirke stellen und also keine andere Wahrheit gelten lassen können, als die, daß unser süßer Gegenwartsstaat bereits der Zukunftsstaat sei, der nur noch hier und da der Entfernung schwarz-weiß-roter Flecken und der schwarz-rot-goldenen Politur bedarf? Sie besehen sich nicht etwa die Jammerheime einer von Geburt her mißhandelten Jugend, sondern den Mann, der es gewagt hat, eine Laterne hinein zu hängen.

Es kann vollständig gleichgültig lassen, was von dem im Vorwärts und von der Stadtverordneten Frau Todenhagen herangeschleppten Personalakt Lampels auf Wahrheit beruht und was nicht. Jedenfalls ist es eine Neuerung in der öffentlichen Auseinandersetzung, daß ärztliche Gutachten über psychische Störungen, die die Folgen eines im Kriege erhaltenen Kopfschusses waren, von einer Parlaments-Tribüne herunter vorgelesen werden, um den Menschen verächtlich zu machen, der eine sozialdemokratisch gebilligte und verantwortete Menschen-Reparaturwerkstätte zu bemängeln wagt. Die Frage ging und geht nicht um Peter Lampel, sondern um die Erziehungshäuser, und wenn der von Frau Todenhagen begeisterte Dichter im gleichen Maße Lob verdienen sollte, wie die von ihr gerühmten Erziehungseinrichtungen Tadel verdienen, dann muß er ein ausgezeichnete Mensch sein. Es gibt Leute, denen der Ekel in den Hals steigt, wenn man Uebelstände, an denen man Schuld trägt, dadurch zu entlasten sucht, daß man diejenigen, die sie beim Namen nennen und sogar diejenigen, die ihre Opfer sind, mit Dreck bewirft. Denn der Vorwärts und die Dame im Rathaus erklären einfach, daß Lampel verrückt ist und daß die Jungen lügen.

Am 15. Februar veranstalteten unsere Genossen in Magdeburg einen Vagabunden-Abend, bei dem ich die Ansprache an die armen Penner aus dem Obdachlosen-Asyl hielt, die sich in dem überfüllten Saal drängten, um einmal nicht zwischen der Türspalte abgefertigte Bettler, sondern Brüder unter Brüdern, Genossen unter Genossen sein zu dürfen. Sie wurden aufgefordert, aus ihrem Schicksal zu erzählen, und da traten sie nacheinander vor und erzählten, teils unbeholfen, teils auch sehr redigiert, wie es ihnen gegangen ist und wie sie in der Welt herumgestoßen werden ohne Arbeit, ohne Liebe, ohne Gemeinschaft mit den Menschen, die ein Dach über dem Kopfe haben, leider sogar mißachtet von Proletariern, selbst von solchen, die auf die Revolution hoffen. Drei von ihnen sprachen fast nur von den schrecklichen Jahren, die sie in Fürsorgeanstalten zubringen mußten. Was da für Haß gezüchtet wird, davon macht sich Madam Todenhagen allerdings keine Vorstellung, denn sie sitzt fröhlich in Berlin und hat sozialdemokratische Sonne im Herzen und damit erwärmt sie aus möglichst weiter Entfernung die frierenden Gemüter derer, mit denen sie sich nicht einmal in der Volksküche an einen Tisch setzen würde. Alles, was in den von Lampel gesammelten Briefen der Jungen steht, wurde da bestätigt und vielfach überboten, und das waren keine bestellten Berichte; da stellten sich Menschen hin, die weder uns, noch die wir kannten, Leute, die nichts von der Existenz Lampels und seiner Bücher wissen, und die mit keinem Wort, von keiner Seite, beeinflußt waren, was sie sagen sollten. Man beweist nichts zugunsten Cammins, wenn man Struveshof verteidigt, aber die Gesichter und die ausgemergelten Körper der ehemaligen Fürsorgezöglinge beweisen noch mehr als ihre Berichte, daß die, um deren Leben es geht, beim Wort „Erziehungshaus“ an ihr Cammin und nicht an Frau Todenhagens Struveshof denken. Unsereiner aber denkt an den kränklichen armen Teufel mit seinem gallig gewordenen Mutterwitz, der von seinen Erlebnissen berichtete und den Abschluß eines Tages schilderte: „Und wenn wir dann zu Bett gingen, dann heulten wir, weil uns der Bauch von Hunger und der Arsch von Kelle wehtat.“ Lumpenproletarier! Wir haben sie froh gemacht, denn wir haben ihnen nicht vom lieben Gott erzählt, sondern von der Revolution und von einer Gesellschaft, die keine „Arbeitsscheue“ mehr kennen wird, und zum Schluß war es so warm geworden in diesen Verstoßenen, an denen sich sogar noch das kommunistische Manifest versündigt, daß sie die Stühle wegräumten und

tanzten und lachten und sangen, — die aus den Fürsorgeanstalten, aus den Gefängnissen, den Zuchthäusern, den „Winden“, diesen Schandverließen, die man Arbeitshäuser nennt, und die von der Landstraße und dem Asyl mit den Tippelschicksen und den armen Frauen von der Straße, und sie alle vergaßen in dem Gefühl, einmal sich selber zu gehören und nicht von Wohltätigkeit, sondern von Kameradschaft umgeben zu sein, die verdammten Reparaturwerkstätten für Menschen, die sie die Fröhlichkeit schon lange nicht mehr kennen ließen.

Der ängstliche Eifer, mit dem die mit der Oberaufsicht beauftragten öffentlichen Aemter allen Beschwerden über Rückständigkeit und Einsichtslosigkeit immer ihre moderne Humanität entgegenstellen, muß gegenüber allen wohlgemeinten Bestrebungen zur Erleichterung des Loses derer, denen die Verfügung über ihre Person von Staats wegen entzogen ist, sehr mißtrauisch machen. Wir hören nachgerade zum Beispiel von der Modernisierung des Strafvollzuges in den preußischen Gefängnissen und Zuchthäusern mehr und Rühmlicheres, als nach der eigenen Auffassung der Insassen dieser Anstalten gerechtfertigt erscheint. Dabei sei willig zugeben, daß einzelne höhere und auch untere Beamte sehr gern außer dem Staatsverlangen, seine Autorität durchzusetzen und den Reichtum gegen den Anspruch der Armut zu schützen, auch dem Bedürfnis der Gefangenen, Leben und Gesundheit zu bewahren und Geist und Seele heil zu erhalten, nach bester Möglichkeit gerecht werden möchten. Ich weiß — und es wäre so dumm wie schnöde, es abzuleugnen, daß der Präsident des Strafvollzugsamtes für Berlin-Brandenburg, Dr. Finkelnburg, sich die größte Mühe gibt, die Gefangenen als unglückliche Menschen zu betrachten und zu behandeln. Aber es ist hier wie überall, der Apparat ist stärker als der gute Wille; der Apparat aber ist der Staat, und der Staat dient andern Zwecken als denen der Humanität. Ihn interessiert der Wagen des Kapitalismus, dem er die Zügel führen muß, nicht der Ueberfahrene, der unter den Rädern liegt. Wenn der sich viel muckt, könnte die ganze Fuhre entgleisen und umkippen. Zudem läßt sich moderner Geist überhaupt nicht in Verhältnisse verpflanzen, deren gesamter Boden Wüste ist. Von den Sonnenburger Durchstechereien soll hier gar nicht geredet werden. Die haben mit dem Strafvollzug nichts zu tun und sind nur Symptom dafür, daß der Staat seine Beamten so besoldet, daß sie auf verbotenen Nebenverdienst ausgehen müssen, was uns als Anarchisten in jedem Betracht egal sein kann; im übrigen warf der Prozeß nur ein lehrreiches Licht auf die skandalöse Praxis des Staates, die Gefangenen zugunsten bevorzugter Firmen als Lohndrücker zum Schaden der Proletarier in den Betrieben zu verwenden. Herr Dr. Schmidt, Justizminister in Preußen, hat im Hauptausschuß des Landtags erklärt, daß der Vertrag mit der Heeresverwaltung über die Verwertung von Altmaterial gekündigt worden sei. Zum Glück konnte er versichern, daß der Justizverwaltung bei der Sache kein Schaden entstanden ist. Das ist ein großer Trost für die Gefangenen, die sonst womöglich, wenn sie nach Jahren tollster Ausbeutung den heben Ort verlassen dürfen, noch weniger als die 30 oder 40 Mk. Arbeitslohn kriegen würden, die sie sich ratenweise von der Polizei abholen müssen.

Herr Dr. Schmidt hat bei der Gelegenheit auch wieder allerlei von den neuen Grundsätzen des Strafvollzugs verlauten lassen, die durch „gerechte und humane Behandlung“ gekennzeichnet seien. Daß er den Strafvollzug in Stufen, diese zu Streberei, Korruption und Demunziation erziehende Sonderbestrafung aufrechter Charaktere, nicht nur erhalten, sondern noch krasser entwickeln will, indem eine Absonderung der verschiedenen Gefangenenkategorien voneinander erfolgen soll, sei nur nebenbei erwähnt.

Wie sich das angekündigte Institut für „kriminalbiologische Forschung“ als „wichtiges Hilfsmittel für den Strafvollzug“ auswirken soll, ist noch nicht recht erkennbar. Ein Institut für die Erforschung der Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Wirtschaft einerseits und Biologie und Kriminalität andererseits könnte bei geeigneter Nutzenanwendung durch das Proletariat den ganzen Strafvollzug entbehrlich machen.

Aber Herr Dr. Schmidt legt, wie er wissen läßt, „besonderes Gewicht auf die ärztliche Fürsorge für die Gefangenen“. Das ist löblich und wird manchen Gefangenen trösten, der bisher von dieser Fürsorge wenig gemerkt hat. Manchen wird es auch nicht mehr trösten, der dank der bisher genossenen ärztlichen Fürsorge in den Zuchthäusern bereits für ewig amnestiert ist; manchen auch wird es dünken, daß ärztliche Fürsorge nötig gewesen wäre, bevor er unheilbar zum Krüppel und Todgeweihten gemacht war.

Vor einigen Tagen empfing ich den Besuch von drei Männern und einem Hund. Einer der Männer und der Hund hatten noch ihr Augenlicht. Der sehende Mann war unheilbar tuberkulös und der Hund fungierte mit ihm als Führer der beiden Blinden. Vielleicht interessiert Herrn Minister Schmidt das Schicksal meiner Gäste. Sie haben sich nämlich alle drei ihre schreckliche und durch keine nachträgliche ärztliche Fürsorge mehr zu reparierende Vernichtung in den Zuchthäusern geholt, die der preußischen Justizverwaltung unterstellt sind. Ich verweise den Herrn Minister auf den „Syndikalist“, Jahrg. XI, Nr. 1, 6, 7 und 8, wo er die drei Fälle genau behandelt finden kann. Er wird erkennen, daß in allen diesen Fällen aus gesund in die Anstalt eingelieferten Menschen durch falsche und mangelhafte Behandlung und besonders durch den Unfehlbarkeitsdünkel der Gefängnisärzte unrettbare Krüppel gemacht worden sind. Es fehlte an aller Sauberkeit, an aller Sorgfalt bei der Diagnose, an allem persönlichen Interesse der Aerzte. Es waren ja nur „Verbrecher“, und die Zeit eines Anstaltsarztes ist zu kostbar, als daß er wegen solcher Patienten große Umstände machen sollte. Ich habe den Fall August Hagemeister zu nahe mit erlebt, um nicht genau zu wissen, von welcher Sinnesart gewisse Mediziner bewegt werden und wie die ganze Atmosphäre des Kerkers dazu beiträgt, aus dem Arzt ein einfaches Strafvollstreckungs-Organ zu machen, der wie in Niederschönenfeld der Dr. Steindl es selbst zugab, in erster Reihe Beamter und erst dann Arzt ist. Sollte sich der Minister oder der Strafvollzugspräsident die genannten Nummern des „Syndikalist“ nicht besorgen wollen, so stelle ich anheim, bei mir anzufragen. Ich werde dann Auskünfte erteilen, welche nur immer verlangt werden, über Namen und Anstalten und auch darüber, wie die „Fürsorge“ beschaffen ist, die der Staat seinen Opfern in ihrer Krankheit und in ihrer Blindheit zuteil werden läßt.

Gern stehe ich der hohen Behörde noch zur Angabe weiterer Fälle zur Verfügung, aus denen ersichtlich ist, daß der zu Zuchthaus Verurteilte mit Leben und Arbeitskraft völlig verfallen ist und keine Möglichkeit hat, den Schaden, den ein Arzt ihm zufügt, zu verhindern. In einem der genannten Fälle hat der Patient viel klarer erkannt, was ihm fehlt und welche Behandlung nötig war, als der Arzt. Es nützte ihm nichts. Auf seine Anträge und Beschwerden, deren Berechtigung ihm jetzt jede Stunde seines Lebens in der „Freiheit“ bestätigt, schrieb ihm das zuständige Strafvollzugsamt den typischen Satz: „Sie haben offenbar die Neigung, Ihre körperlichen Beschwerden stark zu übertreiben, dazu kommt ein tatsächlich völlig unbegründetes Mißtrauen gegen den Arzt. Sie täten besser, dem Arzt Vertrauen zu schenken und vor allem einzusehen, daß er vor Ihnen die Sachkunde voraus hat, die zum Erkennen und Behandeln von Krankheiten notwendig ist. Ihrer Untersuchung durch Fachärzte bedarf es nicht, Ihren

dahingehenden Antrag lehne ich ab.“ So! Es ist ja nur die Krankheit eines Laien, noch dazu eines Gefangenen. Der Arzt aber hat studiert, und der Strafvollzugsbeamte pocht auf die Autorität.

Wünschen Sie weitere Fälle, Herr Minister? Für heute nur eine Frage: Was beabsichtigen Sie im Falle des Strafgefangenen W. W. in Brandenburg zu tun, der ebenfalls infolge falscher und nachlässiger ärztlicher Behandlung durch Gefängnisärzte kaput gemacht ist? Der Mann hat in der Gefangenschaft eine Tabes erworben. Der Arzt, der ihn jetzt behandelt, ebenso auch der Anstaltsdirektor hält ihn für haftunfähig. Der Staatsanwalt hingegen, der die Haftunterbrechung bewilligen müßte, verschleppt die Angelegenheit. Der Staatsanwalt, Herr Minister, ist Ihr Untergebener. Sie können ihm einfach die Anweisung geben, die Entlassung zu verfügen. Wünschen Sie, daß ich Ihnen die näheren Daten zu dem Falle mitteile? Nicht nur in diesem Falle, — gern.

Der Minister hat dem Landtagsausschuß auch versprochen, er werde einige veraltete Anstalten auflösen, sobald das neue Zuchthaus in Brandenburg fertig sei. Ich habe vor kurzem in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte aufmerksam gemacht auf die haarsträubenden baulichen Verhältnisse im Zuchthaus Luckau. Das Schlafhaus dieser Anstalt ist so gut wie unheizbar. Ich habe daher öffentlich und in Gegenwart hoher Justizbeamter verlangt, daß noch vor Eintritt der Winterkälte dieser unmögliche mittelalterliche Kerker geschlossen werden müsse. Aber nein! Man hat in dem Käfig, der nur aus Stein und Eisen besteht, und in dem die Oefen außen am Gang stehen und nicht viel mehr als Attrappen sind, Menschen bei — 30 Grad schlafen lassen. Hier ist rechtzeitig aufmerksam gemacht worden. Der Minister muß davon erfahren haben; aber er hat für die Insassen der Eishölle nur die Vertröstung: Wir bauen Euch einen schönen, neuen, humanen und gerechten Käfig. Wer hier drinnen inzwischen nicht verreckt, wird ja sehen, wie gut wir es mit Eurer Gesundheit meinen. Dort in der neuen Brandenburger Anstalt kriegt Ihr sogar einen Arzt, der dann ganz allein für Euch zwölf- bis fünfzehnhundert Gefangene da sein wird. In Luckau hat man es nämlich trotz aller baulichen Vorbedingungen, daß dort ein Arzt hinreichend beschäftigt werden könnte, noch nicht zu einem eigenen Anstaltsarzt gebracht. Die ärztliche Fürsorge, auf die Dr. Schmidt ein so großes Gewicht legt, muß in Luckau ein Privatarzt neben seiner Praxis erledigen. Na, aber ein eigener Geistlicher ist da; der bezieht dafür, daß er, was ja bei den hygienischen Verhältnissen des Zuchthauses nah liegt, die Gefangenen auf ein vorzeitiges Ende ihrer Leiden vorbereitet, ein Gehalt, mit dem zwei Aerzte zufrieden wären. Dies nur andeutungsweise für jetzt. Ich werde nach und nach mit weiteren Einzelheiten aus der Luckauer Menschen-Reparaturwerkstätte aufwarten.

Endlich noch eine bescheidene Anfrage. Wie geht das eigentlich zu, daß die politischen Gefangenen, deren Strafe durch die Amnestie nur in Gefängnis umgewandelt worden ist, es dort schlechter haben, als vorher im Zuchthaus? Der Gen. Josef Müller zum Beispiel sitzt jetzt in Plötzensee, wo auch Herr Klapproth von seinen Fememorden Rast hält. Müller hatte im Zuchthaus Sonnenburg alle Vergünstigungen der übrigen politischen Gefangenen. Da aber in seinem Urteil nicht ausdrücklich drin steht, daß er Leberzeugungstäter sei — das ist vor den Juristen etwas anderes als politischer Verbrecher —, sind ihm in Plötzensee diese Vergünstigungen wieder entzogen. Dafür kann er zusehen, wie Klapproth ihrer teilhaft ist. Die Amnestie wirkt sich also hier direkt als Strafverschärfung aus. Das ganze heißt Rechtspflege unter modernen und humanen Gesichtspunkten. Demnächst sollen wir ein Reichsstrafvollzugsgesetz bekommen, und da das neue Strafgesetzbuch dafür sorgen wird, daß noch viel mehr Proletarier als

bisher in die deutschen Zuchthäuser gesetzt werden, so wird hier die Betrachtung der Reparaturwerkstätten für Menschen etwas häufiger vorgenommen werden. Den Staat kennen, stärkt die Neigung, ihn zu zerschlagen.

Aus der Freidenkerbewegung

Wenn in diesen Blättern die Rede ist von Freidenkertum, dann bestimmt nicht von jenem, das seine Zweckbestimmung erschöpft in der Gewinnung neuer, zahlender Vereinsmitglieder, die ihre Sekretäre, die Ableger politischer Parteien, aushalten und zum Entgelt dafür sich im Kampfe gegen religiöse Vorstellungen wichtig tun dürfen, anstatt sich durch eine klare, antiautoritäre Einstellung auf den weit schwereren, auf den allein wesentlichen Kampf um die Beseitigung des Privateigentums vorzubereiten. Nicht berücksichtigen wollen wir auch die Frage, ob eine Freidenkerbewegung an sich neben antiautoritären politischen Organisationen überhaupt Existenzberechtigung hat und uns, statt theoretischen Erwägungen, realen Gegebenheiten und ihrem Zwange zuwenden, auch auf die Gefahr hin, vielleicht als Opportunisten oder Reformisten gekennzeichnet zu werden.

Es handelt sich in Nachfolgendem um ein kleines hessisches Dorf mit 4500 Einwohnern namens Mörfelden, in dem in den Nachkriegsjahren bis jetzt über 1200 Personen der Kirche den Rücken kehrten und sich proletarische Freidenker nennen. Ihrem Einflusse entsprechend zahlt die politische Gemeinde an die Freidenker jährlich eine Summe von 1600 Mk. aus, was ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber der örtlichen Kirche entspricht. Annähernd 200 Kinder erhalten von 4 Lehrkräften Freidenkerunterricht, der nicht mit dem sogenannten Moralunterricht oder dem Unterricht in sittlicher Lebenskunde der weltlichen Schulen zu verwechseln ist, sondern im Gegensatz hierzu sich auf einem eigenen Lehrplan aufbaut. In dessen Mittelpunkt steht die Entwicklungsgeschichte menschlicher Arbeit und Gesellschaft und die sich hieraus ergebenden Forderungen des Klassenkampfes und der Solidarität, deren „Sittlichkeit“ jenseits derjenigen liegt, die ein Unterricht in „sittlicher Lebenskunde“ präsentiert. Zurzeit sind ca. 20 benachbarte Orte mit Freidenkergemeinschaften dieser großen Ortsgruppe angeschlossen, die zusammen eine Gemeinschaft proletarischer Freidenker Hessens und des Wirtschaftsbezirks Frankfurt a. M. bilden, aufgebaut auf föderalistischer Grundlage. Hiernach ist jede einzelne Ortsgruppe selbständig, die Ausführung der Beschlüsse einer sogenannten Landeskonferenz unterliegen lediglich der Ueberwachung durch eine Landesinformationsstelle. Die gemeinsamen Auslagen werden durch Umlagen gedeckt, jede Funktion wird ehrenamtlich ausgeübt.

Ist es da verwunderlich, wenn die Parteien, die ihren Freidenkermitgliedern den Eintritt in den Berliner Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (V. f. F. u. F.) vorschreiben, die SP., um dort ihre Mehrheit zu stützen, die KP., um zu „revolutionieren“, einmütig ihre Gläubigen in Presse und Rundschreiben vor dem „anarchistischen“ Aufbau unserer Organisation warnen?

Im Mittelpunkte des Kampfes, der sich ganz besonders im vergangenen Jahre abspielte, stand der Freidenkerlehrplan! Von Offenbach, Mainz, Darmstadt und Worms aus stieß, angeführt von ihren Predigern, die „Freie Religion“ vor, protegiert vom V. f. F. u. F. um seiner städtischen, freireli-

giösen Mitgliedschaft wegen, protegiert auch von der hessischen Regierung. Ein freireligiöser Lehrplan sollte das mit viel „schlechthinigem Abhängigkeitsgefühl von etwas Höherem“ durchtränkte Liebesband sein, die Freie Religion und das Freidenkertum zu umschlingen. Dieser wurde selbstverständlich von der Regierung genehmigt und von ihr und dem V.f.F.u.F. der „Mörfelder Richtung“ zur Annahme vorgeschlagen, während unter dem Präsidium eines roten Ulrich dem Freidenkerlehrplan die Genehmigung versagt blieb. Trotzdem wird heute nicht nur in Mörfelden, sondern in neun weiteren Orten des Umkreises danach unterrichtet. Woche um Woche, seit Jahren schon, erteilen Mörfelder Genossen diesen Unterricht in Orten, die erst nach längerer Radtour erreichbar sind, teils als staatlich genehmigten Privatunterricht, oder in der klarsten, aber auch schwierigsten Form der Selbsthilfe, in Erziehungsgemeinschaften. Die Regierung sagt nolens volens: „Probeweise!“

Gegenwärtig führt diese Freidenkergruppe den Kampf gegen ein drohendes Konkordat, indem sie vor allem auf dem Gebiete der Erziehung vorstößt. In der Verteilung von Flugblättern in zahlreichen Orten und Fabriken, in entsprechenden Vorträgen, in Unterschriftensammlungen kommt diese Aktion gegen die Verchristlichung der hessischen Simultanschule, gegen die chauvinistische Verhetzung kindlicher Gehirne teilweise zum Ausdruck. Wichtiger ist, daß der Regierung erklärt wurde, daß unsere Eltern ab Ostern die ihre Weltanschauung verletzenden Lernmittel nicht mehr für ihre Kinder anschaffen werden. In diesem Sinne faßte dieser Tage der Mörfelder Schulvorstand einen Beschluß, der außerdem die Abschaffung des Schulbetetes in Klassen mit Freidenkerkindern und die Entfernung der religiösen und militärischen Bilder aus den Schulräumen vorsieht. — Daß uns in diesem Kampfe auch die Reichsverfassung dieser Republik als Mittel geeignet schien, dürfte kaum als ein Abgleiten auf schiefe Bahn zu bezeichnen sein. Es ging um die Verteidigung unseres proletarischen Nachwuchses vor geistigem Mord!

Ob die Parteistreitigkeiten im Laufe der Zeit auch innerhalb dieser Organisation ausgetragen werden? Zum Nutzen von wenigen „Streb-samen“, zum Schaden der proletarischen Bewegung! Vorderhand gilt es, weiterzuarbeiten in der Weckung und Vertiefung des Klassenbewußtseins, ohne daß sich diese Erziehungsarbeit deckt mit der Einstellung auf „Revolution auf lange Sicht“, hinter der sich das Müdesein der Aelteren und Alten verbirgt. Mancher Genosse, manche Genossin kann uns mit Rat zur Seite stehen, ganz besonders dort, wo es sich um Bücher, um Erzählungen für die Frauen und unsere Kleinsten handelt!

Anfragen beantwortet der Gen. W. Schmidt, Mörfelden, Freiligrathstr. 1.
C. H.

Der Fall Trotzki

Wir Revolutionäre leben in diesen Tagen und Wochen in bewegter Erinnerung an das, was sich vor zehn Jahren begab. Jede Gruppe feiert in Andacht die großen Taten und Versuche, an denen die Ihrigen beteiligt waren, grüßt in Ehrfurcht ihre Toten und bezeugt Achtung auch den Kämpfern benachbarter Gruppen, die reinen revolutionären Willens waren und geblieben sind. So ist es in Deutschland und überall, wo das Proletariat wenigstens den Anlauf nahm, das Unglück des Krieges zum Glück des Volkes zu wenden.

In Rußland hält man es anders. Dort war wirklich Revolution, dort besetzte das arbeitende Volk in der Tat seine Bedrückter, dort wurde der Staat zerstört und Arbeiter und Bauern schufen sich in ihren Räten die Organe freier Selbstbestimmung. Das war freilich nur ein Zustand von kurzer Dauer. Eine der an der Revolution beteiligten Gruppen machte sich zur Herrin über alle anderen und aus der russischen Räterepublik von 1917 wurde ein zentralistischer Staat mit einer diktatorisch haltenden Obrigkeit, die in sich selbst zerrissen und zerspalten ist von fraktionellen und persönlichen Rivalitäten.

Die Zehnjahresfeiern der russischen Revolution werden von oben angeordnet und man widmet das reiche Gepränge von Aufmärschen und Festen nicht so sehr dem, was war, als dem, was ist. Was aber ist, hat mit dem, was war, kaum mehr einige Aehnlichkeit. Das Seltsamste bei diesen Jubiläen ist, daß sie jedesmal verbunden sind mit dem grellen Aufleuchten jener inneren Zwistigkeiten, die längst den Zusammenhalt der herrschenden Partei durch eine verbindende Idee zerstört haben, wie sie zu Anfang die gemeinsame Arbeit aller Revolutionäre an Sozialismus und Freiheit zerschlugen. Die Theorie verlangte damals, daß die Kommunisten, die sich zu einer straff disziplinierten Partei zusammengeschlossen hatten, allein und widerspruchslos bestimmen müßten, was zur Fortführung der Revolution zu geschehen habe, und diese wahnsinnige Theorie vernichtete die lebendige Kraft der Revolution, den freiheitlichen Geist und die tätige Wirksamkeit der zur Gesamtheit vereinten schöpferischen Einzelnen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die kommunistische Partei Rußlands, die einer solchen aus der marxistischen Lehre geschöpften Auffassung gewalttätige Geltung verschuf, in Lenin und Trotzki zwei von ungewöhnlicher Tatkraft, Klugheit und organisatorischem Talent bediente Führer besaß, deren Arbeit die Bolschewiki alles, restlos alles, zu danken haben, was ihnen die Revolution an Erfolgen, Macht und Vorteilen eintrug. Während Lenin im wesentlichen die Aufgabe übernahm, die Partei zum bestimmenden Organ der öffentlichen Verwaltung auszubauen und zugleich dem neuartigen Staatsgebilde alle Eigenschaften der Partei mitzuteilen, leistete Trotzki die tatsächliche Organisationsarbeit durch Schaffung des funktionellen Apparates. Er militarisierte die Wirtschaft und faßte die revolutionären Kampftruppen zur Armee zusammen, deren Aufführung, Ausrüstung und Leistungsfähigkeit im Bürgerkriege gegen die weißen Generäle er mit gewaltiger Energie und Zielklarheit betrieb und bewirkte. Ob sein Werk im einzelnen kritisiert werden kann, spielt keine Rolle, er brachte es fertig, in erstaunlich kurzer Zeit aus den abgekämpften und abgerissenen Barfußregimentern kampfrüstige Truppen zu machen und mit ihnen an sechs Fronten gleichzeitig zu siegen. Was er für die Sache getan hat, die er als seine Sache bekannte, ist unermesslich; die russische Revolution dankt ihm viel, die bolschewistische Partei alles.

Wie weit dennoch Trotzki's Sache von der der wahren Revolution für Freiheit und Sozialismus entfernt war, zeigte sich schon, als er den Kampf gegen die rein sowjetistische Bauernrepublik in der Ukraine aufnahm und die Machnoschen Freischaren zur Unterwerfung unter den Oberbefehl der Roten Armee zwingen wollte. Schon hier vertrat er, wie die Bolschewiki allgemein, die Idee des Staates gegen die der Selbstbestimmung der Arbeitenden. Und dann kam 1921 der furchtbare Sündenfall des Bolschewismus, als der Anspruch der Matrosen und Arbeiter von Kronstadt, ihre Rätewahlen nach eigenem Besten statt nach den Wünschen einer staatlichen Obrigkeit durchführen zu dürfen, mit der Gewalt der staatlichen Waffengewalt beantwortet wurde. Da war Leo Trotzki das ausführende Organ des Staates gegen die freien Sowjets, und an seinem Namen klebt seither

der entsetzliche Makel, den revolutionären Willen der Kronstädter Freiheitskämpfer, die die Träger waren der Revolution von 1905, der Märzrevolution 1917 und der Oktoberrevolution, in grauenvollem Massenmord gebrochen zu haben, „Ich werde Euch abschießen lassen, wie die Fasanen!“ war Trotzki's Drohung, und er ließ sie abschießen, wie die Fasanen: über 20 000 brave Revolutionäre fielen dem Gemetzel zum Opfer. Vielleicht wird die Geschichte diese Tat nicht so streng beurteilen, wie wir, die der Forderung der Arbeiter und Matrosen recht geben und das Sowjetsystem nicht parteigefällig verbiegen lassen wollen. Vielleicht wird die spätere Geschichte den subjektiven Glauben Trotzki's mehr als wir es können, würdigen, daß nur durch erbarmungslose Härte auch gegen gute Revolutionäre, die ihm falsche Wege zu gehen schienen, die Revolution, wie er sie sich dachte, zu retten wäre. Aber von einem Vorwurf wird ihm keine Geschichte je freisprechen können, daß er seine Kronstädter Gegner, von denen Lenin sagte: „Reaktionär sind sie nicht, aber sie stehen links von uns!“, — daß er sie nicht nur tötete, sondern auch noch verleumdete. Von der Verleumdung, seine Opfer seien Verbündete der Weißgardisten gewesen, einer Lüge, deren Charakter als Lüge Trotzki genau kannte und kennt, hat er nie ein Wort zurückgenommen. Die Helden und Märtyrer der reinen revolutionären Idee in Rußland, noch heute ruhen sie mit besudeltem Andenken in ihren Gräbern. Das ist der schlimmste Vorwurf, den wir gegen Trotzki zu erheben haben.

Aber es ist, als ob es doch eine Vergeltung gäbe, wie die Antike sie sich vorstellte. Zur Zehnjahresfeier der russischen Revolution warfen die gegenwärtigen Nutznießer der Revolution den Leo Trotzki aus ihrer Partei heraus, ohne den kein Schatten dieser Partei mehr wäre, da ohne ihn kein Stalin je in die Lage hätte kommen können, einen Lenin zu beerben. Und jetzt, zehn Jahre nach der Gründung der kommunistischen Internationale, werfen die Verderber des Landes den Mann, ohne den sie ein stinkender Dreck wären, und den sie schon in die unwirtlichen Wüsteneien Turkestans verstoßen und krank und wrack gemacht hatten, über die Grenze Rußlands, und, ein Bettler und Heimatloser, klopft er an die Tore Deutschlands und bittet um Asyl. Wenn nicht alles trügt, wird die Reichsregierung es ihm verweigern, weil die gesamte Reaktion bei uns auch heute noch zittert, wenn sie diesen Namen hört. Aber das Schicksal, das Trotzki andern bereitet hat, scheint sich ganz an ihm selbst erfüllen zu wollen. Er war von allen Bolschewiken der grimmigste Anarchistenfresser. Er war derjenige der gegen Anarchisten und linke Sozialrevolutionäre die Verschickung nach Sibirien empfohlen und gebilligt hat, die dann ihm selbst zuteil wurde, und die Verleumdungen, die er den Kronstädtern zufügte, er muß sie jetzt von denen hören, denen er erst die Möglichkeit geschaffen hat, sich Kommunisten zu nennen. Wenn es heute die „Rote Fahne“ wagt, den Mann, der dort vergöttert wurde, solange sein Name mit auf der von Moskau befohlenen Liste der zu Vergötternden stand, als Kreatur der Bourgeoisie, als Konterrevolutionär, als eine immer schwankende Gestalt zu beschimpfen, die nur vorübergehend einmal eine Gastrolle in der Revolution spielen durfte, dann wird man natürlich vor den elenden Gesellen verächtlich ausspucken, die je nach Konjunktur kriechen und lästern können, aber man wird Trotzki an Kronstadt erinnern müssen; erkenne jetzt, wie es tut, wenn einem die gute revolutionäre Gesinnung verleumdet wird!

Der Leninbund ruft alle Revolutionäre auf, für Trotzki einzutreten und ihm das Asylrecht zu erkämpfen, das ihm die nationalistische Reaktion im Bunde mit der Kommunistischen Partei streitig macht. Wenn der Leninbund sich entschließen kann, uns zu unterstützen in unseren Bemühungen für die Befreiung, mindestens für die freie Ausreise aus Rußland für

alle gefangenen Revolutionäre, die Anarchisten, Linken SR., Syndikalisten, Maximalisten, kurz alle Oktoberkämpfer, dann werden wir ihn gern unterstützen im Kampf auch für Leo Trotzki und die Trotzkiisten. Wir sind nicht Trotzki's Freunde, so wenig er je unser Freund war; aber er leidet Verfolgung und Unrecht um seines revolutionären Charakters willen, und vielleicht wird ihm das Leid, das er selbst jetzt erdulden muß, das Verständnis wecken für das Leid, das er andere um ihres revolutionären Charakters willen erdulden ließ.

Das Pulverfaß

Es ist nicht ganz einfach, in einer schmalen Monatsschrift Schritt zu halten mit allen Kriegen, Revolutionen, Aufständen, Staatsstreichern und anderen umwälzenden Veränderungen innerhalb der Staaten und in ihren Beziehungen zu einander. Die Tagespresse hat sich längst abgewöhnt, derlei Alltäglichkeiten, deren jede in vergangenen Jahrzehnten die ganze Menschheit monatelang in Atem gehalten hätte, öfter als einmal mit Balkenüberschrift auf der ersten Seite zu bringen. Steigen in Bombay Tausende von Arbeitern gegen Streikbrecher auf die Barrikaden und das britische Militär knallt mit Maschinengewehren dazwischen, so ist das zwar ein zuverlässiges Signal, daß alle imperialistische Kolonialmacht in den Fugen kracht; aber wer soll lange auf solche Signale horchen, die einander von allen Enden des Erdballs her dauernd überkreischen? Die serbische Königsdiktatur ist in den paar Wochen, seit sie verhängt wurde und seit sie Widerspenstige hängt, längst vergessen, und was sonst noch auf dem Balkan vorgeht, weiß kein Mensch. Nur wir, die wir uns mit den proletarischen Opfern der unterschiedlichen Satrapen der europäischen Spekulantengruppen verbunden wissen, können gewisse politische Rückschlüsse ziehen auf die Verhältnisse in Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland usw. (man wird kulturell ja auch Ungarn, Polen und Litauen in diese Ländergruppe mit einbeziehen müssen, — von Italien gar nicht zu reden), da wir Woche für Woche, fast Tag für Tag von neuen Greueln der Verwaltungs- und Justizinstrumente der faschistischen Gewalthaber erfahren, von Verfolgungen, Verhaftungen, Deportierungen, Prozessen, Folterungen und Geständnispressungen, Vertreibungen und gesetzlichen wie ungesetzlichen Ermordungen. Die Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den Kerkern Rumäniens und Bulgariens reden eine deutlichere Sprache als selbst die ständigen Berichte, die dem täglich erscheinenden Pressodienst der Roten Hilfe und der französischen und deutsch sowie in sämtlichen Balkansprachen halbmonatlich herausgegebenen sehr wertvollen „Balkan-Föderation“ (Wien XVI., Grundsteingasse 41) zu entnehmen sind. Aber das alles interessiert das liebe Publikum nicht. Das will von Sensationen hören und photographische Aufnahmen davon sehen. Brandstätten, entgleiste Eisenbahnzüge, Presse- und sonstige Ge-

sindebälle, Empfänge bei Hindenburg und Diners bei Krestinski (7 Gänge, die die Vertreter der faschistischen Staaten und des Industrie- und Bankkapitals auf Silberplatten mit eingraviertem Hammer und Sichel serviert kriegen; nach dem Sekt bei Mokka, Wodka und Havanna Chorgesang: Wir Männer in der Bluse), ferner Moskauer Schlangen vor den Bäckereien, entwaffnete spanische Artillerieoffiziere, und die Herren Hjalmar Schacht und Pierpont Morgan, bei Hummermajonnaise den Tribut für das deutsche Proletariat an die amerikanische Hochfinanz berechnend, nehmen sich besser aus, als weinende Frauen und Kinder, deren Ernährer hinten weit in der Türkei oder auch in Berlin gleich um die Ecke in den Schlingen der politischen Verfolgung oder in den Tuberkelhöhlen der rationalisierten Produktion verunglückt sind. Die Winterskälte wird in graphischen Tabellen und im Eishockeysport vorgeführt; in den Lauben erfrorene Proletarier und auch Listen über die Wechselwirkung von anhaltendem Frost und Preistreiberei auf dem Kohlen-, Kartoffel- und Gemüsemarkt sind nicht so beliebt. Aber daß die Sozialdemokraten ihren Parteitag verschieben, weil sie in Magdeburg Hochwasser befürchten — in ihren Hosen haben sie es schon —, das ist mal interessant und was Hermann Müller noch alles unternehmen wird, um Deutsche Volkspartei und Zentrum zum Mitregieren in Preußen und im Reich zu bewegen und ob Hindenburg dem Seldte den Stahlhelmhaß gegen die Republik, die er präsidiert, schon übelzunehmen anfängt.

Die Arbeiter — es hat keinen Zweck, dauernd vor ihrer Aufgeklärtheit und Klassenbewußtheit in Ehrfurcht zu vergehen — merken genau so wenig davon, daß sie auf einem zum Platzen reifen Pulverfaß sitzen wie die Amüsierbürger der Republik. Daß die Pariser Konferenz hundert neue Kriegsgefahren in sich schließt, wollen sie nicht sehen, obwohl die Siegerivalität in den Rüstungen Amerikas gegen England und umgekehrt deutlich genug sichtbar ist. Daß sie, was bei dem verruchten Schacher auch herauskommen mag, der Teil sein werden, dem das Fell über die Ohren gezogen wird, ist ihnen lange nicht so wichtig wie die gelehrte Form, in der ihr Vorwärts sie von den Unterhandlungen unterrichtet. Da lesen die Arbeiter dieses: „Die Vorschläge der Unterkommission zielen im wesentlichen auf eine Zweiteilung der deutschen Annuität ab. Für den einen Teil, dessen Höhe noch zu bestimmen ist, soll der Transferschutz aufgehoben und damit die Vorbedingungen für eine Kommerzialisierung geschaffen werden.“ Dieses blödsinnige Bankschaltergewäsch, mit dem außer Fachleuten niemand irgend eine klare Vorstellung verbinden kann, wird vor die Arbeiter mit derselben Breitspurigkeit hingewälzt, mit der man sie regelmäßig über ihre trübe Lage hinwegtäuscht. Es ist Spekulation auf die Unbildung derer, die die herrschende Klasse geflissentlich von den Quellen des Bildungswesens fernhält, wenn man ihnen wissenschaftlich kommt, und es ist unendlich traurig, daß die Arbeiter jedes Mal auf diese üble Spekulation hereinfliegen. Dadurch, daß man im Proletariat die Einbildung geweckt hat, es könne durch „dialektisches“ Denken begreifen, daß der „historische Materialismus“ den

Menschen zum „Produkt der Verhältnisse“ mache, hat man alle handelnde Tatkraft in ihm lahmgelegt.

Rechnet lieber vor, wie die Arbeiterschaft in Deutschland seit Inkrafttreten des Versailler, des Londoner, des Dawes-Vertrages geschröpft worden ist; dann wird sie ohne wissenschaftliches Phrasengeklingel erkennen, was sie von der Pariser Bankierschwörung zu erwarten hat. Zeigt ihr, was bei uns, was in Polen und Frankreich, Italien und Amerika an Rüstung getrieben wird, dann wird sie selber den Schluß ziehen, daß Krieg in der Luft ist. Verweist sie auf die Treibereien des Stahlhelms, der Nationalsozialisten, der Hugenbergbande und der Justiz, dann wird sie wissen, wieviel die Stunde geschlagen hat. In China knallt es schon wieder, in Spanien gärt und rumort es bald unter der Oberfläche, bald heult es ums Dach des Diktators. Ueberall knurren die Magen der Armen, ballen sich Fäuste, drohen die Augen, und die Hüter des alten Drills laden die Flinten und panzern ihre armseligen Grenzplanken, damit nicht das eigene Pulverfaß in die Luft fliege, sondern das des Nachbarn. Aber eins wird das andere mit ins Verderben reißen. Möge das deutsche Proletariat endlich aufwachen. Schläft es weiter, so wird der Faschismus oder der Krieg sein Erwecker werden und der Weg, den es zu gehen hat, um die berstende Welt des Kapitalismus zu besiegen und seine eigene Welt der Freiheit aufzurichten, wird durch weitere Jahre oder Jahrzehnte von Blut und Verzweiflung führen.

Von Eisner bis Leviné (Vorabdruck)

Nach den Wahlen, die für Eisners Partei eine katastrophale Niederlage, für die „Auerochsen“ (so nannte ich die Mehrheitssozialdemokraten gern in Versammlungen) einen triumphalen Erfolg brachten, verschärfte sich die revolutionäre Gärung in den Massen gewaltig. Zwei Ereignisse trieben die Spannung auf die Spitze. Roßhaupter übertrug den Offizieren des alten Regimes wieder Rechte, die ihnen die Soldatenräte einfach auslieferten und kündigte überdies an, daß er die Soldatenräte überhaupt aufzulösen gedenke, da sie angesichts der bevorstehenden Liquidierung der gesamten Heeresmacht überflüssig geworden seien. Eigenartigerweise fand der Militärminister bei diesem reaktionären Walten den stärksten Halt beim Landessoldatenrat selbst. Als Anfang Februar der radikale Teil des Münchener Arbeiterrats eine Deputation in die Tagung des Landessoldatenrats entsandte und durch mich die Absetzung Roßhaupters verlangte, wurden wir von dieser Korporation glatt abgewiesen. In den Kasernen jedoch und der Arbeiterschaft war die Spannung dieses Anschlags auf die Revolution wegen ungeheuer.

Das andere Ereignis war die Folge einer Rede, die Genosse Levien, den wir inzwischen ebenfalls in den RAR. kooptiert hatten, im Münchener Arbeiterrat gehalten hatte. Er hatte dabei zum entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie aufgerufen, der „Auge in Auge, Brust an Brust“ geführt werden müsse. Die Wirkung war seine Verhaftung auf Grund des Aufreizungsparagraphen des alten Strafgesetzbuches. Der RAR. veranlaßte eine besondere Sitzung des Münchener Arbeiterrats, der einstimmig beschloß, die Freilassung Leviens energisch zu fordern. Eine Deputation, die sofort zum Staatsanwalt geschickt wurde, kam unverrichteter Dinge zurück, da der Herr grade im Kino sei. Darauf wurde eine Deputation aus 3 Mitgliedern des RAR. gewählt, die am Tage darauf beim Justizminister Timm vorstellig wurde und mit Massenkundgebungen drohen sollte (die Deputation bestand aus den Genossen Landauer und Hagemeister und mir). Herr Timm verschanzte sich hinter seinen Staatsanwalt, der sein Untergebener war und gab keine Zusage, entließ aber am Nachmittage desselben Tages trotzdem Levien aus der Haft, da er einsehen mußte, daß die Folgen seiner Weigerung für ihn und das ganze Kabinett Eisner bedrohlich werden mußten.

Dies war am 9. Februar, einem denkwürdigen Tage der bayerischen Revolution. Für den Abend war wieder der Münchener Arbeiterrat im Deutschen Theater zusammenberufen. Am Nachmittage vorher beriet in den Räumen des Reichsrats im Landtagsgebäude der RAR. die Lage und beschloß, den Münchener Arbeiterrat zur Veranstaltung einer Riesendemonstration aufzufordern. Während dieser Verhandlungen betrat Genosse Levien, direkt vom Gefängnis kommend, das Sitzungszimmer. Es wurde jetzt auf Landauers Anregung hin beschlossen, daß wir in geschlossenem Zuge mit der roten Fahne zum Deutschen Theater marschieren und in den Saal, wo der Münchener Arbeiterrat versammelt war, einziehen sollten. Das geschah. Wegen der Bedeutung der Sitzung — handelte es sich doch um die Verteidigung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung — waren die Vertrauensleute der Münchener Betriebe eingeladen worden, der Sitzung des Arbeiterrats beizuwohnen. Sie füllten die Tribünen des Erdgeschosses und des ersten Stockwerks, während die Gallerie im zweiten Stock dicht besetzt war von Kommunisten. Als der „Revolutionäre Arbeiterrat“, Levien unter der roten Fahne an der Spitze, in geschlossenem Zuge in den Saal einrückte, brach auf den Tribünen frenetischer Jubel los. Die Sitzung selbst verlief äußerst dramatisch. Levien hielt eine zündende Rede, in der er betonte, daß man ihn zwar aus Angst vor der Wut des Proletariats jetzt freigelassen habe, daß aber das Strafverfahren gegen ihn weitergeführt werde. Währenddem zeigten mir zwei Genossen Vorladungen vor den Untersuchungsrichter als Zeu-

gen in einer Strafsache gegen mich, aus denen hervorging, daß die Regierung jetzt nach zwei Monaten noch wegen der Besetzung der Zeitungen am 6. Dezember einen Landfriedensbruchs-Prozeß inszenieren wollte. Ich teilte das der Versammlung mit, und nun wurde stürmisch eine Demonstration verlangt, die die Zusicherung von der Regierung erzwingen sollte, die alten politischen Strafbestimmungen unter keinen Umständen gegen Revolutionäre anzuwenden. Die Debatte über die Demonstration verlief sehr erregt, und als wir Radikalen verlangten, daß zugleich die Abdankung Auers, Timms und Roßhaupters sowie die Nichteinberufung der Nationalversammlung verlangt werden sollte, entstand ein Tumult, bei dem die Sozialdemokraten, die die große Mehrheit des Münchener Arbeiterrats bildeten, unter Protest den Saal verließen. In diesem Moment sprang Landauer auf den Vorstandstisch und forderte die Vertrauensleute der Betriebe auf, als die wahren Vertreter des Proletariats sogleich die freigewordenen Sitze einzunehmen. Unter dem brausenden Beifall der Tribünen und während ich am Rednerpult die rote Fahne schwenkte, vollzog sich die Umgruppierung. Darauf wurde der einmütige Beschluß gefaßt, die Demonstration am 16. Februar stattfinden zu lassen. Sie sollte als positive Forderung die Nichtanwendung der politischen Paragraphen durchsetzen und im übrigen die revolutionäre Entschlossenheit des Proletariats der Regierung und dem ganzen Volk vor Augen führen.

Ein Hilferuf aus Bulgarien

Nach Schluß der Redaktion ging dem FANAL folgender Hilferuf zu, der wichtig genug scheint, ihn noch nachträglich einzuschalten, obwohl schon in dem Artikel „Das Pulverfaß“ auf die Balkangreuel hingewiesen ist.

An alle Anarchisten! An alle Arbeiter! An alle fühlenden Menschen!

Wir wenden uns wieder einmal an Euch mit der Bitte, mit aller Kraft gegen die Barbareien der faschistischen Regierung des Herrn Liaptscheff gegen die politischen Gefangenen in den bulgarischen Gefängnissen zu protestieren. Während sich Herr Liaptscheff vor der europäischen Oeffentlichkeit als Demokrat brüstet, unterdrücken seine Knechte, die Richter und Polizisten, mit allen Mitteln die Volksstimme, die eine allgemeine Amnestie verlangt. Wir erhalten aus den bulgarischen Gefängnissen ganz unglaubliche Nachrichten. Damit Ihr Euch von der Lage unserer Kameraden und der übrigen politischen Gefangenen in den Kerkern des Herrn Liaptscheff ein Bild machen könnt, lassen wir die Uebersetzung eines Briefes der politischen Gefangenen im Bezirksgefängnis Sliven folgen (Sliven gilt als das bulgarische Manchester).

Am 8. Januar 1929 beschlossen wir, sämtliche politischen Gefangenen des Bezirksgefängnisses Sliven in Südbulgarien, in den Hungerstreik zu treten, um die öffentliche Stimmung für die allgemeine Amnestie aller politischen Gefangenen und Flüchtlinge zu gewinnen. Außerdem wurden der Gefängnisdirektion über 100 Eingaben vorgelegt, in denen die Gründe des Protestes mitgeteilt wurden. Die faschistische Reaktion beeilte sich aber, ihren Sadismus zu beweisen. So holte einer ihrer Bluthunde, der berüchtigte Staatsanwalt des Bezirksgefängnisses, die Hälfte der das Gefängnis bewachenden Soldaten zusammen, befahl allen politischen Gefangenen sich in Reih und Glied zu zweit aufzustellen und sagte zu uns: Wer an den Wirkungen der Foltern, die ich anwenden werde, sterben will, kann die Nahrung verweigern! — Da wir aber fest entschlossen waren, den Hungerstreik durchzuführen, griff der Staatsanwalt zu scharfen Maßnahmen: ein Teil der unglücklichen Opfer wurde zu Tode gefoltert, die anderen wurden in den Gefängnisarzer gebracht. In diesem Karzer waren wir 17 Genossen eingesperrt und zwar 5 je 7 Tage, 11 je 15 Tage und einer 20 Tage lang. Ferner wurden 8 Genossinnen in den Karzer geworfen. Alle saßen in Einzelzellen, der Spaziergang im Hof wurde entzogen und man verhinderte sogar die Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse. Dazu und um die Zelle etwas zu säubern, bewilligte man binnen 24 Stunden ganze 10 Minuten. Die 4 Opfer, die im Jahre 1927 im selben Gefängnis gestorben sind, scheinen noch nicht zu genügen. Es ist Pflicht aller Arbeiter Bulgariens und des Auslandes, ihre Stimmen zu erheben und die im Karzer eingesperrten politischen Gefangenen vor dem unvermeidlichen Tod zu retten.

7. Februar 1929.

Die politischen Gefangenen des Bezirksgefängnisses von Sliven.“

Das Hilfskomitee für die verfolgten Anarchisten in Bulgarien wendet sich auch seinerseits an alle anarchistischen Arbeiterorganisationen und an alle fühlenden Menschen, sie möchten bei den Vertretern der bulgarischen Regierung in ihrem Lande protestieren und die unverzügliche Aufhebung der Folterungen der politischen Gefangenen und ihre vollständige Befreiung verlangen.

Paris, den 17. Februar 1929.

Das Hilfskomitee für die verfolgten Anarchisten in Bulgarien.

Halbjahresabonnenten!

Mit diesem Heft schließt die erste Hälfte des Jahrganges II des FANAL ab. Es wird gebeten, das fällige Halbjahresabonnement möglichst bald zu erneuern. Zahlkarte liegt bei.

Geschäftsstelle des FANAL

**Berlin-Britz, Dörehlächtingstrasse 48
Postscheck: Berlin 82419**

**Zum 10jährigen Gedenktag
der bayerischen Räterepublik
am 6.-7. April 1919**

**VON
EISNER
BIS
LEVINE**

**Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
Ereignisse in München vom 7. November 1918 bis zum
13. April 1919 von Erich Mühsam. Geschrieben im
Festungsgefängnis zu Ansbach im September 1920.**

Die Entstehungsgeschichte der bayerischen Räterepublik wird hier von einem unmittelbar Beteiligten zum ersten Mal frei von parteimäßiger Beschönigung und Entstellung geschildert. Die Schrift, die von der Festungszensur beschlagnahmt war, ist erst jetzt wieder in die Hände des Verfassers gelangt. Sie enthält umfangreiches und bis jetzt in der Öffentlichkeit völlig unbekanntes Material. Erich Mühsam widmet sie dem Gedächtnis seines Freundes und Mitkämpfers Gustav Landauer.

**FANAL-Verlag Erich Mühsam
Berlin-Britz**

Der Preis der ca. 60 Seiten starken Broschüre, die Ende dieses Monats erscheint, beträgt 90 Pfg. Von 5 St. an 60 Pf. Vorausbestellungen nimmt die Geschäftsstelle des FANAL, sowie jede Buchhandlung entgegen.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!



Die einzelnen Vorträge werden im Mitteilungsblatt der Arbeits-
börse Groß-Berlin (Anarcho-Syndikalisten) bekanntgegeben.



Anarchistische Vereinigung
Anschrift: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10^{IV}.

Gilde freierlicher Bücherfreunde

RUDOLF ROCKER

spricht an folgenden Freitagen:

- 8. März: „Kunst und Revolution“
- 15. März: „Ed. Douwes Dekker (Multatuli),
Dichter der Freiheit, ein Kämpfer
gegen Sklaverei und Autorität“
- 22. März: „Mark Twain als Humorist und
Philosoph“
- 5. April: „Octave Mirbeau, der Dichter und
Mann“

Einlaß 7 Uhr.

Beginn 8 Uhr.

Die Vorträge finden wieder in der Aula der
Friedrich-Werderschen-Oberrealschule, Wein-
meisterstr. 15. statt.

Eintrittspreise: Einzelvortrag 0,60 M.,
Serienkarten 2.— M.; für Mitglieder der GfB. und
der FAUD. 0,40 M. bzw. 1,50 M. Erwerbslose
zahlen gegen Ausweis 0,20 M.

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Heroenkult und Selbstkritik — Bereit-
schaft zum Handeln! (v. Fritz Müller) —
Revolutionäre Literatur — Ent-
fesselte Kräfte — So leben wir ... —
Harmlose Halunken

NR. 7

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

APRIL 1929

KIND UND ELTERNHAUS

Eine Stimme aus Amerika

von Dr. B. Liber

Verlag Hensel & Co., Berlin 1927

Preis 3,50 M.

**Vorzugspreis für die Leser des FANAL
2,25 M.**

Bestellungen durch die Geschäftsstelle des FANAL!

Die „Proletarische Revolution“ schreibt:

Dieses Buch, Eltern, gehört in Eure Hand! Gemeinsam, Vater und Mutter, müßt ihr es durchsprechen. Eure Angst vor öder Fachsimpelei ist in diesem Falle unbegründet: Liber spreizt sich nicht in höheren Geistesregionen, er langweilt nicht, er ist ein natürlicher, ganzer Mensch und nur Mensch. Und deshalb wirkt er in jedem Wort durch lebendige, selbstverständliche Einfachheit! — Auf Freiheit, Wahrheit und Achtung vor der kindlichen Persönlichkeit baut der Verfasser seine Existenz auf. Der Zweck der Erziehung ist „das Kind so glücklich als möglich zu machen.“ Der Verfasser mag vielleicht den hemmenden Einfluß unserer wirtschaftlich-sozialen Lage zu gering bewerten, viele seiner Ratschläge aber können heute schon von uns verwirklicht werden und dazu dienen, — das ist für uns das Wesentlichste! — willensstarke, gegen das Unrecht ankämpfende Menschen zu erziehen. Aber das „Unrecht“ erkennen? Kinder, die zur Selbständigkeit den Weg nicht durch das mütterliche oder väterliche Gängelband versperrt bekommen, auf ihr „Warum“ immer eine vernünftige Antwort erhalten, vor keinem Buzzemann sich ängstigen, werden in dieser Welt bürgerlicher Verlogenheit jedenfalls leichter hinter der Kulturtünche die Kulturbarbarei erkennen, ihre Ursachen ergründen und vor allem auch den Mut aufbringen, aus ihren Erkenntnissen die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Wer von den Eltern die sechs Teile dieses Buches (Grundfehler — Einige praktische Ratschläge — Beispiele aus dem täglichen Leben — Kind und Geschlechtlichkeit — Kind und Gesundheit — Aussprache) gelesen hat — und anfangen heißt in diesem Falle bestimmt zu Ende lesen! —, der sieht nicht nur sein Kind, sondern auch sich in neuem Lichte, sieht seine — Unnatur. Und bei dieser Selbstbetrachtung können einem manchmal die Haare zu Berge stehen! Es ist eben leider so, wie der Verfasser im 6. Teil in einer Erwiderung an Upton Sinclair schreibt: „Ja, es ist für Revolutionäre recht leicht, über Freiheit zu reden; die Stichprobe dafür, wie weit ihre Liebe zur Freiheit reicht, liegt in der Feststellung, in welchem Verhältnis sie zum Kinde stehen. Stimmt da etwas nicht, dann bedarf ihre revolutionär-freiheitliche Auffassung einer Korrektur.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 7

April 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,80. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 3, Neukölln 6113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Heroenkult und Selbstkritik

Anmerkungen zur bayerischen Räterepublik

Wer geschichtliche Vorgänge miterlebt, an ihnen mitgewirkt, ihren Verlauf beeinflußt hat, muß sich zur Kritik stellen und sich, ist das von ihm verantwortete Unternehmen mißlungen, in die Rolle dessen fügen, der sich zu verteidigen hat. Leider ist diese Selbstverständlichkeit in unserer Gegenwart mit vielen anderen moralischen Verpflichtungen, die früher niemals zweifelhaft gewesen sind, stark außer Geltung geraten. Die Unterlegenen in den revolutionären Kämpfen des letzten Jahrzehnts spreizen sich wie Sieger auf den Trümmerhaufen ihrer Hoffnungen, Bemühungen und Taten und glauben, daß es nur noch darauf ankomme, den eigenen Namen in möglichst eleganten Schnörkeln in die ehernen Tafeln ruhmvoller Unsterblichkeit eingekratzt zu wissen. Zu diesem Zweck wird der Kampfgenosse, der im Einzelnen oder im Allgemeinen abweichende Meinungen vertrat, Beschlüsse durchsetzte, Handlungen veranlaßte, mit der Schuld an jedem Fehlschlag belastet und die eigene Haltung nicht nur gerechtfertigt, sondern im Selbstlob der Unfehlbarkeit bespiegelt. Man fragt nicht: wo steckte der entscheidende Irrtum?, wo die Sünde gegen die tragende Idee?, worin erwies sich die angewendete Taktik verhängnisvoll?; — man fragt: wie richte ich es ein, daß mein und meiner Schar Verhalten in allem fehlerfrei befunden, daß die Nachbargruppe mit Schmach bedeckt der Verachtung der Künftigen preisgegeben wird? So kommt statt der Wahrheit, die geistige Kraft ist, Fälschung und Kränkung heraus, die lähmend und zerstörend auf jede Entschlußfähigkeit wirkt. Wer mit seiner Beteiligung an einer mißlungenen Aktion nichts besseres anzufangen weiß, als um Ruhm für sich zu werben und sich in dem

erbettelten Ruhm zu sonnen, von dem ist für kommende Ereignisse kein Heldentum mehr zu erwarten; er hat das seinige ausgegeben und ist mit sich zufrieden. Aufgabe dessen, der der Idee dient und nicht dem Glanz seines Namens oder seiner Partei, ist schonungslose Wahrheit, die allein Dienst an der Zukunft ist.

So wenig es die Sache Ueberlebender ist, ihre eigene oder die Rolle ihrer Organisation in einer niedergebrochenen revolutionären Erhebung zu beschönigen, so wenig darf ihr Pietätsgefühl gegen die Toten der Revolution sie zu Lügen oder Verfälschungen veranlassen. Heroenkult verträgt sich nicht mit der Förderung geschichtlicher Tatsachenklärung. Es ist sehr töricht zu meinen, das Andenken dessen, der in Größe für seine Idee gefallen ist, würde dadurch entweiht, daß sein Wollen und Tun kritisch am Ergebnis seines Wirkens abgemessen wird. Der tote Revolutionär gehört der Revolution, für die er starb, wie er für sie gelebt hat. Seine Verdienste — darauf hat er Anspruch — sollen gewürdigt und gefeiert werden, damit sie denen, die berufen sind, sein Werk zu vollenden, als Vorbild dienen; aber seine Irrtümer — auch darauf hat er Anspruch — sollen erkannt und kritisiert werden, damit die Zukunft vermeiden lernt, was der Vergangenheit geschadet hat. Indem wir die Bilder unserer Gefallenen bekränzen, bekennen wir uns zur Reinheit ihres Willens und geloben ihrem Geiste Treue; aber wir verpflichten uns nicht zu ihren Fehlern. Die Art, wie manche Revolutionäre aus ihren Toten unkritisierbare Autoritäten machen, ist keine Ehrung der Gestorbenen, sondern Mißbrauch mit ihrer Erbschaft. Der Idee, der Marx oder Lenin ihre Kräfte gaben, wird dadurch nicht gedient, daß man aus ihren Schriften Evangelien macht, um nach Bedarf einzelne Sätze daraus zur Rechtfertigung des eigenen Gebarens, zur Verächtlichmachung jeder Handlung eines Rivalen zu benutzen. Das Andenken Lenins zumal wird nicht von denen geschändet, die bei aller Anerkennung seiner revolutionären Energie die von ihm aufgestellten Lehren und die davon abgeleiteten politischen Maßnahmen verneinen, sondern von denen, die aus seinen Behauptungen und Anordnungen Dogmen machen und, während sie seinen Körper zur Schau stellen, seinen Geist zerstückeln und einander mit den einzelnen Fetzen Gesinnung und Ehrlichkeit verwüsten.

Das furchtbare Unglück, in dem vor jetzt 10 Jahren der einzige in Deutschland unternommene Versuch endete, den Einsturz der im scheußlichsten, in seiner Entfesselung wie in seinem Verlauf unsittlichsten Kriege der Weltgeschichte geborstenen Staatsherrschaft durch den Umsturz ihrer Fundamente für die Befreiung des Proletariats zu nutzen, — die Katastrophe der bayerischen Räterepublik ist bisher dem revolutionären Bewußtsein ebenfalls kaum anders dargestellt worden als unter dem Gesichtspunkt der Rechthaberei,

der Schuldüberbürdung auf andere beteiligte Gruppen und der kritiklosen Glorifizierung des standrechtlich ermordeten Führers der Münchener Parteikommunisten. Meine eben erscheinende Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ beansprucht keineswegs, die Verantwortlichkeit für die Niederlage der Arbeiterschaft in vergleichender Prüfung festzustellen. Sie wird aber, wie ich hoffe, als Material für ein objektiv kritisches Werk, das einmal geschrieben werden muß, von Wert sein, da die darin mitgeteilten Vorgänge ausnahmslos beweisbare Tatsachen sind und ihre kritischen Betrachtungen zwar betont persönlichen Charakter haben, aber bemüht sind, frei von Liebedienerei gegen tote und lebende Freunde, frei von posierender Selbstgefälligkeit und frei von Ungerechtigkeit und Gehässigkeit gegen die Kameraden zu urteilen, die unsere Taktik angriffen. Immerhin handelt es sich um eine Verteidigung und um die Zurückweisung falscher Unterstellungen, deren Zweck von vornherein bestimmt war in Parteiinteressen. Daher konnte auch meine Arbeit nicht um den polemischen Grundzug herumkommen, und noch ein weiterer Umstand bedingte die Vernachlässigung der wichtigen Pflicht, als Anarchist das Verhalten der Anarchisten, somit auch das eigene Verhalten, unter anarchistischen Gesichtspunkten zu kritisieren. Die Broschüre von Paul Werner „Die bayerische Räterepublik“, die den Anlaß zu meinem knapp 1½ Jahre nach den Ereignissen verfaßten „persönlichen Rechenschaftsbericht“ gab, war gedacht und wurde wirksam als geschichtliche Unterlage der Auffassung, von der aus die damals von uns allen als maßgebliche Kritiker anerkannten russischen Sowjetorgane die bayerische Revolution beurteilten. Mir lag daran, meine Darstellung denselben Persönlichkeiten zur Kenntnis zu bringen, deren Urteil auch Werners Schrift vornehmlich unterbreitet war. Es war die stillschweigende Uebereinkunft gültig, Lenin den Schiedsrichter darüber sein zu lassen, ob in den entscheidenden Tagen vom 4.—12. April 1919 das Verhalten der von Leviné geleiteten Parteikommunisten oder das der Anarchisten, also das von Landauer und mir geübte, revolutionär ratsamer war. Daher trägt mein Rechenschaftsbericht an der Spitze den Vermerk: „Zur Aufklärung an die Schöpfer der russischen Sowjet-Republik, zu Händen des Genossen Lenin.“ Von den inneren Kämpfen zwischen den Revolutionären in Rußland selbst war 1920 noch kein Schatten in meine Kerkerzelle gefallen, so daß mir zu jener Zeit die Anerkennung Lenins als Repräsentanten des stürmisch bejahten Sowjetsystems, von dessen Verfälschung zur Parteidiktatur ich ebenfalls noch keine Ahnung hatte, ganz selbstverständlich war. Uebrigens hat Lenin — ob durch meine Schrift oder durch andere Mitteilungen unterrichtet — sich bayerischen Kommunisten gegenüber mit deren Taktik durchaus nicht einverstanden erklärt.

Die zehnte Wiederkehr des Tages, an dem in München die Räterepublik ausgerufen wurde, wird ohne Zweifel von neuem in allen revolutionären Lagern die Frage nach den subjektiven und objektiven Gründen lebendig machen, die den Zusammenbruch verschuldeten. Wenn dabei in parteikommunistischen Kreisen die Albernheiten wiederholt werden sollten, mit denen man seit Erscheinen der Wernerschen Broschüre uns Anarchisten als verwirrte Schöngeister, die sich von Sozialdemokraten und Unabhängigen vorschieben ließen, hinzustellen beliebt, während die Kommunisten alle Weisheit, Voraussicht und Grundsatzfestigkeit allein verkörpern, so genügt es auf die in meiner Rechtfertigungsschrift festgestellten Tatsachen zu verweisen; sie zeigen, daß auf allen Seiten Fehler gemacht wurden und daß die Uneinheitlichkeit der Aktion an den entscheidenden Tagen, das verhängnisvollste aller Verhängnisse, ganz zu Lasten der Kommunisten ging. Erst recht erübrigt sich eine Zurückweisung des demagogischen Kniffs, der die erste Periode der bayerischen Räterepublik bis zum Palmsonntagputsch der Konterrevolution als „Scheinräterepublik“ in Gegensatz stellt zu der echten Räterepublik, die mit der Uebernahme der Vollzugsgewalt durch die Kommunistische Partei am 13. April erst geschaffen worden sein soll. In Wahrheit unterschied sich die Art der öffentlichen Verwaltung unter der Parteileitung in nichts Grundsätzlichem von der von uns verantworteten. Von einer Räterepublik im eigentlichen Sinne des Wortes allerdings waren beide Perioden gleich weit entfernt, und wenn schon das Wort „Scheinräterepublik“ Verwendung finden soll, so käme es der Gründung vom 6. April ebenso zu wie ihrer Fortsetzung vom 13. April, ebenso aber auch der ungarischen Räterepublik, und nur das Sowjetrußland vom Oktober 1917 bis zum April 1918 könnte für sich den Charakter einer unverfälschten Räterepublik in Anspruch nehmen. Das Rußland von heute hingegen, das die freie Rätewahl unterbindet und die Rechte der Räte einengt, hat nicht einmal mehr den Schein, sondern nur noch das Wort Sowjetrepublik bewahrt.

Nicht gegen die Parteikommunisten ist also heute das Verhalten der Anarchisten in Bayern zu rechtfertigen, sondern gegen die Einwendungen, die anarchistische Genossen selbst unter Hervorhebung unserer allgemeinen freiheitlichen Grundsätze erheben mögen. Um eines vorwegzunehmen: in meiner Schrift finden sich Ausdrücke, die sehr befremdend wirken können. Meine eigenen Auffassungen werden da mit der selbstverständlichsten Leichtigkeit bald kommunistisch, bald spartakistisch, bald bolschewistisch genannt. Es wäre gut, an Worten gar keinen Anstoß zu nehmen, sondern nur immer die Sache zu prüfen. In der Revolutionszeit vermischen und verwischen sich die Begriffe. Die Bezeichnung „kommunistisch“ hatte

damals noch gar keine parteimäßige Bedeutung, und ich denke, ein kommunistischer Anarchist hört auch jetzt noch deswegen nicht auf Kommunist zu sein, weil eine marxistische Partei den Namen für sich beschlagnahmt hat. Das Wort „bolschewistisch“ hatte 1919 erst recht noch keinen organisatorisch abgegrenzten Wert; es bezeichnete für uns einfach das Bekenntnis zu der Forderung „Alle Macht den Räten!“, die seit der Oktoberrevolution 1917 als die bolschewistische Grundforderung galt und zu der wir Anarchisten alle uns bekannten und noch bekennen. Heute gehört das Wort „bolschewistisch“ freilich unbestritten wieder denen, die es als Parteibezeichnung führen; es sind gerade die, die von der verbindenden Revolutionsformel „Alle Macht den Räten!“ nichts mehr wissen wollen und statt ihrer die Fahne einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ über der proletarischen Zukunft schwenken. Was endlich den Namen „Spartakisten“ anlangt, so war das seit dem November 18 die zusammenfassende Charakteristik des konsequenten Aufrührertums in Deutschland. Ursprünglich die Bezeichnung der Liebknecht-Gruppe und der revolutionären Unabhängigen während des Krieges, die die ganz lockere Organisation des Spartakus-Bundes geschaffen hatten, benutzten die Bürger und Sozialdemokraten den Ausdruck für alles was ihnen ungemütlich war. Spartakus war der Bürger-schreck und damit der Ehrenname des Revolutionärs. Daran muß angesichts der Tatsache erinnert werden, daß man heutzutage sowohl bei Anarchisten als auch bei Parteikommunisten versucht, Abgrenzungen der Begriffe in die Vergangenheit zu übertragen, die erst lange nachher Unterscheidungsmerkmale erhielten. In der erregten Zeit entbrannter Revolution sagt man Spartakist, Bolschewist, Kommunist, Anarchist, um Revolutionär zu sagen, und das ist gut so, denn Revolution einigt.

Anders mag es sich mit dem Ausdruck „Diktatur des Proletariats“ verhalten. Hier wird nicht ein bloßes Wort ausgesprochen, in das man irgend einen Sinn hineinlegen kann, sondern hier wird etwas Programmatisches ausgedrückt. Wir Anarchisten haben uns in früheren Jahren, als die Sozialdemokraten bei März- und Mai-feiern ihren revolutionären Drang in das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ausklingen ließen, mit aller Heftigkeit gegen die Aussicht gewehrt, das Bürokratenregiment ihrer Partei- und Gewerkschaftssekretäre als unentrinnbare Herrschgewalt über Tun und Lassen der Gesamtheit walten zu sehen. Denn etwas anderes konnten wir uns angesichts der Propagandisten dieses Diktaturprinzips nicht wohl darunter vorstellen. Auch heute wieder können wir uns nicht scharf genug lossagen von dem, was die legitimen Nachfolger der alten Sozialdemokratie, die Parteikommunisten, unter der von ihnen als revolutionäres Ziel erstrebten proletarischen Dik-

tatur verstehen. Die Stalin-Herrschaft in Rußland, die sich zwar in der sozialen Tendenz, nicht aber in den politischen Diktatur-Methoden vom Faschismus unterscheidet, wird uns ja von den Anhängern dieses Systems ausdrücklich als Diktatur des Proletariats angepriesen. Hätten Landauer, ich oder die übrigen an der bayerischen Revolution beteiligten Anarchisten dies oder etwas ähnliches verkündet, gebilligt oder auch nur widerstandslos geschehen lassen, so wäre der Vorwurf begründet, wir hätten allen Grundsätzen der anarchistischen Gedankenwelt ins Gesicht geschlagen. Wir haben nicht entfernt daran gedacht, unter Diktatur des Proletariats jemals die Regierungsgewalt eines Klüngels zu verstehen. Wir haben das Wort gebraucht und mit dem Inhalt gefüllt, der sich aus der Forderung „Alle Macht den Räten!“ von selber ergibt. Auf das Wort aber konnten wir nicht verzichten, weil die revolutionären Massen es als Formel ihres Klassenrechtes im Munde führten und wir ihnen einfach nicht mehr verständlich gewesen wären, hätten wir es ihnen ausreden wollen. Als Landauer einmal im Rätekongreß klare Forderungen zur Sicherung des revolutionären Weges aufstellte, rief ihm ein Sozialdemokrat zu: „Das ist ja die reine Diktatur!“ und Landauer entgegnete: „Jawohl, das ist die Diktatur der Revolution!“ Nichts anderes hat uns je das Wort „Diktatur des Proletariats“ bedeutet als die gewaltsamen Sicherungen der Revolution gegen Anschläge, das Niederhalten der bezwungenen Gewalt, zu der die proletarische Klasse genötigt ist, will sie ihren Sieg nicht kampflos preisgeben. In diesem Sinne habe ich das Wort auch später noch gebraucht, auch noch in Artikeln des FANAL, und das hat mich leider wertvolle Freundschaften gekostet. Aber ich erkläre, daß ich in der Sache meine Ansicht in nichts geändert habe. Ich glaube noch heute an die Notwendigkeit revolutionärer Dekrete, erlassen von den Räten des Proletariats, um der Bourgeoisie die Lust zur Gegenrevolution zu nehmen. Ich glaube noch heute an die Notwendigkeit revolutionärer Komitees, die wie es in Bakunins für die Kommune von Lyon vorbereitetem Aufruf vom 26. September 1870 hieß, „alle Macht ausüben unter der unmittelbaren Kontrolle des Volkes“. Diesen Zustand wollten wir Anarchisten 1919 herbeiführen, als wir die Räterepublik, die „Räte-Diktatur“ proklamierten, die wir in Übereinstimmung mit dem proletarischen Sprachgebrauch „Diktatur des Proletariats“ nannten. Nachdem unglücklicherweise die Entwicklung in Rußland allen Befürchtungen recht gegeben hat, die von den Anarchisten in früheren Jahrzehnten bei der sozialdemokratischen Agitation für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen worden sind und nachdem auch im Bewußtsein weiter Kreise des revolutionär gestimmten Proletariats diese Bezeichnung wieder die Bedeutung einer Partei-Diktatur erlangt hat, unter deren Obrigkeit

sich das Proletariat zu ducken hat, ist es klar, daß der Ausdruck Diktatur des Proletariats die Sache nicht mehr deckt, die wir damit benennen wollten.

Die Formen allerdings, in denen die Ausrufung der Räterepublik geschah und mehr noch die Konzessionen, die wir als Anarchisten an revolutionäre Gegebenheiten machten, werden wahrscheinlich vor der späteren Kritik unserer Genossen noch reichliche Beanstandungen erfahren. Hierin ging Landauer noch viel weiter als wir anderen, aber es wäre wohl ratsamer darüber nachzudenken, warum Menschen, die mit ihrer ganzen Person, mit Fühlen, Denken und Erleben in den Strudel einer Revolution gerissen werden, immer die Möglichkeit des Handelns und Wirkens suchen und um des Handels und Wirkens willen gar nicht davor zurückschrecken, ein ganzes Bündel das Leben hindurch treu gehüteter Weltanschauungsgesetze beiseite zu werfen. Fragt die anarchistischen Genossen in Rußland, in Ungarn, sie haben genau dieselben Bocksprünge über die anarchistischen Grundsätze weg gemacht wie wir und wie alle Revolutionäre aller Richtungen Bocksprünge über ihre Doktrinen weg gemacht haben, sofern ihr Wille zu handeln stärker war als ihr Hang, vor der idealen Forderung Schildwache zu stehen.

Unser alter Freund Fritz Oerter, einer der Anarchisten, die die bayerische Räterepublik als aktive Kämpfer miterlebt haben, wird mir nicht böse sein, wenn ich ungefragt ein paar Sätze aus seinem letzten Brief an mich mitteile. In Ausführungen, die wohl oder übel das eigene Verhalten vor der Geschichte klarstellen sollen, läßt man gern einen anderen Genossen reden, der selbst dabei war und nun, nach zehn Jahren, das Bedürfnis fühlt, in einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief die Erinnerung aufzufrischen. Genosse Fritz Oerter hat in so hohem Maße das Vertrauen und die Liebe aller Anarchisten, daß ich glücklich bin, ihm da das Wort geben zu können, wo es mir schwer fällt, es zu nehmen. Er schreibt:

„ . . . Es sind ja über die bayerische Räterepublik soviel Lügen verbreitet worden! . . . Aber nicht nur er (Eisner), auch Landauer, Toller, ja auch wir alle haben Konzessionen gemacht, d. h. machen müssen, um wenigstens unseren Ansichten einigermaßen Gehör zu verschaffen. Wir alle täuschten uns in der Psychologie der Massen. Wir glaubten sie fähig, sozialistisch zu denken und zu handeln. Ich glaube, ein von der Sozialdemokratie noch unverbildetes und ursprüngliches Volk wäre vielleicht zu besseren Resultaten gelangt. Aus der Perspektive von heute gesehen war die Räterepublik ein Versuch am untauglichen Objekt. Immerhin offenbarte sich bei dieser Gelegenheit ein beispielloser Heroismus. Man macht einem Dichter seine Ekstasen nicht zum Vorwurf, sondern freut sich ihrer. Die

Räterepublik war ein kühner Aufschwung, der, weil er wenig oder keine Stütze fand, wieder zusammenbrechen mußte, ein Epos mit tragischem Ausgang, blutiger fast als das deutsche National¹epos: die Nibelungen! — Auch wir in Fürth hatten 4 Tage Räterepublik. Bekannte Arbeiter fielen mir damals auf der Straße vor Freude fast um den Hals. „Fritz, denk nur, wir haben die Räterepublik!“ „Kinder“, sagte ich, „wir haben bis jetzt nur den Namen, die Räterepublik müssen wir erst schaffen.“ Es ist nichts daraus geworden und am 4. Tage wurden die Räterepublikaner von den Sozialdemokraten im Arbeiterrat überstimmt. Damit wurde die Räterepublik in Fürth höchst gemächlich begraben. Du siehst, was in München sich zur fürchterlichen Tragödie entwickelte, ward in Fürth zur Posse. — Unser Landauer kam mir in jener erregten Münchener Epoche anders vor als in früheren Zeiten. Einerseits hatte er sich erfreulicher Weise, was mir sehr an ihm gefiel, jenes Distanzgefühls entledigt, das in den Jahren vor dem Krieg manchen ehrlichen Kämpfer und Wohlgesinnten vor den Kopf stieß, andererseits aber schien er mir jetzt viel mehr zu Konzessionen geneigt zu sein als früher. Am weitesten ging er mir damals, als er mit Eichenmüller die bekannte Resolution abfaßte, gegen die außer Dir nur noch 11 Mann stimmten, worunter auch ich mich befand. Gustav Landauer hat die Revolution nach meiner Auffassung damals viel zu sehr vom einseitigen geistigen Standpunkt aufgefaßt, wie Eisner zu sehr das einseitige Politische betonte, während bei einer Revolution mit sozialistischem Einschlag doch vor allem die wirtschaftliche Seite hätte betont werden müssen. In dieser Beziehung ist aber in Bayern sowohl wie im Reich verdammt wenig geschehen. Und darum ist alles gescheitert. Du hast recht, es ist vor 10 Jahren vieles gemacht worden, was falsch war. Aber ich habe den Trost, daß sich Größere und Bessere als ich geirrt haben . . . Die Bewegung vom Jahre 1919 war ein erster Anhub. Aber auf den ersten Hieb fällt kein Baum, selbst wenn er durchmorscht und verfault ist. Die großen Opfer, die gebracht wurden, können nicht umsonst dargebracht worden sein.“

Nein, die Opfer einer Revolution sind nie umsonst gebracht. Das Blut derer, die für die Zukunft der Menschheit starben, verpflichtet die Ueberlebenden, ihren Kampf weiter zu führen und siegend zu vollenden. Ihr Kampf aber soll nicht fortgesetzt werden, indem man ihre Fehler wiederholt, sondern indem man in Ehrfurcht prüft, worin sie recht, worin sie unrecht hatten. Die Frage, die der Untergang der bayerischen Räterepublik aufwirft, heißt nicht: für Leviné oder für Landauer? Sie heißt: wie ergänzen sich die Tugen-

den und Fähigkeiten dieser beiden großen revolutionären Kämpfer so, daß die Vorzüge eines jeden von ihnen die Mängel des anderen aufheben? Aber nicht auf die zwei herausragenden Gestalten der Revolution kommt es an, sondern darauf, daß ihr Geist, ihr Blut, ihr Leben erkannt werde als Geist und Blut und Leben aller, die der Revolution ergeben sind. Kritik üben, auch an denen, die für ihre Sache das Leben opfern mußten, ist Pflicht gegen die künftige Revolution. Aber Kritik üben bedeutet alles andere als die Schwächen des Andersdenkenden sammeln und sich an ihnen weiden, sondern Wollen und Handeln, Wirken und Geschehen vergleichen und von Erfolg und Verlust jedem Beteiligten gerecht sein Teil zumessen. Wenn wir dahin gelangen sollten, daß so von allen revolutionären Geschichtsschreibern Kritik geübt wird, dann wird die bayerische Räterepublik ihre historische Aufgabe erfüllen: neben der Pariser Kommune, neben der ungarischen Räterepublik und den Machnoschen Bauernsovjets mit dem düsteren Feuer ihres heroischen Untergangs die proletarische Zukunftsrevolution zu erhellen, in der ihre ewigen Gedanken der Gerechtigkeit und der Freiheit zur Wirklichkeit der menschlichen Gemeinschaft erstehen werden.

Bereitschaft zum Handeln!

Es ist bedauerlich, daß sich auch unter uns Anarchisten viele Genossen mit ganz fruchtlosen Debatten abgeben über die Art und Weise, wie die ersehnte Revolution im einzelnen vor sich gehen wird; wie man sich in dieser und jener Lage verhalten und welche Einzelheiten man vorbereiten soll. Gewiß ist es von höchster Wichtigkeit, sich im allgemeinen zu rüsten für die verschiedenen Möglichkeiten, denen wir uns vielleicht von heute auf morgen gegenüber sehen können. Aber wir dürfen niemals vergessen, daß es eine Grammatik darüber, wie Revolutionen ohne Mißerfolge durchgeführt werden, noch nicht gibt und auch niemals geben kann. Jede Revolution hat ihre besonderen Vorbedingungen, ihren besonderen Anlaß, ihr besonderes Ziel und ihre besonderen Spieler und Gegenspieler. Wie wir morgen schon vielleicht kämpfen und — sterben müssen, darauf können wir uns nicht vorbereiten. Wenn die Stunde da ist, dann bereit sein! Uns auf diese Bereitschaft hin zu erziehen, einzeln und gemeinsam, das allein können wir erreichen. Einzelheiten bestimmen wollen, ich wiederhole es, ist ein Ding der Unmöglichkeit. —

Demgegenüber gibt es aber doch Dinge, die eventuell für den Erfolg unseres Ringens von entscheidender Bedeutung sein können, Dinge, in die man sich vertiefen kann, deren tiefgehende Kenntnis unter Umständen

unendlichen Nutzen oder deren Fehlen in bestimmter Stunde tausende von Menschenleben kosten kann. Das sind einmal praktische Fragen für die Periode der Umwälzung selbst. Zum andern sind es die praktischen Aufgaben, die uns nach erfolgreicher Revolution von der Wirklichkeit präsentiert werden und die dann sofort — es kann da um Tage gehen — gelöst werden müssen, wenn nicht alles Errungene wieder zum Teufel gehen soll. Dies letztere sind die Fragen der allgemeinen Organisation des Lebens, im besonderen der Wirtschaft und der Verpflegung. — Als bloße Anregung laßt mich einige Stichworte zu dem Augenblick der Umwälzung selbst geben. Wie organisiert man aus Einzelkämpfern eine zuverlässige Truppe, die gemeinsame Ziele gemeinsam erreicht? Wie führt man eine Zusammenfassung mehrerer Gruppen in einem Kampfabschnitt durch? Wie läßt sich im Falle der Not aus unorganisierten Kämpfern eine rote Armee schaffen? Wie löst sich die Frage der Waffenbeschaffung, der Durchorganisation? — Genossen, machen wir uns nichts vor, im Kampf mit einer zentral geführten Truppe bedarf auch die rote Armee einer Zentralkampfleitung! — Verpflegungsfragen, Transportfragen und all die verschiedenen Einzelpunkte, die in die Kampfepoche selbst fallen. Nicht zuletzt die Frage, wie stellen wir uns zu den Gegnern, wie zu den Indifferenten, den Sympathisierenden, den Kämpfern und Nichtkämpfern! Das alles sind Fragen von höchster Wichtigkeit, das kann jeder Genosse an Hand der Geschehnisse in Rußland, im November 1918, in Sachsen, an der Ruhr leicht einsehen. Dabei kommt es nicht auf einen Schlachtplan an, sondern vielmehr darauf, vorbereitet zu sein auf die verschiedenen Möglichkeiten, zur rechten Stunde, die rechten Leute zur Hand zu haben, um das richtige tun zu können. Ich wiederhole nochmals: wie die Revolution im einzelnen losgeht, weitergeht, endet, das kann kein Mensch voraussehen, vorausplanen, jedenfalls nicht mit irgendeiner Wahrscheinlichkeit. Aber ganz im allgemeinen den verschiedenen Anforderungen mit den notwendigen Kenntnissen gegenüberzutreten, darauf ist eine Vorbereitung bei jedem einzelnen möglich. Wenn dann die Stunde fragt: wer kann dies oder jenes? Wer weiß hiermit Bescheid? Was müßte jetzt richtigerweise getan werden? Wenn die Revolution dann aus der Masse heraus auf jede Frage eine rechte Antwort erhält, ist das nicht besser als die allerschönsten, sentimentalsten und schließlich unwahrscheinlichsten Diskussionen, die scheinbar in Einzelheiten sich vertiefen und dabei doch im allgemeinen bleiben, die in jedem Falle fern von jeder Wirklichkeit sind und aus diesem Grunde gar keinen Wert haben? Genossen, die Revolution ist nicht davon abhängig, daß jeder Arbeiter in der kommunistischen Partei ist, oder im Rotfrontkämpferbund, auch nicht davon, daß jeder der anarchistischen Vereinigung angehört. Die Revolution wird sicherlich an ihren wichtigsten Stellen andere Männer sehen, als die, welche heute reden und organisieren und diskutieren. Nicht die Organisationsfrage, nicht die Parteizugehörigkeit wird über den Erfolg entscheiden, sondern der mehr oder

weniger schnelle und kraftvolle Aufbau neuer Kampforganisationen, die in keiner Weise beschwert sind von Parteiapparat, Parteibeamtenschaft, auch nicht von ideellen Programmen oder Resolutionen oder sonstigen Festlegungen, sondern die es verstehen aus der Gegenwart des Augenblicks heraus im Kampfe selbst das Richtige zu tun. — Genossen, weniger Diskussionen! Mehr Vorbereitung in uns selbst! Weniger reden und mehr arbeiten, auch wenn es unsere Mitmenschen weder hören, noch sehen können! Oder sind wir Revolutionäre deshalb, um unseren Mitmenschen zu gefallen und nicht vielmehr deshalb, weil wir zum Wohl aller eine Idee, die wir fest in uns tragen, zur Wirklichkeit bringen wollen? —

Ebenso wichtig ist die Frage der Organisation des ganzen Lebens, nachdem der Umsturz Tatsache geworden ist! Anarchisten, faßt keine Resolutionen, wie ihr im einzelnen das Chaos nach dem Kampf organisieren wollt. Es ist ganz gleichgültig, ob die eine oder andere Richtung in dieser oder jener Einzelheit siegt, aber es ist notwendig, daß die Errungenschaften der Revolution befestigt, verteidigt, dauernd gemacht werden; daß man die Basis schafft, noch weiter vorzustößen und daß man, gleichgültig, unter welcher Flagge, wirklich dem Ziele näher kommt! Aber um das zu erreichen, hilft keine Diskussion, die wir heute anstellen, wo wir noch gar nichts weiter wissen, als unsere Sehnsucht nach dem Neuen, wo uns noch nicht die kleinste Tatsache aus der Wirklichkeit, so wie sie sein wird, bekannt ist! Eine Unterhaltung hierüber ist gewiß ganz interessant und regt die Phantasie und das Denkvermögen im allgemeinen an, nur vergessen wir nicht, daß wir auch hier vollkommen im Ungewissen umher — reden, daß die Notwendigkeit zu handeln einmal ganz, ganz anders aussehen wird.

Und was sollten wir also in dieser Frage tun? Nun, auch hier muß ich die gleiche Antwort geben, wie zur Frage des Kampfes selbst: Uns vorbereiten lernen, damit wir in jeder Lage einigermaßen orientiert sind und nicht erst dann anfangen, zu lernen, wenn dazu durchaus keine Zeit mehr zur Verfügung steht!

Genossen, der Arbeiter kümmert sich allgemein verflucht wenig um seinen Betrieb. Was am Nebentisch, im Nebensaal oder gar noch weiter entfernt von seiner Arbeitsstätte vor sich geht, dafür interessiert er sich in den allerseltensten Fällen. Noch ferner liegt ihm irgendein ungefähres Bild von der ganzen Produktion seiner Fabrik oder Werkstatt. Wer macht sich ein Bild über die Fragen der Materialbeschaffung, die notwendig ist, um das bestimmte Produkt zu beschaffen? Wer denkt daran, wie sich der Absatz organisieren läßt? Wer denkt an die Möglichkeiten des Inlandhandels oder gar des Exports ins Ausland? Und wer hat sich schon mal ein Bild darüber gemacht, wie er selbst als Leiter der Fabrik, in der er heute als Arbeiter steht, den Betrieb, den ganzen Betrieb aufrecht erhalten und weiterführen wollte? Genossen, es kann gar nicht ernst

genug auf die Wichtigkeit dieser Fragen hingewiesen werden. Wirtschaftsfragen werden die Entscheidung darüber fällen, je nachdem wir sie lösen, ob die Revolution dauernd durchdringt, ob sie in irgendeiner Form an Boden verliert oder ob sie gar völlig besiegt der Reaktion wieder Platz machen muß! — Genossen, beschäftigt Euch mit den verschiedenen Produktions- und Absatzfragen Eures eigenen Betriebes! Nicht Diskussionen darüber, ob jeder Arbeiter ein Auto oder ein Klavier oder einen Teppich erhalten kann, helfen uns, sondern der Arbeiter hilft in der Stunde der Entscheidung, der sagen kann: unseren Betrieb, den übernehme ich und ich verbürge mich persönlich dafür, daß er auch läuft!

Wenn ich diese endlosen, uferlosen Diskussionen in allen Arbeiterparteien mit anhöre, wenn ich daran denke, daß wir aus den Versuchen von Kiel, von Sachsen, von dem Ruhraufstand nichts weiter gelernt haben sollen, dann fürchte ich das nächste Mal einen gleichen Mißerfolg, ja einen größeren, weil unser Gegner nicht ruht, sondern sich rüstet und bildet, weil er, statt zu diskutieren wie wir Arbeiter, handelt! Das wichtigste wird der Transport sein, dessen Beherrschung überhaupt Voraussetzung ist für einen Erfolg jeder durchgreifenden Umwälzung, die nicht nur ein Teilgebiet umfassen soll: der Menschen- und Güterverkehr in seinen verschiedensten Formen. Abhängig hiervon und an Möglichkeit alles überragend ist die Frage nach der Organisation der Verpflegung. In der Großstadt, in den Landstädten und auf dem Lande! Genossen, das sind Fragen, an die man einfach nicht herangehen kann, wenn man gar keine Sachkenntnis hat, ohne die verhängnisvollsten Fehler und Irrtümer zu begehen. Dann die Aufrechterhaltung der allgemein wichtigen Betriebe, Gas, Wasser, Licht usw. Die Weiterführung der Organisation, wobei es wiederum wichtig ist, gleich von vornherein das lebenswichtige zu erkennen, unbedingt durchzuführen und das weniger wichtige, wie vielleicht die Fabrikation von Schreibmaschinen oder Klubsesseln oder Hausgerät, fallen zu lassen. Später wird dann ein Organisationsplan aufzustellen sein, wie die Produktion überhaupt laufen muß, um dauernd zu funktionieren. Und schließlich taucht die Frage der Geldmittel auf. Genossen, das ist nicht nur eine Druckerfrage! Sie weist ganz enorme Probleme in der Praxis auf. Probleme, die um so größer werden, je größer die Summen und das beeinflusste Gebiet sind. Bloß um ein Beispiel zu nennen, Rußlands Geldverkehr unterscheidet sich in nichts mehr von dem kapitalistischen Geldverkehr bei uns. Jede Einzelheit ist genau entsprechend. Nur, daß der Staat an Stelle der Privatfirma getreten ist. Es heißt eben nicht mehr Deutsche Bank Aktiengesellschaft, sondern der Staat ist Besitzer und Geschäftsführer in seinen Organen und Kunden sind wiederum vorwiegend staatliche Produktions- und Kommunalgebilde. Die Funktionen, der Ablauf aber ist der gleiche. Ist die Frage des Geldverkehrs nicht aber auch vielleicht in anderer Form zu lösen? Können wir hier auf dem Frä-

geld, auf dem Schwundgeld aufbauen? Dazu bedarf es fester Kenntnisse, einer allgemeinen Orientierung auf diesem Gebiete und die kann erlernt, aber nicht erschwätzt werden!

Ich will aber nicht schließen, ohne ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es sich nicht nur darum handelt, Spezialisten in möglichst großer Anzahl zu gewinnen und diesen dann bestimmte Aufgaben zuzuweisen. Das heißt in vielen Fällen den Kenntnissen der andern vollkommen ausgeliefert zu sein und oft, wie oft, wird der frühere Bourgeois es verstehen, den Arbeiter zu nasführen, Wege einzuschlagen, die nicht in der Richtung der Arbeiterziele liegen. Genossen, schaut nach Rußland, wenn ihr die deutschen Beispiele zu nahe vor Augen habt, um aus ihnen lernen zu können!

Sicherlich gibt es Einzelmenschen, die plötzlich wie aus Eingebung die allerbedeutendsten Leistungen auf jedem oder auf bestimmten Gebieten verrichten können! Das sind Genies, einzelne, nicht die Masse. Darauf aber können wir eine Revolution nicht bauen, daß wir sagen, zur rechten Stunde wird schon der rechte Mann da sein und auftreten! Haben wir etwa nicht unsere bittersten Erfahrungen gemacht, daß zur rechten Stunde der rechte Mann nicht da war? Wo war er in Kiel und Hamburg? Wo war er in Berlin, in München? Wo war er in Sachsen und im Ruhrgebiet, oder bei den Leuma werken? Wer hat 1923 es verstanden, die Arbeiter zusammenzureißen, die auf die Parole warteten, um zunächst in Berlin Ihre Sache voran zu bringen? Genossen, der Gedanke an diese wilden Versammlungen, voll Enthusiasmus, Bereitschaft, aber ohne den rechten Mann, ohne das rechte Können, sind niederdrückend! Das heißt dann verpaßte Gelegenheit und immer hat der andere daran Schuld und die andere Organisation. Haben wir selber, hat jeder einzelne alles getan, was er tun konnte, haben wir etwas gelernt daraus und sind wir vorbereitet, wenn wieder die Schicksalsfrage aufgerollt wird? Oder werden wir auch dann wieder nach dem rechten Mann rufen und — schlafen gehen? —

Genossen: Bereitsein ist alles!

Arbeiten wir mit Ausdauer und festem Willen daran, die Voraussetzung und die Kenntnisse für eine solche Bereitschaft in uns selber zu schaffen!

Diese Aufforderung zur Arbeit richte ich nicht nur an die kleine anarchistische Vereinigung Berlins, sondern an die ganze Arbeiterschaft Deutschlands, an jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten der ganzen internationalen Welt! —

Fritz Müller.

Revolutionäre Literatur

Entgegen der früher bekundeten Absicht, eine Uebersicht über die proletarische, revolutionäre und allgemein freiheitliche Literatur in kürzeren Abständen als früher in den Inhalt dieser Blätter einzuschalten, sind schon wieder 6 Monate vergangen, ohne daß sich im FANAL der Platz für Buchbesprechungen fand. Aus der Fülle der noch der kritischen Würdigung harrenden Bücher müssen auch dieses Mal wieder, neben der Beiseitelegung solcher Arbeiten, auf die sich ein Hinweis wegen ihrer Gehaltlosigkeit nicht lohnt, eine Reihe von Werken für besondere Gelegenheiten zurückgestellt werden. Dazu gehören die Bücher, welche sich mit Erziehungs- oder Sexualfragen beschäftigen, ferner diejenigen, die das drohende neue Strafrecht und die gesamte Kulturreaktion der deutschen Gegenwart behandeln und die zusammenfassenden Geschichtswerke, die die Ereignisse der Kriegs-, Revolutions- und Nachkriegsjahre zum Gegenstand haben. Ein Teil von ihnen wird sich gelegentlich im Rahmen prinzipieller Erörterungen zur Kritik stellen lassen, ein anderer Teil soll nach Gruppen-Zusammengehörigkeit mit älteren Werken gemeinsam gewürdigt werden, besonders Biographien und Memoiren.

Die Neuerscheinungen revolutionärer Dichtung bieten wenig Belangvolles. Doch wird es reizen, die jungen proletarischen Dichter einmal vergleichend einander gegenüberzustellen und zu prüfen, ob die Herausgeber der „Arbeiterdichtungen“ recht haben, wenn sie dem ersten Band ihrer Reihe, den Erzählungen „Wacht auf!“ von Hans Lorbeer (Internationaler Arbeiterverlag G. m. b. H., Berlin 1928), ein Vorwort voranstellen, in dem sie den Genossen aus dem Betrieb, den Arbeiter, „der plötzlich mitten in seiner Arbeit zur Feder griff und sang“ (man merkt schon, daß der Vorwortmann wenig vom Dichten weiß; denn erst singt man und dann greift man allenfalls zur Feder), in Gegensatz stellen zu dem, was sie einen „gewöhnlichen Sänger“ nennen. Ich bin nicht vollkommen davon überzeugt, daß der revolutionäre Dichter heutzutage vom Beruf nicht mehr Schriftsteller sein könne, und glaube nicht, daß der Verlag von hoher Weisheit bedient war, als er im ersten Satz seiner programmatischen Einleitung Shelleys großartige Dichtung „An die Arbeitsmänner Englands“ (die Herwegh in seinem „Bundeslied für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ zum Vorbild diente; bei dieser Gelegenheit sei auf die soeben in der „Neuen Bücherschau“ — Märzheft 1929 — gedruckte, von Alfred Wolfenstein übertragene unbekannte Dichtung Shelleys „Die Orgie der Anarchie und die Stimme“ aufmerksam gemacht), — daß der Verlag zugleich Heines „Ratten“ und sein „Weberlied“, Freiligraths „Achtzehnhundertvierzigundacht“ und „Die Revolution“ und Dehmels „Hungermühle“ anführt um dem Proletarier klar zu machen, daß er es heute nicht mehr nötig habe, sich sowas „bei der Bourgeoisie zu bestellen“. Freilich wird dann erklärt, daß der Arbeiter zum Dichten auch „keine innere Berufung, keine Hinneigung zum Vers, kein Ueberzeugtsein von seiner dichterischen Gabe, die ihn zum Singen zwang“ nötig hat. Nicht mal „der Ton des Wehleidens, Mitleid“ ist ihm Anlaß zum Dichten, sondern nur „Takt, Takt der Maschinen, Takt der Straßen, Takt des Häuserviertels, der Mietskasernen, des Elends.“ Nur dieser Zwang, der aus der Aeußerlichkeit des Taktes, also des Rhythmus, kommt, kann nach der Einleitung der Serie von Arbeiterdichtungen als „proletarisches Bewußtsein, Klassensolidarität“ angesprochen werden, „das ihm Hirn und Hand bewegt, und was ihm danach die Feder in die Hand drückte — eine unumstößliche Pflicht.“ Unter solchen Erkenntnissen will der Verlag nun Arbeiterdichtung vermitteln. Wenn ich

recht unterrichtet bin, wird doch von denen, die dergestalt die soziale Revolution auf dem Gebiete der Poesie bereits vollzogen haben, noch mancherlei anerkannt, was etwa in den Büchern Johannes R. Bechers, Kurt Kläbers, Berta Lasks zu lesen ist. Da sie aber alle nicht wie Lorbeer im Betriebe stehen, und dennoch die Not und die Leiden des Arbeiters „besingen“ — diese lyrische Bezeichnung kehrt in dem lyrikabgewandten Vorwort immer wieder —, müssen sie wohl, obwohl sie alle die vorschrittmäßigen Parteimarken kleben, mit Shelley, Freiligrath und Heine zwischen die „bürgerlichen Liberalen“ eingereiht werden. Ich möchte sie denn doch gegen ihre strengen Parteigenossen in Schutz nehmen, und nicht nur sie, sondern auch Hans Lorbeer selbst, dessen hier gebotene Kurzgeschichte durchaus über dem Niveau gehalten sind, das der Verlag vorschreibt. Hier ist nämlich keineswegs das bloße Auffangen des Taktes der Umwelt, das zum Dichten drängt, sondern durchaus „innere Berufung, Ueberzeugtsein von dichterischer Gabe“, ja sogar — schrecklich zu sagen! — Mitleid mit den Menschen, für die er Verständnis wirbt. Ich halte Lorbeer für einen begabten, erlebenden und am Erleben leidenden und darum auf andere wirkenden Dichter. Daß er im übrigen Chemiearbeiter ist, bestimmt zum großen Teil das Gegenständliche seiner Dichtungen und hat für den künstlerischen Wert weder positive, noch negative Bedeutung. Zu wünschen wäre, daß er aus organisatorischen Thesen zu eigenen Erkenntnissen emporwüchse, die ihn immer davor bewahrten, seine Kunst in den Dienst einer öden Manöviertaktik zu stellen und ihm die schöne Leidenschaft der Wut und der Sehnsucht erhalte, die etwa im Ausklang der prächtigen Schilderung „Marsch der Weiber“ vordrängt: „Denn ich sehe ihn — den Marsch — täglich in tausend Strafen, höre ihn stündlich im Echo der Mauern, fühle ihn immer im Zug der Millionen!“

Die neue Roman-Literatur, soweit sie mit den hier behandelten Problemen Berührung hat, muß ein andres Mal betrachtet werden. Wenn die lange Reihe der Werke von Jack London einmal geschlossen vorliegen wird, die in der Uebersetzung von Erwin Magnus in der Deutschen Verlags-Aktiengesellschaft Universitas erscheint und deren Anschaffung sehr zu empfehlen ist, wird es Zeit sein, die Entwicklung des propagandistischen Romans der Gegenwart an der Hand dieser und anderer Beispiele aufzuzeigen. Als letzte Bände erschienen „Menschen der Tiefe“, soziale Schilderungen, die London aus eigenen Erlebnissen während seines Aufenthalts in England zog, sachlich, anklagend und heißblütig, dann die Biographie von Jack London, von seiner Frau Charmian London geschildert und von Artur Holitscher eingeleitet, endlich ein neuer Novellenband „St-wish“ mit klugen, ergreifenden Geschichten von Menschen und Tieren aus den Goldsucherrevieren Nordamerikas. Inhaltsangabe und Herumreden um den Wert solcher Dokumente des Lebens kommt mir abgeschmackt vor. Man soll Jack London lesen und sich an der guten deutschen Ausgabe der ungleichwertigen, aber immer riesenhaften geistigen Ausbrüche dieses rebellischen Temperamentes erfreuen.

Von einigen revolutionsgeschichtlichen Werken muß gesprochen werden, die wesentliche Gestalten in dichterisch geformten Biographien lebendig zu machen suchen. Vorbildliche Werke dieser Art besitzen wir bereits in den meisterhaften Büchern der Ricarda Huch über Garibaldi und ihrer glänzenden Darstellung des Lebens und Wirkens Michael Bakunins („Michael Bakunin und die Anarchie“ im Insel-Verlag zu Leipzig 1923). Man möchte sich für alle die reiche Arbeit, die unser Genosse Max Nettlau leistet, um den Lebensinhalt der anarchistischen Lehrer in allen Phasen ihres Werdens und ihrer Leistung an dokumentarischen Nachweisen klar-

zustellen, die dichterisch ordnende Hand wünschen, die, wie es hier gesehen ist, die philosophische Wissenschaft in die lebendige Sichtbarkeit ihres Objektes verwandelt. Aber — dies nebenbei für den Verlag „Der Syndikalist“ als den verdienstvollen Vermittler der Nettlauschen Biographien — es ist nötig, daß den Werken über Malatesta und Reclus (ebenso auch den anarchistischen Ideengeschichten „Der Vorfrühling der Anarchie“ und „Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin“) alphabetische Sach- und Namensverzeichnisse nachgeliefert werden; sonst ertrinkt man in der Ueberfülle des Materials und Ricarda Huch hätte es zu schwer, das Gerüst für weitere Lebensbeschreibungen unserer anarchistischen Vorkämpfer zu bauen, die doch verdient hätten, ebenfalls von ihrer großen Kunst den Lebenden gegenwärtig gemacht zu werden.

In Ilja Ehrenburg, dem jungen russischen Dichter, ist ein Geschichtsschreiber entstanden, der die Methode der romanhaft erzählenden Weltgeschichte in dem im Malik-Verlag (Berlin 1929) deutsch erschienenen von Hans Ruoff lebendig übersetzten Buch „Die Verschwörung der Gleichen. Das Leben des Gracchus Babeuf“ ausgezeichnet anwendet. Die Bereicherung unserer Revolutions-Literatur durch dieses Werk ist um so wertvoller, als wir bisher kaum eine andere klare Darstellung der kommunistischen Bewegung in der Endepoche der französischen Revolution während des Direktoriums besaßen als die des Mitverschworenen Filippo Buonarrotti, freilich ein he vorragendes und leidenschaftliches Dokument, leider aber in seiner deutschen Ausgabe fast unbenutzbar, da das sozialdemokratische Ehepaar Wilhelm und Anna Blos die Uebersetzungsarbeit geleistet, in Wirklichkeit damit eine halbschwerische Sprachkrobatik ausgeführt hat. Die französischen Satzgefüge, mit denen die deutsche Sprache gar nichts anfangen kann, sind nicht aufgelöst, die französischen Wendungen zu scheußlichen Klumpen geballt ins Grammatikwidrige übertragen, der Geist des französischen Ausdrucks ist in den Syntaxübungen eines Klippschülerkurses abgetötet worden, bei dem weder die französischen noch die deutschen Sprachkenntnisse über die kärglichsten Anfänge hinausgediehen sind. Es ist eine Qual, die Verschwörung des Babeuf aus diesem unentwirrbaren Gestrüpp von Satzungebümen und Wortverrenkungen herausstudieren zu müssen, und der einzige Trost ist, daß das Uebersetzerpaar auf dem Buchrücken als Verfasserpaar angegeben wird, so daß dem Blos-gestellten Buonarrotti schon äußerlich die Verantwortung für die deutsche Ausgabe seines Werkes abgenommen wird. Ilja Ehrenburg geht mit der Begeisterung des Künstlers an sein Vorhaben, den Werdegang des kleinen Feldmessers François Babeuf vorzuführen, wie ihn die Wogen der Revolution ergreifen, zu den Jacobinern treiben, hochwerfen, ungeheure werbende Kräfte in ihm entwickeln, ihn zum geliebten Volkstribun der Armen, zum verhaßten und verfolgten Widersacher der Reichen und der Renegatenbande der Barras und der übrigen Revolutions-Nutznießer werden lassen, bis er, um seinen gewaltigen Plan zu verwirklichen, die Gleichheit aller auf dem Boden des diktatorisch gesicherten Kommunismus zu verwirklichen, zum Schläge ausholt, von dem jämmerlichen Spitzel Grisel verraten, seinen Kopf aufs Schafott legt. Geschichte, zum Roman gefügt, oder aber ein Roman, aus geschichtlichen Wahrheiten gestaltet, wie ein Dichter sie nacherlebt und wie ihm sicher keine widerlegt werden könnte. Vorzüglich gelungen ist die Kennzeichnung der Pariser Revolutions-Atmosphäre. Illusionen werden zerfetzt, romantische Mythen schonungslos und spöttisch entgöttert. Die Verwahrlosung der Sitten, die schleichende Vergiftung des revolutionären Geistes, der vortastende Uebermut der Amüsierbourgeoisie, die Falschheit und lauernde Bosheit

der Regierungskanailen gegeneinander und gegen alle — dies alles umrahmt höchst eindrucksvoll die Tragödie des letzten großen Idealisten in der Zeit des Verfalls einer gigantischen Revolution. Ich weiß nicht, ob Ehrenburg ein treuer Anhänger der derzeitigen Machthaber im Krenn ist. Aber manchmal hatte ich den Eindruck, als ob ihm hier und da das Moskau von 1928 zum Paris von 1796 als Modell gedient hätte. „Hundert Sous für den Tag? Trockenes Brot? Sie gehen in Lumpen. Im Konvent schrie man: „Hoch die Sansculotten!“ Hosen aber gab man ihnen nicht. Auf den Straßen tauchen prächtige Wagen, Gecken, feiste Aufkäufer auf. In den Fenstern der Läden liegen wieder edelsteinbesetzte Uhren, Ananas, türkische Schals. Was aber sollen sie, die sogenannten Sansculotten, mit ihrem Ruhm als Verteidiger der Revolution und mit fünf Franken für vierzehn Arbeitsstunden anfangen? Die Bäcker, die machten ja wohl einen Streikversuch, aber die Polizei trieb sie mit Gewalt in die Bäckereien. Sie müßten gute Patrioten sein und ehrlich arbeiten. Das wünsche die Republik. Was soll ihnen aber dann die Republik? . . .“ Ja, und da kam dann eben eine Opposition auf und mußte zur Guillotine. So geht's in Revolutionen zu. Die, die mehr von der Revolution wollen, als die Machthaber mit ihrem Machthaberinteresse vereinigen können, müssen zur Guillotine; das geht so lange, bis von der anderen Seite die Opposition kommt. Damals hieß sie Bonaparte. Jawohl. — Ilja Ehrenburg hat ein wertvolles, ein lehrreiches, ein nachdenkliches Buch geschrieben. Der Verlag hat es vortrefflich ausgestattet mit guten Bildern und Reproduktionen wichtiger Dokumente und einer erklärenden Liste aller wichtigen Namen und Ereignisse. Ein gutes Buch.

Von ganz anderer Art ist „Ewig im Aufruhr. 15 Porträts deutscher Rebellen“, von Erich Müller (Universum-Bücherei, Berlin 1928). Diese Bildergalerie, um die Kritik voranzustellen, ist ungleichwertig. Es sind ausgezeichnete Charakterbilder darunter, und Erich Müller ist ein Porträtmaler, der es versteht, mit wenigen starken Strichen eine Gestalt senkrecht auf die Beine zu stellen. Von Klaus Störtebecker bis Max Hoelz — 520 Jahre deutscher Rebellengestalten: das Unternehmen, sie heraufzuholen in die Gegenwart, das lebende Rebellengeschlecht an den Taten der Aufwühler der Vergangenheit aufzurütteln, ist überaus rühmenswert. Viele der kurzen Monographien sind prachtvoll frisch geschrieben, die Menschen hell gesehen, die Zeit ist klar erfaßt und, was am wichtigsten ist, Müller liebt seine Helden. Wie werden solche wilden Naturen aus dieser Liebe lebendig wie Jäcklein Rohrbach oder der bayerische Hiesl! Besonders freute mich die Auferweckung des Volksfreundes, des besten Mannes der 48er Revolution, Gustav Adolf Schlöffel, der bei dem Deutschen kaum mehr dem Namen nach bekannt ist. Im Juni wird sich zum 80sten Male der Tag jähren, an dem er im bewaffneten Kampf der badischen Freischärler gegen die Preußen bei Waghäusel fiel. Wenn unsere akademische Jugend auch nur noch einen Funken von dem Geist hätte, der sie 1830 und 48 an die Seite der Arbeiter führte, sie würde dem Studenten Schlöffel vor jede Universität ein Denkmal setzen und geloben, alle Wissenschaft aufzunehmen im Geiste des Volksfreundes, der wußte, was Freiheit bedeutet und daß es keine Freiheit geben kann ohne den Kampf der Armen gegen Reichtum und Vorrecht. Warum Müller in seine Heldenreihe den Citoyen Hesse aufgenommen hat, den hessischen Prinzen, der mehr aus der Anlage der Widerspenstigkeit gegen seine Herkunft als aus der einer natürlichen Gemeinschaft mit dem leidenden Volk in die französische Revolution und zu den Jacobinern geraten war, ist schwer einzusehen. Dies Leben hat einen so gänzlich unheroischen Abschluß gefunden, daß die Figur von dem übrigen

des Buches peinlich absticht. Aus dem rebellierenden Prinzen und dem revolutionären Terroristen wurde ein komischer und würdeloser Querulant, der nicht einmal den Bruch mit seiner fürstlichen Sippe unverkleistert ließ. Die Absicht, einen deutschen Aufrührer aus der französischen Revolution unter die Porträts zu bekommen, ist ja durch die ausführliche Darstellung des Lebens eines andern und größeren Revolutionärs, Eulogius Schneider, ohnehin erreicht gewesen. Das war einer, der von Geistes und Blutes wegen an seine Sache geknüpft war und für sie aufs Blutgerüst stieg. Aber es ist erstaunlich, wie das Urteil Müllers bei der Behandlung der französischen Revolution überhaupt unsicher wird. Die Meinung, Robespierre sei von proletarischem Geist erfüllt gewesen, ja er habe „für die Freiheit der letzten Klasse“ gestritten, ist doch absurd, da gerade er die Heiligkeit des Eigentums bewahrt wissen wollte und derjenige war, der die Hébert und Jacques Roux, die wirklichen Proletarierfreunde, aufs Schafott schickte. — Erfreulich ist, daß Erich Müller nicht gezögert hat, auch August Reinsdorf in sein Werk aufzunehmen. Leider ist jedoch der Essay über diesen großen revolutionären Charakter der schwächste der ganzen Reihe. Die anarchistische Bewegung ist Müller anscheinend gar nicht hinreichend geläufig, um auch nur die geschichtlichen Tatsachen richtig verwerten zu können. So groteske Irrtümer wie der, Bakunin habe noch 1880 — also 4 Jahre nach seinem Tode — in Mosts „Freiheit“ eine programmatische Erklärung veröffentlicht, dürften doch nicht vorkommen, und die Behauptung, Bakunins Theorie sei „ein urrussisches, niemals übertragbares Produkt“, zeugt nicht eben von tiefer Kenntnis dieser Theorie. Ueber Reinsdorf selbst und über das Niederwald-Attentat zeigt sich Müller ebenfalls recht mäßig unterrichtet und aus dem Quellenverzeichnis ist ersichtlich, daß ihm das weitaus gründlichste Material zu seinem Thema gar nicht bekannt geworden ist, nämlich Rudolf Rockers Most-Biographie, in der die Persönlichkeit Reinsdorfs in prachtvoller Klarheit und Reinheit zutage tritt. — Auf Reinsdorf folgt als Abschluß des Werkes unmittelbar Max Hoelz, also ein Lebender, und die deutsche Revolution von 1918/19 hat bei Müller keinen Repräsentanten gefunden. Das ist ein großer Mangel des Buches. Hätte es nicht gelohnt, wenn schon nicht Rosa Luxemburg, die ja ursprünglich nicht Deutsche war, wenn nicht Karl Liebknecht oder Gustav Landauer, etwa Dorenbach zu behandeln oder unseren Münchener Freund, den Matrosen Rudolf Egelhofer, der als Oberkommandierender der Roten Armee von den Weißen ermordet wurde? Oder wäre Wilhelm Sylt nicht wert gewesen, in diesem Rebellenbuch aufzutreten? — Trotz allem: daß das Buch da ist, ist von Wert. Seine Vorzüge überwiegen seine Mängel, und die Mängel lassen sich vielleicht bei späteren Auflagen beseitigen. Dazu sollte Müller sich freilich gründlich in die neuere deutsche Revolutionsbewegung, seit Verhängung des Sozialistengesetzes vertiefen. Vielleicht würde er dann zum Beispiel Lust bekommen, sich genauer mit dem Schicksal des Anarchisten John Neve zu beschäftigen, dessen ganzes Leben eine Illustration war zu dem Stichwort „Ewig in Aufruhr“. Erich Müller hat auf jeden Fall gezeigt, daß er berechtigt ist, der Porträtmaler hitziger Rebellen zu sein. Er kann schreiben, er kann sich einfühlen und er kann aus proletarischem Grundgefühl urteilen.

Es ist leider nicht möglich, noch weitere Bücher dieses Mal kritisch zu betrachten. Der Raum des Blattes reicht nicht aus. Hingewiesen sei auf die kluge, sachliche Abhandlung „Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen vom Liberalismus über die Demokratie zum Sozialismus“, von Ernst von Aster (Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber in Leipzig); ferner auf das aus revolutionärem Ingrimm und

ehrflichem Kriegshaß gewordene Buch „Der anonyme Krieg“, von Rudolf Geist (Verlag Internationale Buchpresse Heilbronn a. N. 1928), auf das ich hoffe, später noch einmal zurückkommen zu können, ebenso auf die historisch äußerst wertvolle Schrift „Wie ich zum Tode verurteilt wurde“, von Hans Beckers (Ernst Oldenburg, Verlag, Leipzig 1928), worin ein unmittelbar Mitbetroffener in schlichter, wahrhaftiger Form den ganzen widerwärtigen und tragischen Verlauf des Matrosenmordes von 1917 schildert. Das Vorwort hat Ignaz Wrobel geschrieben. Ueber den ganzen Fall und darüber, wie es kommt, daß in Deutschland die Reichpietsch und Köbis sterben müssen und die Dobrings leben und vergnügt sind, muß einmal in andern Zusammenhängen gesprochen werden. Dann mag die Beckerssche Broschüre zu ihrer verdienten Würdigung kommen.

Die Absicht, gleich auch das Erlebnisbuch von Max Hoelz, „Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne“ (Malik-Verlag, Berlin 1929) zu behandeln, kann nicht mehr ausgeführt werden. Es soll baldmöglichst nachgeholt werden. Das gleiche gilt von der antimilitaristischen Sammlung „Verkünder und Verwirklicher“, von Helene Stöcker (Verlag der Neuen Generation, Berlin-Nikolassee 1928). Alle hier genannten Werke seien zur Lektüre empfohlen. Ueber die Bücher, vor denen zu warnen ist, ein anderes Mal.

Entfesselte Kräfte

Seit hier vor einem Monat geklagt wurde, daß es unmöglich ist, in einer nicht in aller kürzesten Abständen erscheinenden Zeitschrift auch nur die allerwichtigsten Weltereignisse kritisch zu behandeln, dröhnen neue Explosionen den Zeitgenossen die Wahrheit in die Ohren, daß seit dem sogenannten „Frieden“ von 1918 noch nichts auf Erden „stabil“ geworden ist, am wenigsten der im August 1914 krachend auseinandergeborstene Kapitalismus, der mit all seinen Völkerbundskongressen, Reparationsregelungen, Schiedsgerichten, Staatsstreichen und Kriegsrüstungen nichts anderes bezweckt als neuen Boden unter die Füße zu bekommen, auf dem er sich wieder stabilisieren kann. Von den großen revolutionären Erschütterungen, die zurzeit wieder in Mexiko, Indien, China spürbar werden, läßt sich, will man keine Phrasen machen, nichts anderes aussagen, als daß geknechtete Menschen neuerdings in Bewegung geraten sind und daß konkurrierende Kräfte, die die Knechtung dieser Menschen für sich und ihr Geschäft erhalten wollen, zu einem Teil die Aufstände bekämpfen, sie zum andern Teil schüren, um sie mit verlogenen Parolen sich nutzbar zu machen. Typisch für diese Politik der Unterstützung von Not entfesselter Revolutionen ist die Bewaffnung und Förderung des afghanischen Bergvolkes durch die Engländer gegen den mit Rußland verbündeten Blutsauger Amanullah. Ähnlich wird es sich mit der neuen mexikanischen Erhebung verhalten. Sicher benutzen die Pfaffen das Elend der Bevölkerung, um die Wut gegen die bestehende Regierung zu schüren, Generäle zum Bürgerkrieg zu besolden und endlich die armen verzweifelten Menschen statt zur ersehnten Sättigung und Befreiung zur Kirche zurückzutreiben. Dessenungeachtet steht fest, daß sich in den Rebellengegenden Arbeiterräte gebildet haben, so daß der Klassenkampfcharakter auch dieser unter den reaktionärsten Lösungen entbrannten Revolution nicht bestritten werden

kann. Jede Revolution, der sich größere Teile notleidender Volksschichten anschließen, trägt die Elemente des sozialen Umsturzes in sich, und niemals dürften Revolutionäre in einer solchen Entladung entfesselter Kräfte in anderm Sinne Partei nehmen als in dem der Beseelung der Revolution mit sozialistischen Losungen. Wohin die Einmischung von Interessenpolitik, die sich noch so revolutionär gebärden mag, führt, haben die Russen erst in China, dann in Afghanistan bewiesen. Angesichts des neuen Aufflommens der chinesischen Kämpfe, deren Gruppierung und Interessenverteilung noch ganz unübersichtlich ist, möchte man nur wünschen, daß die Kulis, die ja doch endlich ihre Knochen zu Markte tragen, nach allen schlimmen Erfahrungen sich nicht wieder von Agenten auswärtiger Interessen beraten lassen, sondern für einen Kommunismus ihr Blut wagen, der sie selber angeht und dem keine Staatstendenzen beigegeben sind. Die furchtbaren Folgen, die die Führung ihrer Revolution durch russische Politiker für sie hatte, werden ja von selbst anarchistischen Gedanken bei den chinesischen Arbeitern Raum geschaffen haben.

Noch läßt sich nicht übersehen, zu welchen Ergebnissen die Bewegungen in Amerika und Asien führen werden. Noch läßt sich auch nichts Sicheres über die hoffnungserweckendste aller entbrannten Revolutionen voraussagen. Nur das scheint nicht mehr zweifelhaft, daß die in immer kürzeren Abständen unternommenen Versuche, die faschistische Herrschaft in Spanien zu stürzen, die nicht mehr aufhaltbare Entfesselung aller revolutionären Kräfte des Landes ankündigen. Das Militär fing an, dem Diktator den Gehorsam zu verweigern, die Bewegung in der Studentenschaft und die offene Parteinahme der Bevölkerung für sie zeigt, wie wankend der Boden unter Thron und Diktatur geworden ist. Die Arbeiterschaft Spaniens, die als einzige Europas sich gegen die verheerende Lehre des Marxismus immun gezeigt hat und völlig den Ideen Bakunins und Kropotkins treu geblieben ist, hat oft Zeugnis abgelegt von der Kühnheit ihres Denkens, der Entschlossenheit ihres Handelns und der hohen sittlichen Kraft ihrer solidarischen Verbundenheit. Wir dürfen viel Hoffnung fassen, daß Primo de Riveras Tage gezählt sind. Stürzt der Faschismus an einer Stelle, wo er sich einnisten konnte, so ist sein Nimbus überall vernichtet. Dann kriegen wir ihn nur noch in Deutschland, wo man immer nachklappt und die kompromittierteste Staatsform als modernste einführt. Es lebe die Demokratie!

So leben wir . . .

Vor zehn Jahren mißlang der letzte große Versuch, in Deutschland die Revolution zu retten. Das Blut unzähliger Arbeiter, die das Unglück hatten, die Verheißungen ihrer angestellten Führer in Partei und Gewerkschaften erst zu nehmen: der Tag der Freiheit nahe, das Proletariat werde ihn erkämpfen und auf dem Grabe des Kapitalismus die sozialistische Gesellschaft aufrichten, dies Blut scheint von den von Ebert und Noske zu Hilfe gerufenen monarchistischen Banden nicht umsonst vergossen worden zu sein. An der Spitze des Reiches steht, getragen vom Vertrauen aller, die die Republik lieben, weil sie der seligen Kaiserherrschaft so rührend ähnlich geraten ist, der getreue Feldmarschall Seiner Majestät und tröstet die Stahlhelmer, die die Republik einen Sauhaufen nennen, daß sie es wohl nicht so böse gemeint hätten und daß er gleichwohl ihr Ehrenmitglied und der Re-

publik Schützer und Lenker bleiben wolle. Ihm zur Seite aber herrscht ein „Kabinett“, das nicht genau weiß, ob es zurzeit vollzählig ist oder ob noch jemand mit hineinwill (Kabinett ist der französische Ausdruck für Abtritt; früher nannte man so ein regierendes Oberstübchen einfach ein Ministerium und schimpfte auf Kabinettpolitik). Zum Zeichen indessen, daß wir dennoch die freieste Republik der Welt haben, hält an den vier Ecken der Reichsregierung, sozusagen als Strebepfeiler des Kapitalismus, die internationale, völkerbefreiende, revolutionäre Sozialdemokratie Wache. Die Wirtschaftsrationalisierung mit drei Millionen Erwerbslosen, dauernd sinkenden Reallöhnen bei dauernd gesteigerter Kraftausnutzung und das verschlechterte Koalitionsrecht, das den Streik zu einer lieben Vorzeiterinnerung macht, betreut der Sozialdemokrat Wissell; er ist jetzt 60 Jahre alt und Ehrendoktor geworden, so weit kann es ein einfacher Arbeiter bringen, wenn er brav zur herrschenden Klasse hält. Die Finanzierung des ganzen Staatsbetriebes liegt in den bewährten Händen des Sozialdemokraten Hilferding. Der hat nämlich mal ein Buch geschrieben über das Finanzkapital, worin er fand, daß dem Proletariat nichts anderes übrig bleibe, als den Laden zusammenzuschlagen und selber anzufangen, sich ohne die Kapitalisten ein lebenswürdiges Dasein zu schaffen. Jetzt ist Hilferdings Finanzkapital ein Ladenhüter in verstaubten Antiquariaten, Hilferding selbst aber der Ladenhüter des Finanzkapitals. Wenn die Pariser Bankier-Internationale den verjüngten Dawes ans Tageslicht befördert haben wird und wir den Young-Brunnen der Reparationsschulden erst in der Morgensonne sprudeln sehen werden, dann werden wir auch unsern Hilferding erst recht zu würdigen vermögen. Denn die Steuern, die er jetzt schon aus dem nötigsten Bedarf der Lebenshaltung des Arbeiters heraufpumpt, um den unergründlichen Schacht des in- und ausländischen Dividendenmagens zu sättigen, sind nur ein Anfang; der unergründliche Schacht nämlich weiß, was die Steuersaugpumpe für seine Reichsbank leisten kann, wenn man einen Sozialdemokraten an den Schwengel stellt. Es ist ja auch wirklich nicht nur für Reparationszwecke Geld zu beschaffen. Die deutsche Republik muß doch auch ihre Ruhe und Ordnung finanzieren, und dazu muß Hilferding nicht bloß dem Gröner die Mittel für Mann und Roß und Wagen, für Gase, Kasernen und Pensionen liefern, sondern vor allem auch seinem Parteigenossen Severing die Polizei- und Verwaltungskassen füllen, aus welchen hierzulande jegliche Kultur ihre Nahrung zieht. Ja, der kleine Metallarbeiter hat es weit gebracht. Das Bielefelder Abkommen hat er längst vergessen, er muß an das Abkommen mit dem Vatikan denken, zu dem ihm Mussolini das gute Beispiel gegeben hat. Wenn Otto Braun erst mit seinem Konkordat fertig ist — und dieser Sozialdemokrat hofft wohl, bald soweit zu sein und die preußische Arbeiterschaft mit einer Milliarde für die Papstkirche davonkommen zu lassen —, dann kann das Reich folgen und sich die tröstlichen Erfahrungen Bayerns als Provinz des römischen Kirchenstaates zunutze machen. Wenn ein Sozialdemokrat dies Geschäft in die Hand nimmt, kann Kapital und Kirche gewiß zufrieden sein, wie sich denn auch zeigt, daß die Erbschaft, die dem Severing aus der Hinterlassenschaft der Külz und Kuddell zugefallen ist, nirgends besser aufgehoben sein könnte. Die Beackerung von Schund und Schmutz zum Beispiel wird unter ihm mit noch erheblich größerem Kostenaufwand betrieben als unter seinen Vorgängern. Wo aber die Severings aufspielen, da tanzen die Grzesinskis und Zörgiebels. Nie sah man eine solche Orgie tatroher Bewegungsknebelung wie diese sozialdemokratischen Drillinge sie austoben. Die drei hängen ja auch zusammen wie die Sprossen einer Trittleiter. Als Severing den Platz des preußischen Innenminister verließ, um nach einer Schnaupause den höchsten Polizistenposten im ganzen Reich zu erklimmen,

folgte ihm der Berliner Polizeipräsident Grzesinski auf den preußischen Ruhe- und Ordnungsthron und an sein Verbots- und Ausweisungspult am Alexanderplatz setzte sich der internationale Sozialist Zörgiebel. Man weiß nicht, zu welchen Starleistungen sich diese völkerbefreiende Schulterpyramide noch höher entwickeln wird. Jedenfalls ist mit Herrn Zörgiebel der tüchtigste Polizeipräsident in Berlin tätig geworden, der hier je erlebt ward. Seit Monaten hält der Mann die Berliner Arbeiterschaft jetzt unter dem kleinen Belagerungszustand, verbietet Demonstrationen und Umzüge, läßt nach rechts mit Milde, nach links mit der eisernen Energie, die die Republik allein ihren nationalistischen Polizeioffizieren gestattet, seinem Willen Geltung verschaffen. Der Gummiknüppel ist sein schlagendes Beweismittel, sein schießendes die Schupopistole. Bei Konflikten zwischen Kapitalisten und Proletariern immer auf Seiten der Ausbeuter, bei Verhaftungen rasch, wenn es gegen Kommunisten geht, bedachtsam, wenn Dokumentenfälscher belangt werden sollen, die sich als Spitzel verdient gemacht haben. Die Reichsverfassung in Ehren, solange sie die Gendarmenwillkür nicht stört. Theaterzensur ist nach der Reichsverfassung unzulässig, aber eine vorsintflutliche Polizeiverordnung aus Manteuffels oder Bismarcks Tagen findet sich schon für einen ordnungsliebenden Sozialdemokraten, und wenn auch Reichsrecht Landesrecht bricht, so ist eben eine Polizeiverordnung; kein Recht, sondern Exekutivgewalt und die geht über Reichsrecht und Verfassung. Lampels „Giftgas über Berlin“ wird also verboten, und dies ist beileibe keine Theaterzensur, aber es ist den Militärs halt nicht unangenehm, daß darin der Krieg unbeliebt gemacht wird. Und indem Zörgiebel den Krieg beim Publikum nicht unbeliebt werden läßt, bleibt er bei den Militärs beliebt. Sein Chef hingegen, der Parteigenosse Grzesinski gibt ein letztes Wort von sich, daß es so nicht weiter geht und daß er noch mehr verbieten und auflösen will als schon zuvor, was also heißen soll, daß er aus dem kleinen den großen Belagerungszustand und aus der sogenannten Verfassung, die sowieso unter Zörgiebel auch anders kann, den Artikel 48 machen will. Die Hitlerjünglinge schmeißen auf jüdischen Friedhöfen Grabsteine um, es ist also klar, daß der Rote Frontkämpfer-Bund verboten werden muß. Oder bildet sich ein Mensch ein, der Polizeiminister werde ernsthaft an den Stahlhelm, an den Wehrwolf oder an sonst ein konterrevolutionäres Gebilde herangehen? Wenn die Zörgiebel, Grzesinski und Severing gegen die aufmucken wollen, denen sie ihren Sieg über die Arbeiterschaft verdanken, dann werden sie noch schneller vom Faschismus zertreten werden als ihnen das ohnedies gewiß ist.

Vorerst schwelgen wir in Kultur. Die Männer des Geistes rufen in öffentlichen Kundgebungen zum Kampf gegen die Zensur. Am Präsidium aber sitzt frohgemut Herr Severing, der Oberzensor, und läßt die Schriftsteller, die ihm was von „Giftgas“ zuflüstern, vor den Ohren der ergeben lauschenden Rundfunkgemeinde rausschmeißen. Daß solcher Vorgang sich nicht wiederholt, dafür sorgt die Rundfunkzensur, sie wird den Kampf gegen jede Zensur sicherem Vernehmen nach in eigene Regie nehmen. Da wir überdies eine sehr regsame Justiz haben, die neuerdings zum Beispiel ein Lesebuch konfiszieren ließ, das Herweghs Arbeiter-Bundeslied enthielt und alle Bücher, deren Autoren durch Amnestie straffrei wurden, weiterhin verboten sein läßt, wird den sozialdemokratischen Zensurgegnern ihre Zensurtätigkeit von selbst sehr erleichtert. Aber die Kultur marschiert hörbar. Schon wurde auch auf Anweisung der höchsten Geistesschützer ein „Tag des Buches“ veranstaltet — er folgte kurz nach dem obrigkeitlich angeordneten „Trauertag“, an dem wir alle die Vorbereitungen zum nächsten Kriege durch Schluchzen im Chore unterbrechen mußten — und

da präsiidierte denn in eigener Person unser aller unvergeßlicher Schund- und Schmutz-Külz. So geht es zu in unserer demokratischen Republik.

Was hingegen den allerbesten Mann dieser segensreichen Einrichtung betrifft, den Sozialdemokraten Hermann Müller Reichskanzler vom Parteivorstand, so ist es ihm bei aller Anstrengung noch nicht gelungen, den Wirth mit dem Scholz auf der Linie des Stresemann zu einigen. Aber er hofft es noch fertig zu bringen, und wir wollen es mit ihm hoffen, wissen wir doch, was dieser ungelernete Regierer schon alles zuwege gebracht hat. Er ist tatsächlich der Mann, den die Retter Deutschlands brauchen. Sie lassen ihn rennen und schwitzen und kuhhandeln und parlamentieren, ohne ihm im geringsten aus der Patsche zu helfen. Jetzt ist es glücklich so weit, daß er das parlamentarische Regierungssystem bei den frömmsten Demokraten hoffnungslos diskreditiert hat. Was danach kommt, ist die Diktatur.

Die Wirth und Guérard stehen auf der Wacht, die Hugenberg und Ehrhardt entschleußen ihre Roßbäche, die Vögeler und Siemens entwerfen ihre Arbeitsverordnungen und die sozialdemokratischen Regierer leisten ihnen allen die verlangte Vorarbeit mit Wiedereinführung der Zensur, mit Steuerpressen für die Notleidenden, mit Unterdrückung von Lohnbewegungen, mit Vorbereitungen zur Verhängung des Belagerungszustandes, wie ihn zu Eberts seligen Tagen jede sozialdemokratisch besetzte Reichsregierung ohne Ausnahme nötig hatte. Aber es heißt jetzt, es werde mit dem Fascismus bei uns nicht so arg werden. Nicht Hugenberg und Ehrhardt sollen Diktatoren werden, sondern Männer der goldenen Mitte, so von dem Kaliber Marauhn fürs Romantische, Stresemann fürs Kosmopolitische und Schacht fürs Kompakte. Also Standrecht in Moll. Die „Mitte“ — so bezeichnet man bei uns die Mittelmäßigkeit — soll Diktaturvollmachten bekommen. Da die Gewerkschaften nun schon angefangen haben, die Kommunisten, die die Tarifmeierei mit mehr Spektakel betrieben sehen wollen, aus ihren Reihen zu entfernen, werden sie wohl wie in Italien bei Abgabe der Versicherung, daß ihnen der Klassenkampf ganz ferne liegt, noch so lange geduldet werden, bis die schärfere Richtung ihre Stunde erfaßt, das Vaterland in den Artikel 48 des Herrn Claß einzuwickeln. Dies alles begibt sich am hellen Tage vor aller Augen. Die Arbeiter aber amüsieren sich an den letzten Box- und Fußballberichten im Sportteil ihrer Zeitungen oder schnallen um, um Versammlungen linksrevolutionärer Organisationen zu sprengen. So leben wir

Harmlose Halunken

Am 11. April findet in den Sophiensälen eine gemeinsame Kundgebung verschiedener proletarischer Organisationen statt, unter denen sich auch die Anarchistische Vereinigung befindet. Es soll für die Befreiung der verfolgten, eingekerkerten, verbannten und emigrierten russischen Oktoberkämpfer demonstriert werden. Die „Rote Fahne“ hat dankenswerter Weise schon am 13. März auf diese Veranstaltung hingewiesen, nicht ohne zu lügen, sie finde „unter Führung des Sozialdemokraten Georg Davidsohn“ statt. Genosse Davidsohn gehört der USP. an und macht nicht Einheitsfront mit den Nachläufern Noskes wie andere Leute, sondern zieht die Einheitsfront mit Revolutionären vor, die man in der KPD, glücklich in den Sammelausdruck „harmlose Halunken“ zusammenfaßt. Ueberdies denkt kein Mensch daran, sich bei dieser Solidaritätsaktion für von der Reaktion verfolgte linke Revo-

lutionäre unter Davidsohns oder sonst wessen Führung zu stellen. Man kann sich das in der kleinen Alexanderstraße eben nicht mehr anders vorstellen, als daß alles unter Führung angestellter Bonzen vor sich gehen muß. Aus der „Roten Fahne“ ist bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß man dort bis jetzt geglaubt hat, die Bolschewiki seien die einzigen gewesen, die „die Oktoberrevolution in Rußland durchgeführt“ hätten. Man sollte sich dort auch mal mit Geschichte befassen. Dann könnte man nämlich lernen, daß die Oktoberrevolution von den revolutionären Arbeitern, Soldaten und Bauern durchgeführt worden ist, an deren Seite geschlossen die kommunistischen Anarchisten, die Anarchosyndikalisten, die linken Sozialrevolutionäre und die Maximalisten kämpften und zu einem Teil außerdem die Kommunistische Partei, nämlich der Teil, der mit Lenin und Trotzki ging, während der andere Teil unter Sinowjew und Kamenew bekanntlich nicht mitmachte und deswegen von Lenin des Verrats beschuldigt wurde. Jetzt ist der reuig gewordene Sinowjew als Nachfolger Bucharins, der mit der rechten Hinterbacke vom Parteibrett abgerutscht ist, Chefredakteur der „Prawda“, Trotzki bittelt um Einlaß in Deutschland und darf noch nicht herein, weil Stresemann fürchtet, seinen Kellogg-Kollegen Litwinow zu erzürnen, wenn er dem Schöpfer der Roten Armee dieselben Vergünstigungen einräumt wie den 1917 getürmten Großfürsten, gegen deren Asyl in Deutschland von Moskau aus nicht protestiert wird. Dem Arbeiter-Bolschewisten Gabriel Mjasnikow aber, dessen Gruppe als erste innerhalb der Partei selbst in Opposition trat gegen die damals noch von Lenin verantwortete opportunistische Entartung der russischen Revolution, ist es gelungen aus seiner sibirischen Verbannung zu entweichen und nach Persien zu flüchten, von wo er hoffentlich nach Europa weiterkommen wird. Für die „Rote Fahne“ sind Revolutionäre, die ihren der Revolution treu gebliebenen engeren Genossen Solidarität beweisen, statt mit dem jeweils die Konjunktur bestimmenden Brotgeberklüngel Verleumdungspolitik zu treiben, harmlose Halunken. Wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und die Kennzeichnung etwa auf die Leute anwenden, die schon zur Sprengung unserer Kundgebung scharf machen, also revolutionäre Arbeiter zu ausgesprochen konterrevolutionären Handlungen verführen; — harmlos sind diese Herrschaften gar nicht. Halunken eher.

Achtung ! Halbjahrsabonnenten !

Die bis zum 10. April nicht eingesandten Bezugsgebühren werden durch Postnachnahme eingezogen. Es wird gebeten, die fälligen Beträge bereit zu halten, damit der Reichspost nicht völlig überflüssige Sondersteuern für weggeschmissene Nachnahmegebühren zufallen.

Geschäftsstelle des FANAL.

Diesem Heft liegt ein Bestellzettel für die soeben erschienene Broschüre von Erich Mühsam „Von Eisner bis Leviné“ bei. Wir bitten um Bestellung!

FANAL-Verlag

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Bringt Gäste mit!

Es ist beabsichtigt, im Zentrum der Stadt eine neue Gruppe ins Leben zu rufen. Alle Genossen, die sich am Aufbau dieser Gruppe beteiligen wollen, wenden sich an **Gustav Labeck, Neukölln, Ziethenstraße 10^{IV}.**

Föderation kommunistischer Anarchisten Mannheim

(Angeschlossen der Anarchistischen Vereinigung Berlin)

Unsere Zusammenkünfte finden jeden 2. Dienstag abends 8 Uhr im Lokal „Gelbes Kreuz“ G. 3, 6 statt.

Diskussion revolutionärer Probleme — Vorträge.

Gäste willkommen!

Heraus mit den Oktober-Kämpfern!

**Für die proletarische Revolution!
Gegen Staats- und Parteipolitik!**

Oeffentliche Kundgebung am 11. April in den „Sophien-Sälen“ Sophienstr. (Nähe Hackscher Markt) Beginn 7 Uhr

**Rudolf Rocker, Steinberg, Korsch,
Kraus-Fessel, Th. Liebknecht, Erich Mühsam**
sprechen

für Freilassung der in Russland gefangenen Revolutionäre, die 1917 gemeinsam mit den Bolschewisten auf die Barrikade stiegen, um die Räterepublik zu errichten und dem Völkermorden Einhalt zu gebieten und jetzt durch ein korruptes Staatssystem eingekerkert sind.

Es ist revolutionäre Pflicht eines jeden Genossen zu dieser Versammlung zu erscheinen!

Freie Arbeiter - Union (Arbeitsbörse Gross - Berlin), Syndikalistisch-anarchistische Jugend (Ortsföderation Gross-Berlin), Anarchistische Vereinigung Berlin, Anarchistische Jugend Berlin, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Proletarischer Gesundheitsdienst, U. S. P., Gruppe „Kommunistische Politik“.

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischen Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrtenstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Aermelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Barettts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel. Zeltzubehör

ferner: Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

außerdem: Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

*Mach Dir zum Prinzip:
Alles aus den Fackelstuben.*

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgd.
Berlin C 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthaus)

Januar

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Der revolutionäre Mensch — Eine
Rede Gustav Landauers — Der 1. Mai
(Tagebuchblatt v. G. Landauer) — National-
ismus u. Reaktion (v. Rud. Rocker) —
Zeitgeschichte — Es lebe die
Republik — Max Tobler

NR. 8

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 3

BERLIN

MAI 1929

Die
Gilde freierlicher Bücherfreunde

bringt in ihrem am 1. Mai 1929 beginnenden Gildenjahr folgende Bücher heraus:

Bruno Vogel

ALF der Roman einer Jugend.

Ein antimilitaristisch-antibürgerlicher Roman. Das Buch des bekannten Autors von „Es lebe der Krieg“ ist für den Leser ein packendes Erlebnis.

William Godwin

Galeb Williams

oder: **Die Dinge wie sie sind.**

Ein Buch gegen die Justiz. Die spannende Schilderung des großen englischen Vorläufers des modernen Sozialismus steht Jacob Wassermanns „Fall Mauritius“ würdig zur Seite.

Rudolf Rocker

Der Nationalismus

und seine Beziehungen zur Kultur.

Eine tiefeschürfende Untersuchung über Ursprung und Wesen des Nationalismus, ein Bekenntnis zum sozialistischen Internationalismus.

1 Mark beträgt der Gildenbeitrag pro Monat. Außer den je 350 Seiten starken Bänden liefert die G. f. B. ihren Mitgliedern die Monatszeitschrift

„Besinnung und Aufbruch“

Man fordere sofort Prospekte von der

Gildenleitung: Berlin O 34, Warschauer Straße 62

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 8

Mai 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchtingstr. 49. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Der revolutionäre Mensch Gustav Landauer

(Gestorben 2. Mai 1919.)

Die Zeit Gustav Landauers ist noch nicht da, kaum die Zeit, sein Gesamtbild als Denker und Umstürzer zu fassen, geschweige es der Mitwelt nahe zu bringen. Wir müssen uns, wollen wir an sein Geistiges herankommen, an die äußerlichen Kundgebungen der menschlichen und revolutionären Persönlichkeit halten, an die Eindrücke, die uns Freunden aus Umgang und Gesprächen haften geblieben sind, an die Briefe, die die Spuren seiner geistigen Schritte auf dem privaten Lebenswege bezeichnen, an die Reden, die wir ihn vor Arbeitern und vor freiheitlich bewegten Bürgern mit höchstem Kulturanspruch halten hörten, an die Kundgebungen zum Zeitgeschehen und zu den gedanklichen Problemen der Welt, an sein unmittelbares Eingreifen in die Dinge durch organisatorische Leistung und durch Teilnahme an öffentlicher Tat, an seine häusliche Lebensführung und an sein geschriebenes, geschehenes und geplantes Werk; endlich an den Ausklang seines Schicksals.

Ein einziger Blick über die lange Reihe seiner Bücher und Schriften, dazu ein Durchblättern der eben erschienenen Briefe („Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen“, unter Mitwirkung von Ina Britschgi-Schimmer, herausgegeben von Martin Buber. 2 Bände. 1929. Rütten & Loening, Verlag, Frankfurt a. M.) und eine Stunde Beschäftigung mit Kritiken, Auslassungen, Nachrufen, die ihm oder seiner Arbeit galten, gibt zwar keinen Anhalt, Art und Wesen des außerordentlichen Mannes endgültig zu bestimmen, aber die Sicherheit, daß hier ein gewaltiger Geist am Werke war, so reich in seiner Entfaltung, daß kein Gedanke an Zersplitterung

oder Allerweltsgelehrsamkeit aufkommt. Wenn denn eine Formel sein muß, die der Gesamterscheinung Gustav Landauers gerecht werden soll, so darf es nur eine sein, die selbst vielgestaltig begriffen werden kann und von keiner programmatischen Festlegung aus in Anspruch zu nehmen ist. Landauer war Anarchist; so hat er sich sein Leben hindurch selber bezeichnet. Dennoch wäre es unsagbar lächerlich, jede seiner Lebensäußerungen unter die Lupe irgend einer anarchistischen Spezialauffassung zu nehmen, ihn als Individualisten, als Kommunisten, als Kollektivist, als Terroristen oder Gewaltlosen zu preisen oder zu verdammen. Erstens hat Landauer in den 30 Jahren seines öffentlichen Bekenntnisses zum Anarchismus, wie jeder, der nicht dogmatisch verknöchert ist, Entwicklung und Wandlung erlebt, dann aber betrachtete er seinen Anarchismus auch niemals als eine politisch oder organisatorisch beschränkte Lehre, sondern als den Ausdruck geordneter Freiheit im Denken und Handeln. In geordneter Freiheit — „Anarchie ist Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit“ hieß seine eigene Definition — revolutionär sein und revolutionär wirken, das mag den Menschen Gustav Landauer in allen seinen Absichten, Beziehungen und Unternehmungen am ehesten charakterisieren. So bedeutet der Versuch, das Bild Landauers festzuhalten nichts anderes als das Bild des revolutionären Menschen unserer Zeit zu zeichnen. Der revolutionäre Mensch ist der, der seiner Zeit vorausstrebt, vorausdenkt, vorauslebt. Vor zehn Jahren endete das leibliche Leben Gustav Landauers in greulichem Mord; die Vergangenheit wehrte sich gegen die Zukunft und massakrierte ihren besten Herold. Dessen Zeit ist noch nicht gekommen. Wir sind weiter von ihr entfernt als vor zehn Jahren.

Es ist noch ganz und gar die Zeit der Verrottung der Gesellschaft im Ungeistigen, im Eintönigen, im Buchstabenkram, im Doktrinären, im Programmatischen und im Beziehungslosen. Landauer hat das Wesen dieser Zeit und das Mittel, ihren Wahnsinn zu bekämpfen in allen seinen Arbeiten, in allen seinen persönlichen Äußerungen aufgezeigt und man mag seine Bücher aufschlagen, wo man will, so findet man Anklage und Enthüllung in der Beurteilung des Bestehenden und glühende Werbung zu Erneuerung, Aufbau, Verwirklichung, Revolution und Sozialismus. „Anstatt daß zwischen uns Leben war, haben wir den Tod zwischen uns gesetzt; alles ist zum Ding und zum Sachgötzen geworden; Vertrauen und Gegenseitigkeit wurde zum Kapital; Gemeininteresse wurde zum Staat; unser Verhalten, unsere Beziehungen wurden zu den starren Verhältnissen, und in furchtbaren Krämpfen und Erschütterungen brach nach langen Zeiten hie und da eine Revolution aus, die gleich wieder Tod und Einrichtungen und Einmalig-Unabänderliches aus sich brach und daran starb, ehe sie lebte.“ So steht es in seinem 1911 erschie-

nenen „Aufruf zum Sozialismus“ (bei Paul Cassirer, Berlin); so, mit immer anderen Worten, in immer anderen Zusammenhängen, finden wir die Krankheit der Zeit geschildert, ob Landauer in „Skepsis und Mystik“ (im Marcan-Block-Verlag, Köln) der Sprache kritisch auf den Leib rückt, ob er in seinem großartigen zweibändigen Werk „Shakespeare“ (Rütten & Löning, 1920) die zünftigen Literaturhistoriker mattsetzt, oder ob er in der grundlegenden soziologischen Monographie „Die Revolution“ (Rütten & Löning, 1919) sagt: „Es ist dieser unserer Uebergangszeit eigen, daß sie mit nichts wirklich fertig wird, daß immer alles geistig Tote leiblich wieder aufersteht, und daß dieselben Kämpfe immer wieder geführt werden müssen.“

Rettung aus aller Wirrsal ist für den revolutionären Menschen, der geprüft hat, woher vergangene Schuld die Gegenwart veröden konnte, der Sozialismus. Was Landauer darunter verstand, ist im „Aufruf zum Sozialismus“ und in den Zeitschriften, die er herausgab und die den Namen trugen „Der Sozialist“ in Dutzenden von Erläuterungen nachzulesen. „Sozialismus ist Umkehr; Sozialismus ist Neubeginn; Sozialismus ist Wiederanschluß an die Natur, Wiedererfüllung mit Geist, Wiedergewinnung der Beziehung.“ Die Marxisten, am ärgsten diejenigen, welche heutzutage von Moskau aus das Weltproletariat zu stumpfem Gehorsam drillen, um aus den revolutionären Menschen, die der Sozialismus braucht, scheinradikale Marionetten an den Leitungsschnüren von Staatsregierern zu machen, lieben derartige Worte gar nicht, lästern sie als Gefühlsromantik, Phrasentum und Ueberspanntheit. In Wahrheit sind grade von den Marxisten alle sozialen Probleme zu reinen Bauchangelegenheiten herabgewürdigt und wo ihre Verstrickung in die Dinge der Menschengemeinschaft, in die geistige und seelische Beschaffenheit der Staatsbürger, der knechtenden wie der geknechteten, gezeigt wird, widersetzen sich ihre Fibelthesen, die sie für Wissenschaft halten, dem Appell an ihre Rechtlichkeit. „Die äußere Not schafft niemals Befreiung und Kultur; nur wenn über die Menschen die innere Not und Notwendigkeit kommt, rafften sie sich auf zur errettenden Tat.“ („Beginnen. Aufsätze über Sozialismus.“ Marcan-Block-Verlag 1924.) Wenn Landauer so spricht, verkennt er wahrhaftig nicht die wirtschaftliche Bedingtheit des gesellschaftlichen Uebels. Im „Aufruf“ sagt er darüber klareres als in irgend einer marxistischen Häufung von ökonomischen Kathederbegriffen zu finden ist: „Die drei Angelpunkte der wirtschaftlichen Sklaverei sind folgende: Erstens: das Eigentum am Boden“ — und nun folgt die Erklärung, die die Wirkung auf die Würde des Menschen durch Armut und Ausbeutung in den Vordergrund stellt. „Aus ihm — dem Eigentum am Boden — entspringt die bittende, abhängige Haltung des Besitzlosen, der leben

will, gegenüber dem, der ihm die Möglichkeit der Arbeit auf dem Boden und an den Bodenprodukten zum Zweck des direkten oder indirekten Verbrauches vorenthält. Aus dem Bodeneigentum und seinem Korrelat, der Bodenlosigkeit entsteht die Sklaverei, die Hörigkeit, der Tribut, die Pacht, der Zins, das Proletariat.“ Nirgends ist in wenigen Worten so umfassendes von der Bedeutung des Eigentums am Grund und Boden zu lesen. „Zweitens: die Zirkulation der Güter in der Tauschwirtschaft vermittelt eines Tauschmittels, das unverjährbar und unveränderlich jedem Bedürfnis dient.“ Wieder wird in der knappsten Form das Geld als Angelpunkt der Sklaverei festgestellt, nämlich in seiner Eigenschaft, „absoluten Wert zu haben und auch dem zum Schaden anderer dienen zu können, der es nicht durch Arbeit erworben hat.“ Hier bezieht sich Landauer nachdrücklich auf die an Proudhon anschließende Geldtheorie Silvio Gesells, und die kapitalistischen und marxistischen Geldzünftler fertigt er ab: „Das Geld hat dadurch seine verhängnisvolle Ausnahmestellung, daß es nur in den Tausch, aber gar nicht in Wahrheit in den Verbrauch eingeht. Aus den entgegenstehenden Behauptungen der Geldtheoretiker spricht das böse Gewissen . . . Die Idee, das Geld werde dadurch harmlos gemacht, daß es ein bloßer Arbeitszettel werde, also keine Ware mehr sei, ist ganz falsch und konnte nur für eine Staatssklaverei Sinn haben, wo an die Stelle des freien Verkehrs die Abhängigkeit von der Behörde trete, die bestimmte, wie viel jeder zu arbeiten und zu verbrauchen hat.“ Endlich: „Der dritte Angelpunkt der wirtschaftlichen Sklaverei ist der Mehrwert.“ An diese Uebernahme eines Begriffs aus der marxistischen ökonomischen Terminologie schließt Landauer sogleich die Verwahrung, daß er etwa im Wertbegriff mit den üblichen Definitionen übereinstimme. „Wert enthält in seinem Sinne eine Forderung“ nämlich „die ideale oder sozialistische Forderung, . . . daß die Gesamtsumme sämtlicher wirklicher Arbeitslöhne gleich der Gesamtsumme der Preise für die endgültigen Stadien der Waren sein soll.“ Das wäre also Beseitigung des Profits, mit der das Lohnsystem selbst verschwinden müßte nebst jedem sich verzinsenden Kapital, das „anstelle des Kredits oder der Gegenseitigkeit sich eingenistet hat.“ Aus diesem, hier nur angedeuteten Gedankengang folgert Landauer weiter im scharfen Gegensatz zu Marx: „Mehrwert ist genau so wie Lohn oder Preis ein Verhältnis und entsteht im ganzen Fluß des Wirtschaftsprozesses, nicht an einer bestimmten Stelle. . . . Wahrheit ist lediglich (und in dieser ‚Grunderkenntnis des Sozialismus‘, in der auch Marx übereinstimmt, gesteht Landauer das Recht auch den Marxisten zu, sich ‚im weitesten Sinne Sozialisten‘ zu nennen), daß all und jeglicher Profit der Arbeit entzogen wird, anders ausgedrückt, daß es keine Produktivität des Eigentums

und keine Produktivität des Kapitals gibt, sondern nur eine Produktivität der Arbeit.“

Es genügt, dieses ein Beispiel zu geben, um den Tröpfen zu begegnen, die dem Fühlenden, dem Leidenschaftlichen, dem Geistergebenen kein nüchternes Wissen, kein Urteilen aus dem Tatsächlichen zutrauen und die Ergänzung von Hirn und Herz für Schwäche ausgeben, weil sie die eigene aufgeblähte Hohlheit für Kraft halten. Freilich ist bei Landauer kritische Erkenntnis nirgends Ziel des Denkens, sondern überall Mittel zum Handeln, zum Verwirklichen, zur Tat. Die Worte „Beginnen“, „Verwirklichung“, „Tun“ gehen dem Revolutionär Landauer weit über alle Wissenschaftshuberei, mit der die Marxisten allem Zukunftstrachten so unendlichen Schaden zugefügt haben und stündlich zufügen. Man sollte Landauers Werke genau kennen, dann brauchte nicht erst gesagt zu werden, daß seinem eigenen Geiste eine ganz gewaltige aufs gründlichste verarbeitete wissenschaftliche Bildung der verschiedensten Disziplinen zu Gebote stand. Nur war ihm die Wissenschaft so wenig heilig wie etwas anderes, was außerhalb der seelischen Sphäre lebt, und jede zur Doktrin erstarrte Wissenschaft betrachtete er als Theologie, deren Anmaßung so gut Gegenstand umstürzender Revolution sein mußte wie die Staats- und Kirchenautorität. Am widerwärtigsten war ihm die Wissenschaftsgaukelei der Entwicklungstheoretiker, „gleichviel ob sie der Theorie der Katastrophen- und Umschlageentwicklung anhängen . . . oder ob sie einen gleichmäßig weiter gehenden Fortschritt aus der langsam-allmählichen Häufung von Kleinigkeiten statuieren wollen“ . . . „Die Marxisten und überdies alle Entwicklungsethiker, Entwicklungspolitiker . . . und alle Vertreter der Entwicklungswissenschaft sollten, wenn es sie gar nicht läßt, sich wissenschaftlich zu betätigen, einmal wissenschaftlich untersuchen, was diese prachtvollen, als Gruppe zusammengehörigen Worte für eine wirkliche Bedeutung haben, was von der Wahrheit der Natur und des Geistes in ihnen zum Ausdruck kommt, diese Worte: ich weiß, ich kann, ich darf, ich will, es muß und ich soll. Sie würden zugleich wissenschaftlich bescheidener, menschlich genießbarer und männlich unternehmender werden.“ („Aufruf zum Sozialismus.“)

Von solcherlei Gedanken, allein von ihnen aus, muß Landauers Auffassung, Meinung, Stellung und innere Haltung zur Revolution erkannt werden. Seine Schrift „Die Revolution“ beweist zwar, in wie meisterhafter Weise er fähig war ganz abstrakt an das Problem der Revolution heranzugehen, aber sie zeigt auch, wie sehr ihn Abstraktion, Wissenschaftlichkeit, kritische Feststellung, worin ihn an Gewissenhaftigkeit und logischer Kraft niemand übertrifft, nur immer Mittel war, um zum Wirken und Schaffen zu rufen und schaffende Wirksamkeit vorzubereiten. Dasselbe gilt für Landauers Be-

ziehung zur Geschichte: „Da die Geschichte keine Theoreme des Geistes schafft, ist sie keine Wissenschaft; sie schafft aber etwas anderes, nämlich Mächte der Praxis.“ Sein einziges geschichtliches Werk, das er nicht geschrieben, sondern aus gesammelten Dokumenten gefügt hat, hätte er überschreiben dürfen: Mächte der Praxis. Es sind die zwei Bände „Briefe aus der französischen Revolution“ (Rütten & Löning, 1919), die vielleicht das lebendigste Zeugnis jener herrlichen Erhebung vorstellen, das die Literatur überhaupt besitzt. Denn hier sprechen Menschen der Zeit zu anderen Menschen der Zeit, hier ist keine Geschichtsbeschreibung, die immer Geschichtsfälschung ist, weil sie entweder parteiisch färbt oder mit professoraler Trockenheit entfärbt, — hier ist Geschichte selbst, und Revolutionsführer aller Richtungen, Männer und Frauen, äußern sich in noch durchbluteter Erregung, und daneben die Vertreter der Gegenrevolution, unbeteiligte Zeitgenossen voll Sympathie teils, teils voll Abscheu, Bauern und unbekannte Soldaten, die Mörderin des großen Revolutionärs Marat, der König und der ausländische Diplomat, und die Form, in der sich jeder ausläßt, ist der intime Brief, ist die unposierte Offenbarung, die nicht mit dem Einblick fremder Augen rechnet. Uebrigens gehört die Einleitung zu den Briefen zum Besten, was Gustav Landauer überhaupt geschrieben hat, da sie in aller sachlichen Knappheit und Beschränkung auf den Gegenstand Wesentliches über das sagt, worauf es bei Geschichtschreibung und bei Revolutionen ankommt: „Was mich an dieser Sammlung von Briefen also wichtig dünkt, ist, daß wir in ihnen den Revolutionären der verschiedenen Richtungen, den gegenseitigen Feinden ins Herz sehen. Diese Briefe sollen in ihrem Ensemble die Wirkung des Dramas tun: wir sollen das Recht aller und das Unrecht aller gewahren.“

Indem wir es gewahren, schärft sich unser Blick für das Verstehen von Revolutionen allgemein, für ihre Notwendigkeit, ihre Inbrunst, ihre Anlässe, ihren Verlauf, ihre Mittel, ihre Gegenwirkungen, ihre Fehler, ihre Kraft, ihre Schwächen, ihre Siege und ihr Unterliegen. Niemand hat den Sinn von Revolutionen besser verstanden, klarer erfaßt und zureichender ausgedrückt als Landauer. „Die Revolution bezieht sich auf das gesamte Mitleben der Menschen. Also nicht bloß auf den Staat, die Ständeordnung, die Religionsinstitutionen, das Wirtschaftsleben, die geistigen Strömungen und Gebilde, die Kunst, die Bildung und Ausbildung, sondern auf ein Gemenge aus all diesen Erscheinungsformen des Mitlebens zusammengenommen . . .“ Niemand hat auch sauberer unterschieden zwischen den verschiedenen Wesensarten der Revolution. „Es wird die Zeit kommen“, heißt es mit Berufung auf Proudhon, „wo man klarer sieht als heute . . . : daß die soziale Revolution mit der poli-

tischen gar keine Aehnlichkeit hat, daß sie allerdings ohne vielerlei politische Revolution nicht lebendig werden und bleiben kann, daß sie aber ein friedlicher Aufbau, ein Organisieren aus neuem Geiste und zu neuem Geist und nichts weiter ist.“ „Politische Revolutionen werden den Boden frei machen, im wörtlichen und in jedem Betracht; aber zugleich werden die Institutionen bereitet sein, in denen der Bund der wirtschaftenden Gesellschaften leben kann, der dazu bestimmt ist, den Geist auszulösen, der hinter dem Staate gefangen sitzt.“ („Die Revolution.“)

Es gibt Anarchisten, die von politischer Revolution nicht nur, die insgesamt von politischer Betätigung nichts hören mögen. Schon Bakunin hat sich gegen die Unterstellung des Marxklüngels gewehrt, daß Ablehnung der Beteiligung an staatlichen Einrichtungsverschönerungen Ablehnung von Politik überhaupt bedeute. Landauers letzte Monate wären ja eine Verleugnung aller seiner Grundsätze gewesen, hätte er je eine ähnliche Meinung von den Pflichtgrenzen des Anarchisten gehabt, wie sie die Marxisten den Anarchisten unterstellen und wovon sie manche Anarchisten selber schon überzeugt haben. Man nehme sich das letzte Buch vor, das Gustav Landauer selbst noch fertigstellen und herausbringen konnte und dem er den Titel „Rechenschaft“ gab (Paul Cassirer Verlag, Berlin 1919. Mein Exemplar erhielt ich in der Nacht der Ausrufung der bayerischen Räterepublik; es trägt die handschriftliche Widmung vom 6/7. April 1919). Da ist zu lesen, wie eng sich dieser revolutionäre Mensch dem politischen Geschehen seiner Zeit verbunden fühlte, da tut er nicht etwa, was man so schön „Stellung nehmen“ nennt, sondern da sucht er einzugreifen, zu kritisieren, aufzurufen von der Stellung aus, die sein Tun und Denken bestimmte. Dies nämlich unterscheidet den Politiker, der seine Idee hat und wirklichen will, von einem „Realpolitiker“: „Und ein Realpolitiker wäre etwa, wer die Idee erst dann in seinen Kopf aufnimmt, wenn sie sich draußen in den Bedingungen ihre Wirklichkeit geschaffen hat“ — so definiert Landauer den Typus, übrigens mit Bezug auf einen seiner stärksten Repräsentanten, auf Bismarck („Der werdende Mensch.“ Aufsätze über Leben und Schrifttum. Gustav Kiepenheuer Verlag. Potsdam 1921). Gustav Landauer war himmelweit von einem Realpolitiker solcher Prägung entfernt; in ihm saß die Idee, der er lebte, mit mächtiger Härte fest: die Idee der Freiheit und des Sozialismus, die Idee der Vergeistigung und der Verwirklichung. Ihr diente er, indem er sich mit den Gegebenheiten der Zeit befaßte, an sie anschloß, in sie eingriff. Wer den revolutionären Menschen so erkannt hat, wird die unbefangene Politik, die Landauer während des Krieges um der Idee willen trieb, seinen Brief an Wilson („Rechenschaft“) und anderes, was zuerst befremdend scheint, wird

vor allem seine Haltung in der Revolutionszeit verstehen, dies Zuzugreifen, wo sich ein Anhalt bot, dies Fördern der Eisnerschen Politik, wo immer sie Möglichkeiten zu aufbauender Arbeit zeigte. Hier ist Kritik im Einzelnen berechtigt und geboten, nicht aber Zweifel erlaubt, der Landauers revolutionäre Grundstellung zu erschüttern versuchte.

Am wenigsten darf zugelassen werden, daß die Gestalt Gustav Landauers an irgend einer besonderen „Linie“ anarchistischer Maßschneider gemessen wird. Fingen wir an, Landauerzitate auszu ziehen, um ihn zum Kronzeugen für diese oder jene Steckpferdmeinung zu machen, so wäre es bald so weit mit ihm, wie es die Parteimenschen mit Marx und Lenin gebracht haben. Landauer war niemals für die Gewalt; er war niemals gegen sie. „Davon daß jeder Anarchist gegen jede gelegentliche Gewaltausübung sein müsse, ist gar keine Rede . . . Ich gestehe . . . , daß ich Fälle weiß, wo ich Gewalt üben und die Anwendung von Gewalt empfehlen werde. Ich fürchte aber darum nicht im entferntesten, je auch nur der Schatten einer Regierungsstütze zu werden. Regierung ohne Gewalt ist undenkbar; aber darum hat gelegentliche Gewalt im Fall der Not noch nicht Regierung zur Folge.“ („Beginnen.“) Selbstverständlich könnte ich auch Zitate anführen, mit denen die Gewaltlosen Landauer-Geschäfte machen können. Sie entkräften aber nicht, was hier gesagt ist, beweisen nur, daß der revolutionäre Mensch sein revolutionäres Verhalten nicht auf Formeln zwingt. Selbst diejenigen haben nicht recht, die Landauer zum „Proudhonisten“ stempeln wollen. Er bewunderte Proudhon als den größten Sozialisten, als den einsichtigsten Revolutionär, mit dem Wirklichkeitssinn, der den Geist nie in der Doktrin vertrocknen läßt. Aber „Du schreibst nun freilich, Du kennst mich und meine Sache. Ich glaub' es aber nicht. Sonst würdest Du nicht ein langes und breites über Proudhon schreiben, der mich gar nichts angeht. Du stutzezt, aber versteh' mich recht: mit der Herkunft meiner Anschauungen und Tendenzen hat Proudhon nichts zu tun. Ich habe ihn, als ich fertig war, kennen gelernt und habe mich freilich gefreut, daß da so ein total anderer zu so ähnlichen Resultaten gekommen war.“ (Aus den Briefen. Von diesem eben erschienenen Werk wird hier noch manchmal und hoffentlich ausführlich die Rede sein.) Ob Landauer Individualist war? Ja. Ob er Kommunist war? Ja. Ob er Kollektivist war? Ja. Ich will euch Zitate bringen, soviel ihr wollt, für jede dieser Behauptungen, gegen jede dieser Behauptungen, und doch keins, das nicht mit allen im Einklang wäre. „Gerade die Individualisten können kommunistisch wirtschaften und nur Individualisten können es.“ („Beginnen.“) So äußert sich der revolutionäre Mensch, der Sozialist ist, der darunter Geist und Tat, Ordnung und Freiheit versteht,

der wirken will und dem der Schall programmatischer Worte nicht wert ist, den Kopf zu wenden.

Soll ich auch noch von dem Menschen Landauer sprechen? Von seiner Art sich zu bewegen, von seiner persönlichen Beziehung zu den Mitmenschen? Lest seine Briefe! Lest sie! In demselben Brief, der die Worte über Proudhon enthält, steht auch dieser Satz: „Ich arbeite aus meiner Einsamkeit heraus an meinen Sachen . . . Meinen Sachen will ich helfen, nicht den oder jenen Menschen, gleichviel ob es Millionen von Menschen wären.“ Gustav Landauers Sachen aber waren die Sachen des revolutionären Menschen, die Sachen der Menschheit also, die etwas anderes ist als die oder jene Menschen und ob es Millionen wären. Es waren die Sachen, die er sonst öfter den Geist nannte, den Geist des Sozialismus und der Verwirklichung, — es war sein Geist und einer der edelsten, stärksten und tapfersten Geister, die je dem Kampfe der Zukunft gegen Vergangenheit und Verwesung Leben gaben. Vergangenheit aber und Verwesung erhoben sich vor jetzt zehn Jahren wider den Geist der Zukunft, indem sie mit Gewehrkolben und Patronen, mit Reitpeitschen und Stiefelabsätzen das Gefäß dieses Geistes, den revolutionären Menschen körperlich zertrümmerten. Ob sie Gustav Landauers Geist getötet haben, das werden die Lebenden zu entscheiden haben.

Rede Gustav Landauers über die Sicherung der Revolution

Nach der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar waren in München eine Reihe von Geiseln aus den Kreisen festgesetzt worden, die wir mit Grund glaubten der gegenrevolutionären Bewegung zu rechnen zu können. Die Leute wurden in einem der ersten Münchener Hotels untergebracht, genossen großes Entgegenkommen und wurden mit äußerster Rücksicht behandelt. Trotzdem stellten die Sozialdemokraten im Rätekongreß schon am 6. März den Antrag, die verhafteten Geiseln bedingungslos freizulassen. Dieser „Dringlichkeitsantrag Dr. Süßheim“ wurde auch gegen unseren heftigen Widerspruch angenommen. Hier folgt, unter Auslassung völlig bedeutungsloser Zwischenbemerkungen Landauers Rede gegen den Antrag.

. . . Erstens: Die Festnahme von Geiseln in kritischen Lagen der Gesellschaft ist schon immer vorgekommen. Zweitens wäre es doch lächerlich zu sagen, daß wir in einer geordneten Gesellschaft leben. Wer hindert uns daran? Wir sind noch sehr unter der Gefahr der Gegenrevolution. Ich fürchte sie nicht, aber ich wehre mich dagegen. Ich bin dafür, daß man sich dagegen wehrt, solange die Gefahr besteht, solange es nötig ist. . . Man konnte vorschlagen, der Zentralrat solle über die Festnahme der Geiseln,

über die Personen, die in Betracht kommen, und über den ganzen Stand der Sache Bericht erstatten. . . Uns muß der Zentralrat zunächst einmal sagen, ob nicht Gefahr in Verzug ist, wenn wir die Geiseln jetzt entlassen. (Sehr richtig!) Ich weiß davon nichts, ich will darüber Bericht erstattet haben. Soviel weiß ich aber, daß das Wort, das der frühere Kriegsminister Hellingrath zu einem gesagt hat, der in Schutzhaft genommen wurde: „Jetzt geht es hart gegen hart“, höchstwahrscheinlich in dem Kampfe gegen die Gegenrevolution auch für uns noch gelten muß. Eisners Mord ist nicht gesühnt. Wir wissen aber, daß Herr Graf Arco aller Wahrscheinlichkeit nach Bundesgenossen in den Kreisen der Aristokratie, des Studententums und Offiziertums gehabt hat, daß es sich um ein Komplott, eine Verschwörung handelte. Wir wissen noch nicht einmal, ob es zu einer richtigen Vernehmung dieses jungen Mannes gekommen ist, wir wissen über seine Aussagen gar nichts in diesem Moment. Ohne etwas zu wissen, an unser Mitleid zu appellieren: „Laßt die Geiseln frei“, halte ich nicht für richtig. Wir müssen erst wissen, wie wir dran sind, und dann können wir es uns reiflich überlegen. Soviel muß man mit dem proletarischen Empfinden mit zu empfinden vermögen, um sein Mitleid nicht an diese Kreise Krefß von Kressenstein usw. zu verschwenden. Wenn irgendeinmal der Zeitpunkt käme, der kann wohl kommen, daß durch die Verhältnisse arme Bourgeois, die bisher reiche Bürger waren, genötigt wären, die Straße zu kehren, Kanäle zu räumen, ich sage durch die Verhältnisse genötigt, dann wäre es wohl möglich, daß jemand, der gar nicht mehr imstande ist, mit Proletariern mitzuempfinden, zunächst sein Mitleid dahin ergießt. Ich würde sagen, ich habe schon immer Mitleid gehabt mit den Proletariern, die dazu genötigt waren, Jahre und Jahrzehnte hindurch, und ich habe Mitleid mit den Opfern der Gesellschaft, seien sie Diebe, Betrüger, Gauner irgendwelcher Art, mit den Opfern unserer sozialen Zustände, die in Gefängnissen schmachten, die Gewohnheitsverbrecher wurden, und wenn ich dann noch ein Tröpfchen Mitleid übrig behalte, was ich jetzt noch nicht weiß, kann ich auch Mitleid haben mit Krefß von Kressenstein, Buttman und dem Verlagsbuchhändler Lehmann, die jetzt als Geiseln genommen wurden. Vorläufig habe ich zu diesem Mitleid noch nicht Platz in meinem sonst ziemlich geräumigen Herzen, weil mir das Herz bricht vor Mitleid über das Elend der Proletarier, über das Elend der Erwerbslosen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Solange wir nicht wissen, daß wir nicht mehr bedroht sind, solange wir noch immer Kampf zu führen haben gegen eine unbekannte und unbekannte Sippe von Aristokraten, Bourgeois und Verschwörern, können wir dem Zentralrat nicht in den Arm fallen, sondern müssen ihm sagen: Wenn du etwas zu sagen hast über den Stand der Untersuchung, so sage es uns! Aber wir dürfen nicht einfach aus Entrüstung, weil es nicht bourgeoismäßig zugeht, weil es nicht üblich ist, sagen, das wird nicht mehr geduldet, jetzt kommt der Landtag, der geordnete Zustand. Wir können jetzt in

keinem geordneten Zustande sein, wir sind von Mord, Totschlag, Heimtücke durchaus bedroht. Solange die Leute im „Bayerischen Hof“ waren — jetzt sollen sie nach Stadelheim gekommen sein, ich weiß es nicht sicher —, haben sie es wahrhaftig nicht schlecht gehabt. Man hat sogar behauptet, der Hotelier, der Besitzer des „Bayerischen Hof“, hätte den Soldaten, die ihm diese Gäste ins Haus brachten, Provision versprochen, wenn sie nur recht viel bringen. (Heiterkeit.) Dies Geschichtchen ist jedenfalls ein Beweis, daß die Leute dort ein sehr reichliches und keineswegs frugales Leben führten. Wenn die jetzt einmal an Stelle von soundsovielen unschuldigen Proletariern Stadelheim kennen lernen, das Eisner, Unterleitner und seine Genossen Monate und Monate hindurch kennen lernten, auch als Unschuldige, so sage ich wahrhaftig nicht: Das ist Rache. Mir ist Rache-trieb fern, sondern ich sage, es kann so sein, daß der freie Volksstaat Bayern jetzt noch in der Notlage ist, bestimmte Personen zu behalten, weil die eigentlichen Verschworenen uns noch unbekannt sind, sich im Hintergrunde halten. Soll doch einer von diesen Aristokraten kommen und sagen: Ich stelle mich als einer, der sich gegen den Bestand des freien Volksstaates Bayern verschworen hat, gebt dafür den, der mit der Sache nichts zu tun hat, frei! (Rufe: Sehr richtig!) Bisher ist noch keiner gekommen, bisher hat sich noch kein einziger gemeldet von den vielen Hunderten, die in Garmisch-Partenkirchen, die allüberall an den schönsten Seen, in den schönsten Gegenden Bayerns sich verschworen, die da ihre Komplotte geschmiedet haben. Wir werden noch dahinter kommen und die Rechten fassen, dann werden die, die unschuldig leiden, ohne Zweifel freigelassen werden. Jetzt, wo wir noch in der Krise, im Uebergange sind, wo noch gar nichts entschieden ist, einfach zu sagen, ohne daß wir irgendetwas wissen: Zunächst müssen einmal die Geiseln frei werden, sowie zunächst einmal die Pressefreiheit wieder hergestellt werden muß, Pressefreiheit im alten bürgerlichen Sinne, ist unerhört. (Zurufe.) Wortüber ich mich erregt, ist, daß ich weiß, daß es sich bei diesem Antrage „Süßheim“ um eine Abmachung mit dem bürgerlichen Landtage in Bamberg handelt. (Hört, hört und Zurufe.) Ich weiß, daß in Bamberg von den bürgerlichen Parteien gefordert wurde, erstens, die Geiseln müssen wieder frei werden, zweitens das alte kapitalistische Pressemonopol — so hat man sich natürlich nicht ausgedrückt, man hat natürlich gesagt: Pressefreiheit — muß wieder hergestellt werden. (Hört, hört!)

Das ist der erste Antrag „Süßheim“, der hier als Vertreter des bürgerlichen Bamberger Parlamentes auftritt. (Beifall und Händeklatschen.) (Widerspruch des Dr. Süßheim.) (Zurufe.) . . . Vorhin war ich gereizt, obwohl ich persönlich nicht angegriffen war. Ich lasse mich durch die Sache reizen. Ich erkläre, mein Eindruck ist der, daß das der erste dieser Anträge ist. Hintennach kommt dann die Wiederherstellung der bürgerlichen Pressefreiheit; denn diese ist auch den bürgerlichen Parteien versprochen worden, noch ehe man die Unabhängigen zur Verhandlung ge-

rufen hat. (Rufe: Hört, hört!) Man hat vorher mit den Bürgerlichen verhandelt, so war die Sache, und in diesen Zusammenhang hinein gehört der Antrag, jetzt gleich vor allen Dingen wieder einmal für ein geordnetes Staatswesen zu sorgen und die Geiseln freizulassen. Für ein geordnetes Staatswesen sollen die sorgen, die uns Unordnung in unseren freien Volksstaat, in die Entwicklung unserer Republik hineintragen.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der 1. Mai

Aus dem noch ungedruckten Gefängnistagebuche Gustav Landauers.

Der folgende kurze Abschnitt wurde dem FANAL zur ersten Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Er ist dem Material des vorbereiteten Bandes der Briefe und Tagebücher aus Landauers Jugendzeit entnommen. Die hier abgedruckte Tagebucheintragung nimmt Bezug auf eine Demonstration im Hydepark, die am 26. Juli 1896 im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongreß in London stattfand. Landauer hatte mit seiner ersten Frau, der Berliner Arbeiterin Grete Leuschner, daran teilgenommen. Es war der Kongreß, auf dem die II. Internationale das tat, was 24 Jahre zuvor die I. Internationale (Haag 1872) und 24 Jahre nachher die III. Internationale (Moskau 1920) auch tat: Den Ausschluß der Anarchisten und Antiparlamentarier vollzog.

Ueber den Verlauf der Hydepark-Demonstration berichtete Landauer im „Sozialist“ („Der Londoner Kongreß. Zur Beleuchtung der Vorgänge auf demselben.“ Separat-Abdruck aus dem „Sozialist“. Berlin 1896. Verlag von Gustav Friedrich) folgendes: „So fand die Demonstration statt, die, wie schon manche derartige Demonstrationen, meist aus Bannern bestand, d. h. hinter den Bannern folgten oft verzweifelt wenig Leute. Die Anarchisten, denen man die Teilnahme verweigert hatte, angeblich weil sie sich zu spät meldeten . . . zogen dem Zug voran und brachten so ihr diesmaliges Abzeichen, das rote Riesenplakat . . . auf einen Rahmen geklebt und auf einer Stange getragen, glücklich in den Park: denn einen Wagen als Tribüne zu benutzen, wie die übrigen, hatte ihnen die Parkverwaltung verweigert. Ihre Versammlung begann bald beim Reformers Tree und dauerte, trotz des strömenden Regens, noch lange, nachdem von der offiziellen Demonstration nur noch die 12 Wagen allein übrig waren; denn es regnete wirklich gußartig und die Zuhörer der offiziellen Plattformen waren manchmal nur 40 oder 50, bis auch diese sich verzogen. Unsere Versammlung aber dauerte weiter. Reden und Singen abwechselnd, bis auch wir, total durchnäßt, als letzte den Park verließen, wie wir als erste gekommen waren.“

Diese verunglückte Hydepark-Demonstration war zugleich die dem Kongreß zuliebe von den Sozialdemokraten um 12 Wochen verschobene Malkundegebung der II. Internationale. Die Tagebucheintragung daran am 1. Mai des nächsten Jahres im Berliner Gefängnis lag also nahe.

Der erste Mai im Gefängnis! Heute Morgen beim Aufstehen betrachtete ich mit Wehmut meine rote Unterhose und dachte an

die roten Fahnen, mit denen wir im vorigen Jahre zum Hyde-Park zogen. Dann machte ich mich und meine Zelle mit besonderer Feierlichkeit sauber; räumte darauf den Tisch ab, entfernte alle Bücher und Manuskripte und legte einige saubere Stücke Papier darauf: das bedeutete die Arbeitsruhe. Dann legte ich auf den Platz, an dem ich zu lesen pflege, den ersten Band Marx und schlug das Kapitel von der Akkumulation auf. Das war die Festrede. Dann sang ich die Marseillaise in allen Texten, die mir einfielen, ferner „Bet' und arbeit“, „Das Volk steht auf“, „Es wirbelt dumpf das Aufgebot“ und ähnliche Lieder. Dazu Deklamationen von Freiligrath und Mackay. Das war das Festkonzert. Dann gedachte ich, während ich mehrere Kilometer in enger Zelle hin- und herging, meiner Lieben und ging mit Dir, lieber Schatz, auf Urachs Höhen spazieren: das war der Nachmittagsausflug. Und jetzt ist es Abend, und ich schreibe dies, für meinen Schatz und für mich. Das war mein erster Mai 1897.

Wenn ich aber aus dem Fenster sah, sah ich zwei hohe Fabrik-schornsteine, die höhnisch ihre Rauchwolken aufsteigen ließen. Und da dachte ich in tiefem Schmerz, wenn die deutschen Arbeiter so ihren ersten Mai feiern, diese schönste, begeisterndste Erscheinung in der ganzen neueren Zeit, dann sind sie es nicht wert, daß man um ihretwillen diesen Tag im Gefängnis zubringt. — —

Der Nationalismus und die moderne Reaktion

I.

Wer da glaubte, daß nach dem Weltkriege ein Abflauen der nationalistischen Tendenzen in Europa eintreten werde, ist nicht auf seine Rechnung gekommen. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Der Nationalismus ist stärker geworden denn je zuvor und bildet heute die ideologische Drapierung der modernen Reaktion in der Form des Faschismus. Der moderne Faschismus ist keine Bewegung, die einer einheitlichen Ideengemeinschaft entsprungen ist; er trägt nicht nur in jedem Lande einen besonderen Charakter, er schillert auch innerhalb derselben Landesgrenzen in den verschiedensten Farben vom Republikanismus bis zum extremsten Monarchismus. Gemeinschaftlich sind ihm nur seine militärisch-putschistische Methoden und, bis zu einem gewissen Grade, die rassen-nationalistische Einstellung seiner Anhänger. Und täuschen wir uns nicht, diese Bewegung, welche in den verschiedensten Ländern mehr und mehr um sich greift, ist nicht bloß eine Bewegung der privilegierten Klassen, obwohl es unverkennbar ist, daß sie zum großen Teil von diesen gestützt und gefördert

wird und letzten Endes nur deren Interessen wahrnimmt. Allein es ist unverkennbar, daß der Faschismus auch in den breiten Schichten der arbeitenden Klassen ein bestimmtes Echo gefunden hat, wozu nicht zum wenigsten der Bankrott der sozialistischen Parteien während des Krieges beigetragen hat. Es wäre töricht, die Bedeutung dieses Einflusses zu übertreiben; gefährlich aber wäre es, ihn zu unterschätzen oder ihn gar im ganzen zu ignorieren.

Gerade in einer Zeit wie die heutige, wo durch die Auswirkungen des Krieges und die unverkennbare Verelendung der Massen eine Erschlaffung der sozialen Gefühle eingetreten ist, in einer Zeit, wo alle festen Begriffe erschüttert wurden und Altes und Neues bunt durcheinander wirbeln, ist die Gefahr einer solchen Bewegung noch bedeutend größer und in ihren Folgen weit verhängnisvoller als in normalen Zeiten. Es ist daher von allem notwendig, den nationalistischen Bestrebungen gegenüber eine feste Stellung einzunehmen und sich nicht fortgesetzt in Extremen zu bewegen, die in billigen politischen Schlagworten ihren Ausdruck finden, wie das bisher leider allzu oft der Fall war.

Es gab eine Zeit, wo die meisten Richtungen des autoritären Sozialismus von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen — den Begriff der Internationalität als ein vollständiges Aufgehen der verschiedenen Volksstämme und Völkerschaften in der abstrakten Vorstellung der Menschheit auffaßten. Man sah in der bunten Verschiedenheit des Völkerlebens und der Sprachen nur künstlich geschaffene Hindernisse gegen die Verbrüderungsbestrebungen der darbdenden Menschheit und träumte von einer baldigen Abschaffung, all dieser Unterschiede, von der Einführung einer allgemeinen Weltsprache, die alle existierenden Sprachen ausschalten sollte und ähnlichen Dingen. Besonders war es Wilhelm Weitling, der diesen Gedanken nachging, und der in den letzten Jahren seines Lebens bekanntlich mit der Abfassung einer Weltsprache beschäftigt war.

Diese naiven Auffassungen, deren Vertreter keine blasse Ahnung von der Tiefe des Problems hatten, sind auch heute noch nicht gänzlich ausgestorben, mußten aber im allgemeinen anderen Anschauungen das Feld räumen. Die moderne Sozialdemokratie hat selbstverständlich mit den Ideen ihrer Vorgänger aus der Zeit des sogenannten „Handwerksburschen-Kommunismus“ nichts mehr gemein. Sie hat auch schon lange die Stellung aufgegeben, die sie Jahrzehnte lang vertreten hatte, und der Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ Ausdruck gegeben, als sie erklärten, daß der moderne Proletarier überhaupt kein Vaterland besitze und daß man ihm daher auch nicht nehmen könne, was er nicht habe.

Der Gedanke, daß nicht die angeblichen nationalen und politischen Aenderungen, sondern die Klassenunterschiede und wirtschaftlichen Gegensätze für die Arbeiterklasse das Entscheidende seien, findet heute in der Sozialdemokratie nur noch wenige Anhänger, obzwar man noch immer mit den alten Begriffen jongliert. Die große Mehrheit ihrer geistigen

Träger hat schon lange ihr nationales Herz entdeckt und betrachtet die Verteidigung des Vaterlandes als eine patriotische und sozialistische Pflicht. Wie ernst es diesen Leuten mit dieser „Pflicht“ ist, hat uns die verhängnisvolle Kriegspolitik fast sämtlicher sozialistischer Parteien in der schweren Zeit von 1914—1918 mit klassischer Deutlichkeit vor Augen geführt. Und daß die blutigen Erfahrungen dieser blutigen vier Jahre auf die Führer der deutschen Sozialdemokratie keinen nennenswerten Eindruck gemacht haben, das bewies bald darauf ihre Stellung im sogenannten Ruhrkonflikt. Sie hatten nichts gelernt und nichts vergessen und haben die elementarsten Interessen der deutschen Arbeiterschaft abermals den Interessen des Großkapitals und der Schwerindustrie untergeordnet, und zwar im Namen der sogenannten „nationalen Interessen“, die in Wirklichkeit die Interessen von Stinnes & Co. gewesen sind.

Und nicht bloß die Sozialdemokratie, auch ihr Schmerzenskind, die kommunistische Partei, ließ sich von der nationalistischen Metaphysik vollständig ins Schlepptau nehmen und suchte die Sozialdemokraten sogar noch zu überbieten in patriotischen Allüren und nationalistischem Phrasengebimmel. Sprach doch die kommunistische Presse jener Tage bereits von dem Vormarsch der Roten Armee und von der Entscheidung am Rhein, so daß deutschen National-Bolschewisten wie Dr. Paul Eitzbacher etc. das Herz im Leibe lachen mußte.

Und doch bildete gerade der Ruhrkonflikt in seinen verschiedenen Phasen die denkbar prächtigste Illustration für die kapitalistische Interessenpolitik als Untergrund der nationalistischen Ideologie, sowohl diesseits wie jenseits des Rheins.

Die Besetzung des Ruhrgebiets war nur eine logische Folge derselben verbrecherischen Machtpolitik des Kapitalismus, welche letzten Endes zur Entfesselung des Weltkrieges führte und die Völker vier Jahre lang zur Schlachtbank schleifte. In diesem Konflikt spielten die Interessengegensätze zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie, welche die militärische Gewalt zugunsten Frankreichs entschieden hatte, die ausschlaggebende Rolle. Ebenso wie die Vertreter der deutschen Schwerindustrie während des Krieges die fanatischsten Verteidiger des Annexionsprinzips gewesen sind, so standen nunmehr hinter der Politik Poincarés die unverhüllten Annexionsgelüste der französischen Schwerindustrie und ihres Organs, des „Comité de forges“. Dieselben Ziele, welche die deutsche Schwerindustrie früher verfolgte, verfolgte später die französische Schwerindustrie. Es handelte sich um die Etablierung bestimmter Monopole auf dem europäischen Festlande unter der Herrschaft bestimmter kapitalistischer Gruppierungen, für die das sogenannte „Nationalinteresse“ noch stets der ideologische Deckmantel für ihre brutalen Geschäftsinteressen gewesen ist. Die französische Schwerindustrie plante eine Vereinigung der lothringischen Eisengruben mit den Kohlengruben der Ruhr in der Gestalt eines riesigen Montantrusts, der ihr das unbeschränkte Monopol auf dem Kontinent sichern

sollte. Und da die Interessen der Schwerindustriellen sich mit den Interessen der Reparationsgewinnler deckten, so war die Besetzung des Ruhrgebiets nur eine Frage der Zeit.

Aber noch bevor es so weit kam, fanden zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Schwerindustrie Verhandlungen statt, um eine friedliche, d. h. in diesem Falle eine geschäftliche Lösung der Frage herbeizuführen, woraus beide Teile gemäß ihrem Kräfteverhältnis ihren Vorteil ziehen sollten. Ein solches Verständnis wäre auch sicher zustande gekommen, denn die Vertreter der deutschen Schwerindustrie hätten den Teufel nach den sogenannten nationalen Interessen Deutschlands gefragt, so lange sie ihr Schäfchen ins Trockene gebracht hätten. Aber da ihnen von den englischen Kohlenmagnaten, für die das Zustandekommen eines Montantrusts auf dem Kontinent unzweifelhaft ein schwerer Schlag gewesen wäre, größere Vorteile in Aussicht gestellt waren, so entdeckten sie plötzlich ihr nationales Herz und ließen es auf die militärische Besetzung des Ruhrgebiets ankommen. Zusammen mit den organisierten Arbeitern und Angestellten organisierten sie den passiven Widerstand, und die stimmisierte Presse stieß gewaltig in die nationalistische Posaune, um den Haß im Lande gegen den „Erbfeind“ bis zur Siedehitze zu entfachen.

Als der passive Widerstand, der dem deutschen Volke ungeheuerliche Opfer kostete, endlich aufgegeben werden mußte, da wartete Herr Stinnes nicht auf die Regierung Stresemann, sondern verhandelte mit den Franzosen auf eigene Faust. Und nicht genug damit, suchte er die französische Besatzungsbehörde dazu zu bewegen, den deutschen Arbeitern im besetzten Gebiet den Zehnstudentag aufzuzwingen, denselben Arbeitern, die bis zum Zusammenbruch des passiven Widerstandes seine Alliierten gewesen waren gegen die französischen Kabinette. In der Tat, gibt es eine bessere Illustration für die eigentlichen Bestrebungen unserer nationalistischen Klopffechter?

Poincaré nahm die angeblichen Verfehlungen Deutschlands in den Kohlenlieferungen an Frankreich zum Vorwand, um seine Truppen im Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen. In der Wirklichkeit war dies nur eine offenkundige Finte, um dem Raubzug einen gesetzlichen Mantel zu verleihen. Das geht schon daraus hervor, daß Frankreich — England ausgenommen — zu jener Zeit das kohlenreichste Land Europas war und sich gezwungen sah auf die Einführung der Saarkohle eine Extrasteuer von 10 Prozent zu legen, um die französische Kohle auf dem einheimischen Markte zu schützen. Tatsache ist, daß man sogar 20 Prozent dieser Kohle nach Deutschland zurückbeförderte, und überhaupt nur 35 Prozent derselben der französischen Industrie zuführte. Folglich konnte von einem Kohlenmangel, der die Besetzung rechtfertigte, gar keine Rede sein.

Von der anderen Seite hatten die deutschen Schwerindustriellen und ihre Verbündeten, die Großagrarier, die aus der ungeheuerlichen Not ihres

Volkes riesige Profite ergatterten, in der Verteidigung ihrer Sonderinteressen alles getan, um den französischen Imperialisten das Werk nach Kräften zu erleichtern. Sie waren es gewesen, die sich von Anfang an allen Versuchen eine Stabilisierung der Mark herbeizuführen, aufs heftigste widersetzen, weil sie dadurch die Besteuerung der Industrie und Landwirtschaft am besten sabotieren und die Begleichung der Reparationen fast ausnahmslos auf die Schultern des werktätigen Volkes abwälzen konnten. Eine stete Senkung der Mark gab ihnen die beste Möglichkeit, die Preise aller Erzeugnisse ins Ungemessene zu steigern und auf diese Weise alle finanziellen Verpflichtungen, welche die Sieger Deutschland auferlegt hatten, auf die breiten Massen der einheimischen Konsumenten zu übertragen. Auf Grund dieser dunklen Machinationen entwickelte sich nicht nur ein ganzes Heer von Valutaspekulanten, welche aus der unheimlichen Verelendung der Massen ungeheuere Gewinne preßten, man gab damit auch den französischen Kapitalisten noch Gelegenheit, aus dem deutschen Valutaerlend Extraprofite herauszuschinden. So lieferte Deutschland nach dem Zeugnis des damaligen französischen Finanzministers Laseyrie bis Ende Oktober 1921 Brennstoffe im Werte von 2571 Millionen Franken, wofür ihm aber auf Grund der Markentwertung nur 980 Millionen Franken gutgeschrieben wurden. So verschaffte der Geschäftsgeheimnis der guten deutschen Patrioten dem sogenannten „Erbfeind“ noch eine bessere Einnahmequelle auf die Kosten der ungeheuerlichen Ausbeutung der deutschen Arbeiter.

In derselben Zeit wurde von den ungeheuren Summen, die Deutschland an Frankreich abführen mußte, nur ein ganz verschwindend kleiner Teil zum Aufbau der zerstörten Gebiete verwendet. Der Löwenanteil floß auch dort, wie die Reparationsskandale deutlich gezeigt haben, in die unersättlichen Taschen einer kleinen privilegierten Minderheit.

In Deutschland wie in Frankreich ist der wirklich leidende Teil stets die Arbeiterklasse, aus deren Fell die Besitzenden in jedem Lande Riemen schneiden. Während der Kapitalismus in allen kriegführenden Ländern durch ungeheuere Kriegsgewinne fast in seinem eigenen Fett erstickte, mußten Millionen Proletarier mit ihrem Blute die Schlachtfelder der ganzen Welt düngen. Auch heute, wo der Krieg nur seine Formen geändert hat, sind die Werktätigen in allen Ländern die Leidtragenden, während der Monopolismus aus ihrem Elend klingende Münze prägt.

II.

Es ist schwer zu begreifen, wie angesichts dieser erdrückenden Tatsachen sich unter den Sozialisten der verschiedensten Richtungen noch immer Menschen finden können, die sich willig vor den Wagen der nationalistischen Reaktion spannen lassen. Daran ist unserer Meinung nach nur die bornierte Staatsgläubigkeit der großen Mehrheit der heutigen Sozialisten schuld. In der Tat sind alle heutigen politischen Arbeiterparteien

ein notwendiges Zubehör des nationalen Staates geworden, ohne daß der großen Mehrheit ihrer Anhänger diese Tatsache auch nur zum Bewußtsein kommt. Solange sich diese Parteien gegen den bürgerlichen Staat in der Rolle der parlamentarischen Opposition befanden, legte ihre Kritik noch ab und zu gewisse Schäden bloß, die für das Wesen des Staates überhaupt bezeichnend sind. Aber in dem Augenblicke, wo sie selber in die Lage kamen, Regierungen formieren zu müssen oder an sogenannten Koalitionsregierungen teilzunehmen, verschwand auch ihr letzter kritischer Sinn dem Staate gegenüber und machte jener unbegrenzten Staatsgläubigkeit Platz, die zu den festesten Bollwerken der heutigen Reaktion gehört. Und diese Einstellung bestimmt auch ihre Stellung dem Nationalismus gegenüber. Wie sie sich die Gesellschaft nur in der Form des Staates vorstellen können, so begreifen sie das Volk nur noch in der Zwangsjacke der Nation.

Aber zwischen Volk und Nation besteht derselbe Unterschied wie zwischen Staat und Gesellschaft. Jede gesellschaftliche Organisation ist ein natürliches Gebilde, das sich unter dem Einfluß bestimmter Lebensnotwendigkeiten entwickelt hat und dessen Grundlage die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen bildet.

Staatliche Organisation ist ein künstliches Gebilde, das den Menschen von oben herab aufgezwungen wird und dessen eigentlicher Zweck in der Verteidigung der Interessen privilegierter Minderheiten auf Kosten der Allgemeinheit besteht.

Ein Volk ist das natürliche Ergebnis gesellschaftlicher Organisation, ein Sichzusammenfinden von Menschen, welche durch Verwandtschaftlichkeit der gegenseitigen Beziehungen, durch die Gemeinschaft der Sprache und gewisse Eigentümlichkeiten ihrer Kultur, Gewohnheiten etc. bedingt ist. Dieser gemeinsame Zug lebt in jedem besonderen Gliede des Volksverbandes und bildet einen wichtigen Teil seiner kollektiven Existenz. Er kann ebenso wenig künstlich gezüchtet wie gewaltsam zerstört werden, es sei denn, daß man alle Glieder eines Volkes ausrotte.

Ein Volk kann einer Fremdherrschaft unterworfen und in seiner natürlichen Entwicklung künstlich beeinträchtigt werden, nie aber wird es gelingen, seine natürlichen psychischen und kulturellen Eigentümlichkeiten und Veranlagungen gewaltsam zu ersticken. Im Gegenteil, sie treten unter fremdem Joch umso deutlicher hervor und bilden in diesem Falle eine Art Schutzmittel für die Existenz des Volksganzen. Die Erfahrungen der Engländer mit den Iren, der Oesterreicher mit den Tschechen, der Ungarn mit den Südslaven, der Deutschen mit den Polen, um hier nur einige Beispiele anzuführen unter Tausenden, sind klassische Beweise für die unbeugsame Zähigkeit eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das man gewaltsam zu zerstören trachtet. Auch die Juden könnten hier als typisches Beispiel herangezogen werden.

Sehr oft sehen wir sogar, daß wenn ein durch fremde Eroberer unterdrücktes Volk kulturell höher steht wie seine Unterdrücker, diese letzteren

sozusagen von dessen höherer Kultur aufgesaugt werden. So eroberten kriegerische Mongolenhorden China und zwangen den Chinesen einen Mandschu als Kaiser auf, aber im Verlaufe weniger Generationen hatten sich die Mongolen in Chinesen verwandelt, da ihre primitive Kultur der Größe und Feinheit der chinesischen Kultur nicht gewachsen war. Dieselbe Erscheinung sahen wir in Italien, das Jahrhunderte lang den Einfällen barbarischer Völkerschaften ausgesetzt war. Aber die hochentwickelte Kultur des Landes siegte immer wieder über die brutale Gewalt des Barbarentums, das letzten Endes bloß dazu beitrug, die alte Kultur zu verjüngen und neu zu befruchten.

Dies ist ganz natürlich, denn ein Volk läßt sich ebensowenig in fremde Sitten, Gewohnheiten und fremde Ideengänge gewaltsam hineinpresse, wie man ein Einzelwesen in den engen Rahmen einer fremden Individualität hineinzwingen kann. Dort, wo eine natürliche Annäherung und ein allmähliches Aufgehen verschiedener Völkerschaften in einander stattfindet, geschieht dies stets freiwillig und ganz unbewußt durch natürliche Anpassung, niemals aber auf dem Wege brutaler Gewalt. Alle menschlichen Kulturgemeinschaften kommen auf diese Weise zustande.

Die Nation aber ist stets das künstliche Produkt eines Regierungssystems, wie ja auch der Nationalismus im Grunde genommen nichts anderes vorstellt als die Religion des Staates. Die Zugehörigkeit zu einer Nation wird nie durch natürliche innere Ursachen bestimmt, sondern durch rein äußerliche Verhältnisse und Gründe der Staatsräson, hinter der sich natürlich immer nur die Sonderinteressen bestimmter Klassen verbergen. Eine Handvoll Politiker und Diplomaten, die lediglich die Geschäftsträger privilegierter Minderheiten im Staate sind, entscheidet willkürlich über die nationale Existenz und Zukunft bestimmter Menschengruppen, die sich ihrem Machtgebot unterwerfen müssen, weil sie sich nicht anders helfen können und ihnen selbst keinerlei Bestimmungsrecht zusteht. So legten sich z. B. die Einwohner der heutigen französischen Riviera als Italiener zu Bett und erwachten am anderen Morgen als Franzosen, da ein Häufchen Diplomaten über Nacht über ihr Schicksal entschieden hatten. Die Helgoländer waren ein Glied der englischen Nation und loyale Untertanen der britischen Regierung; aber als es dieser einfiel, sie an Deutschland zu verschachern, wurde auch ihre Nationalität einem radikalen Wechsel unterworfen. War es am Tage vor der Abtretung ihr größtes Verdienst, Vorposten der englischen Nation zu sein, so wurde ihnen ihre größte Tugend am Tage nach der Abtretung als schwerste Sünde gedeutet. Solche Beispiele gibt es die schwere Menge in der Geschichte. Sie sind bezeichnend für die ganze Entwicklungsgeschichte des modernen Staates. Man betrachte sich nur die blödsinnigen und stümperhaften Entschlüsse des Versailler Friedensvertrages, und man hat die beste Illustration, wie heute Nationen fabriziert werden.

Gerade der moderne Verfassungsstaat war es, der den Begriff der

Nation und das Wesen des Nationalismus bis zur letzten Konsequenz entwickelt hat. Die absolute Monarchie, welche sozusagen die fetischistische Periode in der Entwicklungsgeschichte des Staates darstellt, wo der Alleinherrscher der sichtbare Ausdruck des ganzen Systems war, behandelte die breite Masse ihrer rechtlosen Untertanen wie eine große, zum Melken bestimmte Herde. Aus diesem Grunde zog sie dieselben nur in ganz seltenen Fällen zur Landesverteidigung heran, die sie einer Armee von Berufssoldaten anheimstellte.

Erst der moderne Staat, der vorgeblich jedem seiner Bürger das Mitbestimmungsrecht an der Regierung durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verliehen hatte, entwickelt die Idee der Nation zur eigentlichen Blüte. Der „Bürger“ nahm den Platz des „Untertanen“ und, hypnotisiert von seinen neu erworbenen politischen Rechten, mußte er nun auch die aus diesen „Rechten“ erwachsenden „Pflichten“ mit übernehmen. Die Wahlurne wurde zum Opferaltar der menschlichen Persönlichkeit, der Stimmzettel zur Urkunde freiwilliger, geistiger und wirtschaftlicher Sklaverei.

Rudolf Rocker.

Zeitgeschichte

Zehn Jahre ist es her, daß die Sozialdemokratie den Brand der deutschen Revolution mit der Dampfspritze des weißen Schreckens so weit gelöscht hatte, daß sie meinte, jetzt könne sie es sich im etwas versehenen, aber neu angestrichenen Hause des alten Staates auf republikanisch bequem machen. Die von herabfallendem Gebälk erschlagenen und im Giftqualm ersticken Revolutionäre modern längst unter der Erde; die Proletarier, für deren besseres Los sie starben, haben sich in den alten Wohnlöchern, die sie abreißen wollten, wieder eingerichtet, wählen wie zuvor, hungern ärger als je zuvor, schreien hurra wie zuvor oder lassen es sich auch verbieten, boxen einander wegen des Streites nieder, was für Bonzen sich an ihren Gewerkschaftsprüfenden mästen sollen und lassen Gott einen guten Mann, Hindenburg einen guten Präsidenten, Müller einen guten Kanzler, Wels und Thälmann gute Parteionkels und Hilferding einen guten Schröpfkopf sein. Inzwischen haben die Hausbesitzer von ehemals längst wieder auf sämtliche besseren Einrichtungsgegenstände Beschlag gelegt, vor allem auf den Gewehrschrank, und lassen die Sozialdemokraten ein paar Klubsessel mitbenutzen, wofür sie ihnen aber die Miete eintreiben, proletarische Gläubiger rausschmeißen und die Stiefel putzen müssen.

Weder die Nutznießer des Baues, die im Innern alle Wände schwarz-weiß-rot ausgeschlagen haben, noch die Hausverwalter, die zum Dache heraus schwarz-rot-golden flaggen, noch selbst die armen Teufel, die sich schon gehoben fühlen würden, dürften sie nur aus ihrer Luke ein rotes Fähnchen wehen lassen, merken, daß der ganze Kasten baufällig ist und daß die Flickarbeit, die in den zehn Jahren an den schadhafte Stellen getan worden ist, nur die Treppengeländer befestigt hat, ohne daß die Stufen tragfähiger geworden wären. Ein falscher Tritt, und die Herrlichkeit kracht zusammen. Ehrhardt freut sich schon.

Augenblicklich wird in Paris um die Hypotheken geschachert. Die Dawesquetsche von 1924 muß frisch geölt werden. Bis jetzt herrscht

bittere Uneinigkeit zwischen den Hypothekeneinhabern und den zahlungspflichtigen Deutschen wie die aus Proletarierschweiß gewonnene Tributschmiere so in den Apparat geträufelt werden soll, daß Gläubiger und Schuldner auch wirklich was Nützliches dabei herauspressen können. Dem Dawesplan, von dem die Sozialdemokratie begeistert war, verhalf die oppositionelle nationale Schwerindustrie durch interessante parlamentarische Abstimmungsregie zur Annahme; denn sie kriegte dafür die Reichsbahn zur privatwirtschaftlichen Profitmachung aufgeliefert. Die Deutschen soweit sie nicht einkassieren, sondern zahlen sollen, kümmern sich ja nicht viel um das, was nur ihre Ernährung, Behausung, Bekleidung, Erwärmung, Gesundheit und sonstige unwichtige Angelegenheiten in ihrer und ihrer Kinder Lebensführung betrifft. Unter Zeitgeschichte verstehen sie jedenfalls viel eher Sportrekorde und Regierungskrisen. Sie sind froh, daß unsere demokratische Staatsordnung sich wieder mal solide genug gezeigt hat, um die angebliche Faschistengefahr gänzlich abzuwenden. (Ehrhardt freut sich schon.)

Drei Zentrumsmänner sind mit gerührtem Schneuzen ins Reichskabinett hineingetreten, um einerseits in dieser schweren Stunde der Pariser Verhandlungen ein wenig müllern zu helfen, andererseits durch Besetzung des Justizressorts Abirrungen bei der Zubereitung des neuen Strafrechts hintanzuhalten und in den Fragen des Ehelebens, der Sittlichkeit, des Kinderkriegens und -nichtkriegens, der Ehre Gottes und der Tonsuren seiner Stellvertreter, kurzum aller gesalbten Dinge, welche boshafte und weltlich gerichtete Gemüter zur Sünde anreizen, den strafenden Arm des Staates mit dem Schmalz der kirchlichen Seelsorge zu massieren. Wir werden auch mehr Frömmigkeit nötig haben, wenn die Zeitgeschichte sich in den Wirkungen der Pariser Reparationskonferenz neu einzurichten beginnen wird. Alle diese, den Frieden sichernden Geheimschnebereien zwischen den Mächlern der sogenannten Mächte pflegen die Wackligkeit des Friedens nur noch wackliger zu machen. Was sich der Herr Schacht dort mit dem politischen Weitblick gestattet hat, der die Vertreter dieser Republik in der Abschätzung ausländischer Stimmungen auszeichnet, ist von den zünftigen Registratoren der Zeitgeschichte bei uns kaum gemerkt worden. Der Mann hat vor den Vertretern des amerikanischen, englischen und französischen Kapitals nicht mehr und nicht weniger zu verstehen gegeben, als daß die Fähigkeit des Deutschen Reiches, aus der Haut der arbeitenden Bevölkerung die Kriegstribute in zureichenden Jahresabzahlungen herauszuschneiden, davon abhängt, ob man Deutschland wieder Kolonien geben, ob man den Danziger Korridor wegschaffen und ob man die oberschlesischen Grenzen ändern wolle. An der Seite des Herrn Schacht vertrat Herr Dr. Albert Vögler, Industriemagnat und Parteifreund des Reichsaußenministers Stresemann, die deutschen „Belange“. Daß die Verhandlungen anscheinend doch noch weiter geführt werden, beweist nur, daß man mit den Geschäften vorwärts kommen will. Aber die beschwichtigenden Erklärungen, diese politischen Anregungen seien nur als Illustration zur deutschen Lage und als Privatansicht des Dr. Schacht aufzufassen, werden bei den Verhandlungspartnern die Erinnerung an frühere deutsche Kraftnaturen wie Lersner in Versailles, Stinnes in Spaa und Simons in London nicht wegwischen. Damals reagierte man mit Rausschmiß der Deutschen und nachfolgenden „Sanktionen“; jetzt grinst man höflich und gibt neue Instruktionen an die Vertreter beim Genfer Abrüstungskongreß. Denn man hebt in Washington Paris, London und vor allem in Warschau derlei nationalistische Wunschzettel, wie er dem Schacht aus der Weste gefallen ist, sorgsam für spätere Gelegenheiten auf.

Daß das, was drauf stand, uns in Deutschland auch einiges angeht, wird

aber über der wesentlicheren Frage übersehen, ob die Spazierfahrten des Zeppelin auch von angenehmer Mittelmeersonne verschönt werden. Was Herrn Schachts private Wünsche sind, die man nunmehr an allen Weltbörsen kennt, bedeutet erstens: Kolonien für Deutschland, also Aufstellung einer überseeischen Schutztruppe, will sagen Aufbau einer neuen Flotte (zum Glück war es nur Schachts persönliche Meinung, sonst könnte jemand den Panzerkreuzerbau damit in Verbindung bringen), weiter Wiederherstellung Deutschlands als imperialistische Konkurrenzmacht im Kampf um die Arbeitskraft kolonialer Völker und im Kampf um die Absatzgebiete, und dies heißt Wiederherstellung aller Voraussetzungen, die zum Weltkrieg geführt haben und Aufhebung seiner Entscheidung durch die Friedensdiktate. Zweitens bedeuten Schachts Privatwünsche die Anfechtung aller Beschlüsse von Versailles und der anschließenden Entscheidungen der Calonder-Mission in den polnischen und Oberschlesienfragen, und da die Polen nicht weniger rabiate Patrioten und Expansionisten sind, als ihre nationalen westlichen Nachbarn, käme die Erfüllung der Schacht-Vöglerschen Träume dem Kriege mit Polen gleich. Ehrhardt freut sich schon, und ebenso der Oberleutnant Schulz mit seinem Fahrbusch.

Es lebe die Republik !

Es ist dringend zu hoffen, daß der Prozeß des Reichsgerichtsrates Jorns sobald wie möglich in vollem Umfange als Buch der allgemeinen Benutzung als Geschichtsquelle für die Ursprünge der Zustände in diesem Lande zugänglich gemacht werden. Was das für Zustände sind, zeigt sich ja am deutlichsten darin, daß es sich nicht um einen Prozeß gegen Herrn Jorns handelt, sondern um die Frage, wie hoch ein Redakteur bestraft werden müsse, der die völlige Vergeblichkeit aller Bemühungen, die Schuld an der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und an der Flucht des milde wegen Wachtvergehens bestraften Mordgesellen Vogel festzustellen, dem mit der Ermittlung der Mörder und der Verwahrung der Gefangenen verantwortlichen beauftragten hohen Gerichtsbeamten beizumessen wagte. Herr Jorns hat vor lauter Bewunderung des kameradschaftlichen Begünstigens und Vorschubleistens der Mörder und ihrer Auftraggeber und Komplizen untereinander nichts herausbekommen in seiner Untersuchung, wenigstens nichts, was der Wahrheit entsprochen hätte; aber seit er diese Untersuchung abgeschlossen hatte, ist immer mehr von der Wahrheit bekannt geworden, nach der er nur hätte zu fragen brauchen, um sie ebenfalls zu erfahren. Jetzt hat der Prozeß gegen den Redakteur des „Tagebuch“ die scheußlichen Umstände bei der ekelhaften Mordtat so weit geklärt, daß die Gesamtdarstellung in Verbindung mit dem vorhandenen umfangreichen Bericht des Ledebour-Prozesses („Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr usw. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort von Georg Ledebour.“ Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., 831 Seiten) —, daß das Vorliegen beider Prozeßverhandlungen in ihrem gesamten Verlauf ein durchaus zulängliches Geschichtsbild über Ursprung, Entwicklung, Verlauf, Höhepunkt, Ausgang, Folgen und endliche Wirkung der Berliner Revolutionskämpfe bis Mitte Januar 1919 sichern würde. Herr Jorns, heute noch als Ankläger im Namen des Reichs Mitglied des höchsten Gerichts der Republik, die ihre anmutige Physiognomie eben in jenen blutigen Januartagen aufgeschminkt bekam, ist ein typischer Vertreter der Sorte, die bei

uns Recht pflegt. Nach § 10a des Reichsbeamtengesetzes, der mit dem „Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik“ erst im Juli 1922 dem § 10 angefügt wurde, ist der Reichsbeamte Jorns „verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten“ und hat „alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht vereinbar ist“. Das war also noch gar nicht seines Amtes, als er den Käfig des Canaris-Vogel zu betreuen bekam. Wenn er heute sieht, wie dieselben Sozialdemokraten, die damals offenbar sehr mit seinen Leistungen zufrieden waren, die Hände ringen, als ob sie von der Existenz des Edenhotels nie eine Ahnung gehabt hätten, dann mag er über die Wandlungsfähigkeit dieser Herrschaften nicht weniger erstaunt sein, als es vor ihm Millionen deutscher Arbeiter gewesen sind. Wenn sich die Herren Scheidemann und Landsberg so vollkommen unschuldig stellen, dann muß man sie doch fragen, wer die Garde-Kavallerie-Schützen-Division mit der Verfolgung unbequemer Sozialisten betraut hat; wer nach dem Mord die Mörder dadurch jeder ernstlichen Verantwortung entzogen hat, daß sie als Ankläger und Richter ihre eigenen Kameraden und Vorgesetzten aus dem Edenhotel bekamen, die samt und sonders an der Vertuschung der Sache im höchsten Maße interessiert waren, wer endlich dem Jorns, der selbst Miteinwohner des Edenhotels war, die Uebnahme der Untersuchung bestätigte, als Herrn Kurzigs Tätigkeit etliche Wahrheit an den Tag zu bringen drohte. Daß Landsberg von der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs sehr betroffen war, soll ihm geglaubt werden. Aber war und ist Herr Noske kein Sozialdemokrat? Der schreibt über die Stimmung nach dem Mord: „Als ich vormittags ins Kanzlerhaus kam, fand ich den Unterstaatssekretär Baake und meinen Kollegen Landsberg ganz verstört vor. . . Sehr viel kühler habe ich die Lage beurteilt. . . Wie ein Ruheloser war Liebknecht ein paar Wochen lang in der Stadt herumgerast. Er und Frau Luxemburg waren Hauptschuldige daran, daß die unblutig begonnene Umwälzung zum Bürgerkrieg mit allen seinen Scheußlichkeiten ausartete. . . Wahrheit ist, daß in jenen Schreckenstagen Tausende die Frage aufgeworfen hatten, ob denn niemand die Unruhestifter unschädlich mache. Von denen, die so fragen, hätte keiner die Tat begangen. . . Ueber den Tod Liebknechts und Luxemburgs haben sich aber diejenigen zu Unrecht (!) am lautesten entrüstet, die bei nicht weniger bösen Fällen (?) eine heitere Gemütsruhe an den Tag legten. . . Wenn von einem Mord an Liebknecht gesprochen wird, für den keineswegs ein Beweis erbracht worden ist (!), so lassen sich dafür aber in noch höherem Maße als Erklärung maßlose Empörung und Hypnose anführen. Das Urteil in dem Prozeß wegen der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs habe ich als Oberbefehlshaber in den Marken bestätigt, nachdem die ersten Autoritäten der zivilen und Militär-Gerichtsbarkheit Gutachten erstattet hatten, daß bei einer Wiederholung der Beweisaufnahme eine härtere Strafe für keinen der Angeklagten zu erwarten wäre.“ („Von Kiel bis Kapp“, von Gustav Noske. 1920. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin. S. 75/76.)

Ist es darnach ein Wunder, wenn unsere Republik so aussieht? Herr Langkopp ist mit einem sprengstoffgefüllten Koffer im Reichsentschädigungsamt erschienen, hat dort einem Beamten stundenlang mit dem Kracheisen unter der Nase gefuchelt und auf die Weise den ihm durch Kriegsverlust und Inflation verloren gegangenen Teil seines von Negern und Chinesen herausgeschundenen Unternehmerprofits als Farmer wiederzuholen versucht. 5 Monate Gefängnis und Bewährungsfrist. In Itzehoe wurden Bauern prozessiert, die auf Anraten völkischer Großgrundbesitzer gewaltsam die staatliche Versteigerung von Vieh für Steuerschulden verhindert haben.

Herr Langkopp, ebenfalls völkisch, sandte den Angeklagten treudeutsch kräftiges Glückauf zu ihrer Tat an Gerichtsstelle; seine Bewährung als Republikaner blieb anerkannt. In Leipzig wurden die Redakteure Hauschild und Steinicke von den Amtskollegen des Herrn Jorns am Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 bzw. 1½ Jahr Festung verurteilt, weil sie in ihren Zeitungen einen Aufruf der Kommunistischen Partei wiedergegeben hatten, worin die Arbeiter gemahnt wurden, den Kriegsabsichten gegen Rußland mit allen Mitteln Widerstand zu leisten. In der gräflich Stolberg'schen Familie in Jannowitz ist der Inhaber des Fideikommisses ermordet worden. Da der Sohn mit dem Alten zusammen beim Kapp-Putsch immer nur Arbeiter erschossen hat, traut ihm niemand zu, daß er in der eigenen Sippe herumgeknallt haben könnte. Sie hatten alle gehofft, er werde gestehen, daß er den Vater nur aus Versehen gekillt habe; Christian war aber zu dumm, das zu begreifen und nun muß man ihn doch wohl wegen Mordes prozessieren, so daß nur noch das Sanatorium übrigbleiben wird. Am 1. Mai soll bloß in Sälen demonstriert werden, weil, wie Noske nachgewiesen hat, die Anhänger Liebknechts und Rosa Luxemburgs gewissenlose Mordbuben sind. Wer wie in den Zeiten Jagows das Demonstrationsrecht auf der Straße in Anspruch nehmen will, wird auf Anordnung der Sozialdemokraten Zörggibel und Grzesinski im Namen der Republik blaue Bohnen kriegen. Vielleicht wird die Verhängung des Standrechts nötig, und Jorns ist ja noch Reichsanwalt, Noske ist ja noch Oberpräsident, Canaris ist ja noch Reichswehroffizier, Liepmann ist ja noch Gerichtsfunktionär der Republik und Vogel bekommt ja von ihr noch Versorgungspension ins Ausland nachgeschickt. Der Hauptmann Pabst aber, der militärische Leiter im Edenhotel und Organisator der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, bereitet an der Spitze der Heimwehren den faschistischen Umsturz zuerst in Oesterreich-Bayern, dann in Berlin vor. Es lebe die Republik!

Max Tobler

Die revolutionäre Arbeiterschaft der Schweiz hat einen schweren Verlust zu beklagen. Der Genosse Max Tobler ist, wie der Pressedienst der Roten Hilfe mitteilt, gestorben. Tobler hat stets auf dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung gestanden; seine Ansichten waren trotz seiner organisatorischen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei nie sehr weit von anarchistischen Erkenntnissen entfernt. Der zentralistischen Gewerkschaftssimpelei stellte er in wirksamer literarischer und rednerischer Agitation den Gedanken der syndikalistischen Föderation entgegen. Tobler war vom Beruf Naturwissenschaftler und studierte erst in reifen Mannesjahren auch Medizin, um als Arzt seine sozialen Pflichten gegen das Proletariat praktisch erfüllen zu können. Uns Anarchisten, die wir vor einem Vierteljahrhundert uns in Zürich um den „Weckruf“ gruppierten, war er gemeinsam mit dem Genossen Fritz Brupbacher immer ein guter Nachbar und solidarischer Freund. Vor einigen Jahren baute Tobler die Schweizer Sektion der Roten Hilfe auf, deren Vorsitzender er bis zu seinem Tode geblieben ist. Es ist sicher, daß eine solche Organisation unter der Leitung eines so unbedingt redlichen und rechtlich empfindenden Mannes nichts anderes sein und werden konnte als eine wirkliche proletarisch-revolutionäre Solidaritätseinrichtung für gefangene Klassenkämpfer. Möge er hier wie überall würdige Nachfolger finden. Mir persönlich ist wieder ein lieber langjähriger Kamerad aus einer guten Zeit gemeinsamer Kampfarbeit gestorben, und haben die Kommunisten ein Mitglied, so haben wir Anarchisten einen Freund verloren.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Bringt Gäste mit!

VON EISNER BIS LEVINÉ

**Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
Ereignisse in München vom 7. November 1918 bis zum
15. April 1919 von Erich Mühsam. Geschrieben im
Festungsgefängnis zu Ansbach im September 1920.**

Umfang 70 Seiten

Preis 90 Pfennig

Die Entstehungsgeschichte der bayerischen Räterepublik wird hier von einem unmittelbar Beteiligten zum ersten Mal frei von parteimäßiger Beschönigung und Entstellung geschildert. Die Schrift, die von der Festungszensur beschlagnahmt war, ist erst jetzt wieder in die Hände des Verfassers gelangt. Sie enthält umfangreiches und bis jetzt in der Öffentlichkeit völlig unbekanntes Material. Erich Mühsam widmet Sie dem Gedächtnis seines Freundes und Mitkämpfers Gustav Landauer.

FANAL-Verlag Erich Mühsam

Berlin • Britz

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag!

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischem Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrtenstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Aermelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Baretts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel, Zeltzubehör

ferner : Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

*außer-
dem:* Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

*Mach Dir zum Prinzip:
Alles aus den Fackelstuben.*

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgds
Berlin O 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthau)

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Barrikaden! — Nationale Einheit
(v. Rud. Rucker) — Geschichtsnot der
Gefangenen — Die Sieger — Wieder-
aufnahmeverfahren — Eugen Leviné
zum Gedächtnis.

NR. 9

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

Juni 1929

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 9

Juni 1929

Brecheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,85 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Goldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 46. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Barrikaden !

„Um die Versammlungsfreiheit für alle zu schützen, hat Berlins Polizeipräsident Zörgiebel, ein Mann aus der Arbeiterklasse und seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig, öffentliche Umzüge in Berlin am 1. Mai untersagt. Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei haben sich dieser Anordnung gefügt. Anders die Kommunisten. Sie, die durch ihr schamloses Treiben das Verbot erzwungen hatten, spielten sich nun plötzlich als Verteidiger der Freiheit auf.“ Also zu lesen in einer Kundgebung „An Deutschlands Arbeiterschaft!“ vom 2. Mai 1929, unterzeichnet vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und vom Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Kundgebung beginnt mit den Worten: „Die Kommunisten haben erreicht, was sie wollten: Am 1. Mai, am Weltfeiertag der sozialistischen Arbeiter, haben in stundenlangen Kämpfen zwischen Kommunisten und Polizei viele Verletzte und eine Reihe Toter mit ihrem Blute das Pflaster Berlins gerötet.“ Dann folgen die Beispiele des „schamlosen Treibens“ der Berliner Kommunisten, die dem Zörgiebel den Schutz der Versammlungsfreiheit durch das Verbot von Mai-Umzügen in Berlin zur Pflicht machten, 14 an der Zahl, gesammelt in dem Zeitraum vom 18. Mai 1928 bis 27. April 1929. Von diesen 14 Beispielen schamlosen Treibens, die den Weltfeiertag der sozialistischen Arbeiter in Berlin von allen deutschen Städten nur in Berlin — zur Lebensgefahr für die Bevölkerung machten, betrifft ein einziges einen Vorfall in der Stadt Berlin: am 13. September sollen Kommunisten in der Friedrichstraße eine Gruppe Arbeitersamariter mit Schlagringen und Gummiknüppeln niedergehauen haben (der Fall ist nie ganz geklärt worden, verhielt sich aber bestimmt anders als die Herren behaupten). Drei weitere Fälle haben sich im Weichbilde Groß-

Berlins abgespielt, alle drei zwischen Rotfrontkämpfern und Hakenkreuzlern, wobei in Karlshorst und Pankow je ein Nationalsozialist, in Spandau ein Kommunist ums Leben kam. Die übrigen 10 Beweise dafür, daß in Berlin, nur in Berlin, die Straßen gesperrt werden mußten, folgern die sozialdemokratischen Oberhirten aus Begebenheiten, die sich in Hamburg, Barmbeck, Eimsbüttel, Glauchau, Welzow bei Kottbus, Hannover, Wöhrden in Schleswig-Holstein, Leinburg bei Nürnberg, Elberfeld und Frankfurt a. M. zugetragen haben. Hierbei — ich beziehe mich ausschließlich auf den Aufruf der sozialdemokratischen Vorstände (vgl. „Vorwärts“, Morgenausgabe vom 3. Mai) — handelt es sich um drei Vorgänge, bei denen Kommunisten mit Republikanern ins Gedränge geraten sind, in einem Fall (außer den genannten Groß-Berliner Zusammenstößen) betraf das „schamlose Treiben“ einen Raufhandel von Kommunisten mit Nationalsozialisten, die übrigen 6 Fälle, die den Zörgieblerlaß gegen die Berliner Kommunisten nach Ansicht seiner leitenden Parteigenossen nötig machten, sehen so aus: „Am 18. Mai 1928 wird in Eimsbüttel bei Hamburg der Reichsbannermann Genosse Geidorn von Nationalsozialisten niedergeschossen.“ „Am 21. Oktober 1928 überfallen Nationalsozialisten ein Arbeiterlokal in Welzow bei Kottbus. Der Arbeitersportler Alfred Scholz wird erschossen.“ „Am 14. Dezember 1928 kommt es in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hannover zu einer regelrechten Schlacht mit Tischen, Stühlen und Messern. Zahlreiche Messerstiche. Drei Schwerverletzte.“ „Am 10. März 1929 überfallen Stahlhelmer eine Wirtschaft in Leinburg bei Nürnberg. Zwölf Personen wurden verletzt, einem Kriegsinvaliden wird der Bauch aufgeschlitzt.“ „Am 19. März 1929 schlagen Rechtsradikale zwei Reichsbannerkameraden in Elberfeld nieder.“ „Am 27. April 1929 wird ein Reichsbannermann in Frankfurt a. M. von Nationalsozialisten erstochen.“ Also: unter 14 von Parteigängern des Polizeipräsidenten sorgfältig ausgesuchten Vorfällen, die dessen Vorgehen nur gegen die Kommunisten und nur in Berlin rechtfertigen sollen, hat man 4 gefunden, die auf Berlin und Umgebung trafen, achtmal — waren — angeblich — Kommunisten beteiligt, zehnmal Rechtsradikale, endlich waren auch zehnmal Sozialdemokraten, Reichsbannerleute oder nur als Arbeiter bezeichnete Personen in die Zusammenstöße verwickelt, die, wären sie Kommunisten gewesen, bestimmt als solche angegeben wären.

Die regierenden Instanzen der sozialdemokratischen Partei schätzen also die Intelligenz ihrer Gefolgschaft so ein, wie ihre Erziehung sie werden lassen mußte. Weil in Elberfeld ein Reichsbannermann durch einen Nationalsozialisten umgebracht wird, müssen in Berlin — nur in Berlin — die Kommunisten — nur die Kommunisten — zum 1. Mai unter Ausnahmerecht gestellt werden!

Dem Dokument der politischen Stellen schließen sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Ortsgruppe Berlin), der Allgemeine freie Angestelltenbund (Ortskartell Berlin) und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (Bezirksausschuß Berlin), mit einer eigenen Kundgebung „An die Arbeiter Berlins!“ (in derselben Nummer des „Vorwärts“) an. Da wird denn, während noch am Wedding und in Neukölln stromweise das Blut von Straßenpassanten floß, in folgender Form die Weltgeschichte verzögert: „Der Verlauf der gewerkschaftlichen Maiversammlungen und der gänzliche Mißerfolg der angekündigten kommunistischen Demonstrationen hat gewissen verantwortungslosen Stellen nicht gefallen. Ihre Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Am Abend des 1. Mai wurden daher an einigen Stellen Zusammenstöße mit der Polizei provoziert, die einen blutigen Ausgang und eine Anzahl Toter und Verwundeter hatten. Dafür ist die Kommunistische Partei Deutschlands verantwortlich zu machen, die durch ihre wochenlange Hetze in der „Roten Fahne“ den Boden dafür vorbereitete.“ Das schamlose Treiben der Berliner Kommunisten, das, wie gezeigt, zur Hauptsache in Keilereien zwischen Hakenkreuzlern und Reichsbannerleuten irgendwo weit in der Provinz bestand, sowie der gänzliche Mißerfolg der Demonstrationen, bei denen die Kommunisten dennoch erreicht haben, was sie wollten und welche die Hetze der „Roten Fahne“ zur Ursache und einen blutigen Ausgang mit Toten und Verwundeten zur Folge hatten, führte an dem Tage der Veröffentlichung dieser beiden Aufrufe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Schützer der Versammlungs- und Pressefreiheit zum Verbot der „Roten Fahne“ durch den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, wenige Tage darauf zur Auflösung des Rotfrontbundes in Preußen durch den sozialdemokratischen Innenminister Grzesinsky und unmittelbar nachher zum Verbot dieser Organisation im ganzen Reich auf Veranlassung und unter Druck des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Severing. Darauf folgte noch für die Pfingsttage die Verhängung des nur für die Kommunistische Partei, ihre Presse und die ihr nahestehenden Organisationen geltenden schweren Belagerungszustandes in Hamburg durch den zu 50 Prozent aus Sozialdemokraten bestehenden Senat und den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönfelder. „Um die Versammlungsfreiheit für alle zu schützen.“

Der Aufwand sozialdemokratischer Manneskraft gegen die Kommunisten legt den Gedanken nahe, die Berliner Mai-Vorgänge hätten ihren Ursprung in dem Wunsche der von so tiefer Entrüstung erfüllten Partei- und Gewerkschaftsführer sozialdemokratischer Färbung, mit Hilfe ihrer die hohen Staatsposten zierenden Organisationsbrüder den sehr unbequem gewordenen Rivalen, die in all ihrem Tun den total verspießerten Arbeitern die Erinnerung an die bessere

Vergangenheit der Sozialdemokratie erweckten, einen empfindlichen Schlag zuzufügen. Das ist zum Teil auch der Grund des ganzen Handels. Die jämmerliche Politik der Sozialdemokraten als Machtinhaber im Staate, ihr vollkommener Verrat an restlos allem, was sie je zum Stimmenfang der eine Zukunft in Sozialismus und Freiheit erträumenden Proletarier beschworen haben, mußte sie selbst um die Gefolgschaft ihrer Wähler besorgt machen. Seit der Hermann Müller neuerdings Reichskanzler ist und der Hilferding die Finanzen verwaltet, haben sie wahrhaftig wenig Anlaß mehr, ihre sozialistische Sendung unter Berufung auf Leistungen anzupreisen. Nie ist das Reich unbekümmerter um Arbeiterinteressen regiert worden als gegenwärtig: Panzerkreuzer und Wehrprogramm, Steuerpolitik, Arbeitslosenproblem, Volksernährung und Kulturfragen — alles ohne Ausnahme ist unter sozialdemokratischer Leitung in beispiellos unsozialer Weise nur nach den Wünschen der Kriegstreiber und der Nutznießer der kapitalistischen Rationalisierung der Produktion zurechtgebogen worden. Die Parteikommunisten, die mit ihrer schwankenden, wenig grundsatzfesten und ganz von außen her bestimmten Politik, die mit ihren inneren Zwistigkeiten zumal seit langem das Vertrauen breiter Arbeiterschichten verloren haben, machten sich die täglichen Selbstentlarvungen der Sozialdemokraten als Handlanger und Büttel der gewissenlosesten Volksauswucherung zunutze und lebten überhaupt nur noch von den reaktionären Taten der Nachbarn zur Rechten.

Die leichte Linkswendung, die sie seit kurzem vollzogen haben, und die sich besonders in ihrer nicht mehr völlig statutenfrommen Gewerkschaftspolitik bemerkbar machte, hat ihnen manche schon entfremdeten revolutionären Kräfte wieder zugeführt, wengleich die Halbheit der Schwenkung bei unverändertem Parlamentsopportunisten, bei Fortdauer des „Einheitsfront“-Getöses und bei blinder Unterwerfung unter die rein von russischen Staatsinteressen diktierten Moskauer Befehle den Verlust an Ansehen beim besten und aktivsten Teil des Proletariats nicht wettmachen konnte. Immerhin zeigten die Betriebsrätewahlen deutlich genug, daß den Sozialdemokraten da, wo die Arbeiter glauben, noch Klasseninteressen aus eigener Stoßkraft wahren zu können, die Felle wegschwimmen. Dazu kam der ungeheure Prestigeverlust der Gewerkschaftsführung durch die andauernde Preisgabe der Arbeiterforderungen in Lohnkonflikten, die wüsten Schlichtersprüche, mit denen sozialdemokratische Funktionäre die Industriesklaven immer wieder den Profitansprüchen des Kapitals opferten, zuletzt der scheußliche Verrat des großen Streiks im Hennigsdorfer Walzwerk, wo gegen den Willen der gesamten Belegschaft die Gewerkschaft eine elende Schiebung veranstaltete, den Streik für beendet erklärte und als trotzdem weiter gekämpft

wurde, mit einer Horde von Streikbrechern, die ausschließlich aus freigewerkschaftlich organisierten Leuten bestand, den Sieg der Unternehmer sicherte. So geriet die unbedingte Autorität der sozialdemokratischen Drahtzieher bedrohlich ins Wanken, der laute Wortradikalismus der Kommunisten schuf unerwünschte Stimmungen, und da sowohl die sozialdemokratische als auch die parteikommunistische Lehre Gehorsam und Disziplin für die Grundpfeiler aller Proletariertugend hält, lag es nahe, die höchste Autorität zu bemühen und mit den Mitteln der staatlichen Macht zurückzugewinnen, was die eigene Fähigkeit nicht zu halten gewußt hatte.

Das Verfahren, die öffentliche Gewalt in Anspruch zu nehmen, um die Arbeiter dem Willen ihrer „sozialistischen“ Schulmeister gefügig zu machen, ist für die deutsche Sozialdemokratie nicht neu. Schon im Kriege erbaten und erlangten die patriotischen Durchhalter um Ebert und Scheidemann die Hilfe der kaiserlichen Militärgouverneure, um den „Vorwärts“ in Berlin, den „Volksfreund“ in Braunschweig und andere oppositionelle Blätter den Unabhängigen wegzunehmen und den unverdrossenen Kriegsanzahlern, den Fanfarenbläsern für unbeschränkte U-Bootmäßigkeit und Ludendorfferei, den unabhkömmlichen Siegesherolden, den Hurraschreibern und Jasingern zu den Friedensdiktaten von Brest-Litowsk und Bukarest (gegen die das Schandwerk von Versailles noch harmlos ist) in die Hände zu geben. Als diese Sozialisten dann unsere Revolution hatten geschehen lassen müssen und sich zu ihrer Abwürgung und gleichzeitigen Ausbeutung in die Amtssessel geschlichen hatten, da diente ihnen die gesamte Staatsmacht überhaupt nur zur Niederhaltung und Niederknüppelung der Arbeiter, die ihre früheren Deklamationen von revolutionärem Klassenkampf und von der Befreiung des Proletariats ernst genommen hatten. Da waren sie es mit ihren Noskes, Schneppenhorsts, Wels, Hörsings, Severings, die den Lüttwitz und Ehrhardt, den Oven, Merker, Pabst und Epp alle Vollmachten gaben, das verrottete Landsknechtum der marodierenden Soldateska aus revolutionär entflammten Sozialisten Leichenhaufen über Leichenhaufen schichten zu lassen. Und die Vorläufer des Zörgiebel waren es, die die Bezwinger des Kapp-Putsches von den Kapp-Putschisten niederwerfen und massenhaft massakrieren ließen; Severing war es, der die Rote Armee im Ruhrgebiet mit dem Bielefelder Abkommen zur Preisgabe des Kampfes bewog, das einfach von der Regierung gebrochen wurde. Im mitteldeutschen Aufstand waren es die Sozialdemokraten Hörsing und Severing, die die Staatsmacht gegen die Arbeiter wüten ließen und als 1923 die Hitlerbanden aufstanden, um von München nach Berlin zu ziehen, da überließen die sozialdemokratischen Regierer den Sieg über den besoffenen Faschismus Jäiser Abenteurer den bayerischen Partikularisten, während die

Sozialdemokraten Ebert und Sollmann die Staatsgewalt aufboten, um die gequälte Arbeiterschaft in Ostpreußen und Hamburg von den Roßbach und Feme-Schulz entwaffnen und gefangen setzen zu lassen und dem General Seeckt die gesamte öffentliche Exekutive auszuliefern, der damit ausgestattet Sachsen und Thüringen brandschatzen ließ, die nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen eingesetzten Regierungen, die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestanden, verhaftete und der Ämter enthob und also „Ruhe und Ordnung“ herstellte. Zu jener Zeit aber herrschte im Berliner Polizeipräsidium der sozialdemokratische Barmaterialist Richter, der sich, wie jetzt Zörgiebel, von der bürgerlich-demokratischen Presse vorwerfen lassen mußte, seine Amtstätigkeit sei „unerträglich reaktionär“. Auch dieser „Mann der Arbeiterklasse und seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig“ sah seine Aufgabe zur Hauptsache darin, den linken Sozialisten aller Richtungen die richtige Politik mit den Gummiknüppeln und Maschinengewehren monarchistischer Ordnungshüter beizubringen.

Es wäre bei alledem doch nicht richtig, das Bestreben der Sozialdemokratie, die revolutionäre Nachbarschaft in Blutbädern zu ersäufen, allein auf Konkurrenzneid innerhalb der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Viel stärker fällt ins Gewicht, daß man in den Bezirken der sozialdemokratischen Bonzenschaft die Besetzung von Staatsstellen schon für die „Eroberung der politischen Macht“ hält und daher die Warmhaltung der einmal eingenommenen Plätze als erheblich wertvoller einschätzt als die Hütung verstaubter Grundsätze. Die Erlaubnis, Beamtenposten zu bekleiden, hängt aber für die Ebert, Müller, Hilferding und Zörgiebel vom Wohlwollen der besitzenden und daher wirklich machthabenden Kreise ab und dieses Wohlwollen von der Tüchtigkeit der Vertrauensleute im Dienste des kapitalistischen Geschäftes. „Wären die deutschen Behörden nicht so vernagelt“, schrieb ich im August 1912 im KAIN, „den sozialdemokratischen Staatspositivisten den Eingang zu den Verwaltungsämtern zu versperren, so hätten sie längst die Erfahrung gemacht, daß sie in ihnen die pflichttreuesten Hüter der kapitalistischen Einrichtungen besäßen.“ In den Jahren 1914—1918 erwies sich die internationale, revolutionäre, völkerbefreiende Partei, da es ihr verboten war, ihr konterrevolutionäres Herz in revolutionäre Phrasen einzupanzern, aller Welt auch ohne Amt als pflichttreueste Nachwächterin des Kapitals. Schon damals gab sie sich zum Denunzianten her gegen alle, die der Arbeiterschaft noch eigene Aufgaben zu stellen versuchten, lieferten Beteiligte am Januarstreik den Schergen Wilhelms II. aus, und Herr Ebert selig hat sich ja Jahre später noch mit bestem Erfolg um den Beweis bemüht, das er wahrhaftig immer mit der herrschenden Klasse gehalten habe, die es nicht sei,

welche ihm Verrat vorwerfen dürfe. Was sie nachher getrieben haben, als ihnen die Junker und Generäle geholfen hatten, die Revolution zu unterdrücken und ihnen einstweilen auch noch erlaubten, das Land für die Wiederaufrichtung ihrer Vorrechte reif zu regieren, wird hoffentlich einmal der Fortsetzer des Mehringschen Werkes in einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von der Kehrseite betrachten. Da wird dann in hunderten von Beispielen zutage treten, wie die Sozialdemokraten alle Politik als Machthaber immer nur auf den Nachweis hin betrieben, daß ihnen kein Reaktionär mißtrauen dürfe, daß sie absolut keine Bedenklichkeiten walten ließen, wenn Arbeiteransprüche abzuwehren seien, daß sie gewiß keine andern Methoden, wenigstens keine mildereren anzuwenden gedächten als die robustesten Leute des kaiserlichen Regimes und daß es ihre Noskes mit jedem Gallifet, ihre Eberts mit jedem Mussolini, ihre Hilferdings mit jedem Stinnes und erst recht ihre Zörgiebels mit jedem Jagow aufnehmen könnten. Daraus erklärt es sich auch, daß die Kapitalisten, nachdem sie einmal die Müllers und Bauers verjagt hatten, immer dann doch wieder sozialdemokratische Regierungen zulassen, wenn besonders arbeiterfeindliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Ebenso überläßt man diesen von keinerlei Gesinnungs-Vorurteil behinderten „Sozialisten“ gern Dinge, an denen sich Nationalisten nicht gern die Finger verbrennen. Haben sie der Reaktion soweit vorwärts geholfen, daß das weitere von ihren eigenen Funktionären geleistet werden kann, dann werden die Sozialdemokraten beiseite gestellt und dürfen eine Zeitlang „Opposition“ markieren. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß es, seit dieser sonderbare Staat Republik heißt, noch keine Reichsregierung gegeben hat, in der die Sozialdemokratie vertreten war, die nicht dauernd oder vorübergehend den Belagerungszustand verhängt hätte. Die augenblicklich schaltende Obrigkeit, der der Hermann Müller den Namen gibt, wäre die erste, die es ohne ihn schaffte, wenn es nicht noch anders kommt. Aber gerade die gegenwärtige Regierung leistet sich, bis jetzt unter Verzicht auf den Artikel 48, tollere Stücke der reaktionären Politik als jemals eine vor ihr. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse in Berlin veranstaltet worden sind, um an sie den Belagerungszustand anzuschließen, und daß davon vorerst nur abgesehen wurde, weil sich herausgestellt hat, daß die deutsche Arbeiterschaft schon dermaßen weich geprügel ist, daß sie sowieso zu allem still hält.

Die Gründe für die Maimorde sind im Wesentlichen außenpolitischer Natur. Die Pariser Reparationskonferenz legte den Wunsch nahe, als möglichst armseliger Schuldner vor die Gläubiger zu treten und darum die Sicherheit und Ordnung nach dem verlorenen Kriege, der schrecklichen Revolutionsgreuel und der Inflationspleite

als noch ganz unverbürgt zu erweisen. Gleichzeitig wünschte man sich vor den Weststaaten dadurch beliebt zu machen, daß man die deutsche Energie gegen den „Bolschewismus“ mal wieder zur Schau stellen wollte, worunter zur Abwechslung die russische Staatspolitik gemeint war. Es ist nämlich gar kein Zweifel, daß in dem Dauerkonflikt zwischen den deutschen Nationalisten, deren einer Teil östliche Orientierung verlangt, um mit Rußland gemeinsam den Revanchekrieg am Rhein zu führen, der andere britisch-französisch orientierte Teil Oberhand gewonnen hat, dem der Gedanke näher liegt, Deutschland als Durchmarschgebiet zur Verfügung zu stellen, wenn die Auseinandersetzung zwischen England und Rußland um die Vormachtstellung im nahen und fernen Orient kriegsreif ist. Um den Pariser Reparationsforderern die Zuverlässigkeit in dieser Frage vor Augen zu führen, war ein kommunistischer Aufstand erwünscht, für den die russische Regierung verantwortlich zu machen und der in Blut zu ersticken wäre.

Die Dinge sind nicht ganz programmgemäß verlaufen. Die Grzesinskys und Zörgiebels haben es zu dumm angefangen. Außerdem haben die Parteikommunisten nicht mehr den Einfluß auf größere Massen, der zu der sozialdemokratischerseits gewünschten Abwicklung der Operation erforderlich gewesen wäre. Die polizeilichen Vorbereitungen zum Mai-Blutbad liefen freilich weit genug zurtück. Das in seiner Sinnlosigkeit erst durch die eingangs zitierte Kundgebung der Sozialdemokraten recht erkennbare Demonstrationsverbot für Berlin — von dem man bei der Beerdigung des Pfliegers Hünefeld für den Stahlhelm schon eine Ausnahme zugelassen hatte — blieb monatelang bestehen, obgleich weit und breit kein Grund dafür zu erkennen war. Zum 1. Mai schien es selbstverständlich, daß es aufgehoben würde, weil es bei der Traditionsfreudigkeit der deutschen Arbeiterschaft, die zu ihren Maifeiern stets in geschlossenen Zügen aufmarschiert ist, ausgeschlossen war, es durchzuführen. Hatten doch die Sozialdemokraten selbst immer mit Stolz daran erinnert, wie sie ihre Mai-Umzüge auch gegen die Verbote der reaktionärsten Polizeipräsidenten und trotz der Säbelattacken etwa unter Jagow 1908 zustande brachten. In der Tat wurde für ganz Deutschland das Demonstrationsverbot zum 1. Mai aufgehoben, sogar in München, da sonst Zusammenstöße völlig unvermeidlich gewesen wären. In Berlin aber verbündeten sich die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zu der Verkündigung ans Proletariat, daß die Staatsautorität höher stehe als alle Arbeiterforderungen zusammengekommen, und das Verbot blieb bestehen.

Ob die Stampfer, Wels, Leipart, Zörgiebel sich ihrer Rolle als ausführende Organe der Schlacht und Vögler bewußt waren oder

ob sie nur willenlose Marionetten an den Schnüren ihnen selbst verborgener Drahtzieher sind, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls waren sie froh, etwas unternehmen zu können, was den Kommunisten Schaden tun mußte. Denn so schwachsinnig ist nicht einmal ein leitender Sozialdemokrat, daß er nicht voraussehen mußte, wie sich die Kommunisten auf das Straßenverbot am 1. Mai verhalten würden. Sie konnten ja garnicht anders als zur Nichtachtung des Verbotes aufzurufen. Mögen die unter sozialdemokratischer Führung trottsenden Arbeitermassen schon so geknechtet, so willenlos, so verbürgert und seelisch entmannt sein, daß sie selbst ihre Maifeier Polizeikommandeuren zur Regelung überlassen, — die Kommunisten wußten, daß ihnen noch ihr letzter Anhang revolutionär empfindender Proletarier abspringen würde, wenn sie sich mit der Ungeheuerlichkeit widerstandslos abfänden und denen, die auf jeden Fall demonstriert hätten, die Weisung gäben: Fügt euch! Sie forderten also auf, wie immer am 1. Mai auf die Straße zu gehen und betonten noch, daß „unbewaffnet“ zu demonstrieren sei (eine sehr überflüssige Einschränkung der Aufforderung, da die deutschen Arbeiter dank Noskes und der Zörgiebel-Vorläufer segensreichen Tätigkeit ohnehin allen Waffenbesitz den Völkischen überlassen haben und wer doch noch einen Browning hat und mitnehmen will, sich davon nicht von Bonzenparolen zurückhalten läßt.)

Was von den verbündeten Industriellen, Parisreisenden, Reichs- und Preußenregierungen, Berliner Polizeigewaltigen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vortänzern geplant wurde, kam zum Vorschein, als die Regie der publizistischen Einleitung der Aktion in Erscheinung trat. Herr Künstler, wenn abgewiegelt werden soll, Schalmeienbläser der linken Opposition, wenn aufgewiegelt werden soll, rabiatester aller Kommunistenfresser in der sozialdemokratischen Partei, erfuhr von zuverlässiger Seite, daß Thälmann mindestens 200 Tote haben wolle, und der „Vorwärts“, vom Kriegspressequartler in langjähriger Praxis ans Giftmischen gewöhnt, flehte seinen Zörgiebel an, nur feste Bürgerkrieg zu machen, damit um Gotteswillen kein Blut fließe. Dann kam der 1. Mai. Abgesehen von den Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften, deren Gemütsart der der Hennigsdorfer Streikbrecher entspricht, — wir sind wohl so weit, daß das die Mehrzahl ist — und abgesehen von den herzverfetteten Spießern unter den Arbeitern, die lieber ins Grüne fahren als die Grünen in Berlin zu sehen, zogen die Proletarier, die sich noch als Klasse zusammengehörig fühlen und die unter Sozialismus etwas anderes verstehen als die „Staatsautorität“, die ein Zörgiebel zu beschützen hat, friedfertig und keineswegs herausfordernd in losen oder verbundenen Gruppen durch Berlin. Die Schupo machte sich von früh auf zu schaffen, jagte in Ueberfallautos in den Straßen

herum, sprang ab, verprügelte mit ihren Knuten Frauen, Kinder, Greise, Krüppel, mit Vorliebe auch Juden, sprengte mit dem Rufe, den die Arbeiter als Stichwort für den Tag gewählt hatten, „Straße frei am ersten Mai!“ marschierende Trupps auseinander, verhaftete auf Teufel komm raus alles, was ihrem Heldentum mit mangelnder Bewunderung zusah und „machte von der Waffe Gebrauch“, das heißt, sie schoß in fliehende Haufen hinein, wobei den Oberen wie den Unteren der Staatsretter in hassendem Eifer der Geifer aus den Lefzen rann. Es war erhebend. Am ersten Tage aber betrug die Strecke 9 Tote.

In den Gegenden Berlins, in denen noch erheblichere Teile des Proletariats die Erinnerung an sozialistische Bestrebungen der Arbeiterschaft bewahren, hauptsächlich am Wedding und in Neukölln, verursachte das Wüten der Polizei-Soldateska die größte Empörung. Arbeiter und Arbeiterinnen standen in erregten Gruppen beisammen, — allerdings nicht lange. Denn wo sie beisammen standen, rannten, rollten und ritten Staatsschützer zwischen sie, schlugen und schossen hinein und schleppten wahllos fort, was sie an Lebewild einfangen konnten. Gegenwehr fanden sie fast gar nicht, da dem Straßenpublikum ja keine Panzerwagen und keine Handgranaten gegen ihr reiches Kriegsgeschirr zur Verfügung stand. Man suchte sich also so gut es ging zu schützen und tat das richtigste was zu tun war: man hinderte die Grünen an der Verfolgung der Arbeiter bis in ihre Wohnungen. Dazu wurden die Straßen verdunkelt und die gefährdeten Straßenzüge verbarrikadiert. Es ist weder wahr, daß nur ein paar Latten über die Dämme geworfen wurden, noch ist es wahr, daß Barrikadenkämpfe stattgefunden hätten. Wahr ist, das starke, hohe Barrikaden errichtet wurden, deren Wegräumung des Nachts bei abgeblendetem Licht völlig unmöglich war, so daß die Führer der Polizeiautos und Panzerwagen tatsächlich darauf verzichten mußten, die Straßen zu befahren und unter Feuer zu nehmen, in denen sie der Staatsautorität minder ergebene Arbeiter wohnen wußten. Mehrere Nächte hindurch tobte sich die Ordnungswut sozialdemokratisch dirigierter Polizei-offiziere und Mannschaften in Neukölln aus, indem blindlings geknallt wurde. Alte Frauen wurden von den Balkons heruntergeschossen, ein australischer bürgerlicher Journalist wurde erlegt, sozialdemokratische Wähler wurden zum Tode befördert, und als man sich den Gesamterfolg der Zörgiebelei besah, da hatte Berlin 27 Einwohner weniger, dafür bekamen die Chirurgen in den Krankenhäusern zu tun und ein „Schnellrichter“ erhielt Gelegenheit, Proletarier, die dem Zörgiebel-Sozialismus nicht das genügende Verständnis entgegenbrachten, sozusagen am laufenden Band nach Plötzensee zu befördern.

Gottseidank hat die hohe Polizei keine Verluste zu beklagen.

Zwar berichtete Schmock, die Verbrecher, die die Schande der Arbeiterklasse so weit getrieben hatten, daß sie sogar Barrikaden bauten, hätten nicht weniger als 14 Gewehre den Polizisten gradeweg aus den Händen geschossen. Es ist ein Jammer, daß man diese Verbrecher nicht erwischte hat. Sie hätten die sicherste Aussicht, von jedem Zirkus als Kunstschützen engagiert zu werden, da ihnen das Herausschießen der Gewehre gelang, ohne die Träger zu verwunden. Auch sonst müssen diese Schurken ungewöhnlich geschickt gewesen sein. Bekanntlich lügt die Polizei nie, und der „Vorwärts“ ist erst recht ein Born lauterster Wahrheit. Also hat es Dachschützen gegeben, die von oben herunter die grünen Kämpfer für die republikanische Versammlungsfreiheit aus Maschinengewehren beschossen. Zwar haben die Maschinengewehre nicht weh getan, denn die Kunstschützen haben damit keinen Schupomann verwundet, aber sie hatten ein Verfahren entdeckt, die Dinger unsichtbar zu machen. In den betreffenden Straßen wurde jedes Haus umstellt und bis in die verborgensten Winkel durchsucht. Aber die Zörgiebel-Schützen konnten kein einziges Maschinengewehr der Hausgiebel-Schützen finden, während ihnen doch Totschläger, Schlagringe, ein paar alte Trommelrevolver und Jagdfinten und sogar mehrere verrostete Seitengewehre in die Hände fielen. 5 Tage lang war die Gegend um die Kösliner Straße am Wedding und zwischen Hermann- und Berliner Straße in Neukölln militärisch verriegelt. Kam man abends ins Kriegsgelände, so gab es zwar keine Arbeiteransammlungen, aber geschossen wurde kräftig, so lange wie die Polizei die Gegend sicher machte. Außer ihr schoß niemand.

Die demokratische Presse hat zum großen Teil sehr verwunderte Kommentare zu den heldischen Uebungen der Staatsgewalt gebracht. Doch hat die Sozialdemokratie sich in schöner Solidarität neben alle gestellt, die der Maifeier den Sinn gegeben haben, die sie von nun an hat: Schutz der Staatsautorität gegen Arbeiteransprüche! Herr Zörgiebel ist in eigener Person vor gewerkschaftlich organisierte Arbeiter getreten und hat ihnen erklärt, daß er sehr zufrieden ist mit sich, Herr Grzesinsky hat die Opfer des Unternehmens schuldig gesprochen und sich zu Zörgiebel und seinen Grünen bekannt, Herr Severing hat den an dem Handel als Organisation gar nicht beteiligten Rotfrontbund im ganzen Reich auflösen lassen und der „Vorwärts“ stellt Tag für Tag von neuem fest, daß Barrikadenbauer Verbrecher sind, daß Arbeiter, die der Staatsautorität der Pfründenbonzen keinen Respekt entgegenbringen, Janhagel sind. Auch hat der „Vorwärts“ jetzt ermittelt, daß Barrikaden und Revolution gar keinen Sinn mehr haben, da die einzigen Forderungen, die eine Revolution je gerechtfertigt haben, schon im März 1848

erhoben und im November 1918 von der deutschen Sozialdemokratie erfüllt worden seien.

Und die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit? O, die hat sich um die Mai-Ereignisse nicht viel gekümmert. Zwar rief die Kommunistische Partei sie erst zu einem 24 stündigen Proteststreik auf und am Tage der Beisetzung der Toten zu einer Arbeitspause von einer halben Stunde. Aber befolgt wurde die Parole fast nirgends, worauf der „Vorwärts“ nicht wenig stolz ist. Er hat vie! Grund zu diesem Stolz. In jedem Lande der Welt hätte das gesamte Proletariat ohne Aufforderung irgend einer Organisation von sich selbst aus die Arbeit hingeworfen, bis mindestens die Hauptschuldigen an dem blutigen Verbrechen aus ihren Aemtern gejagt wären. Bei uns darf am Tage nach der Schandtat der Zörgiebel unter Arbeiter treten und denen, die zu seiner Maifeier-Aktion still gehalten haben, eine gute Zensur geben. Bei uns darf dieser selbe Zörgiebel einen Filmstreifen, der die Arbeiter rechtfertigt, die Grünen in ihrer Arbeiterfeindlichkeit überführt, durch einen Wink, daß doch eben er die Staatsautorität sei, unterdrücken. Bei uns ist es sogar möglich, daß am Sonntag nach dem Mord, während die Arbeiterbezirke unter verschärftem Ausnahmezustand gehalten wurden und einem Heerlager kriegsbegeisteter, bis an die Zähne bewaffneter Landsknechte glichen, während die Gemordeten noch nicht unter der Erde lagen, Arbeitersportler, Jugendliche aller, selbst linksrevolutionärer Organisationen mit lautem Freudenhallo auf Lastautos durch die Straßen fahren, um sich zu amüsieren. So gleichgültig ist unserm Nachwuchs die Tatsache, daß in Berlin unter „sozialistischen“ Regierungsgewalten die Arbeiter gezwungen werden, ihr Leben durch Verbarrikadierung der Straßen zu verteidigen.

Wie konnte es dahin kommen? Die fürchterliche marxistische Erziehung des deutschen Proletariats trägt die Schuld. Man hat „historisch-materialistisch“ denken gelernt und weiß also, daß Hilferding als Finanzminister die Reichskasse auch nur mit einer 500-Millionen-Anleihe bei den Banken auffüllen kann, die ein ungeheures Geschenk für das Finanzkapital auf Kosten des Arbeiters ist. Was man so schön erklären kann, braucht einen nicht aufzuregen. Im übrigen ist es Zeit, die falsche Politik der Staatsverwalter zu kritisieren, wenn es wieder ans Wählen geht. Da müssen eben die richtigen Arbeitervertreter ins Parlament, die den Verrätern die Maske vom Gesicht reißen. Na, und dann war ja die Jungsportler-Vergnügungsfahrt von den Führern nicht abgesagt worden. Deren Sache ist es doch, das Richtige anzuordnen. Die deutschen Arbeiter tun diszipliniert, was ihre Zentralen von ihnen verlangen. Warum dann die Proteststreik-Parole der Kommunisten nicht befolgt worden ist? Sehr einfach. Dieselben Kommunisten, die die Parole ausgegeben

haben, verlangen ja von ihren Parteigängern, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften sein müssen. Die freien Gewerkschaften aber haben eine andere Zentrale, und die verlangt das Gegenteil. Dies aber ist die stärkere und mächtigere Zentrale, und wer daran gewöhnt ist, Befehlen von oben zu gehorchen und in jeder eigenen Initiative Verrat und Insurbordination zu verachten, für den bricht Reichsrecht Landesrecht, was übertragen bedeutet, Gewerkschaftskommando geht über Parteikommando.

Barrikaden! Früher einmal ließ das Wort jede revolutionäre Brust höher atmen. Heute wachsen aus dem Berliner Pflaster Barrikaden, und Arbeiter lesen gemütsruhig in ihrer Parteipresse, daß nur Janhagel Barrikaden gegen die Staatsautorität errichten könne. Zum Teufel, Genossen, so seien wir Janhagel! Bauen wir Barrikaden in unserm Bewußtsein: Barrikaden gegen die Staatsautorität wie gegen jede Autorität, auch gegen die von Parteiführern und Gewerkschaftssekretären! Barrikaden gegen die Doktrinen, die mit faulen Erklärungen von Zeiterscheinungen den Kampf gegen die Zeiterscheinungen erwürgen! Barrikaden gegen die Einbildung, der Arbeiter sei deshalb, weil er sich ausbeuten läßt, was besseres als der Bürger. Nein, die Unterscheidung bürgerlich und proletarisch stimmt ja gar nicht mehr. Es ist ja nicht wahr, daß der „Vorwärts“ ein proletarisches Blatt wäre und daß seine Leser, weil sie tagüber am Schraubstock stehen, keine Bürger seien. Bauen wir Barrikaden nicht gegen die Klasse der Besitzenden allein, sondern gegen alle ihre Helfer, gegen alle, die sich wohl fühlen in dem Pfuhl der Korruption dieser Zeit, gegen die Geschäftemacher in der Arbeiterbewegung, gegen die Einschläferer des revolutionären Gewissens und gegen die verfluchten Taktiker und Manöverierer, die nichts sind als Verräter an den Grundsätzen des Sozialismus! Barrikaden des revolutionären Gewissens brauchen wir, wir Janhagel und Lumpenproletarier in den Augen der Streber und Schieber, Barrikaden, die reinlich scheiden: hier die wenigen, die entschlossen sind, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, und drüben auf der andern Seite die Masse und der faulige Brei, der Staat mit allem Troß, dem grünen wie dem roten, der den Nutzen des Augenblicks über die Reinheit des unverdorbenen Gedankens stellt. Barrikaden nicht gegen die, die sich sättigen, sondern gegen die, die sich zufriedener geben!

Berlin 1929: Maifeier mit Barrikaden! Sinnbild der Zeit. Aus den Gräbern der Gefallenen wächst die Zuversicht: es wird ein Mai kommen, in dem die Knospen der Menschenfreiheit aus Barrikaden treiben werden.

Nationale Einheit

Das französische Jakobinertum schuf erst den abstrakten Staatsbegriff und zusammen mit ihm die abstrakte Vorstellung der Nation. Seitdem wurde die Idee der „nationalen Einheit“ das Losungswort der meisten bürgerlichen Parteien, von denen unsere modernen Staatssozialisten diese zweifelhafte Erbschaft übernommen haben, wie so vieles andere. Die nationale Einheit wurde zum Inbegriff der kulturellen Entwicklung, zum Symbol des völkischen Lebens. Jedes Hindernis, das man ihr entgegensetzte, wurde als „kulturfeindlich“ gebrandmarkt, als Verbrechen gegen den „Geist der Nation“. Und diese fable convenue, dieses Märchen, das man stillschweigend als Wahrheit angenommen hat, schlägt noch heute alle Geister in seinen Bann. Ja heute noch mehr als je zuvor. Dabei zeigt uns die ganze Geschichte, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Nicht die Perioden „nationaler Einheit“ waren die großen Kulturperioden der Menschheit, sondern die Perioden „nationaler Zersplitterung“ und relativer Freiheit. Nationale Einheit führte bisher überall zum kulturellen Verfall, zum Niedergange der Kultur.

Das alte Griechenland, das sowohl national als politisch vollständig zersplittert war und den Begriff einer politischen Einheit überhaupt nicht kannte, hat nichtsdestoweniger eine der größten Kulturen gezeugt, die die Menschheit bisher kannte. Und als später Alexander von Mazedonien, der sich als „Hellene“ fühlte, die nationale Einheit Griechenlands mit dem Schwerte herstellte, da versiegten die Quellen der kulturellen Kräfte und Fähigkeiten, die sich unter dem Despotismus nicht entwickeln konnten.

Die große Periode der freien Städte in Europa in der Zeit des Mittelalters war eine Epoche der extremsten nationalen und politischen Zersplitterung, und trotzdem wurde in jener Zeit eine Kultur geboren, die bisher in Europa nicht mehr ihres Gleichen gefunden hat. Die gewaltigen Denkmäler der Architektur und Kunst, die uns jene Zeit hinterlassen hat, sind ewige Wahrzeichen dieser glänzenden Phase menschlicher Entwicklung. Aber als später der moderne Staat auf den Trümmern dieser großen Kultur das Banner der „nationalen Einheit“ aufpflanzte, schmolzen die letzten Reste kultureller Größe wie Schnee an der Sonne; und die brutalste Barbarei brach über Europa herein.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte Deutschlands und wir finden nur eine Bestätigung derselben Erscheinung. Die reichen Errungenschaften geistiger Größe und Kultur in diesem Lande datieren aus der Zeit seiner „nationalen Zersplitterung“. Seine klassische Literatur vom Klopstock bis Goethe und Schiller, die berauschte Kunst seiner romantischen Schule, seine klassische Philosophie von Kant bis Feuerbach, die Höhenepoche seiner klassischen Tonkunst — all dies gehört jener Zeit an. Der nationale Einheitsstaat aber bezeichnet den Niedergang der deutschen Kultur, das Ver-

siegen ihrer schöpferischen Kräfte, den Triumph des Militarismus und einer geistlosen Bürokratie.

Das war nicht nur in Deutschland der Fall. Die Geschichte Italiens, Spaniens, Frankreichs, Rußlands usw. ist nur eine Wiederholung derselben historischen Erscheinungen. Und das ist gar nicht anders möglich; denn der nationale Einheitsstaat ist eben nichts anderes als das in staatliche Formen gegossene Machtprinzip der besitzenden Klassen, der Sieg der Uniformität über die reiche Manigfaltigkeit des völkischen Lebens, der Triumph einer geistigen Dressur, die man „Bildung“ nennt, über die natürliche Erziehung und Charakterentwicklung, das Verdrängen des Persönlichkeitsgefühls durch öden Kadavergehorsam — mit einem Wort: die Vergewaltigung der Freiheit durch brutale staatliche Gewalt und geistlose Schablone.

Das hatte schon Proudhon klar erkannt, als er Mazzini, dem hervorragendsten Vertreter des nationalen Einheitsgedankens in Italien, die Worte entgegenhielt:

„Jeder ursprüngliche Charakter in den mannigfaltigen Landschaften eines Reiches geht durch die Zentralisation — das ist der wahre Name der sogenannten Einheit — verloren. Ein großer Zentralstaat konfisziert alle Freiheit der Provinzen und Gemeinden zugunsten einer höheren Macht, der Regierung. Was ist diese Einheit der Nation in Wahrheit? Das Aufgehen der besonderen Völker, in denen die Individuen leben und sich voneinander unterscheiden, in einer abstrakten Nation, in der keiner atmet und keiner den anderen kennt . . . Indem man dem Menschen die Verfügung über sich selbst geraubt hat, braucht man, um diese riesige Maschine in Gang zu bringen, eine ungeheuerliche Bürokratie, eine Legion Beamte. Um sie nach innen und außen zu schützen, braucht man ein stehendes Heer, Angestellte, Soldaten, Mietlinge, das wird die Zukunft der Nation vorstellen. Diese grandiose Einheit braucht Ruhm, Glanz, Luxus, eine imposante Zivilliste, Botschafter, Pfründen. In so einem Einheitsstaat streckt alles die Hand aus, und wer zahlt die Schmarotzer? Das Volk! Wer einheitliche Nation sagt, der meint eine Nation, die ihrer Regierung verkauft ist . . . Die Einheit ist nichts weiter als eine Form der bourgeoisen Ausbeutung unter dem Schatz der Bajonette. Jawohl, die politische Einheit in den Großstaaten ist die Herrschaft des Bürgertums. Daher die Lust des Bourgeois am Einheitsstaat.“

Der geniale Franzose erkannte den eigentlichen Untergrund aller sogenannten nationalen Einheitsbestrebungen, und was unsere Staatssozialisten von der Sozialdemokratie bis zu den verschiedenen Ablegern des russischen Bolschewismus noch heute nicht sehen können, sah er deutlich voraus, denn sein Blick war nicht getrübt durch die blinde Staatsgläubigkeit unserer modernen Parteisozialisten, die noch immer mit den Eierschalen ihrer jakobinischen Vorgänger behaftet sind.

Jeder Nationalismus ist im Grunde seines Wesens reaktionär und kulturfeindlich, auch wenn er mit sogenannten revolutionären Mitteln arbeitet.

Das gilt auch für die nationalistischen Bewegungen unterdrückter Völker, denn es sind nicht lediglich die Mittel, die eine Bewegung in Anwendung bringt, welche ihren Charakter bestimmen, sondern der sittliche Gehalt ihrer Ideen, ihre völker-vereinenden oder völker-trennenden Bestrebungen. Das Ziel der nationalistischen Bewegungen in Ländern, die einer sogenannten Fremdherrschaft unterworfen sind, ist nicht etwa gegen die Herrschaft als solche gerichtet; alles, was sie erstreben, ist eine Herrschaft unter eigener Flagge. Aber man stelle sich ja nicht vor, daß unsere kleinen Staaten im Prinzip besser sind als die großen. Im Gegenteil, die politische Arroganz und der nationale Dünkel sind dort oft noch stärker entwickelt als in sogenannten Großstaaten. Der kleine Staat verfolgt überall die Tendenz, alle Dummheiten und Verbrechen des großen Staates nachzuahmen. Der beste Beweis dafür sind die durch den Versailler Friedensvertrag ins Leben getretenen Kleinstaaten, die heute die nationalen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen mit denselben verwerflichen Mitteln niederhalten, die man ehemals gegen ihre Bürger in Anwendung brachte.

Was wir vertreten, ist nicht Internationalismus, sondern Anationalismus. Wir fordern das Recht der freien Entschließung für jede Gemeinde, jedes Volk, und gerade aus diesem Grunde verwerfen wir die Wahndee des nationalen Einheitsstaates. Wir sind Föderalisten, d. h. Anhänger eines Bundes freier menschlichen Gruppierungen, die sich nicht voneinander absondern, sondern sich gegenseitig durchdringen und befruchten und durch tausenderlei Beziehungen geistiger, wirtschaftlicher und kultureller Natur auf das innigste miteinander verwachsen sind. Die Einheit, die wir erstreben, ist eine kulturelle Einheit, das heißt eine Einheit, die in der Verschiedenartigkeit ihrer Äußerungen ihre festeste Grundlage findet. Es ist die Einheit, die in ihrer Freiheit begründet ist, die jede Mechanisierung menschlicher Beziehungen untereinander prinzipiell verwirft und die erst mit der Ausschaltung jeglicher Ausbeutung und jeder staatlichen Bevormundung ihre Wirksamkeit voll entfalten kann.

Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß jedes Volk das unverbrüchliche Recht habe, sein kulturelles und gesellschaftliches Leben nach seinem eigenen Ermessen zu gestalten, und zwar als selbständiges Glied einer großen menschlichen Allgemeinheit. Dieser Standpunkt hat in den Schriften des freiheitlichen Sozialismus des öfteren seinen Ausdruck gefunden; allein wir sind der Meinung, daß er einer wichtigen Ergänzung bedarf. Es handelt sich hier nicht ausschließlich um eine rein politische oder sozialistische Frage, sondern zugleich um bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen, welche den einzelnen Gruppen und Völkern erst ihre politische und kulturelle Unabhängigkeit sichern können.

Daß ein Mensch heute als Franzose, Deutscher oder Russe geboren wird, ist lediglich eine Frage des Zufalls, auf die er vernünftigerweise keine Ursache hat, stolz zu sein oder sich darüber zu grämen. Aus diesem Grunde sind ja die ganzen künstlich konstruierten Voraussetzungen unserer Rassen-

theoretiker und Nationalisten aller Kategorien und Schattierungen mit ihren blöden Behauptungen von der Existenz auserwählter und inferiorer Völker so hirnverbrannt und stockreaktionär. Aber es ist ebenfalls nur ein Zufall, wenn ein Volk oder eine Volksgruppe im Laufe ihrer Geschichte auf ein Territorium gedrängt wurde, auf dem man später reiche Naturschätze — Kohlenlager, Erze, Oel usw. — entdeckte. Dieser Zufall darf den Menschen eines solchen Gebietes keineswegs ein Recht verleihen, Monopole zu errichten und andere Völker, die mit solchen Naturgaben nicht gesegnet sind, in wirtschaftlicher Abhängigkeit von sich zu halten.

Wir gelangen da zu einem Kapitel, das hier nur kurz gestreift werden kann, das aber für die zukünftige Entwicklung der menschlichen Rasse von größter Bedeutung sein wird.

Die ganze Tendenz des Kapitalismus, besonders in seiner jetzigen imperialistischen Phase ist deshalb so eminent volksfeindlich und für das Wohl und Wehe der Gesellschaft so verhängnisvoll, weil seine Träger in den verschiedensten Ländern den ausgesprochenen Zweck verfolgen, alle natürlichen Reichtümer der Erde, die den Menschen zum Segen gereichen könnten, der Herrschaft ihrer Monopole zu unterwerfen und alle anderen Völker in die Fesseln wirtschaftlicher Abhängigkeit zu schmieden. Aber jede Seite drapiert diese Wegelagererpolitik als „Wahrung der nationalen Interessen“. Die Internationalisierung der Naturreichtümer in der Form von Kohlen, Erzen usw. ist daher eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus. Durch gemeinschaftliche Verträge muß die Nutznießung dieser Schätze allen Volksgruppierungen garantiert werden, wenn nicht neue Monopole und folglich neue Klassenteilungen und wirtschaftliche Versklavung im Schoße der Gesellschaft Platz greifen sollen. Nur so wird es den Menschen gelingen, die heutige kapitalistisch-nationalistische Reaktion aufs Haupt zu schlagen und die Bahn zu brechen, die ins Neuland einer besseren Zukunft führt.

Rudolf Rocker.

Geschlechtsnot der Gefangenen

Karl Plättner hat ein überaus verdienstliches Werk geleistet, indem er in seinem Buch „Eros im Zuchthaus“ (Mopr-Verlag, Berlin 1929) die Wirkungen der aufgezwungenen Geschlechtsenthaltung in den Strafanstalten öffentlich, rückhaltlos und mit dem strengen Ernst, den der Gegenstand erfordert, aufzeigt. Dieses Buch sei, ehe ein Wort der Kritik geäußert wird, als ein Dokument menschlichen Anstands und als Leidensbeichte von unerhörter Aufrichtigkeit, zugleich aber auch als eine Sammlung furchtbarer Anklagen gegen den Staat mit seinen Einrichtungen der Gewalttätigkeit gegen das Lebensrecht der ihm Ausgelieferten der Lektüre, dem Nachdenken und dem Zorn der Mitwelt eindringlich empfohlen. Das Werk, das den Untertitel führt: „Eine Beleuchtung der Geschlechtsnot der Gefangenen, bearbeitet auf der Grundlage von Eigenerlebnissen, Beobachtungen und Mitteilungen in

achtjähriger Haft“, ist mit einem Vorwort der leitenden Aerzte des Institutes für Sexualwissenschaft, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Felix Abraham versehen, und der Verfasser bemüht sich in fast rührender Weise, seiner Arbeit über den gesellschaftskritischen Charakter hinaus ein wissenschaftliches Fundament zu geben.

Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht, ein solches Buch mit dem Seziermesser literarischer Fachkritik aufzuschneiden, Aber es wäre mir lieber gewesen, wenn Plättner nirgends die derbe Sprache, deren sich Gefängnisinsassen bei der Behandlung sexueller Dinge, auch wo ohne zoilige Absicht und ganz sachlich darüber gesprochen wird, zu bedienen pflegen, in ein gesellschaftliches Deutsch umzufrisieren versucht hätte. Es wäre mir vor allem lieber gewesen, Plättner hätte auf jede wissenschaftliche Polemik verzichtet und Tatsachen, Tatsachen und immer wieder Tatsachen sprechen lassen, solche erschütternden und in grauenvollem Maße beweiskräftigen Tatsachen, wie er sie ja wirklich in reicher Fülle sprechen läßt und wie sie seinem Werk den Wert eines bedeutenden sozialen Ereignisses verleihen. Ich bemängle Plättners Methode wahrlich nicht, um meinerseits die wissenschaftlichen Aufstellungen anzugreifen, sondern aus zwei andern Gründen: erstens hat der proletarische Leser mehr von der Lektüre, wenn er sich nicht durch komplizierte Gelehrsamkeit hindurchlesen muß, sondern — in einem dünneren, daher billigeren und dem Arbeiter zugänglicheren Buch — unmittelbare Eindrücke empfängt, aus denen sich die Folgerungen für jeden unverfäfften Geist von selber ergeben; zweitens aber bietet jede wissenschaftliche Argumentation, auch wo sie mit freiheitlichsten Absichten angewendet wird, die Möglichkeit zum Gebrauch mit umgewendeter Logik. Vom Marxismus gar nicht zu reden, der zum Glück in Plättners Darlegungen auch unerwähnt bleibt; aber immer wieder bezieht er sich auf die Schrift des Russen A. W. Nemilow: „Die biologische Tragödie der Frau“ (deutsch bei Oscar Engel Verlag, Berlin 1925), um das Leid der selbst eingesperrten oder durch die Einsperrung des Mannes zur Witwenschaft gezwungenen Frauen recht sinnfällig zu machen. Lieber Karl Plättner! Was sagst du dazu, daß derselbe Nemilow, der sein Buch ausdrücklich der proletarischen Jugend widmet, um sie in ihrem Bestreben zu unterstützen, „eine neue Geschlechtsmoral aufzurichten“, nachdem er festgestellt hat, daß in Rußland „alle alten Begriffe über Geschlechtsmoral von selbst zusammengestürzt“ sind, — daß dieser selbe Nemilow einem heute, wenn man von dem Recht der Frau auf die unbedingte Freiheit ihres Geschlechtswillens spricht, von sonst höchst antiautoritär gesonnenen Jugendlichen entgegengehalten wird: es gebe eben biologische Besonderheiten des Weibes, die sie von den sexuellen Freiheiten ausschließen, deren sich der Mann natürlich erfreuen dürfe. Da haben denn die sehr aufgeklärten, sehr freiheitlichen kleinen Gockel ihre „Wissenschaft“, die dem Männchen hilft, ohne seine habgierige Eifersucht einzugestehen, das Weibchen zu knebeln und als privilegierter Gendarm zu beaufsichtigen. Ich bin überzeugt, daß solche windigen Nemilow-Zitate wie dies: „der Organismus der geschlechtsreifen Frau balanciert die ganze Zeit zwischen Psychologie und Pathologie mit einer ständigen Steigerung zur letzteren“ — von denen, die mit jeder Freiheitsentziehung die Verhinderung der Geschlechtsbetätigung verbunden wissen wollen, ebenso für ihre trüben Zwecke beansprucht werden können, wie Plättner sie für seine guten Zwecke beansprucht. Doch dies nebenbei. Möge schnellstens eine neue Auflage nötig werden, und möge der Verlag dann das Tatsächliche in konzentrierter Form herausbringen, damit jeder, der selber einmal hinter Gitter geraten kann — und wer, außer Nationalisten, könnte das in Deutschland nicht? — erlassen lerne, was ihm bevorsteht.

Die unbedingte Entschlossenheit zur Wahrheit, der große Mut, sein eigenes seelisches und körperliches Reagieren auf die Entbehrung des geschlechtlichen Ausschwingens unter Ueberwindung aller schamhaften Hemmungen vor aller Welt auszubreiten, dazu das persönlich interessante Aushilfsmittel, die Qual leichter zu ertragen, über die Ursachen und Wirkungen der Nerventortur unausgesetzt Material zu sammeln (Plättner scheint die riesige Leistung, die er mit der Zusammentragung seiner Beispiele vollbracht hat, noch kaum selbst als Ablenkung der Sexualität auf geistige Arbeit erkannt zu haben), — alles das schafft Klarheit in Dingen des Strafvollzugs, die bis jetzt nicht nur gefehlt hat, die nicht einmal gesucht worden ist. Es wird von den Zuckungen der Geschlechtsnerven berichtet, zunächst in der Einzelhaft, wo „alle unsinnigen Verbote wirksam werden“, das Verbot, aus dem Fenster zu schauen und sich mit einem Nachbarn zu unterhalten, „das Verbot der Selbstbeschäftigung, das Rauchverbot, das Vorenthalten befriedigender Lektüre, die die geistigen Kräfte und das Interesse spannen kann, der Mangel des geselligen Verkehrs“. Da kommt der Gefangene zum Onanieren, treibt es im Uebermaß, schafft seiner geängsteten und überreizten Phantasie sexuelle Fetische und weibliche Götzenbilder aus Kissen, aus geknetetem Brot, baut sich mechanische Befriedigungsmittel aus jedem erlangbaren Material. Plättner erwähnt einen Fall — und ich kenne andre ähnlicher Art —, in dem ein Gefangener sich selbst verwundete, um dem Drang zur Selbstbefriedigung zu widerstehen. Ein anderer bat den Anstaltsarzt, ihn zu kastrieren. Die Gemeinschaftshaft bewirkt selbstverständlich homosexuelle Ausflüchte aus der entsetzlichen Not, und statt aller Beispiele aus Plättners Arbeit will ich ein Wort wiedergeben, das ein eben entlassener Zuchthausgefangener, als er mich kürzlich besuchte, im Gespräch über diesen Gegenstand gebrauchte: „Leg' im Zuchthaus zwanzig Mann in einen Schlafrum, dann sind das zehn Paare“.

Plättner berichtet von den sexuellen Ersatzmitteln der im Freien beschäftigten Gefangenen, die sich bei der Stallarbeit an Schweinen, Kühen, Ziegen, Hühnern Erleichterung schaffen. Er berichtet auch von der Hilfe, die mitleidige Menschen draußen, entlassene Mitgefangene, die die Sucht vom eigenen Erleben kennen, oder auch Frauen und Mädchen aus Liebe oder aus verstehendem Wissen den hungernden Trieben zuteil werden lassen. Entblößungen auf der Landstraße, wenn anzunehmen ist, daß der gemeinte Gefangene aus irgend einem verborgenen Gitterfenster hinsehen kann, heimliches Hineinsenden erotisch wirkender Talismane von verschwiegenen Frauen teilen. Auch die parallelen Erscheinungen bei gefangenen Frauen kann Plättner mit reichem Material belegen. (Uebrigens: das Beispiel, auf das sich Plättner unter Berufung auf mich bezieht, ist nicht meinen Niederschönenfelder Festungs-, sondern meinen Ansbacher Gefängnis-Erfahrungen entnommen. Dort, niemals in der sogenannten „bayerischen „Festung“, wurde meine Zelle von weiblichen Gefangenen gereinigt.)

Sehr wertvoll sind die Schilderungen von Frauenbesuchen unter der Aufsicht von Bütteln, sehr wertvoll auch die Beschreibungen der gelegentlichen zufälligen Begegnungen mit dem andern Geschlecht in Büroräumen: der Anstalten, bei Sammeltransporten und dergleichen, bei denen es fast immer gelingt, zu einer irgendwie gearteten Entspannung des aufgespeicherteren Dranges zu gelangen. Plättner bezieht sich wiederholt auf den Vortrag, den ich 1926 im Sexualwissenschaftlichen Institut über die Wirkungen der Strafhaft auf die Sexualität hielt und mit dem ich wohl als erster dieses Thema, damals zumeist vor Juristen und Aerzten, öffentlich zur Diskussion stellte. Damals habe ich besonders betont, daß die schlimmste Ent-

behrung gar nicht den Geschlechtsakt selbst betreffe, sondern die Begierde nach der Körpernähe ersehnter Menschen, nach Zärtlichkeiten, nach dem Einatmen weiblicher Ausströmung. Plättner bestätigt das, wie es von jedem bestätigt wird, der das Haftleben aus eigener Erfahrung kennt. Hier liegt nämlich der Kern des Uebels: Menschen leben abgesperrt von der ganzen bewegten Mitwelt, sind herausgerissen aus dem großen einheitlichen Organismus Gesellschaft. Erotik aber ist die Anziehung, die einzelne Menschen aufeinander ausüben und die ihre Saugkraft aus der Atmosphäre nimmt, die von der Körperwärme aller Menschen erzeugt wird. Wer dieser Atmosphäre entzogen lebt, dessen gesamte erotische Funktion muß krank werden. Darum ist es töricht, den Gefangenen etwa die zur Geschlechtsenthaltung verpflichteten katholischen Kleriker entgegenzustellen (einmal angenommen, das sogenannte Keuschheitsgelübde würde hier und da tatsächlich gehalten); diese Menschen kommen doch unter die Menge, leben im Wechsel der Begegnungen auf der Straße, in der Kirche, in Häusern, überall. Ihre Ausdünstung mischt sich mit der der Gesamtheit, sie ziehen erotischen Stoff in sich, der sich auch ohne sexuelle Betätigung umsetzen kann, wenn die Beziehung zur gesellschaftlichen Mitwelt in ständiger Berührung erhalten bleibt.

Sicher wäre im Strafvollzug die Gelegenheit zum geschlechtlichen Verkehr für alle Gefangenen nötiger als irgendwo anders. Der von der erotischen Einwirkung der Gesamtatmosphäre Ausgesperrte hat ein verändertes und ungeheuer gesteigertes Triebleben. Seine Verhinderung an sexuellem Ausgleich kommt daher einer Strafe gleich, die eine einsichtige Gesellschaft niemals durch gleichviel welches Verbrechen gerechtfertigt finden wird. Was auf diesem Gebiet in Strafanstalten, Erziehungshäusern und sonstigen Zwangseinrichtungen vom Staate gesündigt wird, das muß sich an der gesamten Menschheit rächen. „Der Zimmermaler Anton Speckner ist in Bayrischzell verhaftet worden und hat eingestanden, die elfjährige Frieda Pracher im sexuellen Rausch umgebracht zu haben . . . Speckner hatte vor wenigen Wochen das Zuchthaus verlassen, in dem er vier Jahre zugebracht hat. Er ist 25 Jahre alt. Männiglich weiß, daß der Strafvollzug in Gefängnissen und Zuchthäusern gänzliche Geschlechtsenthaltbarkeit in sich schließt. Speckner war also vom 21ten bis zum 25ten Lebensjahr zwangsweise von jedem Verkehr mit Frauen abgesperrt. Daß eine derartige Tortur die Geschlechtsnerven in fürchterlicher Weise martern muß, liegt auf der Hand, und es ist sehr begreiflich, daß ein nach langer Zeit aus der Gefangenschaft befreiter Mensch hemmungs- und willenlos seinen entfesselten Trieben folgt. Es sei dem Verteidiger des unglücklichen Mörders dringend nahegelegt, den Geschworenen aufzuzeigen, wie leicht die Sittlichkeit, die in den Gefängnissen die Naturbedürfnisse der Menschen hungern läßt, allein verantwortlich wird für kriminelle Unsittlichkeiten. Die Verweigerung der Geschlechtsbetätigung in den Strafanstalten gehört zu den brutalsten Begleiterscheinungen des herrschenden Systems. Anton Speckner ist ein Opfer dieser unsinnigen Grausamkeit. Er ist unsres Mitleids nicht weniger wert als die arme kleine Frieda Pracher.“ Ich habe diese Bemerkung hierher gesetzt, um den Irrtum richtigzustellen, den sowohl Plättner als auch im Vorwort Dr. Hirschfeld begeht mit der Annahme, ich hätte in meinem Vortrag 1926 zum ersten Male die sozialschädliche Wirkung des „Keuschheits“-Zwanges in den Kerkern angeprangert. Die angeführten Sätze sind meiner Münchener Zeitschrift „Kain“ entnommen. Ich schrieb sie in einem Artikel „Der Lustmörder“ für das Heft, das am 1. Januar 1912 erschien. Damals hat man solche Gedanken belächelt. Der Verteidiger Speckners hat sie meines Wissens nicht benutzt, der Lustmörder wurde zum Tode verurteilt und, wenn ich nicht irre, geköpft. Der Strafvollzug aber, der in Wahrheit die elfjährigen kleinen Mädchen dem

Lustmord künstlich aus den Fugen gerissener Unglücklicher ausliefert, lebt noch, — im Namen der Gerechtigkeit und der guten Sitten.

Plättner hat endlich lauter gegen diese Barbarei um Hilfe gerufen, als es bisher je geschehen ist. Ob seine Verbesserungsvorschläge sich gegen die Tugendhaftigkeit der Pfaffen und Bürokraten durchsetzen werden, bezweifle ich vorläufig. Ich glaube an eine Reform des Strafvollzugs in der Form der revolutionären Abschaffung der Gefängnisse und Zuchthäuser.

Die Sieger

Sie setzen sich eben zusammen zum Siegesfest, und wir brauchen das Ergebnis von Magdeburg wahrhaftig nicht abzuwarten, um den Charakter dieser sozialdemokratischen Jahrestagung noch vor der Eröffnung feststellen zu können. Seit der „Barrikaden“-Artikel für dieses Heft geschrieben und in Satz gegeben ist, haben sich einige Tatsachen zugetragen, die die Herrlichkeit unseres, von den Epigonen der Verfolgten des Sozialistengesetzes regierten Vaterlandes in neuem, immer noch schönerem Glanz erstrahlen lassen. Herr Dr. Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke und Vorsitzender der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sowie des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen, auch Mitglied und früherer Reichstagsabgeordneter der Partei des von der Sozialdemokratie als Hort aller republikanischen Freiheit verehrten Müllerschen Koalitionsministers Stresemann, — Dr. Albert Vögler hat die Pariser Reparationskonferenz unter Protest verlassen. Er hat damit dieselbe Geste ausgeführt, mit der im Juli 1920 sein Parteigenosse und Wirtschaftskumpen Hugo Stinnes die Konferenz von Spa sprengte. Den Schacht hatte man im vorigen Monat leise angepfeifen, als er den erstaunten Franzosen, Engländern, Italienern, Belgiern und Amerikanern zu verstehen gab, bei der Bewilligung von Kolonien für das deutsche Kapital und bei Zusage wohlwollender Neutralität, wenn man den deutschen Militärs, den Polen den Zugang zur Ostsee zu sperren und die deutsch-schlesischen Ostgrenzen zu erweitern erlaubte, werde man mehr als die als Maximalsumme angebotene Tributzahlung leisten. Er mußte dann erklären, er habe da nur in seiner politischen Ahnungslosigkeit eine Privatmeinung geäußert und sei bereit, dem deutschen Proletariat auch ohne Gegenleistung der Gläubiger an das Kriegsbedürfnis der Gröner-Generäle über das Angebot hinaus Schweiß auszutreiben. Da aber wurde der Vertrauensmann der Schwerindustrie scharf gemacht, und Herr Vögler fand die nationale Würde wieder, die man vor dem Erscheinen des Retters Dawes immer einräumte, wenn eine beabsichtigte Riesenschröpfung der deutschen Arbeiterschaft zugleich den Teutonenzorn gegen den erpresserischen „Feindbund“ anheizen und die Schuld an der Verelendung den Verrätern im Innern, den vereinigten Juden, Republikanern, Demokraten und November-Verbrechern aller Sorten aufhalsen sollte.

Der „Vorwärts“ verteilt an die Kapitalswächter, die die deutschen Belange wahren, indem sie ehrfürchtig die Zahlungsaufträge der Morgan und Young als Ausflüsse tiefster Weisheit und Gerechtigkeit anstauen, verschwenderisch Lobspprüche und hält den rheinischen Frondeuren vor, wenn sie die Konferenz zum Scheitern brächten, würde eben der Dawespakt weiter in Funktion bleiben. Man erinnere sich, als welches Heiß die Stampferleute dieses ungläubliche Knechtungsinstrument austrumpet hatten, als sie seiner Inkraftsetzung im Oktober 1924 zustimmten. Damals waren sie außerhalb der Regierung „das Zünglein an der Wage“, das sich immer

zu dem Stiefel neigt, den es lecken kann. Man könnte sich über das Bangemachen mit dem Dawespakt wundern; aber die augenblicklich in Magdeburg versammelten Herren haben uns das Wundern allmählich abgewöhnt.

Ihr Hörising wird sie mit Reichsbannergetute begrüßen, froh, nicht von den Rotfrontschalmeien übertutet werden zu können. Denn die Sozialdemokratie versammelt sich, nachdem auch sonst alle Hochwasserängste beschwichtigt sind, als Siegerin zum Parteitag. Die Herren Otto Braun, Severing und Grzesinsky werden den Sieg, mit dem sie den Feind vernichtet haben, in Triumphgesängen auf die eigene Farschheit als wichtige Etappe auf dem Wege zum Sozialismus preisen. Sie werden unter dem Jubel der Veteranen der Arbeiterbewegung verkünden, daß Klassenbewußtsein nichts anderes sein kann als Staatsbewußtsein, und sie werden die Bulletins ausgeben, die sie soeben aus dem Hauptquartier ihres Zörgiebel empfangen haben. Zunächst ist einmal die „Rote Fahne“, die nach dreiwöchigem Verbot 2 Tage lang wieder erscheinen durfte, für weitere 4 Wochen untendrückt worden. Dadurch ist verhütet, daß in einer großen Berliner Tageszeitung die Harmonie des Parteitages dauernd gestört würde. Die übrige Kritik von links der Sozialdemokratie, also etwa in den Ullstein- und Mosseblättern, wird sich wohl einige Mäßigung auferlegen, um nicht zu deutlich werden zu lassen, daß die Partei Bebels bereits rechts von ihnen angelangt ist und etwa die Politik der früheren Nationalliberalen mit einem Stich ins Klerikal-Konservative treibt. Das Verbot der kommunistischen Zeitung kommt um so leichter ausgesprochen und begründet werden, als die annoch in der Reichsregierung geduldeten Herren Parteigenossen gerade die Verlängerung des Gesetzes „zum Schutz der Republik“ erreicht haben. Durch etliche Kritik an Zörgiebels grüner verwegener Jagd und die Forderung, sich dem Demonstrationsverbot selbigen Zörgiebels vom 13. Dezember 1928 zu widersetzen, fand eben dieser Zörgiebel „dargetan, daß die Kommunistische Partei eine staatsfeindliche Organisation im Sinne des § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik in Verbindung mit § 129 StGB. ist“. Das ist wortwörtlich aus Nieder-Urteilen herausgeschrieben, die nun also die Sanktion der Partei erhalten haben, die, ehe sie ihre bewährten Führer dank der Disziplin ihrer Wähler zu Staatspründern machen konnte, denselben Arbeiteranhang mit denselben Mitteln hinter sich herzog, wie jetzt die Nachfolgepartei. Ueber sie vermochte kein Bismarok und kein Jagow zu siegen; sie aber sind die Sieger über die, die ihnen vor Jahrzehnten den Sozialismus geglaubt hatten.

Währenddem ist in Itzehoe eine Bombe geplatzt, und zwar im Landratsamt. Das ist die Gegend, wo das von der Musterverwaltung dieser Republik in Verzweiflung gejagte Landproletariat von klügeren Leuten als es die Republikaner sind, vom faschistischen Junkertum, zu kräftigeren Handlungen angetrieben wird, als die Kommunisten sie ihrer Gefolgschaft empfehlen. Aber das beunruhigt die Sieger in Magdeburg wenig. Sie werden durch ihr Wehrprogramm beweisen, daß sie sich von niemandem in vaterländischer Gesinnung übertreffen lassen und zeigen durch ihren entschlossenen Kampf gegen die revolutionären Arbeiter wahrlich klar genug, daß sie denselben Feind bekämpfen wie die Herren Völkischen und Deutschnationalen. Sie werden auch noch bessere Beweise ihres Wohlverhaltens geben, wenn es verlangt wird. Das Verbot der Kommunistischen Partei ist ja durch die Uebernahme der Niedersachen Rechtsgrundlagen schon vorbereitet; die Faschisten sollen sehen, daß die Sozialdemokraten wirklich regieren können, daß sie wirklich die Sieger sind über alle Ansprüche des Proletariats. Den Bombenwerfern von Itzehoe wird gewiß nichts Ernstliches geschehen; Herr Langkopp, den jeder patriotische Deutsche als Hel-

den bewundert, hat sie ja selber vorher ermutigt. Man wird ihnen schon deshalb nichts tun, damit nicht wieder eine Amnestie notwendig wird, durch die am Ende doch auch ein paar revolutionäre Arbeiter — etwa vom Mai 29 — freigelassen werden müßten; das wäre schmerzlich.

Sie glauben immer noch, die Sieger vom Wedding und von Neukölln, sie säßen sicher auf ihren Amtsthronchen. Weil die Sachsen bei den Landtagswahlen so gehandelt haben, wie Indifferente immer handeln, Zettel abgeben, wie man's gewöhnt ist, und sich schlafen legen, — halten sich die Gewählten für die Inhaber der Macht. Dabei sieht die Situation der von 1923 nicht nur wegen der Pariser Verhandlungen ähnlich. An Stelle der Inflation haben wir Arbeitslosigkeit im größten Ausmaß als Dauerzustand, eine Folge der „Rationalisierung“; aber die Rationalisierung wäre nicht vollkommen, wenn nicht die sogenannte Sozialpolitik, die, wie sie ist, ohnehin auf reine Verhöhnung des Proletariats hinausläuft, auch noch aufs gründlichste abgebaut wird. Dagegen werden die Sieger in Magdeburg mannhafte Resolutionen annehmen, die ihnen gar nichts nützen werden. Sie werden froh sein, wenn sie selber noch als Vollstrecker dieser vollständigen Ausplünderung der Armut zugelassen werden. Sobald aber Hindenburg stirbt oder abdankt, schlägt der Faschismus los. Da wird den Sozialdemokraten kein Verrat und keine Entwürdigung helfen, da geht es ihnen ebenso an den Kragen wie uns Revolutionären aller Richtungen, falls es nicht dann doch noch ganz anders kommt. Allerdings so, daß die Magdeburger Hörsingakademie Freude am Ausgang haben wird, kommt es bestimmt nicht, erst recht nicht, wenn das Proletariat auf dem Damm ist.

Eine Frage übrigens an die Genossen von der Kommunistischen Partei. Ihr nennt die deutschen Sozialdemokraten neuerdings immer Sozialfaschisten: Wieso sozial?

Wiederaufnahme-Verfahren

Unter hundert Verurteilungen sind 99 Fehlurteile: nicht daß überall die Tatsachen unrichtig festgestellt würden, aber ihre Zusammenhänge, sozialen und psychologischen Hintergründe und ihre moralisch-gesellschaftliche Bedingtheit werden fast nirgends erkannt oder gar unabhängig von Erziehung und Persönlichkeit der nur einer Gesellschaftsschicht entstammenden Richter gewürdigt. Aber auch der Prozentsatz der Fehlurteile, die auf der Annahme unrichtiger Tatsachen fußen, ist viel größer, als der in den Tag lebende Zeitungsfleser ahnt. Unter tausend Fehlurteilen dieser nachweislichen Art bleiben aber 999 unberichtigt. Zu einem Wiederaufnahmeverfahren reichen für die Formaljuristen die vor der neuen Verhandlung beigebrachten Gründe fast nie aus. Man denke an den Fall Hoelz! Von Bullerjahn ist es ganz still geworden. In Sonnenburg sitzt der unglückliche Paul Panske, ein Mann, der, um in die Zeitung zu kommen, Dutzende schwerster Straftaten eingestanden hat, die er gar nicht begangen haben kann, da er zur Zeit ihres Geschehens längst eingesperrt war. Ich habe Briefe von vielen, vielen Gefangenen, die alle beteuern: ich bin unschuldig verurteilt. Bei etlichen von ihnen ist mir das sehr glaubhaft. Aber zu einem Wiederaufnahmeverfahren reicht's nicht. Der Fall Dujardin ist eine Ausnahme allerseitsster Art, obgleich wir zufällig in der letzten Zeit mehrere solcher Ausnahmen — unter Tausenden von ähnlichen Fällen — erlebt haben. Dem armen Jacobowski wird auch die Nachprozessierung den Kopf nicht wieder aufsetzen.

Eine gründliche Revolution müßte damit anfangen, ungeprüft alle Urteile an armen Teufeln als Fehlurteile zu betrachten und die Gefängnisse aufzumachen. Wäre diese Republik im Ernste eine Republik, so hätte sie

mindestens längst alle die Opfer der Justiz freigelassen, über deren Vernichtungsprotokoll die Ueberschrift prangt: Im Namen des Kaisers, Im Namen des Königs, der Bundesfürsten und der Herrlichkeit, die angeblich 1918 in Trümmer fiel. Ihr fürchtet Euch, Raubmörder wieder unter die Menschen zu lassen. Ach, keiner von ihnen ist gern Raubmörder geworden; kaum einer aus Wut über die schandbaren Verhältnisse, die seine Not bedingten. Ihr guten Leute habt keine Ahnung, was die meisten Raubmörder für Spießbürger sind.

Eugen Leviné zum Gedächtnis

Am 5. Juni 1919 ließ eine in der Mehrheit sozialdemokratische Regierung das von einem aus monarchistischen Richtern und königlichen Offizieren bestehende Standgericht verhängte Todesurteil gegen den Revolutionär Eugen Leviné im Gefängnishof Stadelheim bei München vollstrecken. Ohne Zustimmung der Sozialdemokraten war dieser Mord unmöglich. Die Ausrufe des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, er sei gerade verreiselt gewesen, gilt nicht, da er seine Stimme samt seiner zweiten Stimme als Vorsitzender des Ministerrates einem Kollegen übertragen konnte. Hätte er es getan und zwar gegen die Vollstreckung des Urteils, so wäre die Untat nicht geschehen. Uebrigens ist die Behauptung, der Schneppenhorst habe ausdrücklich für den Tod Levinés gestimmt, noch nie widerlegt worden. Daß Schneppenhorst dessenungeachtet noch Mitglied der Partei ist, die bekanntlich vornehmlich gegen die Todesstrafe eifert, versteht sich von selbst. Ist doch Friedrich Ebert, der 1919, 20, 21 und 23 Todesurteile in hellen Haufen ausführen ließ und die im Republikschutzgesetz neu ersonnenen Bestimmungen zur Ausdehnung von Todesstrafen auf politische Delikte 1922 unterzeichnete, grade erst nach seinem Tode — und er starb anders als Leviné — zum Säulenheiligen der Sozialdemokraten gemacht worden.

Was die revolutionäre Politik Eugen Levinés anlangt, so glaube ich, daß ein völlig sicheres Urteil erst möglich sein wird, wenn die Vorwürfe, die er uns machte und die Vorwürfe, die wir ihm machten, von völlig objektiven Gesichtspunkten aus gemessen und verglichen werden. Solange eine vorbedachte Parteilichkeit nicht auf Wahrheit aus ist, sondern auf politische Tageszwecke, ist auch ein rühmender Nekrolog nur Schändung und nicht Ehrung eines Toten. Immer zugeben werde ich, daß Leviné den Charakter der Sozialdemokratie besser beurteilte als Landauer und ich, insofern als er das Verhalten der Ebert, Scheidemann, Noske usw. nicht als Verräterei minderwertiger Subjekte ansah, sondern als zwangsläufige Folge der sozialdemokratischen Parteipolitik im ganzen. Er hatte recht, als er uns vorhielt, diese Partei werde uns verraten wie jeden, der sie zu gemeinsamem Handeln für das Proletariat zuließe. Dagegen hatte er offenbar unrecht, sich der Ausrufung der Räterepublik zum 5. April (die verhängnisvolle Verschiebung zum 7. war ja die Wirkung seines Widerstandes) entgegenzustellen. Doch sind alle historischen Wertungen müßig in dem Augenblick, wo es gilt, der Persönlichkeit gerecht zu werden. Leviné war eine große revolutionäre Persönlichkeit, voll Leidenschaft, Tatkraft, Klugheit und voll von Fanatismus, ohne den es keine Gemalität und keinen Todesmut für ein Ideal gibt. Wer so vor seinen Richtern stand wie Eugen Leviné, wer so wie er den Todesspruch entgegennahm und so den tödlichen Kugeln seinen Treuschwur an die Weltrevolution entgegenrief, — der gehört der Revolution aller Zeiten, und wer sie liebt, gleichviel ob er in allen Auffassungen mit Eugen Leviné übereinstimmt, wird Männer seiner Art lieben müssen. Hätten wir ihrer mehr!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!

Auskunft durch Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln,
Ziethenstraße 10

Unterstützt Fanal

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-)Preis Mk. 2,25

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung. bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt. fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen
Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Brosch. 11,50 Mk., geb. 16,— Mk.

Weltbühne, Nr. 8. „Ein unendlich reiches Werk, eine Quelle der Leidenschaft, der Lebensmeisterung und Weisheit.“
(E. M.)

Besticht Bücher durch uns!

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischem Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrtstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Aermelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Baretts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel. Zeltzubehör

ferner: Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

*außer-
dem:* Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

*Mach Dir zum Prinzip:
Alles aus den Fackelstuben.*

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgd.
Berlin O 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthaus)

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Staatskunst — Am Pranger der Geschichte (von Arst). — Prozesse — Magdeburg u. Wedding — Abschied von Oskar Kanehl — Hundertprozen- tiger Anarchismus — Zeitgeschichte
--

NR. 10

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

Juli 1929

Die

Gilde freiheltlicher Bücherfreunde

bringt in ihrem am 1. Mai 1929 begonnenen Gildenjahr folgende Bücher heraus:

Bruno Vogel

ALF der Roman einer Jugend.

Ein antimilitaristisch-antibürgerlicher Roman. Das Buch des bekannten Autors von „Es lebe der Krieg“ ist für den Leser ein packendes Erlebnis.

William Godwin

Galeb Williams

oder: **Die Dinge wie sie sind.**

Ein Buch gegen die Justiz. Die spannende Schilderung des großen englischen Vorläufers des modernen Sozialismus steht Jacob Wassermanns „Fall Mauritius“ würdig zur Seite.

Rudolf Rocker

Der Nationalismus

und seine Beziehungen zur Kultur.

Eine tiefeschürfende Untersuchung über Ursprung und Wesen des Nationalismus, ein Bekenntnis zum sozialistischen Internationalismus.

1 Mark

beträgt der Gildenbeitrag pro Monat. Außer den je 350 Seiten starken Bänden liefert der G. f. B. ihren Mitgliedern die Monatszeitschrift

„Besinnung und Aufbruch“

Man fordere **sofort** Prospekte von der

Gildenleitung: Berlin O 34, Warschauer Straße 62

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 10

Juli 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,85 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 3, Neukölln 8113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Staatskunst

Staatskunst ist weder die Anwendung allgemeiner sittlicher Grundsätze auf die Notwendigkeiten des täglichen gesellschaftlichen Lebens, wie gewisse Idealpolitiker annehmen, noch, wie die Realpolitiker behaupten, Verwirklichung des Erreichbaren am Maße grundsätzlicher Bekenntnisse. Staatskunst ist Dienstleistung für den wirtschaftlich Starken mit dem einzigen Ziel, dessen Vorteile zu vermehren, um des Amtes, sein Dienstmann zu sein, würdig befunden zu werden. Staatskunst ist Unterordnung der öffentlichen Dinge unter die privaten der eigenen Person oder des Vereins, der sich mit den Angelegenheiten des Staates befaßt und deshalb Partei heißt; denn Parteipolitik ist Staatspolitik, und Staatskunst ist Parteipolitik mit den ideellen und materiellen Mitteln der Gesamtheit. Staatskunst ist Verleugnung alles Anstands, aller Wahrhaftigkeit, aller Ueberzeugung, aller Treue gegen die Gutgläubigkeit, Bezwingung des den Menschen von Natur eingeborenen Gefühles von Freiheit und Gerechtigkeit, Abtötung des ursprünglichen Wissens um Recht und Moral und Anbetung leerer Begriffe, hinter deren weihevollen Klang sich Habsucht, Herrschsucht und Quälsucht verbirgt. Staatskunst ist Entgeistigung und Entwürdigung des Lebens um des Gewinns und des stumpfsinnigen Luxus einer kulturlosen Oberschicht willen, ist Willkür aus Angst vor dem Durchschautwerden, ist Einimpfung falscher und schädlicher Meinungen in Seelen und Hirne der wertschaffenden Volksmehrheit, der die Religion erhalten wird, um ihr die Kritik abzutreiben. Staatskunst ist das Verfahren, das lebendige gesellschaftliche Geschehen in Gesetze und unbewegliche Formeln einzufangen und dadurch zu einem toten Uhrwerk zu machen, den Schaffungswillen der Gesamtheit den Nützlichkeiten der Bevorrechteten zu opfern und diese Nützlichkeiten

von Vertretern der Entrechteten mit Gewalt schützen zu lassen. Staatskunst ist, was sich an folgenden Beispielen offenbart.

Vor fünf Jahren löffelten die Staatskünstler in London die Suppe aus, die die Finanzkünstler, ihre wahren Herren, ihnen gekocht hatten. Es handelte sich darum, daß die Sieger im Weltkrieg nach dem großartigen Raubzug, den das deutsche Kapital erfolgreich gegen die kleinen Sparer und Dreiiertel-Kapitalisten des Landes unternommen hatte, ihre Ansprüche an den Kriegsverlierer sichern wollten. Die Inflation hatte die letzte Mark, deren Herkunft auf Arbeit zurückzuführen schien, den letzten als „mündelsicher“ vom Staat garantierten Hunderter der armen Waise, des Krüppels und des Fünfgroschen-Rentiers in die unergründlichen Taschen der Stinnes, Thyssen, Krupp und der übrigen Großausbeuter geleitet. Die Staatskünstler, obenan der unvergeßliche Ebert — im Hinblick auf seine proletarische Vergangenheit freilich war er der vergeßliche Ebert —, wimmerten — deutsche Würde äußert sich in dieser Republik gewöhnlich wimmernd —, nur Amerika könne noch helfen; die Mark müsse stabilisiert werden, hierzu bedürfe es der Wiedereinführung der Goldwährung, welche ihrerseits der Deckung durch ein Goldlager im Keller der Reichsbank bedürfe. Die von Herrn Helfferich ersonnene, von Herrn Hilferding praktizierte „Zwischenlösung“ der Rentenmark erfüllte zwar nicht den Zweck, ein Zahlungsmittel von zuverlässigem Wert zu sein, wohl aber den höheren, das bis dahin staatliche Münzgeschäft der unmittelbaren Aufsicht des Großkapitals zu unterstellen. Der von Hugo Stinnes sen. zuerst und mit steigendem Nachdruck erhobenen Forderung, die großen Staatsbetriebe müßten dem Privatkapital überlassen werden, war der erste greifbare Erfolg beschieden. Später erklärte der französische Staats- und Wirtschaftsman Loucheur (anderswo ist man so aufrichtig, die Geschäfte der Regierung und der Volksausplünderung, die ohnehin die gleichen sind, gelegentlich in Personalunion betreiben zu lassen) auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, die Funktionen des Staates müßten auf dem Gebiete der Wirtschaft abgebaut und dem Privatkapital übergeben, seine Aufgaben auf das Gebiet des Polizei- und Justizwesens zurückgedrängt werden. In Deutschland hatte man inzwischen auf diesem Wege bereits weitere Schritte getan; die Staatskünstler, gestützt auf die sozialdemokratischen Ministeranwälter und dazumal repräsentiert durch den Römling Marx und den Alldeutschen Stresemann, unterzeichneten den Londoner Vertrag, der das Gutachten des amerikanischen Generals Dawes (in den Vereinigten Staaten ist man so aufrichtig, daß man sogar die Geld- und die Kriegsgeschäfte, die gewiß eng zusammengehören, in Personalunion betreiben läßt) zum Gesetz für das deutsche Volk erhob.

Der in London besiegelte Dawes-Pakt überführte die Reichseisenbahn in Privatverwaltung, stellte die gesamte Finanzgebarung des Staates unter die Kontrolle des Beauftragten der New Yorker Börse, des Herrn Parker Gilbert aus Amerika und legte Beschlag auf bestimmte Einkünfte der Reichsbahn, des Reichshaushaltes und der Industrie, ohne jedoch eine Endsumme der Verschuldung Deutschlands an die Siegerstaaten festzustellen. Der Staatskunst wurden bei dieser Gelegenheit prächtige Aufgaben gestellt. Die Nationalisten hatten das von Versailles her geübte Niemals!-Geschrei ertönen zu lassen, damit die arbeitende Bevölkerung rechtzeitig merke, daß alle Last auf ihre Lebenshaltung fallen würde und dabei den Zorn vom deutschen Schieber weg gegen den welschen Vampyr und seinen jüdischen Fütterer wende; die Staatskünstler Weimarer Sorte hatten zugleich den Abschluß des Vertrages als Sieg der Vernunft und Gerechtigkeit zu preisen, da der Finanzkontrolleur bloß Reparationsagent hieß und überdies die ersehnte amerikanische Anleihe von 800 Millionen Mark die Stabilisierung der Währung verbürgte, eine Stabilisierung nach demselben System, unter dem die alte Mark bis zum billionsten Teil ihres Nennwertes sinken konnte. (Silvio Gesell hat den Schwindel des goldgedeckten Geldes theoretisch, die Inflation hat ihn praktisch erwiesen.) Den Steuerzahlern wurde eine Verzinsung der Dawes-Anleihe in Höhe von 8 Prozent auferlegt, doch wurde die Anleihe gleich nur mit einem Provisionsabzug aufgelegt, der etwa 25 Millionen betrug (sprich: Betrug) und die Bedingung gestellt, daß 400 Millionen unantastbar, d. h. unproduktiv als „Sicherheit“ für die Währung liegen zu bleiben haben. Weniger als die Hälfte davon gingen also in den Umlauf ein und mußten die 8 Prozent Zinsen für den Gesamtpump aus dem Proletariat als Mehrwert heraus wirtschaften. Die flüssigen 375 Millionen verlangten demnach eine Verzinsung von mehr als 16 Prozent.

Die Staatskunst betätigte sich angesichts dieser Umstände darin, daß die Gesetzgebung bemüht werden mußte, um zu verhindern, daß der Besitz, der ja durch Belastung der Industrie mit etwa 5 Milliarden vom Dawespakt mit in Anspruch genommen war, hierdurch Schaden leide und im Gegenteil dafür zu sorgen, daß er auch aus dieser neuen Volksnot reichen Gewinn ziehe wie vordem aus Krieg, Niederlage, Revolution, Konterrevolution, Inflation und Deflation. So erwuchs aus dem Reparationsvertrag der Reparationsgewinn, nach außen erkennbar in der Rationalisierung der Privatwirtschaft und im Abbau von massenhaft Beamten und Angestellten in allen öffentlichen Betrieben, wobei sorgfältig darauf geachtet wurde, daß dieser Abbau nirgends den bürokratischen Apparat betraf, sondern immer nur die tatsächliche Arbeit, deren Ausfall durch wilde Ueberlastung der bei verminderten Reallöhnen weiter beschäftigten

Proletarier ausgeglichen wurde. Betriebsstillegungen und Herabsetzung der Produktion mit Kurzarbeit kennzeichneten die Verhältnisse, eine Massenerwerbslosigkeit von nie erlebten Ausmaßen setzte ein, während zugleich die Beseitigung des Achtstundentages und die Verlängerung der Arbeitszeit überall, ohne auf Abwehr der Gewerkschaften zu stoßen — deren Führer haben es ja mit der Staatskunst und waren vom Dawesabkommen bezaubert —, erzwungen wurde. Streikbewegungen wurden mit den Mitteln der Staatsmacht und denen der Parteidemagogie erdrosselt, Massenaussperrungen erstickten drohende Arbeiteransprüche. Die Steuergesetzgebung der Regierung Luther-Schlieben legte restlos alle Lasten auf die Schultern der Armut, ohne hierbei von den Sozialdemokraten gestört zu werden; denn die waren auf die Dawesrettung am allerstolzesten, weil sie seit 1918 Staatskunst gelernt hatten. Mit Zöllen wurde dafür gesorgt, daß dem Besitz kein Schaden erwüchse. Die arme Industrie aber bekam vorher schon eine Entschädigung für die schrecklichen Opfer, die sie dem Vaterlande gebracht hatte, in Höhe von 760 Millionen Mark.

Es hat sich später herausgestellt, daß Ebert und seine Sollmanns und Schmidts an dieser Liebesgabe für die reichsten Bürger des Landes erheblichen Anteil hatten. So verwirklichten die Staatskünstler ihre Versammlungsforderung: Erfassung der Sachwerte. Dieses Geld war also ohne Amerika da, ebenso wie die 2 Milliarden da sind, die alljährlich von der Reichswehr verbraucht werden, und wie die 700 Millionen da sind, die die Polizei jährlich verschlingt, um ihre Severings, Grzesinskis und Zörgiebels die Staatskunst mit Panzerwagen und Knuten gegen die Arbeiter üben zu lassen. Man preßt dafür genügend Milliarden heraus aus dem Schweiß derer, die heute noch, wie ehemals der Ebert, Sattler sind oder Handlungsgehilfen, wie ehemals der Müller, oder Schlosser, wie Severing einer war, oder wie Grzesinski Metalldrücker, Böttcher wie Zörgiebel, oder auch Aerzte, wie unser aller Liebling Hilferding. Die 800 Millionen aber, die dazumal nötig waren, um die Währung zu sichern, die konnte man nicht wie die Milliarden, die man von Versailles her ohnehin Jahr für Jahr aufbringen muß und die Milliarden, ohne die wir ungefährdet eine Ueberzeugung über die Straße tragen könnten, in Deutschland selbst finden. Um die zu kriegen, mußte man dem westlichen Bankkapital tributpflichtig werden und die eigene Staatskunst der Rechenkunst des Morgan-Agenten Parker Gilbert unterstellen. Nachher wundern sich die guten Leute, die bei uns Politik machen, wenn die Völkischen und Revanchisten niemals um gute und zugkräftige Parolen verlegen sind.

Aber — der Wahrheit die Ehre! — die Staatskunst ist nicht nur sozialdemokratische Eigenart. Auch nationale Kreise verstehen sich

darauf, sofern man sie an die Krippe läßt. Der Dawes-Wahnwitz konnte erst Wirklichkeit werden, als die Deutschnationalen sich überlegt hatten, daß das von ihnen mit lautem Geheul verkündete Unglück des Volkes durch die Versklavung im Londoner Vertrag für sie leichter zu ertragen sei als der Verzicht auf Ministersessel. Darin gleichen sich die Staatskünstler aller Färbungen, daß ihnen Hunger und Elend nichts gilt, wenigstens nicht, wenn andere davon betroffen werden, soferne nur ihr Ehrgeiz und ihr Machtstreben befriedigt wird. Die Deutschnationalen verhalten den Dawesgesetzen mit ihrer Halb- und Halb-Abstimmung zur Annahme und waren, solange sie in der Regierung saßen, die treuesten Hüter ihrer Durchführung. Sicherlich ist dieser Charakterbauchaufzug für eine die kapitalistische Ausbeutung grundsätzlich bejahende, betont arbeiterfeindliche Partei kein so krasser Gesinnungsbruch wie etwa die Haltung der Sozialdemokratie in allen Entschlüssen seit 1914, wie ihre Noskiaden und Zörgiebeleien ohne Ende oder wie die ekelhafte Panzerkreuzerkomödie, die sie uns nun als Serienstück vorspielt — aber immerhin schon ein beachtliches Beispiel von Staatskunst.

Jetzt hat der Dawesplan in Paris geyoungt. Noch ist nicht völlig zu übersehen, welche Folgen die Erhebung des in 17 Wochen Schachern zustande gebrachten Gutachtens zur gesetzlichen Fessel des deutschen Proletariats im Einzelnen nach sich ziehen wird. Unsere republikanischen Staatskünstler jauchzen erst einmal beseligt auf, daß die schreckliche Zeit der Daweslast, bei deren Beginn sie ebenfalls beseligt aufjauchzten, nun überwunden ist. Endlich wissen wir doch, was an Kriegsreparationen überhaupt noch zu zahlen ist und daß es nur noch 58 Jahre lang durchschnittlich 2,050 Milliarden Mark zu entrichten gilt, abgesehen von den Sonderverschuldungen an einzelne Gläubiger-Staaten.

Die Staatskunst unserer deutschen Regierer hat sich nie in so reizvoller Selbstzufriedenheit vorgeführt wie augenblicklich, wo eine sozialdemokratische Bonzenschaft die Rettung aus aller Not anpreist. Davon, daß die Müller, Wissell und Hilferding von ihrem Stresemann noch nicht einmal die Erlaubnis bekamen, zu den Verhandlungen auch nur einen einzigen Vertreter der Gewerkschaften mit nach Paris zu schicken, spricht man gar nicht. Mit denen wäre es freilich kaum anders gekommen. Wenn diese Kerle von einem amerikanischen Bankier oder einem englischen Konzerndirektor beim Frühstück angeproestet werden, halten sie sich für Heroen der Staatskunst und die Gaunerei, auf die sie anstoßen, für die Anerkennung proletarischer Ansprüche. Aber die Kapitalisten halten nicht einmal mehr die Wahrung des Scheins für zweckmäßig. Die Sozialdemokraten buchen auch die Siege der Schacht und Kastl auf ihrer Plusseite. Die haben immerhin erreicht, daß der Young-Plan ausdrücklich

empfiehlt, die deutsche Gesetzgebung möge die durch die Dawes-gesetze bis jetzt mit jährlich 300 Millionen belastete Industrie von der Aufbringung der „Annuitäten“ (die Staatskünstler unserer Republik würden sich die Zunge abbeißen, wenn sie sich verständlich ausdrücken und statt dessen Jahreszahlungen sagen sollten) in Zukunft befreien. Man wird schon alles wieder auf die Lebenshaltung des Proletariats abwälzen können, das anscheinend noch nicht genug geschröpft wird. Dafür wird aber die Sozialversicherung abgebaut, — die Sozialdemokraten haben in Magdeburg schon versichert, daß sie daran nicht tippen lassen; auf dem nächsten Parteitag wird also so wenig von Sozialversicherung geredet werden dürfen, wie auf diesem vom Panzerkreuzer und vom Konkordat.

Ein besonders lieblicher Ertrag erlesener Staatskunst ist die Gründung der Reparationsbank, zu der die sozialdemokratischen Anbeter des Staates, die Verkünder eines Sozialismus, welcher sich in der Uebernahme privater Unternehmungen in staatliche Verwaltung ausdrücken soll, nunmehr die Gesetzesvorlage liefern. Diese Reparationsbank erhält die Aufgaben zugeteilt, die bislang dem Reparations-Agenten oblagen. Ihr Zweck aber ist die „Kommerzialisierung“ der Reparationen. Wenn Begriffe einen Sinn haben und Erfahrungen Rückschlüsse rechtfertigen, bedeutet das nichts anderes als die Umwandlung der staatlichen Verschuldung des deutschen Reiches an auswärtige Staaten in eine Verschuldung an Private. Wir werden demnach mit der Inkraftsetzung des Young-Abkommens durch die aus Arbeiterstimmen bevollmächtigte Regierung des Staates die Abdankung des Staates in einer seiner wichtigsten Funktionen erleben. In den aus dem Kriege entstandenen finanziellen Verpflichtungen zwischen den Staaten wird der Staat als bestimmender Faktor ausgeschaltet und erhält lediglich das Patent als Gerichtsvollzieher, der den Arbeitern die Lebenshaltung zu kürzen und das Fell vom Leibe zu ziehen hat, um den Ertrag dem internationalen Privatkapital zur gefälligen Verteilung untereinander zuzuführen. Man sieht, daß das Rezept des Herrn Loucheur als gut befunden ist, und deutsche Sozialdemokraten bereichern damit das öffentliche Leben. Staatskunst!

Die Beispiele der Staatskunst aus den allerletzten Wochen, die den Beweis liefern, daß Staatskunst nichts anderes mehr ist als Gesinnungslosigkeit, ließen sich dutzendweise vermehren. Die tollsten Stücke auf diesem Gebiete leisten wie immer die Sozialdemokraten und vor allen ihr Hilferding. Man denke doch nur daran, wie dieser „Sozialist“, der das theoretische Buch über das Wesen des Finanzkapitals geschrieben hat, um mit ihm die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu beweisen (er hat das Buch aus dem Handel zurückziehen lassen, — Staatskunst auch das),

das Defizit im Staatssäckel decken wollte. Er schrieb eine 500 Millionen-Anleihe bei den Großbanken aus, gegen die Zusicherung vollkommener Steuerfreiheit der gezeichneten Summen und einer Verzinsung, die den Zeichnern eine Riesenprämie auf Kosten der Armut zusicherte. Der Mann, von allen Seiten, auch von Kapitalisten, wegen des bodenlos unsozialen Charakters dieses Pumpausschreibens angegriffen — verteidigte sich mit dem furchtbaren Kassenzustand des Reiches, den er von den Vorgängern übernommen habe. Das darf man hierzulande machen, nachdem man gerade vorher erklärt hat, gegen den Panzerkreuzerbau sei vom Standpunkte des Finanzministers nichts einzuwenden, da die Reichskasse reichlich gefüllt sei. Mindestens braucht man dann von seinen Parteigängern in Magdeburg keine Vorhaltungen zu fürchten. Nun hat aber die unerhörte Auslobung eines Darlehens nicht einmal Erfolg gehabt. Das liegt daran, daß Hilferdings Spekulation sich hauptsächlich auf die Kapitalien richtete, die aus Gründen der Steuerhinterziehung im Ausland angelegt sind. Zwar wäre denen, die sich durch Beteiligung an der Anleihe bloßgestellt hätten, bestimmt nichts Arges geschehen — hat doch Hilferding eben in einer Denkschrift selbst bekannt, daß die Schiebungen, derentwegen Hugo Stinnes jun. gerade vor Gericht steht, etwas gerissener ausgeführt, allgemeine Uebung bei den Großbanken waren, denen man deshalb die Verzinsung ihrer unrechtmäßigen Gewinne aus öffentlichen Mitteln keineswegs kürzt —; aber die Tatsache, daß statt der erwarteten 500 Millionen nur 177,7 Millionen gezeichnet wurden, beweist, daß das Vertrauen, das Herr Hilferding in seine Staatskunst setzt, von den klügsten Rechnern des Landes nicht geteilt wird. Man hält die Republik mit ihrem bildschönen parlamentarischen System, mit ihrer bezaubernden Demokratie und selbst mit ihrem Hindenburg am Präsidium durchaus nicht für so solide, daß man nicht die faschistischen Vorbereitungen zu ihrer Beseitigung in alle noch so verlockenden Geldspekulationen einrechnen sollte.

Die Sozialdemokraten freilich können sich eine Pleite ihrer Staatskunst schlechterdings nicht vorstellen. Welche Gescheitheit haben sie gerade wieder in Preußen zuwege gebracht, indem sie ein Konkordat mit der katholischen Kirche unterschrieben haben; denn das sei gar kein Konkordat, sagen sie, sondern nur ein Staatsvertrag. Dieser Vertrag ist ein Meisterwerk des Klerus, eine Machterweiterung der Kirche gegen den Staat, die nicht zu erkennen man tatsächlich schon sozialdemokratischer Staatskünstler sein muß. Der Vatikan hat in Preußen die Stützpunkte schaffen können, die ihm unter dem Königtum stets versagt waren, und er ist klug genug, die Brauns und Grzesinskis glauben zu lassen, sie hätten den Papst zu Verzicht gezwungen, indem sie ihn nicht gleich zum bestimmenden

Herrn des preußischen Schulwesens zulieben. Die neuen Bistümer, die Einschränkung des staatlichen Rechtes auf die Besetzung kirchlicher Aemter, die Bindung des Staates an materielle Verpflichtungen, die nebelhaften Bestimmungen über „Eigentums- und andere Rechte“ (Art. V) lassen Rom in diesem Vertrag einen mächtigen Triumph erleben, an dem wir noch viel zu beißen haben werden. Aber Herr Braun vergleicht mit Bayern, das allerdings kulturell nichts anderes als eine römische Provinz ist, wozu in Preußen jetzt erst der allererste Schritt getan ist. Und dann ist da noch ein Unterschied. Die Bayern nämlich, die das Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossen, sind päpstlicher Gesinnung, und ihre Staatskunst bestand gerade darin, daß sie die Staatsverfassung verbogen, um der Kirche eine Gefälligkeit zu tun. Das preußische Konkordat aber ist von Leuten unterschrieben worden, die ihr Leben lang Kirchenfeindschaft zur Schau getragen haben und deren Staatskunst auch hier wieder nichts als die Leichtigkeit ist, eine beschworene Gesinnung zu verleugnen.

Nicht daß die Bayerische Volkspartei nun als Inbegriff hehrer Ueberzeugungstreue gepriesen werden sollte. Eben stimmt sie der Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik zu, und da wird die Erinnerung wach an die schönen Zeiten, als dieselbe Partei ihren Kahr bevollmächtigte, diesem Gesetz als Verbrechen an jeglichem Recht und als Schmach an allem Heiligen die Anerkennung zu verweigern, es in Bayern außer Kraft zu setzen und ein fürchterliches Niemals! zu schmettern. Jetzt sitzt man in der Reichsregierung, und übt Staatskunst wie die anderen auch. Auch hat das Gesetz inzwischen seinen Charakter als verschärfte Auflage des Bismarckschen Sozialistengesetzes erwiesen.

Während der Dawes-Verhandlungen und dann, als die Steuern und Bedrückungen eingeführt wurden, die die Wirkung des Folterwerkzeugs waren, betätigte sich die Staatskunst der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten in eifriger Verfolgung der kommunistischen Verbände und Zeitungen. Was sich augenblicklich begibt, ist uns also von früher her geläufig. Die Parteikommunisten, die selber auf dem Wege über den Staat zum Sozialismus gelangen wollen und die auf diesem Wege unfehlbar in dieselben Schlingen der Staatskunst geraten müssen, in denen jetzt die Sozialdemokratie als proletarisches Gebilde stinkend verreckt, die Parteikommunisten sind zur Zeit, da gute revolutionäre Arbeiter in ihren Reihen stehen und revolutionären Charakter zeigen, die gehaßten und schmähhlich mißhandelten Objekte sozialdemokratischer Staatskunst. Solange ihre Organe verboten, ihre Verbindungen aufgelöst, ihre Anhänger kujoniert und verleumdet werden, treten selbstverständlich alle taktischen Gegensätze und theoretischen Streitfragen in den Hinter-

grund. Proletarische Organisationen, die im Dienste der Jounq und Thyssen von den Severings und Zörgiebels verfolgt werden, haben Anspruch auf die Solidarität aller revolutionären Arbeiter. Das ist das Ergebnis der Staatskunst dieser Lakaien des Kapitals, daß sie zu einander treiben, was, noch so weit in den Grundauffassungen getrennt, in Haß gegen die Staatsgewalt verbunden ist, daß sie stärken, was sie schwächen wollen, und daß sie — so wollen wir Anarchisten hoffen — die Staatsgläubigkeit bei den Arbeitern untergraben, die endlich begreifen werden, worauf es ankommt; nicht die Macht zu erobern, sondern sie zu vernichten! Eine Staatskunst, die sich einbildet, sie könne ein getretenes Volk 58 Jahre lang mit Gummiknüppeln und Gewehrpatronen zwingen, zu jeder Auspressung stillzuhalten, wenn nur „Sozialisten“ die Quetsche bedienen, krepirt an der eigenen Dummheit. Sie bedarf keiner 58 Jahre, um dem Volke die Verruchtheit des Staatsbegriffs sinnfällig zu machen. Auf dem Dreckhaufen, auf dem die Hohenzollern gelandet sind, ist auch für ihre sozialdemokratischen Nachfolger Platz.

Am Pranger der Geschichte

Ohne Scham und Gefühl für die eigene Schande ist die Geschichte besonders der deutschen Sozialdemokratie, ein schmutziges Schandblatt in der Entwicklungsgeschichte der gesamten Arbeiterbewegung.

Ihre Politik ist die Politik des Bungfriedens zwischen zwei Klassen, zwischen denen nie Frieden sein kann. Sie sind in Wahrheit viel eher Utopisten, Phantasten und Verkänner des wirklichen sozialen Lebens als wir, die von ihnen in dieser Art verschrien werden. Wir haben stets erkannt, daß es der größte Irrtum ist, den die ausgebeutete Klasse begehen kann, wenn sie glaubt, daß eine, für beide Teile befriedigende Regelung der Beziehungen zwischen Geknechteten und Herrschenden überhaupt möglich ist. Ein freiheitsliebender Mensch in Fesseln der Abhängigkeit kann sich niemals mit irgendwelchen Bestimmungen wie und unter welchen Umständen er ausgebeutet werden darf, mit einem gesetzlich erlaubten Maß von Freiheit zufrieden geben. Ein Freiheitsmensch will die ganze Freiheit — oder gar keine, denn im Joch der Sklaverei ist noch eher ein Aufstand der geknechteten Massen möglich, als in einem Zustand magerer Zugeständnisse, die doch weder etwas Halbes noch etwas Ganzes sind. Ein Herrenmensch will stets die unbedingte Gewalt über seine Untergebenen. Wie soll zwischen beiden eine Einigung sein? — Ganz besonders gerissene und kluge Ausbeuter haben allerdings (mit Goethe) erkannt, daß das sicherste Mittel, um Aufstände, um Erhebungen, um Revolutionen der Massen zu verhindern, nur darin gesehen werden kann, daß die besitzende die besitzlose Klasse besser behandelt.

Deutlicher und in politischem Sinne gesagt: Wirtschaftsdemokratie, Wahlschwindel, Arbeitsgesetzgebung, Arbeitsversicherung, Tarifschwindel und dergleichen, den Arbeitern hin und wieder zugeworfene Brocken, die die Ausbeutung erträglicher machen sollen, — das ist die Politik der Sozialdemokratie und der Zentralgewerkschaften. Das ist ihr Klumpfuß und ihre

Blindheit, daß sie nicht erkennt, daß auf diesem Wege nie und nimmer der Sozialismus kommen, sondern nur eine mehr oder weniger gemilderte Form von Ausbeutung bleiben wird.

Diese Art Politik nennen die Sozialdemokraten aber praktische Sozialisierung, Demokratisierung; es ist aber nichts anderes als praktischer Verrat am Sozialismus! Und darin haben sie Tradition. Diese Tradition des Verrats am Sozialismus beginnt schon vor der Zeit des berühmten Sozialistengesetzes. Aber erst recht zur Zeit seiner Wirksamkeit haben die Sozialdemokraten Glanzstückchen an Memmenhaftigkeit gezeigt. Diese Periode, welche ihre Heldenzeit sein konnte, hat in ihnen nicht die rechten Menschen, die rechten Sozialisten und Kämpfer gefunden. Noch bevor das Sozialistengesetz (ein Ausdruck bismarckschen Größen- und Diktatorenwahnsinns!) das Verbot, Sozialist sein zu dürfen, in Kraft trat, lösten die Bonzen in aller Eile und voll schlotternder Angst um ihr bißchen Wohlergehen die Parteien auf. Ja, die paar an sich noch mutigen Männer und Frauen, die sich nicht ums Sozialistengesetz kümmerten, die darauf püfften und trotz Verbot und Staatswillkür ihre Idee in Wort und Schrift propagierten, wurden von ihnen in Stich gelassen, ja, sogar verraten. Auf diese Leute können die Sozialdemokraten nicht stolz sein; denn dem persönlichen Mute, der Zivilcourage nach gehören diese Leute nicht zu ihnen. Die große Masse der Sozialdemokraten waren zu jener Zeit schon Drückeberger und Memmen. Und nicht nur das, sondern, was viel schwerwiegender ist, Verräter, Arbeiterverräter. —

War es nicht die Sozialdemokratie, die seinerzeit (besonders um 1886, dem Todesjahr der Chicagoer Opfer: Parsons, Spieß, Lingg, Fischer, Schwab, welche von der Bourgeoisie hingerichtet wurden) den Kampf um den Achtstundentag, welcher damals noch eine revolutionäre Forderung war, ablehnte? Und hat sie nicht auch ständig den Sinn des ersten Maitages: ein Kampftag zu sein, verleugnet? Als am 1. Mai 1886 die Arbeitermassen Chicagos geschlossen auf den Straßen waren, um für den Achtstundentag zu demonstrieren, waren es die Sozialdemokraten, die gar gern, wie später in Deutschland so oft, die Massen zurückgepiffen hätten, wenn's nur gegangen wäre. Und als dann dieser Aufmarsch so tragische, ich meine so schreckliche Formen annahm, waren sie es, die sich von den Opfern und Kämpfern dieser Tage zurückzogen. Wir vergessen ihnen nicht, wie feige sie zu jener Zeit, wie feige sie immer, wo es zu kämpfen galt, gewesen sind!

Kampf liegt ihnen nicht, beim Kaffeetopf und bei der Zigarre, am grünen Tisch wollen sie den Sozialismus (oder was sie so nennen) erschleichen. Maifeiern wollten sie schon, aber auch nur unter „gewissen Bedingungen“. Nämlich: nur dort am ersten Mai die Arbeit niederzulegen, „wo es ohne Konflikte mit den Unternehmern möglich ist“. Diese ungemaine Feigheit steht wörtlich im „Bericht des Vorstandes der Metallarbeiter vom Jahre 1908“ (mitgeteilt durch Ernst Rachow im „Syndikalist“, Nr. 17, vom 27. April 29). Es war den Sozialdemokraten und Zentralgewerkschaftlern schon immer „lieb, wenn mit dem ganzen Krempel der Maifeier Schluß gemacht wird“, was uns auch durch E. R. mitgeteilt wird. — Diese Rolle spielte die Sozialdemokratie schon vor dem Kriege. Noch viel übler war ihre, den Sozialismus verratende Haltung zu Beginn und während des Krieges. Unter schändlicher Mißachtung der kriegsächtenden Resolutionen, die die Partei auf ihrem Basler Kongreß 1912 gefaßt hatte, wurde das Vermögen der Partei- und Gewerkschaftskassen (welches ihnen zur Unterstützung ausgesperrter Maidemonstranten zu schade war) als Kriegsanleihe, das Gesamtvermögen des Volkes als Kriegskredite dem Moloch Völkerring in den Rachen geworfen. Und nicht nur das, diese Partei

kannte ganz plötzlich ihre angeblichen Ziele: die Verbrüderung der Proletarier aller Länder, die Schaffung eines internationalen Arbeitervolkes, nicht mehr. Sie forderte begeistert zur Meldung als Kriegsfreiwillige auf. Ihr Kaiser hatte den Sozialdemokraten gesagt, daß er keine Parteien mehr kenne, und fortan wollten sie nur noch gute Deutsche, Helden, Vaterlandsverteidiger sein. Verschwunden war ihr Bruderschaftsgefühl mit dem fremden Genossen. Dieser fremde Genosse war ihr Feind geworden, sie benahmen sich mit einem Male patriotischer als ein 100prozentiger Nationalist. Alles in der Welt, nur Sozialist wollten sie nicht mehr sein. Diese Kriegs-Sozialisten sind heute zu guten Panzerkreuzer-Sozialisten geworden, und werden zum nächsten Giftgaskrieg ganz genau so gut ihr nationales Herz wiederfinden. —

Mehr als widerlich war auch die Haltung, das Tun und Treiben der Sozialdemokraten nach dem Kriege. Da beginnt ihre Gesinnungslumperei mit der „standhaften“ Weigerung Eberts, Scheidemanns und Konsorten, entgegen den Forderungen der kriegsmüden Arbeiterschaft, der Revolution, der Gesellschaftsumgestaltung den Weg zu bereiten. Wo diese Herren Arbeiterführer, diese Auch-Sozialisten, nur konnten, haben sie den Aufstand der Massen zu verhindern versucht. Ganz ist es ihnen ja nicht gelungen. Dafür ist es ihnen aber gelungen, sich in den Sattel des neuen Staates zu setzen. Jedoch, unfähig, zu sozialisieren, haben sie an der Ausbeutung der Massen wenig ändern können. Weil alles aber auch eine positive Seite hat, so haben die Sozialdemokraten ihr Positives darin gezeigt, der Reaktion im Kampfe gegen die Revolution, gegen wahrhaftige Sozialisierung, einige treffliche „Bluthunde der Revolution“ zu liefern.

Das paßt so recht zu ihrem Wesen: auf der einen Seite sind sie Memmen und Kapitalslakaien und auf der anderen Seite Wegbereiter des Faschismus, Gegner eines wahren Sozialismus. Der Mord an Gustav Landauer, Kurt Eisner, Leviné, Luxemburg, Liebknecht, Jogisches und vieler anderer, die im Kampfe gegen den Verrat am Sozialismus fielen, sind auf das Schuldkonto des Gustav Noske, des Schnepfenhorst und wie sie alle heißen mögen, diese „Bluthunde“ und „Ordnungsbestien der Revolution“, zu buchen. (Auch die in den ersten Maitagen dieses Jahres in Berlin gefallenen Opfer gehen aufs Schuldkonto der Sozialdemokratie, insbesondere das des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel.) — Dessenungeachtet, daß die deutsche Sozialdemokratie Mitschuld an dem Mord an Eisner trägt, ist sie so schamlos, in ihrem Berliner Parteiblatt „Unser Weg“ einen Aufsatz und in ihrem Verlag ein Buch über Kurt Eisner von Felix Fechenbach erscheinen zu lassen, aus welchem ich folgende Zeilen wiedergeben möchte:

... „Im Herbst 1905 war es in Berlin zu dem bekannten Vorwärts-Konflikt gekommen, der Kurt Eisner veranlaßte, sich mit zwei seiner Kollegen, die entlassen werden sollten, solidarisch zu erklären. Er kündigte mit ihnen seine Tätigkeit auf . . .“

Eisners Kollegen sollten lediglich deshalb entlassen werden, weil sie nicht auf den Pfiff der Parteizentrale parierten. Auch kein Ruhmesblatt für die Geschichte der Sozialdemokratie, viel eher aber für Kurt Eisner. Weiter heißt es in diesem Buche:

... „Seine Korrespondenz „Arbeiterfeuilleton“, die er in München herausgab und die fast von der gesamten Parteipresse verwendet wurde, stellte er ganz auf den Kampf gegen den Krieg ein. Die meisten Redaktionen bestellten daraufhin, eine nach der anderen, die Korrespondenz ab . . .“

Diese knappen Sätze sprechen doch wohl für sich — es erscheint unglaublich, daß soviel Schamlosigkeit und Gefühlsmangel für die eigene Schande auf einem Fleck gefunden werden kann. —

So, wie die Sozialdemokraten und Zentralgewerkschaftler von 1908 gar kein Hehl daraus machten, daß ihnen der erste Mai und der damit verbundene Klassenkampfwillie der Arbeiterschaft ein Greuel ist, so verfolgten die Befürworter des Antrags — der dem Reichstag nach dem Kriege unterbreitet wurde —, den ersten Mai als gesetzlichen Feiertag anzunehmen, dieselbe Linie. Irgendwie, dachten sie gewiß, muß doch diesem Kampftag der eigentliche Sinn genommen, irgendwie muß er entkeimt, sterilisiert werden.

Geht es so nicht, muß es anders gehen. Dieser Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Nationalen und der Kommunisten abgelehnt. Die ersteren, weil sie alles ablehnen, was nicht gerade von ihnen selbst kommt, und die anderen, weil ihnen der erste Mai doch noch viel mehr ein Kampftag als ein Feiertag ist (obwohl der erste Mai in Rußland gesetzlich legitimiert wurde). —

In diesem Sinne betrachtet — und eine andere Betrachtung ist ja kaum möglich —, haben wir von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten nicht viel gutes erwartet. Das „Geschenk“, mit welchem er Berlins Arbeiterschaft aufwartete, war denn auch danach. Sein Demonstrationsverbot, seine Parole: „die Straße gehört auch am ersten Mai dem Verkehr“, kann man auch in andere Worte kleiden: . . . „Mir ist es lieb, wenn mit dem ganzen Krempel der Maifeier Schluß gemacht wird . . .“ Nun, Herr Polizeipräsident und Auch-Sozialist Zörgiebel hat auch für dieses Jahr mit der Maifeier Schluß gemacht.

Im Grunde genommen ist ja das Demonstrationsverbot ein Geschenk an die Koalitionsregierung; denn mit Zörgiebels Worten ist das Verbot nicht wegen einiger Radauelemente, sondern lediglich mit Rücksicht auf die „Entwicklung der politischen Lage“ und der „Regierungskrisis“ losgelassen worden!

Zörgiebel hat wieder einmal bewiesen, wie schön sich Sozialdemokraten als Wegbereiter des Faschismus eignen. Einunddreißig Tote und hundert Verletzte, dazu eine Unmenge Verhaftete sind die Opfer seiner Politik, die Opfer der blutigen Polizeimassaker! Dafür lobt er dann im „Berl. Tageblatt“ seine „Brüder im Waffenrock“ für ihr gutes, mustergültiges Verhalten auf den Straßen — gegen demonstrierende Arbeiter, gegen klassenbewußte Proletarier und überzeugte Sozialisten, die auf die Straße gingen, um zu zeigen, daß weder in der deutschen sozialdemokratisch-faschistischen Republik noch sonstwo in der Welt der Arbeiter ein freier Mensch mit eigenen Rechten ist, — daß sie als Arbeiterklasse trotz Demonstrationsverbot und sozialdemokratischem Polizeiknüppel sich hinauswagten, um für ihre Forderungen zu demonstrieren, zu leben, zu kämpfen — und sich erschlagen zu lassen von jenen, die als Sozialisten Gesinnungslumpen sind!

Arst.

Prozesse

Es ist sonderbar: ein wirkliches Bild der bestehenden Zustände, eine wahrheitstreue Uebermittlung geschichtlich wesentlicher Ereignisse erhält man fast niemals aus den Darstellungen, die mit dem Anspruch der Objektivität berichten wollen. Ueberall stößt man auf Verfälschung, Beschönigung,

versteckte Verdächtigung, Färbung oder Renommisterei. Erst das beleidigte Ehrgefühl eines wirklich oder vermeintlich falsch Beurteilten sucht und findet Wege, Tatsachen zu erhellen, und oft genug wird dabei Licht auf dunkle Punkte geworfen, die der Veranlasser der Beleuchtung viel lieber im Dunkeln gelassen hätte. Das allerseltsamste ist, daß die Wege, an denen die Laternen geschichtlicher Wahrhaftigkeit stehen, fast immer nur die des juristischen Prozesses sind, also Wege, die trotz ihrer Erleuchtung von einigermaßen zuverlässigen Scheinwerfern kaum je zu einem wünschenswerten Ziele führen. Nicht einmal immer besteht auch nur der Wunsch des Gerichtes, verworrene Dinge, mit denen es sich beschäftigen muß, restlos zu enträtseln, denn niemals kann die Justiz ihren Klassencharakter völlig verleugnen, und wo etwa Staatsinteressen zu wahren oder einflußreiche Persönlichkeiten zu schützen sind, da setzt die Ablehnung von Zeugen und Beweisunterlagen oder der Ausschluß der Öffentlichkeit ein. Dennoch ist auch in unserer Zeit das Gericht die Stätte, an der die Erforschung der politischen, kulturellen, sozialen und moralischen Geschichte der Gegenwart die reichste und unverfälschteste Nahrung findet, wobei zu bemerken ist, daß die Wahrheit, der ein Prozeß niemals ganz ausweichen kann, nichts zu tun hat mit der Gerechtigkeit, zu der ein Gerichtsurteil auch bei gutem Willen niemals gelangen kann.

Wir kennen Prozesse, von stockreaktionären Kräften angezettelt, um stockreaktionäre politische Ziele zu fördern, Prozesse, deren Zweck nicht die Ermittlung, sondern die Verschleierung der Wahrheit war, und die dennoch außerordentlich wichtige Einblicke in trübe Zusammenhänge gewährten, die gerade von den im Hintergrunde schiebenden Kräften durch die Opferung unbequemer Personen noch besser vertuscht werden sollten. Man braucht da bloß an die politischen Rachetribunale der Herren Haß und Neidhart in München zu denken, an die Prozesse gegen Leoprechting und Fuchs, die als Alibi-Verfahren für die Hintergrundschieber der bayerischen Separationspolitik gedacht waren und dank der gegensätzlichen Interessen der Zeugen den wüsten Sumpf von Korruption, Mordplänen, Intrigen, Verätereien und Niederträchtigkeit aller Art offenbarten, aus dessen Blasen die bayerische Eigenart jahrelang ihren Duft zog. Der Hitlerprozeß sollte die Machenschaften der unterschiedlichen Patrioten zur Herstellung der Ludendorff-Minoux-Claß-Diktatur durch Ablenkung auf eine Teilhandlung der Verschwörung zudecken. Aber Herr Neidhart als Vorsitzender geriet mit seiner diesem Ziele zugewandten Regie mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt, und die Kronzeugen Kahr, Lossow und Seisser wurden im Bestreben, Hitler und Pöhner madig zu machen, selbst derart ins Gedränge gebracht, daß trotz aller Vernebelungsversuche der Prozeßleitung, der Verteidigung und aller übrigen Prozeßbeteiligten, trotz der Aussperrung der Zuhörer bei den wichtigsten Stellen der Beweisaufnahme außerordentlich klare Spiegelungen der nationalistischen Absichten, Abreden, organisatorischen Verästelungen, Umsturzvorbereitungen und der ganzen Gedanken-

welt dieser bleichsüchtigen Boxkämpfer für die Wiedererweckung banerotter Zustände erkennbar wurden.

Kriminalfälle und ihre Behandlung, durch die öffentliche Gewalt sind auch jetzt noch und in ununterbrochener Folge die zuverlässigsten Gradmesser des Kulturstandes unserer Zeit. Der Jorns-Prozeß, in dem der Reichsgerichtsrat wohlgermerkt der beleidigte Kläger war, hat seine Bedeutung nicht nur in der Aufhellung bisher im Zusammenhang niemals klagestellter Vorgänge bei der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und ihrer Behandlung nach geschehenem Verbrechen, sondern auch in dem, was geflissentlich vom Lichte ferngehalten wurde. Es wurde deutlich, daß Jorns exponiert und fallen gelassen werden sollte, um den eigentlichen Drahtziehern des den Mord zum zufälligen Erregungs-Zwischenfall verfälschenden Nachverfahrens als Unschuldspuppen in die Geschichte eingehen zu helfen. Dr. Paul Levi, jetzt Parteigenosse der Noske und Scheidemann, die er früher als Parteigenosse und Freund Rosa Luxemburgs mit der Hauptverantwortung für das scheußliche Geschehen belastete, einer der geschicktesten Advokaten Deutschlands, glänzender Redner, kluger Kopf, dabei, wie alle, die ihm persönlich nahe stehen, bestätigen, privat ein sauberer Mensch, behandelte den Fall jetzt mit einer politischen Virtuosität, die stets darauf bedacht war, die tatsächlichen Ereignisse des 15. Januar 1919 im Eden-Hotel und im Tiergarten zu ermitteln, den Mord als Komplott-handlung evident zu machen und die Begünstigung der Mörder durch die amtliche Gerichtsperson zu beweisen. Aber mit diesem Streben, den toten Freunden eine Genugtuung bei den Lebenden zu schaffen, ging Hand in Hand das Manöver, das zugleich die politischen Freunde von heute aus dem Bereich der Schuld fernhielt. Jorns ging über und über begossen aus dem Gerichtssaal, aber die Schatten, die seine politische Leiche unter dem Sonnenlicht der Geschichte wirft, werden — das hat kein Levi bei aller Schonung verhindern können — die Umrisse der Ebert, Scheidemann und Noske nicht loswerden.

Wir haben andere Straftaten in den letzten Wochen erlebt, deren juristische Behandlung der Zukunft ihren geschichtlichen Wahrheitsdienst dadurch erweist, daß diese Behandlung von vornherein darauf ausging, die Milderungsgründe zusammen zu suchen, um der Notwendigkeit zu strafen auszuweichen. Die Ermordung des alten Grafen Stolberg in Jannowitz, ein Vatermord wie Dutzende andere, die die Kriminalgeschichte kennt, ist nur dadurch interessant, daß der beschuldigte Sohn von den mit der Untersuchung beauftragten Beamten in seinen Bemühungen, sich zu entlasten, so hilfreich unterstützt wurde, daß es nach wenigen Tagen gründlicher Spurenverwischung gelang, den jungen Mann aus der Haft zu entlassen. Oder: die jugendliche Gräfin Monroy stahl einer Anverwandten aus erotischen Gründen Juwelen. Das amtliche Verfahren gegen sie nahm einen Verlauf, der, wäre er der übliche, nur Genugtuung erwecken könnte. Alle mit der Sache befaßten Instanzen hatten Mitleid mit der Diebin, fänden, daß ja

Stehlen nicht so schlimm ist, wenn man sich sonst nicht zu helfen weiß, und das Mädel hat das Gefängnis kaum kennen gelernt und wurde daraus entlassen, weil es zu hart gewesen wäre, ihr den Genuß der gewohnten Zigaretten länger vorzuenthalten. Jetzt ist das gute Kind wieder bei der Tante, die ihm die Längfingerei gütig verziehen hat und es nun so üppig hält, daß es nicht rückfällig zu werden braucht. Für die Geschichte wesentlich sind diese beiden Fälle, deren es Jahr für Jahr massenhaft gibt, dadurch, daß die von Sozialdemokraten regierte deutsche demokratische Republik aristokratischen Sündern, mögen sie Elternmörder oder Einbrecher sein — und es gäbe Beispiele von Urkundenfälschung, Notzucht, Falschspielerei, Heiratsschwindel und Kinderschändung zu erzählen —, alles mitleidige Verständnis entgegenbringt, sich aber gegen jede Milderung des Schicksals derer, die aus Not in die Gesetzmaschine gerieten, eisern wehrt. Wollt ihr Beispiele haben von armen Teufeln, die proletarisches Elend, nicht die Sucht, ein Liebesleben ohne Geldsorgen in mondäner Bequemlichkeit zu führen, zu Einbrüchen verleitet haben?, von solchen, die nicht gegen den Vater aus Eigensinn oder Habsucht, sondern gegen einen Quälgeist aus der Verzweiflung des Hungers und der Obdachlosigkeit die Waffe gerichtet haben? Ich bin imstande, den Behörden, die so voll verstehender Milde sind, wenn jemand Graf Stolberg oder Helga von Monroy heißt, minder poetische Namen zu nennen, an denen sie ihr gutes Herz beweisen können. — soviel man von mir verlangen mag. Wie wär's, wenn man mal damit anfinde, zum Zehnjahrestag der vielgepriesenen Reichsverfassung („Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“ — Artikel 109) die Zuchthäuser von den Insassen freizumachen, über deren Urteil noch steht: „Im Namen des Königs“? Aergeres als der junge Stolberg hat keiner von ihnen getan. Vielleicht könnte man wenigstens mal diejenigen herauslassen, die als Soldaten im Kriege nicht nur heldenhaft requiriert, sondern auch aus Not und Verwirrung gestohlen haben? Frivolere Gründe als die süße Helga hat keiner von ihnen gehabt. Aber zu Hunderten harren sie noch auf die Gnade der freiesten Republik der Welt. Die Prozesse, in denen diese Unglücklichen um das allerletzte Glück geprellt worden sind, sind leider zumeist für die Archive der Höllengeschichte der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufbewahrt worden. Aber wie man die armen Menschen bei den Gerichtsstellen behandelt, von denen sie Rettung erbitten, darüber soll noch einma! Material mitgeteilt werden.

Der Gefangene S., mit dem ich in Verbindung stehe, zog mit 16 Jahren in den frischfröhlichen Krieg, — jetzt ist er 30 alt. Er hat aus drei Straftaten wegen Raubes im ganzen 15 Jahre Zuchthaus, alle diese Taten hat er als Soldat begangen. Die Höhe der Verurteilung ist selbst für deutsche Justizgewohnheiten gegen arme Menschen kraß. Aber im Urteil heißt es: „In der heutigen Zeit häufen sich die Raubüberfälle in bedrohlicher Weise. Es ist daher von Wichtigkeit, die Höchststrafen zur Anwendung zu bringen, um andere von Verbrechen abzuschrecken.“ Das wurde von deutschen

Richtern dem Delinquenten auf seinem Weg ins Zuchthaus mitgegeben. In dem Brief von ihm, den ich vor mir habe, steht: „Ich aber gelte nach Verbüßung von 9 Jahren Strafe als — Abschreckungsmittel.“

Beruhige Dich, Freund, dafür hat der Hochadel seine Früchte gerettet, und den Sprößlingen der Hochfinanz geschieht auch nicht viel Böses. Oder ist jemand der Meinung, der Sohn des alten Stinnes werde, selbst, wenn er schon verknallt werden sollte, auch wirklich sitzen müssen? Der Stinnes-Prozeß hat seinen historischen Wert eben darin, daß er zeigt, wie schwer die Grenzen zwischen Geschäft und Betrug zu ziehen sind, da es doch nur auf die Formen ankam, unter denen man Neubesitz von Kriegsanleihe als Altbesitz deklarierte. Hugo Stinnes jun. hat so wenig zu fürchten, daß ihm das Schicksal meines Briefschreibers droht, der zwar erheblich weniger geräubert hat als er, aber in aufrichtigerer Form, wie Graf Stolberg jun. zu fürchten braucht, daß ihm das Schicksal Jakubowskis beschieden sein könnte. Und sollte einer von ihnen wirklich vorübergehend eingelocht werden, dann wird er auch nicht das auszustehen haben, was nun den Brüdern Nogens und ihrer Mutter bevorsteht. Der Staat hat diese Menschen in Elend, Schmutz, materielle und ideelle Verwahrlosung gestoßen, und ein Kind mußte das Leben lassen, weil es von dem Jammersold, das diese Armut ernähren mußte, nicht mehr mit versorgt werden konnte. Einem, der nicht Schuld hatte, hat der Staat dafür schon den Kopf herunter schlagen lassen, jetzt müssen die anderen wenigstens für lange Zeit, einer das Leben lang, ins Zuchthaus. Denn wenn Arme aus Not ein Kind umbringen, ist es nötig, daß der Staat als Rächer erscheint; wenn aber ein Reicher ohne Not den Vater tötet, dann ist höchste Milde höchstes Recht, und schlimmstenfalls gibt es ja noch Sanatorien.

Prozeßberichte sind in dieser Zeit Geschichtswerke. Der Giftmordprozeß gegen den Bonner Arzt Dr. Richter gibt ein brauchbareres gesellschaftliches Bild als hundert psychologieschwere Novellen. Man brauchte nur wieder Prozeßberichterstattung von dem Ernst und dem sozialen Verständnis, wie Sling einer war. Der Verlag Ullstein, Berlin, hat seine Gerichtsberichte gesammelt herausgegeben („Richter und Gerichtete“). Da findet man die großen Sensationen neben kleinen Alltäglichkeiten, die schließlich aus irgend einem Grunde im Gerichtssaal vor fremde Ohren kommen. Ein in seiner ruhigen Kraft, in seiner sachlichen Ergriffenheit ganz reiches Werk, das Bild einer ausgeglichenen Persönlichkeit, die sich bewährt am Brennpunkt einer unausgeglichenen Zeit. Ein gar nicht revolutionär gedachtes und gewolltes Buch, aber dem Revolutionär ein Springquell der Bestätigungen seines Gesellschaftsurteils. Schade, daß Sling den neuesten Richtertyp nicht mehr erlebt hat, den Mann, der neuerdings in Berliner Prozessen den lieben Gott spielt. Dieser Herr verurteilt einen Menschen, der seiner Geliebten nach der Entzweiung Vitriol ins Gesicht spritzt, das also entstellte Mädchen zu heiraten; in diesem Falle braucht er seine Strafe nicht abzusetzen. Also das ist Gerechtigkeit! Einer, der

schon fertig war mit einer Frau, als sie noch hübsch war, so fertig, daß er ihr in primitiver Niedertracht ihr Letztes, die Hübschheit, zerstört, soll für's ganze Leben mit der nun Häßlichen zusammen verbringen. Das Mädchen aber, von Pfaffen und Staatsheloten zu dem Glauben erzogen, Heiraten sei Glück, Ehre, Inbegriff alles Herrlichen — ob mit, ob ohne Liebe ist gleich — wird von diesem Richter dem Manne für alle Zukunft überantwortet, der gezeigt hat, wie er es haßt. Derselbe Richter erkannte bei einem angeklagten Mädchen auf Bewährungsfrist für den Fall, daß sie von ihrem Freunde ließe, der für sie ungeeignet, auch zu jung sei. Da hat so ein Mensch ein paar junge Leute zum ersten Male vor Augen, kennt von ihnen nichts als den Fall, der ihn in Amtsfunktion gesetzt hat. Das genügt aber, um schicksalhaft in fremde Entschlüsse einzugreifen, ja mit dem Mittel der tollsten Pression — Gehorchen oder Gefängnis! —, gestützt auf ein Staatsexamen an der Universität und auf ein Staatspatent als Richter, die Liebe zu verbieten. Ein weiser Richter, ein gerechter Richter. Bleibt bei euren Paragraphen um des Himmels willen, schmeißt eure Mitmenschen in die Kerker, wie ihr es bisher getan habt, — aber schert euch nicht auch noch um ihre Seelen! Der Staat mit dem Lächeln der Schicksalsgöttin — das ist nicht mehr erträglich. Und so ein Richter ist unabsetzbar! Gott weiß, wieviel Salomons dieser Sorte noch bei uns herumlaufen, die das Amt der privilegierten Freiheitsberaubung mit dem des liebevollen Onkels verbinden wollen. Hängt eure Roben an den Nagel und werdet Gesundheitsbeter! Dann kann man wenigstens nicht von Gerichtsdienern vor euer verstehendes Paragraphenherz geschleppt werden. Nehmt euch ein Beispiel an dem Schnellrichter, der die Opfer des Zörgiebel still und frei von jeglicher Psychologie abfertigt. Da gibts eben Gefängnis, und hat einer wirklich einen Stein geworfen, auch Zuchthaus. Da kommt auch kein falscher dran, kein Schupomann, kein Polizeioffizier, kein Zörgiebel, kein Grzesinski, kein Severing, — nur Proletarier. Der Staat weiß, wen er zu prozessieren hat. Nur eins läßt sich auch in diesem Schnellverfahren nicht ganz verheimlichen, daß die Maiverhafteten, ob sie zu den Brutalitäten auf der Straße stillgehalten hatten oder nicht, nach der Verhaftung stillhalten mußten. In Deutschland ist nämlich die Prügelstrafe sonst abgeschafft, nur die Lehrer in den Schulen, die Eltern und Erzieher zuhause, die Meister im Lehrbetrieb und die Schutzleute auf den Wachen hauen noch — und das gründlich. Zörgiebel hat der Polizei seinen Dank ausgesprochen für ihr unerschrockenes Verhalten. Je wehrloser ihre Gegner waren, um so unerschrockener war die Schupo. Sie ist, da sie selbst in einem sozialdemokratisch regierten Staat nicht auf die Anklagebank kommen kann, für kurze Prozesse.

Doch die Schupo hat auch ihren Prozeß gehabt — und ist verurteilt. Die öffentliche Gerichtsverhandlung, die der private Untersuchungsausschuß für die Maivorgänge einberufen hatte, um vor Tausenden von empörten Menschen die Zeugen, die der Staat vor kein Gericht zieht, vor dem Gericht

des Volksgewissens zu vernehmen, — das war eine Tat! Wir haben die „Dachschützen“ im Film gesehen. Es waren Schupobeamte, die von den Balkons herab schossen. Wir haben die Angehörigen der Ermordeten gehört, die Augenzeugen, an deren Seite die Mutter, der Schwager, der Nachbar weggeknallt wurde und die Passanten des polizeilichen Kriegsgebietes, die selber durch eine Kugel verwundet darauf aufmerksam gemacht wurden, daß Zörgiebel, ohne andere Verkündungen für nötig zu halten, den Berliner Arbeitern Krieg erklärt hatte. Wer das gemeine Gekeif des „Vorwärts“ am nächsten Tage gelesen hat, der die Opfer seiner Heiligen anpflaumt, als ob sie Knechte der KPD. wären, weiß, daß die Abrechnung im Großen Schauspielhaus gut und gerecht war. Da ist nichts gebogen und nichts verschoben worden. Da kam es nicht darauf an, nach Paragraphen Strafen zu verhängen, sondern Wahrheit festzustellen. Wenn alle Prozesse so von Rechtsgefühl geleitet würden wie dieser, dann könnten wir statt Justiz getrost Gerechtigkeit sagen. Wo freilich der Staat Prozesse führt, da geht es nicht um gleiches Recht, sondern um Strafe, und die Wahrheit läuft neben dem Rechte her, auch wenn es das krasse Unrecht ist. Hier ging es um Wahrheit, die das Recht selber ist, und die Strafe wird hinterherkommen. Denn die Gerichtsverhandlung hat ergeben, daß die Ueberlebenden derer, die die Schupo getötet hat, von den Kommandanten dieser Tötung belogen worden sind. Zörgiebel hat gelogen, Heimannsberg hat gelogen, Grzesinski hat gelogen, Severing hat gelogen. Die Strafe aber, die sie für ihre Verbrechen am Volke erleiden müssen, wird, unter höheren Gesichtspunkten betrachtet, härter sein, als der Staat sie mit seinen Prozessen den sterblichen Leibern seiner Opfer in den Zuchthäusern auferlegt. Die Schuldigen vom Mai 1929 sind verurteilt, in der Geschichte der künftigen Geschlechter mit Judas und Noske am Pranger der Menschheit zu stehen.

Magdeburg und Wedding

Es gäbe viel gegen die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sagen, viel mehr und viel Betrübleres als derjenige wünscht, der gern mit allen gute Nachbarschaft hält, die den Gedanken an die proletarische Revolution noch bei ihrem Anhang wachzuhalten suchen. Der Weddinger Parteitag hat kaum dazu beigetragen, kritische Gelüste zu dämpfen. Im Gegenteil, durchaus im Gegenteil. Aber vor jedem Wort über den Verlauf und das Ergebnis dieser Tagung ist zu sagen: die Auflösung des Rotfrontbundes, die Unterdrückung der Berliner „Roten Fahne“, des Brandenburger „Volksechos“, der Magdeburger „Tribüne“ und anderer Parteizeitungen, die Verhaftung der Redakteure Hirsch und Hampel, die Neuaufgabe der systematischen Verfolgungen der KPD.-Einrichtungen und der aktiven Parteikräfte, die Verleumdungen und gehässig konstruierten Beschuldigungen, die die ganze amtlich und sozialdemokratisch beeinflusste Öffentlichkeit zur moralischen Herabwürdigung aller Lebensäußerungen des Parteikommunismus aufwendet, zwingt den Klassenkämpfer jedes revolutionär empfindenden Bekenntnisses über alle Gegensätze der Taktik und der

theoretischen Grundlagen hinweg zunächst zu einem brüderlichen Gruß. Hinter der Partei, die den Haß der Reaktion zu solchen Orgien hemmungsloser Verhetzung erregt hat, steht — und das eben ist der Grund des Hasses — noch immer ein größerer Teil von bestem revolutionären Drange erfüllter Arbeiter, als irgendeine unserer linksradikalen Gruppen um sich zu sammeln verstanden hat. Ihnen zu zeigen, daß sie in Zeiten der Unterdrückung auf die solidarische Kameradschaft aller Revolutionäre, besonders der Anarchisten, rechnen dürfen, ist sehr viel wichtiger, als ihnen zur unpassendsten Stunde beweisen zu wollen, daß sie mißleitet sind.

Die sozialdemokratische Presse hat den Parteitag der Kommunisten als eine Bonzenparade madig gemacht, deren Beschlüsse vorher festgelegt waren und bei der jede Regung einer Opposition im geheimen Vorverfahren der Verhandlung auf organisatorischem Wege unterbunden war. Dagegen wäre schwerlich Stichhaltiges vorzubringen, wenn diese Kritik nicht eben von Sozialdemokraten geübt würde. Den Stampfer-Lümmeln gehört die Faust in die Zähne gesetzt, wenn sie es nach Magdeburg noch wagen, vor Arbeitern ein einziges Wort von Meinungsfreiheit, von Rechten der Mitgliedschaft und von Bekämpfung der Diktatur laut werden zu lassen. „Wenn schon Diktatur, dann unsere Diktatur!“ hat Herr Wels verkündet. Das kann hübsch werden. Wo diese Brut jetzt schon Macht hat, mißbraucht sie sie. Der kapitalistische Staat gibt ihr ja teilweise noch Gelegenheit, sich unter Aufsicht der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, des Finanzkapitals, der wilhelminischen Generäle und der völkischen Staatsanwälte „im Dienste der Allgemeinheit“ zu betätigen. Sie haben sich nie genert, sich in diesem Dienste bei den Arbeitern, auf deren Schultern sie zu den Pfründen hochgekrochen sind, den Ruf von Bluthunden zu erwerben. Der Noske hat aber den Bluthunden Unrecht getan, als er sich mit ihnen verglich. Denn die Bluthunde folgen nur ihrer Natur, wenn sie ihren Blutdurst stillen und haben nie vorgegeben, etwas anderes zu sein als Raubtiere, die übrigens auch nicht auf ihresgleichen Jagd machen. Der Noske aber hat den Arbeitern erst jahrzehntelang weisgemacht, er sei ihr Klassengenosse und wolle sie der Revolution und dem Sozialismus entgegenführen, ehe er daran ging, diejenigen, die seine Lehren zu ihrer Herzens- und Kampfsache machten, niederzumetzeln. Man müßte soviel Respekt vor dem naiven Geschöpf der Natur haben, daß man Tiernamen niemals als Schimpfworte benutzte. Wer einem andern die schmähhchste Erniedrigung durch einen Vergleich zufügen will, der nenne ihn doch einfach Sozialdemokrat. Darin liegt der letzte Vorwurf, den ein Mensch dem andern machen kann, enthalten der des Gesinnungsverrates und der Treulosigkeit. Gewiß gibt es brave und anständige Kerle auch in dieser Partei, aber das sind einflußlose Nebbichs, und wer daran noch gezweifelt hat, der beschäftige sich mit dem Parteitag von Magdeburg.

Herr Zörgiebel konnte sich getrost nach England begeben und sich für die Zeitungen dabei photographieren lassen, wie er gerade einem Schutzmann breit grinsend berichtet, daß sich die Zahl seiner Berliner Maiopfer glücklich auf 31 erhöht hat — gehe hin in die Armenviertel Londons, scheint er zu feixen, und tue desgleichen! In Magdeburg brauchte man ihn nicht mehr viel. Da wurde von der Passantenjagd in Berlin nicht mehr geredet. Da wurde er nur beauftragt, das Demonstrationsverbot wieder aufzuheben, weil es seine Wirkung aufs beste getan hatte: den Arbeitern zu zeigen, was die Maifeier jetzt bedeutet und den proletarischen Konkurrenzverband zum Reichsbanner aus der Welt zu schaffen. Auch werde man, wenn die Roten wieder marschieren können, schon die Möglichkeit finden, sie noch gründlicher auseinanderzuhauen. Die Opposition mußte schweigen. Rosenfeld, der in Berlin noch hatte aussprechen können, was er von der

Verruchtheit hielt, mußte in Magdeburg in der Ecke sitzen und so tun, als ob ihm in der Gesellschaft der Müller und Hilferding wohl wäre. Auch die Wahltheorie und die Ministerpraxis in den Angelegenheiten des Panzerkreuzers, des Wehrprogramms, der Steuerpolitik, der Finanzschweineerei, des Konkordats, der Volksernährung durften auf dem Parteitag kaum erwähnt werden, und der „Vorwärts“ streichelte mit schelmischer Leutseligkeit sogar seinen Genossen Paul Levi, der eine schöne linke Rede zu halten wußte, ohne doch die Harmonie der Veranstaltung zu stören. Die Genossen Regierer aber, „Kanzler Müller“ (armer Weimarer Goethefreund, der hundert Jahre lang diesem Namen einen ehrwürdigen Klang in der deutschen Kulturwelt verlieh, — solche Nachfolge hast du nicht verdient!) und der unsägliche Hilferding konnten vor aller Welt verkünden, daß sich verantwortliches Politikmachen mit Ueberzeugung, Charakter, vor den Wählern übernommener Verpflichtung und Grundsätzen jeder Art nicht vereinbaren lasse. Und so erhielten sie Generalvollmacht, zu regieren, wie sie es ratsam finden, das heißt, wie es die Profitinteressen der Börse und des Industriekapitals von ihnen verlangen. Wennschon Diktatur, dann die der Sozialdemokratie! Wennschon Faschismus, so der der Welse! Wennschon Arbeitermord, so der der Zörgiebel!

Nein, nein, ich bringe, wenn ich an Magdeburg denke, keine Wut mehr auf, um mich über den Wedding zu ärgern. Der alte Familientratsch um die richtige Linie. Die alte Ketzerrichterei gegen Abweichlinge; diesmal waren die „Versöhnler“ dran. Das alte Gerede um Plattformen, theoretische Festlegungen für die Ewigkeit, von denen niemand weiß, ob sie von den Verfassern in 14 Tagen noch aufrechterhalten werden, die Analyse der Zeitgeschichte unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung des Kapitals. Der alte Salm, ob die politische Situation zur Zeit als akut revolutionär, latent explosiv oder stationär, kritisch anzusehen sei, — kurz das, was kürzlich in einer Diskussion ein Berliner Arbeiter in die ausgezeichnete Formel brachte „Thesenknautscherei“. Das Nichtmitglied der KPD, braucht diese Art, revolutionäre Arbeiterpolitik zu treiben, indem künstliche Horizontverengung für die Garantie sicheren Urteils gehalten wird, wenig zu interessieren. Der Anarchismus, der unter strenger Wahrung des weltanschaulich Feststehenden, die Freiheit der Gesellschaft mittels der Pilege der Freiheit unter den Individuen und die revolutionäre Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch den Sozialismus mittels Verweigerung aller Hilfe am Staat und Anwendung unmittelbarer Aktion erreichen will, kann hiergegen nur grundsätzlich polemisieren; im einzelnen wäre da jeder Streit fruchtlos. Aber höchst bedenklich ist die Behandlung des die ganze Arbeiterklasse gemeinsam Angehenden, wenn sie die tatsächliche Wahrheit aus Gründen der Taktik verbiegt. Der Kommunistische Parteitag ließ es sich angelegen sein, die Maivorgänge dem Parteivorteil nutzbar zu machen. Gut. Da Staat und Sozialdemokratie die Partei — ganz mit Unrecht — für die Unruhen verantwortlich macht, kann ihm das nicht verübelt werden. Aber es ist grober Unfug, wenn man nun von einem heldenhaften Aufstand des Berliner Proletariats redet. Es hat gar keinen Aufstand in Berlin gegeben, sondern von der Polizei aus außenpolitischen und parteitaktischen Gründen veranstaltete Unruhen, bei denen das Berliner Proletariat leider keineswegs revolutionäre Entschlossenheit an den Tag legte. Ein paar hundert Arbeiter von vielen Hunderttausenden stellten sich nur dem Gegner zum Kampf, der durchaus nur ein Abwehrkampf war und sein konnte. Die Barrikaden in der Kösliner Straße und in Neukölln waren keine Brustwehren, sondern Verkehrshindernisse, die als solche auch gut ihren Zweck erfüllten. An ihrem Aufbau und an der Verteidigung gegen die polizeiliche Wütere waren Arbeiter aller revolutionären Richtungen beteiligt, auch

sehr viele Unorganisierte, die den Partei- und Gewerkschaftskram gründlich satt haben. Sie waren nicht gerufen, unterstanden keiner Führung und taten das Richtige. Das Berliner Proletariat aber tat gar nichts, legte, während noch auf den Straßen Blut floß, nicht einmal die Arbeit nieder und hat sogar die Verurteilung der beteiligten Genossen widerstandslos hingenommen. Da ist es frivol und dumm, statt die Gründe für die Müdigkeit der breiten Arbeitermassen zu suchen und auf ihre Abstellung hinzuwirken, die furchtbare Indolenz noch zu unschmeicheln und die Passivität als Heldenhaftigkeit auszututen. Es wäre töricht, zu verkennen, daß die Kommunistische Partei bei den revolutionär gestimmten Massen heute stärkere Sympathien genießt als seit Jahren. Aber das dankt sie zum allergeringsten Teil ihrer eigenen Politik, wemgleich ihre derzeitige Haltung zu den Zentralverbänden erträglicher ist als die bisher geübte Taktik der disziplinierten Einordnung. Hätten die Sozialdemokraten mehr Gesinnung, dann wären die Kommunisten tot. Die KPD, zieht ihre etwas gestärkte Lebenskraft nicht aus den Parolen vom Wedding, sondern aus denen von Magdeburg.

Abschied von Oskar Kanehl

Nach der Einäscherung unseres Freundes wurde mir mißbilligend gesagt, meine Rede am Sarge Oskar Kanehls habe nicht in ein Krematorium, sondern in eine Volksversammlung gehört. Da wußte ich, daß ich so gesprochen habe, wie der Tote es sich gewünscht hätte. Wahrhaftig: wir haben keinen Privatmann den Flammen übergeben, keinen, von dessen Familiensinn und biederem Gehaben Aufhebens zu machen war. Die äußerliche Korrektheit des Regisseurs der Rotter-Bühnen war das sorgfältig geübte Inkognito einer immer gärenden, immer rebellischen, immer gewalttätigen Natur, die das Korrekte, das Ebenmaß, das sittsam Geordnete, hinter dem sich Knechtschaft und Feigheit verbirgt, fanatisch haßte und geekelt verachtete. Kanehl wünschte nicht, daß die Mitwelt in sein Leben sähe, er ließ sie noch nicht einmal in seinen Tod sehen. Ein Sturz aus dem Fenster vom vierten Stock am hellen Tage auf die belebte Straße. Vielleicht war es ein Schwindelanfall im Malariafieber; vielleicht war es — mir ist das glaubhafter — ein spontaner Entschluß, ein plötzliches Uebelbefinden der Laune, ein Gedanke an die entsetzliche Stumpfheit der Gegenwart, die nie aus dem Augenblick zu handeln wagt, an die gehorsame Passivität der Arbeiterschaft, die nicht einmal angesichts der Maimorde den Mut zum eigenen Willen aufbrachte und weiter zur Tretmühle, weiter zur Wahlurne, weiter zum Zahlabend trotzte, als wäre nichts geschehen. Die Trauer um das Fehlen jeder Initiative bei den Massen, auf die er hoffte und baute, mag Oskar Kanehls Initiative zur Affektat der Selbstvernichtung in der furchtbaren Form gestachelt haben, die den Passanten, Unbekannten, trägen und unfruchtbarem Erwerbe geschäftig Hingegebenen, aufschrecken mußte: auch hinter Euern Registrierkassen lauern die Dämonen!

Was vom Dichter Kanehl zu sagen ist, habe ich vor einigen Monaten hier ausgesprochen (FANAL, Nr. 1 dieses Jahrgangs). Es befriedigt mich, das Urteil nicht erst in der Stimmung der Trauer um einen Freund formen zu müssen. Er las selber noch meine Meinung und sprach mir seine Freude aus: „Den begabtesten, radikalsten und den Zeitcharakter mit seiner Unverschämtheit und seinen Dissonanzen am sichersten in Verse fangenden proletarischen Dichter unserer Zeit“ nannte ich Oskar Kanehl damals und sein letztes Buch „Straße frei!“ „ein pfeifendes und gellendes Dokument einer nur auf Pfiffe und Kreischen reagierenden Gegenwart“. Die Oppor-

tunisten aller Sorten und Färbungen, der Staat und seine das Proletariat würgenden Organe, aber auch die Arbeiter selber, die den Parteien nachlaufen und heute vor dieser, morgen vor der entgegengesetzten Parole stramm stehen („Der Parteiidiot“), haben einen ihrer gefährlichsten weil schonungslosesten, Kritiker verloren. Denn Oskar Kanehl beanspruchte (ich zitiere wieder, was im Oktober im FANAL stand), „viel weniger, Dichter zu sein als Agitator und revolutionärer Ankläger und Spötter. Agitation, Anklage, galliger Hohn ist aber in so gedrungener und dabei in so ungekünstelter, ungeleckter, unfrisierter Form geleistet, daß hier aus Haß und Schwung wahrhafte Dichtung wird.“ Die Organisation, der Kanehl angehörte, der Spartakus-Bund, hat einen ihrer tätigsten und einfallreichsten, dabei ihren weitaus feurigsten Genossen verloren; wir alle, die ihn menschlich näher kannten, einen solidarischen, wahrhaft kameradschaftlichen Freund (ich persönlich bin ihm dankbar dafür, daß er, während ich in Haft saß und durch die Gefängniszensur gehindert wurde, meine Berufsarbeit, wo sie Berührung mit revolutionären Dingen hatte, von der Zelle aus zu verrichten, selbstlos die Zusammenstellung der in dem Bändchen „Alarm“ vereinigten Manifeste und Gedichte übernahm). Die gesamte deutsche Arbeiterschaft hat tausend Gründe, um den Verlust dieses Mahners, Warners, Kritikers und befeuernden Revolutionsdichters zu trauern, der sich selber einen Hetzer nannte, um ihn nicht Lügen zu strafen in seinem herrlichen Vertrauen, daß die Stunde der Ermannung und der Erhebung der unterdrückten Klasse doch einmal schlagen müsse. Genosse Franz Pfempfert, Oskar Kanehls nächster persönlicher und politischer Freund, wandte auf ihn die Worte an, die der Tote dem ermordeten Karl Liebknecht nachrief: „Du lebst, denn deine Proletarier leben!“

Also, Proletarier, wolt Ihr, daß Euer bester Dichter Oskar Kanehl der Revolution, dem Kommunismus lebe, — so seid lebendig!

Hundertprozentiger Anarchismus

Den anarchistischen Genossen steht es so wenig an wie sonst ehrlicher Leuten, über alle Schmählichkeiten, die sich etwa einmal innerhalb der eigenen Reihen begeben können, den Mantel verzehender Nächstenliebe auszubreiten. Mir ist früher einmal mit Abbestellung des FANAL gedroht worden, wenn ich nicht darauf verzichtete, auch solche Peinlichkeiten anzugreifen, die von Anarchisten oder Personen ausgehen, die sich Anarchisten nennen. Nicht aus Angst vor dem Abspringen einiger Abonnenten, sondern um guten Kameraden Aerger zu ersparen, habe ich mir bisher wirklich in dieser Hinsicht einige Zurückhaltung auferlegt. Das hat aber dann seine Grenze, wenn irgendein Oberwachmeister der wahren anarchistischen Tugend das Vertrauen auf die Vornehmheit dessen, der von ihm mit einer Strafnote bedacht wird, zu weit treibt. Ich habe keine Lust mehr, zu allem zu schweigen, womit Rudolf Großmann in Klosterneuburg in seiner „Erkenntnis und Befreiung“ den revolutionären Charakter des Anarchismus kompromittiert. Unser Wiener Genosse Redisch wurde in dem Augenblick von Großmann in seiner Gesinnung verdächtigt, wo die Polizei ihn verhaftete und zwar in Formen, die eher einer Solidarisierung mit der Staatsgewalt als der primitivsten revolutionären Kameradschaft ähnlich sah. Der „Syndikalist“ hat diese Infamie gebührend bezeichnet; so konnte hier in der Hoffnung davon abgesehen werden, der Mann, der den guten Geschmack hat, den Namen des Peter Ramus (Pierre de la Ramée), eines der reinsten Geister des sechzehnten Jahrhundert, für sich in Anspruch zu nehmen, werde vorerst ein wenig zurückhaltender werden mit

seinen Herausforderungen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Abdruck der Rede Gustav Landauers im FANAL Nr. 8, die sich gegen den sozialdemokratischen Antrag im bayerischen Rätekongreß wendete, die nach Eisners Ermordung festgesetzten Geiseln freizulassen, dient Großmann zum Anlaß, zu behaupten, Landauer habe diese Rede sozusagen in geistiger Verwirrung gehalten. Er sei nämlich „durch den ganz plötzlich erfolgenden Tod seiner mit ihm innigst vermählt gewesenen Gattin“ „völlig aus seinem sonstigen, intellektuellen Gleichgewicht gebracht“ worden und nur „aus seinem von innerem Schmerz zerwühlten und zerrütteten Seelenzustand“ sei diese „tief beklagenswerte Rede“ zu begreifen. Ohne die langwierige Arbeit zu unternehmen, die Stellen der Großmannschen Weinerlichkeit aus dem Klosterneuburgischen ins Deutsche zu übertragen, die mir gelten, indem ich „durch eine unsachliche Anstiftung von Verwirrung betreffs des anarchistischen Standpunktes“ „der Reaktion keinen besseren Dienst leisten konnte, als diese Rede gutheißend zu veröffentlichen“, und zwar „zur Bemäntelung des eigenen falschen Standpunktes“, beschränke ich mich auf die Zurückweisung der Bemerkungen, die Landauers Andenken kränken und verfälschen müssen. Hedwig Lachmann starb im Februar 1918, also ein volles Jahr vor der Rede. So nahe Landauer ihr Tod ging, so war er doch kein Waschlappen, der von einem privaten Leid sein geistiges Wirken trüben ließ. Die Zusammenstellung mehrerer Bücher fiel in das Trauerjahr, und man lese die Briefe nach, die er in der Zeit nach dem Tode seiner Frau geschrieben hat, um Großmanns Unterstellung recht zu würdigen. Zur Sache meint der hundertprozentige Anarchist, der die Revolution mit dem Vorbehalt anstrebt, daß sie nicht wohl tun dürfe, folgendes: „Wir unsererseits haben diese unglückliche Rede stets für die wirkliche Verursachung des besonderen Hasses der weißen Bluthunde gegen Landauer gehalten, als den eigentlichen Anlaß zu seiner scheusägigen Ermordung angesehen.“ Das ist nicht wahr. Die Stenogramme sind in geringer Anzahl gedruckt worden und sehr schwer zu bekommen. Nach Klosterneuburg — das kann man als sicher annehmen — ist kein Exemplar gelangt, und Großmann hat erst durch FANAL von der Rede Kenntnis erlangt, also gar nichts darüber „stets“ gemeint. Ferner aber: die von Landauer als Geiseln genannten Buttman und Lehmann haben bei der Niederschlagung der Räterepublik eben die verhängnisvolle Rolle gespielt, an der sie durch die Festhaltung gehindert werden sollten. Wenn dann noch Krapotkin zitiert wird, der in einem Brief an Lenin „Geiselnwesen und Geiselermordung“ ehrlos und unwürdig genannt habe, so bezog sich das auf die Festnahme und Tötung revolutionärer Geiseln aus der Opposition. Wie Krapotkin über revolutionäres Verfahren gegen Konterrevolutionäre dachte, ergibt sich klärlich aus seiner Darstellung der französischen Revolution, aus den (von Großmann verfälschten) Worten eines Rebellen und anderen Belegen. Was soll übrigen das Wort „Geiselermordung“ in diesem Zusammenhang? Es soll Landauers Rede verleumdend! Die bayerischen Reaktionäre haben in dem hundertprozentigen Anarchisten Großmann Zulauf erhalten.

Zeitgeschichte

Es ist hier früher schon betont worden, daß eine Monatsschrift, die dauernd mit Raumknappheit zu kämpfen hat, unmöglich alle wichtigen Ereignisse von einem Erscheinungstermin zum andern behandeln kann. Bei der ungeheuren Fülle des weltgeschichtlichen Geschehens seit 1914, die der Ausdruck der gewaltigen Verlagerungen aller gesellschaftlichen Be-

ziehungen sind, in deren Anfängern wir uns noch befinden — alles Orakeln von relativer oder absoluter Stabilisierung des Kapitalismus ist scheinwissenschaftliches Gegacker opportunistischer Thesenbrüder —, läßt sich die Tragweite und Nachwirkung einzelner Vorgänge niemals sofort übersehen. Das Attentat auf den Knechter Litauens mit den nachfolgenden Hinrichtungen kann ebensowohl die Einleitung zu Volkserhebungen großen Ausmaßes gewesen sein, wie der Knall eines Autoreifens, der die Fahrt kaum aufhält. Der überraschende Handstreich auf Curaçao ist zweifellos ein Zeichen für die Unerträglichkeit der wirtschaftlichen Lage der von holländischen und englischen Ausbeutern geschundenen Petroleumarbeiter. Aber ob sich in den amerikanischen politischen Verhältnissen im Anschluß daran bemerkbare Aenderungen vollziehen werden, ob auch nur in Venezuela selbst sich revolutionäre Versuche anschließen werden, entzieht sich jeder Voraussage. Hier sind diese wie manche andere Wetterzeichen bis jetzt gar nicht erwähnt worden, weil die Beschäftigung mit ihnen eine Untersuchung erfordern würde, die dem Nichtspezialisten, der auf Zeitungsberichte angewiesen ist, gar nicht möglich ist. Eher könnte man noch dem Besuch des erfolgreichen Hochstaplers Fuad eine ausführlichere Betrachtung widmen. Dessen Empfang in Berlin war ein neues Zeugnis dafür, wohin es in diesen Zeitläuften mit der öffentlichen Moral gekommen ist. Wenn Hoffnung besteht, daß diese oder jene große Firma einen lohnenden Geschäftsabschluß dabei „tätigen“ kann, dann wird für einen Kerl, der es dank seiner Gewissenlosigkeit und seiner Anschmeißerei an englische Versklaver seiner Landsleute bis zum König von Aegypten bringen konnte, der ganze Staatsapparat mit unsinnigen Kosten in Bewegung gesetzt und der byzantinische Instinkt des deutschen Republikaners gekitzelt. Dieser Fuad ist jetzt in Deutschland so beliebt, wie er in Aegypten verhaßt ist, wie denn die Könige allgemein am liebsten nach Berlin zu fahren scheinen, um einmal wieder das ihnen daheim versagte Glück der Popularität zu kosten. Nachher fliegen sie, wie jener Amanullah auf einem von deutschen Steuerzahler gespendeten Flugzeug in Pension. Sollte das auch unserm Fuad passieren, dann kann er wenigstens die Photographie mitnehmen, die seine Unsterblichkeit zusammen mit der des verhinderten größten Staatsmannes der Welt, Rudolf Breitscheid, sichert.

Es wird dem Chronisten verziehen werden, wenn er auch die Auslandsreisen des Dr. Stresemann nach Madrid und Paris nicht so wichtig nimmt, wie die Eckermanns, die sich dieser bedeutende Politiker in den Redaktionen aller wohlgesinnten Zeitungen hält. Die ganze Konferenzherrlichkeit, die mit mörderlichem Tamtam den diplomatischen Wind um die Geschäfte der Weltfinanz macht, hat keine andere Bedeutung als die, neben den internationalen Wirtschaftskonzernen die Wichtigkeit der Staatskanzleien in Erinnerung zu bringen. Hat sonst vielleicht niemand ein Interesse dran, so doch die Militärs, die ohne Konflikte zwischen den Hütern des Weltfriedens keine Lebensberechtigung hätten. Nächstens soll eine Konferenz steigen, bei der zwischen Rußland und den anderen Ländern die richtige Form des Verkehrs gefunden werden soll. Da Herr Macdonald mit Moskau wieder gut sein will, wird das Riesentempo, in dem sich dort der Sozialismus aufbaut, wohl noch mehr beschleunigt werden. Vorerst erfährt man durch „Le Libéraire“, daß unser italienischer Genosse Ghezzi, der mit Mühe und Not vor dem Schicksal Boldrinis bewahrt werden konnte und aus dem wirtschaftlichen Deutschland ausgewiesen, in Rußland das Asyl des Revolutionärs fand, jetzt dort verhaftet sei. Wir wollen die Bestätigung der unglaublichen Nachricht, die nach allem Erlebten leider doch zu glauben ist, abwarten. Und dann ist ausgiebige Beschäftigung mit dem russischen Anteil an der Zeitgeschichte wieder einmal dringend geboten.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64



Donnerstag, den 4. Juli, Mitgliederversammlung

Es wird erwartet, daß alle in der A.-V. organisierten Kameraden zu dieser Zusammenkunft erscheinen, da an diesem Abend für uns äußerst wichtige Entscheidungen zu treffen sind.



Anarchistische Jugend Deutschland, Bezirk Berlin

Die bisherige Anschrift des Obmannes ist infolge Ueberganges zur Reichsorganisation für Berlin umgeändert in:
Erwin GANDT, Berlin - Schöneberg, Wartburgstr. 5

Seben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Krascheilung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen greift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschirt RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

**Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee**



VERKÜNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstois.

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Durchläuchtingstr. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Leitsatz (Gedicht) — Fünfzehn Jahre
Weltkrieg — Imperialismus u. Kriegs-
gefahr (von H. W. Gerhard) — Gleiches
Recht — Rußland und China — Das
proletarische Vaterland — Schutzlose
Republik

NR. 11

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

August 1929

Lest die

„Freie sozialist. Jugend“ „Die Rote Spur“

Blätter und Stimmen der selbständigen
jungen Sozialisten.

Herausgegeben vom „Bund
freier sozialistisch. Jugend“

„Es gibt aber heute keinen fruchtbareren Dienst an der Gerechtigkeit in Europa, als an der Einigung des Sozialismus zu arbeiten. Und damit habe ich ausgesprochen, worin — wie ich die Dinge sehe — die besondere Aufgabe des Bundes freier sozialistischer Jugend besteht, und warum mir sein Dasein ein Grund zu großer Hoffnung ist.“

Kurt Hiller

Zu beziehen durch: HERBERT SCHUKALLA, Berlin - Schöneberg,
Ebersstraße 91, Postscheckkonto Berlin 69841

Beide Zeitschriften
erscheinen monatlich.

Freie sozialistische Jugend Heft 25 Pfg.
Die Rote Spur Heft 20 Pfg.

Seeben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Empfindung dargestellt. Eine einzigartige Ersehnung in der modernen Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnenlust mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen greift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschürt RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

VERKÜNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 2.—, kart. RM. 1.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstols.



F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 11

August 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,00. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenshandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 619.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Leitsatz

(Zum Todestage der Genossen Sacco und Vanzetti.)

Fürcht nicht die Stunde, da du stirbst.
Die Welt, o glaub's nur, kann dich missen.
Kein Stern, um dessen Licht du wirbst,
Wird mit dir in den Tod gerissen.

Solang du lebst, wirst du gebraucht.
Soll dich das Leben nicht vergessen,
Sorg, daß die Tat nicht untertaucht,
An der du deine Kraft gemessen.

Leb, daß du stündlich sterben kannst,
In Pflicht und Freude stark und ehrlich,
Nicht dich, — das Werk, das du begannst,
Mach für die Menschheit unentbehrlich!

Fünfzehn Jahre Weltkrieg

Am 1. August 1914 erwuchs aus den nationalen, örtlich begrenzten Kriegen zwischen den verschiedenen außereuropäischen und halbeuropäischen Staatsfilialen des europäischen Kapitalismus der Weltkrieg mit seinen Uebergängen zur Weltrevolution. Am 1. August 1914 entstand, zur Sichtbarkeit aufplattend, der Zustand, in welchem wir uns mitten drinnen befinden, der Zustand, der die Morschheit und Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsform in ihren nationalen Abgrenzungen zutage treten läßt und in dem die Menschen zum offenen Kampf um die Zukunftsgestaltung ihrer Ein-

richtungen gezwungen sind: Erneuerer, Umwälzer, Revolutionäre, die den kranken und fauligen Leib der kapitalistischen Gesellschaft töten wollen, um sozialistischen Einrichtungen Leben geben zu können, gegen Erhalter, Reformer, Nutznießer des Kapitalismus, die die Ausbeutung des Proletariats, das Monopol der besitzenden Klasse auf die natürlichen Kräfte und Schätze der Erde und die Mittel ihrer Verwertung durch Internationalisierung und Kollektivisierung ihrer Interessen retten, den Kapitalismus also mittels gründlicher konstitutiver Eingriffe zu neuer, gewaltig verstärkter Wirksamkeit gesund machen wollen. Somit war der Beginn des Weltkrieges vor 15 Jahren zugleich der Beginn der Weltrevolution, und wenn heute ein akuter Krieg zwischen zwei staatlich verwalteten Ländern entsteht oder es bricht in irgend einem Lande eine Revolution aus, so sind solche Ereignisse nicht mehr wie vor 1914 als lokalisierte Krisenerscheinungen innerhalb gefügter Weltzustände einzuschätzen, sondern als Teiläußerungen des Zusammenbruchs des gesamten gesellschaftlichen Gerüsts; im Falle des Krieges zwischen kapitalistisch interessierten Staaten handelt es sich dabei um den Versuch, mit festerem Baumaterial das Gesamtsystem neu zu stützen, im Falle einer Revolution proletarischen Charakters um das Bemühen, mit dem Gerüst das ganze wirtschaftliche Gebäude zum Einsturz zu bringen, um Platz für eine neue, im Grundriß veränderte Wohnstätte der Menschen zu schaffen.

Es hat sich die gute Uebung entwickelt, jährlich in den ersten Augusttagen Kundgebungen gegen den Krieg zu veranstalten, um der schauerhaften Erinnerung an das Erlebte den Willen zu entbinden, der Wiederholung jener Jahre vorzubeugen und Widerstand entgegenzusetzen. Kundgebungen gegen etwas haben aber nur Wert, wenn sie gleichzeitig Kundgebungen für etwas anderes sind. Die Formel „Nie wieder Krieg!“ kann, wie alle in Worte gefaßten Bekenntnisse, wie alle Hoch!-, Pfui!- und Nieder!-Rufe, wie alle Versammlungsdrohungen, -Entschließungen, -Forderungen und -Gelöbnisse keinen größeren Nutzen bringen als die Festigung einer Einsicht vor dem eigenen Gewissen und die Werbung für sie bei andern. Das ist kein geringer Nutzen, doch wird der Gegner, der schließlich über den Apparat verfügt, mit dem Kriege hergestellt werden, wenig fürchten, wenn er auf den Transparenten bei proletarischen Massenaufzügen liest, daß die Demonstranten im Besitz des Apparates anders entscheiden würden als er. Er wird, glaubt er an den Ernst der Kundgebungen, nur die Folgerung ziehen, den Apparat noch sicherer als bisher in seiner Macht zu halten. Da er den Willen zum Widerstand gegen ein neues Weltgemetzel in der Tat ernst nimmt, vielleicht ernster als die Kriegsgegner ihm dazu Grund geben, und da er, besser als mancher Kriegsgegner, weiß,

daß der Krieg nichts als der giftige Rauch ist, der von Zeit zu Zeit den Auspuffrohren des kapitalistischen Apparates unter Zischen und Knallen entströmt, die Verstopfung der Rohre also das Gift nach innen schlagen lassen könnte, — deshalb sichert er die Zugänge zu den Hebeln der Maschine mit verstärkten Schutzvorrichtungen für die am Bestande der kapitalistischen Organisation und daher auch am Funktionieren ihres Kriegsventils Interessierten. Das Uebergreifen der Kriege aus den kolonialen und halbkolonialen Gebieten, um deren Erträge früher der nationale Kampf der kapitalistischen Interessengruppen geführt wurde, in die Zentren des Weltkapitalismus im Jahre 1914, die damit verbundene Entfesselung des Weltbrandes in Krieg und Revolution als Dauerzustand bis zur Einordnung der Weltwirtschaft in neue klare Regelungen, zwingen die Besitzer der Produktionsmittel zur Ausnützung aller ihrer Vorteile, um die Organisation auch der künftigen Weltwirtschaft nach den Grundsätzen der Arbeitspflicht in fremdem Dienst für die Mehrzahl und des Genußprivilegs für die herrschende Minderheit einzurichten.

Im FANAL ist wiederholt, besonders in den bedeutsamen Ausführungen des Genossen Rudolf Rocker, auseinandergesetzt worden, daß der Faschismus der politische Ausdruck des kapitalistischen Selbsterhaltungswillens ist, der seinen Weg in der Richtung immer enger verbundener internationaler Klassengemeinschaft der wirtschaftlichen Monopolisten sucht. Der Privatkapitalismus hat vollkommen abgewirtschaftet; der Weltkrieg ist davon nicht die Ursache, sondern sein Ausbruch war nur der sichtbare Ausdruck der schon wirksamen Tatsache. Wenn die Marxisten aber daraus den Schluß zogen, der Kapitalismus sei überhaupt in den Zustand der Agonie eingetreten, die Möglichkeiten neuer Kapitalbildung seien verschüttet, die in Marx' „Kapital“ angekündigte Akkumulation des Kapitals sei mit der ebenfalls angekündigten revolutionären Explosion zu Ende, jetzt heiße es nur noch, die Macht im Staate von Arbeiterregierungen ergreifen zu lassen, die mittels proletarischer Diktatur den kapitalistischen Kehrriech wegzuräumen haben, und dem Aufbau des Sozialismus, dessen Phase nun an der Reihe sei, könne nichts mehr gefährlich werden, dann haben sie sich getäuscht, wie sich jeder täuscht, der glaubt, die Geschichte sei ein Rechenexempel, und wenn man nur ihre scheinbaren Widersprüche dialektisch hin einrechnet, dann sei das Geheimnis der Prophetie wissenschaftlich enträtselt. Sonderbar: die einzige wissenschaftliche Aufstellung Marxens, die von seiner Lehre, soweit sie über die kluge Analyse des Kapitalismus in seiner Beschaffenheit vor 70 Jahren hinausging, ständgehalten hat, ist die von der Akkumulation des Kapitals, wengleich Marx selber sich etwas ganz anderes darunter vorgestellt hat als geworden ist und erst Rosa Luxemburg die

Theorie der gewordenen Wirtschaftsgestaltung angepaßt hat. Sie hat zuerst erkannt, daß das Kapital nicht, wie es die Staatssozialisten und auch Marx selbst dachten, sich in immer weniger Händen konzentrierte, sondern daß im Gegenteil eine vermehrte Anzahl von Ausbeutern die von ihnen ausgeübte Macht über die Gesamtwirtschaft der Welt zu kollektivem Gebrauch aufhäufen, „akkumulieren“ werde.

Der Trugschluß liegt nahe, daß eine solche Verbindung kapitalistischer Macht ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen und mit dem Zweck gemeinsamer Initiative gegen Arbeiteransprüche der Sicherung des Friedens dienen, ja, den Anreiz zum Kriegführen ganz beseitigen müsse. Sicher ist das auch die Ansicht mancher Pazifisten, welche im Völkerbund, der ein Staatenverein zur Wahrung der Interessen des Weltkapitalismus ist, eine moralische Gesellschaft verehren, von dem Streben erfüllt, ihre Vereinsmitglieder bei Streitigkeiten von Prügeleien fernzuhalten. Diese wohlmeinenden Pazifisten, zumeist bravdemokratischen 48er-Träumen hingegeben, suchen ja auch unsere Meinung, der Faschismus sei der Ausdruck der internationalisierten Kapitalwirtschaft, mit dem Hinweis zu widerlegen, daß der Faschismus, wo er bis jetzt Platz nehmen konnte, die Politik des höchstgesteigerten kriegerischen Nationalismus pflegt. Richtig, das tut er; aber die Pazifisten seien darauf aufmerksam gemacht, daß die faschistisch regierten Staaten vollberechtigte, eifrige und stark umworbene Mitglieder des Völkerbundes sind. Es besteht hier auch gar kein Widerspruch. Denn die Auffassung, der Versuch des Völkerbundes, der Gefährdung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Produktion, Handel und Verbrauch in allen dem Weltverkehr erschlossenen Gebieten der Erde beherrscht, international entgegenzuwirken, könne oder wolle auch nur das geringste im politischen Verhalten der Nationen zu einander ändern, verkennt durchaus den Charakter dessen, was durch internationale Anstrengungen erhalten werden soll. Das Zusammenwerfen kapitalistischer Ausbeutungsrechte schafft eine Aufsichtsbehörde des Großbesitzes der Welt über den Staaten. Die Nutznießer des Bündniskapitalismus haben keine Feindschaft gegeneinander, ihre Interessen sind die von Kompagnons. Aber ihre Interessen beruhen auf der Feindschaft der von ihnen gelenkten Staaten. Ihre Berechnung, Naturschätze durch Verteuerung, durch zeitweise Entziehung vom Markt, durch Wechsel des formalen Bodenbesitzers finanziell ertragreicher zu machen, kann einen Krieg notwendig scheinen lassen. Ob er ausbricht oder nicht, wird ganz wo anders entschieden als in den Auswärtigen Aemtern der beteiligten Staaten, geschweige in den Parlamenten. Der russisch-japanische Krieg 1904 wurde im Berliner Bankhaus Mendelssohn

beschlossen, und der augenblicklich drohende Krieg zwischen Rußland und China wird wahrscheinlich dadurch verhindert werden, daß die amerikanischen Bankiers die ostsibirische Eisenbahn durch Friedensvermittlung unter ihren Einfluß bringen werden. Sie haben zur Zeit nur 12 Millionen Dollars in der Mandschurei investiert; finanzieren sie aber die Regierung Tschangkaischeks zu einer Geldabfindung Rußlands, damit es auf den Mitbesitz der Bahn verzichte, dann wird der Zinsdienst das national geeinte China zur amerikanischen Satrapie machen, wie es Deutschland dank Dawes- und Young-Plan schon ist.

Da der Zweck der kapitalistischen Produktion nicht Stillung des Bedarfs ist, sondern ausschließlich Gewinn, und da es sich bei der Konstituierung des Kollektiv-Kapitalismus darum handelt, durch Vertrustungen und vereinte Anwendung schärfster Rationalisierungsmethoden den Gewinn der Nichtarbeitenden aus der Leistung der Arbeitenden unter Ausschließung der den gemeinsamen Nutzen beeinträchtigenden Konkurrenzmomente wie Unterbietung und Sonderabkommen mit der Arbeiterschaft fortdauernd zu steigern, so ist auch der Krieg für die maßgebenden Faktoren eine Angelegenheit, die lediglich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnberechnung bejaht oder verneint wird. Gerade aber der Krieg war schon lange vor dem letzten großen Kriege ein Geschäft, das auf internationalen Grundlagen betrieben wurde. Eine Schrift von ungeheurer Wichtigkeit ist über diesen Gegenstand eben herausgekommen und sollte überall gekauft und gelesen werden, wo Gründe gegen die nationale Forderung nach Kriegsrüstung gebraucht werden. Sie heißt „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“ von Otto Lehmann-Rußbüldt (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf 1929). Da wird in nüchternen Sachlichkeit das Material ausgebreitet, das allen Kriegsbedarf als Ware auf dem kapitalistischen Markt erweist, die um des Profits willen hergestellt und an jede Kundschaft verhökert wird, die danach fragt. Das ist nicht neu, und Lehmann-Rußbüldt erinnert an zahlreiche Fälle, die vor Jahr und Tag Unruhe hervorriefen, besonders an die berühmte „Kornwalzer-Affäre“, die Karl Liebknecht 1913 im Reichstag aufdeckte, die Geschichte des Agenten Brandt, der im Auftrage der Firma Krupp Beamte bestach, um Dokumente zu erhalten, aus denen die Absichten der Regierung in Bezug auf Waffenbestellungen und ähnliches zu entnehmen waren. Aber Alfred Krupp hatte schon 1868 eine Offerte in Gußstahlkanonen an Napoleon III. gerichtet und 1902 wurde bekannt, daß diese deutsche Firma Panzerplatten für Kriegsschiffe an Amerika billiger lieferte als an Deutschland. Die Schrift ist ungeheuer aufschlußreich. Es wird klar, daß die Kriegstreiberei gewisser Kreise eng mit dem Bestreben zusammenhing, Waffen und Munition an eines der Länder

loszuwerden, die in den angestrebten Krieg verwickelt werden könnten, sei es auch, daß die Waffen gegen die Soldaten des eigenen Landes benutzt würden. (Vgl. den Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken vom Jahre 1907, der auf die Bestellung von Maschinengewehren durch die französische Regierung ausging. Der Brief ist von demselben Geheimrat von Gontard unterzeichnet, der später den Lagerhalter Bullerjahn wegen „Landesverrats“ grundlos für 12 Jahre ins Zuchthaus brachte.)

Es wird nachgewiesen, wie selbst während des Krieges die Geschäfte zugunsten des Krieges über die gesperrten Kriegsgrenzen hinweg weitergingen, und der Abschnitt „Nach dem Weltkriege“ gibt einen vorzüglichen Ueberblick über die Entwicklung der internationalen Verflechtung der Kriegsindustrie, die längst nicht mehr auf die Produkte beschränkt ist, sondern vor allem die Rohstoffe umfaßt. Der ganze Kampf gegen den Gaskrieg innerhalb der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse ist ein Kampf in dem Nebel, den die chemische Industrie neben den Giftgasen produziert. Obwohl Lehmann-Rußbüldt nicht ganz frei ist von der Illusion, die internationalisierte Kriegsvorbereitung könnte behoben werden, wenn die Verstaatlichung aller Kriegsindustrie unter Ausschluß jedes Profitinteresses sich ermöglichen ließe, ist er doch selbst ehrlich genug, die bislang in dieser Richtung unternommenen Versuche aufzuzählen und als völlige Fehlschläge zu erweisen. Besonders lehrreich ist hier die ausführliche Darstellung der sehr merkwürdigen geheimen Militärabkommen zwischen den Berliner und Moskauer Stellen, mit denen die Sensationen der Sowjet-Granaten und der Hamburger Phosgen-Katastrophe in engem Zusammenhang stehen, und wobei die deutschen Behörden durchaus als Sachwalter der Firmen Junkers und Stoltzenberg erscheinen.

Liest man die Statistik über die Ausfuhr des Welthandels an Waffen, Munition und Kriegsmaterial, an der übrigens Deutschland mit durchschnittlich 30 Millionen Reichsmark jährlich beteiligt ist, dann ist es völlig erstaunlich, wie es noch einsichtige Menschen geben kann, die von Verhandlungen der Staaten irgend etwas für Abrüstung und Frieden erwarten. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie kann überhaupt keinen Nutzen bringen. Denn erstens arbeitet der Staat so wenig profitlos wie der Private, ganz gleich, ob er selbst die erzielten Profite einmal nicht in neuen Panzerkreuzern, sondern in Wöchnerinnenheimen oder Lungenheilstätten anlegen sollte, — was er nicht tun wird, da es ihm die Internationale des Kapitalismus nicht erlaubt —; zweitens vermag man, wie Lehmann-Rußbüldt selbst sagt, „heute, wo schon im Handumdrehen die Fabrikation süßen Zuckers auf Giftgase und die von Kunstseide auf Sprengstoffe umgestellt werden kann, keine deutlichen Grenzen

mehr für die unmittelbare Rüstungsindustrie zu ziehen.“ Endlich aber ist die Kriegsindustrie genau so wie die der Oelverwertung und jede andere ein untrennbares Glied in der auf Gewinn statt auf Marktbedarf gerichteten Weltproduktion überhaupt und der an ihr interessierte Kapitalistenkreis hat sich ebenso vom privaten zum Kollektivverfahren der Ausbeutung bekehrt wie jeder andere. Denn wirkte sich die Internationale der Kriegstreiber bis zum Kriege und während des Krieges so aus, daß etwa Herr Dr. Krupp von Bohlen Patente an jedes Land verkaufte, das davon Gebrauch machen wollte und nach dem Kriege eine englische Firma auf den Betrag von 123 Millionen Schilling (ungefähr ebenso viel Reichsmark) für die Verwendung seines Granatzünder-Patents zur Zerfetzung deutscher Soldaten verklagt hat (der Prozeß scheint noch zu schweben), so war das noch privatkapitalistische Spekulation auf internationale Nachfrage. Der Kollektivkapitalismus hingegen betreibt korporative Produzentenspekulation auf den nächsten Krieg aller gegen alle. Wie in dem besonderen Zweig der Weltwirtschaft die Produzenten-internationale aussieht, kann man aus folgendem Satz der Lehmann-Rußbüldtschen Broschüre ungefähr erraten: „Es liegen Behauptungen eines Eingeweihten dafür vor, daß die Rüstungsindustrie schon jetzt wieder die ganze Welt ebenso exakt wie geheim unter sich durch Abkommen verteilt hat, so wie es der Dynamittrust vor dem Kriege tat. Nichts Dokumentarisches ist darüber beizubringen.“

Fünfzehn Jahre Weltkrieg! So heißt das Jubiläum, das wir zu begehen haben, — nicht: zehn Jahre Frieden. Jeden Augenblick kann an irgend einer Stelle der Welt der kaum oberflächlich erstickte Brand wieder aufflammen, und wenn der russisch-chinesische Konflikt, über den an anderer Stelle vom Standpunkt des Revolutionärs noch einiges Grundsätzliche zu bemerken ist, wirklich durch Vermittlung der imperialistischen Weltmächte beigelegt wird, so haben doch die Formen, in denen er bis an die Schwelle des Krieges gelangte, deutlich genug gezeigt, wessen wir stündlich gewärtig sein müssen. Gerade hat der Prozeß gegen die weißgardistischen Dokumentenfälscher ein wenig Licht in die Dunkelkammern der Geheimdiplomatie geworfen, und die prompte Freilassung des Orlow, der schon dabei ist, in Berlin Memoiren zu schreiben (man wird fragen dürfen, wessen), kennzeichnet die Macht seiner Hintermänner. In Oesterreich rüsten die Heimwehren unter Führung des bewährten reichsdeutschen Arbeitermörders Pabst zum Sturz des parlamentarischen Systems und treiben dabei einen Aufwand mit modernster Kriegsausstattung, daß die Förderung ihrer sicherlich über die Landesgrenzen greifenden Pläne durch die Rüstungsindustrie am offenen Tage liegt. Was die deutsche Republik anlangt, so erleben wir einen Aufschwung der faschistischen Bewegung, der den Plan

der wirtschaftlich bestimmenden Kräfte, auf nahe Sicht erst im Innern, dann nach außen loszuschlagen, außer Zweifel stellt. Schon hat die Verbrüderung der Hitlerbanden mit dem Stahlhelm unter Hugenbergs Protektorat und mit aktiver Teilnahme der Herren Thyssen und Vögler in aller Öffentlichkeit stattgefunden. Der Sozialdemokrat Zörgiebel darf, solange Hugenberg nicht seinen eigenen Kandidaten ins Polizeipräsidium setzt, nicht von seinem Posten abtreten, da nur er oder seinesgleichen von den sozialdemokratisch und gewerkschaftlich gegängelten Arbeitern nicht daran gestört wird, die Opfer seiner Maioffensive gegen die Berliner Bevölkerung ungerächt in den Gräbern verfaulen zu lassen, weil er allein es wagen darf, unmittelbar nach dem Verbot des Rotfrontbundes, dem Zweck der Maimorde, das Demonstrationsverbot aufzuheben, das heißt, die Straße den Hakenkreuzlern und Stahlhelmen, „gesäubert“ von möglichem Widerstand, zu überlassen. Das hängt eng zusammen mit der bevorstehenden Inkraftsetzung des Youngplanes, dessen Lasten nur noch in Barzahlungen aufzubringen und, wie es im Entwurf ausdrücklich heißt, unter Schonung der Industrie, also allein vom Proletariat herauszupressen sind. Die Zollerhöhungen auf Zucker, Butter, Mehl und andere unentbehrliche Konsumartikel bewirken schon jetzt Preissteigerungen, denen nirgends Entlastungen der arbeitenden Bevölkerung gegenüberstehen. Dabei beginnen die Landbündler, in Deutschland der wichtigste Vorspann des Faschismus, mit den Terrorakten, die ihre Entschlossenheit zur allgemeinen Erhebung bekunden. Kurz hintereinander haben in Schleswig-Holstein 7 Dynamitattentate stattgefunden, die, da sie nationalistisch motiviert sind, bekanntlich in der deutschen Republik straffrei bleiben und vom Proletariat, das zu 99 Prozent staatsfromm ist, auch nicht in eigener Regie abgewehrt werden.

Nie wieder Krieg? Das ist eine leere und verwirrende Redensart, die nur den Wahn fördern kann, als wäre seit 10 Jahren kein Krieg mehr. Die Forderung heißt: Schluß mit dem Kriege! Schluß mit dem Kriege ist aber ein Unding, wenn das Verlangen an Interessenten und Sachwalter des Krieges gerichtet wird. Nur die Arbeiterschaft kann mit dem Kriege Schluß machen, und auch sie nur, wenn sie Klarheit hat über das Wesen des Krieges. Klarheit ist nötig darüber, daß die Internationale des Krieges nichts anderes ist als die Internationale des Kapitalismus, daß also der von den Faschisten betriebene innere Krieg derselbe ist wie der Krieg eines Staates mit einem anderen Staat. Es gibt nur eine Sorte Krieg, den das Kapital gegen das Proletariat führt. Das Kapital, auch das kriegführende, hat seine internationale Verständigung hergestellt und benutzt die Staaten, um die Leidenschaften der Proletarier, die es für das gemeinsame Geschäft des Kriegführens braucht, gegenein-

ander zu erregen. Das Proletariat aber, von selbstsüchtigen Parteien und falschen Lehren verführt, hofft auf dieselben Staaten, ihre Gesetze, Verträge und Einrichtungen, daß sie den nächsten Krieg verhindern mögen.

Solange der Kapitalismus lebendig ist, wird es Krieg geben. Solange es Staaten gibt, wird es Kapitalismus geben. Kampf gegen den Krieg ist Kampf gegen den Kapitalismus. Kampf gegen den Kapitalismus ist Kampf gegen den Staat. Wer die Gleichung Kapitalismus → Staat — Krieg nicht begriffen hat, soll die Finger vom proletarischen Kampfe herauslassen. Mit schönen Gefühlen allein wird er gegen den Krieg nichts ausrichten, auch nichts mit der allgemeinen Lästerung der Gewalt. Es gibt nur ein Mittel gegen den Krieg, das ist die staatszerstörende Revolution gegen den Kapitalismus. Diese Revolution wird die Formen des passiven Widerstands und des aktiven Angriffs haben und sie wird den Krieg aus der Welt schaffen, indem sie saubere und freiheitliche Formen des gesellschaftlichen Lebens schafft, ohne Staat, ohne Regierung, ohne Zentralismus, ohne Bürokratie und ohne Autorität, aufgebaut auf den in freiwilliger Verbundenheit arbeitenden Föderationen der Werte erzeugenden Menschen. Wer den Krieg bekämpfen will, indem er den Kapitalismus leben läßt und wer den Kapitalismus bekämpfen will, indem er den Staat am Leben läßt oder nach seiner Zerstörung einen neuen errichtet, wird weder den Kapitalismus noch den Krieg bezwingen. Da aber leider der Staatswahn gerade im deutschen Arbeiter wie eine Weltanschauung verwurzelt ist, ist wenig Hoffnung, daß die Revolution des Proletariats den neuen Weltkrieg verhindern wird. Dieser Krieg, dessen Merkmal sein wird: Giftgas im Hinterland, wird voraussichtlich die Arbeiterschaft erst lehren, daß sie die Staaten vernichten muß, bevor sie den Krieg vernichten kann.

Fünfzehn Jahre Weltkrieg! Wir stehen mitten drin in ihm, aber auch schon in den Anfängen der Weltrevolution. Wehe dem Proletariat, wenn diese Revolution den Krieg der Kapitalisten nicht abfängt! Jeden Augenblick kann der Krieg an irgend einer Stelle der Welt von neuem zur Schlacht entbrennen. Und täusche sich niemand: der Vormarsch des Mordes, der bei Mukden oder bei Bombay beginnen mag, wird frühestens bei Küstrin zum Stillstand kommen.

Keine Abrüstungskonferenz, kein Staatsvertrag, kein Kelloggspakt, kein Völkerbund, kein Nobelpreis verhindert den Krieg, sondern nur die internationale Solidarität des Proletariats!

Oelimperalismus und Kriegsgefahr

Coolidge: „Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Herrschaft der Nationen von dem Besitz genügender Mengen Petroleum und Petroleumprodukte abhängen wird.“

Wir sind in der Lage, unsere oft wiederholten Thesen über den Zusammenhang zwischen kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und der mehr oder weniger kriegerischen Politik der Staaten immer wieder durch neue Ereignisse, Kriege, Verträge, Rüstungen usw. zu beweisen. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Bewegung sich in diesen Fragen nicht mit der bekannten Versicherung „Es wird Kriege geben, solange es Kapitalismus gibt“ begnügt, sondern den tatsächlichen, im einzelnen festzustellenden Zusammenhang zwischen Kapitalsinteressen und Staatenpolitik verfolgt und dem Proletariat so den genauen Beweis unserer Lehre liefert.

Eines der wichtigsten Produkte der modernen Industrie ist das Erdöl. Die verschiedenen Bestandteile des Oels (Benzin, Heizöl, Schmieröl usw.) sind heute unentbehrlich für die meisten Produktionszweige und noch mehr für die Kriegsführung. Man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß ein Staat, der heute ohne genügende Verfügung über Erdöl Krieg führen wollte, schon von vornherein geschlagen ist. Er könnte ja weder Flugzeuge, noch Tanks, weder Automobile, noch Kriegsschiffe (die fast alle Oelfeuerung haben), oder U-Boote einsetzen. Es ist ja auch bekannt, daß Clemenceau 1917 eine flehentliche Bitte um Erdöl nach Amerika schickte, worin er sagte, daß der Krieg verloren sei, wenn die Vereinigten Staaten nicht sofort genügend Petroleum abschickten. Deshalb sehen wir auch die Weltmächte gierig nach Petroleum greifen und ihre Petroleumgesellschaften in dieser Beziehung mit allen Mitteln stützen.

Von den größten Weltmächten (England, Vereinigte Staaten, Japan, Rußland, Frankreich) besitzen nur zwei genügend Erdöl im eigenen Lande: die Vereinigten Staaten und Rußland. Alle anderen, und insbesondere England und Frankreich, sind auf Oel aus Kolonien oder nominell „unabhängigen“ Staaten angewiesen. Hinzu kommt, daß auch die Vereinigten Staaten außerhalb ihres Landes Oelinteressen haben, um den Einfluß der anderen zu schwächen und sich gegen Erschöpfung der eigenen Lager zu sichern. Die Oelfelder der Erde außerhalb Rußlands sind nun fast restlos zwischen zwei große kapitalistische Gruppen aufgeteilt. Und zwar sind das die amerikanische „Standard Oil Company of New Jersey“ (Leiter: W. E. Teagle, Nachfolger Rockefellers) und die englisch-holländische Gruppe der Koninklijke-Shell-Anglo-Persian-Burmah (Leiter: Sir Henry Deterding und Sir John Cadman). Ein Teil der Aktien der Anglo-Persian ist im Besitze der englischen Regierung. Die französischen Oelinteressen sind ebenfalls mit Regierungshilfe zentralisiert, aber außer Rumänien und Polen hat

Frankreich nicht viel Einfluß und ist im Ernstfalle unbedingt auf die Hilfe anderer Mächte angewiesen.

Den Kampf um die Absatzmärkte wollen wir heute nur kurz erwähnen. Da die enorme Ausdehnung des Automobilverkehrs eine günstige Lage für den Erdölmarkt schuf und da manche Staaten gar kein so großes Interesse am Auslandsabsatz ihrer Produkte haben, weil sie eine Erschöpfung ihrer Oellager fürchten, so hat sich schon seit Jahren eine Verständigung in diesem Punkte zwischen der Standard-Gruppe und der Kon.-Shell vollzogen. In diesem Jahre haben auch die Russen einen Lieferungsvertrag mit Deterding geschlossen, nachdem sie schon lange für ein Schwesterunternehmen der New Jerseyer, die Standard Oil Co. of New York, sowie für eine Tochtergesellschaft, die Vacuum Oil Co., geliefert hatten.

Ein heftiges, aber meist unterirdisches Ringen tobt indessen um den Besitz der Erdöllager. Insbesondere die Engländer sind bemüht, ihre weit auseinanderliegenden Interessen zu sichern und zu erweitern. Es kommen hier besonders in Frage:

1. Persien, das den größten Teil der englischen Rohöleinfuhr liefert. Die Produktion wird ausschließlich von der Anglo-Persian betrieben. Es heißt aber, daß auch die Amerikaner und sogar die Russen Konzessionen erworben haben sollen.

2. Burmah oder Birma in Hinterindien, ein Land, das von England abhängig ist. Hier arbeitet ebenfalls die Anglo-Persian, die Produktion ist aber nicht allzu bedeutend.

3. Irak (Mesopotamien), englisches Mandatgebiet. Die Förderung ist noch nicht bedeutend, aber es sind große Vorräte vorhanden. An der „Türkischen Petroleumgesellschaft“, die die Konzession im Irak hat, sind die Shell, die Anglo-Persian, die Franzosen und die Amerikaner je mit 25 Prozent beteiligt.

4. Holländisch-Indien (Sunda-Inseln). Hier herrscht die Koninklijke-Shell fast unumschränkt. Nur die Standard-Gruppe hat etwas Einfluß.

5. Rumänien. Die Shell-Gruppe hat hier wohl den überwiegenden Einfluß, aber auch Frankreich besitzt ausgedehnte Oelfelder. Eine amerikanisch-rumänische Oelgesellschaft existiert ebenfalls. Die gesamte Politik Rumäniens war durch Bratianu und Konsorten von den ausländischen Kapitalisten beeinflusst. Ob die Regierung Maniu diesen Einfluß abschütteln kann, muß sich erst zeigen.

6. Süd- und Mittelamerika. Insbesondere kommen hier Venezuela und Mexiko in Frage. Hier hat England stark mit der übermächtigen und durch die rumänischen Verhältnisse begünstigten amerikanischen Konkurrenz zu kämpfen. Immerhin war die Produktion der Shell-Gruppe in Venezuela 1928 noch etwas größer als die der Amerikaner.

7. Polen, Aegypten und einige andere Staaten haben eine relativ kleine Förderung.

Betrachten wir nun die Verhältnisse an einigen besonders kritischen Punkten näher.

Das Irak wurde während des Krieges von den Engländern besetzt. Nach der Befreiung der Türken unter Kemal Pascha 1921/22 und nach dem Vertrag von Lausanne 1923 sollte das Irak bei erlangter „Reife“ unabhängig werden. Die Engländer sicherten sich aber durch eine Schiebung eine Frist von 4 Jahren. Da die Türken sich das nicht gefallen lassen wollten, rückten sie ins Irak ein und die Engländer rückten in die Türkei ein. Der Krieg schien unvermeidlich, wurde aber, wohl durch Frankreichs Vermittlung, noch verhindert. Die Türken erklärten sich schließlich damit einverstanden, daß der Völkerbund den Konflikt (Mossulkonflikt) schlichtete. Nun handelte es sich für England darum, erstens juristisch-moralische Gründe herbeizusuchen, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Sie sagten, daß der Völkerbund sie beauftragt habe, für das Wohl Mesopotamiens zu sorgen, daß sie deshalb aus Pflichtgefühl kein Gebiet abtreten könnten usw. Eine willfährige Untersuchungskommission, die ihnen ihr „Recht“ bestätigte, fand sich auch. Zweitens mußten die Türken beschäftigt werden. Das geschah durch den großen und für Angora recht gefährlichen Kurdenaufstand, der zweifellos von England unterstützt wurde und nur schwer niedergeworfen werden konnte. Drittens mußte Frankreich, das immer für die Türkei eingetreten war, dazu gebracht werden, die Türken im Stiche zu lassen. Man erreichte dies hauptsächlich dadurch, daß man ihnen vorspiegelte, ihr Besitz an Petroleumaktien (25 Prozent) sei gefährdet resp. wertlos, wenn sie nicht zustimmten. Die Ausstreuung von Schwindelmeldungen, wie zum Beispiel das Irak sei eine unfruchtbare Wüste ohne Oel usw., spielte natürlich eine große Rolle hierbei. So mußten sich die Türken schließlich dem Spruche der Völkerbunds-Kommission, der natürlich gegen sie ausfiel, unterwerfen. Inzwischen ist die Produktion aufgenommen worden und ergab, wie zu erwarten war, sehr gute Resultate.

In Persien ist die Oelproduktion schon älter und auch schon vor dem Kriege war das Land in eine Interessenshäre Englands und eine Rußlands geteilt. Neuerdings scheint der Usurpator Riza Khan eine energische Modernisierungspolitik zu betreiben und auch stark zu Rußland zu neigen. Natürlich ist dies den Engländern unangenehm. Sie fürchten für ihre Oelquellen und entfesseln deshalb einen Aufstand nach dem andern. Früher gärte es in Nordpersien, vor einigen Wochen haben sich zahlreiche, wie es scheint, gut bewaffnete (!) Stämme in Südpersien erhoben, angeblich weil die Regierung den Turban verbieten wollte. Der Ausgang dieses Kampfes muß abgewartet werden. So leicht wie in Afghanistan wird es den Engländern wohl nicht fallen, da Persien immerhin fast 10 Millionen Einwohner und bedeutend mehr Beziehungen zur europäischen Kultur hat als Afghanistan.

Sehr hartnäckig wird auch in Süd- und Mittelamerika um das Erdöl gekämpft. Außer den beiden Konkurrenten Shell und Standard sind hier

noch die Bestrebungen der süd- und mittelamerikanischen Staaten zu beachten, eine gewisse Kontrolle über die Oelfelder zu behalten. Diese Bestrebungen sind natürlich den Trustmagnaten unwillkommen, sie drosseln deshalb die Oelproduktion und damit die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes, wenn die Oelgesetze ihnen nicht gefallen. Deutlich kann man dies am Vergleich zwischen Mexiko und Venezuela sehen. Mexiko war nach dem Kriege das zweite Oelland, es produzierte 1921 193 Millionen Faß. Durch die bekannte Oelgesetzgebung, die von den Amerikanern als „konfiskatorisch“ bezeichnet wurde, sank die Produktion bis auf 50 Mill. Faß im Jahre 1928. In Venezuela, dessen Staatsmaschine restlos von den Oelinteressenten beherrscht wird, stieg die Förderung von 37 Mill. Faß 1926 auf 105 Mill. Faß 1928. Heute ist Venezuela das zweite Oelland nach den Vereinigten Staaten! Und Mexiko, das wegen der Oelgesetze fast in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt worden wäre, mußte schließlich doch im wesentlichen nachgeben! Auch Argentinien, dessen Oelschätze nicht einmal bedeutend sind, war mit der Shell-Gruppe in Streitigkeiten verwickelt. In Nicaragua, das bekanntlich von amerikanischen Truppen besetzt ist, soll es kein Oel geben. Man nimmt an, daß die Vereinigten Staaten dieses Land unterworfen haben, um einen zweiten atlantisch-pazifischen Kanal bauen zu können.

Dies mag als Ueberblick über die Weltlage in Bezug auf Erdöl genügen. Es geht daraus hervor, daß die Großmächte sich mit allen Mitteln eine genügende „Oelbasis“ zu sichern suchen und dabei rücksichtslos kleinere Völker versklaven. Insbesondere versucht es England, das hierbei von Frankreich und anderen „öllosen“ europäischen Mächten unterstützt wird, immer neue Einflußgebiete zu erwerben und sein Kolonialreich zu festigen. Gestört wird es hierbei besonders von den Vereinigten Staaten und von Rußland. Die Amerikaner sind ebenso durch ihre Bodenschätze wie durch ihre Bevölkerungszahl und ihren Kapitalreichtum in der Lage, in jedem Erdteil ein Wort mitzusprechen. Die Russen sind durch die ungeheure Ausdehnung ihres Gebietes, durch ihre Bevölkerungszahl und ihre geschickt ausgespielten „kommunistischen“ Lehren schwer angreifbar. Schließlich sind noch die Japaner und die 425 Millionen Chinesen in Ostasien ein unberechenbarer, aber nicht zu unterschätzender Faktor.

Gegenüber diesen Konfliktsstoffen verschwinden die Streitigkeiten kleinerer Völker, wie zwischen Litauen und Polen, Italien und Jugoslawen oder Griechenland und Bulgarien. Diese Völker dürfen sich nur schlagen, wenn es die Großmächte erlauben. Der Verlauf des griechisch-italienischen Korfu-Konflikts sowie der des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles beweisen es.

Ob nun wirklich ein Kesseltreiben gegen Rußland besteht, oder ob zuerst der Gegensatz zwischen England und Amerika zum Austrag kommen wird, das ist ungewiß. Gefahren liegen jedenfalls genug in der Luft. Sie brauchen nicht heute und morgen zur Explosion zu führen, aber trotzdem

ist es Aufgabe des deutschen Proletariats, darauf zu achten, daß Deutschland durch seine Stresemänner, die immer so gut mit den öklaktienbesitzenden Briands und Macdonalds frühstücken, nicht in einen Krieg verwickelt wird, sei es gegen Amerika mit der pazifistisch klingenden Parole der Vereinigten Staaten von Europa, sei es gegen Rußland.

H. W. Gerhard.

Gleiches Recht

Herr Hugo Stinnes jun., Herr v. Waldow, die Herren Hirsch, Groß und Schneid werden, wenn dieses Heft erscheint, entweder bereits freigesprochen sein oder aber in Ruhe und angenehmer Umgebung das Ende der richterlichen Beratung abwarten, das, wird es wirklich ein Schuldspruch, für sie bestimmt in der Wirkung einem Freispruch gleichkommen wird. Denn eine Gefängnisstrafe würde nicht vollstreckt werden und eine Geldstrafe hat Leute ihres Schlages noch nie ins Elend geführt. Die Herren haben nach Ansicht des Staatsanwaltes durch Schiebungen mit Krieganleihe das Deutsche Reich, mithin die Gesamtheit der deutschen Steuerzahler, um Millionen zu schädigen versucht, die sie in die eigenen Taschen leiten wollten. Nun ist es ja wahr, daß der deutsche Steuerzahler es nicht merkt, wenn von den rund dreißig Milliarden Mark, zu denen sich die ihm Jahr für Jahr in Form von direkten und indirekten Steuern, Zöllen und anderen Abgaben vom Staat weggenommenen Anteile an seinem Verdienst und seinem Verbrauch häufen, ein paar Millionen statt in Kavalleriesätteln der Reichswehr in Privatunternehmungen des ältesten Sohnes jenes Stinnes angelegt werden, der im Laufe einiger Jahre Milliarden aus diesen Erträgen in seine Gründungen zu lenken verstand. Aber es ist doch der Unterschied dabei, daß Stinnes sen. seine Tribute von den Finanzministern der Republik hundermillionenweise zugescheffelt erhielt, während sich Stinnes jun. seine Dividenden aus dem verwesten Rest der Kriegssorgie selber bewilligte. Sein Verteidiger hat uns aber die Tränendrüsen dermaßen gekitzelt, daß, wer nicht gänzlich verhärteten Gemütes ist, das Matyrium des armen Menschen, der schon der reichste Erbe Europas gewesen ist, und nun mit einem Dutzend kümmerlichen Millionen sein Dasein fristet, bitterlich wird beweinen müssen. Was er tat — die Verteidiger haben es bewiesen, aber wir waren schon vorher davon überzeugt —, das haben die großen deutschen Banken nach besten Kräften auch getan, und überdies bewiesen sie, daß die Krieganleihe-Spekulation von besonderen Gesetzen beschirmt werden, und dem Strafgesetzbuch diese Kategorie der unsauberen Geschäfte entzogen sind. Die vielstündige Verteidigungsrede des berühmten Rechtsanwalts Dr. Alsberg hat die Herzen der deutschen Bürger tief ergriffen, und erschrocken und entsetzt erfuhren sie, daß gegen den Kronpräsidenten der Dynastie Stinnes ein Verfahren der Voruntersuchung beliebt worden sei, wie es „ein Dorfpolizist dem verhafteten Stromer gegenüber nicht mehr anwenden“. Es ist überaus verdienstlich von Herrn Dr. Alsberg, die Methoden der Polizeikommissare bei Vernehmungen zu einer Strafsache einmal ans Licht gezogen zu haben. Man habe, sagte der Verteidiger, diese Voruntersuchung damit begonnen, daß man die Strafprozeßordnung abschaffe, und ein neues Gesetz an ihre Stelle setze, in dem weiter nichts stehe als die lapidaren Sätze: „Für die Dauer der Untersuchung Stinnes existiert die Strafprozeßordnung nicht. § 1: Zur Herbeiführung eines

Geständnisses sind alle Mittel erlaubt.“ Herr Dr. Alsberg hat in diesem Prozeß den Spekulanten Stinnes zu verteidigen. Seine Pflicht ist es, alle Momente herauszuholen und dick zu plakatierten, die seinen Mandanten entlasten können, der Anklage des Staatsanwaltes jeden Boden zu entziehen und das Verhalten des Beschuldigten vor den Richtern und vor aller Welt als Ausfluß lauterster Selbstlosigkeit einleuchtend zu machen. Aber die Behauptung des Anwaltes, die Methoden des Sonderkommissars Heinzmann, mit verwegenen Tricks sein Opfer zur Strecke bringen zu wollen, erklärten sich daraus, „weil man eine Persönlichkeit fassen zu können glaubte, die den Glanz eines großen Namens hatte,“ ist denn doch reichlich kühn. Niemand, fuhr Alsberg fort, würde denn auch am Ende dieses Strafprozesses „die Behauptung wagen, die Mittel, die man zur Ueberführung der Angeklagten und speziell dieses Angeklagten angewandt hat, seien nicht nur die typischen, sondern die üblichen unseres Gerichtsverfahrens. Wäre dem so, dann stände es wahrlich schlimm um unsere Strafrechtspflege“. Herr Rechtsanwalt! Sie haben vollständig recht: die Mittel, die, wie Sie versichern, von Herrn Heinzmann gegen Herrn Stinnes angewandt wurden, sind weder die typischen noch gar die üblichen, um eine Persönlichkeit zu fassen, die „den Glanz eines großen Namens“ hat. Aber ich bin erbötig, Ihnen Dutzende von Fällen zu nennen, ja, mit Ihrer Hilfe Hunderte von Beispielen zu ermitteln, wo arme Teufel ohne Glanz und ohne Namen von vernehmenden Polizeikommissaren auf trockenem Wege mühe gefoltert worden sind, bis ein Protokoll zustande kam, auf Grund dessen dann Staatsanwälte klagten und Richter Urteile fällten. — Urteile, Herr Rechtsanwalt, die die Verzweiflung der Not ahndeten, indem sie die Not der Verzweiflung verhängten, für Jahre, für die ganze Dauer der Jugend, des Mannesalters, des Lebens selbst. Denn diesen armen Teufeln stand kein Alsberg zur Seite, und es waren auch keine wohlgezogenen, wortgewandten, der richterlichen Bildung gewachsenen Angeklagten, wie die Herren Hugo Stinnes und v. Waldow, sondern sprachlich ungeübte, dumpf befangene, von den Fragen und raffinierten Fällen verwirrte, vom Leben schon zuvor verprügelte Menschen, schlecht gekleidet, proletarischen Aussehens und Benehmens, die von den Richtern und Beamten nicht wie Ihre Klienten mit zuvorkommender Höflichkeit behandelt wurden, sondern mit der leicht angeekelten Gering-schätzung, die dem körperlich und geistig gepflegten Mitglied der besitzenden Klasse selbst ohne Absicht instinktmäßig eigen ist, wenn ein ins Gefühl seiner Minderwertigkeit hinabgestoßener, grintiger und augen-entzündeter Bettler in all seiner Hilflosigkeit vor ihm steht. Ich will Ihnen Urteile zeigen, Herr Rechtsanwalt, gegen Proleten, denen kein Staats-anwalt vorwarf, sie hätten die Gesamtheit ihrer Landsleute um Millionen geschädigt, deren Ausbeute bei der Straftat einen geringen Bruchteil dessen betrug, was gemeinhin der Erbe, der sich im Glanz eines großen Namens sonnt, in drei Abendstunden an den Vergnügungsstätten des Berliner Westens ausgibt. Da werden Sie staunen, mit welcher Leichtigkeit 5 und 8 und 12 und 15 Jahre Zuchthaus verhängt werden, und erst recht, auf wie vage Indizien hin dem Armen, dem nur ein eiliger und sachlich wie finanziell uninteressierter Officialverteidiger zur Seite steht, sein Schicksal zuteil wird. Wenn Sie aber einmal Lust haben, mit mir ein paar Zucht-häuser zu besuchen, und meine Freunde dort darüber zu befragen, wie die Protokolle der Voruntersuchung zustande kamen, die vor den Ge-richten viel mehr Beweiskraft haben als alle entlastenden Aussagen der den Angeklagten an logischer Denkkübung, an Ausdruckssicherheit und an Wehrlosigkeit gegen die Ueberlegenheit der Vertreter der anderen Klasse gleichgestellten Zeugen, — ach, Sie würden das Lächeln begreifen, das bei

diesen Zuchthäuslern Ihrem pathetischen Ausrufe begegnere: „Wenn das Recht sich nicht mehr in den Formen des Rechts verwirklicht, dann hat es aufgehört, Recht zu sein!“

Soll ein solches Wort mehr sein als klingende Rhetorik, dann wird es wohl den Sinn der Forderung haben müssen, daß sich Recht, das als Recht bestehen wolle, nur in den Formen gleichen Rechtes verwirklichen dürfe. Ist aber gleiches Recht möglich, wo die Ungleichheit der Lebensbedingungen, unter denen die Menschen empfangen, getragen und geboren werden, aufwachsen, sich körperlich, seelisch und geistig entwickeln, sich ernähren, wohnen, lieben, leiden und genießen, erwerben und verbrauchen, sich schonen und sich verschwenden, Kinder zeugen, ernähren und erziehen, gesund und krank sind, sterben und begraben werden und jegliche Handlung verrichten oder unterlassen, Grundlage aller ökonomischen und politischen Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft sind? Setzt nicht Gleichheit des Rechts Gleichheit der Möglichkeit voraus, Anlagen, Charakter und Persönlichkeit zum eigenen und zu aller Nutzen zu entfalten? Und setzt nicht wiederum Gleichheit des gesellschaftlichen Seins und der gesellschaftlichen Geltung Freiheit der Gesellschaft selbst voraus? Gleiches Recht im Staate, das ist ein Widerspruch in sich selbst, nicht geringer als wollte man sagen: Gleicher Wohlstand im Kapitalismus. Nein, es ist mit dem Recht, das die Justiz übt, ebenso wie mit dem Recht, das den Staat im ganzen erhält: es ist Klassenrecht, ungleiches Recht, Recht für die Reichen und gegen die Armen, Recht des wirtschaftlich Stärkeren.

Das Amt des Rechtsprechens schon ist Privileg der besitzenden Klasse, und glückt es ja einem Bevorzugten aus dem Proletariat, aufzurücken in die Reihen der Juristen, so nur um den Preis, daß er in Lebenshaltung und fast immer auch in Auffassung und Urteilsgeist seine Herkunft vergißt und den errungenen Stand als Beförderung über Seinesgleichen empfindet. Es ist hier nicht anders als bei den politischen Arrivierten des Proletariats. Nicht mehr verbindet noch die mit Autoritätsrecht ausgestatteten Führer der Arbeiterklasse mit den Arbeitern, als die Offiziere mit den Mannschaften verbindet. Sie sind Oberschicht geworden, wie die besitzende Klasse Oberschicht über die besitzlose Klasse ist. So ist auch die Behandlung der Menschen je nach Stand und gesellschaftlicher Geltung verschieden, wenn sie als Objekt der Rechtsprechung Rechenschaft geben sollen, verschieden auch nach den politischen Ueberzeugungen, die sie bekunden. Hier darf sogar ein Arbeiter, der sich zu den besitztreuen, für erweiterbare Vorrechte des Besitzes bemühten Ansichten der Faschisten bekennt, die Bevorzugung vor einem wohlhabenden Mann erwarten, der im Ernst einen Kampf um gleiches Recht in freier Gesellschaft führt.

Von den Männern, die zur Sicherung ihrer Verschwörerorganisationen eine außerordentlich rege funktionierende Feme einrichteten und ausübten, und von denen immerhin ein Teil wegen Mordes verurteilt worden ist, befinden sich nur noch ganz wenige im Gefängnis. Herr Oberleutnant Schulz ist wegen Haftunfähigkeit entlassen worden, Herr Heines anscheinend mit derselben Begründung. Die mecklenburger Beteiligten wurden mit der aufrichtigen Erklärung frei, daß ihre politische Mordtätigkeit die Sympathie der Kreise finde, von deren Zustimmung das Zustandekommen der neuen Landesregierung abhing. Die Begnadigung war von den Nationalsozialisten zur Bedingung gemacht worden, und ohne ihre Erfüllung wüßte Mecklenburg nicht, wer dem Volke auf parlamentarische Art Paragraphen winden sollte. Die Fememörder danken also ihre Befreiung dem demokratischen System mit seinem neckischen Verwechselt-das-Bäumchen-Spiel. Die Parteikommunisten sollten ihre Entrüstung über die Einseitigkeit der Freilassung der politischen Gefangenen ein wenig mäßigen. Als es im vorigen

Jahr um eine allgemeine politische Amnestie ging, die vom Stahlhelm gefordert wurde, da haben die Kommunisten beantragt, die Fememörder müßten davon ausgeschlossen werden. Damals schrieb ich hier (FANAL, Jahrg. II, Nr. 10, „Schacher mit Gefangenen“): „Damit haben die Parteikommunisten . . . genau das getan, was sie zuvor mit großer Berechtigung der Sozialdemokratie als demagogische Preisgabe eines großen Teiles der proletarischen politischen Gefangenen vorgeworfen haben: sie haben der Bourgeoisie den Tip gegeben, wie sie um die politische Generalamnestie herkommen könne. Sie haben die Berechtigung des Standpunktes anerkannt, daß die Atmosphäre des akuten Bürgerkrieges, aus der die sogenannten Fememorde ebenso hervorgegangen sind wie alle Taten der revolutionären Arbeiter, in den Zuchthäusern durch Staatsmaßnahmen wach gehalten werden soll. Sie haben, wohl wissend, daß der Staat selbstverständlich niemals andere Ausnahmen von der Amnestie zulassen werde als solche, die proletarische Klassenkämpfer zu tragen haben, von vornherein verlangt, daß das Amnestiegesetz Ausnahmen enthalten müsse.“ So haben wir jetzt das Ergebnis: Für die nationalen politischen Gefangenen haben die Einschränkungen der Amnestie keineswegs die Herabsetzung ihrer lebenslänglichen Zuchthausstrafen auf 7½ Jahre Gefängnis zur Folge gehabt, sondern einfach eine etwas verzögerte und in leisem Verfahren betriebene Sonderamnestie. Die proletarischen politischen Gefangenen aber dürfen als einzige wirkliche Ausnahmen von der Amnestie die Weisheit und Charakterfestigkeit revolutionärer Parlamentstätigkeit bezeugen.

Zum 10jährigen Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung, deren Sinn darin besteht, daß mit ihrer Inkraftsetzung die Revolution offiziell in Hochverrat überging, scheinen nun wirklich in etwas größerem Stil als üblich zwar keine Strafflöschungen, aber doch Begnadigungen geplant zu sein. Leider beschränkt die Deutsche Liga für Menschenrechte ihre Forderung auf die Opfer des Weltkrieges, die noch — in viel größerer Zahl, als die meisten ahnen — in den deutschen Zuchthäusern festgehalten werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die Liga mindestens dafür Sorge tragen wird, daß der Kreis derer, die als Kriminalopfer des Krieges anerkannt werden, recht weit gezogen werde. Jede Tat, die von Soldaten während des Krieges verübt wurde, muß endlich als erledigt gelten. Man möge bedenken, daß auf Befehl begangener Mord, Raub, Brandlegung und jegliche Roheit als rühmlich belohnt wurde und daher die sittlichen Begriffe der Menschen auch außerhalb des Dienstlebens verwirrt wurden. Aber der Krieg hat länger gedauert als bis 1918, auch in politischer Beziehung. Ebert richtete schon Ende 1918 Sondergerichte ein, deren Urteile samt und sonders aus politischer Befangenheit der Richter flossen, die unter politischen Gesichtspunkten als außerordentliche Kriegsrichter eingesetzt wurden, wobei irgendeine Rechtsgleichheit schon deshalb nicht in Frage kam, weil die Begründung der Sondergerichtsbarkeit ja ganz offen auf die „spartakistische Gefahr“ Bezug nahm. Man lasse daher ohne weiteres alle von Sondergerichten Verurteilten ausnahmslos frei. Schon daß sie vor Sondergerichte gestellt wurden, beweist, daß man ihre Straftaten politisch beurteilt hat. Es wäre also vollkommen gerechtfertigt, daß man sie als politische Gefangene anerkennt und die Amnestie von 1928, die keinerlei Definition des Begriffes „politische Straftat“ enthält, schematisch auf sie anwendete.

Die Freilassung der Femetäter ist nur dadurch eine unerträgliche Provokation, daß sie sich nicht auf die proletarischen politischen Gefangenen erstreckt. Rudolf Margies ist uns Linksrevolutionären ebensoviel wert wie den Rechtsradikalen der Oberleutnant Schulz. Seine Delikte, vom Standpunkt der Staatsbejager selbst gesehen, sind geringfügig gegen-

über denen, die die Gerichte glauben Herrn Schulz nachgewiesen zu haben. Die Lauterkeit seines Charakters und die Unbestechlichkeit seiner Gesinnung trat in seinen Prozessen so hell ans Licht, daß die Arbeiter Deutschlands längst Grund gefunden haben müßten, so laut für ihn zu trommeln, wie es der Stahlhelm und die Hakenkreuzler für Schulz getan haben. Warum kümmert sich das Proletariat nicht um Emil Göckeler oder Sepp Müller, die selbst nach der Beschuldigung der Gerichte erheblich weniger begangen haben als die Herren Heines und seine Mecklenburger Helfer? Sepp Müller ist ein kranker Mensch; wäre er unter dem Hakenkreuz gegen den Staat rebellisch geworden, so wäre seine Haftunfähigkeit ebenso bestätigt worden wie die Schulzens. Vor einigen Wochen hat sich den Essener Behörden der Genosse Theo Ebers freiwillig gestellt. Er hatte im Ruhrgebiet 1923 einen Polizeioffizier erschossen, war vom Sondergericht zum Tode verurteilt und nach Rußland entkommen. Dort geriet er als Linker ins Gedränge mit den dort allein zugelassenen Auffassungen und zog schließlich vor, die 7½ Jahre Gefängnis in Deutschland auf sich zu nehmen, statt drüben als Emigrant ohne jeden Schutz verfolgt zu sein. Man lasse ihn frei, wie man von der anderen Seite Fahlbusch frei lasse und Klapproth. Aber man wende die Juli-Amnestie zugleich auf die vielen Fälle an, die man, da es sich um Proletarier handelte, nicht als politische anerkannt hat, obwohl sie vollkommen politischen Charakters sind. Ich nenne die Namen Mehlhorn, Burkhardt, und die in den Wolfenbütteler Komplex verwickelten Genossen Karl Peters (lebenslänglich) sowie Karı Nachtigall, Kobitsch-Meyer und Franz Junge mit je 15 Jahren. Ferner: es laufen noch eine ganze Menge Verfolgte illegal oder im Ausland herum, die ebenfalls in politischen Zusammenhängen als Bewaffnete einmal einem gegen sie Bewaffneten zugekommen sind. Zum Teil reichen diese Fälle bis zum Kapp-Putsch oder noch weiter zurück. Da ihnen nach der engherzigen Amnestie vom Vorjahre immer noch 7½ Jahre Kerker bevorstehen, sind sie gezwungen, weiterhin unster und heimatlos umherzuirren. Gleiches Recht? Man erinnere sich, wie der Noske im Perlacher Prozeß vor zwei Jahren, als es sich darum handelte, daß seine Weißgardisten 12 unbewaffnete und revolutionsfremde sozialdemokratische Arbeiter umgebracht hatten, erklärte, in solchen Situationen wie damals seien Tötungen von Unbeteiligten im Uebereifer nicht zu vermeiden gewesen; die Mörder wurden freigesprochen. Die revolutionären Proletarier aber, die inmitten wilder Kämpfe ihren uniformierten und schwer bewaffneten Verfolgern das Menschenvernichtungsmonopol streitig machten, werden nach 9 Jahren noch nicht in Ruhe gelassen.

Aber Zeit wäre es auch, daß endlich einmal die Arbeiter aufhörten, gar zu ängstlich zwischen politischen und nichtpolitischen Justizopfern zu unterscheiden. Begriffe jeder Arbeiter, der doch auch weiß, was Erwerbslosigkeit bedeutet, wie eng die Kriminalität mit der Lebenshaltung verwachsen ist, die seine eigene Lebenshaltung ist oder jeden Tag werden kann, dann blickte er weniger erhaben auf einen Einbrecher oder Raubmörder herab, und kümmerte sich mehr um die Herkunft der Automobile, Pelze und Juwelen derer, die vom „Glanz eines großen Namens“ umstrahlt sind. Warum fordert keine proletarische Organisation die Beseitigung der Scheußlichkeit, daß Menschen für Lebenszeit eingesperrt sind? Will die Republik sich bei ihrer Verfassungsfeier ein wenig Achtung gewinnen — sie hätte es verdammt nötig! —, so gebe sie allen lebenslang Verurteilten die Möglichkeit, sich auch noch einmal der Segnungen ihrer gepriesenen Verfassung zu freuen. Begrenzt alle lebenslänglichen Urteile auf Zeit! Zeigt den Verzweifeltsten unter den Mitmenschen Zukunft, Land, Licht! Entleert die Lazarette der Zuchthäuser! Oder laßt uns wenigstens

mal Statistiken sehen, aus den wir erfahren, wieviele Gefangene jährlich in euern Besserungskäfigen sterben und wieviele ihr als taftunfähig freilaßt. Von beiden Arten möchten wir aber auch Namen, Vermögen und gesellschaftliche Verhältnisse kennen lernen und dazu auch das Verbrechen, das zur Verurteilung führte. Aber nicht die Aufzählung der Paragraphen genügt uns, sondern Vorgeschichte und Hergang wollen wir wissen und das Material prüfen können, aus denen die Richter ihre Schuldbeweise schöpfen. Ihr würdet Euch vor Grauen schütteln, ihr Verfassungsbegeisterten mit dem unschuldigen Wahn, ein schwarzrotgoldenes Tuch sei Bürgschaft für gleiches Recht, sähet ihr, was auf dem Gebiete der Justiz unter Berufung auf die Weimarer Verfassung getrieben und gedeckt wird.

Ich liebe die Verfassung der deutschen Republik so wenig wie ich den Staat liebe, der unter dieser Bezeichnung die Methoden des Hohenzollernreiches fortsetzt. Aber der Anlaß, für die ärmsten Opfer der Gesellschaft, für die Geächteten in den Zuchthäusern, Freude und Aussicht auf Befreiung zu fördern, ist mir immer und unter allen Umständen recht. So gut uns der 80. Geburtstag Hindenburgs Hebel war zu dem Versuch, die Sargdeckel der Kerker zu lüften, so gut soll uns die Jubelfeier unserer Klassengegner Mittel sein zu dem Versuch, möglichst vielen Getretenen und Unglücklichen ans Tageslicht zu helfen. Wenn mir aber jemand entgegen will: wie kannst du Gnade verlangen von Staatsregierern für Klassenbrüder, denen ihr Recht zusteht? —, so werde ich ihm antworten: ich glaube nicht an ein Recht, das ja doch kein gleiches Recht sein kann. Mag der Staat es getrost Gnade nennen, wenn er einen Bruchteil seines Unrechts wieder gutmachen möchte. Wenn meine armen Freunde nach 10, 15, 18 Jahren unausdenkbarer Pein aus den Käfigen dürfen, so wird sie eine Freiheit empfangen, die ihnen viel weniger Lust als Last bereit hält. Und wenn sie dann sehen werden, wie wohl den Herren Stinnes, v. Waldow, Orlow, Graf Stolberg die Luft bekommt, die sie niemals werden zu atmen bekommen, dann wird es ihnen immer noch ehrlicher scheinen, auf dem Stempel ihres Entlassungsscheines von Gnade zu lesen, als wenn ihnen die späte Bewilligung ihrer Bettler- und Krüppelfreiheit auch noch als Recht serviert würde.

Rußland und China

Der wechselvolle Verlauf der chinesischen Revolution, ihr Umschlagen aus einer mächtigen Volksbewegung mit hohen sozialen Zielen zu einer rein nationalistischen gegen das arbeitende Volk gerichteten widerwärtigen Bürgerkriegsschlächtereier um die Pfründen des neuen kapitalistischen Staates ist am Rande eines außenpolitischen Krieges angelangt. Seit dem Tode des großen revolutionären Organisators Sun Yat Sen, dem für China die Rolle Lenins beschieden schien, ohne daß er sich wohl um einer verschrobener doktrinären Spekulation willen zur Errichtung einer engen Parteidiktatur hätte verführen lassen, geriet die nationale Selbständigkeitsbewegung des halb kolonialen Riesenlandes mehr und mehr unter den politischen Einfluß imperialistischer Agenten, die von bezahlten Landsknechtsgenerälen unterschiedliche nationalrevolutionäre Parolen mit undurchsichtigen geschäftlichen Hintergründen blutig verteidigen ließen. Die Russen hatten sich anfangs die gewaltige Gärung in China klug nutzbar gemacht, indem sie sich bemühten, der armen Kulischicht ihre besonderen revolutionären Interessen, die auf Räteinstitutionen mit dem Ausblick auf den Sozialismus hinausliefen, nahe zu bringen und indem sie die vom Zarentum überkommenen imperialistischen Vorrechte, bevor sie den an-

deren Mächten durch die Wucht der Revolution aus den Händen geschlagen würden, freiwillig durch entgegenkommende Verträge einschränken. So ging durch den Vertrag von 1924 die ostsibirische Eisenbahn, die wichtigste Verbindung Rußlands mit seinem chinesischen Osthafen Wladivostok, aus dem Alleinbesitz Rußlands in gemeinsame Verwaltung des russischen und des jungen chinesischen Staates über. Sun Yat Sen, der Führer der Kuo Ming Tang, erkannte die unschätzbare Hilfe, die das im Befreiungskampfe befindliche China durch ein Bündnis mit Rußland erfahren mußte, und auf beiden Seiten wurde die Verbrüderung zweier Revolutionsvölker mit lauter Begeisterung als erwachender Morgen der Weltbefreiung gefeiert. 1925 starb Sun Yat Sen. Seine Erben in der Parteiführung der Kuo Min Tang sahen sich neuen Kriegen der gegen sie in Bewegung gesetzten Söldnergeneräle gegenüber. Ihre Bürgerkriegsarmee unterstellten sie dem General Tschangkaischek, ihre Politik paßten sie den Wünschen des starken russischen Verbündeten an, und dank der starken Finanz- und Waffenhilfe, die über die ostsibirische Bahn herbeirollte, konnte sich die Kuo Min Tang zur Herrin sehr großer Teile Chinas machen und als selbständige Macht an die Loslösung der Bindungen denken, die sie zur siegreichen Durchführung der nächstliegenden Kämpfe hatte eingehen müssen. Diese nationalistisch-fortschrittliche Partei hat natürlich nie daran gedacht, den Kulis die Herrschaft über das Land zugestehen. Wie jede nationale Bewegung hatte sie sich des Proletariats für die Befreiung von der imperialistischen Versklavung bedient. Danach traten die Ausbeuterinteressen in den Vordergrund, und Tschangkaischek erwies sich bei der Niederzwingung des chinesischen Proletariats als ebenso ruchloser Würger wie die übrigen Generäle auch. Zugleich mit der blutigen Erledigung der Ansprüche des arbeitenden Volkes betrieb die Kuo Min Tang die Beseitigung der russischen Vormundschaft. Der nationalistische Furor brach aus. Angriffe gegen die Konsulate in Kanton, gegen die russischen Beamten und Techniker in der Mandschurei, endlich die gewaltsame Zerreißung des Eisenbahnvertrages von 1924 durch Verhaftung und Ausweisung der russischen Sachwalter und formlose Uebereignung aller Rechte auf die chinesische Bahn in den Alleinbesitz Chinas.

Was Rußland anbelangt, so hat es sich von der nationalistischen Kuo Min Tang einfach übertölpeln lassen. Die kommunistischen Arbeiter und Kleinbauern Chinas hatten sich blindlings dem Kommando der Bolschewiki unterstellt, und da die Bolschewiki in ihrer gesamten Außenpolitik keine international sozialistischen Arbeiterinteressen, sondern national russische Staatsinteressen verfolgen und in dem Bündnis mit der Kuo Min Tang törichterweise eine Sicherung ihrer chinesischen Wirtschaftsbeteiligung erblickten, veranlaßten sie die Kuli, sich mit Haut und Haaren dem Befehl der Kuo Ming Tang zu unterstellen. Der kluge Trotzki warnte rechtzeitig vor den Folgen. Er hat erlebt, wohin in Rußland Warnungen führen und erlitt deswegen das Schicksal, das er selbst früher vielen revolutionären Oktoberkämpfern bereitet hatte. Die Ereignisse haben ihm recht gegeben. Mit russischem Geld, mit russischen Waffen errang Tschangkaischek den Sieg über die Kuli, die Kommunisten und die Russen in China. Mit der Besetzung der ostsibirischen Bahn hat der letzte Teil der nationalen Revolution Chinas begonnen, der zugleich den letzten Teil der Niederwerfung der sozialen Revolution in China bedeutet.

So ist der nüchterne Tatbestand. Jetzt stehen an der mandschurischen Grenze zwei Kriegsparteien einander gegenüber, und täglich kann das Gemetzel losgehen, das mit Pausen oder ohne Pausen zur Entfesselung des zweiten vergrößerten Weltkrieges führen müßte. Hier Partei für einen der beteiligten Staaten zu nehmen, bedeutet nichts anderes als die

Einrichtung von Staaten, Staatsgrenzen und Staatsansprüchen überhaupt zu bejahen. Es geht aber tatsächlich einfach um den Konflikt zwischen zwei Staaten um ein geschäftliches Eisenbahnunternehmen, das von chinesischen Arbeitern gebaut wurde, und in allen Teilen auf chinesischem Gebiet liegt. Was die Stellungnahme des Revolutionärs in diesem Falle erschwert, ist einzig die tatsächlich drohende Gefahr, daß ein Krieg, in den Rußland verstrickt wird, die Weißgardisten aller Länder auf den Plan rufen wird, deren Verschwörungen sich viel weniger gegen das gegenwärtig herrschende Diktatorsystem in Rußland kehren als gegen die Arbeiter und Bauern selbst, die 1917 ihre herrliche Revolution auskämpften und deren Keime trotz aller bolschewistischen Kompromisse, Konzessionen und Retiraden verteidigen. Wenn es wahr wäre, womit die Chinesen ihr Vorgehen begründen, daß die russischen Beamten ihre Vertragsrechte mißbraucht hätten, um die chinesische Arbeiterbevölkerung mit kommunistischen Ideen zu versuchen, dann könnte man sagen: es gilt also den Eingang des befreienden Menschheitsgedankens nach China zu schützen. Das macht Rußlands bewaffnetes Einschreiten zu einem Revolutionskrieg. — Völker, erhebt die Gewehre! Aber der Vorwurf wird ja von den regierenden Russen mit aller Schrofheit als verhetzende Kriegsregie zurückgewiesen. Man hätte nur getreulich auf dem Staatsvertrage bestanden. So haben wir das abscheuliche Bild, daß um die Ausbeutung einer Verkehrsanlage, die bestimmt sein müßte, die Grenzen zwischen den Ländern aufzuheben, ein nationalistischer Kriegstanz von zwei Staaten begonnen wird, die ihre Gefolgschaft gleichermaßen mit dem Schlachtruf besoffen machen: Schützt die Revolution! Natürlich kann man nicht schreien: die russische Regierung verrät die Revolution, indem sie den Chinesen ein Ultimatum geschickt hat. Unsinn. Die russische sogenannte Sowjetrepublik, die keine Sowjetrepublik ist, weiß die Sowjets nicht nur nicht alle Macht, sondern nur eine sehr geringe Macht haben und überdies nicht unabhängig von der Verwaltung des Landes gewählt sind, — die Sowjetrepublik hat sich eine staatliche Verfassung gegeben. Da sitzt das Uebel. Wer Staat sagt, muß auch Krieg sagen; es bleibt ihm gar nichts anderes übrig. Aber man möge diejenigen, die unter revolutionären Weltarbeiterforderungen etwas anderes verstehen als geschäftliche Grenz-sorgen des russischen Staates, gefälligst aus dem Spiel lassen. Mindestens rufe man sie nicht als Krazzeuge für die Schuld der Chinesen an. Seit wann arbeitet man denn plötzlich bei den Kommunisten mit Kriegsschuldanklagen? Das wurde doch bisher abgelehnt und richtig festgestellt, daß Kriege zwischen Staaten immer ökonomische, niemals moralische Ursachen haben. Alle Jauchekübel der nationalistischen Haßregie sind wieder los, genau wie vor 15 Jahren, und die internationalen Kundgebungen der Kommunisten aller Länder gegen den Krieg werden in diesem Jahre von der Melodie begleitet sein: Es lebe der Krieg gegen die Chinesen!

Aber noch viel ekelhafter, weil weniger aus Dummheit als aus Halunkenhaftigkeit fließend, ist die umgekehrte Kriegshetze der Sozialdemokraten gegen Rußland. Nur durch die infame, intrigante Art, wie sich z. B. der Vorwärts bestrebt, die Bedrängnis Rußlands in dem Handel zu einem Kesseltreiben aller der Weißen, die, wie dieses Geschmeiß selber den ganzen Krieg hindurch schamloseste Mordpropaganda und Verrat an der Arbeiterschaft getrieben hat, gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands auszunutzen, wird das Verhalten selbst antiautoritärer Revolutionäre, wie des Genossen Ernst Friedrich erklärlich, wenn sie sich von der Kriegspsychose ergreifen lassen und für die russische Sache ins Horn blasen.

Wenn das Weltproletariat zur Solidarität aufgerufen wird, so ist das recht und gut. Aber erstens haben wir solidarisch zu sein nicht mit dieser

oder jener Staatsregierung, sondern mit den Arbeitern, die als Soldaten für geschäftliche Angelegenheiten kämpfen sollen. Zweitens trifft das ebenso auf die armen chinesischen Kuli zu wie auf die armen russischen Rotgardisten. Beiden wird weisgemacht, der Kampf um die mandtschurische Bahn sei ein Kampf für die Ziele ihrer Revolution. In Wahrheit wird weder der Rotgardist noch der Kuli einen Heller von dem Ertrage der Bahn erhalten, wenn der Kampf ausgetragen ist. (Ob mit Krieg oder ohne, das Eisenbahngeschäft machen amerikanische Finanzkapitalisten.) Solidarität der internationalen Arbeiterschaft läßt sich nur in der Weise üben, daß Waffen und Munitionstransporte unter allen Umständen verhindert werden und indem Greuelmärchen und Haßgesängen, mögen sie kommen, von wem sie wollen, mögen sie sich richten, gegen wen sie wollen, unter allen Umständen entgegengearbeitet wird.

Den Russen muß aber noch ein eigener Vorbehalt gemacht werden. Ihr wendet euch, da ihr — was wir sehen und zugeben — in Not seid, wieder einmal an die moralische Unterstützung aller revolutionären Arbeiter der Welt. Wollt nicht ihr einmal zeigen, daß ihr selber Kameraden der revolutionären Arbeiter der Welt seid? In Sibirien, in euren Kerkern und Verbannungsorten, in der Emigration, befinden sich tausende und aber-tausende bester revolutionärer Kämpfer, Linksrevolutionäre, die keine andere Sünde begangen haben als die, daß sie unter einer wirklichen Sowjetrepublik nicht euren Staat verstehen, sondern das, was alle Revolutionäre, und ihr selbst auch, im Oktober 1917 darunter verstanden haben. Indem ihr diese Genossen verfolgt und vergewaltigt, führt ihr Krieg gegen alle Anarchisten und linken Revolutionäre der Welt. Vielleicht wird euch der Gang der Ereignisse sehr bald zwingen, Trotzki an die Spitze eurer Kriegsheere zurück zu berufen. Dann wird sich zeigen, daß ihr sehr wohl imstande seid, den Schmutz, den ihr gewohnheitsmäßig guten Revolutionären anwerft, die nicht jede eurer Linienwindungen nachzeichnen, auch wieder abzuwaschen. Ruft einmal im Ernst: Die Revolution ist in Gefahr!, und macht dabei glaubhaft, daß das nicht heißen soll: Der Staat ist in Gefahr oder eure eigene Pfründenwirtschaft ist in Gefahr! — dann werdet ihr sehen, wie sie alle da sein werden, die 1917 da waren. Aber Voraussetzung dazu ist, daß ihr das Gesinnungsmonopol eurer Bürokratie aufhebt. Gebt der Revolution ihre Revolutionäre wieder; sie werden sie auch zu schützen wissen!

Das proletarische Vaterland

Die kaum glaubliche Meldung, daß Francesco Ghezzi in Rußland verhaftet worden ist, hat sich leider nicht nur als richtig erwiesen, sondern ist inzwischen durch die Nachricht noch übertroffen, daß der italienische Anarchist auf administrativem Wege, also ohne Verhandlung und ohne die Möglichkeit, sich auch nur zu verteidigen, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. INO verbreitet den wirksamen (allerdings in Moskau gänzlich unwirksamen) Protest, den im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation die Genossen Rudolf Rocker und J. Orobón Fernández an den Rat der Volkskommissare der Sowjet-Union gerichtet haben. Da wird daran erinnert, daß Ghezzi, wegen angeblicher Beteiligung am Diana-Attentat, seit 1921 von der italienischen Regierung verfolgt, unter größter Mühe vor der Auslieferung aus Deutschland bewahrt wurde und im Glauben, Rußland sei das Asyl aller proletarischen Revolutionäre, dort Zuflucht suchte. Er war dort als Arbeiter tätig und ist geblieben, was er immer war: Anarchist. Darum, allein darum hat man ihn eingekerkert und das im selben Augenblick.

wo der faschistische General Balbo, ein Beteiligter am Morde Matteottis, mit seinem Flugzeuge-Geschwader in Odessa von offiziellen Vertretern des „Arbeiterstaates“ feierlich begrüßt wurde. Der Protest erinnert an den Fall des italienischen Flüchtlings Alfonso Petrini, der ebenfalls, weil er seinem revolutionären Gewissen die Treue hielt, in einem russischen Gefängnis verschwand und seitdem einfach verschollen ist. Zum Schluß wird die Forderung erhoben, die Anklage offiziell mitzuteilen, mit der man die Verfolgung Ghezzi rechtfertigen will und schleunigst seinen Prozeß öffentlich und unter Heranziehung russischer oder ausländischer Verteidiger anzusetzen. „Das freie internationale Proletariat, das schon einmal Ghezzi aus dem Rachen des Faschismus gerettet hat, wird ihn jetzt nicht in den Krallen der GPU, zugrunde gehen lassen.“ Das Internationale Antimilitaristische Büro und die Internationale Antimilitaristische Kommission haben sich dem Schreiben angeschlossen.

Unmittelbar nach der Verhaftung Ghezzi hat, wie der „Syndikalist“ mitteilt, die GPU, ebenso geheimnisvoll und ohne Angabe von Gründen wieder eine Reihe Moskauer Anarchisten verhaftet, Genosse Otverjeuny, der eine Schrift gegen die Verleumdungen Bakunins verfaßt hat, erhielt 3 Jahre Verbannung nach Karakstan, ebenso Genosse Mudrock; Kaidanow 3 Jahre nach Orenburg, Michailow drei Jahre nach Ufa, Dariuschkin ebensolange nach Sibirien. Gawrilin, Tischon, Kudolei, Karkhardin, die beiden letzten kommunistische Anarchisten, deren Dienste in der Allrussischen Union der Kooperativen und im Volkskommissariat für Ackerbau bis zuletzt in Anspruch genommen waren, je drei Jahre Verbannung in verschiedene Gegenden Rußlands. Der kommunistische Anarchist Rogdajew, ein alter Revolutionskämpfer von 1905 und 1917, erhielt drei Jahre Gefängnis in Suzdal, wo auch Ghezzi sitzt. Genosse Barmasch, einst von den Moskauer Arbeitern in den städtischen Sowjet gesandt, wurde neuerdings verhaftet.

Die Auslands-Delegation der linken Sozialrevolutionäre und Maximalisten der USSR., ersucht FANAL um Verbreitung der Trauerbotschaft, daß, wie jetzt erst bekannt wird, die Genossin Rajewskaja im Dezember 1928 Selbstmord begangen hat. Tatjana Rajewskaja, Mitglied des Kronstädter Komitees der Partei der linken Sozialrevolutionäre, nahm 1917 an der Oktoberrevolution teil und stand in den aktiven Reihen der Oktoberkämpfer, bis sie seit 1919 ununterbrochen in den bolschewistischen Gefängnissen eingesperrt und in die ödesten Gegenden verbannt war. Im Ust-Sysolks (Nordrußland) machte sie die letzte dreijährige Verbannung durch, die Anfang 1929 zu Ende sein sollte. Sie wußte aber, daß die Verfolgungen weiter gehen würden, und tötete sich, zwei Monate vor Ablauf der Frist, durch Öffnen der Adern und einen Schuß.

Die westeuropäischen Soldknechte Moskaus bestreiten bekanntlich, wenn man sie zur Rede stellt, mit schöner Unbefangenheit, die Wahrheit aller Meldungen dieser Art. Aber unser Material ist hergehoht, und sobald die Proletarier einmal bereit sein werden, anstatt der bequemen Lügen die unbequemen Tatsachen zu glauben, werden sie sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob sie sich weiterhin als Patrioten eines Landes benehmen sollen, das dieselben revolutionären Arbeiter, die in allen kapitalistischen und faschistischen Staaten verfolgt werden, aus denselben Gründen und mit denselben Mitteln auch bedrängt.

Schutzlose Republik

Der Verfassungstag der Republik wird ohne den Schutz dieses Gebildes durch besondere Paragraphen-Vertauung begangen. Jetzt darf nicht nur Münchmeyer, der es bisher schon durfte, sondern sogar jeder Arbeiter

Saurepublik sagen, und wer außer nationalen Studenten und Aufwertlern Gefallen daran findet, das gelbe Fahndrittel statt goldig mostrichfarben zu nennen, der darf es bis zur Beendigung der Reichstagsferien tun, ohne unmittelbar dafür ins Gefängnis zu fliegen. Im übrigen hat Severing schon erklärt, daß sich die Republik zu helfen wisse, hat sich als geschworener Feind der Diktatur bekannt und die Errichtung der Diktatur durch den Artikel 48 in Aussicht gestellt. Grzesinski hat von Laternenpfählen geredet, und Wels hat ja in Magdeburg schon angekündigt, daß die Sozialdemokraten den Faschismus in eigener Diktatur kreieren wollen. (Entschuldigen die Herren: Haben sie eigentlich die Mai-Opfer Ihres Zörgiebels schon vergessen? — Wir nicht!) Lieb Vaterland, magst ruhig sein, das Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, verschärft durch ein neues Vereinsgesetz, das weit reaktionärer ist als das schäbige arbeiterfeindliche Gesetz von 1908, wird gleich erneuert werden, und bis dahin wird es, auch ohne Gesetz zu sein, zur Niederhaltung von proletarischen Wünschen praktiziert werden. Niedner und seinesgleichen haben im Strafgesetzbuch längst die Oesen gefunden, durch die sich der Republikschutz gegen Arbeiter ziehen läßt, die die gefeierte Verfassungsbestimmungen über die Gleichheit und den Wohlstand einführen möchten. Der Schutz der Republik starb den Sozialdemokraten gar nicht ungelogen. Sie tobt nämlich, die Kommunisten, die das Gesetz zu Fall gebracht haben, hätten damit dem verflommenen Kaiser die Einreise in sein geliebtes Vaterland ermöglicht. Die Kerle schwindeln. Schon vor dem Fall des Gesetzes zum Schutz der Republik vor Republikanern hatten die sozialdemokratischen Minister dem dank ihrer Politik reichsten Deutschen die Rückkehr zugesagt. Laßt ihn nur kommen. Vielleicht nimmt er selber den Schutz der Republik in die Hand. Ob Wilhelm oder Müller, es ist gehupft wie gesprungen.

An die Leser!

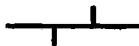
Der Herausgeber hat den Wunsch, nach Abschluß des dritten Jahrgangs wieder ein ausführliches **Sach- und Namensregister** herzustellen und **Einbanddecken** anfertigen zu lassen, damit FANAL als zusammenhängendes zeitgeschichtliches Dokument der anarchistischen Bewegung erhalten bleibt und benutzt werden kann. Der Druck des Inhaltsverzeichnisses ist jedoch nur unter Aufwendung recht beträchtlicher Kosten möglich. Nach den Erfahrungen der beiden Vorjahre sind diese Sonderausgaben fast vollständig auf das Verlustkonto zu schreiben, da naturgemäß nur ein kleinerer Teil der regelmäßigen Leser die Zeitschrift als Nachschlagewerk zu gebrauchen beabsichtigt. Wir haben durch Register und Umschlagdeckel in den beiden Jahren ungefähr je RM. 100,— verloren. Eine solche Mehrbelastung kann sich FANAL nicht mehr leisten, wenn nicht die Leser, die die Jahrgänge gebunden sammeln, sich durch **freiwillige Spenden** an den Kosten beteiligen. Es ergeht daher die Bitte an die Organisationen und an die Einzelabonnenten, die es sich leisten können, mit der **Einzahlung einer einmaligen kleineren oder größeren Summe** auf das Postscheckkonto Erich Mühsam, Berlin 824 19 zur Abrundung des Jahrgangs zu einem gefälligen und benutzbaren Buch beizutragen.

Verlag des FANAL.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

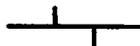
jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64



An die Genossen

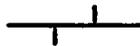
u. Leser des FANAL im Zentrum Berlins!

Alle an einem engeren Zusammenschluß der im Zentrum Berlins wohnenden Genossen interessierten Leser werden hierdurch gebeten, sich mit dem Genossen GERHARD REINICKE, Berlin NO 18, Landsberger Straße 32, Hof c, IV Trepp. bei Wilde, in Verbindung zu setzen.



An Spenden und auf Sammelisten gingen ein:

Sikorski 5.- M, Liste 52, 3,70 M. Liste 51, 4,40 M,
zusammen 13,10 Mk.



Föderation kommunistischer Anarchisten Mannheim

(Angeschlossen an die Anarchistische Vereinigung Berlin)

Unsere Zusammenkünfte finden jeden 1 und 3. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr im Lokal „Gelbes Kreuz“ G. 3,6 statt. Gäste willkommen!

Kind und Elternhaus

**Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York;
(Vorzugs-)Preis Mk. 2,25**

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen
Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Brosch. 11,50 Mk., geb. 16,— Mk.

Weltbühne, Nr. 8. „Ein unendlich reiches Werk, eine Quelle der Leidenschaft, der Lebensmeisterung und Weisheit.“
(E. M.)

Erich Mühsam Sammlung

**Auswahl aus dem
dichterischen Werk 1898—1928**

**Gedichte, Novellen, Aufsätze,
Satiren, Anekdoten usw.**

Preis: Ganzleinen 8.— Mk., kartoniert 5,50 Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die
Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL
erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Persönlichkeit, Autorität, Führer —

Sozialdemokratie u. Diktatur (v. H. W.

Gerhard) — Keine Mittel — Weiber

Schrecken — In der Abwehr — Karl

Henckell und Heinrich Zille — Die

Kämpfe in Palästina

NR. 12

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

September 1929

Lest die

„Freie sozialist. Jugend“ „Die Rote Spur“

Blätter und Stimmen der selbständigen
jungen Sozialisten.

Herausgegeben vom „Bund
freier sozialistisch. Jugend“

„Es gibt aber heute keinen fruchtbareren Dienst an der Gerechtigkeit in Europa, als an der Einigung des Sozialismus zu arbeiten. Und damit habe ich ausgesprochen, worin — wie ich die Dinge sehe — die besondere Aufgabe des Bundes freier sozialistischer Jugend besteht, und warum mir sein Dasein ein Grund zu großer Hoffnung ist.“

Kurt Hiller

Zu beziehen durch: HERBERT SCHUKALLA, Berlin - Schöneberg,
Eberstraße 91, Postscheckkonto Berlin 69841

Beide Zeitschriften
erscheinen monatlich.

Freie sozialistische Jugend Heft 25 Pfg.
Die Rote Spur Heft 20 Pfg.

Sieben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

L I E B E

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erschöpfung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖRDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstois.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 12

September 1929

Er erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,85 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Persönlichkeit — Autorität — Führer

Die anarchistische Bewegung leidet unter keinem Uebelstand schlimmer als unter der Unklarheit und Mißverständlichkeit vieler ihrer Begriffsetzungen. In unsern eigenen Reihen begegnen wir häufig den wirklichkeitsfremdesten Auffassungen von den Grundsätzen, auf denen die Lehre von der gesellschaftlichen Freiheit beruht. Worte werden gehört, aufgenommen, wiedergegeben und unverarbeitet mit Gesinnung und Gedanken gleichgesetzt, Worte, die ihren Sinn nicht in sich selber tragen, sondern erst Sinn erhalten, wenn sie als Inhaltsbezeichnung durchdachter Vorstellungsreihen angewandt werden. Wir bekämpfen den Zentralismus und nennen uns Föderalisten, aber wenn plötzlich ein Marxist mit dem Einwand kommt, daß doch schon die Aufstellung eines Eisenbahnfahrplanes die zentrale Leitung der Verkehrsorganisation bedinge, dann kann man erleben, daß mancher Anarchist die Notwendigkeit solcher Zentralstelle um des Wortes willen abstreitet oder sich um den Beweis quält, daß ein organisierter Mittelpunkt gar keine Zentrale zu sein brauche oder gar selbst irre wird, ob denn der Föderalismus wirklich als Form der Zusammenfassung von Kräften vor der Wirklichkeit standhalte. Die einfache Antwort wäre, daß Föderation Bündnis bedeutet, Zusammenschluß von Menschen oder Einrichtungen nach dem Grundsatz der Organisation von unten nach oben, unmittelbare Verbindung und Selbstverantwortlichkeit der beteiligten Kräfte; daß mithin die zentrale Verwaltung eines einzelnen Zweiges der verbundenen Gruppen dem föderalistischen Grundgedanken erst dann widerspräche, wenn, wie das im Wesen des Staates liegt, sie sich zugleich zur Gebieterin über andere Gruppen machen und sich einer alle Verwaltungen obrigkeitlich überdachenden Zentralbürokratie unterstellen würde,

Die zentrale Bewirtschaftung bestimmter Einrichtungen ist noch lange kein Zentralismus, so wenig die selbständige Bewirtschaftung bestimmter Einrichtungen innerhalb eines bürokratisch gelenkten Regierungs- oder Parteiapparates Föderalismus ist. Das eine Beispiel jenes unsorgfältigen Denkens, das zur Verwirrung und zur Urteilslosigkeit in den entscheidenden Fragen des gesellschaftlichen Seins führt, kann durch ähnliche Gegenüberstellungen beliebig ergänzt werden. Es genüge hier, an die häufige Verwechslung der Begriffe Zwang und Gewalt mit Macht zu erinnern, die gewisse Anarchisten in ihrer Wortangst vor Machtentfaltung dazu verleitet, Zwangsmaßnahmen der Revolution für Preisgabe freiheitlicher Gesinnung zu halten und die fromme Duldung fremder Gewalt als Mittel zur Niederzwingung eigener Machtgelüste zu empfehlen. Wer aber Gewalt braucht, um Macht zu brechen, der übt zwar Zwang aus und läßt Macht fühlen, tut aber ganz etwas anderes als Macht aufzurichten. Alle Macht den Räten! bedeutet, die Räte als unmittelbare Organe der Arbeit sollen sich ihrer eigenen Angelegenheiten bemächtigen und hat nichts mit der Forderung zu tun, sie müßten Mächtige werden über andere Menschen.

Voller Widersprüche ist die Beurteilung des Führerproblems bei vielen anarchistischen Genossen. Auf der einen Seite wird die Würdigung persönlicher Eigenschaften in scharfem Gegensatz zur marxistischen Lehre, die alles Weltgeschehen aus objektiven Verhältnissen erklären will, zum erheblich mitbestimmenden Teil geschichtlichen Verständnisses erhoben; auf der andern Seite beherrscht die Furcht, autoritärem Personenkult zu verfallen, die Gemüter in einer Weise, daß individuelle Werte wie besondere Begabung auf organisatorischem oder propagandistischem Gebiet, hervorragende Tatkraft, kritischer Verstand, körperlicher Mut oder robustes Draufgängertum manchmal weniger gefördert als gehindert werden, sich unter Anarchisten zur Geltung zu bringen. Wo sich aber das Bedürfnis zur Selbständigkeit, das die große Tugend freiheitlicher Menschen ist, in Widerstand gegen die Initiative befähigter Kameraden umsetzt, da entsteht grade, was vermieden werden soll, nämlich Unterdrückung der Persönlichkeit, Unlust zur Tat, engherzige Beaufsichtigung der Aktivität durch die Passiven und Autorität der Schwäche.

Wir wenden uns gegen die Führerorganisationen des Proletariats, wir raten den Arbeitern: befreit euch von euren Führern!, aber wir wären Narren, wollten wir den Arbeitern damit sagen: hört auf keine Ratschläge! Mindestens geschähe uns recht, wenn auf diesen Ratschlag zu allererst nicht gehört würde. Der Kampf gegen das Führertum ist ein lächerlicher und gänzlich unfruchtbarer Kampf,

wenn der Begriff des Führertums, dem unser Angriff gilt, nicht klar umgrenzt wird. Denn oft genug hören wir ja von marxistischer Seite den Vorwurf, daß wir unsern eigenen Grundsätzen dauernd ins Gesicht schlagen, indem wir Personen an bevorzugten Stellen beschäftigten, Redakteure, Funktionäre aller Art, Redner, Versammlungsleiter und anderes mehr. Es ist schlechterdings unbestreitbar, daß die theoretischen und praktischen Lehrer der Anarchie, Bakunin, Proudhon, Kropotkin, Malatesta, Reclus als anarchistische Führer angesprochen werden können. Machno war ohne Zweifel Führer der anarchistischen Bauernerhebung in der Ukraine. Jeder von uns, der auch nur in einer Auseinandersetzung über Veranstaltungen oder Maßnahmen irgend welcher Art seine Meinung mit Gründen und Ueberredungskünsten durchzusetzen vermag, ist in gewissem Sinne als Führer zu bezeichnen, da er die Einsicht und den Willen der Genossen zu seinen Schlüssen und Entschlüssen führt. Hier deckt sich jedoch der Charakter des Führers vollständig mit dem der Persönlichkeit, und ein Führertum verneinen, das allein in der Wirksamkeit der geistigen und energetischen Kraft Ausdruck findet, heißt Persönlichkeitswerte überhaupt aus Kampfbewegungen ausschalten. Es gibt eine Art Führerschaft, die schon deshalb bejaht werden muß, weil sie gesellschaftlich bedingt ist und immer und überall wirkt, dessen Verneinung aus mißverständener Konsequenz also gar nichts ändern kann. Ein anarchistisches Musikorchester braucht so gut einen Dirigenten wie jedes andre, eine anarchistische Theatergruppe kann so wenig ohne Regisseur bestehen, wie sonst eine. Dennoch gibt es keinen wichtigeren Kampf freiheitlicher Menschen als den gegen das Führertum in den Arbeiterorganisationen, gegen das Führertum nämlich, das nichts mit Persönlichkeit zu tun hat, sondern mit dem Gegenteil davon, mit Zentralismus, Bürokratie und Obrigkeit.

Das zu bekämpfende Führertum ist das des Kasernenhofs und der Kirche oder, was dasselbe ist, das der Regierung, kurzum jedes Führertum, das mit Anspruch auf Disziplin und Subordination auftritt und diesen Anspruch nicht auf bewiesene Leistung und aus ihr gewonnenes Vertrauen gründet, sondern auf die Autorität, die das Amt dem Träger verleiht. Die Führer der marxistischen Parteien sind Führer in keinerlei geistigem Sinne; sie sind zu Vorgesetzten bestellt, — das ist alles. Die Führung, die sie ausüben, besteht in der Uebermittlung von Befehlen, die sie selbst von höheren Stellen empfangen haben und für deren richtige Durchführung sie kraft obrigkeitlicher Befugnisse sorgen. Persönlichkeit ist zu dieser Sorte Führerschaft nicht nur nicht erforderlich, sondern — unter nicht außerordentlichen Umständen — sogar störend und daher unzu-

lässig. Man sehe sich die Leiter der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien an. Nirgends ein einziger Mensch, der jemals einen einzigen neuen Gedanken gefaßt, durchdacht und entwickelt hätte. Treue Hüter überkommener Lehren und Praktiken, daher niemals kritisch gegen sich selbst, überkritisch gegen andere, die nicht aller Weisheit letzten Schluß in den Evangelien geeichter Parteitraktätchen vollendet glauben. Katholisch sein heißt sich zur reinen und unabänderlichen Lehre bekennen und ihren Priestern Gehorsam schwören. Hat es je einen Katholizismus gegeben, dessen aufs Wort verpflichtete Priesterschaft eifernder den ketzerisch suchenden Geist verfolgte, als es heute die Führerschaft der bolschewistischen Partei tut? Hier gilt die Bibel des Karl Marx und das neue Testament N. Lenins. Vom heiligen Stuhl in Moskau kommen die Hirtenbriefe des Kardinalkollegiums und legen nach den jeweiligen weltlichen Bedürfnissen des unfehlbaren Papstes den Text der himmlischen Bücher aus. Und die Erzbischöfe und Weihbischöfe der europäischen Parteizentralen und die Prälaten und Domherren der politischen Büros und Bezirksleitungen geben die hohen Weisungen weiter an den Pfarrer und den Kooperator der engeren und engsten Gemeinde der Funktionärsitzung und der Straßenzellenversammlung, und der andächtige Parteigenosse empfängt die soeben in Moskau neu katechisierten Leitsätze und die frisch gebügelte Linie des patentiert richtigen Bolschewismus-Leninismus und weiß sich wohl geleitet von Führern, die nie vom rechten Wege irren können, da sie nie den Weg bestimmen noch bereiten, auf dem sie ihre Gefolgschaft zum Lichte führen.

Die Sozialdemokraten haben die reine Lehre längst vergessen; ihnen ist nicht mehr die Schrift heilig, sondern nur noch die Pfründe, die durch das Lippenbekenntnis zum Sozialismus innerhalb der Organisation oder durch den Einfluß der Organisation auf den Staat in dessen Verwaltungsmechanismus erlangbar ist. Hier ist Führertum und Beamtentum vollkommen eins geworden und je stumpfer, büttelhafter, bürokratischer, neuerungsfeindlicher und streberhafter der Beamte sich aufführt, um so geeigneter ist er zum Führer in der sozialdemokratischen Partei und den ihr wesensgleichen gewerkschaftlichen Zentralverbänden. Die Parteikommunisten verbieten Führern und Geführten das Denken und verlangen dafür Frömmigkeit im Glauben; die Sozialdemokraten aber verzichten auch auf den Glauben und verlangen nichts andres mehr als blinden Gehorsam und zwar unter jedwede machthabende Obrigkeit; sie verlangen Staatsgesinnung, das ist Anerkennung des geschriebenen Rechtes, hinter dem die Macht steht, und unter Führerschaft verstehen sie Bevollmächtigung zur Ausübung dieser Macht, Handhabung der Ge-

setze, wie sie auch beschaffen seien, zum Zwecke der Versorgung möglichst vieler ihrer Parteigänger auf öffentliche Kosten. In beiden, in allen Führerparteien ist die Führung losgelöst und organisch getrennt von den Geführten, in dem Maße, daß sich aus der proletarischen Führerschaft ein eigener, weit verzweigter bürgerlicher Beruf entwickeln konnte. Der junge Proletarier tritt in die Partei ein als Rekrut wie alle andern. Nicht sein Persönlichkeitswert, sondern im Gegenteil seine gute Einordnung in die Disziplin, sein Eifer, beim Stehschritt die Knie am besten durchzudrücken und zugleich aufzupassen, ob der Nebenmann die Beine richtig schmeißt, lenkt die Aufmerksamkeit des Unteroffiziers auf ihn; er kriegt die Knöpfe und entschließt sich, zu kapitulieren, d. h. beim proletarischen Kommiß zu bleiben, Berufssofdat der Partei oder der Gewerkschaft, Arbeiterführer zu werden. Den Marschallstab trägt er im Tornister, — brav Rekruten drillen und eines Tages kann auch aus ihm ein Ebert oder Noske, ein Müller oder Severing, ein Leipart oder Zörgiebel werden.

Die Marxisten sagen uns, Berufsführertum müsse sein. Eines Tages werde das Proletariat vor die Aufgabe gestellt sein, seine Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Wer solle ihm dann helfen, das Richtige zu tun, wenn nicht diejenigen, die ihr Leben hindurch nichts anderes getan haben, als Wohl und Wehe der unterdrückten Klasse zu bedenken und die Stunde der Schicksalswende vorzubereiten? Dazu wird zu bemerken sein, daß für diese Führer die Beschäftigung mit der Vorbereitung der Revolution und des Sozialismus eben ein besoldetes Amt ist, und grade Marxisten, die auch die Moral der Menschen als abhängig von ökonomischen Umständen ausgeben, müßten bedenklich werden bei der Frage, ob ein Angestellter, der sein Brot mit der Vorbereitung der Revolution erwirbt, ernstlich wünschen wird, daß diese Revolution jemals aus dem Stadium der Vorbereitung herauskommen soll, wodurch seine materielle Existenz doch mindestens in Frage gestellt würde. Die Erfahrungen der Jahre 1918/19 mit den berufsmäßigen Führern der Sozialdemokratie könnten doch skeptisch stimmen. Wäre uns die Errichtung der sozialistischen Räterepublik in Deutschland gelungen, so wären die besoldeten Arbeiterführer gezwungen gewesen, sich wieder in den Produktionsprozeß einzuordnen. Sie zogen es vor, mit Hilfe der monarchistischen Landsknechte die revolutionäre Arbeiterschaft tozuschlagen.

Welcher Irrsinn liegt aber überhaupt in der Meinung, man könne Revolutionsführer Jahre und Jahrzehnte hindurch in Bereitschaft halten, man könne die Marats und Baboeufs, die Lenins und Karl Liebknachts zu Dutzenden und Hunderten züchten, die Begeisterung und Hitze in kühlen Zeiten im Ofen erzeugen und dann ins Rohr

stellen, bis der Tag sich erfüllt und die Kochkiste der revolutionären Leidenschaft ihre Zweckmäßigkeit bewährt! Nein, nicht Führer kann man für die Revolution vorbereiten, sondern nur die Revolution selbst kann man vorbereiten und zwar in den Massen, aus denen einmal die Revolution herausschlagen wird. Führer werden dann sicher da sein, aber keine armseligen Beamten, die die Phasen des Volkssturmes aus einer mitgebrachten Kartothek heraussortieren werden, sondern vom Sturme erfaßte, von der Glut emporgehobene, vom Geiste des Aufruhrs an die Spitze getragene Persönlichkeiten, Führer der einzigen Art, die immer berechtigt, immer notwendig, in Gefahr und Kampf immer vorhanden ist, Führer, die Bild und Seele der Geschichte selber sind, — Rädelsführer! In meiner Broschüre „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ (1926, vergriffen) schrieb ich darüber:

„Es gibt eine Führerschaft, — und sie ist die einzige, die den Namen verdient —, die ohne alle Beratung und vorsichtige Erwägung von selbst entsteht, weil sie sich von selbst versteht. Die tätigsten Führer aller Revolutionen sind noch stets aus der Flut des Geschehens, dem sie dann Ausdruck und Richtung gaben, selbst emporgestiegen. Das in Bewegung geratene Meer der Volkswut wirft den besten Schwimmer auf dem schäumenden Kamm einer Woge nach oben, und seinem erhobenen Arm folgen Mut und Vertrauen schöpfend die in Sturm und Brandung kämpfenden Kameraden. Der wahre Führer wird nicht gesucht; er ist da. Ein Zweifel, daß er der Führer ist und sein muß, hat keine Stätte, bei ihm selbst so wenig wie bei seiner Gefolgschaft . . . Wer unter vielen, denen Begeisterung, Angst, Suggestion, plötzliches Geschehen oder wütende Aufregung die Hemmungen ausgeschaltet hat, die Nerven zu richtungweisenden Entschlüssen behält, ist . . . der „Rädelsführer“. Es ist immer der gleiche, der dem ins Wasser gefallenen Kind schon nachgesprungen ist, wenn das Publikum vor Schreck noch kaum begriffen hat, daß es ums Leben geht, und der die brennende Gardine längst heruntergerissen und das Feuer erdrückt hat, ehe die zeternde Hausfrau auf den Gedanken kommt, daß sie Minimax im Haus hat.“

Ebenso verkehrt wie die Auffassung, revolutionäre Führerschaft sei das Ergebnis bürokratischer Dressur, ist aber der Glaube, die einmal vollbrachte glückliche Leistung einer Persönlichkeit sei Bürgerschaft genug, sich in allen Lagen auf ihre Talente zu verlassen. Das führt zu dem übeln Primadonnenkult, der das Vertrauen der Menschen zur eigenen Kraft vernichtet und auf kurzen Umwegen in dieselbe Bahn des Autoritätsglaubens steuert, in der der deutschen

Arbeiterschaft von den beamteten Autoritäten der Mut zur Initiative gestohlen worden ist. Niemand ist darum Führer der künftigen Revolution, weil er sich früher als entschlossener Kämpfer benommen hat. Jeder muß sich in jeder neuen Lage neu bewähren und sich Liebe, Zutrauen und, wenn er dazu der Mann ist, Gefolgschaft seiner Kameraden neu erringen. Wer jedoch so ein Rädelsführer ist, von dessen Beispiel das Feuer übergreift in den Mut und die Kampf- freude seiner Gefährten, dem soll nicht nur die programmatische These des marxistischen Rechenkünstlers vom Leibe gehalten werden, mit der philiströse Pedanterie die Schwungkraft des entfesselten Genius lähmt, der sei auch vor dem nicht minder philiströsen Versuch geschützt, die Entfaltung starker Persönlichkeit mit der Anklage der autoritären Vergewaltigung zu verdächtigen. Gewöhnlich ist dieser Vorwurf nichts als der impotente Geltungsdrang kleiner Geister, der den Namen der Freiheit schändet, um armseligen Neid in das Gewand einer Gesinnung zu hüllen.

Es gibt Führerpersönlichkeit und Führeraufgabe, die anzuerkennen und deren sich zu freuen kein anarchistisches Gewissen sich zu schämen braucht. Führerpersönlichkeit entfalten heißt individuelle Kräfte im Dienste der Kameradschaft nutzbar machen. Das nämlich unterscheidet Persönlichkeit von Autorität, daß die Autorität sich über eine Gefolgschaft erhebt und urteilslosen Gehorsam fordert, während die Persönlichkeit nur bestehen und wirken kann in der Verbundenheit einer Gemeinschaft, die ihre Kraft aus den Fähigkeiten jedes Einzelnen zieht. In solcher Gemeinschaft ist der Führer nicht, wer Herr über Hörigen sein will, sondern wer kraft seiner Gaben die gleichberechtigten Gefährten zum Höchstmaß freiwilliger Tatfreude zu entflammen weiß. Im Staat und in zentralistischen Organisationen gibt es Kutscher und Vögte, aber keine Leitung der Geister durch das Beispiel sittlicher Kraft. Führung zu rechtem Verhalten in Kampf und Leben setzt kameradschaftliche Gleichheit und freie Verbundenheit der Menschen voraus.

Sozialdemokratie und Diktatur

Als im Jahre 1919 die ungarische Räterepublik von den Rumänen und den Horthybanden gestürzt war, schlossen die ungarischen Sozialdemokraten einen geheimen Vertrag mit der Regierung, in dem sie sich verpflichteten, nichts gegen die Regierung zu unternehmen, keine revolutionäre Propaganda zu treiben usw., während die Horthy-Regierung versprach, bei ihren blutigen Arbeiterverfolgungen die Sozialdemokraten in Ruhe zu lassen.

Dieser Vertrag wurde Jahre hindurch innegehalten, bis er durch eine „Indiskretion“ bekannt wurde. Die ungarischen Sozialdemokraten bemerkten allmählich, daß sie keinerlei Anhang unter den jungen Arbeitern hatten; soweit der proletarische Nachwuchs überhaupt politisch interessiert war, war die Jugend kommunistisch eingestellt. Darauf sollte angeblich eine energischere Politik verfolgt werden, doch hörte man erst kürzlich wieder von einer Konferenz des ungarischen Ministerpräsidenten mit den sozialdemokratischen Führern, um diese zu informieren. Angeblich sollen dabei Einflüsse der englischen Arbeiterregierung, von der man in Ungarn eine Aenderung des Vertrages von Trianon erhofft, am Werke gewesen sein. Fest steht jedenfalls, daß die ungarischen Sozialdemokraten auch heute noch gut zur Diktatur Horthys stehen und höchstens eine legal-parlamentarische Opposition betreiben, die bei den bekannnten ungarischen Zuständen natürlich absolut wirkungslos ist.

In Polen fand der Umsturz Pilsudskis im Mai 1926, durch den die verfassungsmäßige Regierung gestürzt wurde, keineswegs die Gegnerschaft der polnischen sozialistischen Partei. Weil Pilsudski in seiner Jugend einmal aktiver Sozialist gewesen war und auch nach dem Kriege noch im Geruche einer gewissen Reformfreundlichkeit stand, die bei der agrarisch-reaktionären Regierung Witos fehlte, so begrüßte man die Diktatur. Sozialisten und ehemalige Sozialisten wurden Minister, ein Sozialist blieb ruhig auf seinem Posten als Sejmarschall, obwohl der Sejm nur noch eine Atrappe war. Erst allmählich, als die Reformen ganz und gar nicht kamen, die Diktatur sich aber immer mehr nach faschistischem Muster entwickelte, begannen in der polnischen sozialistischen Partei kritische Stimmen aufzutauchen. Aber auch heute sind bei weitem noch nicht alle Verbindungen zwischen der Regierung und der PPS. zerrissen.

In Spanien ist die einzige Partei, die von Primo de Rivera nicht aufgelöst wurde, die sozialistische (neben der patriotischen Union, der faschistischen Organisation). Soviel ich von einem spanischen Genossen hörte, soll der Sonnenschein der Legalität der Partei gar nicht gut bekommen, weil die Arbeiterschaft keine Sympathien für derartige proletarische Politik zeigt. Auch die reformistischen Gewerkschaften, die legal arbeiten, weisen keine Zunahme auf.

In Italien haben sich einige frühere sozialistische Gewerkschaftsführer erst voriges Jahr zum Faschismus bekehrt. Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, Mitglied der französischen sozialistischen Partei, hat bei einer Reise durch Italien Mussolini seine Bewunderung ausgesprochen, was bei den Sozialisten der verschiedenen Länder unliebsames Aufsehen erregt hat.

In Rumänien und Bulgarien hat man nie etwas von einer energischen Opposition der Sozialdemokratie gehört, erst recht nicht von Verfolgungen, wie sie gegenüber Anarohisten und Kommunisten fast täglich vorkommen.

Die ganze Opposition dieser Sozialisten gegen das verrottete System jener Länder besteht in parlamentarischen Manövern und Wahlkämpfen. Insbesondere haben sie auch nie den Versuch gemacht, die Bauern zu erfassen, die in solchen unentwickelten Ländern 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen und meist sehr revolutionär gestimmt sind.

In Deutschland haben die sozialdemokratischen Führer Noske, Ebert, Scheidemann usw. im Jahre 1919 selbst die Diktatur errichtet und zwar mit Hilfe einer zusammengewürfelten Soldateska, die überall in Deutschland herumzog und die Arbeitererhebungen unterdrückte. Daß die sozialdemokratische Umkleidung dieser Diktatur durch den Kapp-Putsch im März 1920 nicht fiel, wurde nur durch den Generalstreik und die Gegenerhebungen der Arbeiter erreicht. Die „parlamentarische“ Regierung hätte aus eigenen Kräften jedenfalls nichts dagegen tun können. Ganz brutal zeigten die militärischen Diktatoren hinter den Kulissen ihre Macht, als sie im Jahre 1923 nach dem Sturze der Rechtsregierung Cuno, die doch nach parlamentarischem Brauche durch eine Linksregierung ersetzt werden mußte, diese Linkswendung für unmöglich erklärten und der Regierung Stresemann in den Sattel verhalfen. Diese Regierung zeigte sich denn auch als richtige Diktatur, ließ nach Sachsen und Thüringen marschieren, erklärte den Ausnahmezustand, duldete die Schwarze Reichswehr usw. Und in dieser Regierung waren eine zeitlang die Sozialdemokraten vertreten! In der Folgezeit wurden dann die Formen des parlamentarischen Lebens etwas mehr gewahrt, nur das Republikschutzgesetz und die Drohung mit dem Artikel 48 der Verfassung boten noch Handhaben für diktatorische Bestrebungen. Neuerdings haben sozialdemokratische Minister und Zeitungen wieder ganz offen mit Diktatur gedroht. Diese Drohungen richten sich angeblich gegen die Rechtsparteien; da wir aber aus genügender Erfahrung wissen, was aus derartigen Maßnahmen bei ihrer Anwendung durch Gerichte und Behörden wird, so kann man wohl behaupten, daß sich die Diktaturdrohungen der Grzesinski und Severing mehr gegen die radikal gesinnte Arbeiterschaft richten.

Zeigen die angeführten Fälle ein gutes Verhältnis der Sozialisten zu den bürgerlichen Diktaturen der verschiedenen Länder, so war ihr Verhältnis zur bayerischen und ungarischen Räterediktatur und ist noch zur russischen ganz anderer Art. Man behauptet nicht zuviel, wenn man sagt, daß die Sozialdemokraten von Anfang an in der vordersten Front der aktiven Gegner dieser Diktaturen gestanden haben. Sprach doch Kautsky noch 1922 von Intervention gegenüber Rußland und sind doch die Schneppenhorst und Hoffmann mit militärischer Macht gegen Rätebayern vorgegangen. Da man diesen Räterepubliken und auch dem russischen Staat in den ersten Jahren seines Bestehens schwerlich sozialistische Tendenzen abstreiten kann, so ist dieses Verhalten der Sozialdemokratie ganz unerklärlich, wenn man sie als Arbeiterpartei betrachtet, sie handelt aber durchaus logisch als eine

Partei, die die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten will, wenn auch mit einigen Reformen.

Diese kleine Zusammenstellung über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher sowie proletarischer Diktatur wäre unvollständig ohne eine soziologische Untersuchung der Ursachen dieser Dinge. Das Wort Verrat, das die Sache zwar moralisch richtig bezeichnet, reicht für eine tiefere Betrachtung, die die gesellschaftlichen Ursachen zu erkennen sucht, nicht aus. Der historische Materialismus, abstrakt angewandt, kann uns in dieser Frage viel helfen, denn nach dieser Lehre weisen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft unbedingt auf den Sozialismus hin, und eine bürgerliche Arbeiterpartei, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, wäre unmöglich.

Wir können annehmen, daß die sozialistischen Bewegungen in unentwickelten Ländern, wie Ungarn, Polen usw., in geringerem Grade von Arbeitern getragen wurden als bei uns. Die sozialistischen Ideen, die in den gestig tonangebenden westeuropäischen Staaten die radikale Opposition zu den bestehenden Zuständen waren, fanden in den mehr agrarischen Staaten bei fast allen irgendwie oppositionell gestimmten Elementen, besonders bei der Jugend, bei Intellektuellen usw. begeisterten Anklang, gerade so wie die Ideen der französischen Revolution in Deutschland, obwohl man den wirklichen Gehalt dieser Ideen gar nicht begriff und auch gar nicht an ihre Verwirklichung dachte. Die Arbeiterschaft jener unentwickelten Länder, die natürlich weit weniger Beziehungen zur westeuropäischen Kultur hatte, entwickelte auch meist ihre eigenen sozialistischen Bestrebungen und Ideen, die teilweise eigenes, bodenständiges Gepräge zeigten. Ich denke hier z. B. an den russischen Bolschewismus, an den bulgarischen „Volkssozialismus“ (mit einem gewissen agrarischen Einschlag) und an den spanisch-italienischen Anarchismus, resp. Anarcho-Syndikalismus, der auf Bakunins Zeit zurückgeht und nicht etwa vom französischen Syndikalismus beeinflusst war. Wenn wir uns diese Tatsache vor Augen halten, ist die Rolle der sozialistischen Parteien schon viel leichter verständlich. Hinzu kommt noch, daß sich Anschauungen und Theorien vielfach länger erhalten, als die sozialen Verhältnisse, aus denen sie geboren wurden. Es hängt das wahrscheinlich u. a. damit zusammen, daß die meisten Menschen mit zunehmendem Alter ihre geistige Beweglichkeit verlieren und die Ansichten, die in ihrer Jugend modern oder herrschend waren, ihr ganzes Leben lang bewahren.

Nun ist der Grundgedanke der sozialistischen Parteien, nämlich die Benutzung des parlamentarischen Systems für sozialistische Bestrebungen, oder die Erkämpfung eines parlamentarisch-demokratischen Staates, wo er noch nicht bestand, ein wesentlich bürgerlicher Gedanke. Die bürgerlichen Klassen, die dieses demokratische System in Westeuropa und Amerika erkämpft hatten, waren nur bei uns und noch mehr in Ost- und Südeuropa durch die rasende kapitalistische Entwicklung schon vor Erreichung dieses

Ziele teils verschwunden, teils aus Furcht vor dem Proletariat zum Absolutismus übergegangen. Infolgedessen blieb die Demokratie, das heißt unter den heutigen Verhältnissen, die kapitalistische Demokratie, höchstens mit sozialreformerischem Einschlag, das nächste Ziel der Arbeiterschaft. Der demokratische Gedanke war jedenfalls die nächste und den Arbeitermassen begreiflichste Etappe auf dem Wege von der Monarchie zum Sozialismus. Dieser Gedanke hat sich deshalb durch jahrzehntelange Propaganda so fest eingewurzelt, daß bedeutende Arbeiterschichten wie an ein Evangelium daran glaubten und noch glauben. Die Räterepublik, der Gedanke des selbständigen proletarischen Vorgehens, erschien diesen Arbeitern als Unmöglichkeit und infolgedessen als Gefahr. Deshalb stellten sie sich lieber auf die Seite der „Ordnung“, die sich zeitweise mit demokratischen Phrasen schmückte. Hinzu kommt natürlich noch der Einfluß der Führer, die in Parlamenten und Behörden die Regierungsluft mit vollen Zügen genossen und die Klassenverhältnisse vollkommen aus den Augen verloren.

Eine andere Ursache für die bürgerliche Einstellung der Sozialdemokratie ist die Differenzierung unter der Arbeiterschaft. In dem Maße, wie sich bestimmte Arten von spezialisierten Arbeitern herausbildeten, die besser bezahlt wurden und teilweise geradezu als neuer Mittelstand bezeichnet werden können, tauchten in der Arbeiterbewegung mehr und mehr reformistische oder direkt staaterhaltende Tendenzen auf. Der deutsche Revisionismus, auf so und soviel Parteitagetagen mausestot geschlagen und doch immer lebendig, der französische Regierungssozialismus und die reichlich imperialistische Arbeiterbewegung Englands zeigen dies deutlich. Diese Reformisten wollen zwar den demokratischen Staat, wenn ein solcher sich aber bei bestimmten Gelegenheiten nicht gegen den Willen des revolutionären Proletariats halten kann, nehmen sie auch mit einer bürgerlichen Diktatur vorlieb oder unterstützen diese gar aktiv.

Das scheinen mir die Hauptursachen für die geschilderte Stellung der sozialistischen Parteien zur Diktatur zu sein. Wir können daraus lernen, daß man eine Bewegung nie nach ihrem bloßen Ideengehalt beurteilen darf, sondern daß die Taten die Hauptsache sind.

H. W. Gerhard.

Keine Milde !

Der Prälat Seipel, vormalig österreichischer Bundeskanzler, somit Staats- und Kirchenpfaff in einem, braucht um die Unsterblichkeit seines Namens nicht zu bangen. Nach dem denkwürdigen 15. Juli 1927, dem Tage, an dem der Volkszorn gegen eine ruchlose Klassenjustiz sich am Sitz ihrer Schmach Luft gemacht hatte, fand der feiste Bonze die zwei Worte, die die ganze Tiefe seines regierenden Christengemütes ausschöpften, die darüber hinaus ein für allemal festlegten, welcher Grundsatz jeder Obrigkeit frommt, wenn gekränktes Menschentum, gekränktes Rechtsgefühl

gekränkter Lebensanspruch sich wider die Herrschaft der Reichen und Satten zur Wehr setzt: Keine Milde!

Herr Seipel hat persönlich keine guten Erfahrungen gemacht mit seinem Leitsatz der Rache, er ist darüber in den politischen Ruhestand gestolpert und kann keine weltliche Milde mehr versagen, sondern höchstens noch die himmlische Absolution. Auch sind die Urteile gegen die Justizpalast-Stürmer von Wien damals nicht so hart ausgefallen, wie die Wiener sie erlebt hätten, wenn ihre Anschluß-Sehnsucht bereits erfüllt gewesen wäre. In Oesterreich nämlich stehen die Arbeiter hier und da noch selber vor ihrer Sache und vor ihren Rechten und sie gaben dem Gottesstreiter die Antwort auf seine Schurkerei, die ihm weh tat. Zehntausende von Kirchenaustritten folgten; Zehntausende von Menschen bekundeten durch die Tat, daß sie wenigstens der Organisation der Gnadenlosigkeit nicht länger anzugehören wünschten, zu der die Mitgliedschaft nicht erzwungen werden kann. Da fing Seipels höchste vorgesezte Behörde an, um ihre Macht in Oesterreich zu zittern, und der Vatikan nötigte den Bundeskanzler zum Rücktritt. Der Staat aber mußte mitsamt der Kirche die Niederlage vor der direkten Aktion der Massen eingestehen und der Justiz deutlich machen, daß das Rezept „Keine Milde“ erst angewendet werden solle, wenn von der österreichischen Bevölkerung die geduldige Hinnahme dieser Medizin erwartet werden könne, wenn sie so gefügig geworden sei wie etwa das gute deutsche Volk in seiner freiesten Republik der Welt.

Bei uns ist Seipels Rat längst Richtschmür und Inhalt aller Staatsweisheit. Wir haben seit über zehn Jahren Urteile erlebt gegen Proletarier, die in der Geschichte der Staatsjustiz aller Länder und Zeiten einen Vorzugplatz der Härte, Verständnislosigkeit und Bourgeoisraube beanspruchen können, und wir haben zur gleichen Zeit Freisprüche und Unterlassungen von Strafverfahren für Mitglieder der herrschenden Klasse erlebt, die an Ungeniertheit den Rekord der Parteilichkeit halten. Was wir indessen nicht erlebt haben, ist ein 15. Juli 1927. Der liebe Staat mit seinen sozialdemokratischen Treuhändern an der Spitze ist so sicher in dem Gefühl, daß dieses Datum im Kalender der reichsdeutschen Objekte der Gesetzgebung fehlt, daß er sogar seinen Glücks- und Jubeltag, den zehnjährigen Geburtstag der Weimarer Verfassung, fahnenschwenkend und redensabbend unter dem Stichwort beging: Keine Milde!

Als das Deutsche Reich Versailler Prägung noch Kaisers Geburtstag feierte, da bedurfte die Freude am Regiertwerden vom angestammten Herrscherhaus noch der alljährlichen Kampferspritze kleiner, mittlerer oder — wenn eine runde Zahl von Lebensjahren erreicht wurde — auch umfassenderer Amnestien. Dann lasen wir, daß Seine Majestät allergnädigst geruht habe, den Reichskanzler und den preußischen Staatsminister der Justiz zu beauftragen, unter bestimmten politischen oder anderen Gesichtspunkten eine Liste von Verurteilten und Verfolgten aufzustellen, denen die Strafen erlassen oder die Verfahren niedergeschlagen werden sollten. Die Versailler Republik Weimarer Prägung hat solche Aufpulverungen der Liebe nicht mehr nötig. Das Glück, sie zu haben, die Freude, ihre demokratischen Schönheiten zu genießen, von den Bürgschaften ihrer Verfassungsbestimmungen umhegt zu werden, ist so fest und unwandelbar in den Herzen aller Deutschen, in Hütte und Palast, im Konzernbüro und in der Zuchthauszelle, gegründet und verankert, daß es keiner Amnestien, keiner Milde und keiner Gnadenerlasse bedarf, um die hohe Wonne ganz zu fühlen, ohne des Thrones Glanz Liebling des Volks zu sein. Wahrhaft würdig beging man den 11. August. Severing, der Abkommenschieber von

Bielefeld, hat es dem deutschen Volk gesagt, wie zufrieden es mit ihm und seinesgleichen sein dürfte, und Scheidemann und Hörsing, die blaßroten Offiziersburschen der Weißgardisten, standen an Kartätschen-Wilhelms historischem Eckfenster und nahmen die Parade der Schwarzrotgoldigen Kukiroffkommandos ab, für die Erich Weinert den guten Namen Freiheits-Armeer gefunden hat. Riemen um den Bauch und Speck auf der Seele stampften sie vorbei, froh ihrer Berufung, beim Inkrafttreten des Young-Planes und der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung Juli-Gelüste des hungernden Proletariats im Wettstreit mit Zörgbels Mai-Schußmännern tottreten zu dürfen, im Gleichtritt nach Seipels Text: Keine Milde!

Die Verfassungsfeier ist vorübergegangen ohne Amnestie, ohne die leiseste Andeutung einer Absicht, auch nur durch sogenannte Gnadenakte die krassesten Tollheiten reaktionärer Justizberserker auszugleichen. Man hat gefeiert, was man zu feiern wünschte: die Errichtung eines Läutewerks von an Paragraphen befestigten Schellen, deren sanftes Gebimmel die Totenglocke der deutschen Revolution bedeutete. Die Bismarcksche Verfassung von 1871 war durch die Revolution von 1918 automatisch außer Kraft gesetzt. Die Nutznießer dieser Revolution wurden dank organisierter Massenmordes an den Revolutionären die fanatischsten Feinde der Revolution: die Sozialdemokraten. Sie setzten alle monarchistischen Gesetze neu in Kraft; nur die alte Verfassung konnten sie nicht mehr übernehmen, da sie sich sonst selber wegen Hochverrats hätten prozessieren müssen. Das konnten sie bloß gegen Bejaher der Revolution wagen, und wir in Bayern sind ja tatsächlich in einer Zeit, als es in Deutschland und in Bayern gar keine Verfassung gab, wegen gewaltsamer Verletzung der Verfassung im Auftrag einer sozialdemokratischen Regierung als Hochverräter zu vielen Tausenden Jahren Zuchthaus, Gefängnis und Festung verurteilt, Eugen Leviné standrechtlich getötet worden. Sie ließen, die Usurpatoren der durch die Revolution entstandenen Republik, die monarchistischen Beamten und Richter ans Werk gehen, um zu verbürgen, daß im neuen Laden nur alte Ware verhökert werde. Aber die neue Verfassung mußten sie wohl oder übel haben, damit die Ermordung und Einkerkerung neuerungssüchtiger Arbeiter nicht auf die Dauer gar zu gesetzlos aussehe. So wurde dieser reizende Strauß duftiger Bestimmungen gewunden und mit einer schwarzgoldenen Schleife verziert, an dessen Blüten wir seit zehn Jahren riechen: Entgeistigung und Verpöpfung des ganzen kulturellen Lebens, Zensur, Muckerei, Zelotismus, Militarismus in hundert verschiedenen Maskierungen, als technischen, sportlichen, erziehlchen, wehr- und kameradschaftsverbändlerischen und kriegsspielerischen Leistungen und Ruhmredereien; Rationalisierung der Produktion, Hunger, Verelendung, Verarmung, Kindersterblichkeit, Massen-Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot und durch dies alles bedingte ungeheuer gesteigerte Kriminalität. Aber die Verfassung stellt die Grundpflichten nebst den Grundrechten der Deutschen fest, und wer unter der Wirksamkeit der Verfassung in Kriminalität gefallen ist, zeigt, daß er des schönen Werks nicht würdig war. — und den soll man zur Jubelfeier des Weimarer Meisterstücks auch noch begnadigen? Das wäre gelacht. Keine Milde!

Es ist wahr: die Erkenntnis der wahren Beschaffenheit dieser anmutigen Republik muß auch bei uns schon fast illusionsfreien Staatsfeinden immer wieder neu erweckt werden. Immer wieder versagt unsere Vorstellungskraft, um gänzlich zu erfassen, bis zu welchem Maße erbarmungsloser Trockenheit regierende Hirne ausgedörrt sein müssen, um ihre bürokratischen Funktionen restlos von jeder Erinnerung an menschliche Dinge

loslösen zu können. Staatsgesinnung ist in diesem unglücklichen Lande Abtötung aller Lebendigkeit des Geistes und des Herzens, und darum schätzt man die Otto Braun die Severing und Stresemann, mit einem Wort, die Sozialdemokraten aller deutschnationalen Parteien, bei uns als so hervorragende Staatsmänner, weil sie die Dinge des Lebens anderer Leute ohne die geringste Beteiligung eigener Lebendigkeit zu lenken verstehen. Den Begriff der Herzensklugheit kennen sie nicht, und es wäre müßig, mit ihnen darüber zu sprechen; und auch die Beweisführung dafür, daß zur Schau getragener Mangel an Gefühl kein Zeichen von Klugheit ist, wäre nur bei Personen angezeigt, bei denen wenigstens an Stelle des Gefühls ausreichender Verstand angenommen werden könnte, um die gewissenlose Beleidigung des Leidens bei Gelegenheit der Freude als abgründige Dummheit zu erkennen. Sie wußten, unsere demokratisch regierenden Republikaner, daß in allen deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern die Nerven von vielen tausend Opfern der Not und des Staates angstvoll erregt, dem 11. August entgegenzitterten. Es war ihnen nahegelegt worden, den Tag, den sie, obwohl er es verdammt nicht wert ist, zu einem Fest für alles Volk erkoren hatten, durch die einzige Maßnahme volkstümlich zu machen, die der links und rechts gleichmäßig verhaßten Republik einmal ein wenig Sympathie bei Menschen erwerben konnte, die nicht Kostgänger ihrer Verfassung sind; durch eine Amnestie oder doch durch die Verkündung von Gnadenerlassen in großem Umfang. Ich weiß, daß Zuchthausdirektoren bei ihren vorgesetzten Behörden angeregt haben, die Gelegenheit des Verfassungstages zu benutzen, um unter milderer Gesichtspunkten, als die Bürokratie sie sonst anwendet, das Verfahren der Einzelbegnadigungen durchzuführen. Ich weiß, daß Gefängnisgeistliche Schritte nach dieser Richtung versucht haben. Ich weiß, daß Anstaltsärzte auf den Tag gehofft haben, um die Qual armer Lazarettgefangener, die keine Hunderttausende Vermögen, keinen adligen Namen und kein Abzeichen nationaler Verbände besitzen, abgekürzt zu sehen. Nichts ist geschehen. Gar nichts! Sucht die demokratische und vor allem die sozialdemokratische Presse ab: in den Jubelchören für die Herrlichkeiten der von Hindenburg betreuten Verfassung kein Sterbenswörtchen von denen, die sich in den Fallen und Schlingen ihrer Gesetze verfangen haben. Kein Gewissen. Keine Scham. Keine Milde!

Als Hindenburg, weil er Monarchist war, zum republikanischen Präsidenten erwählt wurde, da waren sogar den Nationalisten zuliebe Sozialdemokraten für ein kleines Amnestie-Surrogat zu haben; es war erbärmlich genug. Im vorigen Jahre wurde eine Amnestie größeren Maßstabes erlassen. Erst ihre Verwirklichung zeigte, daß auch sie wenig wert war. Sie wurde beschlossen, weil man keinen andern Weg mehr wußte, um die wegen Mordes verurteilten und verfolgten Völkischen unter dem Schutz gesetzlicher Korrektheit frei zu kriegen. Da die Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung diesen Kreisen, denen sich bekanntlich jede republikanische Politik in Deutschland praktisch unterwirft, so suspekt ist, daß sie bis jetzt noch nicht einmal erlaubt haben, den Verfassungstag als amtlichen Feiertag zu begehen, brauchte man ihnen diesmal den Grundsatz der Gnadenlosigkeit nicht noch einmal zu opfern. Die Kommunisten haben sich ebenfalls nicht gerührt, wobei sie sich nicht darauf berufen können, daß ihnen die Verfassung so zuwider sei, wie den Völkischen — und, glaubt's nur, auch uns Anarchisten. Sonst müßte man schließen, daß ihnen die Wahl Hindenburgs 1925, nach der sie lobenswerterweise sehr heftig die Amnestie propagierten, Grund zu großem Jubel gewesen wäre. Nur ganz schwächlich und ohne Beziehung auf den 1. August hat die KPD.-Presse und die Rote Hilfe die Ausdehnung der Amnestie vom 14. Juli 1928 auf die politischen Gefangenen gefordert, die

man damals übergangen hat, indem man ihnen den Charakter als politischen Tätern absprach. Die Liga für Menschenrechte forderte etwas mehr und zwar mit ausdrücklichem Hinweis auf die Verfassungsfeier, nämlich die hier zuerst verlangte Freilassung der Opfer des Krieges, die jetzt noch in den Zuchthäusern der Republik sitzen. Vor genau einem Jahre schon schrieb ich im FANAL (Jahrg. II, Nr. 12, S. 283): „Notwendig ist zunächst eine Amnestie für alle, die — gleichviel wofür — von Kriegs- und Ausnahmegerichten verurteilt sind; da dies politische Gerichte waren, sind alle von ihnen Verurteilten politische Gefangene. . . . Wäre aber diese seltsame Republik des derzeitigen Deutschen Reiches wirklich eine Republik, dann hätte sie längst aus eigenem Antrieb mindestens alle die Urteile gestrichen, die noch im Namen des Kaisers, im Namen der übrigen zwei Dutzend entthronten Machthaber der schwarzweißroten Zeit eingesperrt sind. Würde zum 9. November eine solche Amnestie erlassen, dann täte die Republik zum ersten Male etwas, was die ganze Welt als Bekenntnis und als Bruch mit der Vergangenheit ansehen müßte. Man kann nicht alle Mörder einfach laufen lassen? Berrnigt Euch, sie säßen alle schon mindestens 10 Jahre in Euern Musterkerkern. . . .“ Wozu weiter zitteren? Die maßgebenden Leute, vorneweg selbstverständlich wieder die Sozialdemokraten, haben unserm Wettstreit, ob wieder bloß die politischen Gefangenen frei werden sollten oder auch die Deserteure und Kriegssünder oder, was ich wünsche, möglichst viele Opfer der wirtschaftlichen Not und der Verwirrung dieser Zeit, ein kühles Grab gegraben. Niemand kommt heraus. Laßt, Ihr gequälten und immer noch lebensgläubigen armen Menschen in Euern Zellen, die Hoffnung auf die Sippschaft fahren, die im Augenblick die Geschicke dieses Landes bestimmt. Sie duldet es zwar, daß der Vatermörder Graf Stolberg frei im Lande herumläuft; sie sieht die Kameradenschlächter der Schwarzen Reichswehr einen nach dem andern fröhlich wieder in der guten Gesellschaft erscheinen; sie wird den Versicherungsschiebern des Frankfurter Konzerns nichts Böses tun, denn deren Betrug ging hoch in die Millionen, während Ihr nur klautet, wozu Euch Not und Jammer trieb; — Ihr aber seid nicht wert, daß das Hurraschreien über die Herrlichkeit der Weimarer Verfassung von Euern Stimmen verunreinigt werde. Für Euch gilt Seipels Formel: Keine Milde!

Beruhigt Euch! Die Leute, die für Euch keine Milde haben, werden nicht mehr lange am Werke der Regierung sein. Das Hinschlachten von 31 Berliner Straßenpassanten ist nur für kurze Zeit eine Garantie, daß Roß und Reisige die steile Höh' schützen, wo Bonzen steh'n. Roß und Reisige wollen nämlich ganz andere Leute auf die steile Höh' hinaufbringen, und das wird ihnen in gar nicht ferner Zukunft auch gelingen, da es im Proletariat, der einzigen Macht, die es könnte, nicht leicht jemanden geben wird, der um den Grzesinski, Braun und Zörgiebel ihre Thrönchen zu retten, die Finger naß machen wird. Geht es einmal hart auf hart — und der Faschismus hat wenig Grund zu zögern, da ihm seine sozialdemokratischen Platzhalter immer von neuem bestätigen, daß sie keine andere Politik zu treiben wagen als ihm gefällig ist —, dann kommt entweder ein Reichsverweser, der Euch freilassen wird, weil er für uns Revolutionäre, soweit wir leben dürfen, und für die Republikaner, die keine Milde für Euch kennen, sehr viel Platz in den Zuchthäusern nötig haben wird, — oder es kommt eine andere Zeit, die wir proletarischen Revolutionäre mit Euch im Bunde werden erkämpfen müssen. In diesem Kampf freilich wird wohl uns nichts anderes übrig bleiben, als das Rezept „Keine Milde!“ auf die Herrschaften anzuwenden, die es jetzt Euch eingeben.

Die Forderungen nach Massenfreilassungen werden deshalb nicht stumm werden, weil die deutsche Republik grade keine Feste mehr zu feiern hat.

Sie werden aber jetzt andere und vielleicht wirksamere Formen der Agitation annehmen. Ich kündige an, daß in allernächster Zeit eine Reihe von Persönlichkeiten zusammenberufen werden wird, die angesichts der absoluten Unzugänglichkeit amtlicher Stellen Kampfmaßnahmen beraten werden, um eine Massenbewegung für Entleerung der Zuchthäuser in Gang zu bringen. Dabei kann es nicht darauf ankommen, die feine Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Gefangenen fortzusetzen, die den Keine Milde-Politikern ihre Harthörigkeit für menschliche Verzweiflung nur versteifen kann, sondern Aufklärung zu schaffen darüber, was für Urteile vollstreckt werden, welches Strafmaß von bürgerlichen Richtern proletarischen Straftaten der Not angemessen gefunden wird, wie Staatsanwälte Haftfähigkeit Sterbenskranker annehmen, wo kein Reichtum durch sich selbst die Haftunfähigkeit begründet, was es mit dem progressiven Strafvollzug auf sich hat und wie allgemein die staatliche Gerechtigkeit aussieht, die beileibe durch keine Milde erschüttert werden darf.

An positiven Forderungen an die Reichs- und Länderregierungen sollen vorläufig die Maßnahmen verlangt werden, die schon jetzt von privater Seite in dem Glauben den Behörden vorgelegt worden sind, man werde zum Zehnjahrestage der Verfassung überhaupt etwas veranlassen, was über das Gegröhl des ursprünglich antisemischen, dann hohenzollerischen, endlich Ebertrepublikanischen Liedes „Deutschland über alles —“ hinausgehen würde. Diese „Vorschläge zur Berücksichtigung für die Gnadenaktion am 11. August 1929“ lauteten:

1. Begnadigung aller von Soldaten im Kriege oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kriege später begangenen Straftaten.
2. Begnadigung aller Notvergehen während des Krieges, der Nachkriegswirren, des Kapp-Putsches, des Mitteldeutschen Aufstandes, der Inflation, Deflation und Nationalisierung.
3. Begnadigung aller von außerordentlichen Gerichten abgeurteilten Straftaten. Diese Gerichte sind unter besonderen politischen Verhältnissen eingesetzt und zusammengesetzt gewesen. Daher sind alle ihnen überwiesenen Fälle als politisch gefärbt anzuerkennen.
4. Prozentuale Herabsetzung aller langfristigen Strafen. Sofortige Entlassung aller Gefangener, die noch in der Geltungszeit der früheren Verfassung abgeurteilt sind. Mindestens zeitliche Begrenzung aller lebenslänglichen Strafen.
5. Anwendung der Amnestie von 1928 auf alle politischen Grenzfälle und alle strittigen Fälle. Begnadigung auch der von der Amnestie ausgenommenen Verbrechen gegen das Leben und Landesverrats-Delikte.
6. Amnestierung aller Delikte aus den Paragraphen 175 und 218, 219.
7. Bewilligung aller Entlassungsgesuche solcher Gefangener, deren Freilassung oder Strafunterbrechung von irgendwelchen Strafanstaltsorganen, vornehmlich von Anstaltsärzten, befürwortet wird, unter Ausschluß staatsanwaltlicher Begutachtung.
8. Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft sowie während der Strafzeit erfolgten Behandlung in Kranken- und Irrenanstalten auf die Strafverbüßung.
8. Niederschlagung anhängiger kleinerer Strafsachen, insbesondere Aufhebung aller im Zusammenhang mit den Berliner Maiereignissen erfolgten Verurteilungen und Strafverfahren.
10. Entlassung aller als politische oder Ueberzeugungstäter anerkannten Häftlinge. Legalisierung der aus politischen Gründen Verfolgten. Begnadigung aller Verurteilten, in deren Straffällen Notstand der Familie, Affekthandlungen, spontane Wirkungen besonderer Umstände wie Men-

tereien in der Strafanstalten, oder Verzweiflungsausbrüche infolge wirtschaftlicher Not vorliegen.

Das sind alles keine radikalen, gewiß keine revolutionären Forderungen. Sie entstanden ja aber in dem Glauben, den Behörden nichts Agitatorisches, sondern leicht Erfüllbares vorzulegen. Jetzt, da die Staatsbehörden das Prinzip „Keine Milde!“ zur Richtschnur ihres Verhaltens gewählt haben, können diese Punkte selbstverständlich nur mehr als Minimal-Programm gelten, auf das sich freiheitlich gesinnte Staatsbejaher und Staatsverweiner aller Art zu gemeinsamer Aktion zunächst einigen können. Aufgabe des Proletariats wird es sein, durch seine außerparlamentarischen Beeinflussungsmittel des öffentlichen Geschehens praktische Solidarität für die Klagen- und Unterdrückten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems zu betätigen, die durch ihr Schicksal die Unhaltbarkeit und Umtergangsreife des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems beweisen. Das Leben hat gegen diese Schicksalsgefährten aller Armut keine Milde gekannt, die staatlichen Regierungen haben das Fest, mit dem sie die Entstehung ihres obrigkeitlichen Waltens feierten, benutzt, um mit aller Deutlichkeit zu offenbaren, daß die Armen, die ihren Regierungskünsten nicht gewachsen sind, von ihnen keine Milde zu erwarten haben. Das Proletariat hat die Aufgabe, seine Kraft gegen die Brutalität der Staatsräson durchzusetzen und den mißhandelten Opfern der kapitalistischen Gesellschaft zunächst in seine Reihen zurückzuhelfen, damit sie einmal der Klasse, zu der sie gehören, im Kampfe ums Ganze helfen können. Im Kampf um alles aber muß für die Arbeiter das Wort gelten: gegen Staatsräson, Klassenjustiz und Bonzendünkel — keine Milde!

Weißer Schrecken

Dem FANAL geht mit dem Ersuchen um Abdruck folgende Entschliebung zu:

„Die öffentliche Versammlung in Berlin, Rosenthaler Hof, am 20. 8. 29, einberufen vom Leninbund (Linke Kommunisten), erklärt zu dem Mordprozeß gegen streikende Textilarbeiter in Gastonia im Staate Nord-Carolina (Amerika): Eingedenk des Mordes an Sacco und Vanzetti erblicken wir in dem Vorgehen der Behörden einen Racheakt der Kapitalistenklasse, eine Aktion gegen die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft. Um diesen Angriff abzuwehren, um das Leben der angeklagten Genossen zu retten, ist das einmütige Auftreten der Proletarier notwendig. Wir beauftragen die Einberufer, die heute begonnene Aktion in verbreiteter und verschärfter Form weiterzuführen.“

Folgendes ist in Gastonia vorgegangen: in der Textilindustrie war ein Streik ausgebrochen. Monatelang standen die Arbeiter im Kampf um halbwegs erträgliche Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sammelten staatliche und private Bewaffnete im Gebiet zum Schutz der mit allen Mitteln angeworbenen Streikbrecher. Darauf warf man die Streikenden mit ihren Familien aus den Werkwohnungen hinaus. Sie bezogen ein Zeltlager und wohnten darin, bis es eines Nachts von Polizei überfallen und beschossen wurde. Etliche Arbeiter wurden verwundet, doch gelang es, die Angreifer zurückzuschlagen, wobei auch die Polizei Verluste an Verwundeten hatte. Der Polizeichef, der den Ueberfall leitete, starb an der erlittenen Verletzung. Dieser Vorfall führte, nach dem Chicagoer Muster von 1887, zur Verhaftung und Prozessierung von 23 an dem Streik be-

teiligten Mitgliedern der Textilarbeitergewerkschaft. 15 von ihnen wurden wegen Mordes vor Gericht gestellt, darunter 3 Frauen, und jetzt hat der Staatsanwalt gegen 13 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Wir stehen also wiederum der Aufgabe gegenüber, durch solidarische Maßnahmen der gesamten internationalen Arbeiterschaft dem amerikanischen Henker in den Arm zu fallen, 13 Klassengenossen dem elektrischen Stuhl zu entreißen, den die Profitgeier des Textilkapitals laden lassen, um dem Proletariat die Neigung zu besserer Lebenshaltung durch den weißen Schrecken auszutreiben. Den Kampf für Sacco und Vanzetti haben wir verloren; das ermutigte die herrschende Klasse, ihre Brutalität zu steigern. Steigern wir unsere Anstrengungen für die gefährdeten Genossen. Sie müssen gerettet werden, nicht nur, weil es wertvolle Leben sind, die bedroht sind, sondern weil ihre Sache die des ganzen Weltproletariats ist, weil jeder Sieg des Weißen Schreckens ungezählte Schurkereien des Kapitals gegen die Arbeiter in allen Ländern nach sich zieht. Der Leninbund hat recht: das einmütige Auftreten der Proletarier ist notwendig. Das bereits in New York ins Leben gerufene Gastonia-Verteidigungskomitee muß von allen revolutionären Arbeiterorganisationen der Welt nachdrücklichst unterstützt werden. Aber der Kampf darf nicht auf den einen Fall beschränkt bleiben. Er muß sich gegen den Weißen Schrecken allgemein wenden und seine Opfer in allen Staaten der Welt in Schutz nehmen.

Zuerst in Amerika selbst. Die Genossen Mooney und Billings sitzen, obwohl alle Richter und Anwälte, die mit ihrem Prozesse zu tun hatten, öffentlich bezeugt haben, daß sie sich von ihrer Unschuld überzeugt haben (FANAL, Jahrgang III, Nr. 3, S. 62 ff), immer noch, nach 13 Jahren in einem der schrecklichen Kerker Amerikas, die wir durch Alexander Berkman's „Tat“ und durch die Leiden der Genossen Sacco und Vanzetti uns vorstellen können. Und doch können wir sie uns nicht vorstellen, weil vor zuviel Entsetzen die menschliche Phantasie versagt. Der Aufstand der 1700 Gefangenen im Zuchthaus zu Auburn, bei dem diese Riesenzahl geschundener und entwürdigter Menschen sich zum Sterben im Kampf entschloß, den grauenvollen Käfig in Brand steckte, um die Welt gegen Amerikas Schande zu alarmieren, müßte die Arbeiter Europas wachsender machen, als bis jetzt zu spüren ist. Und es war kein Einzelfall. Eine Woche vorher waren die Gefangenen des Zuchthaus Danneville rebellisch geworden, und nachdem eine Woche nachher in Leavenworth (Kansas) eine schwere Sträflingsmeuterei unterdrückt war, wurde unmittelbar danach eine weitreichende Verschwörung in der berüchtigten Anstalt Sing-Sing aufgedeckt. Unterscheidet nicht pharisäisch zwischen politischen und kriminellen Gefangenen. Alle unsere Kameraden kommen ihres Kampfes wegen hinter dieselben Gitter, hinter die die herrschende Macht ihre kriminellen Feinde ebenfalls setzt. Und jeder wahre Revolutionär wird es ablehnen, beim Proletariat mehr zu gelten als die, die die Opfer der Zustände sind, denen sein Kampf gegolten hat. Die Rebellen von Sing-Sing und Auburn sind so gut unserer Kameradschaft in der Abwehr des Weißen Schreckens wert wie die Streiker von Gastonia.

Aber der Weiße Schrecken ist keine Besonderheit der USA. In Südamerika ist das Schicksal des Genossen Radowitzky nach fast 20 Jahren grauenvollster Martern in den Kasematten der argentinischen Einöden des Feuerlandes weiterhin der Rache des Weißen Schreckens für seine mutige Kampfpat ausgeliefert. Die Syndikalisten aller Länder wollen jetzt eine Weltbewegung für seine Befreiung ins Werk setzen. Zugleich rufen die Balkan-Revolutionäre gegen die neuesten Schandtaten des jugoslawischen

Faschismus um Hilfe; in Bulgarien folgen die Verbrechen gegen gefangene Revolutionäre einander in unaufhörlicher Reihe, und Rumänien zittert noch von der furchtbaren Metzerei unter den verletzten Grubenarbeitern von Lupeny, bei der 32 Streikende getötet, mehrere Hundert verwundet wurden. In Litauen tobt unterdessen der Weiße Schrecken gegen die Sozialisten weiter, die sich ihr Land besser verwaltet vorstellen können als die Herren Smetona und Woldemaras es regieren; und hier werden Todesurteile nicht nur gefällt, sondern auch reichlich vollstreckt, ohne daß die Zivilisation Europas davon erhebliche Beschwerden bemerken läßt. Was mittlerweile in Ungarn, der Türkei, Polen, Spanien, Italien gegen proletarische Freiheitsliebende getrieben wird, erfährt man kaum mehr.

Aber es wäre sehr verkehrt, den Weißen Schrecken nur in Amerika und in den ganz- oder dreiviertelfaschistischen Ländern suchen zu wollen. Die hysterische Kommunistenhatz in Frankreich, die am 1. August zu einer wüsten Verhaftungsorgie führte, zeigt, wie weit noch die demokratischen Garantien reichen, auf die man in Westeuropa so sehr stolz ist, zeigt aber auch, wie wenig tatsächliche Widerstandskraft hinter allen revolutionären Redereien der Partei steckt, gegen die sich gerade diese Staatsaktion richtete. Es gibt kein Land mehr, dessen Einrichtungen irgendwelchen Schutz bieten gegen den Weißen Schrecken; auch Rußland ist kein Eldorado, denn es genügt nicht, von roter Diktatur zu reden, wenn ihr Schrecken sich gegen die Revolutionäre wendet, welche darüber zu klagen haben, daß das Rot der Oktoberrevolution am Verbleichen ist. Das einzige, was die russische Revolution noch am Leben hält, ist der heilige Glaube von Millionen Arbeitern in Rußland und überall, daß sie noch am Leben sei. Um dieses Glaubens willen wollen wir die Verfolgung der linken Revolutionäre dort nicht mit dem Weißen Schrecken des Faschismus gleichstellen.

Jetzt jedoch geht der Weiße Schrecken auch da zu Taten über, wo er sich bisher nur vorbereitend gesammelt hatte: in Oesterreich. Der Heimwehr-Ueberfall auf die Schutzbund-Arbeiter in St. Lorenzen ist ein unmißverständliches Signal, daß der für den Herbst angekündigte Generalangriff auf die Republik beschlossene Sache ist. Gelingt er, dann wird Horthy in Wien und Graz in vielerlei Gestalt auferstehen. Es wird den Arbeitern furchtbar ergehen, und die Sozialdemokraten, die sich viel darauf einbilden, daß sie ohne proletarische Revolution ein wenig Spielzeug für die Arbeiterschaft geschaffen haben — sie sollen auch beileibe nicht mit unseren Welsen und Zörgiebeln auf die gleiche Stufe gestellt sein —, werden von ihren auf demokratischem Wege stark gemachten Widersachern die Quittung dafür erhalten, daß sie ohne Revolution proletarische Interessen vertreten wollten. Ihr bißchen Mieterschutz und Sozialfürsorge ist nämlich nicht dadurch gesichert, daß sie die langsame Entwicklung an Stelle der revolutionären Tat setzen wollten, und es ist nicht an dem, daß wir auch in Deutschland weiter wären, wenn wir von je auf revolutionäre Versuche verzichtet hätten. Es ist an dem, daß die deutsche, insbesondere die bayerische Revolution erstickte, weil Oesterreich mit Reformen um seine eigene Revolutionspflicht herumkommen wollte. Wenn jetzt der Weiße Schrecken seinen endgültigen Einzug in Oesterreich halten sollte, so werden wir den Klassengenossen dort die Solidarität erweisen müssen, die sie uns 1919 dank sozialdemokratischer Mißleitung schuldig blieben. Aber wir hoffen, daß die Arbeiter, die ihren 15. Juli 1927 bestanden haben und die auch jetzt in St. Lorenzen sich als ganze Kerle bewährt haben — trotz aller Schlappmacherei ihrer Führer mit den faschistischen Heimwehrbanditen proletarisch reden werden.

So hätten wir denn wohl bei uns in Deutschland das letzte Eiland, das

vor dem Weißen Schrecken nun und in Ewigkeit keine Furcht zu haben braucht. So ist es in der Tat. Denn hierzulande merkt man den Schrecken nicht, und wenn er den Deutschen selbst schon an der Gurgel sitzt. Die Hitler-Hugenberg-Kirdorf-Allianz ist abgeschlossen. Das Hakenkreuz ist am Stahlhelm befestigt mit einem gesetzlich geschützten, unzerreißbaren schwarz-weiß-roten Band. Die Regierung mit den internationalen, revolutionären, völkerbefreienden Sozialdemokraten an der Spitze baut die elende Arbeitslosen-Unterstützung so weit ab, daß eine Hochkonjunktur in der Gasschlauch-Industrie erwartet werden darf. Für diejenigen aber, die sich weder umbringen wollen, noch stehlen und rauben mögen, die infolgedessen ihr Klassenrecht werden erkämpfen müssen, stehen sozialdemokratisch geführte Panzerwagen gerüstet. Zörgiebel's 31 Leichen erzählen sich davon im Grabe. Weißer Schrecken? Schwarz-rot-goldene Gesinnung, grüne und graue Uniformen und blaue Bohnen — welcher dieser Schrecken wäre denn weiß? Wir sollten, wenn wir der Trauerspiele von Gastonia und Lupeny gedenken, wenn wir den jugoslawischen und italienischen, den litauischen und bulgarischen Brüdern unsere proletarische Solidarität bekunden, nicht ganz vergessen, daß das eigene Vaterland ebenfalls nicht ohne Reize ist. Herr Zörgiebel ist bekanntlich auch nach dem Mai 1929 Berlins Polizeipräsident geblieben.

In der Schwebel

In der Schwebel zwischen Krieg und dem, was man heutzutage Frieden zu nennen sich gewöhnt hat, befindet sich der Streitfall um die ostsibirische Eisenbahn. Die parteikommunistische Presse Europas scheint in dieser Angelegenheit von Moskau mit außerordentlich unpräzisen und widerspruchsvollen Informationen versehen zu werden. Ein fortwährender Wechsel von übernationalistischem Kriegsgekreisch und vorsichtig orakelndem „Analysieren“ der Lage deutet auf große Unsicherheit in der Beurteilung der Dinge hin, eine Unsicherheit, die selbstverständlich aus dem Kreml ins Karl-Liebknethaus reflektiert und nicht dort ihren Ursprung hat, wo die internationale Politik keine eigene Untersuchung erfährt, sondern der Abteilung für Stenogrammaufnahme eingeordnet ist. Trotz der gelegentlichen Drohungen mit geschärften Lanzen und trockenem Pulver, trotz der Entsendung einer besonderen Armee unter Galen-Blücher wünscht die russische Regierung zweifellos den Krieg nicht. Aber wo schon Grenzkämpfe in Gang gekommen sind, ist nie ganz sicher, daß sie Grenzkämpfe bleiben werden. Auch die Charbin-Regierung möchte bestimmt ohne Krieg zum erstrebten Ziele kommen, nämlich zur vertragsmäßig gesicherten Selbstverwaltung der Bahn. Aber niemand kann wissen, wie lange das von ihr zur Unterstützung herangezogene Geschmeiß zaristischer Weißgardisten ihr Werkzeug bleiben wird, wie bald sie, die in dem Konflikt als einzige wirklich den Krieg wollen, ihn mit allen Infamien der Technik entfesselt haben werden. Die kommunistische Partei-Opposition fordert als revolutionäre Lösung die freiwillige Uebergabe der Bahn an die Chinesen. Das ist sehr naiv gedacht und übersieht die Tatsache, daß Rußland ein Staat ist, der Grenzen zu schützen und Kapitalien zu verwerten hat. Der Besuch einer großen amerikanischen Studienkommission in Rußland, der vor einigen Wochen dort mit Banketts und ähnlichem Höflichkeitsklamauk gefeiert wurde und der durch die Teilnahme höchst einflußreicher Bankleute.

bedeutsam war, zeigt eher an, welche Lösung der russisch-chinesische Streit finden wird. Rußland wird von China mit amerikanischem Gelde aus der Eisenbahngemeinschaft herausgekauft werden. Solange das verzweigte Geschäft noch in der Schwebelage ist, hängt auch der Krieg im fernen Osten zwischen Ausbruch und Beilegung.

Der große Krieg zwischen den Siegern von 1918 um das Skelett des Besiegten wird inzwischen von Friedenskonferenzen und Kriegsächtungskonsortien aus dem Zustand der latenten Bereitschaft in den der Schwebelage versetzt. Der britische Sozialimperialist Snowden hat im Haag die Theaterschminke abgekratzt und zeigt, wieviel Mark aus den Knochen des deutschen Proletariats herausgesogen werden könne, und die deutschen Minister Streseding und Hilfermann sicherten das Stillhalten des Opfers zu; — es gibt ja noch Zörgiebels. Jetzt aber dreht es sich um die Verteilung der Kraftbrühe, die aus dem Mark gekocht werden soll. Die Engländer haben ja glücklich wieder eine „Arbeiter-Regierung“, die zeigt nun, daß sie die Geschäfte ihrer Großfinanz nicht schlechter wahrzunehmen weiß, als ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland die ihrer Industriellen. Herr Briand weint sehr, daß seine kapitalistischen Auftraggeber zu kurz kommen könnten und in Deutschland streiten sich die Politiker in den Zeitungen darüber, wer der bessere Mensch sei: Briand oder Snowden. Die Nationalisten bei uns sind für den Sozialisten Snowden, die Sozialdemokraten und Republikaner aller Sorten stimmen für den freundlichen Charakter Briands und haben schreckliche Angst, daß die Haager Konferenz ergebnislos enden könnte. Dann hätten wir, Gott behüte, einen Zustand, in dem weder der Dawes- noch der Youngplan Geltung hätte. Alles wäre in der Schwebelage. Womit sollte man die weitere Ausplünderung der Arbeiter durch Erhöhung der Beiträge für Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosenunterstützung begründen? Womit endlich die eigene Existenz als glorreich regierende demokratische Obrigkeit? Begeisterung her! Erfolge her! Schon schwebt eine Regierungskrise über den Häuptern der Parteimüller, bei der uns unser Severing entschweben könnte.

Der Himmel hat ein Einsehen. Der „Graf Zeppelin“ (die Republik wird doch das Ding nicht ohne den Grafentitel in die Welt fahren lassen!) hat eine Begeisterung in jeder Brust entfacht, wie Alldeutschland sie seit Schmelings heroischer Zertrümmerung des Nasenbeins und des übrigen menschlichen Antlitzes seines italienischen Gegners nicht erlebt hat. Es ist festgestellt, daß das Luftschiff imstande ist, sich so schnell um den ganzen Erdkreis zu bewegen, und sich so lange in der Schwebelage über Erde und Ozean zu halten, daß der an der ostsibirischen Grenze zur Zeit prälatierte, im Haag für großes Orchester komponierte nächste Weltkrieg mit einem ungeheuren Siege der deutschen geistigen Ueberlegenheit enden muß. Zwar werden sich die Zeppelins dann nicht im deutschen, sondern im amerikanischen Dienst an der Phosgenisierung des Erdballs beteiligen, aber es wird jedenfalls sehr rasch gehen, daß das USA.-Gift die Engländer, das japanische Gift die Russen, das Gift aller Welt die Anwohner des Hauptkriegsschauplatzes, die Norddeutschen, ausrotten wird. Herr Eckener, zur Zeit erster Nationalheld auf Widerruf, hat sich als großartiger Weltreisender der Reklameausstellung bewährt. Die Motorenwerke und Aluminiumfabriken sowie alle Lieferanten von Keks, Medikamenten gegen die See- und Luftkrankheit, Schnaps, Nachttöpfen und Krokodillen, die man an Bord hatte, sind völlig befriedigt von dem Erfolge der Weltfahrt, und die Zeitungen erst recht, die bei allem pazifistischen Schmalz in der Stimme in den Melodien von 1914 patriotisch kollern. Eckener macht jetzt auch deutsche republikanische Politik nach eigenem Geschmack. Während sich in Berlin

ein russischer Admiral von Hindenburg die revolutionäre Faust schütteln ließ und die Flotten der beiden Länder den Dampf ihrer Schornsteine liebevoll ineinander kräuseln ließen, vermied der Liebling der Deutschen von Hitler bis' Löbe auf der Fahrt über die europäisch-asiatischen Kriegsschauplätze ängstlich die russischen Hauptstädte. Er ist halt nicht für zu innige Freundschaft und hält die russisch-deutschen Beziehungen lieber vorerst in der Schwebe. Wenn der „Graf Zeppelin“ — oder wollen wir ihn nicht auch lieber unsern Zepp nennen? — aus der Schwebe über Erde und Ozean einmal alle Fragen lösen darf, die wegen Eisenbahnaktien oder Kriegsgewinn-Quotenverteilungen in der Schwebe sind, wird Allddeutschland erst merken, welches Glück die technischen Weltrekorde bedeuten.

Karl Henckell und Heinrich Zille

Karl Henckell, ein Vorkämpfer der Revolution, die das deutsche Proletariat in den 90er Jahren unterlassen hat, obwohl sie fällig war, ist jetzt gestorben. Der Revolution, die er erlebt hat, war er kein Kämpfer mehr. Dennoch sei sein Anteil an der Belebung des sozialen Gewissens auch der Zeitgenossen seiner späteren Jahre gern bestätigt. Gedichte, wie sie schon 1888 aus seinen „Amselrufen“ klangen und wie sie aus der 1891 erschienenen „Trutznachtigall“ schmetterten, verröcheln nicht in ein paar Jahrzehnten. Sie sind Bestand geworden des proletarischen Kulturgutes. Henckells „Buch der Freiheit“ die erste große Anthologie sozialer und revolutionärer Verse (1891), seine Vermittlung der großartigen sozialen Verskunst der Italienerin Ada Negri und sein anfeuerndes Wirken unter der literarischen Jugend vor 40 Jahren, der er klar machte, daß die Arbeiter mit ihrer Not die Nächsten sind zur Freiheit und darum die Nächsten beim Geiste, — das alles schützt seinen Namen vor Vergessenheit. Karl Henckell blieb Lyriker, nichts als Lyriker als er in reiferem Alter kam. Dann schrieb er schöne, stille Gedichte und hielt sich fern vom Tageskampf. Für uns, die wir ihm dankbar sind, weil er in unsern Herzen früh ein rotes Licht entflammt, soll der Karl Henckell lebendig bleiben, der den Steinklopfer singen ließ:

„Heut hab' ich Armer — noch nichts gegessen,
Der Allerbarmer — hat nichts gesandt;
Von gold'nem Weine — hab ich geträumet
Und klopfe Steine — fürs Vaterland.“

Heinrich Zille starb 6 Jahre älter als Karl Henckell und war doch wenigstens 20 Jahre jünger. Ganz Kind seiner Zeit war er zugleich ganz Vater ihrer Menschen. Ein großer Künstler, weil er ein ganz wahrhaftiger Künstler war; ein großer Mensch, weil er ein ganz reiner Mensch war; ein großer Geist, weil er ein ganz liebender und verstehender Geist war. Auch Revolutionär war Zille, ganz gewiß. Aber wer, wie das bei seinem Begräbnis versucht wurde, ihn für seine enge Programmweisheit in Anspruch nehmen will, der hat keine Ahnung von der Art seines revolutionären Denkens und Wirkens. Zille sah das Leiden mit den Augen großer und heilsichtiger Liebe und er gab es in seiner Kunst wieder mit völlig verstehender Liebe zu den Leidenden. Je tiefer Menschen leiden, um so mehr liebte Heinrich Zille sie, und darum war er Revolutionär. Denn man kann nicht leiden sehen, wo man liebt, ohne anzuklagen und zur Abhilfe aufzurufen. Heinrich Zille kannte nicht den Begriff der Sünde oder gar des Verbrechens bei armen Menschen. Sie, die die Nächte in der Palme verbringen oder auch auf öffentlichen Bänken; sie, die ihren Trost in

Kaschemmen und Bouillonkellern suchen und ihre großen Feste beim Rummel an der Luftschaukel feiern; sie, die ihre Kinder in armseligen Höfen sich selbst und der Neugier aufs Leben überlassen müssen, weil sie mit der Drehorgel auf dem Kinderwagen Kupferpfennige erbetteln gehn; sie, deren Mädel auf dem Strich gehen und die mal mit einem Einbruch nachhelfen müssen, um die Hochzeit finanzieren zu können, — sie alle waren die Nächsten des menschlichsten aller Künstler, des genialsten Künstlers unter allen lebensnahen Menschen. Ich sprach mit ihm über eine arme Familie, die unter Berufung auf ihn von mir Rat holen wollte in einer Rechtssache. Zille erzählte die Lebensumstände: die Mutter hatte vom Abtreiben gelebt und war nun gestorben, der Bruder saß wegen Diebstahls im Zuchthaus, der Freund wegen Zuhälterei. „Den Leuten ieh't's nich jut!“ — das war das Urteil, das Heinrich Zille zusammenfassend fällte. So frei von Moral war er, so einsichtig und nur erfüllt von dem Leide enterbter Menschen. Und die, denen es nicht gut geht, die liebte er und seine Liebe wurde zu den Zeichnungen des Elends, zu den Bildern, über die noch der Leidende lächeln durfte und lächeln sollte.

Die Stadt Berlin hat Zille ein Ehrenbegräbnis gestiftet. Sein heißer Wunsch im Alter war gewesen, aus seiner alten Proletarierwohnung im vierten Stock herunterziehen zu können. Mit einem Parterre-Atelier zu Lebzeiten wäre dem Künstler mehr gedient gewesen, als mit einem Leichengepränge, über das er geulkt hätte. Verstanden haben ihn weder die Honoratioren Berlins, noch die Parteisahberer aller Sorten, sondern außer wenigen Freunden die Getretenen des Staates und seiner Gerechtigkeit, die die Programmhüter — Heinrich Zille nannte sie mir gegenüber einmal die Revolutionäre mit den Bügelfalten — als Lumpenproletarier zu bezeichnen beliebten. Die haben ihm keine Reden ins Grab nachgerufen, aber ihnen, denen er Freund, Helfer und, was mehr ist, verstehender Kamerad war, laufen echte Tränen an den Backen herunter über seinen Tod als den Kulturhustern mit ihrer Leutseligkeit. Zille ist tot. In den Tiefen Berlins weinen Menschen, die noch wissen, was Trauer ist.

Der Kampf in Palästina

Erst nach Fertigstellung des Heftes kamen die ersten Nachrichten über die Kämpfe in Palästina zu uns. Die Ansiedlung jüdischer Kolonisten hat schon seit Jahren zu Zusammenstößen mit der arabischen Bevölkerung geführt, die sich in ihren älteren Rechten beeinträchtigt fühlt. Arthur Hohltscher hat darüber in einem sehr lehrreichen Buch erzählt, daß der Zustrom jüdischer Siedler, die mit sozialistischen und kommunistischen Tendenzen an ihre Pionierarbeit gingen, die eingessessenen jüdischen Kapitalisten in Jerusalem beunruhigt habe, die nun Ueberfälle benachbarter Beduinenstämme angezettelt, organisiert und finanziert hätten. Es war also eine klassische Widerlegung der deutsch- und jüdisch-völkischen Meinung, es gebe Rassengemeinschaften, die von Bluts wegen Kulturen bedingten und erhielten. Es gibt, solange die Klassen nicht beseitigt sind, nur Klasseninteressen. — Eine Beurteilung der augenblicklich tobenden schweren Kämpfe ist bis jetzt weder den Ursachen, noch der Entstehung nach möglich, und ich halte die bündige Erklärung der Kommunisten, es handle sich um Abwehrversuche der arabischen arbeitenden Schicht gegen einen von England unterstützten „jüdischen Faschismus“ für mindestens übereilt. Der Verlauf wird zeigen müssen, ob hier allgemeine soziale oder besondere nationale Gegensätze ausgetragen werden. Möge auf jeden Fall der britische Imperialismus der verlierende Teil sein.

Achtung !**Achtung !****FANAL-ABONNEMENT erneuern!!!****Mit diesem Heft schließt der 3. Jahrgang des FANAL.**

Die Erneuerung des Abonnements wird daher dringend in Erinnerung gebracht. — Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. — Bezugsbedingungen wie bisher. (Näheres an der Spitze des Heftes.)

Die in der vorigen Nummer ergangene Bitte um freiwillige Spenden, um wieder die Herstellung eines **Sach- und Namenregisters** nebst einer **Einbanddecke** für den abgeschlossenen 3. Jahrgang zu ermöglichen, ist leider bis jetzt fast ohne Wirkung geblieben. Es ergeht daher noch einmal der Appell an die Leser, besonders an die Organisationen, durch Einzahlung einer einmaligen kleineren oder größeren Summe auf das oben angegebene Postscheckkonto dazu beizutragen, daß FANAL wieder die archivmäßige Abrundung erhalten kann wie in den Vorjahren.

Freunde!**Genossen!****Leser!**

Vollständig ist es auch im dritten Jahre des Bestehens unserer Monatsschrift noch nicht gelungen, FANAL aus seiner eigenen Werbekraft am Leben zu erhalten. Es mußten weitere Opfer gebracht werden, und die zur Ermöglichung der Herausgabe einer Broschüre im FANAL-Verlag aufgenommenen Schulden konnten nicht abgedeckt werden, weil die Erträge der Schrift zur Fortführung des Blattes herangezogen werden mußten. Dennoch ist ein dauerndes Ansteigen des Absatzes der Zeitschrift festzustellen. Der **4. Jahrgang** muß die Gewähr für das Weiterbestehen der einzigen deutschen anarchistischen Revue und für die Herausgabe anarchistischer Werbeschriften im eigenen Verlage schaffen. Darum:

**Unterstützt FANAL! Fordert Sammelisten an!
Zeichnet in die schon umlaufenden Listen! Helft dem Blatt!**

Werbt für FANAL!**Sorgt für seine Verbreitung! Vertreibt FANAL in Versammlungen!****Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL!**

Sonntag, 8. September 1929
vormittags $\frac{1}{2}$, 12 Uhr

Sacco- Vanzetti- Feier

In der Piscator-Bühne
(Theater am Nollendorfplatz)

**Aufführung des Schauspiels
von ERICH MÜHSAM**

„Sacco und Vanzetti“
(Staatsräson)

Die Feler ist umrahmt von musikalischen Darbietungen.
Erwin Piscator und Erich Mühsam werden Ansprachen halten.

Der gesamte Reinertrag wird an die Hinterbliebenen der Genossen Sacco und Vanzetti abgeführt. Aus diesem Grunde haben alle künstlerischen und technischen Mitarbeiter ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Für die Mitglieder revolutionär-proletarischer Organisationen ist ein Einheitspreis von 0,75 M. für alle Plätze festgesetzt. Die Karten sind im Vorverkauf zu haben in der Buchhandlung Warschauer Str. 62, im Büro der Bauarbeiter, Kl. Präsidentenstr. 3 und in der Geschäftsstelle des FANAL.

Mit Rücksicht auf die politische Bedeutung dieser Vorstellung ist zu erwarten, daß jeder klassenbewußte Arbeiter seine Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer der amerikanischen Schandjustiz durch den Besuch zum Ausdruck bringt.

Kind und Elternhaus

**Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)**

Syndikalist, 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln im erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen
Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Brosch. 11,50 Mk., geb. 16,— Mk.

Weltbühne, Nr. 8. „Ein unendlich reiches Werk, eine Quelle der Leidenschaft, der Lebensmeisterung und Weisheit.“
(E. M.)

Erich Mühsam Sammlung

**Auswahl aus dem
dichterischen Werk 1898–1928**

**Gedichte, Novellen, Aufsätze,
Satiren, Anekdoten usw.**

Preis: Ganzleinen 8.— Mk., kartoniert 5,50 Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung